

## II. WIDER DIE NATIONALE SELBSTAUFGABE

### 1. Brandt in Warschau. Der sozialliberale Machtwechsel und die Ostverträge

Am 7. Dezember 1970, während in Westdeutschland der Bund Freiheit der Wissenschaft sich konstituierte, unterzeichnete Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag – und kniete vor dem Denkmal für die Gefallenen des Aufstands im Warschauer Ghetto. Er kniete vor dem von Nathan Rapoport entworfenen und 1948 zum fünften Jahrestag der jüdischen Revolte errichteten Monument.<sup>1</sup> Es erinnert an die Hunderttausenden von Menschen, welche die deutsche Besatzungsmacht zusammengetrieben, welche die SS ab dem Sommer 1942 in die Vernichtungslager Treblinka und Majdanek deportiert hatte. Es bezeugt vor allem den bewaffneten Widerstand der jüdischen Résistance um Mordechai Anielewicz. Willy Brandt kniete vor der hebräischen, jiddischen und polnischen Inschrift, die das Mahnmal dem „jüdischen Volk“ widmet<sup>2</sup>, und vor den polnischen Ehrensoldaten, welche die Millionen polnischer Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft ins Gedächtnis riefen. Die Bilder des aufrecht zu Boden gesunkenen Kanzlers verdichteten den Neuanfang, den zu versuchen die sozialliberale Koalition im Jahr zuvor angetreten war. Die Wirkung der Szene ist noch heute groß. Damals empfanden sie nicht nur die anwesenden Reporter als sensationell. Auf dem Programm hatte doch lediglich eine Kranzniederlegung gestanden. Jedermann glaubte zu wissen, was zu erwarten

---

<sup>1</sup> Vgl. Nathan Rapoport: Zur Entstehungsgeschichte des Warschauer Getto-Denkmal. In: James E. Young (Hg.): Mahnmale des Holocaust. Motive, Rituale und Stätten des Gedenkens. München 1994, S. 79-83.

<sup>2</sup> Siehe Abbildung ebd., S. 83.

war. Doch plötzlich sackte Brandt ein, verharrte so für eine halbe Minute<sup>3</sup>, und es war nicht das Gedenkritual, sondern seine eigensinnig unberechnete Durchbrechung, die dem Geschehen die glaubhafte Intensität verlieh. Die Fotos und Filmaufnahmen fanden weltweite Verbreitung. Und vor allem in Deutschland polarisierten und provozierten sie, forderten gegen alle Gleichgültigkeit zur Meinungsbildung heraus. Denn die Bilder halten einen Moment fest, in dem die politische Bedeutung des gewandelten historischen Bewusstseins wie kaum zuvor anschaulich und begreifbar wurde.

Die eigentliche Zäsur ist jedoch weit unschärfer, vielfältiger und zeitlich gewiss früher anzusetzen. Für die Entwicklung der Bundesrepublik gelten die 60er Jahre als „lange“ und dynamische Dekade, als „Scharnierjahrzehnt der Modernisierung“<sup>4</sup>, das mit der Bewältigung der materiellen Kriegsfolgen, mit wachsender Daseinsabsicherung, zunehmender Freizeit und mit der Amerikanisierung der Jugendkultur schon seit 1955 anhebt<sup>5</sup>; wohlfahrtsstaatliche Programme wie die Rentenreform von 1957 oder die Einführung der Sozialhilfe 1961 werden genannt<sup>6</sup>; 1959 machte die SPD ihren Frieden mit der Erhardschen Marktwirtschaft und scherte im Godesberger Programm auf eine Linie der Sozialgruppenkompromisse ein, nicht zuletzt, um aus dem proletarischen Milieu herauszuwachsen und für bürgerliche Schichten, die durch den Wirtschaftsaufschwung der 50er Jahre an Wohlstand und Einfluss gewonnen hatten, attraktiver zu werden. Soziale Modernität im Verständnis der Godesberger Sozialdemokratie sollte mit den Mitteln eines vorsichtig intervenierenden Keynesianismus zu erreichen sein. Der Staat sollte nur noch als Korrektiv tätig werden, um Vollbeschäftigung zu sichern und für alle Gruppen der Bevölkerung Einkommenszuwächse zu gewährleisten. Tatsächlich wurde die SPD mit Willy Brandt als ihrem 1961 erstmals aufgestellten „Kanzlerkandidaten“ (ein Begriff, den der Wahlkampfmanager Klaus Schütz von den amerikanischen Präsidentschaftskandidaten abgeschaut und in der Bundesrepublik eingeführt hatte) erstmals zur ernsthaften Herausforderung der Unionsparteien. Der Regierende Bürgermeister von West-Berlin genoss im Jahr des Mauerbaus als profiliertes Antikommunist und als jugendliche Kontrastfigur zum

<sup>3</sup> Vgl. die Schilderung bei Peter Merseburger: Willy Brandt, 1913-1992. Visionär und Realist. Stuttgart 2002, S. 615.

<sup>4</sup> Paul Nolte: Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: GG 28 (2002), S. 175-182 (181).

<sup>5</sup> Vgl. den Literaturbericht von Detlef Siegfried: Weite Räume, schneller Wandel. Neuere Literatur zur Sozial- und Kulturgeschichte der langen 60er Jahre in Westdeutschland. In: [www.http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de](http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de), Berlin 2002.

85jährigen Adenauer kein geringes Ansehen. Bei den Wahlen zum vierten Bundestag verlor die CDU ihre absolute Mehrheit, gab 4,8 Prozentpunkte ab, während die SPD um 4,2 Prozentpunkte zulegte und sich mit einem Stimmenanteil von 36,2 Prozent als potenzielle Regierungspartei etablierte.<sup>7</sup> Die Vorstellung wurde populär, dass mit verstärkter wirtschaftspolitischer Rahmenplanung, mit einer besseren und auch umfangreicheren Verwaltung Konjunkturzyklen auszugleichen, dass dadurch Krisen schon im Ansatz zu verhindern und ein dauerhafter, stabiler Wohlstandszuwachs erreichbar seien. Das kam der SPD zugute, die mit dem Ökonomieprofessor Karl Schiller das marktkonforme Planungsdenken verkörperte. Ob Verkehr, Wohnungsbau oder Bildungssystem – die vorausschauende Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand galt zunehmend als Modernisierungsgarantie. Damit einher ging ein wachsendes Selbstbewusstsein der politischen Akteure, soziale Prozesse steuernd in den Griff bekommen zu können.<sup>8</sup>

Eine erhöhte gesellschaftliche Sensibilität für Fragen von Macht und Moral war zum Teil in der SPD organisiert. Zum Teil aber widerstrebte dieses Engagement dem Drang, durch programmatische Anpassungen an die Schaltstellen der Regierung zu gelangen. In jedem Fall war die zunehmende Bereitschaft zu Kritik und Protest in der Öffentlichkeit für den Wandel in der Bundesrepublik nicht weniger einschneidend als der stetige Stimmenzuwachs der Sozialdemokraten. Zu den Unterstützern des Kandidaten Brandt zählten im Wahlkampf von 1961 etwa die Schriftsteller Martin Walser und Günter Grass sowie eine Vielzahl von Intellektuellen, die dem „CDU-Staat“ mangelnde Demokratie attestierten.<sup>9</sup> In West-Berlin initiierten Grass und Hans Werner Richter 1965 ein „Wahlkontor“, in dem Klaus Wagenbach, Peter Härtling, Friedrich Christian Delius oder Peter Schneider Parolen für die SPD formulierten, und als Rolf Hochhuth die Bundesrepublik als Klassengesellschaft bezeichnete, entfuhr dem Kanzler Ludwig Erhard der Schimpfspruch: „Da hört der Dichter auf und da fängt der ganz kleine Pinscher an, der in dümmster Weise kläfft.“<sup>10</sup>

Die Verachtung der Kritik von links war in den Regierungen unter Adenauer und Erhard durchgängig verbreitet. Doch mit der Spiegel-Affäre von 1962 und mit den Demonstrationen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr kündigte sich ein

---

<sup>6</sup> Gabriele Metzler: Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der 60er Jahre. In: HZ 275 (2002), S. 57-103.

<sup>7</sup> Vgl. Merseburger: Willy Brandt, S. 385ff.

<sup>8</sup> Vgl. Metzler: Am Ende aller Krisen?, S. 59, und Merseburger: Willy Brandt, S. 391.

<sup>9</sup> Vgl. Martin Walser (Hg.): Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung? Reinbeck 1961.

<sup>10</sup> Zit. nach Merseburger: Willy Brandt, S. 475.

Klimawechsel an. Die Empfindung der Bundesbürger, durch die Sowjetunion bedroht zu werden, ließ nach, während die Gefahren, die von der eigenen Regierung zu verantworten waren, vermehrte Aufmerksamkeit weckten. Vor allem bei vielen Studenten rief nicht der angebliche „Landesverrat“ des Spiegel-Redakteurs Conrad Ahlers und seines Herausgebers Rudolf Augstein Empörung hervor, sondern die selbstherrliche Amtsführung des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, der vor dem Bundestag log, und die Bereitschaft des greisen Kanzlers, die Pressefreiheit einzuschränken. Im Inneren die demokratischen Grundfreiheiten zu verteidigen, war ein leitendes Motiv, das die Politisierung der Studenten die gesamten 60er Jahre hindurch bestimmte und das sich nach dem Eintritt der SPD in die Große Koalition 1966 und im Jahr der Notstandsgesetzgebung 1968 bis zur Vorstellung zuspitzte, als außerparlamentarische Opposition Widerstand leisten zu müssen. Breiter jedoch war die Wirkung, welche der Protest gegen die atomare Rüstung entfaltete. Er hatte mit der „Göttinger Erklärung“ von achtzehn bundesdeutschen Atomwissenschaftlern im April 1957, darunter Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker, eine Respektabilität und Autorität erhalten, die weit über das Expertenvotum hinausging. Furcht vermittelte die Warnung der Forscher, die es wissen mussten, vor der „lebensausrottenden Wirkung“ der Kernwaffen. Anerkennung aber fand ihr Entschluss, sich nicht mehr stumm durch eine Regierung in Dienst nehmen zu lassen, die über ein größtmögliches Zerstörungspotenzial verfügen wollte, wenn auch dieses Mal zur Verteidigung. Sechs der Unterzeichner, außer Hahn, Heisenberg und Weizsäcker auch Walther Gerlach, Max von Laue und Karl Wirtz hatten im Bewusstsein, „reine“ Wissenschaft zu betreiben, an dem technisch gescheiterten Atomprogramm des NS-Regimes teilgenommen.<sup>11</sup> Jetzt erklärten sie, ihre Tätigkeit belade sie mit der Verantwortung für die möglichen Folgen. „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten

---

<sup>11</sup> Insbesondere zur Person und zum Denken Heisenbergs vgl. Paul Lawrence Rose: Heisenberg and the Nazi Atomic Bomb Project. A Study in German Culture. Berkeley u.a. 1998. Rose bezweifelt allerdings Heisenbergs Selbstwahrnehmung, es habe sich um reine Wissenschaft gehandelt, und schließt auf den Willen des Forschers, dem NS-Staat zu dienen und zum Sieg zu verhelfen.

bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.“<sup>12</sup>

Kaum eine einzige der Forderungen nach demokratischer Erneuerung und nach Friedenspolitik in den 60er Jahren ist ohne den direkten oder indirekten Bezug auf die nationalsozialistische Erfahrung zu verstehen. Die Vergangenheit lugte an vielen Stellen hervor, wo scheinbar ausschließlich die Ratio gegenwärtiger Innen- und Außenpolitik infrage stand. Belastet waren die politischen Entscheidungen, vor allem aber die Personen, die sie fällten. Adolf Arndt griff Adenauer schon im ersten Bundestag heftig an, weil mit Hans Globke ein Jurist des NS-Innenministeriums zum Kanzleramtschef wurde, der den offiziellen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen verfasst hatte, einen, so Arndt, „mit Paragraphen verübten Mord“.<sup>13</sup> Von Theodor Oberländer, Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte von 1953 bis 1960, war bekannt, dass er schon 1923 am Hitlerputsch in München teilgenommen hatte und 1933 in die NSDAP eingetreten war. Er bekleidete den Rang eines SA-Obersturmbannführers. Als Agrarökonom an der Universität Königsberg, Direktor des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft und als „Reichsleiter“ des nationalsozialistischen „Bundes Deutscher Osten“ beteiligte er sich an der „völkischen“ Ostforschung, die dem rassistischen Ideologen vom „germanischen Lebensraum“ in Osteuropa zuarbeitete und den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg begründen half. Als Gründungsmitglied des „Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ wurde er 1950 bayerischer Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, bevor Adenauer ihn nach Bonn berief. Ende der 50er Jahre wurde bekannt, dass er als Offizier des Geheimdienstes der Wehrmacht ukrainische Nationalisten für die Einheit „Nachtigall“ rekrutierte, die 1941 Kriegsverbrechen in der Ukraine verübte. Nach einer Strafanzeige von NS-Opfern ermittelte 1959 die Bonner Staatsanwaltschaft gegen Oberländer, stellte das Verfahren jedoch ein. Das Oberste Gericht der DDR wiederum hatte ihn nach einem Schauprozess im April 1960 lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Adenauer sah sich schließlich genötigt, seinen Minister zu entlassen.<sup>14</sup> Die NS-Vergangenheit von Globke, Oberländer und zahlreichen anderen begleitete die Bundesrepublik durch die 50er und 60er Jahre. Die DDR tat das ihre, um

---

<sup>12</sup> „Erklärung der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957“, zit. nach Elisabeth Kraus: Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung. Otto Hahn, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und die Verantwortung des Wissenschaftlers. Würzburg 2001, S. 202f.

<sup>13</sup> Zit. nach Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001, S. 152.

<sup>14</sup> Vgl. Götz Aly: Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens. Berlin 1997, S. 99ff.

die Fälle möglichst wirkungsvoll für ihre Propaganda gegen Westdeutschland auszunutzen.<sup>15</sup> Doch auch in der westlichen Presse und seitens der amerikanischen und britischen Regierung gab es immer wieder kritische Nachfragen zu Tendenzen einer „Renazifizierung“ in der Bundesrepublik.<sup>16</sup> Auch weniger stark belastete Politiker verloren ihre Vertrauenswürdigkeit. So begegnete dem Bundesminister für Atomfragen und für Verteidigung, Franz Josef Strauß, ein Misstrauen, das nicht nur dem rechtskonservativen Fürsprecher der Aufrüstung, sondern auch dem ehemaligen Ausbildungsoffizier der Wehrmacht galt, und dem Innen-, Außen- und Verteidigungsminister Gerhard Schröder hing nach, dass er der SA angehört hatte. Kurt Georg Kiesinger trat in den Augen seiner Kritiker nicht als Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sondern als ehemaliger NSDAP-Parteigenosse das Amt des Kanzlers der Großen Koalition an, und als Beate Klarsfeld ihn bei einem CDU-Kongress in Berlin im November 1968 öffentlich ohrfeigte und einen Faschisten nannte, wurde die Protestgeste nicht nur bei der außerparlamentarischen Opposition verstanden. Die 1939 in Berlin geborene Protestantin Beate Kunzel, die 1963 in Paris Serge Klarsfeld geheiratet hatte und mit ihm, dessen Vater als Jude in Auschwitz ermordet worden war, dafür kämpfte, dass NS-Verbrecher vor Gericht gestellt würden, wurde noch am Tag der politischen Ohrfeige in einem Schnellverfahren zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.<sup>17</sup>

Als nach den Wahlen vom 28. September 1969 der Antifaschist und Emigrant Willy Brandt die Chance sah, mit dem FDP-Vorsitzenden Walter Scheel eine kleine, sozialliberale Koalition zu bilden, handelte er „so zielstrebig und energisch“, dass die bestimmenden Leute an seiner Seite, Herbert Wehner und Helmut Schmidt, die das Bündnis mit Kiesinger fortsetzen wollen, überrascht und ausmanövriert waren.<sup>18</sup> Im Rückblick erscheint das Datum nur von relativer Bedeutung und die historische Zäsur, die Zeitgenossen darin sehen wollten, als überhöht.<sup>19</sup> Zahlreiche Entwicklungs-

---

<sup>15</sup> Vgl. Michael Lemke: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960-1963. In: VfZ 41 (1993), S. 151-174.

<sup>16</sup> Vgl. Ulrich Brochhagen: Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer. Berlin 1999, S. 199ff.

<sup>17</sup> Vgl. Merseburger: Willy Brandt, S. 570. Außenminister Brandt griff Kiesinger wegen dessen Vergangenheit nicht an, verspürte aber wohl, so seine Frau Rut, ein seelisches und körperliches Unbehagen in dessen Nähe. Brandt schrieb im Rückblick, es habe ein „Abstand“ bestanden, „den die unterschiedlichen Lebenswege und Lebensinhalte geschaffen hatten“. Vgl. ebd., S. 500.

<sup>18</sup> Vgl. Arnulf Baring in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker: Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel. Stuttgart 1982, S. 175f.

<sup>19</sup> Vgl. etwa die Darstellung bei Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 475ff., der zwar von einer „Umgründung der Republik“ spricht, zugleich aber die legitimatorische „Überhöhung“ registriert. Ebd., S. 505f.

stränge, soziale Status- und Milieuerschiebungen, westeuropäische und amerikanische Einflüsse, gesellschaftliche Protestbewegungen und intellektuelle Kritik an Adenauers Bundesrepublik, laufen auf den Bonner „Machtwechsel“ zu. Sie ermöglichten die Kanzlerschaft Brandts, ohne aber in dieser restlos aufzugehen. Und die Folgen des Regierungswechsels schränken seine Relevanz noch weiter ein. Denn schon ab 1972, nach Brandts größtem Wahlerfolg, der die SPD erstmals zur stärksten Partei werden ließ, trat immer deutlicher zutage, dass in den kurzen 70er Jahren die Reformwelle, die lang sich aufbaute, vergleichsweise schnell verebbte. Dennoch war der Wahlabend, an dem Brandt den Kontakt zu Scheel suchte, mit der baldigen Gewissheit, dass SPD und FDP die seit 1949 ununterbrochen regierende CDU in die Opposition drängten, alles andere als ein triviales Mediengeschehen. Vielmehr repräsentierte die Regierungsbildung im Verhältnis der Westdeutschen zu ihrer jüngsten Geschichte einen paradigmatischen Wandel, der sich am deutlichsten in der Person des Kanzlers selbst manifestierte. Dabei waren seine Worte zu den wartenden Journalisten wohl von einem ungewohnten Pathos, aber es war kein leeres, denn was er sagte, war eingelöst durch seinen Lebensweg:

„Noch in der Wahlnacht habe ich von meinem Empfinden gesprochen, nun habe Hitler endgültig den Krieg verloren. Und ich zögerte nicht hinzuzufügen, daß ich mich, wenn gewählt, als der Kanzler nicht mehr des besiegten, sondern eines befreiten Deutschland betrachten werde. Ich wollte ein zuverlässiger Partner sein, aber nicht in die Fußstapfen derer treten, die sich wohl fühlten in der Rolle von Mitläufern und alles andere als geachteten Beifallspendern. Ich hatte davon auszugehen, daß die Weltmächte nach ihrem Interessenausgleich strebten, aber weder unseren Frieden machen noch unseren Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung ersetzen wollten. Der Wandel in der öffentlichen Meinung konnte die Aufgabe erleichtern. Die aus mehrfacher Teilung erwachsene Verwirrung mußte sie erschweren. Mich auf das Schicksal zu berufen, habe ich abgelehnt. Es wäre Flucht vor der Verantwortung gewesen, Blindheit gegenüber Versäumnissen, die im eigenen Haus zu suchen waren. [...]

Nicht erst als Bundeskanzler, sondern schon Jahre zuvor hatte ich mich zu fragen: Was kann dein Staat, was kann die Bundesrepublik Deutschland tun, um den Frieden sicherer zu machen? Was kann sie und was kannst du tun, um die Folgen des Zweiten Weltkrieges zu überwinden, die Konfrontation abzubauen

und – über zweifellos weiterwirkende Gegensätze hinweg – ein System der Sicherheit und der Zusammenarbeit in Europa aufbauen zu helfen?“<sup>20</sup>

Die parlamentarische Mehrheit indes, auf die sich die weitreichenden historischen Bewertungen und außenpolitischen Absichten stützten, war denkbar knapp. Zwar errang die SPD mit 42,7 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Aber die FDP sank von 9,5 auf 5,8 Prozent. Bis 21 Uhr meldeten die Hochrechnungen eine absolute Mehrheit für die Christdemokraten. Und wenn auch CDU/CSU schließlich ebenfalls leicht verloren hatte, blieben sie doch mit 46,1 Prozent der stärkste Block. Kiesinger und seine Berater, darunter der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl, gingen deshalb wie selbstverständlich davon aus, die Machtkonstante der Republik zu sein. Als sich hingegen herausstellte, dass Brandt und Scheel mit 48,5 Prozent den Wechsel verabredeten, verbitterte dies die Unionspolitiker ganz so als habe ein illegitimer Coup stattgefunden.<sup>21</sup> Die Mehrheit aber war da. Ihre Anfechtung kam nicht von außen, sondern aus den künftigen Regierungsparteien selbst.

Die freidemokratische war in der Bundesrepublik eine traditionell nationale Partei und stand in manchen vergangenheitspolitischen Fragen, insbesondere der Amnestie von Kriegsverbrechern, rechts von den CDU-Kanzlern.<sup>22</sup> Dies änderte sich erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, als die FDP mit dem Ende der Regierung Erhard im Oktober 1966 erstmals den Gang in die Opposition anzutreten hatte. Mehr noch, die Partei stand vor der Existenzfrage, denn die Große Koalition trug sich mit Überlegungen, das Mehrheitswahlrecht einzuführen, welches das parlamentarische Aus für jede dritte Kraft bedeutet hätte. Die kaum verhohlene Absicht bei CDU und SPD, einen Konkurrenten aus dem repräsentativen System heraus und ins Abseits zu schieben, um die Regierungsbildung zu vereinfachen, führte gar zu Sympathien seitens der außerparlamentarischen Opposition, und Arnulf Baring schreibt, 1968 sei Walter Scheel der einzige Parteivorsitzende gewesen, der in den Universitäten ungestört zu Wort habe kommen können.<sup>23</sup> Daraus wurde keine Allianz, denn die Gemeinsamkeit war eine negative, gegen die Regierung gerichtete. Aber innerhalb der gefährdeten Partei war Unruhe entstanden. Über den FDP-Parteitag in Hannover

<sup>20</sup> Willy Brandt: *Erinnerungen*. Berlin 1989, S. 186.

<sup>21</sup> Vgl. Baring: *Machtwechsel*, S. 152ff., und Merseburger: *Willy Brandt*, S. 574ff.

<sup>22</sup> Norbert Frei spricht von der FDP und der Deutschen Partei als den „rechtsnationalen Klientelparteien“ in: Ders.: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München (2)1997, S. 19. Vgl. die entsprechende Einschätzung bei Baring: *Machtwechsel*, S. 398.

<sup>23</sup> Baring: *Machtwechsel*, S. 100.



1967 berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ unter dem Titel „Am Rande des Abgrunds im Kampf mit sich selbst. Führungskrise und Gesinnungsstreit lähmen die Freien Demokraten im Kampf mit sich selbst.“<sup>24</sup> Eine wichtige Figur der Richtungsdiskussion war Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin, die zentrale Frage in Hannover die Position in der Ostpolitik. Rubin hatte in der Parteizeitung „liberal“ ein Bekenntnis zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze veröffentlicht, das vom Massenblatt „Stern“ nachgedruckt wurde.<sup>25</sup> In Hannover verteidigte er seine Haltung gegen den Widerstand des Parteivorsitzenden Erich Mende. Fand die Parteiführung, trotz Spaltung zwischen der etablierten Rechten einerseits und den Linksliberalen sowie den nachdrängenden Jungdemokraten andererseits, noch eine Kompromissformel, so vollzog sich auf dem Freiburger Parteitag im Januar 1968 die Wende zur SPD, die sich personell in der Abwahl Mendes niederschlug, dem Walter Scheel im Vorsitz folgte.<sup>26</sup> Mit dem Soziologieprofessor Ralf Dahrendorf, der am Rande des Parteitages öffentlich mit Rudi Dutschke diskutierte, und mit Hildegard Hamm-Brücher plädierte die FDP nun für bildungspolitische Reformen und eine sozialliberale Innenpolitik. Und als die Partei 1969 bei den Wahlen zum Bundespräsidenten nicht den Unionskandidaten Gerhard Schröder, sondern mit Justizminister Gustav Heinemann, Mitglied der Bekennenden Kirche während der NS-Diktatur, die SPD unterstützte, war dies die Probe auf den Regierungswechsel desselben Jahres.<sup>27</sup>

Doch auch die Rechtsliberalen hatten für den Bundestag kandidiert und im September 1969 Mandate errungen. Erich Mende kündigte offen an, dass er nicht für Brandt als Kanzler stimmen werde. Schon am Tag der Kanzlerwahl, dem 21. Oktober 1969, erhielt Willy Brandt mit 251 drei Stimmen weniger als die Koalitionsfraktionen hätten aufbieten können. Vier Stimmkarten waren durch Notate ungültig gemacht worden: „Amos 5,20“ stand auf einer; das fiel unter die biblischen Drohungen: „Ja, Finsternis ist der Tag Jahwes und nicht Licht, Dunkel ist er, und kein Glanz leuchtet über ihm.“ Auf den anderen stand „Danke, nein“, „Armes Deutschland“ und „Frahm nein“.<sup>28</sup>

Die nationalistisch getönte Ablehnung der Person und der Politik Willy Brandts entzündete sich an keiner anderen Frage so heftig wie an der neuen Ostpolitik. Die Außenpolitik sei, betonte auch Brandt, der entscheidende Grund für seine Entschei-

<sup>24</sup> Süddeutsche Zeitung, 6. April 1967. Vgl. auch Baring: Machtwechsel, S. 223ff.

<sup>25</sup> „Die Stunde der Wahrheit“, 17. März 1967. Vgl. auch Baring: Machtwechsel, S. 221f.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 99ff.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 56ff.

<sup>28</sup> Zit. nach ebd., S. 192.

derung gewesen, dass „eine neue Regierung her müsse“.<sup>29</sup> Der „Osten“ war ein nationales Syndrom. Er war Kern der völkischen Eroberungsideologie und der imperialen Imaginationen des Nationalsozialismus. Der Osten war Ort der grausamsten deutschen Kriegsverbrechen. Ort der industriell organisierten Vernichtungslager. Ort der millionenfachen Massenmorde von deutscher Hand. Im Osten geschah die Auslöschung der europäischen Juden. Die Massaker an Polen, Russen, Sinti und Roma und anderer zu „Minderwertigen“ erklärten Gruppen. Im Osten hatten nicht nur die „Einsatzgruppen“ und die SS ihr Mordgeschäft betrieben. Hier vor allem verstrickte sich auch die Wehrmacht in vielfältiger Weise in die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und aus dem Osten wurden nach 1945 Millionen Deutsche vertrieben. Hunderttausende deutsche Zivilisten kamen um, wurden in kollektiver Rache ermordet oder starben an Entbehrung und Krankheit. Preußen, das Machtzentrum des Bismarckreiches, ging im Osten zugrunde. Ein Viertel des Territoriums des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 wurde von der Sowjetunion und Polen annektiert. Der Osten schließlich war im westlichen Nachkriegsdeutschland gleichbedeutend mit der „roten Gefahr“, dem Schrecken der stalinistischen Gewaltherrschaft und der militärischen Bedrohung durch die UdSSR im Kalten Krieg.

Dieser übermächtige Komplex im bundesrepublikanischen Charakterbild war noch kaum ansatzweise öffentlich aufgearbeitet und wurde von einer Mehrheit in seiner gesellschaftlichen Tragweite politisch geleugnet, als Willy Brandt im Dezember 1970 nach Warschau reiste. Vielmehr war seine Reise Teil der Aufarbeitung, indem sie die Folgen einer blutgetränkten Geschichte anerkennen wollte. Die deutschen Taten, die im deutsch-polnischen Verhältnis als ideologisch verbrämte Feindseligkeit weiterwirkten; der deutsche Vernichtungskrieg im Osten, überlagert und unterdrückt durch eine neonationale Emphase der Vertriebenenvertreter, die neue polnische Gegnerschaft hervorriefen, begleiteten ihn nach Polen. In seinen Rückblick aus dem Jahr 1989 gehen abklärend die in zwanzig Jahren hinzugewonnenen Kenntnisse ein, doch Druck und sprachlose Bedrängnis von 1970 sind noch ahnbar:

„Es war eine ungewöhnliche Last, die ich auf meinem Weg nach Warschau mitnahm. Nirgends hatte das Volk, hatten die Menschen so gelitten wie in Polen. Die maschinelle Vernichtung der polnischen Judenheit stellte eine Steigerung der Mordlust dar, die niemand für möglich gehalten hatte. Wer nennt die Juden, auch

---

<sup>29</sup> Brandt: Erinnerungen, S. 185.

aus anderen Teilen Europas, die allein in Auschwitz vernichtet worden sind? Auf dem Weg nach Warschau lag die Erinnerung an sechs Millionen Todesopfer. Lag die Erinnerung an den Totenkampf des Warschauer Ghettos, den ich von meiner Stockholmer Warte verfolgt hatte und von dem die gegen Hitler kriegführenden Regierungen kaum mehr Notiz nahmen als vom heroischen Aufstand der polnischen Hauptstadt einige Monate danach.

Das Warschauer Programm sah am Morgen nach meiner Ankunft zwei Kranzniederlegungen vor, zunächst am Grabmal des Unbekannten Soldaten. Dort gedachte ich der Opfer von Gewalt und Verrat. Auf die Bildschirme und in die Zeitungen der Welt gelangte das Bild, das mich kniend zeigte – vor jenem Denkmal, das dem jüdischen Stadtteil und seinen Toten gewidmet ist. Immer wieder bin ich gefragt worden, was es mit dieser Geste auf sich gehabt habe. Ob sie etwa geplant gewesen sei? Nein, das war sie nicht. Meine engen Mitarbeiter waren nicht weniger überrascht als jene Reporter und Fotografen, die neben mir standen, und als jene, die der Szene ferngeblieben waren, weil sie ‚Neues‘ nicht erwarteten.

Ich hatte nichts geplant, aber Schloß Wilonow, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt.

Ich weiß es auch nach zwanzig Jahren nicht besser als jener Berichterstatter, der festhielt: ‚Dann kniet er, der das nicht nötig hat, für alle, die es nötig haben, aber nicht knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.‘

Zu Hause in der Bundesrepublik fehlte es weder an hämischen noch an dummlichen Fragen, ob die Geste nicht ‚überzogen‘ gewesen sei. Auf polnischer Seite registrierte ich Befangenheit. Am Tage des Geschehens sprach mich keiner meiner Gastgeber hierauf an. Ich schloß daraus, daß auch andere diesen Teil der Geschichte noch nicht verarbeitet hatten. Carlo Schmid, der mit mir in Warschau war, erzählte später: Man habe ihn gefragt, warum ich am Grabmal des Unbekannten Soldaten nur einen Kranz niedergelegt und nicht gekniet hätte. Am nächsten Morgen, im Wagen auf dem Weg zum Flugplatz, nahm mich [der polnische Ministerpräsident] Cyrankiewicz am Arm und erzählte: Das sei doch vielen

sehr nahe gegangen; seine Frau habe abends mit einer Freundin in Wien telefoniert, und beide hätten bitterlich geweint.“<sup>30</sup>

Der „Spiegel“ hob seine Geste vor dem Ehrenmal auf das Titelblatt und fragte über eine leuchtend gelbe Banderole: „Durfte Brandt knien?“ Die beim Institut für Demoskopie in Allensbach bestellte Umfrage ermittelte: 11 Prozent der Bundesdeutschen hatten dazu keine Meinung. Eine starke Minderheit von 41 Prozent hielt sein Verhalten für angemessen. Aber 48 Prozent fanden, es sei „übertrieben“.<sup>31</sup> Und in dieser größten Meinungsgruppe sammelte sich in gewandelter Form ein Ressentiment, das in Brandt seit seiner Rückkehr aus dem skandinavischen Exil den Fremden, wo nicht den Verräter sehen wollte.

Hans Georg Lehmann beschreibt den wohl grundlegendsten und schmerzlichsten Konflikt im politischen Leben Willy Brandts als Illusion des 30jährigen, der noch bei Kriegsende in Schweden darauf setzte, die Entnazifizierung Deutschlands würde eigenwüchsig von unten durch eine Art Volksbewegung geschehen. In einer „unbändigen Raserei“ würden nationalsozialistische Beamte, Richter und Polizisten davon gejagt.<sup>32</sup> Das Gegenteil, die Identifikation mit den Amtsträgern gegen die Siegermächte, war der Fall, und die Konfrontation mit diesem Irrtum begleitete Brandt bis in die Zeit der Kanzlerschaft: „Viele Deutsche sahen darin kein Verdienst, sondern einen Makel, daß er das Dritte Reich bekämpft hatte.“<sup>33</sup>

Ein Stigma wurde ihm schon mit der Geburt eingebrannt. Als Herbert Ernst Karl Frahm am 18. Dezember 1913, Kind der Warenhausverkäuferin Martha Frahm und des sozialdemokratischen Lehrers John Möller, in Lübeck zur Welt kam, lag eine Verletzung dessen vor, was die Sexualmoral der bürgerlichen Gesellschaft im Kaiserreich für „Anstand“ hielt und als „sittliches“ Gebot verstand: Der Sohn war unehelich, wuchs bei der alleinstehenden Mutter und dem Großvater Ludwig Frahm auf, auch er Sozialdemokrat und als Knecht aus Mecklenburg gekommen.<sup>34</sup> Durch

---

<sup>30</sup> Brandt: *Erinnerungen*, S. 214f. Willy Brandt kannte die persönliche Vergangenheit des polnischen Regierungschefs Józef Cyrankiewicz (1911-1989): Dieser hatte nach dem deutschen Überfall auf Polen im polnischen Widerstand gekämpft, kam in deutsche Gefangenschaft und überlebte das Konzentrationslager. Cyrankiewicz seinerseits erkannte an, dass Brandt „schon am Beginn der Machtübernahme durch den Faschismus das grenzenlose Unglück begriff, das dadurch für das deutsche Volk, für die Völker Europas, für den Frieden in der Welt entstehen würde.“ Vgl. ebd., S. 212f.

<sup>31</sup> *Der Spiegel* 51, 1970. Vgl. auch Merseburger: *Willy Brandt*, S. 616.

<sup>32</sup> Vgl. auch Merseburger: *Willy Brandt*, S. 195.

<sup>33</sup> Hans Georg Lehmann: *In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts*. München 1976, S. 227.

<sup>34</sup> Vgl. *Munziger Internationales Biographisches Archiv* 1993, S. 1. Heinrich Böll bekämpfte noch 1972 den Hass der christdemokratischen „Herrenpartei“, der sich auf den unehelich geborenen

proletarische Herkunft und uneheliche Geburt „gleich doppelt unterprivilegiert“<sup>35</sup>, und schlimmer noch: durch den sozialistischen Glauben und die demokratischen Ideale der Familie auch politisch außerhalb der herrschenden Hierarchien, schien Herbert Frahm das leibgewordene Schreckensphantasma der staatstragenden Schichten. Als Schüler trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend bei und schrieb als Gymnasiast – wegen guter Leistungen erhielt er eine Freistelle ohne Schulgebühren an einem Lübecker Reformgymnasium – für die SPD-Zeitung „Lübecker Volksbote“, deren Chefredakteur Julius Leber 1944 als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde. Der SPD trat er 1930 bei. Doch ein Jahr später schloss er sich mit 19 Jahren den Linken an, die eine Tolerierung der Reichsregierung unter Heinrich Brüning durch die SPD ablehnten, und wurde Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).<sup>36</sup> Nach der Machtübertragung Hindenburgs an Adolf Hitler und einer kurzen Zeit im Untergrund – bei einem illegalen Treffen in der Nähe Dresdens im März legten sich die verbliebenen SAP-Aktivisten Decknamen zu, Herbert Frahm nannte sich nun Willy Brandt – ging er 1933 außer Landes, zunächst nach Kopenhagen, dann nach Oslo.<sup>37</sup> Noch einmal hielt er sich 1936 für drei Monate mit falschen Papieren in Berlin auf, um Kontakte zu der SAP-Gruppe „Metro“ in Deutschland zu knüpfen. Im folgenden Frühjahr schickte die Parteileitung ihn dann als Beobachter und Berichterstatter in den Bürgerkrieg nach Spanien. Spätestens die Erfahrung des allgegenwärtigen Misstrauens, der fanatischen Fraktionskämpfe im republikanischen Lager und der Säuberungs- und Mordaktionen des sowjetischen Geheimdienstes in Barcelona führten zur Abkehr Brandts vom Dogmatismus. Die Nähe zur reformorientierten norwegischen Arbeiterpartei, verbunden mit dem Schock über die Nachricht vom Hitler-Stalin-Pakt und dem sowjetischen Überfall auf Finnland 1939 brachten ihn in eine wachsende Distanz zur totalitären Lehre. „Der Sozialismus“, schrieb Brandt als 26jähriger mit Blick auf Moskau, „muß auf Freiheit und Demokratie aufbauen.“<sup>38</sup> Aus dieser biografisch erarbeiteten Position folgte nach dem Krieg nicht nur Brandts kategorische Verweigerung einer „Einheitsfront“ mit der KPD, sondern auch sein Eintreten für die

---

Brandt richtete, weil er, so Böll, „diesen von der bürgerlichen Gesellschaft mitgegebenen Urmakel, diese Idioten-Erbsünde auch noch verstärkte, indem er Sozialist und außerdem noch Emigrant wurde“. Vgl. Heinrich Böll: Über Willy Brandt. In: Ders.: Neue politische und literarische Schriften. Köln 1973, S. 248-255 (248).

<sup>35</sup> Merseburger: Willy Brandt, S. 14.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 34ff.

<sup>37</sup> Peter Merseburger ist zuzustimmen, dass der Streit darüber, ob er „freiwillig“ emigrierte oder fliehen musste, weitgehend irrelevant ist, denn dass Verhaftung und Misshandlung drohten, dokumentiert das Schicksal anderer SAP-Anhänger zu genüge. Vgl. ebd., S. 54f.

<sup>38</sup> Zit. nach ebd., S. 161.

westlichen Mächte im Kalten Krieg, das den Aufstieg zum Regierenden Bürgermeister von West-Berlin erleichterte und seine Beliebtheit bei weiten Teilen der Bevölkerung in der belagerten Stadt begründete.

Ohnehin aber ist sehr fraglich, ob die Brandt-Gegner der frühen Bundesrepublik überhaupt interessierte, welche tatsächlichen politischen Ziele er während der Emigration hatte. Wie breit vielmehr das nationalistische Gefühl, das die Ablehnung leitete, in Deutschland verwurzelt war, zeigt sich daran, dass es sich anfangs selbst in der SPD entfachen ließ. Im Machtkampf um die Führung der Berliner Sozialdemokratie, den in den 50er Jahren Franz Neumann als Vorsitzender des Landesverbandes auf der einen, der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter und Willy Brandt auf der anderen Seite ausfochten, war Brandt zum ersten Mal der „Emigrantenhetze“<sup>39</sup> als Mittel der Diffamierung ausgesetzt. Der „Türke“ Reuter, er war vor dem NS-Regime in die Türkei geflohen, und Brandt seien aus Feigheit ins Ausland gegangen und könnten die Bedürfnisse der durch den Krieg bedrückten Berliner nicht nachvollziehen. So lautete die 1952 bei den Kreisverbänden gestreute Verleumdung.<sup>40</sup> Als Reuters Nachfolger Otto Suhr 1957 starb und nun Brandt an die Spitze des Senats rücken sollte, gab es gegen ihn eine mit nebulösen Andeutungen operierende Kampagne, in deren Verlauf Hermann Fischer von der Freien Deutschen Volkspartei und die Zeitung „Berliner Montagsecho“ verbreiteten, dass der Kandidat aus „unehrenhaften“ Gründen emigriert sei, daher seinen Namen habe ändern müssen, dass er Norweger geworden sei und die norwegische Uniform getragen habe, um gegen Deutschland zu kämpfen. Brandt klagte zwar, und das West-Berliner Landgericht verbot im Juni 1958 dem Echo-Verlag, die mit falschen Behauptungen betriebene Herabwürdigung fortzusetzen.<sup>41</sup> Jedoch belegte der Gang zum Gericht auch, wie sehr Brandt sich getroffen fühlte und wie sehr er die Prämisse seiner Gegner übernahm, derzufolge nur Bürgermeister werden dürfe, wer auch während der NS-Herrschaft dem Nationalstaat treu geblieben war und nicht aktiv gegen deutsche Truppen Widerstand geleistet hatte.

---

<sup>39</sup> In seiner ersten Rede als Kanzlerkandidat der SPD sprach Willy Brandt auf dem Parteitag in Hannover im November 1960 von „Emigrantenhetze“ als einer „bösen Geschichtslegende“, vgl. Daniela Münkler: „Alias Frahm“ – Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse. In: Claus-Dieter Krohn, Axel Schildt (Hg.): Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit. Hamburg 2002, S. 397-418 (402).

<sup>40</sup> Vgl. Lehmann: In Acht und Bann, S. 307. Die Bezeichnung Ernst Reuters als „Türke“ war von der ostdeutschen Propaganda ersonnen worden, vgl. ebd., S. 280.

<sup>41</sup> Vgl. Lehmann: In Acht und Bann, S. 248f.

Hans Georg Lehmann führt die vorherrschende „affektive Distanz“ auf eine „innere Abwehrhaltung“ zurück, waren doch die Verfolgten und Geflohenen eine wandelnde Mahnung.<sup>42</sup> Ihre Gegenwart erinnerte fortlaufend an die Verbrechen Deutschlands, denen die meisten sich gefügt, schlimmstenfalls in Dienst gestellt hatten. Wer sich dem Regime widersetzte, wer sich der Vergemeinschaftung des Nationalsozialismus entzog, blieb auch fürderhin ein Außenseiter. Diese Menschen wurden gelitten, nicht respektiert. Hinzu kam die Abscheu der Normalbürger vor nonkonformistischen Lebensläufen, die sich darin äußerte, dass Emigranten als fragwürdige, gescheiterte Existenzen galten. Hoben sie das Haupt und meldeten politische Gestaltungsansprüche an, entzündete sich die latente Abneigung leicht zur offenen Hetze. Bot sich dann noch der Verdacht, ein zurückgekehrter Emigrant in hoher Position arbeite für den „Osten“, wie dies im Fall des ersten Leiters des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, nach seinem Presseauftritt in Ost-Berlin 1954 geschah, entlud sich der noch leicht abrufbare NS-Jargon im Schutz des Antikommunismus: Von einem „minderwertigen Charakter“, der „ohne Nationalgefühl und Ehre“ sei, ging die Rede, und der Gestapo-Chef außer Dienst Rudolf Diels fühlte sich als Bundesbürger wie befreit, dass den Widerständlern, die er ehemals verfolgt hatte, durch Johns „Überlaufen zu den Bolschewisten“ für eine Weile der „Mund gestopft“ sei.<sup>43</sup>

Die Polizeistelle Kiel der Gestapo hatte im März 1938 die „Strafexpatriation“ von Herbert Frahm wegen oppositioneller Arbeit im Ausland eingeleitet. Grundlage war das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 14. Juli 1933, das in Paragraph zwei statuierte:

„Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten, können der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben.“

Und Paragraph 2, Ziffer I der Durchführungsverordnung vom 26. Juli 1933 verdeutlichte:

„Ein der Treuepflicht gegen Reich und Volk widersprechendes Verhalten ist insbesondere gegeben, wenn ein Deutscher der feindseligen Propaganda gegen

---

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S. 241f.

Deutschland Vorschub geleistet oder das deutsche Ansehen oder die Maßnahmen der nationalen Regierung herabzuwürdigen gesucht hat.“<sup>44</sup>

Brandt war als Kurier zwischen Norwegen und Frankreich unterwegs gewesen, hatte an Treffen antifaschistischer Gruppen im Pariser Hotel Lutetia teilgenommen und im sozialdemokratischen Osloer „Arbeiderbladet“ die „Unterdrückung aller menschlichen Freiheit“ in Deutschland durch die „Entfaltung eines Terrorregimes“ beklagt, „das sich vor der Geschichte niemals wird rechtfertigen lassen“. Bespitzelt von den deutschen Botschaften in Paris und Oslo wurde er am 1. September 1938 per Erlass des Innenministeriums, den Staatssekretär Stuckart unterzeichnete, ausgebürgert.<sup>45</sup> Nach der Besetzung Norwegens durch die Wehrmacht flüchtete Brandt als Staatenloser nach Schweden und erhielt dort durch Anweisung der norwegischen Exilregierung in London, zu der er politische Kontakte hatte, am 2. August 1940 den beantragten norwegischen Pass, der ihn vor Ausweisung aus dem neutralen Land schützte. Im Auftrag der Gewerkschaftspresse und des Arbeiderbladet kehrte er 1945 in der Uniform eines norwegischen Ziviloffiziers als Korrespondent nach Deutschland zurück und berichtete von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Ein Jahr später nahm er das Angebot des norwegischen Außenministeriums an, als Presseattaché an die alliierte Militärmission nach Berlin zu gehen. Im November 1947 wurde er dann Berliner Vertreter des SPD-Parteivorstands unter Kurt Schuhmacher, stellte im Frühjahr darauf, also noch vor Gründung der Bundesrepublik, den Antrag auf Wiedereinbürgerung in Schleswig-Holstein, dem am 1. Juli 1948 stattgegeben wurde. Zugleich verlor er nach norwegischem Recht durch den Erwerb einer „feindlichen“ Staatsangehörigkeit unwiderruflich die norwegische, an die zu dieser Zeit sicherlich ein materielles Privileg geknüpft war. Im Bekenntnis zu seiner politischen Tätigkeit in der Emigration nahm er Willy Brandt seit August 1949 auch als bürgerlichen Namen an.<sup>46</sup>

„Eines aber wird man Herrn Brandt doch fragen dürfen: Was haben Sie zwölf Jahre draußen gemacht? Wir wissen, was wir drinnen gemacht haben“, agitierte im Vorwahlkampf des Jahres 1961 Verteidigungsminister Strauß gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Brandt. Der schleswig-holsteinische CDU-Ministerpräsident Kai-

---

<sup>43</sup> Ebd., S. 243ff, zu Diels S. 247.

<sup>44</sup> Beide Passagen zit. nach ebd., S. 275f.

<sup>45</sup> Ebd., S. 99ff. Der Ausbürgerungserlass abgedruckt ebd., S. 295.

<sup>46</sup> Die Darstellung folgt Merseburger: Willy Brandt, S. 172ff, 178, 222ff., 250, und Lehmann: In Acht und Bann, S. 229ff., 234ff.



Uwe von Hassel deutete an, der Emigrant habe sich in Zeiten der Gefahr der deutschen Schicksalsgemeinschaft entzogen. Und Bundeskanzler Konrad Adenauer, schwer in der Kritik, weil er nach dem Mauerbau im August nicht sofort an die Seite des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt nach Berlin gekommen war, sprach in Gestapodiktion von seinem Herausforderer als „Brandt alias Frahm“: Wenn daran, dass dieser die norwegische Uniform trug, kein Anstoß genommen werde, so sei dies ein erschütternder „Mangel an National- und Selbstwertgefühl des deutschen Volkes“. „Aufklärung über Brandt“ sei erforderlich.<sup>47</sup> Kennzeichnend für diese Stimmung, die kaum verhohlen noch immer den Urteilsmaßstäben des NS-Ausbürgerungsgesetzes folgte<sup>48</sup>, war die 1961 in Essen erschienene Publikation von Hans Schrörs „Was will Willy Brandt?“. Der Emigrant sei ein Opportunist, der mal Norweger, mal Deutscher sei, je nach dem, wo es sich besser lebe. Er erscheine „treuherzig“, sei aber dahinter „fanatisch“ und prinzipienlos:

„Welche Staatsbürgerschaft wird er sich das nächste Mal aussuchen, wenn ihm Deutschland ein nächstes Mal nicht gefällt? [...] Für einen revolutionären Marxisten ist auch vollkommen unwichtig, was sich ‚bürgerliche Moralisten‘ von seinem Verhalten denken. Für ihn sind Eide, Staatsbürgerschaften, nationale Treue und Loyalität leere Gesten.“<sup>49</sup>

Im Verlauf der 60er Jahre allerdings wandelte sich das Stimmungsbild wenn auch langsam so doch nachhaltig. Umfragen meldeten eine Spaltung nach Generationen: Während 1966, als Brandt Außenminister wurde, noch 75 Prozent der Befragten eine überwiegend negative Meinung von Widerstand und Emigration hegten, gaben zugleich 64 Prozent der ab 1937 Geborenen ganz im Gegenteil an, Emigranten seien als Vorbilder einzuschätzen.<sup>50</sup> Ebenso positiv reagierten auf internationaler Ebene die Regierungen und Medien auf den neuen westdeutschen Außenminister. Was ihm in Deutschland schadete, war im Westen wie im Osten, von Skandinavien bis nach Israel, ein Vertrauensvorschuss. Dass Brandt als Hitlergegner das nationalsozialisti-

<sup>47</sup> Alle Wahlkampfzitate nach ebd., S. 258f, und Merseburger: Willy Brandt, S. 410.

<sup>48</sup> Dies formulierte Zeit-Herausgeber und CDU-Mitglied Gerd Bucorius 1961 in einem Protesbrief an Adenauer: „Als Sie am 13. August zögerten, nach Berlin zu fahren, war ich erschrocken. Als Sie stattdessen nach Regensburg führen und Brandt attackierten, war ich entsetzt – wie so viele. [...] Ihr Angriff auf die politische Vergangenheit von Brandt fand besonders Anklang bei jenen, die noch im Nationalsozialismus wurzeln [...].“ In: Zeit-Magazin, 30. Januar 1976.

<sup>49</sup> Zit. nach Lehmann: In Acht und Bann, S. 254f.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 338.

sche Deutschland verlassen hatte, trug nun wesentlich zum Ansehensgewinn und zum Handlungsspielraum der bundesrepublikanischen Außenpolitik bei.<sup>51</sup> Bei seiner Wahl zum Bundeskanzler hatte der Meinungsumschwung, der zu einem erheblichen Anteil von der liberalen Publizistik, von den studentischen Protesten und dem Generationenkonflikt befördert worden war, so viel Raum gewonnen, dass die noch wenige Jahre zuvor staatstragend geäußerten Vorurteile in einen politischen Randbereich abgedrängt wurden. Sie verstummten indes nie. Die „Deutsche Nationalzeitung“ des Münchener Verlegers Gerhard Frey kommentierte die sozialliberale Koalition unter Schlagzeilen wie „Ist Brandt Deutscher? Hintergründe seiner verräterischen Politik“ (1. Mai 1970), „Brandt – Deutscher oder Norweger? Darf ein solcher Mann Bundeskanzler bleiben?“ (3. November 1972), „Brandts Leben für den Kommunismus. Geheimnisse seiner Vergangenheit“ (24. November 1972).<sup>52</sup> Aus dieser Richtung blieb die Kontinuität der Emigrantenhetze ungebrochen, und als mit der Spionageaffäre um den DDR-Agenten Guillaume das Ideologem des „Ostens“ wiedererweckt war, kehrte auch die Sprache des Dritten Reiches in einer nur noch notdürftigen Anpassung an den Kalten Krieg zurück:

„Wir sahen und sehen in Frahm alias Brandt die Verkörperung des Landes- und Volksverrats, den Feind der deutschen und westlichen Sache, den Prokommunisten. In unseren Augen war es ein Frevel ohnegleichen, einer Gestalt seiner Vergangenheit und seiner Überzeugung die deutsche Kanzlerschaft anzuvertrauen.“<sup>53</sup>

Solche rechtsradikalen Hassreden konnten in den 70er Jahren selbst bei konservativen Gegnern des Kanzlers keinen großen Eindruck mehr machen, da zu deutlich geworden war, dass Brandt seine Politik alles andere als „prokommunistisch“ anlegte. Seit der Berliner Blockade und dem kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei 1948 galt Brandt als rechter Sozialdemokrat, der in wirkungsvollen Reden forderte, „keinen Schritt zurück[zu]weichen“, und warnte: „wer sich auf die kommunistische Einheitsfront einläßt, geht daran zugrunde!“<sup>54</sup> Beim Aufstand vom

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 265, und Merseburger: Willy Brandt, S. 493, der darauf hinweist, Brandt habe gerade deshalb hartnäckiger als sein Vorgänger Schröder bundesrepublikanische Interessen vertreten können, weil er keine kompromittierende NS-Vergangenheit hatte.

<sup>52</sup> Zit. nach ebd., S. 268.

<sup>53</sup> Deutsche Nationalzeitung, 15. April 1974, zit. nach Lehmann: In Acht und Bann, S. 271.

<sup>54</sup> Zit. nach Merseburger: Willy Brandt, S. 282f.

17. Juni 1953 wandte er sich als Berliner Bundestagsabgeordneter gegen Adenauer mit den Worten, der SPD sei „die gesamtdeutsche Haut“ näher als das „kleineuropäische Hemd“.<sup>55</sup> Bei den West-Berliner Protesten nach dem Ungarnaufstand 1956 rief er dazu auf, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen und sowjetische Schiffe in deutschen Häfen zu boykottieren.<sup>56</sup> Er genoss die Unterstützung der Presse, des „Tagesspiegel“ und des Springer-Verlages, und am 13. August 1961 war er wieder bei den Demonstranten, die zur abgeriegelten Sektorengrenze zogen, und wieder wählte er eine massive Rhetorik, indem er die Mauer als „Sperrwand eines Konzentrationslagers“ bezeichnete, errichtet von einer „Clique, die sich Regierung nennt“, „die Spalter Deutschlands, die Bedrücker Ostberlins und die Bedroher West-Berlins“, „Mächte der Finsterniß“, die nicht siegen dürften.<sup>57</sup> Auch war Brandt alles andere als ein Kritiker nationaler Gefühle. Schon die 1943 in Schweden erarbeitete Schrift „Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten“, die Brandt maßgeblich formulierte, richtete sich gegen die Phobien des britischen Unterstaatssekretärs Lord Robert Gilbert Vansittart, der den Deutschen eine unwandelbare Aggressivität unterstellte.<sup>58</sup> Und obwohl Brandt nach seiner Rückkehr 1945 schnell klar geworden sein muss, dass kein volkstümlicher Antifaschismus in Deutschland zu erwarten war, schien er durchgehend auf die positiven Möglichkeiten einer demokratisch erneuerten nationalen Gesinnung zu vertrauen. Exemplarisch dafür stehen seine Worte anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der New School for Social Research in New York im April 1965: „Ohne Stolz kann kein Volk leben“, gab er dem Nationalismus recht, und wenn die „Menschen des geteilten Deutschland nach ihrem Vaterland fragen, das größer ist als die Bundesrepublik“, müsse dafür Verständnis gezeigt werden, denn ein deutsches Nationalgefühl, das getragen sei „von gutem Willen gegenüber allen Menschen und allen Nationen“, trage zum „Prozeß der Genesung“ der Deutschen bei.<sup>59</sup> Gerade die neue Ostpolitik Willy Brandts war durchzogen von solchen Beschwörungen. Der Begriff des „nationalen Interesses“ erfuhr in diesem Zusammenhang geradezu eine Renaissance.<sup>60</sup> Schon lange bevor der schillernde

---

<sup>55</sup> Zit. nach ebd., S. 332f.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 338f.

<sup>57</sup> Zit. nach ebd., S. 398f.

<sup>58</sup> Vgl. ebd., S. 186f.

<sup>59</sup> Zit. nach ebd., S. 523f.

<sup>60</sup> Dieser Begriff fand nicht nur als Rechtfertigung vor der allgemeinen Öffentlichkeit Verwendung, sondern charakterisierte auch die parteiinterne Diskussion der SPD. Eine Vorlage von Egon Bahr für die Sitzung des Parteirats im November 1970, in der von den „Interessen der Nation“ die Rede war, versah Kanzler Brandt mit folgender Marginalie: „Dieser Entwurf ist wegen meiner Krankheit unausgewertet geblieben. Bitte mit daran denken, daß wir die ‚nationale‘ Begründung bei nächster Gele-

Begriff der „Ostpolitik“, den er selbst ablehnte<sup>61</sup>, gefunden war, suchte Brandt den Bemühungen um menschliche Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland eine nationale Legitimation zu geben. „Es geht einfach um die Existenz der Nation“, sagte er dazu 1956 im Bundestag.<sup>62</sup> Dieses unbestimmt emphatische Motiv griff der Kanzler Brandt dreizehn Jahre darauf nahezu unverändert in seiner ersten Regierungserklärung auf:

„Meine Damen und Herren! Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem nationalsozialistischen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.

(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der CDU/CSU.)

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. [...]

Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien. –

---

genheit nachholen.“ Vgl. Gottfried Niedhart: Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967-1974. In: GG 28 (2002), S. 233-266 (253).

<sup>61</sup> Vgl. Brandt: Erinnerungen, S. 187: „Warum behagte mir das Etikett nicht? [...] Mir war bewußt, daß unser nationales Interesse es keinesfalls erlaube, zwischen dem Westen und dem Osten zu pendeln.“

<sup>62</sup> Zit. nach Merseburger: Willy Brandt, S. 333.

Unruhe bei der CDU/CSU.)“<sup>63</sup>

Aber der Befreiungsschlag, mit dem er den Begriff der deutschen Nation demokratisch umwidmen wollte, verpuffte. Der Versuch, die eigene Biographie national zu rechtfertigen, Widerständler und Emigranten zu rehabilitieren, Hitler dagegen zum Verräter zu erklären, hatte keinen Erfolg. Die Geschichtlichkeit des Nationalen, die Brandt für seine Sicht beschwor, gravitierte gegen ihn, weil die Macht einer Tradition durch die traditionellen Mächte bestimmt ist und weil diese Mächte in Deutschland der Freiheit, mehr noch der Sozialdemokratie feindlich gesonnen waren.

Die konservative Opposition im Bundestag war es hörbar nicht gewöhnt, Opposition zu sein; sie wollte zwar keinen Einparteienstaat, verstand sich aber doch als Staatspartei. Auf die im Protokoll vermerkte „Unruhe“ antwortete Brandt schließlich mit der Zwischenbemerkung: „Ach, wissen Sie, Sie müssen sich noch angewöhnen, auch einmal einer Regierungserklärung zuzuhören. Alles will gelernt sein.“<sup>64</sup> Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Rainer Barzel hörte sich vieles an, die Reform des Eherechts zugunsten der Frauen, die Reform von Bildung und Wissenschaft, den Hochschulausbau, die Einführung des Bildungsurlaubs für Erwerbstätige. Zum schulischen Ziel der „Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen“, vermerkt das Plenarprotokoll „Lachen bei der CDU/CSU“ – man hatte sich wohl über die Formulierung „die Schule der Nation ist die Schule“ amüsiert. Die Distanz war auch hier vernehmlich. Doch als der tiefere historische Resonanzboden angeschlagen wurde, tönte erregter Ernst:

„Das Vertriebenenministerium wird in das Innenministerium eingegliedert.

(Zuruf rechts)

Ich begrüße es, daß der Staatssekretär a.D. Dr. Nahm sich bereit erklärt hat, dort seinen früheren Arbeitsbereich zu betreuen.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU/CSU.)

Die Bundesregierung bleibt sich ihrer Verantwortung für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten bewußt. Sie wird die notwendigen Maßnahmen zur Eingliederung vollenden.“<sup>65</sup>

<sup>63</sup> Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, 5. Sitzung, 28. Oktober 1969, S. 21.

<sup>64</sup> Ebd., S. 24.

<sup>65</sup> Ebd., S. 25.

Die Eingliederung der Vertriebenenfrage in das Innenressort kündigte einen Kernbereich der neuen Ostpolitik an: die Gewaltverichtsverträge mit der Sowjetunion und mit Polen, in denen die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze anerkennen und den de jure noch erhobenen Anspruch auf die Ostgebiete aufgeben würde. Dieser Schritt war zweifellos das am meisten umstrittene politische Ziel der sozialliberalen Koalition. Keines polarisierte das Parlament stärker. Keins konnte wie dieses schon vor Beginn der Verhandlungen durch nationalistische Aufwallungen zunichte gemacht werden. Brandt wusste es und blieb vage, suchte das Neue in der Kontinuität zu verbergen und schien die immer empörteren Zwischenrufe Barzels absichtlich missverstehen zu wollen:

„Die Politik des Gewaltverichts, die die territoriale Integrität des jeweiligen Partners berücksichtigt, ist nach der festen Überzeugung der Bundesregierung ein entscheidender Beitrag zu einer Entspannung in Europa. Gewaltverichte würden eine Atmosphäre schaffen, die weitere Schritte möglich macht.

Diesem Zweck dienen auch gemeinsame Bemühungen, um den Handel, die technische Kooperation und den kulturellen Austausch zu fördern.

Die Bundesregierung verzichtet heute bewußt darauf, über den in dieser Erklärung gesetzten Rahmen hinaus Festlegungen vorzunehmen

(Abg. Dr. Barzel: Hört! Hört!)

oder Formeln vorzutragen, welche die von ihr erstrebten Verhandlungen erschweren könnten.

(Beifall der Regierungsparteien.) [...]

Meine Damen und Herren, kurzfristig wird die Bundesregierung eine Reihe von Entscheidungen treffen, die ihren Willen zur kontinuierlichen und konsequenten Weiterführung der bisherigen Politik beispielhaft deutlich machen:

[Erstens: Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Zweitens: Beteiligung an der Weltraumforschung. Drittens: Beteiligung an einem NATO-Ausschuss für Probleme der modernen Gesellschaft.]

Viertens. Sie wird demnächst das sowjetische Aide-mémoire zum Thema Gewaltverzicht beantworten und einen Termin für die von der Sowjetunion angelegten Verhandlungen in Moskau vorschlagen.

Fünftens. Sie wird der Regierung der Volksrepublik Polen einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, mit dem sie die Ausführungen Wladislaw Gomulkas vom 17. Mai dieses Jahres beantwortet.

(Abg. Dr. Barzel: Dazu hätte das Parlament gern etwas gehört!)

Sechstens. Sie wird den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen unterzeichnen, sobald – entsprechend den Beschlüssen der letzten Bundesregierung – die noch ausstehenden Klärungen herbeigeführt sind.

(Beifall bei den Regierungsparteien. – Lachen bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, wenn nicht gerade heute darüber in Washington gesprochen würde, würde ich auf die höhnischen Zurufe von soeben antworten. Ich verzichte darauf, zu antworten, weil mir am Erfolg der Verhandlungen liegt und nicht an der Polemik in diesem Augenblick. Das können wir auch morgen noch machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Polemisieren dazu können wir auch noch morgen oder übermorgen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Schulmeister! – Abg. Dr. Barzel: Herr Kollege Brandt, bringen Sie bitte eins nicht durcheinander: Wir legen Wert darauf, zu wissen, welches Angebot Sie Polen machen werden! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Es ging jetzt nicht um Polen, es ging um den NV-Vertrag.

(Abg. Dr. Barzel: Unsere Unruhe begann bei Polen, wo wir etwas mehr wissen wollen!)<sup>66</sup>

Als Brandt kurz darauf zu seinen Schlussworten ansetzte, an den Untergang der Weimarer Republik erinnerte und optimistisch mehr Demokratie im Inneren zu seiner friedlicheren Außenpolitik in Beziehung setzte, erntete er wenn auch für den Moment hilflose so doch wütende Widerworte, die ein Vorschein des Dramas waren, das sich um seine Ostpolitik entfaltete:

„Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren haben manche in diesem Land befürchtet, die zweite deutsche Demokratie werde den Weg der ersten gehen. Ich habe dies nie geglaubt. Ich glaube dies heute weniger denn je.

---

<sup>66</sup> Ebd., S. 32f.

Nein: Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.

(Abg. Dr. Barzel: Aber Herr Brandt! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden im Inneren und nach außen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Abg. Dr. Barzel: Das ist ein starkes Stück, Herr Bundeskanzler! Ein starkes Stück! Unglaublich! Unerhört!)<sup>67</sup>

Der Richtungswechsel in den Fragen der deutschen Teilung und der Beziehungen zum sowjetischen Machtbereich begann nicht erst 1969. Der Vorrang der Kriegsvermeidung vor jedweden Grenzrevisionen war allen Bundesregierungen seit 1949 gemeinsam. Seit Anfang der 60er Jahre zeichnete sich im Verhältnis zwischen USA und Sowjetunion eine Entspannung ab, die ihren Niederschlag auch in der Bundesrepublik fand. Nach dem Schock, der mit dem Bau der Berliner Mauer verbunden war, nahm auch die CDU Abstand von der so genannten „Magnettheorie“, derzufolge die DDR in sich zusammenfiel, weil die Bundesrepublik an Attraktivität überlegen sei. Schon Adenauer sprach von der „Anerkennung der Realitäten“.<sup>68</sup> Mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei, die dem „Prager Frühling“ 1968 ein gewaltsames Ende bereiteten, wurde nur offensichtlich, was das ganze Jahrzehnt bestimmte: Die Verfestigung des internationalen Staus quo, in dessen Rahmen die Sowjetunion die Kontrolle über ihre Satelliten behauptete und West wie Ost ihre jeweiligen Einflussphären in Europa unangetastet ließen. Außenminister Gerhard Schröder, 1961 von Adenauer ernannt, versuchte daher bis zu seiner Ablösung durch Brandt 1966, das Verhältnis zu Osteuropa auf eine pragmatische Grundlage zu stellen. Bereits 1963 wurden Handelsverträge mit Polen, Rumänien und Ungarn abgeschlossen. Jedoch bewegte sich die Bundesregierung nur so weit, wie sie einer Anerkennung der DDR ausweichen, den Anspruch einer Alleinvertretung deutscher Interessen aufrechterhalten und Verhandlungen über die Oder-Neiße-Linie verweigern konnte.<sup>69</sup> Auch wenn 1967 noch handstreichartig diplomatische Beziehungen mit Rumänien aufgenommen werden konnten, änderte sich auch während der Großen Koalition grundsätzlich nichts, in der Kanzler Kiesinger seinen

<sup>67</sup> Ebd., S. 33f.

<sup>68</sup> Vgl. Niedhart: Revisionistische Elemente und friedlicher Wandel, S. 241.

<sup>69</sup> Vgl. Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 395ff.



SPD-Außenminister bis ins einzelne überwachte. Als Brandt bei seinem Besuch in Bukarest im August 1967 in einer Tischrede erklärte, zu den gegebenen Realitäten, die zu respektieren seien, gehörten auch „die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen“, löste er eine Koalitionskrise aus. Und seine Formulierung von der „Anerkennung bzw. Respektierung der Oder/Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung“ auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im März 1968 provozierte wütende Proteste der Vertriebenenverbände.<sup>70</sup>

Der Widerstand gegen Brandts „zweite Phase“ der Ostpolitik ab 1969<sup>71</sup> machte sich also fest an der deutschen Teilung, vor allem aber an der polnischen Westgrenze. Diese barg tatsächlich ein „Konfliktsyndrom“<sup>72</sup> von Flucht, Vertreibung, Enteignung und Heimatverlust, das zu überwinden lange Zeit unmöglich erschien. Hinter den geschätzten Zahlen steht eine kaum fassbare menschliche Katastrophe: Bis zum Kriegsende flohen 9,6 Millionen Menschen aus den Gebieten östlich der Oder und der Lausitzer Neiße. Von 1945 bis 1951 wurden weitere 3,5 Millionen Deutsche in den Westen abtransportiert. Durch den Krieg und durch die Vertreibungen kamen im Osten zwischen 600.000 und 1,3 Millionen deutsche Zivilisten ums Leben.<sup>73</sup> Die westlichen Besatzungsmächte fürchteten die Radikalisierung der entwurzelten und deklassierten Flüchtlinge. Ein offener Protest gegen die Alliierten war unter dem Besatzungsstatut nicht möglich. Stattdessen retteten sich viele in die Überzeugung, der Verlust der Ostgebiete sei nur vorübergehend und würde durch einen späteren Friedensvertrag revidiert. Der im August 1948 gegründete „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“, seit 1950 „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“, sprach von der Oder-Neiße-Linie als „Polens Raubgrenze“ und forderte den Wiederschluss Ostpreußens und Schlesiens an Deutschland.<sup>74</sup> Als die DDR am 6. Juli 1950 mit der Regierung der Volksrepublik Polen das Görlitzer Abkommen schloss, das die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische „Friedensgrenze“ festlegte, weigerten sich 91 Prozent der Westdeutschen, den „nationalen Verrat der Sowjetzone“ anzuerkennen. Walter Ulbricht wurde als „politischer Verbrecher“ beschimpft, und der Bundestag legte in einer tumultartigen Sitzung Rechtsverwahrung gegen den Vertrag

<sup>70</sup> Zitate nach Merseburger: Willy Brandt, S. 534 und 546.

<sup>71</sup> Vgl. Neidhart: Revisionistische Elemente und friedlicher Wandel, S. 235, der die Bezeichnung auf Richard Löwenthal zurückführt.

<sup>72</sup> Hans Georg Lehmann: Der Oder-Neiße-Konflikt. München 1979, S. 59.

<sup>73</sup> Vgl. ebd., S. 59ff.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 149.

ein.<sup>75</sup> Indessen verzichtete aber die „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 auf Gewaltanwendung, um die geforderte Grenzrevision zu erreichen. Die von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen stellten sich im Einvernehmen mit den Vertriebenen auf den Rechtsstandpunkt, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fortbestünde und dass eine endgültige Grenzregelung einem Friedensvertrag vorbehalten sei. Der nationale Besitzanspruch war fortan zu einem Legalismus geronnen, den die Kritiker als Rechtsfiktion sahen, die wider alle Fakten von einer fortbestehenden deutschen Großmacht ausgehe. Und tatsächlich konnte sich die sozialliberale Ostpolitik 1969 gar nicht mehr gegen die Wirklichkeit eines preußisch-deutschen Reiches richten, denn diese war mit dem NS-Regime 1945 bereits untergegangen. Willy Brandt wies vielmehr die rechtlich konservierte Idee des preußischen Reichsnationalismus ab, welche den Vertriebenen den Trost imaginierter Macht geboten und ihnen erspart hatte, die Erinnerung ihres Leids im Kontext der deutschen Geschichte seit 1914, seit 1933, seit 1939 aufzuarbeiten – zu „historisieren“.

Die Landsmannschaft Ostpreußen denunzierte Willy Brandt noch zehn Jahre nach dem Beginn seiner Ostpolitik als den „Erfinder der Vertreibung“. Auch Erich Mende ging Brandt in diesem Sinne an. Der Major der Wehrmacht, ein Schlesier, der an der Ostfront mehrfach militärisch ausgezeichnet wurde und sich Anfang der 50er Jahre vehement für die Generalamnestie der inhaftierten Kriegsverbrecher eingesetzt hatte<sup>76</sup>, bezog sich auf einen Bericht der US-Botschaft in Stockholm von 1944, der die Haltung des Exilpolitikers Brandt zu einer deutschen Ostgrenze nach dem Krieg wiedergab. Brandt hatte offenbar über einen gegenseitigen Gebietsaustausch zwischen Polen und Deutschland spekuliert, um die nach dem Ersten Weltkrieg aufgebrochenen Grenzstreitigkeiten um Polens Zugang zur See und Deutschlands geschlossene Ostgrenze beizulegen.<sup>77</sup> Ebenso aber hatte Willy Brandt in den 40er Jahren erklärt, die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten sei „verhängnisvoll“; es dürfe keine „Fortführung der Methoden der nazistischen Zwangsumsiedlung“ geben, da diese das demokratische Nachkriegsdeutschland belasteten und ei-

---

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 171.

<sup>76</sup> Vgl. Frei: *Vergangenheitspolitik*, S. 268f. Mende hatte zum 8. Mai 1952, dem siebten Jahrestag der Kapitulation, ultimativ eine Vorabamnestie als Bedingung der deutschen Wiederbewaffnung gefordert. Eine Armee sei durch ihren „Geist“ geprägt: „Dieser Geist kann jedoch im Sinne einer europäischen Solidarität und Abwehrbereitschaft bei keiner deutschen Division entstehen, die ihre ehemaligen Befehlshaber oder Kameraden noch in alliierten Zuchthäusern weiß, ohne daß eine allgemeine Überzeugung von der Schuld vorhanden ist.“

nem hasserfüllten Nationalismus neuen Auftrieb verliehen. Nur war er realistisch genug, um zu sehen, dass die Alliierten die Grenzverschiebung schon 1943 beschlossen hatten.<sup>78</sup> Als 1970 die Vereinbarungen zur Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen aller europäischen Staaten in Moskau und Warschau ausgehandelt worden waren, erklärte Brandt wiederholt: Mit diesen Verträgen „geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war.“ Nicht von denen, die „in der Bundesrepublik politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt vom verbrecherischen System des Nationalsozialismus.“<sup>79</sup>

Wenn auch dieser prinzipielle Realismus in der Bundesrepublik an Boden gewann und zahlreiche Unterstützer in Politik, Wissenschaft und Publizistik fand, die sich der Logik anschlossen, eine jegliche Politik der Entspannung und des Wandels in Europa müsse von den gegebenen Machtblöcken ausgehen, gab es dennoch im Verlauf der Verhandlungen, die Egon Bahr als Staatssekretär des Bundeskanzleramts im Januar 1970 in Moskau begann, eine wachsende Unruhe im außenpolitischen Apparat. Es knirschte zwischen der Regierung und den Beamten. Dies belegt eine Arbeitsbesprechung des Auswärtigen Amts am 6. Januar, an der Botschafter Helmut Allardt teilnahm, 1968 nach eigenem Bekunden „ohne viel Enthusiasmus“ auf den Moskauer Posten gekommen<sup>80</sup>. Die Referatsleiter unter anderem für Völkerrecht, für Sicherheitspolitik, für „Deutsche Ostfragen“, für „Strukturfragen des Ostens“, für die Sowjetunion und für Polen berieten mit dem Leiter der Politischen Abteilung Hans Ruete die weitere Strategie für die Gewaltverzichtsgespräche mit der UdSSR.<sup>81</sup> Allardt, der seit Dezember 1969 in Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko stand, war unzufrieden mit der deutschen Haltung. Er warnte vor der Härte und Geschlossenheit der sowjetischen Position, die sich mehr und mehr „in Richtung auf eine Vernehmung des deutschen Partners durch die sowjetische Seite“ entwickle. Dem „Ungleichgewicht in der Gesprächsführung“ müsse entgegen gewirkt werden. Die Runde einigte sich darauf, die „Notwendigkeit einer unzweideutigen Rechtssprache“ herauszustellen.<sup>82</sup> Arbeitsgruppen wurden gebildet, um alle sachlichen Punkte gründlich aufzuarbeiten. Politische Verpflichtungen darauf, die

---

<sup>77</sup> Zum Vorwurf der Vertriebenen und zu Brandts Überlegungen vgl. Merseburger: Willy Brandt, S. 208.

<sup>78</sup> Zit. nach ebd., S. 200.

<sup>79</sup> Zit. nach ebd., S. 610.

<sup>80</sup> Vgl. Baring: Machtwechsel, S. 263.

<sup>81</sup> Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (=AAPD) 1970, Band I, Dok. 5, S. 12-15.

<sup>82</sup> Ebd., S. 14f.

nach dem Krieg entstanden Grenzen nicht mehr anzufechten, sollten nicht vorschnell eingegangen werden. Dagegen drängte Egon Bahr auf Tempo. Streng vertraulich informierte er den Bundeskanzler, dass „die öffentliche Atmosphäre sich verschlechtert“. Er fürchtete die zunehmende Sabotage der Verhandlungen durch die DDR. Zugleich glaubte er über einen informellen Kanal, bei dem sowjetischen Journalisten Walerij Lednew, dem „Emissär aus Moskau“, ermittelt zu haben, dass die sowjetische Führung ein ernstes Interesse an Fortschritten habe. „Es könnte ein sich für Jahre hinaus auswirkender folgenschwerer Fehler sein“, prophezeite Bahr, „wenn Moskau zu dem Ergebnis käme, daß die Bundesregierung weniger seriös und mit weniger Engagement diese Sache betreibt.“ Die Bundesregierung habe keinen Zeitgewinn zu erhoffen, sondern jeden Zeitverlust zu fürchten. „Zeitverlust ist Aktionsverlust für die Regierung und Gewinn für die Opposition, die durch eine zeitliche Verzögerung nicht freundlicher wird, sondern mehr Raum für törichtes Geschwätz oder abseitige Argumentierung gewinnt.“ Das weitere Gespräch in Moskau „kann Allardt nicht führen. Ich sehe nur Nachteile, ihn in eine Zwischenrunde zu schicken.“<sup>83</sup> Ruete legte im Auswärtigen Amt noch eine lange Verhandlungsinstruktion für Botschafter Allardt vor, die darauf aus war, „eine vollständige Anerkennung des Status quo als einer bereits endgültigen und einen Friedensvertrag insoweit vorwegnehmenden Regelung“ zurückzuweisen. Die Bundesregierung würde andernfalls „nicht nur die Oder-Neiße-Linie als endgültige Ostgrenze Deutschlands, sondern auch die Zonengrenze als eine völkerrechtliche Staatsgrenze anerkennen“. Gromyko hingegen zeige keinerlei Bereitschaft zu „irgendwelchen sowjetischen Gegenleistungen“.

„Wir stehen hiernach unter dem Eindruck, daß die Sowjets unser bilaterales Gewaltverzichtskonzept ‚umfunktionieren‘ wollen in ein Bündel einseitiger deutscher Konzessionen, die der Sowjetunion die hegemoniale Position einer Garantiemacht für eine ihren politischen Interessen und Zielen entsprechende Ordnung der Verhältnisse in Ost- und Mitteleuropa einräumen und für bilaterale politische Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den anderen östlichen Nachbarstaaten Deutschlands kaum noch substantiellen Verhandlungsstoff übriglassen würde.“<sup>84</sup>

<sup>83</sup> Bahr am 14. Januar 1970 „von Hand zu Hand“ über Kanzleramtsminister Horst Ehmke. AAPD 1970, I, Dok. 8, S. 20-23.

<sup>84</sup> Ruete am 19. Januar 1970. AAPD 1970, I, Dok. 12, S. 34-48 (36).

Die Entscheidung indes war getroffen. Brandt hatte sich mit dem Außenminister verständigt, Bahr zu schicken. Am 23. Januar wies Scheel den nach Moskau zurückgekehrten Botschafter an, alle Vorbereitungen für die Ankunft des neuen Verhandlungsleiters zu treffen: „Ich bitte um strikteste Geheimhaltung, auch in der Botschaft.“<sup>85</sup>

Mit Gromyko und Bahr änderte sich der Verhandlungsstil. Der Staatssekretär, der schon als Leiter des Presseamtes im Berliner Senat an der programmatischen Formulierung der Ostpolitik maßgeblich mitgewirkt und 1963 das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ geprägt hatte, sah seinen Augenblick gekommen.<sup>86</sup> Das Protokoll seines ersten Gesprächs im sowjetischen Außenministerium, bei dem auch Alldardt anwesend war, vermerkt die unumwundene Direktheit, mit der Bahr seine Geschichtsdeutung auf den Tisch legte: „Was ist heute, 25 Jahre nach Hitlers Krieg, möglich?“ Politische Vereinbarungen, besseres Verständnis, Abbau der Feindschaft, der Propaganda und der Beziehungslosigkeit seien erreichbar. Doch: „Die Grenzen liegen da, wo sie sind. Wer Grenzen ändern will, ist verrückt, weil er den Krieg riskiert.“ Anschließend verwies Bahr darauf, dass die freiheitliche Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik bleibe wie sie ist: „Die Sowjetunion sagt, daß friedliche Koexistenz nicht mit ideologischer Koexistenz gleichzusetzen sei. So ist das auch bei uns.“<sup>87</sup> Um 10 Uhr hatte man mit Referaten begonnen. Nach einer Mittagspause ging es um 15 Uhr in die offene Diskussion. Bahr sagte, er vermeide den Begriff Grenz-erkennung und nenne das damit Gemeinte „Gewaltverzicht und territoriale Integrität“. Gromyko fragte: „Sind Sie aber nicht bereit, die Absicht der Grenzänderung in Zukunft auszuschließen. Gehen Sie über diese Hürde?“ „Die einzige Grenze, die wir ändern wollen“, erwiderte Bahr, „ist die Grenze zur DDR.“ Nur die Wiedervereinigung solle offen bleiben, auch wenn sie erst in 20 oder 30 Jahren Wirklichkeit werde. Keinen Zweifel ließ er, dass die Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht mehr zur Disposition gestellt würden.

„Wir haben Flüchtlinge in Deutschland, das sind Leute, die Sie Revanchisten nennen. Auch die haben auf Gewalt verzichtet, trotz der Sonntagsredner. Das

---

<sup>85</sup> Ebd., Dok. 20, S. 73f.

<sup>86</sup> Zur Einschätzung Bahrs vgl. Baring: Machtwechsel, S. 278ff. Man muss Arnulf Barings Urteil, Bahr sei „ein großartiger Verhandler“ gewesen, „souverän“ und „ohne Zweifel Gromyko ebenbürtig“ nicht unbedingt teilen, um zu dem Schluss zu kommen, dass mit der Verhandlungsführung des Staatssekretärs die politische Linie Brandts unmittelbar zur Geltung kam und die Friktionen zwischen Bonn und Moskau endeten.

Problem wird immer kleiner. Es wird aussterben. Ich kann das Problem der Heimatvertriebenen gut verstehen. Meine Familie kommt aus Schlesien, aber die wollen nicht mehr dorthin zurück.

*Gromyko*: Sind alle so vernünftig wie Ihre Verwandten?

*Bahr*: Es gibt weniger Verrückte, als man glaubt.“<sup>88</sup>

Bahr verhandelte bis zum 18. Februar. Am 19. Februar warnte Allardt – an Bahr vorbei – den Außenminister noch einmal vor dem Machtwillen der Sowjetunion, konzentrierte sich aber nur noch auf die Wiedervereinigung, die „in russischen Augen eine Katastrophe“ sei und „niemals“ hingenommen werden würde. Auch West-Berlin sei in Gefahr. Bahr, von Staatssekretär Ferdinand Duckwitz nachträglich informiert, zeigte sich „erstaunt“ über den Vorgang, aber unbeeindruckt von den Einwänden.<sup>89</sup> Im März und im Mai reiste er zu weiteren Verhandlungsrunden nach Moskau. Am 22. Mai 1970 meldete er an Scheel nur drei Worte: „Geschafft. Telegramm folgt.“<sup>90</sup>

Zu diesem Zeitpunkt lagen zehn Leitsätze für einen Vertrag vor, in denen das gemeinsame Friedensziel betont (Ziffer 1) und vereinbart wurde, „Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen“ zu wollen (Ziffer 2). Entscheidend für die Kritiker der Ostpolitik aber waren Ziffer 3, unter der beide Parteien die Oder-Neiße-Linie als „Westgrenze der Volksrepublik Polen“ sowie die „Grenze zwischen der BRD und der DDR“ „heute und künftig“ als „unverletzlich“ bezeichneten, und die Ziffer 6, unter der die Bundesregierung den Alleinvertretungsanspruch explizit aufgab.<sup>91</sup> Mit diesem als geheim klassifizierten Dokument war die Schwelle überschritten, jenseits derer sich auf konservativer Seite scharfe Ablehnung zusammenballte. Zurück in Bonn leitete Egon Bahr das Papier an alle Bundesminister und an den Leiter des Presse- und Informationsamtes, Conrad Ahlers, weiter. In dem beigefügten Schreiben führte er zwar aus: „Ein auf der Grundlage der Ziffern 1-4 abzuschließender Gewaltverzichtsvertrag wird ergänzt durch einen Brief des Inhalts, daß der Abschluß des Vertrages nicht bedeutet, daß die Bundesregierung ihr politisches Ziel, die Selbstbestimmung für alle Deutschen mit friedlichen Mitteln anzustreben, aufgibt.“ Ein solcher Brief werde von der sowjetischen Regierung unwidersprochen

<sup>87</sup> Gespräch Bahr-Gromyko am 30. Januar 1970. AAPD 1970, I, Dok. 28, S. 105-118 (105f., 107).

<sup>88</sup> Ebd., S. 115f.

<sup>89</sup> AAPD 1970, I, Dok. 69, S. 295-298. Zu Bahrs Reaktion siehe FN 8.

<sup>90</sup> AAPD 1970, Band II, Dok. 230, S. 854.

<sup>91</sup> AADP 1970, II, Dok. 221, S. 822-824 (822f.).

entgegengenommen.<sup>92</sup> Um dieses Ergebnis zu verteidigen, verwies die Bundesregierung außerdem darauf, eine „Unverletzlichkeit“ der Grenzen schließe nur gewaltsame Änderungen aus und sei noch keine „Anerkennung“; auch bestätigte Ziffer 4, dass frühere Verträge „unberührt“ blieben, so etwa der Deutschland-Vertrag von 1952, der den Vorbehalt des Friedensvertrages für jede endgültige Regelung für Deutschland als Ganzes enthalte.<sup>93</sup> Doch all das näherte sich einer absurden Entwertung der eigenen Verhandlungen, um die Proteste der Vertragsgegner zu beschwichtigen, ganz so, als wolle man der Öffentlichkeit nachträglich weis machen, es sei gar nichts Einschneidendes geschehen. Der Begriff der Wiedervereinigung tauchte jedoch nicht mehr auf, und die Tatsache, dass Bahr es weder unternommen hatte das Ziel der Selbstbestimmung noch den diesbezüglichen Brief in den Leitsätzen ausdrücklich festzuschreiben, wog bei der Opposition schwer genug, um ihm ein Einknicken vorzuwerfen. Dabei war Bahr unverkennbar stolz auf sein Papier. Er schrieb Brandt, der stellvertretende amerikanische Botschafter Russel Fessenden habe angerufen, um zu gratulieren, „ich hätte ein Wunder vollbracht.“<sup>94</sup> Bei seiner Diskussion mit „einem halben Dutzend Staats- und Völkerrechtlern“ sei nur eine einzige Vokabel beanstandet worden; „falls meine Dienste nicht mehr benötigt werden, erwäge ich, mich als Professor für Völkerrecht zu habilitieren.“<sup>95</sup> Am 3. Juni nahm er an einem Treffen zwischen Innenminister Hans-Dietrich Genscher und dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen teil. Auch davon glaubte er positiv berichten zu können:

---

<sup>92</sup> Ebd., S. 824, FN 3.

<sup>93</sup> So schon die Auswertung im Auswärtigen Amt am 5. Juni 1970, AADP 1970, II, Dok. 247, S. 905-912 (908f.). Unterabteilungsleiter Lothar Lahn, zuständig für „Deutsche Ostfragen“, schlug vor, die Formulierungen noch weiter aufzuweichen, indem der qualifizierende Halbsatz über die Oder-Neiße-Linie als „Westgrenze der Volksrepublik Polen“ gestrichen werde. Danach könne weiter behauptet werden, dass eine Anerkennung der Grenze durch den Vertrag nicht erfolgt sei. (Siehe ebd., S. 909) Mit diesem Nachbesserungsziel reiste Außenminister Scheel im August nach Moskau. Und genau wegen dieser Forderung standen die Gespräche am 4. August kurz vor dem Scheitern. Gromyko drohte, er würde ganz ausdrücklich auf die Worte „Anerkennung der Grenzen“ bestehen, wenn Scheel weiter insistiere. Dieser bot vorsichtig an, „die Frage offen zu lassen“. Gromyko erwiderte wütend: „Ausgeschlossen, 6 Monate reichen. [...] Ich gebe nicht nur keine Weisung an meine Vertreter, darüber zu sprechen. Ich verbiete ihnen, daß darüber geredet wird. Wir haben 6 Monate darüber gesprochen. Jetzt berühren Sie nicht nur die Grundlage des Vertrages, jetzt schlagen Sie dem Vertrag sozusagen den Boden aus.“ AADP 1970, II, Dok. 360, S. 1369-1374 (1373). Die Streichung ließ sich nicht durchsetzen und wurde dadurch kompensiert, dass außerhalb des Vertrages die Bundesregierung in einem Brief an die westlichen Drei Mächte die Sowjetunion folgendermaßen zitieren durfte: „Die Frage der Vier Mächte war nicht Gegenstand der Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjetregierung ging davon aus, daß diese Frage nicht berührt werden sollte. [...]“ Damit sollte aus Sicht der Bundesregierung erreicht werden, auf das Fortbestehen der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes und auf den Vorbehalt eines Friedensvertrages verweisen zu können. Die Einigung war am 5. August erreicht. Siehe AADP 1970, II, Dok. 367, S. 1388-1392 (1391).

<sup>94</sup> Bahr am 3. Juni 1970. AADP, II, Dok. 245, S. 900-903 (900).

<sup>95</sup> Bahr am 10. Juni 1970. AADP, II, Dok. 255, S. 936-937 (936).

„Das Gespräch mit dem BdV ist recht gut verlaufen. Wir sind – natürlich – nicht einig. Die Herren haben ihre Standpunkte vertreten. Logisch sind, bis auf einige Kerne echter Meinungsverschiedenheiten (die DDR ist kein Staat, es gibt keine innerdeutsche Grenze, Gewaltverzicht ist generell Quatsch), nicht sehr viele Punkte auf ihrer Seite übrig geblieben. Sie haben sich jedenfalls beeindruckt gezeigt, für die wertvollen Informationen und Argumente gedankt, die sie überlegen wollten.“<sup>96</sup>

Der Eindruck trog. Die genannten Auffassungsunterschiede *waren* der Kern der Kontroverse. Die innenpolitische Polarisierung nahm zu. Am 21. Mai hatte mit Willi Stoph erstmals ein Regierungschef der DDR die Bundesrepublik besucht. Brandts Reise nach Erfurt am 19. März galt noch als Erfolg. Die Menschen dort hatten ihm zugejubelt. Die deutsch-deutsche Entspannung schien sich zu verwirklichen.<sup>97</sup> Doch als er mit Stoph in Kassel zusammentraf, demonstrierten neben Vertretern der Heimatvertriebenen und der Jungen Union, Mitglieder von NPD und rechtsextremen Organisationen. In Sprechchören wurde gerufen „Volksverräter Hand in Hand – Willi Stoph und Willy Brandt“. Drei Angehörige einer Gruppe namens „Deutsche Jugend des Ostens“ zerrissen die Fahne der DDR, die „Spalter-Flagge“, vor dem Tagungsort Schloß Wilhelmshöhe. In Kassel auch war der Ruf zu hören: „Brandt an die Wand“.<sup>98</sup>

Die Rückendeckung von Axel Springer, die Brandt in Berlin sicher gewesen war, wandelte sich zu heftigen Angriffen.<sup>99</sup> Am 12. Juni veröffentlichte die „Bild-Zeitung“ die ersten vier Ziffern des ihr zugespielten Bahr-Papiers unter der Schlagzeile „Ging Bahr zu weit?“. Einen Tag später war „Bahrs Moskauer Text“ in der „Frankfurter Allgemeinen“ zu lesen. Dadurch erhöhte sich der Druck auf die Bundesregierung auch seitens der drei Westalliierten, die anmahnten, unterrichtet zu werden.<sup>100</sup> Es entstand der Eindruck, die sozialliberale Regierung handle leichtfertig und dilettantisch, zumal der Außenminister noch gar nicht beteiligt gewesen zu sein schien, da ja das Bundeskanzleramt bislang federführend verhandelt hatte. So wenig

<sup>96</sup> AADP, II, Dok. 245, S. 900-903 (900f.).

<sup>97</sup> Vgl. Merseburger: Willy Brandt, S. 603.

<sup>98</sup> Vgl. ebd., S. 605f., und Baring: Machtwechsel, S. 288ff.

<sup>99</sup> Pressesprecher Conrad Ahlers erfand das Wort von Springers „Kampfpresse“. Vgl. Merseburger: Willy Brandt, S. 636ff.

<sup>100</sup> Vgl. AADP 1970, II, Dok. 271, S. 992-993.



dies zutraf, der Schaden für die FDP offenbarte sich bei den parallelen Landtagswahlen im Saarland, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen am 14. Juni. Scheels Partei verlor durchgehend, war in Saarbrücken und Frankfurt nicht mehr Landtag vertreten und blieb in Düsseldorf nur knapp über der 5-Prozent-Hürde. Am 17. Juni gründeten Mitglieder der FDP unter Führung von Erich Mende und Siegfried Zoglmann in Wuppertal die „Nationalliberale Aktion“, um, so Mende auf dem anschließenden Parteitag, „die Ablehnung jeder Anerkennung der deutschen Spaltung“ durchzusetzen.<sup>101</sup> Egon Bahr und Horst Ehmke analysierten die Situation als „Schwächeperiode der Regierung“, die nur durch einen schnellen Verhandlungsabschluss zu überwinden sei: „Die Opposition“, schrieb Bahr, „hat die Schwäche der Bundesregierung erbarmungslos ausgenutzt, weder Texte veröffentlichen noch ihre eigenen Interpretationen geben zu können, solange die Verhandlungen nicht beendet sind. Diese Schwäche kann die Bundesregierung erst beenden mit der Unterschrift des Vertrages.“<sup>102</sup> Ende Juli fuhr Scheel nach Moskau, verstärkt durch den neu berufenen Staatssekretär Paul Frank, der als professioneller Diplomat galt und mehr Abstand zum Kanzleramt gewährleisten sollte. Am 7. August konnte paraphiert werden, den 11. August kam Kanzler Brandt zur Unterzeichnung des Vertrags, die am folgenden Tag stattfand. Auch mit Polen gab es Fortschritte, doch das half nichts. Nicht die Geschwindigkeit, die Richtung zählte, und je schneller Brandt und Scheel ihren Weg zurücklegten, desto mehr mobilisierte sich der widerstrebende Nationalismus. Die international beachteten Verhandlungsergebnisse konnten nicht verhindern, im Gegenteil, sie konnten nur zunehmend stärker dazu führen, dass die Regierung von ihren inneren Gegnern als verantwortungslos gebrandmarkt wurde. Nachdem Willy Brandt am 7. Dezember auf der inhaltlichen Linie des Moskauer auch den Warschauer Vertrag unterzeichnet hatte, schrieb die „Berliner Morgenpost“ aus dem Verlagshaus Springer ein „Requiem“: Der Kanzler habe die „Rechte der Ostdeutschen auf Heimat und Selbstbestimmung auf den Müllhaufen der Geschichte“ befördert.<sup>103</sup>

Spürte Brandt den Gegenstrom und begann er deshalb in Moskau, der nationalen Emotion Tribut zu zollen? Tatsache ist, dass er in seiner Tischrede am Tag der Vertragsunterzeichnung eine Denkfigur der Rechten aufgriff, um sein Tun zu rechtfertigen:

---

<sup>101</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Juni und 23. Juni 1970, und Baring: Machtwechsel, S. 295ff.

<sup>102</sup> Bahr am 24. Juni 1970. AADP 1970, II, Dok. 280, S. 1024-1028 (1025).

<sup>103</sup> Berliner Morgenpost, 8. Dezember 1970, zit. nach Merseburger: Willy Brandt, S. 616.

„Die Geschichte darf nicht zu einem Mühlstein werden, der uns niemals aus der Vergangenheit entläßt. Ich verstehe diesen Vertrag in gewisser Hinsicht als einen Schlußstrich und als einen neuen Anfang, der unseren beiden Staaten gestattet, den Blick nach vorn zu richten in eine bessere Zukunft. Als einen Vertrag, der uns von den Schatten und den Belastungen der Vergangenheit befreien soll – Sie wie uns – und der Ihnen wie uns die Chance eines neuen Anfangs gibt.“<sup>104</sup>

Nein, es überzeugt nicht, in diesen Sätzen eine taktische Wendung zu sehen. Dafür war der Kreml der falsche Ort und die sowjetische Führung das falsche Publikum. Erstaunlich eher, wie Brandt gerade dort das optimistische Hochgefühl einer von der Vergangenheit sich lossagenden Bundesrepublik ausdrückte. Denn er musste damit rechnen, misstrauisch auf machtpolitische Ambitionen befragt zu werden. Und überhaupt, wollte er nicht gerade durch den kurz zuvor unterschriebenen Vertrag erreichen, dass die „antideutsche Karte“, das Bild vom drohenden Feind im Westen, aus dem sowjetischen Propagandaspiel verschwand?<sup>105</sup> Erstaunlich auch, wie Breschnew alles andere tat als darauf einzusteigen, wie er vielmehr an die angeblich vertrauensvolle Zusammenarbeit unter dem Hitler-Stalin-Pakt erinnerte, um zu belegen, wie gut Deutsche und Russen sich verstehen können. In seinen Erinnerungen bekundet Brandt, ihn habe „diese Art, Rührseligkeit zu mobilisieren, weniger beeindruckt als erschreckt.“<sup>106</sup> Vor allem davon wollte er los. Die nationale Begründung, die er dem Vertragswerk gab, entsprang der authentischen Überzeugung, ein Deutschland, das Verzicht übe, könne er politisch von den Folgen Hitlers emanzipieren, und in diesem Sinne sprach er Mitte September 1970 im Bundestag davon, „daß es an der Zeit war, unser Verhältnis zur Sowjetunion und zu Osteuropa neu zu begründen und im Rahmen des Möglichen zu normalisieren.“<sup>107</sup>

Zunächst ging es um die Frage: Durchsetzung oder Ablehnung der Verträge? Und in diesem Punkt unterlag der Oppositionsführer Rainer Barzel. Seine Karriere scheiterte daran. Zwar signalisierte er immer wieder Kompromissbereitschaft. Doch bei der Grenzankennung hatte er entschieden, die Regierung vor sich her zu treiben. Das Angebot des Außenministers an die Bundestagsfraktion von CDU/CSU, sie

---

<sup>104</sup> Zit. nach Brandt: Erinnerungen, S. 199.

<sup>105</sup> Vgl. ebd., S. 206.

<sup>106</sup> Ebd., S. 201.

<sup>107</sup> Zit. nach ebd., S. 206.

möge für die Schlussphase der Verhandlungen in Warschau einen Vertreter benennen, der die deutsche Delegation nach Polen begleiten könne, lehnte Barzel im Oktober 1970 mit der Begründung ab, dass nach Scheels Vorstellungen „die Grenzfrage im Hinblick auf einen künftigen Friedensvertrag nicht offenbleibt. Wir vermissen den klaren Friedensvertragsvorbehalt.“<sup>108</sup> Die Opposition konnte sich von der Nation in den Staatsgrenzen von 1937 nicht lösen. Sie rechnete auf Brandts parlamentarischen Mehrheitsverlust, wollte er diese Ablösung durchsetzen. Der Kanzler seinerseits versuchte, so wenig Angriffsfläche wie irgend möglich zu bieten. Mindestens dem Vorwurf, „Wandel durch Annäherung“ bedeute gesellschaftlichen Wandel auf der westlichen Seite und ideologische Annäherung an den Osten, bemühte er sich zu begegnen. Schon vor seiner Abreise nach Moskau hatte daher das Präsidium der SPD beschlossen, Richard Löwenthal mit dem Entwurf eines „Abgrenzungsbeschlusses“ zu beauftragen. Am 14. November verabschiedeten Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD ein Dokument, das dem Missverständnis vorbeugen sollte, der antikommunistische Regierende Bürgermeister von West-Berlin habe als Kanzler seine Überzeugungen aufgegeben. Aus innenpolitischen Gründen wurden die Lager wieder auseinander sortiert: „Freiheitliche Demokratie“ und „kommunistische Parteidiktatur“, hatte Löwenthal geschrieben, seien unverschmelzbar: „Keine Friedenspolitik, keine außenpolitische Annäherung kann diesen Gegensatz der Systeme beseitigen, keine darf ihn übersehen.“ Kommunistisch regierte Länder seien nicht von außen zu befreien. „Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann nur von innen kommen.“ Daher müssten zwischenstaatliche Konflikte abgebaut werden. Die demokratischen Grundlagen der „eigenen politischen Ordnung“ aber müsse die SPD „entschlossen gegen alle kommunistischen Angriffe verteidigen“: „Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromißlos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.“<sup>109</sup> Bahr hatte es Gromyko ja schon im ersten Gespräch angekündigt. Dies hinderte das Kabinett nicht, sondern erleichterte es ihm, am 19. November den Beginn eines „Meinungsaustauschs“ mit der DDR über einen deutsch-deutschen Grundlagenvertrag zu beschließen.

Im Verlauf des Jahres 1971 wurde es für die Opposition schwerer und leichter zugleich, den Sturz des Kanzlers vorzubereiten. Schwerer weil die Regierung internationale Erfolge hatte. Der Abschluss des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin am 3. September, an dem wiederum Egon Bahr intensiv beteiligt war, bestätigte den Sta-

---

<sup>108</sup> Barzel am 26. Oktober 1970. AAPD 1970, III, Dok. 490, S. 1833-1834 (1834).

tus quo für den Westteil der Stadt, die, nach Bahrs Worten, keine „Insel des Kalten Krieges“ bleiben sollte.<sup>110</sup> Im Oktober erhielt Willy Brandt den Friedensnobelpreis. Die Nachricht traf während einer Bundestagssitzung ein. Parlamentspräsident von Hassel, der Brandt 1961 der Feigheit vor dem deutschen Schicksal geziehen hatte, unterbrach und gratulierte dem Kanzler. Die Koalitionsfraktionen applaudierten stehend. Rainer Barzel gratulierte. Die Mehrheit von CDU/CSU jedoch blieb regungslos auf ihren Sitzen. Leichter wurde es für die Opposition, weil die Polarisierung zunahm, je näher die Ratifizierung der Ostverträge rückte. Der Nobelpreis provozierte da eher, als dass er vermittelte. Axel Springer begrüßte die Ehrung, kommentierte aber, Brandts Politik diene nicht dem Frieden. In der deutschen Presse tauchten böseartige Gerüchte auf, der Preisträger habe das Nobel-Komitee bestechen lassen.<sup>111</sup>

Vor allem aber wuchsen die Chancen der Vertragsgegner, weil den Regierungsfractionen, die von Anfang an nur einen Vorsprung von zwölf Stimmen hatten, die Bundestagsabgeordneten der Vertriebenen und der Rechtskonservativen abhanden kamen.<sup>112</sup> Siegfried Zoglmann war schon im Oktober 1970 von der FDP zur CSU gegangen, als ihm ein Parteiausschlussverfahren drohte. Der ehemalige Hitlerjugendführer aus dem Sudetenland, 1939 Abteilungsleiter in der Besatzungsverwaltung des „Reichsprotectorats Böhmen und Mähren“, bis 1945 Wehrmachtsoffizier und fortan politischer Weggefährte von Erich Mende, wollte eine „Fraktionsbildung von rechts“ gegen Brandt.<sup>113</sup> Mende und der FDP-Abgeordnete Heinz Starke verließen nur einen Tag später die Partei. Im Oktober 1971 ging der Berliner SPD-Abgeordnete Klaus-Peter Schulz zur CDU; obwohl er als Berliner im Bundestag bei der Ratifizierung der Ostverträge nicht stimmberechtigt war, signalisierte seine Entscheidung, dass auch die SPD nicht geschlossen war. Herbert Hupka, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, verließ die Sozialdemokraten im Januar 1972 und trat der CDU bei. Der Christdemokrat Gerhard Schröder schrieb Anfang Februar in einem Artikel, den die „Zeit“ veröffentlichte, zur bedenklichen außenpolitischen Entwicklung parallel habe sich in der Bundesrepublik eine „unheilvolle Linksverschiebung“ ereignet, und die Ablehnung der Ostverträge

---

<sup>109</sup> Zit. nach Baring: Machtwechsel, S. 358.

<sup>110</sup> Zit. nach Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 545.

<sup>111</sup> Vgl. Merseburger: Willy Brandt, S. 639.

<sup>112</sup> Zu den Übertritten und der Vorbereitung des Misstrauensvotums vgl. die genaue Schilderung bei Baring: Machtwechsel, S. 396ff.

<sup>113</sup> Ebd., S. 397.

sei daher „eine notwendige innenpolitische Haltung“.<sup>114</sup> In der FDP konnte auch auf die Abgeordneten Knut von Kühlmann-Stumm und Gerhard Kienbaum nicht mehr sicher gerechnet werden, als am 23. Februar die erste Lesung der Ostverträge im Bundestag stattfand. Im April zeichnete sich überdies der Austritt des konservativen niedersächsischen FDP-Abgeordneten Wilhelm Helms ab, so dass die Regierung von nun an keine parlamentarische Mehrheit mehr für die Ostpolitik zu haben schien. Das Ende des gesamten Vertragswerks einschließlich der laufenden Verhandlungen mit der DDR war wahrscheinlich geworden.

Ganz unvorhersehbar war Anfang April das Scheitern Rainer Barzels, der als Kanzlerkandidat der Union bereit stand. Dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Willy Brandt fehlten am 27. April nur zwei Stimmen. Ganz unvorhersehbar auch war die Gemeinsame Entschließung, auf die sich Regierung und Opposition unter Beteiligung des sowjetischen Botschafters Valentin Falin am 9. Mai einigten. Der Text beanspruchte deutlich, das Regelungsziel der Ostverträge wieder zurückzunehmen, und war auch in sich widersprüchlich, wenn er behauptete, die Verträge „nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen“, sodann anschloss, „das Recht auf Selbstbestimmung“ der Deutschen bleibe unberührt, daraufhin aber wieder beteuerte: „Mit der Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts erhebt die Bundesrepublik Deutschland keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch.“<sup>115</sup> Unvorhersehbar war schließlich, wie die CDU/CSU sich auf leidenschaftliches Anraten Walter Hallsteins und *gegen* das Votum Rainer Barzels *trotz* der Entschließung *nicht für* die Verträge aussprach, *aber auch nicht gegen* sie stimmte: Am 17. Mai 1972 ratifizierte der Bundestag den Moskauer Vertrag bei 238 Enthaltungen, den Warschauer Vertrag bei 231 Enthaltungen mit den 248 verbliebenen Stimmen derer, die in der Ostpolitik den Neuanfang wollten.

## **2. Neue Ostpolitik. Übereilter Verzicht und mögliches Ende Deutschlands**

---

<sup>114</sup> Die Zeit, 4. Februar 1972.

Anfang April 1972 stand noch auf der Kippe, was die sozialliberale Koalition seit Oktober 1969 erreicht hatte. In dieser zugespitzten Situation erschien am 15. April in mehreren Tageszeitungen eine „Erklärung zur Ostpolitik“, die der Bochumer Historiker Hans Mommsen entworfen, unter Hinweis auf die öffentliche Verantwortung an Kollegen verschickt hatte und die unterzeichnet war von 206 westdeutschen Geschichts- und Politikwissenschaftlern. Das Manifest zur Unterstützung Willy Brandts vereinigte eine Vielzahl unterschiedlicher Charaktere und Denkrichtungen. Aus Marburg hatten Wolfgang Abendroth, Reinhard Kühnl, Frank Deppe unterschrieben, die als Marxisten galten. Aus dem Kreis des Bundes Freiheit der Wissenschaft fanden sich Richard Löwenthal, Alexander Schwan und Thomas Nipperdey. Die Emigranten Ernst Fraenkel, Helmuth Plessner und Golo Mann befürworteten die Erklärung, ebenso der NS-Verfolgte Eugen Kogon, die der Frankfurter Schule nahestehenden Iring Fetscher und Wolf-Dieter Narr sowie Heinz-Josef Varain, Klaus von Beyme, Carl Böhret, Kurt Lenk, Otto Stammer. Der Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel zeichnete und von den Vertretern einer liberalen Demokratielehre etwa Theodor Eschenburg, Karl Dietrich Bracher, Hans Adolf Jacobsen, Dolf Sternberger, Kurt Sontheimer. Die Hamburger Historiker Fritz Fischer und Imanuel Geiss waren dabei, die durch die Kontroverse über die deutschen Kriegsziele von 1914 bekannt waren, aus Göttingen Hermann Heimpel, der sich öffentlich von seiner NS-Vergangenheit distanziert hatte, und Helga Grebing, die Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler, Jürgen Kocka, aus Darmstadt Michael Stürmer, von den bekannten ehemaligen Ostforschern Reinhard Wittram, der Emigrant und Mitbegründer der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung, Hans Rothfels, sowie offenbar der gesamte Mitarbeiterstab des Instituts für Zeitschichte in München, unter anderem Hellmuth Auerbach, Martin Broszat, Wolfgang Benz, Hermann Graml. Es hat den Anschein, dass hier noch einmal jene breite Koalition von Sozialwissenschaftlern eine gemeinsame politische Position einnahm, die in der Demokratisierung Deutschlands und in der Abkehr vom autoritären, hegemonialen, kriegerischen Erbe des deutschen Nationalstaates ihr grundlegendes Ziel sah. Ein politisches Ziel, das sie zur Aufgabe ihrer Wissenschaft machten, die sowohl wider den traditionellen Positivismus als auch wider den nationalistischen Patriotismus deutscher Akademiker begründet war.

---

<sup>115</sup> Zit. nach Baring: Machtwechsel, S. 438-440 (438f.).

„Die Abstimmung über die Ostverträge stellt den Deutschen Bundestag vor eine Entscheidung von historischer Tragweite. Erst wenn es gelingt, die mit dem Namen Konrad Adenauers verbundene Verständigung mit der westlichen Welt durch die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR und zu Polen zu ergänzen, wird die Erinnerung an die verhängnisvolle Gewaltpolitik Hitlers im Bewußtsein der Völker zurücktreten und das Gefühl des Mißtrauens und der Feindseligkeit nicht länger ihre Beziehungen zur deutschen Nation belasten. Die Ostverträge stellen einen wichtigen Schritt auf diesem Wege dar, der aus eigenem Antrieb, aber im Einklang mit den westlichen Verbündeten erfolgt. Es ist eine Illusion zu glauben, die in Potsdam 1945 getroffenen territorialen Regelungen könnten in irgendeiner Beziehung rückgängig gemacht werden, und es ist gefährlich, sie neu zu beleben. Die deutsche Demokratie von Weimar ist vor allem daran gescheitert, daß die Nation nicht bereit war, die Konsequenzen der Niederlage hinzunehmen, und daß sie – statt aufrichtiger Verständigung und dem Willen zum Ausgleich mit den Nachbarvölkern – einer Politik nationaler Wunschbilder verhaftet blieb. Das klare Eingeständnis, daß der in Osteuropa geschaffene Status quo von außen her nicht abzuändern ist, muß jeder deutschen Außenpolitik als Richtschnur dienen, die die volle Integration der Bundesrepublik in das demokratische Staatensystem des Westens ernsthaft betreibt. Nur die Anerkennung der Ostverträge verschafft ihr die Glaubwürdigkeit, die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der geteilten deutschen Nation wirksam vertreten zu können. Den ‚Tatsachenmut‘, den Gustav Stresemann für die Politik von Weimar forderte, gilt es mehr denn je in einer Situation zu beweisen, von der die Geschichte lehrt, daß sich in ihr nur der bewährt, der mit dem Willen zur Zukunft die Last der Vergangenheit von sich abstreift. Die unterzeichneten Historiker und Politologen fordern daher die Mitglieder des Deutschen Bundestages dazu auf, den Ostverträgen ihre Zustimmung zu geben.“<sup>116</sup>

Im Kreis der Fachvertreter blieb die Erklärung nicht unwidersprochen. Dabei ging niemand ein auf die von den Unterzeichnern, im Einklang mit Willy Brandt, geäußerte Hoffnung, die Erinnerung an Hitler möge im Ausland nun zurücktreten und die deutsche Nation nicht länger belasten. Auch die Forderung, Deutschland müsse sich geschichtlich bewähren durch einen „Willen zur Zukunft“, der „die Last

---

<sup>116</sup> Das Zitat umfasst die gesamte Erklärung und ist entnommen aus: GWU 23 (1972), S. 354f.

der Vergangenheit von sich abstreift“, blieb unbeanstandet. Die Bewältigung Hitlers durch ein Verschwinden des NS-Regimes aus dem Gedächtnis der Völker schien ein allgemein akzeptables Anliegen zu sein. Die Formulierungen jedenfalls, die dem lange bekannten Bedürfnis nach einem Schlussstrich so entgegen kamen, fielen nicht weiter auf. Der konservative Protest richtete sich vielmehr dagegen, dass es überhaupt ein solches Manifest gab, mit dem deutsche Historiker kollektiv in die Öffentlichkeit traten. Die politische Parteinahme störte. Es stieß deren Anspruch auf wissenschaftliche Begründbarkeit auf. Die Akademiker würden in Gut und Böse aufgeteilt, die Fachgemeinschaft gespalten. Hinter diesen zuerst genannten standen nicht weniger massive inhaltliche Vorwürfe: Die Unterzeichner förderten mit falschen historischen Bezügen eine gefährliche, übereilte, unnötige und verfassungswidrige Politik der Bundesregierung.

*a) Theodor Schieder: Gefahren, die in ihrer Richtung schon erkennbar sind*

Theodor Schieder, Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Köln, antwortete am 5. April 1972, kurz vor seinem 64. Geburtstag, in einem persönlichen Brief an Hans Mommsen auf dessen „Aufforderung [...], eine ‚Erklärung zur Ostpolitik‘ zu unterschreiben“.<sup>117</sup> Mommsen, 22 Jahre jünger als Schieder und seit 1968 Professor an der neugegründeten Ruhr-Universität Bochum, wurde 1959 von Hans Rothfels in Tübingen mit der Arbeit „Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgerreich“ promoviert, und 1967 von Werner Conze mit der Studie „Beamtentum im Dritten Reich“ habilitiert. Sein Zwillingbruder Wolfgang (ebenfalls Unterzeichner der Erklärung) war ein Schüler Schieders in Köln gewesen, Theodor Schieder wiederum gemeinsam mit Werner Conze Schüler von Rothfels an der Universität Königsberg in den 20er und 30er Jahren. Die drei Jahrgangsschritte vom inzwischen 81jährigen Rothfels zum 42jährigen Mommsen bilden das generationspsychische Spannungsverhältnis der Auseinandersetzung. Schieder stand zweifellos in einer Subordinationsbeziehung zu Rothfels, den er ohne Abstriche als seinen wichtigsten Lehrer sah.<sup>118</sup> Er verehrte ihn.<sup>119</sup> Erwartete er nun, dass ihm Mommsen

---

<sup>117</sup> Absender oder Adressat müssen den Brief allerdings dann Karl Dietrich Erdmann zum Abdruck überlassen haben. Der Text wird zitiert nach: GWU 23 (1972), S. 361-363.

<sup>118</sup> Hans-Ulrich Wehler, wie Wolfgang Mommsen in den 60er Jahren Habilitand bei Theodor Schieder, sagte dazu: „Wenn ich Schieder nach seinen Lehrern fragte, nannte er vor allem Rothfels. [...] Der Mann, der Schieder wirklich beeinflusst hat, war Rothfels, bei dem er sich in Königsberg habilitieren



mit ähnlich devoter Hochachtung begegnete? Wahrscheinlich ist, dass er mindestens den akademischen Altersrespekt voraussetzte und vielleicht nicht gerade indigniert, aber irritiert war, vom Jüngeren ein politisches Manifest vorgelegt zu bekommen.<sup>120</sup> Zugleich wusste Schieder, Rothfels hatte unterschrieben, und Mommsen sprach daher nicht nur für sich selbst, sondern offenbar auch im Sinne des greisen Tübinger Patriarchen. Doch diese Beziehungen sind nicht nur und nicht einmal vorwiegend als Generationenproblem zu deuten.<sup>121</sup>

Ein Problem historiographischer Traditionslinien und ideenpolitischer Konflikte, die als Erbe des Kaiserreiches, des Ersten Weltkrieges und der mittelosteuropäischen Nationalitätenkämpfe in die Bundesrepublik eingingen, muss berücksichtigt werden, um sich Theodor Schieders Position in der Oder-Neiße-Frage annähern zu können. Denn die Namen Rothfels, Conze und Schieder führen wiederum in den ideologischen Komplex des „Ostens“.<sup>122</sup>

---

wollte.“ Wenn Rothfels ein Urteil aussprach, rückten, so Wehler, Conze und Schieder noch in den 50er Jahren „in die Rolle von Anfangssemestern“. Interview mit Hans-Ulrich Wehler in: Rüdiger Hohls und Konrad H. Jarausch (Hg.): *Versäumte Fragen. Deutsche Historiker im Schatten des Nationalsozialismus*. Stuttgart, München 2000, S. 240-266 (249f.).

<sup>119</sup> Vgl. auch die eindrucksvolle Schilderung von Wolfgang Mommsen, Schieder sei ein „großer Verehrer von Hans Rothfels“ gewesen: „Für die Generation Conze/Schieder war Rothfels ein Abgott.“ Interview mit Wolfgang Mommsen in: Hohls und Jarausch: *Versäumte Fragen*, S. 191-217 (196f.).

<sup>120</sup> Lothar Gall, ein weiterer Habilitand Schieders, spricht von „hierarchischen Abstufungen“, die es beispielsweise nicht erlaubten „zu fragen: ‚Sagen Sie, Herr Schieder, was haben Sie eigentlich vor 1945 gemacht?‘ Nicht, daß sich die Frage nicht stellte, aber es gab dazu nicht die Gelegenheit. Man stand zu ihm als Professor nicht in dem Verhältnis, diese Fragen zu erörtern. Man kam nicht einmal durch das Vorfeld.“ Zugleich habe es aber auch eine starke intellektuell-emotionale Bindung zu Schieder gegeben: „Man fühlte sich als Schüler dieses Mannes, war auch stolz auf ihn.“ Interview mit Lothar Gall in: Hohls und Jarausch: *Versäumte Fragen*, S. 300-318 (304, 309). Auch Hans Mommsen war seinem eigenen akademischen Lehrer Rothfels gegenüber – er spricht von „ungeteilter Verehrung“ im Tübinger Schülerkreis um Waldemar Besson – alles andere als unbefangen, wenn es um politische Fragen ging. Rothfels‘ Vergangenheit etwa war tabu, Nachfragen seien „psychologisch nahezu unmöglich“ gewesen: „Man wäre einfach als Quälgeist von niemandem akzeptiert worden.“ Das öffentliche „Sozialprestige“ des Lehrers, an dem die Schüler teilhatten, stand dagegen. Allgemeiner und deutlicher formulierte Mommsen: „Vergessen Sie den Faktor personalisierter Macht nicht – diese Leute entschieden über Karrieren, und es gab gar keine Möglichkeit, dagegen zu rebellieren. Gegen deren Willen hatte im Fach überhaupt niemand eine Chance, etwas zu werden.“ Interview mit Hans Mommsen in: Hohls und Jarausch: *Versäumte Fragen*, S. 163-190 (169, 176, 184).

<sup>121</sup> Vgl. zu der Gruppe der um 1930 Geborenen, die, wie Mommsen, um 1970 neben ihre Lehrer rückten und ihnen an Einfluss bald überlegen waren Paul Nolte: *Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine „lange Generation“*. In: *Merkur* 53 (1999), S. 413-423. Allerdings findet hier der Begriff der Generation eine von inhaltlichen Abgrenzungen und Ausdifferenzierungen zu stark isolierte Betonung. Die enge Bindung an und Profilierung gegen die Älteren um Conze und Schieder wird nicht beachtet.

<sup>122</sup> Die Diskussion um die Teilhabe deutscher Historiker an diesem Komplex, vor allem im Rahmen der „Volksgeschichte“ und „Ostraumforschung“, war 1998 Thema des Historikertages. Vgl. Winfried Schulze und Otto Gerhard Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt a.M. 1999. Grundlegend dazu Willi Obercrome: *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichte*. Göttingen 1993. Sowie Peter Schöttler (Hg.): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*. Frankfurt a.M. 1997.

Hans Rothfels ist eine umstrittene Person der deutschen Zeitgeschichte, ohne Zweifel aber ein durch und durch politischer Historiker, der an die nationale Berufung seiner Wissenschaft glaubte<sup>123</sup>: konservativer Gegner der Weimarer Parteidemokratie, dabei schwankend zwischen rückwärtsgewandter autoritärer Staatslehre und projektiver deutschnationaler Ordnungsmission in Osteuropa; Verfechter eines Bündnisses zwischen den alten staatstragenden Schichten der Junker, des Militärs, der Bürokratie mit den Nationalsozialisten, sich bekennend zu einer nationalistischen „kämpfenden Wissenschaft“; nach wiederholten Versuchen, trotz Demütigung in Deutschland zu bleiben, dennoch als „Blutfremder“ ausgestoßen durch das NS-Regime<sup>124</sup>; Emigrant in England und in den USA, seit 1946 an der Universität Chicago und Mitglied eines konservativen Emigrantenkreises; schließlich 1951 zurückgekehrt auf einen Lehrstuhl an der Universität Tübingen und gemeinsam mit Theodor Eschenburg energischer Förderer der zeitgeschichtlichen Erforschung des Nationalsozialismus, Verteidiger des Widerstands gegen Hitler<sup>125</sup> und Herausgeber der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ mit staatsbürgerlich-pädagogischem, international kooperativen und gegen das NS-Regime gerichteten Wertebezug.<sup>126</sup>

1891 in eine jüdische Familie geboren, konvertierte Rothfels mit 21 Jahren zum Protestantismus. Er meldete sich freiwillig zum Ersten Weltkrieg, verlor bei einem Reitunfall ein Bein, erhielt das Eiserne Kreuz und promovierte 1918 zum persönlich

---

<sup>123</sup> Vgl. Hans Mommsen: Hans Rothfels. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Deutsche Historiker. Bd. IX. Göttingen 1982, S. 127-149, sowie Werner Conze: Hans Rothfels. In: HZ 237 (1983), S. 311-360. Jetzt außerdem Ingo Haar: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten. Göttingen 2000. Dazu die Kontroverse in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte (VfZ) mit Heinrich August Winkler, wie Mommsen ein Schüler Rothfels‘ in Tübingen, vgl. Heinrich August Winkler: Hans Rothfels – Ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus“. In: VfZ 49 (2001), S. 643-652. Außerdem Karl Heinz Roth: „Richtung halten“: Hans Rothfels und die neo-konservative Geschichtsschreibung diesseits und jenseits des Atlantik. In: Sozial. Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts 1 (2003), S. 41-71.

<sup>124</sup> Vgl. ebd., S. 50ff., 54ff.

<sup>125</sup> Vgl. Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Krefeld 1949. (Im engl. Orig. 1948), das als politische Intervention zugunsten der demokratischen Glaubwürdigkeit der Nachkriegsdeutschen zu verstehen ist.

<sup>126</sup> Vgl. den programmatischen Eröffnungsaufsatz Hans Rothfels: Zeitgeschichte als Aufgabe. In: VfZ 1 (1953), S. 1-8, wo Rothfels überaus vorsichtig dem historistischen Vorwurf mangelnder Objektivität der Zeitgeschichtsforschung begegnete und doch selbstbewusst konstatierte, es sei „eine unabweisbare Verpflichtung gerade der deutschen Wissenschaft, die nationalsozialistische Phase mit aller Energie anzugehen“, nüchtern gegen alle „Tendenzen der Selbsterniedrigung wie der Apologetik“, mit größtmöglicher „Objektivität im Erfassen der Tatsachen“, aber keineswegs neutral „gegenüber den Traditionen und Prinzipien der europäischen Gesittung“. Rothfels deutete bei seiner Verteidigung wissenschaftlichen Behandlung der noch selbst erlebten Epoche eigene Erfahrung an: „Wir brauchen uns in den Geist der Epoche nicht aus der Ferne und wesentlich auf dem Wege historischer Intuition einzuleben, er hat uns hart genug bedrängt, um uns des innerlich zusammenhängenden und des Neuartigen einer universalen Konstellation gewahr werden zu lassen.“ Ebd., S. 6. Zu Rothfels‘ maßgeblicher

bedrängenden Thema „Carl von Clausewitz. Politik und Krieg“. In Königsberg erhielt er 1926 eine Professur und lehrte dort Neuere Geschichte. Als Kenner und Bewunderer Bismarcks ging er aus vom preußisch geprägten Machtstaat. „Herbe und Strenge“, eine emotionslose Härte, die zur Kontrolle der regierten Menschen befähigt, waren für Rothfels zentrale Attribute einer wünschenswerten Staatspraxis. In einem Rundfunkvortrag von 1930 zeichnete er vor dem Hintergrund der Weimarer Krisen die „Selbstgesetzlichkeit des Staates gegenüber den Interessenten, die neben ihm und über ihn hinaus zu leben“ meinen, als innenpolitische Richtschnur. Der präsidentialen Republik traute er eine solche Ordnung wohl noch zu, doch hatte sie dann mit liberaldemokratischen Prinzipien nichts mehr gemein. Einerseits stellte er sich ein Regime vor, das gegen die unruhige „Welt der nationalen Empfindungen“ gerichtet wäre. Andererseits, und dies war der zweite, der visionäre Rothfels, sah er die Weimarer Republik als abstrakten „Notstaat“, der zu einem „eigenen Inhalt“ durch das Ziel „der Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens“ komme. Nach den Gebietsabtretungen des Versailler Vertrages galt ihm die „Not der Grenzgebiete im Osten und im Westen“ als Gewähr für das Gemeinschaftsbewusstsein im Deutschen Reich.<sup>127</sup> Die Nation entstünde im Frontkampf vor allem gen Osten. Nur Wochen bevor Reichspräsident Paul von Hindenburg – „in niemand anderem“ war für Rothfels der „Staatsgedanke“ „so ergreifend verkörpert“ – Hitlers Nationalsozialismus die Macht übertrug, wertete der Königsberger Historiker das „Notverordnungsregiment“ als Chance des Staates, „die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen. Wir hoffen, daß das geschieht und daß die Opfer, die täglich gebracht werden, eine Bürgschaft dafür sind.“<sup>128</sup> Diese Hoffnung klingt mehrdeutig. Hoffte Rothfels, der Präsident möge Hitler binden und ausbremsen, wie Heinrich August Winkler interpretiert? Oder sollte der tradierte autoritäre Staat durch den nationalistischen Impuls zukunftsfähig werden? Rothfels' Worte vibrieren zeittypisch vor nationaler Emphase. In diesem Geist hielt er im Januar 1933 einen Vortrag in Berlin zur Neuordnung des „Ostraums“: Ostpreußen wende den Blick nicht nur westwärts auf die territoriale Wiederverbindung mit dem Reich, sondern wirke weiter nach Osten und Süden. „Im ganzen Ostraum ist ja eine reinliche Trennung der Nationen unmöglich“,

---

Herausgeberschaft der „Vierteljahrshäfte“ seit 1953 vgl. Hermann Graml, Hans Woller: Fünfzig Jahre Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 1953-2003. In: VfZ 51 (2003), 51-87 (58ff.).

<sup>127</sup> Der Vortrag ist Kern von Winklers Quellenkritik an Haar. Dieser datiert den Text auf 1933 und wertet die Aussagen als Zustimmung zu Hitler. Winkler weist hingegen überzeugend nach, dass das Ursprungsmanuskript von 1930 stammt und die Verhältnisse der Republik kommentiert. Rothfels' Aussagen zit. nach Winkler: Lobredner Hitlers?, S. 646f.

referierte Rothfels. Das Phantasma ethnisch „reiner“ Siedlungsgebiete hatte er also nicht im Sinn. Deportationen scheinen ihm fremd gewesen zu sein. Vermutlich stand ihm das Staatswesen des alten Preußen vor Augen, in dem Millionen von Polen zu den Untertanen des Hohenzollernkönigs zählten. Diesen Staat lobte Rothfels als einen Bändiger der Nationen.<sup>129</sup> Doch das „deutsche Volk, als Volk der Mitte“ sah er sicherlich als die bestimmende und ordnende, die übrigen Völker regierende Macht. Alles komme darauf an, ob Deutschland die „Kräfte bereit hält zur Ordnung zwischen den Völkern, ein Prinzip staatlicher Formung, das den Erfordernissen national gemischter Gebiete Rechnung trägt.“ Der „ganzen Ostzone Europas“ sei dadurch „zu gesünderem Aufbau zu verhelfen“. „Ostproußen“, „das deutsche Volk“, die „Gedanken“ im „Dienst an der deutschen Volksgemeinschaft“ tauchen als bewegende „Kräfte“ auf. Negativ aber wird klar, dass ihm die konkurrierenden Nationen, Polen vor allem, entweder Objekte sind oder wie Russland, das als „Asien“ erscheint, Feinde, die „eingedeicht“ werden müssten. Dies mag als kontinentaler Imperialismus gedeutet werden oder als föderativer Verbund unter deutscher Hegemonie. Wenn indes der Historiker vom Osten als dem „alten Kampfboden des Koloniallandes“ sprach, meinte er, wie verschlungen auch immer, die deutsche Expansion mit den Mitteln der Gewalt.<sup>130</sup> Für Königsberg entwickelte er die Aufgabe einer „Grenzlanduniversität“, die als Brückenkopf für die Förderung der auslandsdeutschen Kulturzentren in Polen und Russland fungieren sollte. Unter Rückbezug auf die deutsche Ostbesiedlung seit dem 14. Jahrhundert arbeitete er an dem Projekt einer kulturellen Mission, die den Deutschen obliege, jener in Rothfels' Geschichtsbild zur Dominanz berufenen „Führungsnation“.<sup>131</sup> Rothfels wurde Kopf des „Königsberger Kreises“, in dem diese Vorstellungen zirkulierten und zu dem auch Conze und Schieder gehörten.

Werner Conze kam 1929 mit 19 Jahren als Student zu Rothfels, der ihn stark beeindruckte und tief prägte. Conze begeisterte sich für die jungkonservative Bewegung und schloss sich dem Nationalsozialismus an. Im März 1933 trat er der SA bei; ab 1937 war er Parteigenosse der NSDAP. Wie der zwei Jahre ältere Schieder, der als schon promovierter Historiker Anfang 1934 nach Königsberg wechselte, war er

---

<sup>128</sup> Ebd., S. 647f.

<sup>129</sup> Vgl. dazu Hans Rothfels: Bismarck und die Nationalitätenfragen des Ostens. Ein Beitrag zur geschichtlichen Auffassung des Reichs. In: Ders.: Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden. Leipzig 1935.

<sup>130</sup> Winkler: Lobredner Hitlers?, S. 648f.

<sup>131</sup> Vgl. Wolfgang Mommsen, in: Hohls und Jarausch: Versäumte Fragen, S. 196f, und Hans Rothfels: Die Albertina als Grenzlanduniversität. In: Ders.: Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke, S. 129-145.

Mitglied der nationalistischen und republikfeindlichen „Deutsch-Akademischen Gildenschaft“. Schieder beabsichtigte die Habilitation bei Rothfels, der ihn jedoch auf seine prekär gewordene Lage hinwies.<sup>132</sup> Im Jahr 1934 entzog das Deutsche Reich dem bei nationalistischen Studenten und Assistenten hochverehrten Hans Rothfels, den die NS-Rassenlehre zum „artfremden Volksfeind“ erklärte, Professur und Lehrstuhl; der Geschasste wurde noch Archivar in Potsdam und emigrierte erst nach der „Reichskristallnacht“ 1938 nach Großbritannien, später in die USA. Schieders Habilitation verzögerte sich, bis 1939 Kurt von Raumer auf die frei gewordene Professur berufen wurde. Bei ihm schloss er sie ab mit der Studie „Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichselland“<sup>133</sup>, jener Region, die nach 1918 an Polen fiel und die als „Korridor“ Ostpreußen abtrennte. Dieses Gebiet wiedereinzudeutschen, verstand Schieder zunächst als die intellektuelle Aufgabe des Historikers, die deutsche Prägung der Region nachzuweisen und polnische Ansprüche abzuweisen. Seit 1935 leitete er auf Vorschlag von Theodor Oberländer, den er aus Kreisen der Münchener nationalistischen Gruppen seit Ende der 20er Jahre kannte, die Königsberger „Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte“. Wolfgang Mommsen weist darauf hin, dass „in solch harmlos erscheinenden ‚Auskunftsstellen‘ oder ‚Landesstellen‘“ antislawische Kampagnen institutionalisiert wurden, die auf die Mittel der Historiographie zurückgriffen.<sup>134</sup> Schieder trat 1937 der NSDAP bei, wurde 1940 außerordentlicher Professor in Königsberg, engagierte sich als Referatsleiter für „Presse und Propaganda“ im nationalsozialistischen Dozentenbund, erhielt 1942 aufgrund positiver ideologischer Gutachten der NS-Ämter ein Ordinariat, wurde 1943 Dekan der Philosophischen Fakultät und zählte 1944 zu den aussichtsreichen Kandidaten für eine prestigeträchtige Geschichtspröfessur in Berlin.

Theodor Schieder war im Gegensatz zu Rothfels verstrickt in die Planungsideen der „Völkerverschiebung“, die aus dem Geschichtsbild vom deutsch kolonisierten

---

<sup>132</sup> Vgl. auch Werner Conze: Die Königsberger Jahre. In: Andreas Hillgruber (Hg.): Vom Beruf des Historikers in einer Zeit des beschleunigten Wandels. Gedenkschrift für Theodor Schieder. München 1985, S. 23-31 (27f.). In dieser Trauerrede zum Tode Schieders 1984 war Conze dem Anlass entsprechend bemüht, die Ferne zum NS-Regime besonders zu betonen. Die offensichtlichen Retuschen beziehen sich etwa auf die 1933 angeblich vorherrschende Erwartung, der Nationalsozialismus werde nicht von langer Dauer sein. Die Erinnerung der Königsberger Zeit bleibt aber auch deshalb apokryph, weil nichts über das Verhältnis von Conze zu Schieder ausgesagt wird.

<sup>133</sup> Theodor Schieder: Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichselland. Politische Idee und politisches Schrifttum von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen 1569 bis 1772/93. Königsberg 1940.

<sup>134</sup> Vgl. Hohls und Jarausch: Versäumte Fragen, S. 199, 205f.

und beherrschten Osten erwachsen und in den Völkermord mündeten.<sup>135</sup> Mit einer vom Breslauer Historiker Hermann Aubin angeregten und für das Reichsinnenministerium verfassten Denkschrift vom 7. Oktober 1939 über „Siedlungs- und Volkstumsfragen in den wiedergewonnenen Ostprovinzen“<sup>136</sup> beteiligte sich der 31jährige Nachwuchswissenschaftler an der Ideenfindung, wie der militärische Sieg über Polen genutzt werden konnte, um eine „Wiedergutmachung von Volk zu Volk“ für die „Vernichtung und Verdrängung des ansässigen deutschen Volkstums“ durch Polen nach 1919 zu erreichen. „Oberstes Gesetz“, so Schieder, sei die „Sicherung des deutschen Volksbodens im Osten“. „Erstes Erfordnis ist die klare Abgrenzung von polnischem und deutschem Volkstum, die die Gefahren völkischer und rassischer Vermischung und der Unterwanderung vermeidet.“ Schieder plädierte für die Massenvertreibung von Polen und formulierte sich eng an das nazistische Rassenideal heran. Er legte den deutschen Stellen die „Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten“ nahe. „Die Entjudung Restpolens und der Aufbau einer gesunden Volksordnung“, so lautete sein Fazit, „erfordern den Einsatz deutscher Mittel und Kräfte und bringen die Gefahr der Entwicklung einer neuen polnischen Führerschicht aus dem neuen polnischen Mittelstand heraus mit sich. Überlässt man diese Dinge sich selbst, so ist zu befürchten, dass die Zersetzung des polnischen Volkskörpers zum Herd neuer gefährlicher Unruhe werden kann.“ War Theodor Schieder ein „Vordenker der Vernichtung“?<sup>137</sup> Hans-Ulrich Wehler unterscheidet in Bezug auf die „völkischen“ Ideen, die sein Lehrer in den 40er Jahren propagierte, zwischen den wissenschaftlichen Hauptwerken, die bis auf Lippenbekenntnisse frei von NS-Ideologie seien, und den tagespolitischen Denkschriften und Aufsätzen. Schriften aus den Jahren 1939 und 1943 rechtfertigen Wehler zufolge Hitlers Angriff auf Polen um der 1919 im Versailler Vertrag abgetretenen Gebiete Posens und Westpreußens willen. Schieder habe die „Germanisierung“ und die Vertreibung von 700.000 Polen gefördert, stark antipolnische und antisemitische Begriffe verwendet und sich einer zu-

---

<sup>135</sup> Die administrative Rationalisierung romantisch anmutender Volkstumsideen in Begriffen der Raumplanung und Bevölkerungstechnik steht im Zentrum von Götz Aly's Analyse des Völkermords an den Juden. „Wenn in der deutschen Verwaltung seit dem Herbst 1941 von ‚Judenaussiedlung‘, ‚-umsiedlung‘ und ‚-evakuierung‘ gesprochen wurde und – jetzt – Mord gemeint war, so ist das nicht allein als Tarnung zu verstehen, sondern auch als Hinweis auf die Genesis des Holocaust.“ Götz Aly: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden. Frankfurt a.M. 1995, S. 20f.

<sup>136</sup> Abgedruckt in: Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7, Heft 1 (1992), S. 62-94 (84-91).

<sup>137</sup> Vgl. Götz Aly und Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991.

nehmend unmenschlichen Sprache bedient: „Verlustquoten, Menschenopfer wurden einkalkuliert, Menschenmaterial ging verloren.“<sup>138</sup>

Ganz gegenteilig war die emotionale Anforderung, die an Schieder in den 50er Jahren herangetragen wurde, als er für das Bundesministerium für Vertriebene und wieder in Verbindung mit Werner Conze und Hans Rothfels die Vertreibung der Deutschen zu dokumentieren hatte.<sup>139</sup> Hier sollte gemäß politischem Auftrag Unrecht, Leid und Elend belegt werden, das seit dem Zusammenbruch der Ostfront 1944 über die Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie und in Südosteuropa hereinbrach. Theodor Schieder, vom Kriegsdienst freigestellt, konnte 1944 dank eines Passierscheins gemeinsam mit seiner Familie aus Ostpreußen nach Bayern reisen. Auf seinen Sohn Wolfgang, der damals neun Jahre alt war, wirkte diese Zugfahrt über Berlin endlos, doch nicht dramatisch.<sup>140</sup> Die Entnazifizierung wickelte Schieder mit Hilfe ehemaliger Königsberger Kollegen ab.<sup>141</sup> In Köln stand daraufhin 1947 die Nachbesetzung des Lehrstuhls des verstorbenen Johannes Ziekursch an. Die Berufungskommission der Fakultät empfahl auf Platz eins Theodor Schieder, auf Platz zwei den jüdischen Emigranten Hans Rosenberg, der sich 1932 in Köln habilitiert hatte und dem nach Machtantritt Hitlers die Lehrerlaubnis entzogen worden war. Dennoch favorisierte die Fakultät in einem Nachtrag zur Berufsliste „Herrn Koll.[egen] Rosenberg“, der aber schließlich ablehnte, so dass die Berufung Schieders erfolgen konnte.<sup>142</sup> Hans Rothfels war inzwischen Professor für Europäische Geschichte an der University of Chicago geworden und kein deutscher Staatsbürger mehr, sondern wie Rosenberg US-citizen. Die Nürnberger Gesetze hatten ihn jener „Volksgemeinschaft“ verwiesen, auf die er Anfang der 30er Jahre im Osten seine Hoffnungen setzte. Er kam 1951 zurück nach Deutschland – doch nicht ohne Vorbe-

---

<sup>138</sup> Wehler in: Hohls und Jarausch: *Versäumte Fragen*, S. 253f. Weit schärfer fällt das Urteil aus bei Götz Aly: „Daß uns Blut zu Golde werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reiches. In: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 9 (1998), S. 13-27. Aly und Wehler stritten über Schieders Haltungen, vgl. Hans-Ulrich Wehler: Nationalsozialismus und Historiker. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Januar 1999, und Götz Aly: Stakkato der Vertreibung, Pizzikato der Entlastung. Welche Sprache ersetzt die Rhetorik der Raumordnung? Eine Entgegnung auf Hans-Ulrich Wehler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Februar 1999.

<sup>139</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bände I-V. Hgg. vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, in Verbindung mit Werner Conze, Adolf Diestelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, bearbeitet von Theodor Schieder. Bonn 1953-1961.

<sup>140</sup> Vgl. Interview mit Wolfgang Schieder in: Hohls und Jarausch: *Versäumte Fragen*, S. 281-299 (281).

<sup>141</sup> Ich folge hier der Darstellung von Aly: *Macht, Geist, Wahn*, S. 156f. Vgl. auch Claus Leggewie: Mitleid mit den Doktorvätern oder: Wissenschaftsgeschichte in Biographien. In: *Merkur* 53 (1999), S. 433-444 (441).

<sup>142</sup> Vgl. Winfried Schulze: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*. München 1989, S. 138ff.

halte. Seine Lebenszeitanstellung in Chicago ließ er sich sichern. Um seine amerikanische Staatsbürgerschaft kämpfte er mit Hilfe eines Washingtoner Rechtsanwalts<sup>143</sup>, schob die Wiedereinbürgerung in einem Deutschland, das in seinen Augen offenbar nicht über alle Zukunftszweifel erhaben war, bis 1969 hinaus. An die Universität Tübingen, wo Theodor Eschenburg im selben Jahr begann, Politikwissenschaft zu unterrichten, nahm Rothfels 1951 eine Berufung an. Und er war es, der diskret, ohne politischen Argwohn, vielmehr im vollen Vertrauen auf die ungebrochene Geistesverwandtschaft dem Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen Theodor Schieder als Hauptbearbeiter der „Dokumentation der Vertreibung“ vorschlug.<sup>144</sup> Dabei erhielt Schieder ab 1953 zusätzliche Rückenstärkung durch seinen Freund und Weggefährten, den neuen Vertriebenenminister Theodor Oberländer. Um seine Stellung musste er wegen seiner Vergangenheit nicht fürchten. Eher schon wurde erwartet, dass er im Sinne der alten Ressentiments arbeitete. Gleichwohl aber widersetzte sich Schieder jetzt den Versuchen von Vertriebenenverbänden, politischen Einfluss zu nehmen und die Untersuchung zu einer reinen Propagandamaßnahme zuzuspitzen. Die politische Zielrichtung teilte er. Es sollte stützendes Material für deutsche Vorderungen in etwaigen Friedensverhandlungen und zur Revision des Potsdamer Abkommens aufbereitet werden. Er war nurmehr der Ansicht, eine nüchtern dokumentarische Arbeit könne diesem Ziel weit besser dienen, weil sie die Autorität der Wissenschaft für sich zu reklamieren wüsste.<sup>145</sup> Er änderte den ursprünglich vorgesehen Titel „Dokumentation der Unmenschlichkeit“ ab und legte Wert auf solide Faktensicherung.<sup>146</sup> Ob ihn das Projekt mit seiner eigenen intellektuellen Beteiligung an der vorangegangenen NS-Vertreibungspolitik konfrontierte und einen selbstkritischen Prozess des Nachdenkens einleitete, bleibt unklar.<sup>147</sup> Die heftigen Attacken der Vertriebenenverbände gegen die Distanziertheit des Projekts jedenfalls

<sup>143</sup> So John L. Harvey in seinem Diskussionsbeitrag zum Forum „Hans Rothfels und die Zeitgeschichte“ auf <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>: Were Chicago and Providence really so far from Königsberg and Tübingen? The Rothfelsstreit in an American Key.

<sup>144</sup> Vgl. Mathias Beer: Im Spannungsfeld zwischen Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. In: VfZ 46 (1998), S. 345-389 (365f.).

<sup>145</sup> Vgl. ebd., S. 367.

<sup>146</sup> Vgl. ebd., S. 368, und das Vorwort zu Bd. 1 der Dokumentation der Vertreibung, S. I-VII.

<sup>147</sup> Claus Leggewie bezeichnet dies als „durchaus vorstellbar“, ohne weitere Belege anführen zu können. Vgl. ders.: Mitleid mit Doktorevoren, S. 443. Thomas Etzemüller geht ebenfalls von einem Gesinnungswandel aus und führt das Scheitern des Ergebnisbandes an, in dem die deutschen Verbrechen als historischer Hintergrund hätten mitgeschildert werden müssen. Das war beim Vertriebenenministerium und gegen den massiven Widerstand der Vertriebenenverbände nicht durchsetzbar. Vgl. ders.: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen



beschrieb er als „geistigen Terror“. Davon setzte er sich ab.<sup>148</sup> Und je weiter das Projekt voranschritt, desto unabweisbarer wurde es auch für Schieder, dass die Voraussetzungen der Vertreibungen durch die nationalsozialistische „Volkstumspolitik“ und den deutschen Angriffskrieg mit einbezogen werden mussten. In seinen Planungen für den abschließenden Band schlug Schieder dem Ministerium 1955 vor, diese Punkte zu berücksichtigen, was dort wiederum mit dem Hinweis kritisiert wurde, das politische Ziel, die Einmaligkeit der Vertreibung zu beweisen, ginge verloren.<sup>149</sup> In der Schlussphase 1961 argumentierte er gegen die Widerstände der Ministerialbeamten sogar, dass ein Verstehen der Vertreibung als „Reaktion auf die NS-Politik“ auch im Interesse der Bundesregierung liegen könne, während Staatssekretär Peter Paul Nahm darin „politischen Selbstmord“ sah.<sup>150</sup> Was aber seine eigene Verstrickung anging, weder schrieb noch sprach Schieder darüber. Seine Schüler betonten übereinstimmend die Distanz und Reserviertheit des Lehrers. Er schwieg besonders seinem Sohn Wolfgang gegenüber, der wider den Willen des Vaters ebenfalls Geschichte studierte, in den 50er Jahren nach einem zeitgeschichtlich lehrenden Professor suchte, 1956 zu Werner Conze kam und 1960 dessen Assistent wurde. Nunmehr ebenfalls in den Einflusskreis der ehemaligen Königsberger initiiert, schien Wolfgang Schieder seinen Vater heftig auf dessen berufliche Vergangenheit zu befragen; Auskunft erhielt er nicht.<sup>151</sup> Ein erster kritischer Druck der jüngeren Generation kam wohl auch beim Abschluss der „Dokumentation der Vertreibung“ noch zum Tragen, bei der Martin Broszat als 29jähriger und Hans-Ulrich Wehler 1961 als 30jähriger Aufgaben übertragen bekamen. Wehler schildert eine Meinungsverschiedenheit über die Berücksichtigung deutscher Kriegsverbrechen, die seiner Auffassung nach den historischen Kontext erschließen helfen sollten. Für den Jugoslawienband der Dokumen-

---

Geschichtswissenschaft nach 1945. München 2001, S. 322. Vgl. auch Theodor Schieder: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem. In: VfZ 8 (1960), S. 1-16.

<sup>148</sup> Zit. nach Beer: Im Spannungsfeld, S. 377.

<sup>149</sup> Vgl. ebd., S. 379.

<sup>150</sup> Zit. nach ebd., S. 382.

<sup>151</sup> Wolfgang Schieder schildert die Auseinandersetzung zurückhaltend: „Als ich dann gegen seinen Willen doch mit dem Geschichtsstudium begann, hat sich daraus ein anhaltender Konflikt ergeben. Dies erklärt sich einfach daraus, daß ich mit wachsender wissenschaftlicher Professionalisierung zunehmend Fragen nicht nur nach dem ‚Dritten Reich‘ im allgemeinen, sondern nach der Rolle meines Vaters in dieser Zeit gestellt habe. Auf diese Fragen habe ich nie eine Antwort bekommen.“ In: Hohls und Jaraus: Versäumte Fragen, S. 282f. Claus Leggewie erwähnt die „spätabendlichen Umtrünke“ im Hause Schieder, „bei denen es nach der Erinnerung von Zeugen allerdings wiederholt zu ‚Szenen‘ zwischen Vater und Sohn kam. [...] Auch ihm gegenüber verfiel der Attackierte regelmäßig in das bekannte, gekränkte Schweigen. Nur seiner weniger angriffslustigen Tochter gegenüber soll Schieder in Sachen NS einmal kryptisch zugegeben haben: ‚Ja, da war auch Schuld.‘“ In: Mitleid mit Doktorvätern, S. 437.

tation hatte er die Einleitung verfasst und darin geschrieben: „Am 6. April [1940] bombardierte die Luftwaffe pausenlos die Hauptstadt Belgrad; durch diese als ‚Strafaktion‘ gegen die Putschisten aufgefaßten Angriffe entstanden unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste.“<sup>152</sup> Bei der Besprechung des Manuskripts im Herausgeberkreis habe sich Werner Conze, der Wehrmachtsoffizier gewesen und aus sowjetischer Gefangenschaft geflohen war, ablehnend geäußert, Theodor Schieder als Doktorvater seinen damaligen Promotionskandidaten nur „ironisch“ angeschaut, Hans Rothfels aber die Diskussion beendet mit der Order: „Ach, lieber Werner Conze, wir wollen doch mal sagen, daß der Ulrich Wehler recht hat, und es bleibt dabei.“<sup>153</sup>

Theodor Schieder übernahm einflussreiche Positionen: 1957 wurde er Herausgeber des zentralen Fachorgans, der „Historischen Zeitschrift“, 1962 und 1963 war er Rektor der Kölner Universität, 1964 folgte er Hermann Aubin als Präsident der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und von 1967 bis 1972 amtierte er als Präsident des Verbandes der Historiker Deutschlands. Vor allem aber gemessen an seinen Schülern war Schieder der wirkungsvollste Historiker der Bundesrepublik. Hans-Ulrich Wehler, Wolfgang Mommsen, Lothar Gall, Thomas Nipperdey, Dirk Blasius, Elisabeth Fehrenbach und Helmut Berding gehören dazu. Theodor Schieder promovierte Martin Broszat und habilitierte Ernst Nolte. Selbst ein Historiker wie Winfried Schulze, der als Anfangssemester nur an Schieders Vorlesungen teilnahm, erinnert sich an das aufregende „Erlebnis“, beim Kölner „Meister“ zu hören, und gesteht diesem einen nachhaltigen Einfluss auf eigene Forschungsinteressen zu.<sup>154</sup> Wolfgang Mommsen, der die längste Zeit in Köln verbrachte, schätzt, dass „mindestens 15 deutsche Schlüssellehrstühle“ mit Angehörigen des Kreises um Theodor Schieder besetzt wurden.<sup>155</sup> Schieder fand nach 1945 Unterstützung und Hilfe in den überkommenen Fachstrukturen, seitens seiner während des NS-Regimes fest etablierten Kollegen, vor allem aber auch durch den vertriebenen Hans Rothfels. Er erhielt Zuspruch und Förderung aus den Ministerialbürokratien, war Berater in staatlich finanzierten außeruniversitären Gremien und wirkte bei der Ausbildung im Auswärtigen Amt mit. Das alles waren Voraussetzungen, aber es sind keine Erklärungen für das Ansehen, das er bei seinen Doktoranden und Habilitanden genoss. Die Ursachen für den weitreichenden Erfolg Schieders als Hochschullehrer

<sup>152</sup> Dokumentation der Vertreibung. Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Düsseldorf 1961, S. 3E-132E (44Ef.).

<sup>153</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler in: Hohls und Jarausch, S. 249f.

<sup>154</sup> Vgl. das Interview mit Winfried Schulze in: ebd., S. 404-434 (405ff.).

<sup>155</sup> Ebd., S. 208.

sind kaum in seiner Vergangenheit zu suchen, sondern viel eher in der Art, wie er sie verarbeitete. Eine der von den Schülern am meisten betonten Charaktereigenschaften ist, neben dem menschlich zurückhaltenden, bisweilen autoritären Habitus, seine Toleranz und Liberalität bei Fragen der Forschung.<sup>156</sup> Er stimmte den Positionen der Jüngeren nicht immer zu; war er aber zu der Auffassung gekommen, dass dahinter ein akademischer Qualitätsanspruch steckte, förderte er auch dann ihr Interesse, wenn es, wie im Falle der Habilitation von Hans-Ulrich Wehler über den Imperialismus, seiner eigenen konservativen Haltung weder methodisch noch inhaltlich entsprach. Ja, er ließ den Kandidaten auch dann nicht fallen, als dieser im ersten Habilitationsverfahren über den amerikanischen Imperialismus scheiterte und im zweiten über Bismarcks Imperialismus wiederum mit erheblichen Widerständen von Fakultät und Dekan zu kämpfen hatte.<sup>157</sup> War er intern fachlich anspruchsvoll, fordernd und zugleich tolerant, vertrat Schieder seine Schüler nach außen loyal. So konnte er einen breiten und in sich heterogenen Zirkel von Historikern um sich versammeln. Wolfgang Mommsen hebt seinen Abstand zu jeglicher „Ideologisierung“ hervor.<sup>158</sup> Lothar Gall kennzeichnet ihn in gleicher Weise als „politisch detachiert“.<sup>159</sup> All diese Beobachtungen deuten auf einen Professor, der seine eigene nationalsozialistische Politisierung am besten dadurch überwunden sah, dass er bei der wissenschaftlichen Orientierung der Nachkriegsgeneration keine weltanschaulichen Vorgaben machte, und der darunter litt, wenn um ihn herum politische Emotionen erwachten, die neue Gräben zu reißen drohten. Am Lehrstuhl entstand eine starke, wechselseitige Bindung und Achtung, die einerseits auch Schieders Weltbild beeinflusst haben mochte, deren Faszination sich andererseits die Schüler noch lange später nicht entziehen konnten, als es galt, die NS-Vergangenheit ihres Lehrers, die bis weit über seinen Tod 1984 hinaus abgeblendet blieb, mit seiner bundesrepublikanischen Gestalt zu vereinbaren.<sup>160</sup> Es blieb das Bewusstsein einer persönlich-akademischen Verpflichtung, dessen Grundlagen Schieder in den 50er und 60er Jahren geschaffen hatte. Doch nicht nur das. Gemeinsam mit Werner Conze sorgte er für eine Ausweitung dessen, was die deutsche Historiographie in den Blick nahm. Sowohl die klassische Politikge-

---

<sup>156</sup> Vgl. die Auskünfte von Hans-Ulrich Wehler, Wolfgang Mommsen oder Lothar Gall in: Hohls und Jarausch: Versäumte Fragen.

<sup>157</sup> Vgl. ebd., S. 246ff.

<sup>158</sup> Ebd., S. 194.

<sup>159</sup> Ebd., S. 305.

<sup>160</sup> Ein Dokument der uneingeschränkten Hochachtung ist etwa der Nachruf von Wolfgang J. Mommsen: Vom Beruf des Historikers in einer Zeit beschleunigten Wandels. Theodor Schieders historiographisches Werk. In: Hillgruber: Vom Beruf des Historikers, S. 33-59.

schichte, die prominent und kämpferisch durch Gerhard Ritter in Freiburg vertreten war, als auch die übliche individualisierende Methode wurden erweitert. Schieder führte in das Studium des jungen Karl Marx und Jacob Burckhardts ein, um epochale Brüche erkennbar zu machen, vor allem aber ermöglichte er die Annäherung an Max Weber. Sein Aufsatz „Der Typus in der Geschichtsschreibung“ öffnete schon Anfang der 50er Jahre das Fach für die systematisierenden Begriffe der Sozialwissenschaften.<sup>161</sup> Er bot Lehrveranstaltungen an zum Nationalismus, zum Kommunistischen Manifest, zur Kriegstheorie bei Clausewitz und hob sich damit ab von den konventionellen Stoffdurchgängen vieler Kollegen. Äußert sich darin ein eigenständiges Bemühen um „Aufarbeitung“ der Geschichte, noch bevor dieser Begriff zum Kernbestand öffentlicher Moralität geworden war? Kein Zweifel besteht daran, dass Schieder den sehr persönlich empfundenen Schock von 1945, der ihm ein Schock der Niederlage und des Verlusts war, durch historische Rückfragen in den Griff zu bekommen versuchte. Dieser Verlustschmerz hatte die Form eines Gedemütigtfühlens durch misslingende Geschichte. Schieder äußerte sich im Kreis seiner Königsberger Kollegen von einst im Ton eines universalen Kulturskeptizismus, der sowohl die marxistische als auch die liberale Fortschrittserwartung für gescheitert erklärte. Die „Welterlösungsideen von 1789 und 1917“ scheinen „an ihr Ende gekommen zu sein“, konstatierte er mit maliziösem Interesse in einem Vortrag vor dem von Werner Conze begründeten Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte.<sup>162</sup> Es waren die Ideen der alliierten Flügelmächte, die Deutschland besiegt hatten. In düsteren Farben schilderte Schieder die deutsche Gegenwart als eine Zeit der „radikalen Reduzierung des deutschen Staats- und Volksraums und der Überschichtung eines aus eigenen Überlieferungen gestalteten Nationsraumes mit den sozialrevolutionären Ordnungsideen einer fremden Macht“. Zur „gegenwärtigen Not der deutschen Politik“ rechnete er, „daß man an alten nationalgeschichtlichen Leitbildern irre geworden ist, ohne schon neue zu besitzen.“<sup>163</sup> Er wehrte sich gegen die „Selbstanklage“, deutsche Geschichte sei eine „Einbahnstraße zu Hitler“. Er war Antimarxist im Widerstand gegen einen materialistischen „Ideologieverdacht gegen jede Art von geistiger Schöpfung“, der

<sup>161</sup> Theodor Schieder: Der Typus in der Geschichtswissenschaft. In: *Studium Generale* 5 (1952), S. 228-234. Schieder trug seine Thesen 1951 auf dem zweiten Historikertag nach Kriegsende in Marburg vor. Dort war auch der Soziologe Hans Freyer zu Gast, der die konservativen Historiker, die nach einem neuen bürgerlichen Selbstbewusstsein suchten, mit seiner „Weltgeschichte Europas“ (Wiesbaden 1949) stark beeindruckt hatte. Vgl. Schulze: *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945*, S. 281ff.

<sup>162</sup> Theodor Schieder: Grundfragen der neueren deutschen Geschichte. Zum Problem der historischen Urteilsbildung. In: *HZ* 192 (1961), S. 1-16 (2).

„die deutsche Geistesgeschichte als einen geradlinigen Weg in die faschistische Barbarei“ sehen wolle.<sup>164</sup> Gleichwohl verbot er sich eine Fortsetzung reiner Nationalapologie. Er fand für sie keinen Bezug mehr in der Wirklichkeit. Er verbot sich die Erwartung eines nationalen Wiedererwachens, einer nationalen „Vollendung“. „Es könnte das Fazit aus den Erfahrungen unserer Generation sein“, resümierte er, „daß wir die Unvollendetheit ohne Hoffnung auf Vollendung als die Grundkategorie unserer Geschichte bestehen lassen müssen.“<sup>165</sup> Er verabschiedete die bestimmenden nationalen, liberalen oder marxistischen Normen der Geschichtsschreibung und plädierte für eine Offenheit, die einen ebenso resignativen wie toleranten Grundzug aufwies. Bei Theodor Schieder konnte Martin Broszat schon 1952 über die „Antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland“ promovieren, Wolfgang Mommsen 1959 über „Max Weber und die Politik“, Hans-Ulrich Wehler 1960 über „Sozialdemokratie und Nationalstaat“. Schieder regte das eigentlich schon gesellschaftsgeschichtliche Thema der Habilitation von Thomas Nipperdey über die „Organisation der deutschen Parteien vor 1918“ an und verhalf Ernst Nolte zur Habilitation mit dem „Faschismus in seiner Epoche“. Diese geistig anregende Atmosphäre, die so vielen den Zugang zum 19. Jahrhundert unter dem vergleichenden Blickwinkel der sozialen Revolutionen und der Modernisierungskämpfe eröffnete und damit auch Anschluss an die angelsächsische Forschung gab, war ausschlaggebend für die in der Bundesrepublik außerordentliche intellektuelle Attraktion, die von Theodor Schieder ausging.

Dazu wollte nicht passen, was 1969 auf Flugblättern der marxistischen Studentengruppe „Spartakus“ in Köln auftauchte. Wie Werner Conze in Heidelberg wurde auch Theodor Schieder Ziel von Angriffen aus der aufgewühlten und in Teilen linksdogmatischen Studentenschaft. Wo jedoch Conze auch als damaliger Universitätsrektor im Mittelpunkt stand und erlebte, wie Demonstranten unter persönlichen Beschimpfungen seine Vorlesungen „sprengten“<sup>166</sup>, blieb Schieder eher im Windschatten der Ereignisse um 1968. Als sich dann die klar an der DDR orientierten Gruppen seines Falles annahmen und ihn eine „Wetterfahne der bürgerlichen Geschichtswissenschaft“ nannten, überzeugte das selbst linke Nachwuchsakademiker kaum, unterstützte sie Schieder doch in ihrem Interesse an Marx. Die Attacken einer parteikom-

---

<sup>163</sup> Ebd., S. 6.

<sup>164</sup> Ebd., S. 7 und 14.

<sup>165</sup> Ebd., S. 15.

<sup>166</sup> Vgl. oben S. 27.

unistischen Orthodoxie gegen den Verbandspräsidenten der Historiker Westdeutschlands zählten schon nicht mehr zur Bewegung der außerparlamentarischen Opposition. Schieders Assistenten hatten sich überdies systematisch darauf eingestellt und vorbereitet, vergangenheitspolitische Beschuldigungen aus Ost-Berlin abzuwehren.<sup>167</sup> Jedoch waren auf dem Flugblatt die inkriminierenden Zitate aus der Königsberger Zeit schon nachlesbar, und als sich eine junge Hilfskraft des Historikers ein Herz fasste und vorsichtig nachfragte, was es damit auf sich habe, beschied der Patron ungerührt: „Darüber machen Sie sich mal keine Sorgen.“<sup>168</sup>

Über Theodor Schieders Haltung zur sozialliberalen Koalition und zur neuen Ostpolitik Willy Brandts geben die damaligen Studenten und Assistenten unterschiedliche Auskünfte. Ermunterte er sie, die Zustimmung für die Ostpolitik, die er selbst nicht deklarieren mochte, öffentlich zu bekunden?<sup>169</sup> Oder gab es ein politisch „kühles Verhältnis“ und „ewigen Streit“ am Lehrstuhl, ob zur Wahl der SPD aufgerufen werden dürfe?<sup>170</sup> Auf die Wahrscheinlichkeit solcher Friktionen, die in Schieders Ablehnung der sozialliberalen Gesellschaftspolitik wurzelten, deutet eine Auseinandersetzung mit Gustav Heinemann hin. Dieser hatte 1970 gefordert, in einem freiheitlich-demokratischen Deutschland dürften Schulbücher nicht mehr aus dem Blickwinkel der Obrigkeit über die aufständischen Bauern der Vergangenheit als „meuternde Rotten“ urteilen. Schieder warnte den Bundespräsidenten daraufhin in einem Zeitungsartikel, die Revolutionen in der deutschen Geschichte zu sehr aufzuwerten; kommunale und bürgerliche Autonomie seien ein viel wesentlicheres Merkmal der deutschen Geschichte, und „die Beschwörung einer revolutionären Tradition kann, im falschen Augenblick ausgesprochen, leicht den demokratischen Staat in Gefahr bringen.“ Kein Zweifel, Schieder stand in der Kontinuität des konservativen Staatsdenkens und ihn ängstigten, wie die Gründer des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die Studentenproteste, in denen er Anarchismus gegen den „freiheitlichen Staat“ sah – Freiheit klein, Staat aber groß geschrieben.<sup>171</sup> Verharrte er auch in seinem ostpolitischen Nationalismus? Die eindeutig revisionistische Haltung in der Oder-Neiße-Frage, die für Schieder wie für die Mehrheit der Westdeutschen nach 1945

<sup>167</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler in: Hohls und Jarausch: Versäumte Fragen, S. 253.

<sup>168</sup> Diese studentische Hilfskraft war der damals 19jährige Claus Leggewie, der Politikwissenschaftler in Göttingen und Gießen wurde. Vgl. ders.: Mitleid mit Doktorvätern, S. 435.

<sup>169</sup> So Leggewie ebd., S. 443.

<sup>170</sup> So Wehler in: Hohls und Jarausch: Versäumte Fragen, S. 250f.

<sup>171</sup> Theodor Schieder: Hat Heinemann recht? Zu einer Rede über unser mangelhaftes Geschichtsbeußtsein. In: Christ und Welt, 27. Februar 1970, zit. nach Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 289f.

eine geradezu natürliche nationale Selbstbehauptungsposition war und die das nach 1918 vorherrschende Ziel der Wiedergewinnung „deutschen Volksbodens“ in die Bundesrepublik mitnahm, diese Haltung latenter Feindseligkeit gegen Polen und Russen schien Theodor Schieder im Laufe der 50er Jahre vorsichtig und privatissime zu modifizieren. Vom Revanchedenken des „Göttinger Arbeitskreises“, in dem sich vorwiegend aus dem Osten stammende Historiker trafen, setzte er sich ab, ohne seine Mitgliedschaft offen aufzukündigen. Im Briefwechsel mit Reinhard Wittram distanzierte er sich 1959, unter dem Eindruck der Berlin-Krise, von alten „Denkmustern“. <sup>172</sup> Er blieb vage, andeutend, „detachiert“. Eine Reise nach Moskau in seiner Eigenschaft als Repräsentant des Verbandes der Historiker verweigerte er wiederum, möglicherweise aus Angst vor Enthüllungen aus der NS-Zeit. <sup>173</sup> Hans-Ulrich Wehler erinnert sich an einen „Aufruf von Golo Mann für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze“, den er selbst unterzeichnet hatte:

„Damit ging ich zu Schieder und sagte ihm, es gehe nicht an, daß nur die Assistenten unterzeichneten. Der zweite totale Krieg sei verloren, da sei nichts mehr zu verhandeln, oder wie die Amerikaner sagen: ‚Cut your losses.‘ Das war eine Gelegenheit, bei der er sagte, er sehe das – vom Kopf her – völlig ein, aber er könne es gefühlsmäßig noch nicht öffentlich einräumen. Er, der bis Dezember 1944 in Königsberg mit seiner Frau, die aus Westpreußen kam, gelebt habe und wo seine vier Kinder geboren seien, könne das nicht unterschreiben und damit eingestehen, daß das Land endgültig verloren sei.“ <sup>174</sup>

Auch wenn unklar ist, ob es sich bei dieser Erklärung um diejenige von 1972 oder eine frühere handelt, die Entscheidungssituation ist nahezu dieselbe. Wehler und Wolfgang Mommsen unterzeichneten, Schieder hielt sich abseits – aus Scheu vor erneuter politischer Exponiertheit in einer Frage, die so zentral seine Vergangenheit betraf und seinen früheren völkischen Bekenntnissen so diametral zuwiderlief, aus Abneigung gegen Polarisierungen und letztendlich in Abgrenzung zu Hans Rothfels, aus dessen Tübinger Umfeld die „Erklärung zur Ostpolitik“ stammte.

Heinrich August Winkler weist darauf hin, dass Hans Rothfels „als einer der ersten für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie votierte und zu denjenigen Histori-

<sup>172</sup> Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 322.

<sup>173</sup> Diese Interpretation gibt Wolfgang Mommsen in ebd., S. 205.

<sup>174</sup> Ebd., S. 250.

kern gehörte, die die sozialliberale Ostpolitik offensiv verteidigten.“ Die von Hans Mommsen formulierte Resolution habe er nicht nur unterzeichnet; er sei an ihrer gedanklichen Entstehung beteiligt gewesen: „Ich denke“, urteilt Winkler, der allerdings 1964 nach Berlin ging, „das war auch ein Ergebnis langer und intensiver Debatten in seinem Arbeitskreis.“<sup>175</sup> Wahrscheinlich war es so. Rothfels hatte sich 1956 in einem Aufsatz in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte für den Gedanken einer west-östlichen Koexistenz ausgesprochen.<sup>176</sup> Als die sozialliberale Koalition an die Macht kam, schrieb er in einem Beitrag zur „Bewältigung der Gegenwart“, schon der „leiseste Versuch einer Schaukelpolitik zwischen Westen und Osten würde die Bundesrepublik zwischen alle Stühle fallen lassen, und ein vertragliches Zusammengehen mit der Sowjetunion, die jetzt als beherrschende Militärmacht des Kontinents am Thüringer Wald steht, würde nur zu leicht zur Penetration und zur Ausdehnung des Sowjetsystems bis an den Rhein führen.“<sup>177</sup> Die unzweideutige Westbindung vorausgesetzt bekannte er sich gleichwohl sehr entschieden für eine Neuorientierung im Verhältnis zum Osten. „Leidvoll“ sei die Einsicht errungen worden, „daß es gilt, die Kette des Bösen einmal abreißen zu lassen“, und was immer „Deutsche und Westslawen in den letzten Jahrzehnten sich wechselseitig an Bitterem angetan haben“, es bestehe doch zwischen ihnen „eine Schicksalsgemeinschaft“, die „nach einer gemeinsamen einverständlichen Lösung des Oder-Neiße-Problems verlangt.“<sup>178</sup> Rothfels empfahl, „anzuerkennen, daß nicht so sehr Grenzveränderungen als vielmehr Veränderungen im Sinn der Grenze nötig sind und daß Völkerverschiebungen inzwischen sich ereignet haben, die nicht ohne neues Unrecht rückgängig gemacht werden können.“ Zum Zweiten warnte er: „Vollends seitdem der Wettlauf um die thermoklearen Waffen zum sogenannten ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ geführt hat, ist Koexistenz in einem sehr drastischen Sinne erzwungener Verzicht auf an sich gegebene, aber selbstmörderische Mittel der Vernichtung.“<sup>179</sup> Hans Rothfels bestärkte also die Regierung Brandt in ihren Grundprinzipien. Zu beachten ist auch das eindeutige Engagement Waldemar Bessons, der in der Schlussphase der Großen Koalition gedrängt hatte, „Mut zum Status quo“ zu beweisen. Er formulierte die Frage nach der außenpolitischen Richtung als Prüfstein westdeutscher Staasträson, denn der „Man-

<sup>175</sup> Vgl. Interview Heinrich August Winkler in: ebd., S. 369-382 (373).

<sup>176</sup> Vgl. Hans Rothfels: Gesellschaftsordnung und Koexistenz. In: VfZ 4 (1956), S. 333-345.

<sup>177</sup> Hans Rothfels: Die Bewältigung der Gegenwart und die Geschichte. In: Saeculum 21 (1970), S. 264-273 (269).

<sup>178</sup> Ebd., S. 271.

<sup>179</sup> Ebd.



gel an rationaler Orientierung hat auf diesem Felde schon lange genug Ermutigung für diejenigen bedeutet, die der liberalen Demokratie distanziert, wenn nicht gar feindlich gegenüberstehen.“<sup>180</sup> Besson meinte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und die Anerkennung der DDR. Juristische Formalvorbehalte hielt er für bedeutungslos. Wichtig war ihm vielmehr, durch die Preisgabe aussichtsloser Positionen neue außenpolitische Freiheit zu gewinnen. „Denn eines ist gewiß“, schrieb er, „auch mittlere Mächte können einen weltoffenen Horizont haben. Aber ihn wird nur nützen, wer zuvor seine Grenzen zu sehen gelernt hat.“ Mit der Bonner Staatsräson „zu leben und nach ihr zu handeln“ setze „die radikale Abkehr von jeder Orientierung“ voraus, „die sich aus Idealen und Wünschen der Zeit vor 1945 nährt.“ Die Bundesrepublik werde ansonsten eine störende Größe im internationalen System.<sup>181</sup> Außenminister Brandt signalisierte dem Konstanzer Professor, der die junge Universität 1966 mitgegründet hatte, daraufhin brieflich sein Einverständnis.<sup>182</sup> Waldemar Besson war unter den Schülern von Rothfels der eifersüchtig beäugte Favorit. Er stand inmitten eines exklusiven Arbeitskreises, der sich im Privathaus des Ordinarius traf, er war von Verwaltungsaufgaben entlastet, fuhr zu Kongressen und besaß, so Hans Mommsen, „Rothfels‘ unbegrenzte Gunst“.<sup>183</sup> Bis 1958 war er dessen Assistent und habilitierte sich in Tübingen mit einer Studie über die Auflösung der Weimarer Republik („Württemberg und die Staatskrise 1928-1933“). Als CDU-Mitglied auch parteipolitisch Rothfels nahestehend, war Besson durch das Studium der Anglistik und durch die Promotion über Franklin D. Roosevelt zugleich, wie sein Lehrer, angelsächsisch beeinflusst und an den liberaldemokratischen Verfassungsidealen der Vereinigten Staaten orientiert. Auch gehörte der 1960 auf eine Politikprofessur in Erlangen berufene Zeithistoriker Besson, wie auch Rothfels, schon während der Spiegel-Affäre zu einer Gruppe von 29 Hochschullehrern, die gegen die Regierung Adenauer protestierte. Sein Argument der drohenden Entfremdung vom Westen bei Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze findet sich in der „Erklärung zur Ostpolitik“ deutlich wieder, wo die klare Akzeptanz des Status quo als Voraussetzung für die „volle Integration der Bundesrepublik in das demokratische Staatensystem des Westens“ bezeichnet wird, und seine Unterschrift unter dem Manifest fehlte nur deshalb, weil er im Juni 1971 jäh an einer Krankheit verstorben war.

---

<sup>180</sup> Waldemar Besson: Bonn auf dem Prüfstand. Chancen westdeutscher Außenpolitik. In: Der Monat 21 (1969), S. 42-49 (44).

<sup>181</sup> Ebd., S. 49.

<sup>182</sup> Vgl. Niedhart: Revisionistische Elemente und friedlicher Wandel, S. 248.

<sup>183</sup> Vgl. Hans Mommsen in: ebd., S. 168f.

Für die weit mehr als äußerliche Beteiligung von Hans Rothfels an der Erklärung gibt es aber noch einen weiteren Beleg. Die historische Analogie zwischen der Ratifizierung der Ostverträge und dem „Tatsachenmut“, den Gustav Stresemann für die Politik von Weimar forderte“ wiederholt 1972 ein Motiv, mit dem der Königsberger Professor 1930 auf die westlichen Gebietsverluste des Deutschen Reiches im Versailler Vertrag reagiert hatte. Er lobte da den 1929 früh verstorbenen Stresemann, der im Gewaltverzichts- und Grenzvertrag von Locarno Frankreich gegenüber auf Elsaß-Lothringen verzichtet hatte, und gewann aus diesem Lob eine Bestätigung seines konservativ-autoritären Staatsbewusstseins:

„Aus solch entsagungsvoller Arbeit, die den verantwortlichen Leiter frühzeitig verzehrt hat, kann der Staatsgedanke ein Kapital an Herbe und Strenge gewinnen. So ist es bezeichnend, daß grade die auswärtige Politik den Mut zur Unpopularität gehabt hat, was immer für die Kraft der dahinter stehenden Idee spricht. Auch im Verzicht, in der bewußten Stilllegung bestimmter Fragen spricht sich der Staat als ein Ordnungsprinzip gegenüber der Welt der nationalen Empfindungen aus. Und zugleich steigt aus dem ‚Nichtüberalldabeiseinmüssen‘, wie es scheint, ein mitteleuropäischer Zug des deutschen Staatsgedankens wieder empor: Die Aufgabe des gesamten Raumes, der seit 1919 aus der Weltpolitik ausgeschieden ist und der das dringende Interesse daran hat, in seiner Art doch wieder eine selbständige Zone zwischen Osten und Westen zu bilden.“<sup>184</sup>

Den deutschnationalen Hass, den der „Verzichtspolitiker“ Stresemann auf sich und die Weimarer Demokratie gezogen hatte, bezeichnete die „Erklärung zur Ostpolitik“ als hauptursächlich für das Scheitern der ersten Republik. Eine neue „Politik nationaler Wunschbilder“ sei daher gefährlich. Hans Rothfels hatte das Pathos einer deutschen Staatsmission zwischen Ost und West, das auch ihn 1930 an die hegemoniale Aufgabe in Mitteleuropa glauben ließ, im Exil verloren. Seine deutschnationale Statur stand zwar dem akademischen Erfolg in den USA nicht entgegen. Vielmehr hatte er schon in den 20er und frühen 30er Jahren Kontakte zur angelsächsischen Geschichtswissenschaft geknüpft, in der es durchaus Sympathien für die antimarxistischen deutschen „Ostforscher“ gab. Bei seiner Etablierung an der University of Chicago halfen einflussreiche US-Historiker und Deutschlandexperten im vollen

---

<sup>184</sup> Zit. nach Winkler: Lobredner Hitlers?, S. 647.

Wissen seiner ostpolitischen Credentials, wohl im Gefühl eines gemeinsamen, transatlantischen Sozialkonservatismus, an den sich bald nach Kriegsende umstandslos die Kommunismusphobie des Kalten Krieges anschloss.<sup>185</sup> Dennoch hat sich Rothfels' Urteil im Politischen weiter ernüchert und an die amerikanischen Paradigmen in den internationalen Beziehungen angenähert. Er war in den USA kein akademischer Außenseiter, sondern weitgehend integriert und geachtet, seine Kinder lebten in Colorado und Kalifornien, wo er sie regelmäßig besuchte. Er war zum kulturellen Grenzgänger geworden. Im Wechsel zwischen den USA und der Bundesrepublik hatte er gewonnen, was vor Hitler fehlte, das Vermögen, den Gedanken der „Stille-gung“ nationaler Affekte auch auf die verlorenen Ostgebiete anzuwenden.

Theodor Schieder hingegen lehnte es ab, diesen Gedanken öffentlich zu vertreten. „Ich könnte es mir leicht machen“, antwortete er in seinem Brief vom April 1972 an Hans Mommsen, „mit der Feststellung, daß ich aus Prinzip noch nie eine Kollektiv-Erklärung unterschrieben habe, da ich meine, ein Wissenschaftler sollte mit seinem eigenen Wort für die Sache eintreten, die er für gut hält.“<sup>186</sup> Das genügte nicht. Denn wäre dies der einzige Einwand gegen die „Erklärung zur Ostpolitik“ gewesen, hätte es ihm frei gestanden, seine Stellungnahme in der Historischen Zeitschrift oder in jeder beliebigen Tageszeitung zu veröffentlichen. „Aber“, fuhr er fort, „damit will ich mich in diesem Falle nicht begnügen und ausdrücklich deutlich machen, warum ich diese Erklärung nicht unterschreiben kann.“ Die Notwendigkeit eines Vertrages vor allem mit Polen wollte auch Schieder nicht mehr bestreiten. Eine Regelung sei „auf die Dauer unumgänglich“. Und „unter den nun einmal eingetretenen Umständen“ schädige die Nicht-Ratifizierung der Verträge die internationale Position der Bundesrepublik.

„Ich frage mich aber, ob es nötig war, im Sommer 1970 Verträge abzuschließen, für die man nicht von vornherein eine breitere Basis in den offiziellen Gremien unseres Staates voraussetzen konnte. Ob dies aus innenpolitischen Gründen geschehen ist, will ich nicht entscheiden. Jedenfalls kann ich bei intensiven Bemühungen, die Lage von 1970 zu analysieren, nicht erkennen, daß irgendwelche unüberwindliche außenpolitische Notwendigkeiten bestanden, in übereilter Form Verträge abzuschließen.“

---

<sup>185</sup> Auf diese wenig erforschten Zusammenhänge verweist John L. Harvey von der Pennsylvania State University. Vgl. ders.: Were Chicago and Providence really so far from Königsberg and Tübingen.

<sup>186</sup> Theodor Schieder an Hans Mommsen, GWU 6/1972, S. 362.

Im Sommer 1970 wurde tatsächlich nur ein Vertrag abgeschlossen: derjenige von Moskau. Schieder kleidete die Ansicht, dass dieser Vertrag unnötig war, in eine Wendung, die, obwohl vorsichtig, den massiven Vorbehalten im Auswärtigen Amt und in der CDU entsprach, es sei übereilt gehandelt worden. Auch die Warnung vor dem Expansionsdrang der Sowjetunion wiederholte er, wenn auch in der bis aufs Äußerste gemilderten Umschreibung, dass man „wohl uneingeschränkt davon ausgehen dürfe, daß ihre Sicherheitsbedürfnisse weithin von Vorstellungen beherrscht werden, die mit den unsrigen nicht identisch sind.“ Schieders Verneinung außenpolitischer Notwendigkeiten für das Handeln der Regierung implizierte die Bejahung der zuvor offengelassenen Frage, ob innenpolitische Gründe den Ausschlag gegeben hätten. In der innenpolitischen Polarisierung und in Egon Bahrs Konzept einer Flucht nach vorn sah er den Fehler, jedoch ohne zu verdeutlichen, ob er mit Außenminister Gerhard Schröder glaubte, die Linksverschiebung im Inneren habe zur Preisgabe von Interessen nach außen geführt, oder ob er vor allem um den breiten Parlamentskonsens und den inneren Frieden fürchtete. Deutlich aber ist auch seine Distanz zu den Verunglimpfungen aus Vertriebenenverbänden. Das war nicht ganz selbstverständlich, da die Familie seiner Frau betroffen war und er selbst in seiner Sprechstunde an der Universität Köln Flüchtlinge empfing, die ihn aus Königsberg kannten und um Hilfe baten.<sup>187</sup> Ganz fern lag Schieder die rechtsextreme Hassrede vom Kanzler als Verräter. Anspielungen auf Brandts Emigration fanden sich nicht. Stattdessen bekannte der Historiker sich zu Adenauers Westintegration, versuchte sie in einen Gegensatz zu Brandts Ostpolitik zu setzen und damit das Argument der Isolation unter Verbündeten umzukehren:

„Tatsachenmut schließt immer auch die schonungslose Beurteilung von Gefahren ein, die im Augenblick gering erscheinen mögen, in ihrer Richtung aber schon erkennbar sind. Eine Politik ist immer ein Ganzes und kann nicht in einzelne Teile aufgespalten werden: Ostpolitik setzt daher nachdrücklich Westpolitik und europäische Integration voraus, und ich wäre glücklich, wenn ich das Gefühl hätte, daß dies überall mit der nötigen Klarheit erkannt wird.“

---

<sup>187</sup> Vgl. Wehler in: Hohls und Jarausch: Versäumte Fragen, S. 259.

Die politische Aussage des Briefes bewegte sich im mittleren konservativen Milieu der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Schieder stimmte der Linie einer Großen Koalition zu, gab keinen Wunsch und keine Erwartung nach Grenzrevision zu erkennen, hob mit der Westpolitik das wichtigste etablierte Stabilitätselement Westdeutschlands hervor. Er vermied peinlichst jede scharfe Profilierung – und darin, nicht in richtungspolitischen Präferenzen, liegt der Schlüssel zu Schieders Haltung: Er verweigerte sich der Ostpolitik gefühlsmäßig. Ihr haftete etwas Aufrührerisches an. Sie rührte an den Komplex des „Ostens“, den er zugunsten einer nach 1945 neu erworbenen akademischen Westorientierung aufgegeben und liegengelassen, mit neuen „detachierten“ strukturgeschichtlichen Fragestellungen bedeckt und versiegelt hatte. Nicht eine offene Ablehnung der Ostpolitik sticht hervor, sondern seine Ablehnung der offenen Unterstützung der Ostpolitik.

„Was mich an der Erklärung stört, ist vor allem der Eindruck, den sie erweckt, als ob es auf der einen Seite nur den Willen zum[!] Frieden und Entspannung und auf der anderen den zur Revision der Grenzen und den mangelnden Willen, die Ergebnisse der deutschen Niederlage zu akzeptieren, gäbe. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich möchte nicht leugnen, daß es Leute gibt, die von einer Revision der jetzigen deutschen Grenzen als einer realen Möglichkeit träumen; aber es wäre verhängnisvoll, wenn der Anschein entstünde, als ob dies das Motiv für die skeptische Haltung aller derer wäre, die sich heute nur mit großer Zurückhaltung gegenüber den Verträgen verhalten können. [...]

Es war sicherlich Ihre von mir durchaus anerkannte Absicht, eine Erklärung zu formulieren, die keine einseitige Interpretation zuläßt. Ob Ihnen dies aber gelungen ist, möchte ich bezweifeln. Ich fürchte, daß jetzt eine Situation entsteht, die in der Öffentlichkeit den Eindruck der Trennung der Böcke von den Schafen erweckt und damit in unser Fach schwere Dissonanzen hereinträgt.“

Sicherlich spricht sich hier auch die Furcht aus, in der Öffentlichkeit als Revisio-nist zu erscheinen, weil eine in Vergessenheit geratene und am eigenen Namen haf-tende nationalistische Vergangenheit wiederaufgewühlt werden könnte. Schieder hatte sich indes vom Nationalsozialismus auf eine verschwiegene, aber entschiedene Weise gelöst. Das Paradigma der „Volksgemeinschaft“ spielte für ihn keine Rolle mehr. Was nun noch zählte, war das akademische Selbstbild eines Historikers unter

Historikern. Wenn er vor den „Gefahren“ warnte, die „in ihrer Richtung schon erkennbar sind“, meinte er zwar auch die außenpolitische Stabilität der Bonner Republik. Vor allem aber verteidigte er den inneren Frieden der westdeutschen Geschichtswissenschaft, den er sich als korporative Loyalität vorstellte, zu deren guten Sitten es gehörte, größtmögliche Diskretion zu üben und mit persönlichen politischen Meinungen keinen anderen Historiker öffentlich bloßzustellen. Auffassungsunterschiede wollte er nicht auf dem externen Forum der politischen Öffentlichkeit präsentiert, sondern „durch sachliche Diskussion“ intern ausgefochten sehen.

Die Fachgemeinschaft war, womit er sich nach dem Krieg identifizierte. Sie bot ihm bürgerliches Ansehen, das er durch die gewollte Nähe zur Politik vor 1945 beinahe verloren hatte, und sie versprach ihn abzuschirmen gegen die Politik nach Hitler, von der er Grund zu fürchten hatte, sie würde durch Wühlen in der Vergangenheit seine allseits geachtete bürgerliche Existenz aufs Neue gefährden. Aus der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus hatte er die Konsequenz gezogen, sich durch wissenschaftliche Anstrengungen von sich selbst zu entfernen und durch aufopferungsvolle Förderung der Fachstrukturen und des Nachwuchses eine neue Gemeinschaft zu stiften. Der Königsberger Kreis, dann aber mehr und mehr seine bundesrepublikanischen Schüler bildeten um Theodor Schieder den Cordon sanitaire.

*b) Werner Conze, Hans-Peter Schwarz: Politische Parteinahme, ohne dass die Aussagen über bloße Behauptungen hinausgehen*

Wenige Tage nach der Veröffentlichung der „Erklärung zur Ostpolitik“ erschien in der Tageszeitung „Die Welt“ eine Replik, die Theodor Schieders Furcht vor schweren Dissonanzen unter Historikern und Politikwissenschaftlern aufgriff, sich aber von der Defensive, die der Kölner Ordinarius einnahm, löste und den verschärfen Vorwurf erhob, Andersdenkende würden in intoleranter Weise ausgegrenzt und angeschwärzt.<sup>188</sup> Die Unterzeichner dieser Gegenerklärung hatten in prinzipieller Opposition zur Studentenbewegung gestanden. Werner Conze war in Heidelberg – obwohl er unter Professoren durchaus als fortschrittlich galt, deshalb sogar 1968 als Kandidat für das Rektorenamt abgelehnt wurde, und obwohl er 1969, nach seiner Wahl zum Rektor, die Ordinarienuniversität durch die Gruppenuniversität ersetzen

<sup>188</sup> Die Welt, 19. April 1972, zit. nach GWU 23 (1972), S. 360f.

half<sup>189</sup> – wie Hans-Peter Schwarz in Hamburg persönlich schwer beschimpft und bedrängt worden. Wilhelm Hennis in Freiburg sah die deutsche Universität als noble Staatsanstalt unterminiert.<sup>190</sup> Alle drei standen als Professoren, die Anfang der 70er Jahre mit der CDU sympathisierten, dem Bund Freiheit der Wissenschaften nahe, der allerdings im Streit um die Ostpolitik keine einheitliche Gruppe formen konnte und wollte, da auch zu den Unterstützern Willy Brandts mit Thomas Nipperdey und Richard Löwenthal maßgebliche BFW- wie zugleich SPD-Mitglieder gehörten. Jedoch bildete, wie gezeigt, der staatskonservative den bestimmenden Grundton im Bund Freiheit der Wissenschaften, und die Gegenerklärung zur Ostpolitik machte ebenso wie der Bund Gebrauch vom akademischen Widerwillen, die Wissenschaft als Begründung für eine parteipolitische Position traditions- oder staatskritischer Art heranzuziehen. Wobei unter den Typus konservativer akademischer Politikabwehr der Umstand fällt, dass eine *bestimmte Form der Politik*, die Kritik etablierter Ordnung, gemeint ist und dass *eine bestimmte „Partei“*, die in den Worten Ernst Noltes als „Linke“ eine „eigentümliche Art von Ewigkeit“ auszeichnet<sup>191</sup>, das Verdikt auf sich zieht. Die „ewige Linke“ steht hier für spaltende Parteipolitik, während sich konservatives Denken als Staatspartei mit dem Gemeinwohl insgesamt in eins setzt. Historiker wie Conze oder Politikwissenschaftler wie Schwarz empfanden ihr wissenschaftliches Engagement nicht als parteiisch, da es sich staatsnah und ordnungskonform gestaltete, doch waren sie als Professoren alles andere als politikfern.

(1) *Werner Conze*. Wie entwickelte sich die politisch-wissenschaftliche Tätigkeit Werner Conzes? Nachdem Hans Rothfels von der Universität Königsberg vertrieben worden war, hatte sich Conze dem nationalsozialistischen Historiker Gunther Ipsen zugewandt, der aus Leipzig gekommen und zum Königsberger Kreis gestoßen war.<sup>192</sup> Ipsen wurde 1935 sein Habilitationsbetreuer und mit ihm ging er 1940 nach

---

<sup>189</sup> Vgl. Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 338.

<sup>190</sup> Die übrigen Unterzeichner der Gegenerklärung waren Hans Joachim Arndt, Heidelberg, Hans Buchheim, Mainz, Richard Nürnberger, Göttingen, der Werner Conzes Heidelberger Arbeitskreis für Sozialgeschichte seit Gründung angehörte, und Dieter Oberndörfer, Freiburg, der wie Hans-Peter Schwarz ein Schüler Arnold Bergstraessers war.

<sup>191</sup> Vgl. Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg. München 1974, S. 78.

<sup>192</sup> Zu Ipsens demographischer Methodisierung der NS-Ideologie, seiner autoritär-militärischen Haltung, seinem Antisemitismus und seinem nationalistisch-rassistischen „Denkstil“ im Komplex des Ostens vgl. Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 66-69, S. 271ff. Abgestritten wurde diese bewusst gewählte Nähe zum Nationalsozialismus von Conzes Schüler Reinhart Koselleck in seinem Nachruf auf den 1986 Verstorbenen, vgl. ders.: Werner Conze. Tradition und Innovation. In: HZ 245 (1987), S. 529-543. Conze habe zwei Lehrer gehabt, „Rothfels und Ipsen, beide konservativ, national und deutsch gesonnen gewiß, ein konvertierter Jude und ein Großdeutscher aus Kärnten – aber beide mit klaren Fragen und methodischem Einfallsreichtum, die ihr politisches Engagement für die Sache der Deutschen im Osten wissenschaftshistorisch überdauern sollten.“ Ebd., S. 534.

Wien. In bevölkerungspolitischen Publikationen dieser Jahre beklagte Conze die „Überbevölkerung Polens“, die zu einem „Herd dauernder Spannung und revolutionärer Unruhe“ werde. Er empfahl die „Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk.“<sup>193</sup> Die antisemitische Stoßrichtung, die den eliminatorischen Grundzug, dass eine als schädlich identifizierte Bevölkerungsgruppe zu beseitigen sei, deutlich mitführte, fand Ipsen an den Ergebnissen von Conzes Habilitationsschrift besonders reizvoll und lehrreich: „Hierhin zählt auch die Einnistung des Judentums in die Risse und Hohlräume eines aus rassischen Gründen unstimmig gewordenen Gefüges.“<sup>194</sup> Conze bekam 1943 die Lehrerlaubnis, wurde 1944 außerordentlicher Professor an die vom NS-Regime im besetzten Polen neugegründete „Reichsuniversität Posen“, die als Bestandteil des Besatzungsapparates die Vernichtung der polnischen Kultur und die „Germanisierung“ des Ostens wissenschaftlich rechtfertigen helfen sollte<sup>195</sup>, nahm als Hauptmann am Krieg teil, war schwer verwundet, geriet in Gefangenschaft der Roten Armee und floh; seine Frau währenddessen „ging zu Fuß aus Ostdeutschland bis ins Münsterland, wo sie herkam, und unterwegs verlor sie ihr Baby.“<sup>196</sup> Im Vergleich zu Theodor Schieder kam Werner Conze ungleich stärker vom Krieg versehrt in der Bundesrepublik an. Auch fiel es ihm schwerer, sich beruflich zu etablieren. Bescheidenen Honorarstellen in Göttingen und Münster folgte ein „persönliches“ Ordinariat und schließlich 1957 erst die erstrebte ordentliche Professur in Heidelberg. Seit Mitte der 50er Jahre entfaltete er aber eine wissenschaftspolitische Tätigkeit, deren Wirkung sich auf mehrere einflussreiche Forschungsinstitutionen, auf historiographische Diskussions- und Publikationsnetzwerke und auf die Neugründung von Universitäten<sup>197</sup> erstreckte. Werner Conze wurde einer der bedeutenden Wissenschaftsorganisatoren und geschichtswissenschaftlichen Ideengeber der Bundesrepublik.<sup>198</sup> Diese Wirkung war möglich dank intensiver Kontakte zu den Bundesregierungen unter

---

<sup>193</sup> Zit. nach Aly, Heim: Vordenker der Vernichtung, S. 102f.

<sup>194</sup> Zit. nach Aly: Macht, Geist, Wahn, S. 167.

<sup>195</sup> Vgl. Karen Schönwälder: Geschichtswissenschaft und Politik. Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. 1992, S. 148ff. Wie die „Reichsuniversität Straßburg“ war die RU Posen als völkische Eliteuniversität auf nationalsozialistischer Grundlage errichtet worden. Berufen wurden Wissenschaftler, die den Reichsstellen als bewährte Stützen des NS-Staates galten. Zur Berufung Conzes vgl. auch Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 28.

<sup>196</sup> Wehler in: Hohls und Jaraus: Versäumte Fragen, S. 259.

<sup>197</sup> Werner Conze war Mitglied im Gründungsausschuss der Universitäten Bochum und Bielefeld.

<sup>198</sup> Grundlegend Thomas Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, insbesondere S. 145ff., 169. Vgl. auch die Aufzählung von fünfzehn herausragenden wissenschaftsorganisatorischen Gründungsinitiativen und Leitungsfunktionen Werner Conzes bei Koselleck: Werner Conze, S. 540f.



Kanzler Adenauer. Sie gingen auf die Münsteraner Zeit zurück und waren verbunden mit der Person von Paul Egon Hübinger.

Der Historiker Hübinger, der wie Conze in Münster gelehrt und gemeinsam mit ihm Seminare abgehalten hatte, war Mediävist. Nach eigenem Bekunden war er bei Kriegsende auf einem Fußmarsch von 450 Kilometern aus Ostdeutschland ins Rheinland geflohen, wo er beim Umbau der Verwaltungen mitwirkte.<sup>199</sup> Seine Bekanntschaft mit dem christdemokratischen Innen- und späteren Außenminister Gerhard Schröder bewirkte, dass Hübinger Mitte der 50er Jahre Abteilungsleiter für Kulturfragen im Bundesinnenministerium wurde und dort schon in seinem ersten Haushaltsjahr einen Etat von 50 Millionen D-Mark verwaltete.<sup>200</sup> Für Werner Conze bestand dadurch zu einer Zeit, da die Haushaltsmittel des Bundes expandierten, ein direkter Zugang in die leitende Ministerialbürokratie. Bund und Länder gaben seit Anfang der 50er Jahre erhebliche Mittel für historische Projekte. Seien es 1951 die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) in München, dessen Beirat Werner Conze seit 1962 angehörte, die Gründung der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“, der er seit 1957 präsiidierte, oder 1953 die Wiedereröffnung des traditionsreichen Deutschen Historischen Instituts in Rom – 1888 als Königlich-Preußische Historische Station eingerichtet –, in dessen Beirat Conze 1961 aufgenommen wurde: Die junge Bundesrepublik suchte nach legitimatorischer Selbstvergewisserung und schaffte geschichtsbildnerische Betätigungsfelder für programmatisch ambitionierte Historiker wie Conze. Sie finanzierte die Geschichtsschreibung auch außerhalb der Universitäten, und hier eignete sich der Bund, der ansonsten die verfassungsmäßige Kulturhoheit und die Hochschulpolitik der Länder zu achten hatte, eine richtungsweisende Funktion an. Paul Egon Hübinger förderte diese Tendenz, optierte dabei allerdings anders als Innenminister Gustav Heinemann, der 1950 die Satzungsurkunde des IfZ unterzeichnet und sich die Aufarbeitung der katastrophalen jüngsten Geschichte gewünscht hatte, ausdrücklich gegen jedweden „Geschichtsmasochismus“ der Nachkriegsdeutschen, „der im blinden Wüten gegen das eigene Volk seine Lust und sein Genüge findet und anderwärts nur Lichtseiten entdecken will.“<sup>201</sup> Diese Mahnung hatte Hübinger in einem nationalpädagogischen Leitaufsatz ausgesprochen, der schon 1950 im ersten Jahrgang der von

<sup>199</sup> Vgl. Schulze: *Geschichtswissenschaft nach 1945*, S. 26.

<sup>200</sup> Vgl. ebd., S. 256f.

<sup>201</sup> Paul Egon Hübinger: Um ein neues deutsches Geschichtsbild. In: *GWU* 1 (1950), S. 385-401 (394).

Karl Dietrich Erdmann neu editierten Zeitschrift des Geschichtslehrerverbandes „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ erschienen war. Hübinger sprach sich hier, ausgehend vom „Trümmerfeld“, dem „restlosen Zusammenbruch, den das deutsche Geschichtsbild – nicht bloß das nationalsozialistische – im Jahr 1945 erfahren hat“<sup>202</sup>, für eine Revision aus, deren Angelpunkt sein sollte, die „Isolierung“ und „Überhöhung“ Deutschlands zu beenden und die Europäisierung des deutschen Geschichtsbildes voranzutreiben.<sup>203</sup> Er bekannte sich dazu, die „dunklen Seiten der Geschichte“ wahrzunehmen und folgerte, „wenn wir uns der Klassik von Weimar, des humanitären Ethos Iphigeniens rühmen, dürfen wir jetzt die Augen von Buchenwald auf der Höhe des Ettersberges nicht mehr abwenden.“<sup>204</sup> Vor allem aber stellte er die deutschen mit den Verbrechen anderer Länder gleich, zog als Mittelalterexperte immer wieder Vergleichslinien in vormoderne Zeiten, verallgemeinerte den Nationalsozialismus im Begriff der Bösen, sträubte sich gegen ein „verdüstertes Geschichtsbild“ und forderte eine ehrfruchtsvolle Geschichte „im Dienst der Tradition“.<sup>205</sup> Auf dem Historikertag 1956 trat er als Grußredner auf und warb für das geschichtspolitische Engagement des Bundes, das über die Förderung, die andere Disziplinen erhielten, weit hinausgehe, bekundete aber auch, dass eine amtliche Einflussnahme nicht bezweckt sei. Sie ergab sich freilich, auch wenn keine Fragestellungen im Einzelnen vorgegeben waren, durch die Personen und Programme, deren Anträge bewilligt wurden.

Was sein eigenes zentrales Projekt betraf, konnte Werner Conze auf Hübingers offenes Ohr vertrauen. Beide standen sich offenbar auch persönlich nahe, trafen sich zu Samstagsspaziergängen, um Vertrauliches zu besprechen.<sup>206</sup> Conze bemühte sich um etatisierte Förderung für eine „Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters“<sup>207</sup>, mit der die Brüche, Verwerfungen, der fundamentale Verfassungs- und rapide Gesellschaftswandel insbesondere der europäischen Geschichte seit 1800 erfasst und verstanden werden sollten.<sup>208</sup> In Conzes Worten ging es darum, die Gestalten „der modernen Welt seit den Emanzipationen und der Revolution in ihrer geschichtlichen Tiefe zu untersuchen, sowohl auf das spezifisch Neue der modernen

---

<sup>202</sup> Ebd., S. 386.

<sup>203</sup> Ebd., S. 391.

<sup>204</sup> Ebd., S. 396f.

<sup>205</sup> Ebd., S. 398f.

<sup>206</sup> So die Darstellung bei Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 158.

<sup>207</sup> Werner Conze: Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht. Opladen 1957.

<sup>208</sup> Vgl. Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 53f.

Weltepoche wie auf die Kontinuität weiterwirkender, vorrevolutionärer Tradition“.<sup>209</sup> Im Vergleich zu der unmittelbaren zeitgeschichtlichen Konfrontation mit Weimarer Republik und Nationalsozialismus, wie sie zur selben Zeit unter anderem Eugen Kogon, Theodor Eschenburg und Hans Rothfels vertraten, wie sie Hermann Mau, Helmut Krausnick und Paul Kluge am IfZ verantworteten, im Vergleich auch zu der direkten politikwissenschaftlichen Herleitung und Begründung einer pluralistischen Demokratie, die Ernst Fraenkel beabsichtigte, zielte Werner Conze auf eine distanzierte begriffliche Bewältigung der modernen Welt im Ganzen.<sup>210</sup> Damit rezipierte er die konservative Kulturkritik bei Hans Freyer und Arnold Gehlen, die nach dem Schock des totalen Zusammenbruchs an einem historischen Orientierungsrahmen arbeiteten, der weit genug angelegt war, um die Wurzeln des ideologischen Zeitalters bis an den Beginn der modernen Zivilisation zurückzuverfolgen.<sup>211</sup>

Das Motiv war nicht neu, nur neu gewendet. Hans Freyer, 1925 in Leipzig zum ersten deutschen Soziologieprofessor berufen, propagierte Anfang der 30er Jahre im Einklang mit den völkischen Bewegungen und in engem Austausch mit seinem Leipziger Kollegen Gunther Ipsen eine „Revolution von rechts“, von der er sich heilende Wirkung auf die durch Kapitalismus und Liberalismus auseinandergerissene Gemeinschaft der „Volksgenossen“ versprach.<sup>212</sup> Solche Gemeinschaft hatte es nie gegeben, und ihre Imagination in krisenhafter Zeit glich daher einer Wiederverschleierung gesellschaftlicher Gegensätze, die im Prisma des Gleichheitsideals der Aufklärung nicht nur sichtbar und kritisierbar geworden waren, sondern auch politische Kämpfe hervorriefen. Auf die entzauberte und individualisierte Gesellschaft, die seit dem 19. Jahrhundert im Entstehen begriffen war, reagierte eine „konservative Revo-

---

<sup>209</sup> Vgl. Conzes Referat auf der ersten Sitzung seines Arbeitskreises 1957, zit. nach Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, S. 261.

<sup>210</sup> Vgl. Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 56, der auf die politische Anziehungskraft einer Vorstellung von historischen „Strukturen“ nach 1945 verweist. Nach dem Aktivismus völkischer Handlungsempfehlungen im Osten, die eine deutsche Geschichtsbemächtigung betonten, konnte über die verschwommene Rezeption der französischen Annales-Historiker und ihres Strukturbegriffs die Wiedereinordnung deutscher Verhältnisse in eine europäische Normalität vorgenommen werden. Für die Uminterpretation der eigenen Taten in individuell kaum zu verantwortende Zwangsläufigkeiten fanden deutsche Historiker nun, wie Etzemüller ausführt, „daß sich Strukturen für bestimmte Zwecke der Sinnerfüllung besser anboten als Handlungen, indem sie nämlich den Nationalsozialismus strukturhistorisch an die technische, soziale und politische Gesamtrevolution der europäischen Geschichte anzuheften vermochten und ihn so aus der Kontinuität der deutschen Geschichte herauslösen konnten.“

<sup>211</sup> Vgl. Hans Freyer: Theorie des gegenwärtigen Zeitalters. Stuttgart 1955. Vgl. auch Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 60ff.

<sup>212</sup> Vgl. Hans Freyer: Revolution von rechts. Jena 1931.

lution“ mit Mythenbildung.<sup>213</sup> Die nationalsozialistische begrüßte Freyer als einheitsstiftende Bewegung und entwickelte 1933 Vorschläge zur Reform der Wissenschaften, die nicht bloß fachlich spezialisierte Ausbildung vermitteln, sondern politisiert werden sollten, um das nationale Ethos ins Zentrum aller intellektuellen Bemühungen zu stellen. Freyers Idee von „politischer Wissenschaft“ war akademischer Nationalismus im Dienste des Dritten Reiches.<sup>214</sup> Dieser Aktivismus verlor sich in den 40er Jahren. Zuletzt an der Universität Budapest, schrieb Freyer über das Kriegsende hinweg an seiner „Weltgeschichte Europas“ und erhielt 1953 in Münster, wo Hübinger und Conze ihn unmittelbar erleben konnten, mit 66 Jahren noch einmal eine Gastprofessur. Was in den 30er Jahren mit seiner Apologie des NS-Regimes im Einklang stand: die Zivilisationskritik der westlichen Welt, nahm er begrifflich leicht angepasst als Analyse der industrialisierten Welt wieder auf, nun umgewendet zum Zwecke einer Historisierung jener Ideologien, an deren Blüte er selbst zuvor mitgewirkt hatte. Werner Conze war wie andere nationalistisch vorgeprägte Historiker, darunter in Göttingen Hermann Heimpel und Percy Ernst Schramm, beeindruckt von Freyers epochal angelegter Vergangenheitsbewältigung, in der sich die Deutschen von Urhebern zu Unterworfenen zerstörerischer geschichtlicher Kräfte wandelten. Heimpel versicherte Freyer, das „geschlagene Deutschland“ schulde ihm Dank. Carl Schmitt schrieb, er, Freyer, habe ein „Dokument geistiger Überlegenheit des Besiegten“ vorgelegt, „der auch in der Niederlage seine Sieger besser kennt als sie sich selbst“.<sup>215</sup> Werner Conze rezensierte Freyer, lobte 1949 seine „begriffliche Schärfe“ und sprach von einem „Höhepunkt“ dessen, „was in Deutschland nach dem Kriege aus einem neuen historischen Bewußtsein gesagt worden ist“. Hervorzuheben sei „der ganz unmittelbare Lebensbezug, den das Freyersche Geschichtsbild für uns hat“.<sup>216</sup> In Heidelberg schlug er acht Jahre später vor, Freyers Geschichtskonzepte „historisch-kritisch zu unterbauen oder zu überprüfen“.<sup>217</sup> Im Dezember 1956 fand die entscheidende Besprechung im Bundesinnenministerium statt, bei der Hübinger und Conze sich auf die Einberufung eines Arbeitskreises einigten. Das ergab keine

<sup>213</sup> Vgl. Rolf Peter Sieferle: Die konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen: Paul Lensch, Werner Sombart, Oswald Spengler, Ernst Jünger, Hans Freyer. Frankfurt a.M. 1995.

<sup>214</sup> Vgl. Hans Freyer: Das politische Semester. Ein Vorschlag zur Universitätsreform. Jena 1933. Zu Freyers „deutscher Soziologie“ vgl. Elfriede Üner: Soziologie als „geistige Bewegung“. Hans Freyers System der Soziologie und die „Leipziger Schule“. Weinheim 1992, zur wissenschaftshistorischen Einordnung außerdem Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 238ff.

<sup>215</sup> Zit. nach Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, S. 283f.

<sup>216</sup> Werner Conze: Verstehende Geschichtswissenschaft. In: Deutsche Universitäts-Zeitung 4, Heft 23 (1949), S. 16.

<sup>217</sup> Zit. nach Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, S. 261.

einfache Wiederholung der Einflüsse von Ipsen und Freyer aus den 30er Jahren und keine neue „Volksgeschichte“, auch wenn Gunther Ipsen, der wegen seiner NS-Vergangenheit an keiner bundesdeutschen Universität einen Lehrstuhl mehr bekam, an der ersten Besprechung in Bad Ems am 25. und 26. April 1957 teilnahm.<sup>218</sup> Im Verlauf des Jahres zahlte das Ministerium die ersten Gelder aus, mit denen der „Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte“ seine Tätigkeit aufnehmen konnte. Werner Conze war beglückt: „Die Sache an sich ist mehr als erfreulich“, hatte er zuvor dem inzwischen in Hamburg lehrenden Soziologen Carl Jantke geschrieben, der als überzeugter Nationalsozialist und als Schüler Freyers, Ipsens und Bergstraessers zum Königsberger Kreis gehört hatte und nun Mitglied des neuen sozialgeschichtlichen Arbeitsnetzwerks war.<sup>219</sup> „Über das schöne Heidelberger Angebot hinaus“, so Conze, „eröffnet sich endlich eine fast schwindelerregende Aussicht, die über alle gelegentlichen Träume hinausgeht.“<sup>220</sup>

Er sah im Rückblick keinen wissenschaftlichen „Kontinuitätsbruch“, sondern eine Bestätigung und Bestärkung der Fragestellungen, zu denen er auch vor 1945 schon durch Hans Rothfels und Gunther Ipsen angeregt worden sei.<sup>221</sup> Dennoch: Auch wenn der schon zuvor gepflegte Blick für die „kleinen Leute“ im Gegensatz zu den Regierenden, für das „Volk“ als Synonym des Ganzen des sozialen Lebens und die Kenntnis statistischer Methoden den Interessen und der Empirie moderner Sozialgeschichte ähnlich sehen, die Vorstellung einer „politischen Volksgeschichte“, die Nationalismus mit den Mitteln der Historiographie war, wurde in den 50er Jahren nicht einfach in den Begriff der Gesellschaft überführt.<sup>222</sup> Das politische Umfeld war ein anderes und es wirkte nachhaltig auf das normative Vorverständnis der Begriffe ein. Nicht mehr die Konstruktion und die politische Mobilisierung eines „Volkskörpers“ war gefragt, sondern die defensive Verarbeitung des sozialen Wandels, der die Historiker als Ordnungsdenker zutiefst betroffen machte, dessen Subjekte sie nun

---

<sup>218</sup> Die ungebrochene Kontinuität, ja die Identität von „Volksgeschichte“ vor 1945 und „Sozialgeschichte“ in den 50er Jahren behauptet hingegen Koselleck. Ipsen sei vor allem sozialanalytisch vorgegangen und habe das, was mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ politisch aufgeladen wurde, in statistische Bestandteile zerlegt. „Die soziographisch analysierte Gesellschaft wurde von Ipsen und Conze ‚Volk‘ genannt.“ Aus der „schon immer soziologisch begriffenen Volksgeschichte“ sei durch reinen Wortwechsel die Struktur- oder Sozialgeschichte der Bundesrepublik geworden. Koselleck: Werner Conze, S. 535f.

<sup>219</sup> Zu Jantke vgl. Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 30f.

<sup>220</sup> Zit. nach ebd., S. 258.

<sup>221</sup> Vgl. Werner Conze: Der Weg zur Sozialgeschichte nach 1945. In: Christoph Schneider (Hg.): Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Beispiele, Kritik, Vorschläge. Weinheim 1983, S. 73-81 (73, 78).

<sup>222</sup> Vgl. Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945: ‚Von der ‚politischen Volksgeschichte‘ zur ‚neuen Sozialgeschichte‘, S. 281ff, der das Moment der Kontinuität sehr stark hervorhebt.

nach distanzschaffenden Strukturkategorien aufgliederten und nicht mehr organisch, sondern nur noch abstrakt, nicht mehr zum Allgemeinbegriff des „Volkes“, sondern dem der Gesellschaft zusammenfassten.<sup>223</sup> Wie Theodor Schieder stieß auch Werner Conze eine Innovation der Geschichtsschreibung an, die von starker Anziehungskraft war. Im Heidelberger Arbeitskreis fand eine Art von Aufarbeitung historischer Traditionsbrüche statt, die mit der Hoffnung auf ein Universalverständnis der modernen Welt lockte, das per se attraktiv sein musste, besonders aber auch als Angebot, sich aus den spezifisch deutschen Befangenheiten der Nachkriegszeit lösen zu können, in seiner intellektuellen Aura verständlich wird.<sup>224</sup> Deutlich wird dies an einem der weitreichendsten Projekte des Arbeitskreises, dem 1958 erstmals besprochenen und 1972 im ersten Band vorliegenden Lexikon der „geschichtlichen Grundbegriffe“, dessen Aufsätze in skrupulöser Recherche dem Bedeutungswandel der „politisch-sozialen Sprache“ im Zuge politisch-sozialer Umbrüche und Gewaltausbrüche nachspüren.<sup>225</sup>

War Werner Conze Anfang der 70er Jahre ein Gelehrter, dessen Verbindung zur Welt des Politischen sich auf finanzielle Fragen der staatlichen Forschungsförderung einerseits und auf sozialstrukturelle Fundamentaluntersuchungen der Moderne andererseits beschränkte? Stand er der politischen Lage des geteilten Deutschland, der Westintegration und dem Kalten Krieg gleichgültig oder gar ratlos gegenüber? Und ließ ihn deshalb die Zumutung aufschrecken, ein ostpolitisches Manifest unterschreiben zu sollen, wie es im Tübinger Kreis erdacht worden war? Conze hatte seit den 50er Jahren sicherlich kein „unpolitisches“ Geschichtsbild entwickelt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass er, wie Thomas Etzemüller ausführt, das Konzept der Sozialgeschichte von Grund auf als „politische Geschichte“ anlegte. Conzes Auffassung nach sollte diese erneuerte soziale Geschichtslehre nicht wie in der Tendenz die libe-

---

<sup>223</sup> So lautet auch Etzemüllers Fazit – obwohl er die verbindenden Elemente nationaler Orientierung stark betont –, dass die Sozial- nicht wie die Volksgeschichte dem geistigen Angriff, sondern „der Selbstvergewisserung und der Defensive“ galt. Ders.: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 295.

<sup>224</sup> Conze selbst äußerte sich nur einsilbig und stellte keinen Zusammenhang fest zwischen seinem Forschungsprogramm und der Vergangenheitsbelastung der Historiografie. Weder eine Auseinandersetzung mit dem Einfluss des Nationalsozialismus auf die Geschichtswissenschaft noch mit Fragen einer Revision des alten deutschen Geschichtsbildes hielt er „für ergiebig“. Vgl. Conze: Der Weg der Sozialgeschichte, S. 73.

<sup>225</sup> Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hgg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck. Stuttgart 1972-1997. Vgl. etwa im ersten Band den Art. „Antisemitismus“ (S. 129-153) von Thomas Nipperdey und Reinhard Rürup. Siehe auch Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 171ff. und 293f., der indes sehr zuspitzt: die „Grundbegriffe“ seien Ausdruck antikommunistischer Ordnungsideologie, einer gegen marxistische Terminologie gerichteten Begriffssicherung.

rale Soziologie und offen die marxistische Theorie als Oppositionswissenschaft gegen den Staat Front machen, sondern aus der randständigen Isolation herausgeführt, mit der gegebenen Macht versöhnt und politisch anschlussfähig im Sinne der vorherrschenden Ordnung werden.<sup>226</sup> Die „großen“ und lang andauernden Kräfte der europäischen Staatswerdung, der Industrialisierung, der Arbeiterbewegung, die grundlegenden Folgen gewandelter Familienverhältnisse und kommunaler Lebensbedingungen, die Entwicklungen der Parteien interessierten ihn, weil sie Aufschluss gaben über die Sozialverfassung der Gegenwart, die ihm als Schmelzpunkt aller modernen Ideologiekonflikte vor Augen stand.<sup>227</sup> Doch das ist nicht alles. Werner Conze griff direkt ein, um politische Fragen in einem politischen Forum und im Auftrag der christdemokratischen Bundesregierung zu behandeln. Er war eben auch im aktuellen Werte- und Meinungskampf kein unpolitischer Historiker. Für die CDU engagierte er sich schon in seiner Münsteraner Zeit.<sup>228</sup> Indes war er kein ausgesprochener Anhänger Konrad Adenauers, sondern bevorzugte als Mitglied des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ einen an Jakob Kaiser angelehnten Nationalneutralismus. Er unterstützte daher 1957 ein an Adenauer adressiertes Protesttelegramm, das gegen die Pläne einer westdeutschen Atombewaffnung im Rahmen der NATO Stellung bezog.<sup>229</sup> Das Kuratorium galt als die überparteiliche Sammlung derer, die unbenommen ihrer jeweiligen gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen in den Fragen der Deutschlandpolitik gegen Adenauer standen, seien es Anhänger von SPD und Gewerkschaften oder von CDU und Unternehmerverbänden. Durch Massenveranstaltungen auch in zahlreichen kleineren Städten, durch eine Vielzahl von Straßenumbenennungen, durch den Verkauf von Anstecknadeln und durch Publikationen wollte das Kuratorium gegen die Westintegration und die Etablierung des Teilstaates Bundesrepublik eine nationale Bewusstseinsbildung setzen. Wo die Wiederentde-

---

<sup>226</sup> Vgl. Etzemüller: Sozialgeschichte als politische Geschichte, S. 50ff. Schon in einem ersten programmatischen Vortrag vor Geschichtslehrern in Nordrhein-Westfalen im April 1952 warnte Conze, dass eine vom „Politischen abstrahierte Sozialgeschichte [...] als Sonderdisziplin zur Gefahr“ werden müsse, weil in ihr die Wirklichkeit vergewaltigt werde. „Es geht heute darum, die Sozialgeschichte zur politischen Geschichte zu erheben und sie aus ihrer Isolierung herauszuführen. Sie ist nicht weniger politisch als die Geschichte der Ereignisse im staatlichen Bereich es von jeher gewesen ist.“ Werner Conze: Die Stellung der Sozialgeschichte in Forschung und Unterricht. In: GWU 3 (1952), S. 684-657. Zit. nach Etzemüller, S. 51. Etzemüller schreibt treffend: „Zwei Bewegungen kreuzten sich in der frühen Sozialgeschichte: die Auseinandersetzung mit der Moderne und die Abwehr des Sozialismus. Das macht die Sozialgeschichte zur politischen Geschichte.“ Ebd., S. 293.

<sup>227</sup> Zu den vielfältigen Forschungsthemen, die Conze anregte und unter die unscharfe Sammelkategorie einer vereinnahmenden, anpassungsfähigen „Sozialgeschichte“ subsumierte, vgl. Etzemüller, S. 162ff., wo von „gewünschter Weite“ gesprochen wird. (S. 164).

<sup>228</sup> Vgl. Etzemüller, S. 303.

<sup>229</sup> Vgl. ebd., S. 324.

ckung rheinländisch-süddeutscher und föderaler Prägungen mit katholischer Abendlandrhetorik zum Zwecke einer europäischen Einbettung Deutschlands einherging, griff das Kuratorium auf die Bismarck- und Preußentradition zurück. Dem Wachhalten des Gebots vom provisorischen Charakter der Bonner Republik entsprach die historische Orientierung an der protestantisch dominierten Reichsnation von 1871.<sup>230</sup> In Adenauers Augen weckte dieses Ansinnen „zu viele Emotionen“.<sup>231</sup> Seiner westlich gebundenen und gestützten Frontstellung gegen den Osten setzte das Kuratorium einen deutschnationalen Antikommunismus entgegen, der die DDR als „Mitteldeutschland“ beschrieb und die verlorenen preußischen Ostgebiete miterinnerte.

Die deutsche Einheit war in den 50er Jahren eine allgemein aufwühlende Frage. Von besonderer symbolischer Relevanz waren die Feierstunden zum 17. Juni 1953, an denen des Arbeiteraufstands gegen das SED-Regime gedacht wurde. Die Nation war das Leitmotiv. Doch die traditionspolitischen Variationen oszillierten zwischen einer dramatisierenden Apologie des Weststaates Bundesrepublik, in den das Vermächtnis der demokratischen Revolutionäre von 1848 eingegangen sei, und derjenigen des Deutschen Reichs, das man durch die Revolte deshalb rehabilitiert sah, weil das Freiheitsbegehren der „Ostzonen“-Bevölkerung sich gegen die Teilstaatlichkeiten von BRD und DDR ausgesprochen habe.<sup>232</sup> Werner Conze trat als Fest- und Ermahnungsredner auf – wie viele andere Historiker auch, so Hans Rothfels, Hermann Heimpel, Theodor Schieder oder Arnold Bergstraesser, die zum 17. Juni die nationalen Stichworte aufnahmen. Conze sprach aus diesem Anlass 1955 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und bemühte sich um Nüchternheit, Vorsicht und Distanz: Er begann mit seiner Generationserfahrung, derzufolge keiner, der die „Expansions- und Gewaltpolitik“ Hitlers erlebt habe, „naiv und ungebrochen“ von deutscher Einheit sprechen könne. Dennoch, so sein Vortragstitel und seine patriotische Maxime, sei diese Einheit „Erbe und Auftrag“.<sup>233</sup> Conze identifizierte klar, was dem Nationalbewusstsein der Deutschen im Wege stand: dass die „nach nationalsozialistischem Selbstverständnis höchste und vollkommenste Ausprägung der deutschen Einheit unter Adolf Hitler“ die Aufgabe nach 1945 „kompromittiert“. Einheit sei nur noch denkbar „ohne jedes Ausweichen“ und durch „genaue Erinnerung“.<sup>234</sup>

<sup>230</sup> Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-1989). In: GG 24 (1998), S. 382-411 (397-399).

<sup>231</sup> Ebd., S. 397.

<sup>232</sup> Vgl. ebd., S. 388ff.

<sup>233</sup> Werner Conze: Deutsche Einheit – Erbe und Auftrag. Münster 1956, S. 5.

<sup>234</sup> Ebd., S. 6.



Zwar seien die Bestimmungen der Siegermächte „über Völker wie die Polen und die Deutschen“ von erschreckender „Leichtfertigkeit und Schuldhaftigkeit“. Doch Conze wollte die deutsche Frage „von innen her“ behandeln:

„Vergessen wir nicht: Deutschland ist nicht allein durch Roosevelt, Stalin und Churchill, sondern zuvor durch Hitlers Politik zerteilt worden. Die deutsche Einheit wurde durch ihn aufs Spiel gesetzt und in diesem Spiel verloren. Sie wurde so befleckt, daß die Frage nach ihrer Erneuerung zugleich die Frage nach der Beseitigung dieser Flecken einschließt. Daß dies nicht in einem eng moralisierenden Sinne verstanden werden kann, sollte deutlich sein.“<sup>235</sup>

Diese Worte erscheinen bemerkenswert gerade vor dem Hintergrund der Zeit, die im Zeichen von Amnestiegesetzgebung und Wiederbewaffnung durch den Glauben an die Abgeschlossenheit der dunklen Vergangenheit geprägt war. Conze gab sich keinen Eintrübungen hin. Er blickte ohne vergangenheitsselige Verklärungen auf das Bild Deutschlands, an das die Gegner Hitlers, die Alliierten und die Opfer der Gewaltherrschaft mahnten, und wenn auch für Uneingeweihte nicht vernehmbar, schien er sich damit auch von seinen eigenen völkischen Ambitionen vor 1945 zu distanzieren. Zugleich blieb er kühl. Es waren oberflächliche „Flecken“ auf der deutschen Geschichte, die er sah, und sie zu beseitigen, kann Mehreres bedeuten. Mit kritischer Moral, die am Ende das Gewebe der Tradition selbst zersetzen könnte, wollte er es nicht versuchen. Conze übte sich, dann doch wieder zeitgemäß, gleich vielen um Orientierung ringenden Nationalkonservativen letztlich in Geschichtstragik. Dabei waren seine Formulierungen nicht per se eskapistisch. Er suchte die Notwendigkeit des deutschen Untergangs nicht im bösen Schicksal, sondern in der angeblich zwingenden Struktur, auf deren Gleisen er die Nation laufen sah. Diese „Struktur“ indes erfüllte als modern klingender Begriff die Bedürfnisse der tragischen Rede, sich der Lasten zurechenbarer menschlicher Verantwortung zu entledigen. Für politischen Humanismus und aufgeklärten Geist wie im staatlich geeinten Frankreich, so Conze, sei „die bunte Mannigfaltigkeit der weltlichen und geistigen Fürstenstaaten“ in deutschen Landen ungeeignet gewesen, und da nur geringer Zugang zum „atlantische[n] Reichtum“ bestanden habe, verharrete das „deutsche Leben“ im „Zwang der Knappheit mit Zügen altväterlicher Strenge und Gebundenheit in den hergebrachten For-

---

<sup>235</sup> Ebd., S. 7-8.

men des Standes“. Für eine „nationale Revolutionsbereitschaft“ fehlten „nach 1789 die wissenssoziologischen Voraussetzungen“.<sup>236</sup> Diese „unfertige Nation“ sah Conze heimgesucht dann von den Gewalten der technisch-industriellen Revolution: Dampf, Kohle und Stahl, der Zuwachs an Kapital, Warenexport, Land und Bevölkerung habe „nach den Jahrhunderten deutscher Dürftigkeit“ die Politisierung der Massen im 19. Jahrhundert verursacht, und das „glanzvolle Kaiserreich“ von 1871 sei „ohne Plan und Absicht, durch seine kraftvolle Dynamik in die Rolle einer wirtschaftlichen und politischen Weltmacht ersten Ranges“ hineingestoßen worden.<sup>237</sup> Dieser blind sich vorwärts bewegende Machtstaat habe „die älteren beati possidentes“ auf den Plan gerufen. Die glücklich Besitzenden der atlantischen Welt seien durch die deutsche Dynamik „zusammengeführt und damit – ohne daß damit eine unmittelbare Schuld der deutschen Regierung am Kriegsausbruch ausgesagt ist“ – der Erste Weltkrieg verursacht worden.<sup>238</sup> Hitler sei schließlich als „Nutznießer der Gespaltenheit“ aufgetreten, die auf die Niederlage von 1918 folgte.<sup>239</sup>

Im Jahr 1959, seinem gewachsenen Einfluss gemäß, trat Werner Conze im Bonner Bundeshaus auf, um nach einleitenden Worten von Kanzler Adenauer zum 17. Juni zu sprechen. Hitler trat nun in den Hintergrund, wenn auch der Redner den nationalen Zusammenschluss für zeitgemäß nur ohne „jeden Ausschließlichkeitsnationalismus alten Stils“ hielt.<sup>240</sup> Wieder schilderte Conze das Unglück der deutschen Nation, unter den Gesetzen des Strukturwandels der modernen Welt „unter besonders schwierigen Umständen, zum Teil gefährlich gehemmt, zum Teil nicht minder gefährlich entfesselt“ in die neueste Geschichte eingetreten zu sein.<sup>241</sup> Doch die Gewichte des wägenden Urteils waren nun gegenüber der Rede von 1955 verschoben: Der proletarischen Revolution von 1918, „nach dem nationalen Erregungszustand der Kriegsjahre“ wird der entscheidende Anstoß zubemessen. Auf sie sei die „national-revolutionäre Bewegung Hitlers“ mit all ihrem „absoluten Ideologieglauben“ gefolgt.<sup>242</sup> Stalin wiederum habe „Hitlers Aufstieg zur Macht indirekt gefördert“.<sup>243</sup> Conze verlegte 1959 die Aufmerksamkeit auf die „Weltherrschaftsziele“ eines Gegners, der noch immer im Osten stand und der sich durch „einseitige Waffenstre-

---

<sup>236</sup> Ebd., S. 12f.

<sup>237</sup> Ebd., S. 21f.

<sup>238</sup> Ebd., S. 24.

<sup>239</sup> Ebd., S. 25f.

<sup>240</sup> Werner Conze: Der 17. Juni. Tag der deutschen Freiheit und Einheit. Frankfurt a.M. 1960.

<sup>241</sup> Ebd., S. 17.

<sup>242</sup> Ebd., S. 21ff.

<sup>243</sup> Ebd., S. 46.

ckung“ und „Selbstausschaltung“ der freien Welt nicht befrieden lasse.<sup>244</sup> Inspiriert wahrscheinlich auch durch die Einladung der Bundesregierung, der er entsprechende Erwartungen unterstellen musste, trat Werner Conze sehr viel direkter als politischer Hinweisgeber auf. Wie er die tagespolitische Lage dabei an die deutsche Geschichte zu knüpfen suchte, zeigt, dass er seine bundesrepublikanische Findungsphase, in der die Entfleckung von Hitler vordringlich war, biographisch wie geschichtspolitisch hinter sich gelassen hatte. Die geistige Arbeit an der positiven Wiederbegründung von historischen Kontinuitäten in national mobilisierender Absicht war im vollen Gange und befruchtete seine Gedenkrede. „Die sowjetische Offensiv-Strategie“, so Conze, laufe sich schon tot an „unserer Defensivfront“. „Je stärker, einheitlicher und umfassender diese Defensivfront ausgebaut wird – das Militärische ist nur ein Teil, wenn auch ein grundlegend unentbehrlicher Teil dieses Ausbaus –, um so mehr besteht Aussicht, daß das Auslaufen der russischen Offensive beschleunigt wird.“<sup>245</sup> Obwohl Conze gewiss nicht einfach immer noch im Bewusstsein des Wehrmacht-offiziers sprach, der er aus Überzeugung gewesen war, ist der Eindruck, er kämpfe im Bonner Plenarsaal rhetorisch an der alten Front weiter, nicht ganz abzuweisen. Russland blieb der Hauptfeind. Und er sah Anlass zur Hoffnung, ihn im Verein aller Antikommunisten doch noch zu bezwingen. Gefahr drohte allerdings vom Status quo: „Die These von den zwei deutschen Staaten“ diene der russischen Politik „sowohl zum Halten der erreichten Stellung wie auch als Basis für den Sprung nach Westen. Westdeutschland soll sturmreif gemacht werden.“<sup>246</sup> Conze unterschied sich dabei nicht nur in der überkommenen militärsprachlichen Angst- und Gewaltmetaphorik vom rheinischen Zivilisten Adenauer, sondern auch in seinem Verhältnis zur westlichen Welt. Er lobte schließlich die Berliner, „mit ihrem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt“, für das „innerpolitische Zusammenstehen“ gegen „absurde Vorschläge der Selbstaufgabe“.<sup>247</sup> Fanatismus lehnte er ab. Nüchternheit forderte er häufig. Er wollte „mit heißem Herzen und kühlen Kopf, im Sinne eines fortdauernden Darin- und Dabeiseins“<sup>248</sup> eine „Dienstgesinnung“ erneuern, die missbraucht worden sei<sup>249</sup>, aber dennoch allein gegen die moderne Funktionswelt helfe, in der Menschen zu

---

<sup>244</sup> Ebd., S. 35.

<sup>245</sup> Ebd., S. 43f.

<sup>246</sup> Ebd., S. 50.

<sup>247</sup> Ebd., S. 52.

<sup>248</sup> Ebd., S. 53.

<sup>249</sup> Ebd., S. 57.

„beziehungslose[n] Larven“ zu werden drohten.<sup>250</sup> Das Ziel der deutschen Einheit, „in den Zusammenhang der sich rasch wandelnden Welt“ gestellt, finde Bündnispartner nicht bloß bei der NATO, sondern auch in Asien und Afrika, wo die Dekolonialisierung mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker begründet werde. Weder „an einer Lösung mit dem Westen auf Kosten Rußlands, noch an einer solchen mit Rußland auf Kosten der westlichen Mächte“ sei Deutschland interessiert.<sup>251</sup> Ihm blieb die Nation geistes- wie machtpolitisch ein Eigenes, das für sich allein wieder stehen zu lernen habe.

Den historischen Ort der „deutschen Nation“ definierte Werner Conze in der von ihm mitherausgegebenen Reihe „Die deutsche Frage in der Welt“<sup>252</sup>, die an Umfang und Aufwand sicherlich über Festtagsreden hinausging, sich aber nichtsdestoweniger einem ebenso festen nationalpolitischen Ziel verpflichtet wusste: „Verwirrung“ herrsche im Bewusstsein der Deutschen und in der Weltöffentlichkeit, schrieb Conze Anfang der 60er Jahre zum Geleit, und „die gesamte deutsche Problematik der Gegenwart und der nächsten Zukunft“ verlange „in vielen Lebensbereichen nach klärender Analyse, Information und begründender Programmatik“. „Sich in den Dienst einer solchen Aufgabe zu stellen, schien den Herausgebern der neuen Reihe [...] angezeigt zu sein.“<sup>253</sup> Schon vorliegende Unternehmungen ähnlicher Art hätten viel Gutes bewirkt. „Die Deutschen sind in einer Klärung und Festigung ihres nationalen Bewusstseins inmitten einer sich rasch wandelnden Welt begriffen. Die Verworrenheit und Hilflosigkeit der Jahre nach 1945 ist weithin von uns gewichen.“<sup>254</sup> Conze beschrieb noch einmal die Schwierigkeiten, auf die ein neues nationales Bewusstsein stoßen musste.

„Die Jahre der Hitler-Herrschaft und der Einschnitt von 1945 trennen uns, besonders unsere Jugend, scheinbar so tief von aller früheren deutschen Geschichte, daß der Brückenschlag zwischen jener zurückliegenden Zeit über 1933-1945 hinweg bis zu unserer Gegenwart oft so schwer gelingt. Es geht aber nicht nur um einen solchen Brückenschlag, sondern um die Einordnung auch der schweren Jahre des ‚Dritten Reiches‘ in die deutsche Geschichte und um ein modernes na-

---

<sup>250</sup> Ebd., S. 56.

<sup>251</sup> Ebd., S. 60.

<sup>252</sup> Werner Conze: Die deutsche Nation. Ergebnis der Geschichte. Göttingen 1963.

<sup>253</sup> Ebd., S. 2f.

<sup>254</sup> Ebd., S. 5.

tionales Selbstverständnis, in dem unsere Geschichte von Anbeginn voll mit enthalten ist.“<sup>255</sup>

Kontinuität der Geschichte, Anschluss an die Tradition, Einhegung des Nationalsozialismus und „Brückenschlag“ der Gegenwart über die NS-Zeit hinweg in einen positiven historischen Wurzelgrund – dies waren die Mittel des nationalen Konservatismus zu heilen, was in den Begriffen des gesellschaftskritischen Denkens als Unheil galt, weil eben jenes historische Kontinuum zu Hitler führte. Conze begann allerdings seine ereigniszentrierte Erzählung mit einer Selbstkorrektur: Nation sei nicht Volk. Keine vorpolitische „Bluts- und Sprachgemeinschaft“ sei gemeint, sondern eine Gruppe, die entlang „geschichtlicher Entscheidungen“ politisch zusammengehören will und sich auf entsprechende Organisationsformen bezieht.<sup>256</sup> Im siebten Kapitel war Conze bei der ihn selbst prägenden Zeit angelangt, bei „Mitteleuropa – Versailles – Weimar (1914-1932)“. Verständnissvoll zeichnete er die „großdeutschen“ Kriegsziele von 1914 nach, die Expansion nach Osten, die Abdrängung russischer Macht, den diktierten Frieden von Brest-Litowsk. Was „post festum als unreal“ erscheine, sei damals „zwangsläufig“ gewesen, da es der imperialistischen Ära entsprochen habe: die deutsche Vorherrschaft über „die Völker der deutsch-russischen Zwischenzone“.<sup>257</sup> Spürbar ist Conzes Bemühen um „nüchterne“, perspektivische Darstellung, in der auch die polnischen Befürchtungen zu Wort kommen; doch der innere Zug der Erzählung ist die damalige Sicht der deutschen Reichsleitung, und deren Pläne leben neu auf als „Rettungsmaßnahme im europäischen Sinne, die zukünftigem russischen Zugriff vorbeugen sollte“, keineswegs als – vom Autor in Anführungszeichen gesetzt – „imperialistische‘ Unterdrückung anderer Völker“.<sup>258</sup> Conze identifizierte sich noch einmal, den Brückenschlag von 1963 zurück ins Jahr 1918 vollführend: mit den „über das Kriegsende“ hinauswirkenden Imperialideen, mit dem „Erlebnis der vielen deutschen Soldaten der Ostfront“, denen „wieder der Blick für das östliche Mitteleuropa aufgegangen“ war<sup>259</sup>, mit den „vielen weit nach Osten verstreuten Sprachinseln“ deutscher Zunge, die „von der Russifizierung bedrängt“ worden seien, mit den „durch den Weltkrieg politisch neu geweckten Deutschen in der Zerstreuung“, die in der Spannung, nicht zum Deutschen Reich zu gehö-

---

<sup>255</sup> Ebd., S. 6.

<sup>256</sup> Ebd., S. 9.

<sup>257</sup> Ebd., S. 99f.

<sup>258</sup> Ebd., S. 102.

<sup>259</sup> Ebd., S. 103.

ren, „bis zum bitteren Ende im zweiten Weltkrieg“ gelebt hätten.<sup>260</sup> Conze schmerzte noch einmal die Niederlage von 1918, die er in nationalistischer Tradition ähnlich der „Dolchstoßlegende“ beschrieb:

„In wenigen Oktober- und Novemberwochen des Jahres 1918 traten die grundlegenden Veränderungen fast schlagartig ein: ‚Mitteleuropa‘ zerbrach; Österreich-Ungarn zerfiel; die Monarchien in Wien, Berlin und in allen anderen deutschen Residenzstädten verschwanden widerstandslos; die sozialistische Revolution brach aus; die Waffenstillstände an der französischen und an der italienischen Front brachten keine Waffenruhe für kampffähig bleibende Armeen, sondern erzwangen die vollständige Entmachtung der reichsdeutschen und österreichisch-ungarischen Truppen.“<sup>261</sup>

Das Deutsche Reich sei als „Verhandlungspartner mit eigenem Machtgewicht ausgeschieden und wehrlos dem Willen der Sieger ausgeliefert“ gewesen. Conze war durchaus angriffslustig. Er brachte „historische Kritik“ in Anschlag, wo es um den Friedensvertrag von Versailles ging, der „aus gut gemeinten Verständigungsgründen [...] heute gelegentlich verharmlost“ werde: „Der grausamen Härte der Situation von 1919 können wir auch im geschichtlichen Rückblick nicht ausweichen. Diese Härte wird durch die Erkenntnis nicht gemildert, daß auf einen deutschen Sieg vermutlich auch kaum ein rücksichtsvollerer Friede gefolgt wäre.“<sup>262</sup> Vom „Diktat von Versailles“ mit seinen Gebietsverlusten vor allem im Osten, nicht vom aggressiven Nationalismus, den er nach wie vor für natürlich hielt, zog Conze die Linie zu Hitler.<sup>263</sup> Und war es denn wirklich ausgemacht, dass ein siegreiches Deutschland im Ersten Weltkrieg nicht doch einen wohlthätigeren Friedensschluss und eine günstigere Ordnung in Osteuropa hätte herbeiführen können?

Dieser Frage hatte sich Werner Conze bereits 1958 in dem Band „Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg“ gewidmet. Materialgrundlage sind Akten der von 1915 bis 1918 installierten deutschen Besatzungsverwaltung und der Obersten Heeresleitung.<sup>264</sup> Conze schrieb eine klassisch militär- und diplomatiegeschichtliche Studie, in deren Zentrum die Absichten des von Deutschland eingesetzt-

---

<sup>260</sup> Ebd., S. 104.

<sup>261</sup> Ebd., S. 108.

<sup>262</sup> Ebd., S. 115f.

<sup>263</sup> Ebd., S. 130.

<sup>264</sup> Werner Conze: Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg. Köln 1958, S. VII-X.

ten Generalgouverneurs Hans Hartwig von Beseler stehen. Dessen Archiv war 1918 hauptsächlich von Polen in Besitz genommen worden und in Warschau für Conze in den 50er Jahren unzugänglich. Er hatte aber Fragmente und Abschriften daraus durch persönliche Beziehungen zur Familie von Beseler bekommen. Er zeichnete ein emphatisches Porträt.<sup>265</sup> Er beschrieb die Karriere des preußischen Militärs und stellte dessen Kommando bei für Deutschland erfolgreichen Eroberungen in Holland und im russischen Machtbereich heraus.<sup>266</sup> Conze sah in von Beseler den wohlwollenden Okkupanten, der die Polen, „das politisch fehlentwickelte Volk“<sup>267</sup>, zur Errichtung eines von Deutschland abhängigen und gegen Russland gerichteten Pufferstaates habe leiten wollen. Conze gestand zu, dass die „mitteleuropäisch-deutsche ‚Lösung‘ der polnischen Frage“, die 1918 „erledigt“ gewesen sei, „der polnischen Nation nicht Genüge“ tat. Darin aber gerade sah er übertriebenen polnischen Großmachtanspruch – Großmacht war schließlich Deutschland –, und den polnischen Staat, der nach der Niederlage Deutschlands zwischen 1919 und 1921 entstanden war, bezeichnete er als die „übergroße Staatsbildung“, die einer „Ausnahmekonstellation“ ihr Zustandekommen verdankt habe und deshalb von Hitler und Stalin erneut aufgeteilt worden sei. Den Vernichtungskrieg mit seinen Millionen von Opfern, der 1939 mit dem Überfall auf Polen begann, nannte Conze euphemistisch abgeblendet die „Verdrängungs- und Einkapselungspolitik Hitlers“. Die „Westverschiebung Polens, die Massenausreibungen und Umsiedlungen von Deutschen und Polen in umgekehrter Richtung unter russischem Druck“ galt ihm hingegen als die eigentliche Katastrophe. Die „polnische Frage“ sei „auch heute noch nicht ‚gelöst‘“.<sup>268</sup> Dieses Geschichtsbild sah die Polen nach wie vor als von außen steuerbar an. Das ging in die historiografische Urteilsfindung ein, die sich als eine Art kühle historische Bestandsaufnahme zum Zweck des deutsch-polnischen Konfliktabbaus gerierte, und Russland, wie Conze es bei von Beseler gelesen hatte, als den eigentlichen, den bleibenden und „gefährliche[n] Gegner“ kennzeichnete.

Conze betätigte sich zugleich als Marx-Herausgeber. Er tat dies, um sowohl die Russlandfeindschaft als auch die historischen deutschen Ansprüche, zur Ordnungsmacht im Osten berufen zu sein, auf subtil polemische Weise zu untermauern. Denn in einer Zeit, da die marxistisch-leninistischen Parteidiktaturen in Polen und in der

---

<sup>265</sup> Vgl. ebd., S. 106ff.

<sup>266</sup> Vgl. ebd., S. 112.

<sup>267</sup> Ebd., S. 115.

<sup>268</sup> Ebd., S. 404f.

Sowjetunion den angeblichen „Grenzrevanchismus“ der Bundesrepublik verurteilten, war die Edition von fragmentarischen Notizen, die Karl Marx zum Verhältnis zwischen Preußen, Polen und Russland hinterließ, auch eine politische Herausforderung des Gegners. Werner Conze präsentierte diesen Band 1961 und führte in der Einleitung einen Marx vor, der hasserfüllt über die „Aggressionskraft Rußlands“ dachte und dessen „asiatische Barbarei“ brandmarkte.<sup>269</sup> Zwar wird ebenso die Verachtung für Preußen und die Parteinahme für die polnischen Aufstände von 1830, 1846 und 1863 geschildert, die Marx' Verhältnis zur „polnischen Frage“ prägte. Doch setzte Conze zahlreiche Zitate aus Schriften und Briefen Friedrich Engels' hinzu, in denen die Revolutionshoffnung auf den Boden eines Großmachtnationalismus gestellt wird, der die rückständigen „Völkerabfälle“ vertilge.<sup>270</sup> Darin sah der Herausgeber die wesentliche Erkenntnis, dass Engels' einen Vorrang Deutschlands vor Russland als „inferiorer Nation“ begründet habe. Auch für Marx und Engels habe Deutschland die Aufgabe einer „historisch legitim expandierenden Nation im west-östlichen Zivilisationsgefälle“ gehabt.<sup>271</sup> Doch diese Formulierungen waren Kommentar von Conze. Engels' Anmerkungen zur Grenzfrage zwischen Deutschland, Polen und Russland, denenzufolge es geboten sei, die „ohnehin schon miserabel schwache Grenze“ gen Osten zu sichern und zu halten, waren ihm politisch vertraut, und Engels' Warnung, der russische Absolutismus werde sich bis auf die „Linie Stettin-Triest“ vorschieben, konnte leicht an die Oder-Neiße-Linie erinnern. „Bei solchen Perspektiven“, interpretierte Conze, „gewann Deutschland eine entscheidende Bedeutung, und die deutsche Grenze mußte gegen Rußland verteidigt werden, jedenfalls solange wie Rußland in der demokratisch-revolutionären Entwicklung zurückstand und der Bildung eines deutschen Nationalstaats gefährlich werden konnte.“<sup>272</sup>

Bis in die 60er Jahre hinein fanden sich in den Publikationen von Werner Conze die gegen Polen und Russen gerichteten Stereotype, die, wenn auch politisch gezügelt und gemäßigt, so doch deutlich noch erkennbar das Muster der alten deutschen Ostpolitik aufwiesen. Conze blieb gleichwohl nicht unberührt vom Wandel der Blockkonfrontation. Über das „deutsch-russische Verhältnis“ veröffentlichte er 1967 eine 60seitige Schrift, die er, so sein Vorwort, „aus der Besorgnis“ geschrieben habe, „daß die menschlichen und politischen Beziehungen der Deutschen zu den Menschen

---

<sup>269</sup> Werner Conze (Hg.): Karl Marx: Manuskripte über die polnische Frage (1863-1864). Mit einer Einleitung von Werner Conze. Mouton 1961, S. 30,36.

<sup>270</sup> Ebd., S. 18.

<sup>271</sup> Ebd., S. 29.

<sup>272</sup> Ebd., S. 27.



und Bürgern der Sowjet-Union seit Hitlers frevelhafter Zerstörung des einst engen deutsch-russischen Verhältnisses nicht wieder ins reine gekommen sind.“ Unter den Bedingungen „rascher weltpolitischer Wandlungen“, glaubte er, „könnte diese historisch-politische Reflexion just in einem geschichtlichen Moment erscheinen, der die Möglichkeit einer Wende in sich trägt.“<sup>273</sup> In der Tat waren die Bewertungen der nationalen Konflikte im ideologischen Vorfeld der Weltkriege hier nun anders gelagert. Conze beschrieb die wechselseitige Wirksamkeit der Abgrenzung und Entfremdung von Deutschen und Russen am Ende des 19. Jahrhunderts. „So wirkten die deutsche Reichsgründung und die Russifizierungstendenzen zusammen, um eine alte deutsch-russische Sozialsymbiose zugunsten einer scharfen Trennung zwischen zwei Staatsnationen zu zerstören“, schrieb er. Nach Deutschland emigrierte Deutschbalten seien an der Zeichnung des Feinbildes Russland beteiligt gewesen. „Dadurch“, so Conze weiter, „wurde die dem deutschen Reichsnationalismus ohnehin innewohnende Neigung verstärkt, die ‚russische Gefahr‘ als großen Schrecken für die Zukunft zu empfinden.“ Er war um ein zweiseitiges Verständnis bemüht, das Abstand nahm von einer identifizierenden Schuldzuschreibung der einen und Rechtfertigung der anderen Seite. Eher noch befragte er den deutschen Anteil noch etwas kritischer als den russischen. „Mit der hochsteigenden Welle des deutschen Nationalismus, der dem russischen entsprach, aber ihn aufgrund der ‚fortgeschritteneren‘ Struktur der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands in seiner Resonanz übertraf, wuchs auch das Schreckgespenst einer kommenden russischen, ja slawischen Bedrohung.“ So sei eine Politik der „Germanisierung“ in Gang gesetzt worden, die „als ein Sprachen- und Bodenkampf des germanischen Deutschtums gegen die ‚slawische Flut‘ angesehen werden konnte.“<sup>274</sup> Im ersten Weltkrieg „traten Russen und Deutsche als ‚Völker in Waffen‘ gegeneinander an und wurde beide dadurch in die Katastrophe gerissen.“<sup>275</sup> Den Versailler Friedensvertrag behandelte Conze nur noch knapp. Weder ihn, noch die russische Revolution behandelte er als legitime Gründe nationalistischer Radikalisierung. Die Schilderungen waren distanziert. Vielmehr hob er die gute Zusammenarbeit zwischen der Weimer Republik und der Sowjetunion nach 1920 hervor und bewertete „auch die menschliche und kulturelle Atmosphäre bei den gegenseitigen Berührungen“ als „relativ günstig“.<sup>276</sup> Den Bruch habe Hitlers „Maß-

---

<sup>273</sup> Werner Conze: Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt. Göttingen 1967, S. 5.

<sup>274</sup> Ebd., S. 34.

<sup>275</sup> Ebd., S. 37.

<sup>276</sup> Ebd., S. 47.

losigkeit“ bewirkt, das Ziel „der Beseitigung oder Ausrottung der Juden in Europa und die Bildung eines ‚Großgermanischen Reichs deutscher Nation‘“, das „ganz Osteuropa als ‚kolonialen Lebensraum‘ kraft angemessenen ‚geschichtlichen Rechts‘ zur Herstellung gesicherter ‚Wirtschaftsautarkie‘ beherrschen und durchdringen sollte.“<sup>277</sup> Conze notierte Stalins Terror und sprach von den „beiden Tyrannen“. Er bezeichnete jedoch den unprovokierten Angriff Hitlers auf die Sowjetunion als die zentrale Ursache der „Katastrophe“.

„Erst dieser Überfall hat die bis dahin aufgeschobene Katastrophe unausweichlich gemacht, und zwar im dreifachen Sinne: als Katastrophe Rußlands, das verheert wurde und die höchsten Blutopfer aller vom Krieg betroffenen Nationen überhaupt hat bringen müssen; als Katastrophe der Deutschen, die vom übermächtigen Potenzial sowohl Eurasiens wie des Atlantik erdrückt wurden; schließlich als Katastrophe für das politische und menschliche Verhältnis von Russen und Deutschen. Was ideologische Verteufelung des je anderen noch nicht vermocht hatte, das geschah als Folge des Krieges: Deutsche und Russen wurden nun erst wirklich Feinde, weit elementarer und schärfer als noch im ersten Weltkrieg. Haß und Schrecken wurden verbreitet.“<sup>278</sup>

Conzes Schrift mündete in ein politisches Entspannungsplädoyer für die Gegenwart der Beziehungen. „Eine freie, unmittelbare und unbefangene Sicht“ sei bislang nicht erreicht worden, auch weil im Westen „Verteufelung, Ignorierung und Unkenntnis im Zusammenhang mit dem Antikommunismusaffekt oder auch, wenn gleich schwächer, wirklichkeitsfremde Illusionen aus Proteststimmung gegen den Antikommunismus vorherrschen.“ Bonn habe erst zögernd anerkannt, „daß der Weg zur deutschen Wiedervereinigung über Moskau geht und daß die Sicherheit des Westens durch Entspannung zwischen West und Ost sowie durch sinnvolle westdeutsche Verzichte im politisch geeigneten Moment nicht aufs Spiel gesetzt zu werden braucht“. Es seien „keine überstiegenen Wunschbilder“, zu befriedigenden deutsch-russischen Beziehungen kommen zu können, indem die „doppelte Einseitigkeit“ der westdeutschen Orientierung auf die „westlichen Länder“ und der ostdeutschen Orientierung auf die „kommunistische Welt“ überwunden werde.<sup>279</sup>

---

<sup>277</sup> Ebd., S. 52.

<sup>278</sup> Ebd., S. 54.

<sup>279</sup> Ebd., S. 62f.

Aus dieser Schrift ließe sich folgern, dass Werner Conze in der Endphase der Großen Koalition bereit war, politischen Kompromissen gegenüber der Sowjetunion weitgehend zuzustimmen. Die Publikation hatte den erklärten Zweck, die Verständigung zwischen Deutschen und Russen zu verbessern. Mit dieser Absicht rückte Conze davon ab, die Polarisierung und Kriegsbegründung aus deutschem Blickwinkel zu wiederholen, wie er es in seinem Band zur „deutschen Nation“ noch 1963 getan hatte. Er schrieb nicht ausdrücklich über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder der DDR. Er gebrauchte diesen Staatsnamen nicht ohne Anführungszeichen. Aber er verwendete das Wort „Verzicht“ in einem positiven Sinne. So liegt es Nahe, dass er die Grenzfrage nicht mehr für entscheidend hielt. Die „Teilung Deutschlands“ aber, dabei blieb er, erlaube „weder Russen noch Deutschen eine unbefangene gegenseitige Zuwendung oder gar Freundschaft.“<sup>280</sup> Hielt Werner Conze 1967 die deutsche Wiedervereinigung für möglich unter der Bedingung, dass die von ihm als einseitig beurteilte Blocktreue der beiden deutschen Staaten aufgebrochen würde? Auf dieser Linie liegen jedenfalls die Argumentationen seines Plädoyers. Es war die alte Idee der nationalen Neutralität aus dem Kuratorium unteilbares Deutschland. Conze unterbaute den Gedanken durch sein Bild von der „atlantisch-eurasischen Polarität“, einer Klammer von Westmacht und Ostblock, 1918 als Alternative „Wilson oder Lenin“ an Deutschland als ganzes gestellt, nach 1945 in einer Zeit, so Conze, der völligen Ausschaltung eines deutschen Eigenwillens als Teilung der Nation realisiert. Die Schrift von 1967 wies eine bemerkenswert pragmatische Elastizität in der Bewertung der Sowjetunion auf. Sie zeigt auch einen signifikanten Umbau der Gedankenbildung zur Rolle des Nationalismus im Vorlauf zu den Weltkriegen. Sie war alles andere als einseitig. Sie hatte ihre tiefste Wurzel dabei nicht in Ordnungsmodellen wie dem der liberalen Demokratie, sondern im Wunsch nach Integrität der deutschen Nation. Genau diese Wertungsrichtung trug Conze auch an den CDU-Politiker Jakob Kaiser heran, über dessen Politik zwischen Kapitulation und Gründung der Bundesrepublik er 1969 eine biografische Studie veröffentlichte: Die „Spaltung der Nation zu verhindern oder die ‚Wiedervereinigung‘ zwischen den Machtblöcken zu erreichen“, lautete das „Generalthema“.<sup>281</sup> Das „westdeutsche Provisorium“ war also „von Grund auf nur als ‚Kernstaat‘ zu verstehen“. „Solange wie die Sowjetzone nicht an den Kern angeschlossen war, fühlte sich Kaiser im Grunde nach wie vor ohne

---

<sup>280</sup> Ebd., S. 57.

<sup>281</sup> Werner Conze: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945-1949. Stuttgart u.a. 1969, S. 7.

Land.“<sup>282</sup> Das traf auch auf Conze zu. Er konnte ohne Wiedervereinigung keiner neuen Ostpolitik zustimmen.

(2) *Hans-Peter Schwarz*. Anders als der 62jährige Werner Conze vertrat 1972 Hans-Peter Schwarz die erste in der Bundesrepublik akademisch sozialisierte Generation. Mit 38 Jahren war er ein Nachwuchswissenschaftler. Er hatte 1958 bei Arnold Bergstraesser mit einer eher literaturwissenschaftlichen Arbeit über Ernst Jünger promoviert.<sup>283</sup> Wie im Falle Kurt Sontheimers musste auch bei Schwarz die biografische Nähe des Doktorvaters zu den demokratiefeindlichen, militaristischen Bewegungen des neuen Nationalismus in der Weimarer Republik, deren literarisch wirkungsvoller Exponent Jünger als Autor der „Stahlgewitter“ und der heroisierenden Frontberichte gewesen war, eine Rolle gespielt haben. Doch anders als Sontheimer brachte dieser Doktorand aus dem südbadischen Lörrach, der zuvor schon in Basel Geschichte, Literatur und Volkswirtschaft studiert hatte, seinen Untersuchungsgegenstand nicht auf den Begriff der antidemokratischen Agitation. Zwar pflichtete Schwarz sowohl Karl Dietrich Bracher als auch Sontheimer bei, Jünger habe zu denen gehört, die dem Nationalsozialismus den Boden bereiteten.<sup>284</sup> Doch stattete er diese Reverenz nur beiläufig ab. Schwarz ließ keinen Zweifel daran, dass Jüngers Hymnen auf das „Vitalerlebnis des Krieges“, der sozialdarwinistische Imperialismus, die Forderung nach einem erbarmungslos elitären Staat der Frontsoldaten, der Hass auf die egalitäre Demokratie „Faschismus in seiner höchsten Form“ gewesen sei.<sup>285</sup> Jünger sei nicht bloß, wie die Apologeten nach 1945 meinten, der kalte Diagnostiker, sondern der teilnehmende Ideengeber dieses Faschismus gewesen.<sup>286</sup> Doch das eigentliche Interesse der Studie war auf den „edlen“ Außenseiter, den großen, tragischen Literaten, die „legendäre Figur“ Jünger gerichtet. Schwarz brachte eine durchgehende Sympathie für den „feinen Kopf“ auf, der sich vom Durchschnitt der bürgerlichen Gesellschaft abheben wollte und dessen Distanz zu Hitler nicht zuletzt einem Dünkel gegen die „Plebejer“ geschuldet war. „In der Tat“, so resümierte Schwarz, „hat eine demokratische Ketzerrichterei Jünger nach 1945 schon zu oft den Prozeß gemacht.“<sup>287</sup> Interessanter als Jüngers persönliche „Schuld oder Unschuld an den Untaten des Dritten Reiches“ seien die Motive seiner politischen Ideen. „Der Er-

---

<sup>282</sup> Ebd., S. 254.

<sup>283</sup> Hans-Peter Schwarz: Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers. Freiburg 1962, erschienen in Arnold Bergstraessers Reihe der „Freiburger Studien zu Politik und Soziologie“.

<sup>284</sup> Vgl. ebd., S. 128.

<sup>285</sup> Ebd., S. 87.

<sup>286</sup> Ebd., S. 93.

kenntniswert, nicht der Streitwert der Jüngerschen Irrtümer ist wesentlich!“, schrieb Schwarz: „Nehmen wir ihn also, wie er ist – kein Demokrat, aber ein Herr von Phantasie und Charakter, der zudem und vor allem gut zu schreiben weiß – und lassen wir ihn die Frage seiner persönlichen Verantwortlichkeit in stiller Stunde mit sich selbst abmachen.“<sup>288</sup> Kern dieses Jünger-Bildes war das Leiden an der entzauberten Welt der Moderne, das „unglückliche Bewußtsein“ des konservativen Anarchisten, die Flucht aus der Gegenwart, die poetische Opposition in Permanenz, das wirklichkeitsdefizitäre, „gehandikapte Denken“ ohne Sinn für wirkliche politische Institutionen, das Schwarz in dem Satz zusammenfasste: „Ernst Jünger ist ein Träumer.“<sup>289</sup> Auch Hans-Peter Schwarz hatte sein Buch der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit geschrieben. Doch anders als Bracher trieb ihn nicht die Fragestellung nach den Gefährdungen der Demokratie. Er wählte nicht die scharfe Angrenzung zu den deutschen Traditionen, sondern baute ihnen im Bild der wandlungsfähigen Persönlichkeit Ernst Jüngers eine Brücke in die Bundesrepublik, indem er sich der moralischen Erkenntnishaltung demokratischer Reeducation verweigerte und in kühler Diktion die intellektuelle Ehre eines Einzelgängers hoch hielt, der nach dem Faschismus zum klerikalen Nationalkonservatismus übergegangen war. Diese ideengeschichtliche Brücke in die Adenauerzeit mochte auch dem Doktorvater dargeboten worden sein.

Bergstraesser hatte mit der Freiburger das „erfolgreichste Beispiel einer politikwissenschaftlichen Schule“ in der Bundesrepublik geschaffen, und Schwarz achtete das machtbewusste wissenschaftspolitische Durchsetzungsvermögen seines Doktorvaters, den er als „Mittler zwischen Universität, Gesellschaft und Politik“ charakterisierte.<sup>290</sup> Das auf politische Praxis zielende Selbstverständnis dieser Schule, die in „Sorge um den deutschen Staat“ tätig zu sein beanspruchte<sup>291</sup>, definierte Dieter Oberndörfer, 1963 auf den zweiten Freiburger Politiklehrstuhl an die Seite seines Lehrers berufen, als „wissenschaftliche Politik“ im Dienste der Bundesrepublik.<sup>292</sup> Dieses „Freiburger Schulprogramm“ sieht Wilhelm Bleek fest eingebunden in die Bedingungen des Kalten Krieges mit der „damals weitverbreiteten Forderung nach ei-

---

<sup>287</sup> Ebd., S. 241.

<sup>288</sup> Ebd., S. 242.

<sup>289</sup> Ebd., S. 233.

<sup>290</sup> Zit. nach Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 337.

<sup>291</sup> Vgl. Horst Schmitt: Die Freiburger Schule 1954-1970. Politikwissenschaft in „Sorge um den deutschen Staat“. In: Wilhelm Bleek und Hans J. Lietzmann (Hg.): Schulen in der deutschen Politikwissenschaft. Opladen 1999, S. 213-244.

ner ‚geistigen Aufrüstung‘ des Westens in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus.<sup>293</sup>

An der Universität Freiburg verschmolzen mehrere und durchaus getrennte, sogar entgegengesetzte intellektuelle Traditionsstränge, die Bergstraesser in seiner charismatischen Person zusammenzuführen und zu versöhnen verstand. Freiburg war die Hochschule, an der Martin Heidegger gelehrt hatte. Er zählte bei Übernahme des Freiburger Rektorats 1933 wie Hans Freyer oder Carl Schmitt zu den politischen Professoren, die das NS-Regime als Verwirklichung ihrer wissenschaftlichen Leidenschaften begrüßten. Die Passionen um ein „neues“, „junges“, nationalkonservatives Deutschland, das sich der staatszersetzenden Intellektualität aufklärerischer Literaten zu erwehren habe, die Hoffnungen auf durchsetzungsstarke Herrschaft, die über den spalterischen Interessen der Parteien stünde, die Sehnsüchte nach einer remystifizierten Existenz ohne alle störende kalkulatorische oder skeptische Vernunft – diese Affekte hatten viele Gestalten, Formen und Stoßrichtungen, Heidegger aber gehörte als öffentliche Figur ebenso dazu wie die Anhänger der „konservativen Revolution“, denen Bergstraesser vor seiner Emigration nahegestanden hatte. Obwohl der Philosoph sich nach 1945 zurückzog, war sein Erbe vorhanden, ging jedoch vom impulsiven in einen historistischen, vom nationalen in einen religiösen Idealismus über, der sich in der Rangabwertung des Fortschritts und der säkularen Welt übte. – „Freiburger Schule“ waren Walter Eucken, Leonhard Miksch und Franz Böhm, die gemeinsam mit dem Münsteraner Alfred Müller-Armack und dem Genfer Wilhelm Röpke die gedanklichen Leitlinien der „sozialen Marktwirtschaft“ legten. Der „Ordo-liberalismus“, den der Direktor der bizonalen Wirtschaftsverwaltung und erste bundesdeutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard aufnahm, grenzte sich sowohl gegen die Planwirtschaft als auch gegen den angelsächsischen Liberalismus eines „freien Spiels“ der ökonomischen Kräfte ab. „Ordoliberal“ hieß, „die Freiheit unternehmerischen Handelns auf eine staatlich garantierte Marktordnung“ zu beziehen, den schwachen Staat des klassischen, durch den intervenierenden Staat eines kontrollierten Liberalismus zu ersetzen, in einer „stahlharten Ordnung“ (Müller-Armack) die partikularen Interessen zugunsten der Gesamtgemeinschaft zu bändigen.<sup>294</sup> Diese Lehre wurde das Grundgesetz des so genannten rheinischen Kapitalismus, der in

---

<sup>292</sup> Vgl. Dieter Oberndörfer (Hg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in die Grundfragen ihrer Tradition und Theorie. Freiburg i.Br. 1962.

<sup>293</sup> Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 338.

<sup>294</sup> Vgl. Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik, S. 152ff., 155.

seiner Mischung aus staatlicher Aufsicht, korporativen Verbandsstrukturen sowie privater Initiative das eigentümliche Ergebnis einer Vermählung deutscher Herrschaftstraditionen mit westlicher Marktwirtschaft darstellte. – In Freiburg entstand nun drittens unter Bergstraesser eine Lehre der internationalen Beziehungen, welche die Westintegration der Bundesrepublik politikwissenschaftlich abzusichern antrat und besonderes Augenmerk auf die Außenpolitik der westlichen Vormacht USA legte. Alle drei Teilströmungen sind in die Freiburger „wissenschaftliche Politik“ eingegangen und sie finden sich, mit Ausnahme Kurt Sontheimers, wieder in den Arbeiten der ersten Schüler: in der Promotion Hans Maiers über den politischen Katholizismus und die Frühgeschichte der christlichen Demokratie, in der Manfred Hättichs über „Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre“, in der politischen Ideengeschichte Alexander Schwans, der über Heideggers politische Philosophie promovierte, wie in der Habilitation Dieter Oberndörfers über die „Amerikanische Außenpolitik vor dem Problem der Koexistenz“.<sup>295</sup>

Auch diese Aufmerksamkeit war, neben Bergstraessers biographischen Erfahrungen im amerikanischen Exil, einem Realismus der Machtverhältnisse geschuldet, denn vor allem in Washington wurde über das entschieden, was westdeutsche Außenpolitik vorerst sein konnte. Die auf dem Potsdamer Abkommen fußende und im Deutschlandvertrag bestätigte Verantwortung der Siegermächte für Deutschland als Ganzes bedingte mehr als alles andere die internationale Orientierung der Bundesrepublik. Der „deutschen Frage“ und dem grundgesetzlich festgeschriebenen Staatsziel der Wiedervereinigung ordnete sich denn auch die universitäre Lehre der internationalen Beziehungen ein, die erst in den 60er Jahren nennenswerten Umfang annahm.<sup>296</sup> Hans-Peter Schwarz trug erheblich bei zu dieser Erweiterung der Politikwissenschaft. Seine Habilitationsschrift schloß dabei methodisch an die junge Disziplin der Zeitgeschichte an, die bis dahin kaum über den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hinausgelangt war. Als einer der ersten begann er die zeitgeschichtliche Untersuchung der Ära nach 1945 – sie wurde sein politikwissenschaftliches Programm – mit einer Vorgeschichte der westdeutschen Staatsgründung, die sich den deutschlandpolitischen Konzeptionen der Siegermächte widmete.<sup>297</sup> Atlantiker und Ordoliberaler aus nationalkonservativer Wurzel, wurde Hans-Peter Schwarz ein ein-

<sup>295</sup> Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 339f.

<sup>296</sup> Vgl. ebd., S. 326f

<sup>297</sup> Hans-Peter Schwarz: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949. Neuwied 1966.

fühlsamer Chronist der politischen Weichenstellungen der frühen Bundesrepublik und der Leistungen Konrad Adenauers.

Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition stellte in den Augen Willy Brandts und Walter Scheels diese Leistungen nicht in Frage, sondern ergänzte und erweiterte sie um den ausgebliebenen Ausgleich mit Osteuropa, der die Bundesrepublik von der gesicherten Westbindung ausgehend in eine gesamteuropäische Friedensordnung einzubetten beabsichtigte. Dieser Gedanke, den Waldemar Besson entwickeln half<sup>298</sup> und den die Unterzeichner der „Erklärung zur Ostpolitik“ fördern wollten, kam ohne die Annahme nicht aus, eine Koexistenz der Blöcke sei möglich, ja erforderlich. Das zu akzeptieren, fiel denen leicht, die mit der Bundesrepublik, sowohl was ihre Machtausstattung, ihren territorialen Umfang als auch ihre Selbstlegitimierung qua verfassungsgebenden Akt anging, alles in allem einverstanden waren. In diesem Sinne wurden die Ostverträge denn auch von Willy Brandt als Selbstanerkennung des Bonner Staates gedeutet. Das Problem der Koexistenz aber stellte sich anders, wenn die Republik tatsächlich das Provisorium bleiben sollte, das die Verfassungsväter bei Verabschiedung des Grundgesetzes zu errichten schworen. Wer dieser Verfassung nur eine durch die Niederlage aufgezwungene Ersatzlegitimität zuerkannte, an Deutschland als Ganzes und in den Grenzen von 1937 dachte, wer die Bundesrepublik als Statthalter eines kommenden Deutschland sich vorstellte, das seine volle Legitimität erst im Wiedererwachen der größeren Nation erringe, der musste am Konzept der Koexistenz verzweifeln, weil es die Perspektive kappte. Bis in die 60er Jahre hinein hielt die Politik der Bundesregierungen in der Schwebe, ob das Westbündnis, die Wiederbewaffnung und der Beitritt zum Nordatlantikpakt einer größeren deutschen Nation wiederaufhelfen würde. Bis zu Willy Brandt ließ sich annehmen, die Werte- und Waffenbruderschaft mit Amerika sei in Stellung zu bringen, um die revisionistische Idee lebendig zu halten. Auf solchen Erwägungen jedenfalls gründete der Beifall, den Adenauer von den atlantischen Teilen des nationalkonservativen Spektrums erhielt. Nun nannte der SPD-Kanzler die Revision der Grenzen illusionär, erklärte die westlichen Demokratien zur Verantwortungsgemeinschaft für Abrüstung, Stabilität, Verständigung, Frieden, und die ihn stützende „Erklärung zur Ostpolitik“ hielt den nationalen Revisionismus Weimars, nicht die kommunistischen Mächte verantwortlich für die deutsche Katastrophe.

---

<sup>298</sup> Vgl. zusammenfassend Waldemar Besson: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe. München 1970.



Hans-Peter Schwarz und Dieter Oberndörfer waren fachlich im engeren Sinne durch die in der Erklärung aufgeworfenen Fragen angesprochen. Oberndörfer hatte die amerikanische Außenpolitik „vor dem Problem der Koexistenz“ erforscht, Schwarz die uneinheitlichen Deutschlandpläne der Besatzungsmächte untersucht. Sie durften sich als Experten herausgefordert fühlen. Und als objektive Fachleute schienen sie in ihrer Gegenerklärung zu antworten:

„Die Unterzeichner der ‚Erklärung‘ äußern sich nicht als Angehörige einer Partei oder als Anhänger einer bestimmten Position. Sie erwecken vielmehr den Eindruck, als ob sie auf Grund ihrer wissenschaftlichen Zuständigkeit die historische Legitimation der dem Bundestag zur Ratifizierung vorliegenden Ostverträge geben könnten. Der kritische Leser ist erstaunt, wie hier trotz des fachwissenschaftlichen Anspruchs nicht sachliche Argumente abgewogen werden, sondern Andersdenkenden apodiktisch Illusionen unterstellt werden. Es ist besorgniserregend, in welchem Ausmaß hier politische Parteinahme durch den Fachverstand bestimmter Disziplinen gerechtfertigt werden soll, ohne daß die Aussagen über bloße Behauptungen oder Meinungen hinausgehen.“

Zu Recht bezeichneten sie die Unterzeichner der „Erklärung zur Ostpolitik“ als parteiisch. Schwarz, Oberndörfer, Conze und Wilhelm Hennis verstanden sich aber auch selbst nicht lediglich als selbstgenügsame Fachvertreter. Sie begriffen vielmehr ihre Wissenschaft als gelehrte Politik und nutzten ihre akademische Position zur öffentlichen Meinungsbildung, deren Richtung in der Ostpolitik indes der sozialliberalen Regierung zuwiderlief. In der Opposition fiel nunmehr auf, dass auch sie Partei waren, nicht Staat. Zudem schienen sie fachlich in die Defensive gerückt angesichts vieler auch nahestehender Kollegen, die Brandt unterstützten. Aus dem Blickwinkel befürchteter, freilich gar nicht realer Dissidenz mochten sie sich als „Andersdenkende“ tatsächlich „apodiktisch“ ausgegrenzt fühlen. Diese ungewohnte Position war es, die Besorgnis erregte, und die Sorge des relativen Verlusts ihrer als normal empfundenen Einflussmöglichkeiten verwandelte sich in Abwehr der politischen Einflussnahme von anderer Seite. Die Gegenerklärung richtete sich, genau besehen, auch nicht gegen eine „politische Parteinahme“ als solche, sondern gegen eine „politische Parteinahme“, deren „Aussagen über bloße Behauptungen oder Meinungen“ nicht hinausgehen, gegen eine dilettantische Parteinahme. Zwar: Außenpolitische Ent-

scheidungen könnten lange Zeit politisch strittig bleiben, „weder der Historiker noch der politische Wissenschaftler können dabei von ihrem Fach her Richtigkeit oder Falschheit attestieren.“ Doch:

„Eine wirklich wissenschaftliche Analyse, besonders der Geschichte und des Inhalts des im August 1970 in Eile unterschriebenen Moskauer Vertrags, würde Probleme aufwerfen, die verbreitete Thesen, wie sie im Text der Unterzeichner wiederholt werden, mindestens in Frage stellen würden. Das muß um so mehr unterstrichen werden, als der Rückgriff auf die Ausgangslage von 1945 in der ‚Erklärung‘ irreführend formuliert worden ist. Die undifferenzierte Behauptung, im Potsdamer Abkommen seien ‚territoriale Regelungen‘ getroffen worden, stimmt mit dem Text des Abkommens nicht überein.“

Nein, der Text des Potsdamer Abkommens behielt solche Regelungen nominell einem Friedensvertrag vor. Doch das vorgeblich bessere Wissen ums Detail bezweckt hier mehr. Bei aller Vorsicht der Formulierung enthält auch die Gegenerklärung eine inhaltliche Festlegung: Es habe 1945 keine verbindliche Fixierung der deutschen Nachkriegsgrenzen gegeben. Der Moskauer Vertrag habe, so wird deutlich genug angedeutet, den Standpunkt der Offenheit der Territorialfrage übereilt preisgegeben, ohne dass vorab, selbst eingedenk der deutschen Geschichte seit den 20er Jahren, eine Notwendigkeit zu solchem Verzicht bestanden hätte.

Die historische Kritik in der „Erklärung zur Ostpolitik“, derzufolge die Weimarer Demokratie an dem Unwillen der deutschen Nation gescheitert sei, mit den Nachbarvölkern Ausgleich und Verständigung zu suchen, forderte wohl vor allem Werner Conze heraus. Sie betraf ihn jedenfalls ebenso wie Theodor Schieder und Hans Rothfels persönlich. Rothfels als Spiritus rector der Erklärung wusste das. Die Unterzeichner ahnten es wohl in ihrer Mehrzahl kaum. Werner Conzes Unwille war mitgemeint, sein eigener Nationalismus im Rahmen der „Ostforschung“ war angesprochen, wo es in der Erklärung hieß, „daß die Nation nicht bereit war, die Konsequenzen der Niederlage“ im Ersten Weltkrieg hinzunehmen und daher den Zweiten vom Zaun brach. Anders als Rothfels, der seine Position änderte, anders auch als Schieder, der sich nicht mehr exponierte, wehrte sich Werner Conze öffentlich gegen eine Kausalität, die ihn als Wissenschaftler und als politisch engagierten Menschen ins Unrecht setzte. Wiewohl er das NS-Regime als „Frevel“ verurteilen lernte und sich

schließlich 1967 in bemerkenswerter Weise um ein die deutsch-russischen Beziehungen pazifizierendes Geschichtsbild bemühte, das die beiderseitig verschuldete Entfremdung und Zerreißung einer ursprünglich einmal möglichen „Sozialsymbiose“ in den Mittelpunkt stellte, trug er doch gerade zur Aufhellung des Zusammenhangs zwischen nationalistischer Ostforschung, antipolnischen Ideologemen und nationalsozialistischer Gewaltpolitik nichts bei. Darüber schwieg Conze.<sup>299</sup> Gegenüber der Studentenbewegung tat sich eine Kluft auf.<sup>300</sup> In seinem Bericht über seine Rektoratszeit an der Universität Heidelberg 1969/1970 schilderte er die „Abwehr der drohenden Politisierungsgefahr“, den „Kampf des AStA“ gegen „die Ordnung der Universität“, die „Verletzung der Lehrfreiheit“ von Friedrich H. Tenbruck durch Störung seiner Lehrveranstaltungen, die „Zerstrungsaktionen“ des SDS nach einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg. Conze richtete eine neue Universittszeitung ein, um die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Er warb darin für „das menschlich-politische Anliegen der Demokratisierung“ als „die politisch-soziale Verwirklichung des Gleichheitsprinzips im Sinne einer Gleichheit der Chance“. Daraus folgte der „Grundsatz einer Auslese zur Verantwortung allein durch die Leistung“, die Abschaffung von Privilegien „einschließlich eines von der berflugesellschaft bezahlten Luxurierens in permanenter Rebellion und im Protest gegen die sogenannte Leistungsgesellschaft“.<sup>301</sup> Die protestierenden Studenten fühlten sich dadurch umso mehr herausgefordert. Und als Conze gegen den Rat von Kollegen eine öffentliche Diskussionsveranstaltung organisierte, um „Mißtrauen und Ablehnung“, „Unkenntnis und Unsicherheit“ ber die Universittsreformen zu begegnen, erlebte er, wie der vom SDS geleitete AStA dazu aufforderte, ihn mit Eiern und Tomaten zu bewerfen. „Die Aktion war offenbar gut geprobt worden und wurde von einer starken, schätzungsweise mindestens 300 Mann zählenden, nach Zeugenaussagen um Auswärtige und Heidelberger Schlerverstrkte Terrorgruppe durchgeführt“, schrieb er in seinem Be-

---

<sup>299</sup> Vgl. im Rückblick Conze: *Der Weg der Sozialgeschichte*, S. 73f.: „Eine Auseinandersetzung mit der NS-Geschichtswissenschaft hielt ich für unnötig, da die wenigen NS-Historiker damals durch Tod oder durch Amtsverlust aus der Öffentlichkeit ausschieden; die Auseinandersetzung mit der jüngsten (deutschen) Zeitgeschichte erachtete ich für die Lehre und dann auch für die Forschung als vordringlich.“ Doch „Thesen geschichtlicher Umerziehung“ und „die Diskussion um die ‚Revision des deutschen Geschichtsbildes‘“ sagten ihm nichts. „Ich hielt die Beteiligung an solchen Diskussionen nicht für ergiebig [...]“. Vielmehr habe er die Sozial-, Wirtschafts- und Strukturgeschichte entwickelt. „Ich geriet damit in eine kritische Einstellung zur eigenen ‚Zunft‘, hielt mich aber gleichwohl von zeitblichen ausländischen, seit den sechziger Jahren auch deutschen Herabsetzungen des ‚deutschen Historismus‘ fern, da ich die deutsche Tradition, in der ich mich verstand, nicht nur im (respektablen) Erbe Ranks, sondern auch Schmollers, Max Webers und ihrer Zeitgenossen sah.“

<sup>300</sup> Vgl. Koselleck: *Werner Conze*, S. 539f.

<sup>301</sup> Werner Conze: *Die Universität im Verfassungswandel. Bericht über das Rektorat vom 1. August 1969 bis zum 4. Februar 1970*. Heidelberg 1970, S. 3f., 7, 13f.

richt.<sup>302</sup> Diese Ereignisse ließen Conze nicht unbeeindruckt. Sie trugen zu seiner akademischen Enttäuschung über eine, wie er später schrieb, „seit den sechziger Jahren deutliche Verschlechterung der wissenschaftlichen Lebensbedingungen“ bei.<sup>303</sup> Sie förderten den Rückzug aus der politischen Zuspitzung historischer Fragen. Die „Abwehr der Politisierung“ war aber auch eine Abwehr vollständiger Preisgabe der eigenen Gesinnungen und sie sensibilisierte erneut für die Erschütterungen sozialrevolutionärer Bewegungen. Schon 1967 hatte Conze die soziale und technisch-industrielle „Weltrevolution“ der modernen Epoche als Ursache der „Katastrophen“ aufgefasst.<sup>304</sup> Auch späterhin blieb er dabei, „daß Hitler durch die Erschütterungen von 1918/19 zum ‚Politiker‘ geworden ist.“<sup>305</sup> Nicht Nationalismus und Imperialismus, sondern Umbruch und Revolution gingen demnach dem Zweiten Weltkrieg voraus. In der Gegenerklärung zur Ostpolitik blieb die nationalpolitische Abwehr bei zurückhaltener Wortwahl und hüllte sich in die Pluralität der berufenen Fachwissenschaftler:

„Selbst soweit zurückliegende Probleme wie die deutsche Außenpolitik der zwanziger Jahre werden in den beiden Fachwissenschaften noch durchaus verschieden beurteilt. So entspricht etwa die Pauschalabwertung, ‚das deutsche Volk‘ sei als solches der Verständigung mit den Nachbarvölkern abgeneigt gewesen, keineswegs einer allgemein anerkannten Auffassung der Historiker; und ob gar der ‚Tatsachenmut‘ Stresemanns zugunsten einer Vertragsratifizierung des heutigen Tages beschworen werden kann, ist – vorsichtig gesagt – fragwürdig.“

*c) Karl Dietrich Erdmann: Tatsächlich wird auf eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen verzichtet*

Unter dem Datum „Kiel, 18. April 1972“ stellte der Neuzeithistoriker Karl Dietrich Erdmann für die Rubrik „Materialien und Kommentare“ der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ die Dokumentation zusammen, in der die „Erklärung zur Ostpolitik“, das Schreiben von Schieder an

---

<sup>302</sup> Ebd., S. 10.

<sup>303</sup> Vgl. Conze: Der Weg zur Sozialgeschichte, S. 79f.

<sup>304</sup> Vgl. Conze: Das deutsch-russische Verhältnis, S. 10ff., 13.

<sup>305</sup> Werner Conze: Die sozialgeschichtliche Bedeutung der deutschen Revolution von 1918/19. In: Otmar Franz (Hg.): Vom Sinn der Geschichte. Stuttgart 1976, S. 71-84 (84).

Mommsen, sowie die Gegenerklärung von Conze und Schwarz enthalten waren. Erdmann bemühte sich, ein umfassendes Bild zu vermitteln und allen Parteien gerecht zu werden, wohl auch weil sein Mitherausgeber, der Münchener Historiker Felix Messerschmid, ebenfalls zum Kreis der Unterstützer Willy Brandts gehörte. Der beiden Herausgeber „sachlich und menschlich ungetrübtes Freundschaftsverhältnis“ zeige, schrieb Erdmann, dass die Erklärung „die deutschen Historiker und Politologen“ nicht zwingend in Gute und Böse aufteilen müsse, auch wenn dies das Resultat des Manifests sein könnte.<sup>306</sup>

Voran stellte Erdmann seinen eigenen Kommentar zur Auseinandersetzung um die Ostverträge, den er „Die falsche Alternative“ überschrieb. Zunächst unterstellte er, die Erklärung solle noch die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 23. April beeinflussen, bei denen Hans Filbinger für die CDU antrat.<sup>307</sup> Das Manifest sei „Wahlhilfe zum Zweck der Errichtung einer liberal-sozialen Koalition“, die dann das Ratifizierungsverfahren der Ostverträge im Bundesrat zugunsten der Bundesregierung erleichtern könne. Diesen politischen Zusammenhang, dass man nicht nur die Ostpolitik, sondern SPD und FDP und damit auch die Bildungs- und Innenpolitik der Koalition unterstütze, habe, glaubte Erdmann, die Mehrzahl der Unterzeichner gar nicht begriffen, die einfach nur gutmütig motiviert gewesen sei durch das „Bedürfnis, ein Bekenntnis abzulegen“. Nicht nur politische Naivität, sondern schlimmer: historischen Irrtum sah er am Werk, und ihn ärgerte, dass ein in seinen Augen so fehlgeleiteter Wille zur breiten öffentlichen Kundgebung in der Tagespresse andere Mitglieder der Fachgemeinschaft, die das breite Publikum lieber gemieden hätten, ebenfalls zu einer Exposition ihrer Haltung drängte.

„Die Tatsache, daß so viele und gewichtige Namen unter dem Aufruf zu finden sind, wird bei historisch Interessierten die berechtigte Frage nahelegen, wie es die anderen mit den Ostverträgen halten. Durch die Erklärung ist ein kompliziertes Problem der Außenpolitik zur Frage nach dem status confessionis der Historiker geworden. [...]

Ich habe mich als Historiker nicht in der Lage gesehen, die in der Erklärung enthaltenen historischen Fehltritte mit meinem Namen zu decken. Außerdem

<sup>306</sup> Alle Zitate Erdmanns nach GWU 23 (1972), S. 353-360.

<sup>307</sup> Sollte dies tatsächlich zum Kalkül gehört haben, hatte die Erklärung keinen Erfolg: Zwar vergrößerte die SPD ihren Stimmenanteil von 29,1 Prozent 1968 auf 37,6 Prozent. Doch die CDU gewann ebenfalls und errang mit 52,9 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit, während die FDP in ihrem Stammland einen Einbruch von 14,4 auf 8,9 Prozent erlebte.

läßt sich die ost- und deutschlandpolitische Entscheidungssituation, in die sich die Bundesrepublik gestellt sieht, nicht auf die simple Alternative bringen, die durch die in der Erklärung verwendeten Vokabeln ‚Tatsachenmut‘ und ‚Illusionen‘ suggeriert wird.“

Die „historischen Fehltritte“, für die er seinen Namen nicht hergeben wollte, betrafen die Weimarer Republik, das politische Fehltritt, das er den geschichtlichen Folgen sah, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen im Jahr 1918.

„1. Die These, daß die Weimarer Republik ‚vor allem‘ (im korrigierten Text ‚nicht zuletzt‘<sup>308</sup>) an ihrem außenpolitischen Revisionismus gescheitert sei, entspricht nicht dem Stand der Forschung. Entscheidend für das Scheitern der Demokratie in Deutschland waren vielmehr Faktoren, die im sozio-ökonomischen zu suchen sind. Alle ernsthaften Analysen der Schlußphasen der Weimarer Republik lassen diesen Sachverhalt erkennen. Die These vom Primat der Außenpolitik ist gerade für diese Periode der deutschen Geschichte wissenschaftlich überholt.

2. Gerade Gustav Stresemann, dessen ‚Tatsachenmut‘ den Mitgliedern des Deutschen Bundestages als vorbildlich empfohlen wird, war Anhänger einer illusionären Revisionspolitik hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen. Im Westen hat er gegenüber Frankreich im Gewaltverzichts- und Grenzvertrag von Locarno tatsächlich auf die Geltendmachung eines deutschen Anspruchs auf Elsaß-Lothringen verzichtet, während er gleichzeitig gegenüber der Opposition im Innern den falschen Eindruck zu erwecken suchte, als ob die Revisionsfrage gegenüber Frankreich noch offengeblieben sei. Das war sie allenfalls in der juristischen Formulierung des Vertragstextes, aber nicht seinem politischen Gehalt nach. Hier liegt eine deutliche Analogie zu dem Verhältnis zwischen der realen politischen Bedeutung der jetzigen Ostverträge nach außen hin und ihrer innenpolitisch bedingten ideologischen Verbrämung durch die Bundesregierung.

3. Es gibt keine Begründung für die These, daß auf der Basis dieser Verträge die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht an ‚Glaubwürdigkeit‘ gewonnen habe und nunmehr ‚wirksam vertreten‘ (korrigiert in: ‚glaubwürdig vertreten‘) werden könne. Die inzwischen in der deutschen Presse veröffentlichten Protokoll-

---

<sup>308</sup> Einige der Unterzeichner hatten leichte Korrekturen an dem Entwurf der Erklärung vorgenommen.

auszüge über die Moskauer Verhandlungen könnten eher das Gegenteil vermuten lassen. Wieviel von diesen Protokollen im einzelnen stimmen mag oder nicht – sie bestätigen die Unklarheit der Situation, die durch plebiszitäre Aktionen von Historikern in ihrem historisch-politischen Sachverhalt nicht klarer wird.“

Verwies Erdmann hier nicht gleich einem an Marx orientierten Historiker auf den Primat gesellschaftlicher Gegensätze? Überbot er an Kritik nicht noch die „Erklärung zur Ostpolitik“, wenn er Stresemann für seinen Revisionismus im Osten und seinen Betrug, was den Gebietsverzicht im Westen betraf, tadelte? Lehnte er schließlich die Ostverträge aus einer kompromisslos liberalen Denkart heraus ab?

Felix Messerschmid hob in seiner Stellungnahme, die den Dokumentationsteil zur Ostpolitik beschließt, die „nicht alltäglic[h]“ Gedankenentwicklung Karl Dietrich Erdmanns hervor<sup>309</sup>: „Gegen den Vorwurf des traditionalistischen Konservatismus oder gar des Nationalismus“ sei er gefeit, denn schon 1967 habe er sich unter bestimmten Bedingungen für die Anerkennung der DDR ausgesprochen. Erdmann nahm seine entsprechenden Stellungnahmen während des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hannover, die auf dem Podium zum Thema „Wozu sind wir als Deutsche da?“ abgegeben wurden, in Auszügen in die GWU-Dokumentation auf.<sup>310</sup> Dort hatte er das Problem der gesellschaftspolitischen Koexistenz von westlichem und östlichem Block mit den konfessionellen Bürgerkriegen des 16. Jahrhunderts verglichen. Die Koexistenz der religiösen Gruppen sei im Augsburger Religionsfrieden ermöglicht worden durch „ein Minimum an garantierter individueller Freiheit. Man konnte sein Hab und Gut verkaufen und in ein anderes Land auswandern.“ Es gebe in der Gegenwart alle Chancen zu einer wirtschaftlichen Kooperation, und sie sei auch nötig, um der „Weltfrage Nr. 1“, dem Hunger, zu begegnen. Eine Friedensordnung in Europa könne über den Weg der wirtschaftlichen und politischen Integration erreicht werden, wie sie nach Westen hin mit der Europäischen Gemeinschaft relativ weit gelangt und in einem ähnlichen Prozess auch nach Osten hin denkbar sei. Doch bei der Frage der Koexistenz und der Anerkennung der DDR komme es auf die „Herstellung menschenwürdiger Lebensverhältnisse und eines größtmöglichen Maßes an Freiheit“ an. „Würde eine vorweg vollzogene Anerkennung wirklich ein Schritt auf diesem Wege sein?“, fragte Erdmann die Kirchentagsbesucher, von denen viele genau dies bekundeten. „Meine persönliche Meinung ist, daß diejenigen, die

---

<sup>309</sup> Felix Messerschmid: Aber doch Alternative. In: GWU 23 (1972), S. 363f.

hierfür plädieren, den Beweis schuldig geblieben sind.“ Eine vertragliche Anerkennung der DDR sei für ihn denkbar nur als Ergebnis eines Verhandlungsprozesses, wenn „wirklich Freiheitsrechte des einzelnen nun nicht proklamiert, sondern unter eine gemeinsame Rechtsgarantie“ gestellt würden. Solange das Recht auf Auswanderung nicht abzusichern war, wollte Karl Dietrich Erdmann also einer Anerkennung nicht zustimmen.

Auch hier bezog er eine liberale Position. Auffällig ist zunächst nur, dass es im Frühjahr 1972 einen Vertrag mit der DDR noch gar nicht gab. Zur Ratifizierung standen Verträge mit der UdSSR und mit Polen. Zwar spielte bei den Verhandlungen in Moskau das Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR eine bedeutende Rolle. Im vierten der vier Leitsätze des „Bahr-Papiers“, die im Juni 1970 von der Presse veröffentlicht und auch von Erdmann gelesen worden waren, hieß es, die BRD und die UdSSR

„betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Abkommens verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der BRD und der DDR.“<sup>311</sup>

Erdmann lag auch richtig mit der Einschätzung, dass sich „seit der Regierung der Großen Koalition eine Entwicklung vollzieht, die in einem allmählichen Prozeß die innerdeutschen Beziehungen in zwischenstaatliche Beziehungen verwandelt“ und dass die Konsequenz daraus die „tatsächliche Anerkennung der DDR als gleichberechtigter deutscher Staat“ sei.<sup>312</sup> Dabei kannte er noch nicht einmal den sechsten Leitsatz des „Bahr-Papiers“, der unveröffentlicht geblieben war und auch nicht Teil des Moskauer Vertrages wurde:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt ihre Bereitschaft, mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Abkommen zu schließen, das die zwischen Staaten übliche gleiche verbindliche Kraft haben wird wie andere Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik mit dritten Ländern schließen.

---

<sup>310</sup> Vgl. ebd., S. 357-360.

<sup>311</sup> AADP 1970, Band II, Dok. 221, S. 822-824 (823).

<sup>312</sup> GWU 23 (1972), S. 357.



Demgemäß will sie ihre Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, der Achtung der Unabhängigkeit und der Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in Angelegenheiten, die ihre innere Kompetenz in ihren entsprechenden Grenzen betreffen, gestalten.“<sup>313</sup>

Bitter war diese Entwicklung für jemanden, der die offenbare Unfreiheit der DDR-Bürger nicht übergehen wollte und daraus einen Unrechtscharakter des SED-Regimes folgerte, den die Bundesrepublik nicht sanktionieren durfte. Es ist auch denkbar, dass dieser Punkt allein ausreichte, um schon die in Moskau und Warschau geschlossenen Verträge abzulehnen. Dennoch aber war das zentrale Problem dieser Verträge nicht die DDR, sondern das Verhältnis zur Sowjetunion und zu Polen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutscher Ostgrenze stand in der öffentlichen Diskussion an erster Stelle. Die „Erklärung zur Ostpolitik“ nahm ausschließlich darauf Bezug. Erdmann ging indes in seiner Erwiderung auf den nationalen Komplex des „Ostens“ mit keinem Wort ein.

War seine Gedankenentwicklung tatsächlich, wie Messerschmidt kollegial betonte, dagegen gefeit, in einen Zusammenhang mit traditionalistischen oder nationalistischen Positionen gebracht zu werden? Fraglos war Karl Dietrich Erdmann 1972 im Alter von 62 Jahren auf dem Höhepunkt seiner akademischen Karriere angelangt. Der Kieler Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte genoss hohes Ansehen. Er gehörte zu den tonangebenden Historikern der Bundesrepublik, die sich in der Organisation und Repräsentation des Faches, der Geschichtsdidaktik, der historisch-politischen Bildung wie in den politischen Konflikten um die „deutsche Frage“ seit Anfang der 50er Jahre durchgehend engagierten und zu Wort meldeten. Sein ausgeprägtes Interesse galt der Bildungs- und Kulturpolitik. Sein Horizont war international. Von 1950 bis 1952 amtierte er als Generalsekretär der deutschen UNESCO-Kommission, von 1962 bis 1967 als Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands und seit 1970 als Vorstandsmitglied des internationalen Fachverbandes, des Comité International des Sciences Historiques, dessen Präsident er 1975 werden sollte. Erdmann beriet die bundesdeutsche Politik als Vorsitzender des Bildungsrates von Bund und Ländern von 1966 bis 1970, machte sich stark für den Bildungsausbau und die Einführung der Gesamtschule. Ende der 60er Jahre galt er als

---

<sup>313</sup> AADP 1970, II, Dok. 221, S. 823.

„heimlicher Bundeskulturminister“ und erhielt 1969 tatsächlich das Angebot, als Minister für Wissenschaft und Kultur in die Landesregierung von Schleswig-Holstein einzutreten, was er ablehnte.<sup>314</sup> Sein fachwissenschaftliches Profil gewann er vorwiegend als Herausgeber und Handbuchautor. So zählte er zu den Autoren des „Gebhardt“, der als eines der wichtigsten Handbücher zur deutschen Geschichte und als grundlegende Orientierungslektüre für Geschichtsstudenten erheblichen Einfluss ausübte. Er schrieb den Abschnitt „Die Zeit der Weltkriege“, in dem er sich mit den deutschen Kriegszielen 1914, mit der Weimarer Republik und ihren nationalistischen Feinden, mit dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg auseinandersetzte, der gesamten historischen Spanne, die für das Selbstverständnis der Bundesrepublik besonders zur Debatte stand. Auf seine Schüler machte er den Eindruck eines Unnachgiebigen in der kritischen Aufarbeitung selbst dort, wo es um einzelne nationalsozialistisch belastete Personen ging.<sup>315</sup> Er habe in den 50er Jahren an der Kieler Universität dafür gesorgt, dass einem jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeiter wegen einer antisemitisch klingenden Äußerung gekündigt wurde.<sup>316</sup> Diese Eindrücke verbanden sich mit der Beobachtung von Erdmanns vielfältigen politischen Engagements zur Schlussfolgerung, er habe seine intellektuelle Lebensmaxime im „Amt des Historikers“ in der „öffentlichen Verantwortung für das Gemeinwesen“ gefunden.<sup>317</sup> Er habe bei aller Entschiedenheit eine außergewöhnliche Toleranz geübt.<sup>318</sup> Überdies umgab ihn die Aura einer vorbildlichen „Ausnahmeerscheinung“<sup>319</sup> unter den Historikerkollegen seiner Generation, da er sich, im Gegensatz zu vielen, couragiert den Nationalsozialisten widersetzt und dafür zwischen seinem 23. und 35. Lebensjahr auf eine akademische Karriere verzichtet habe. Erdmann sei, schrieb Eberhard Jäckel in seinem Nachruf auf den verehrten Lehrer in der Historischen Zeitschrift, „nie Nationalsozialist“ gewesen, „und anders als viele machte er auch keine Kompromisse.“ Er sei vielmehr durch Aufenthalte in Paris schon in der Jugend vor „nationalistischer

---

<sup>314</sup> Vgl. den Nachruf des Schülers Eberhard Jäckel: Karl Dietrich Erdmann 1910-1990. In: HZ 252 (1991), S. 529-539 (534).

<sup>315</sup> In diesem Sinne äußerte sich Jäckel. Vgl. auch die Schilderung von Winfried Schulze, der Erdmann als Herausgeber von „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ nachfolgte: „Die unbestimmten Andeutungen, die freundlichen Entschuldigungen waren seine Sache nicht. Er hielt mit dem kritischen Urteil über jene Kollegen, die sich in Kompromisse mit dem Regime eingelassen haben, nicht hinterm Berg, ja er nannte sogar ihre Namen und verurteilte sie in eindeutiger Weise.“ In: Martin Kröger und Roland Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann. Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. München 1996, S. 9 (Vorwort).

<sup>316</sup> Vgl. ebd., S. 10.

<sup>317</sup> So Jäckel: Karl Dietrich Erdmann, S. 531.

<sup>318</sup> Ebd., S. 537.

<sup>319</sup> Schulze, in: Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. 8.

Überheblichkeit“ bewahrt geblieben, habe eine Assistentenstelle an der Universität Köln nicht antreten können, weil er gegen die Entlassung jüdischer Mitarbeiter protestiert habe, sei 1938 auch aus seiner Stellung als Gymnasiallehrer aus politischen Gründen entlassen worden – er sei für die Bekennende Kirche eingetreten – und habe sich wohl deshalb freiwillig zum Kriegseinsatz gemeldet, um den Zumutungen des NS-Regimes zu entgehen.<sup>320</sup> Selbst Theodor Schieder, mit dem Erdmann eine Duzfreundschaft verband, rührte vorsichtig, mehrdeutig, vage an das ungerne persönlich besprochene Thema und schrieb in einem veröffentlichten Glückwunsch zum 65. Geburtstag:

„Du hast, um mit dem zu beginnen, auf das alles Spätere folgt, in einer Zeit der schwersten Bewährung, die von unserer Generation verlangt wurde, Deinen Mann gestanden: in der Wahrung der inneren Freiheit und des Gewissens bis zu persönlichen Konsequenzen, in den Gefahren des Krieges.“<sup>321</sup>

Diese Urteile sind aus der persönlichen Nähe gesprochen. Sie dokumentieren, wie fest auch in diesem Fall die akademische Zusammengehörigkeit gewoben ist, wie gefühlsstark sich der wechselseitig loyale Gemeinschaftskodex zweier Ordinarien ausspricht, wie eindringlich das Selbstbewusstsein der Schüler von der geistigen Gestalt des Universitätslehrers geprägt bleiben kann. Auf das so gezeichnete Lebensbild ist kein Verlass. Auch Karl Dietrich Erdmann hatte eine Vergangenheit im Dritten Reich, keine einfache und eindeutige, viel weniger hervorstechend als Schieder und Conze, jedoch eine, die sein Denken hineinzog in den Wertekern und die Machtfantasien des deutschen Nationalismus. Der evangelisch und jugendbündisch geprägte Student, der er war, der nach Paris entsandte Stipendiat des nationalsozialistisch gleichgeschalteten Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Doktorand, der Referendar, der nach Publikationsmöglichkeiten suchende Studienassessor, der gescheiterte Schulbuchautor und der Schulungsoffizier der Wehrmacht – Erdmann konnte in diesen Jahren, da er als talentierter und ambitionierter Kopf im nationalsozialistischen Deutschland um seine bürgerliche Existenz und seine Wirkungschancen kämpfte, weder eine Auszeit nehmen, noch sich freien Gewissens den ideologischen

<sup>320</sup> Jäckel: Karl Dietrich Erdmann, S. 530f.

<sup>321</sup> Theodor Schieder: Karl Dietrich Erdmann zum 65. Geburtstag. In: GWU 26 (1975), S. 199-202 (199).

Bedingungen, denen jegliche geistige Betätigung unterworfen war, ganz entgegenstellen.<sup>322</sup>

Der 1910 in Mühlheim bei Köln geborene Karl Dietrich Erdmann studierte seit 1928 in Köln und Marburg Geschichte, Theologie und Germanistik. Seinem Marburger Lehrer Wilhelm Mommsen fiel Erdmann durch ein, so Mommsen, „überaus hervorragendes Referat“ über Richelieu und Machiavelli auf, so dass er sich für einen Pariser Studienaufenthalt des Studenten einsetzte, der 1930/31 stattfand.<sup>323</sup> Nach dieser Erfahrung und als Mitglied der Akademischen Vereinigung, die bei ihrer Spielart des religiösen Konservatismus das Gebot der Dienstpflicht für Staat und Volksgemeinschaft in den Mittelpunkt stellte, äußerte sich Erdmann mit 22 Jahren in einem Artikel zum Ersten Weltkrieg. Ernst und pathetisch widersprach er darin den nationalistischen Parolen, die eine deutsche Vorherrschaft in Europa forderten, worin er eine Verewigung der „Kriegsschuldflüge“ sah; nicht um der Eroberung willen hätten die Deutschen 1914 zu den Waffen gegriffen, sondern um ihr Leben zu verteidigen. Er führte die christliche Kultureinheit Europas als gemeinsames Erbe an; „alles Töten, auch im Krieg“ sei „unheilige Vernichtung des Lebens“. Der „mörderische Kampf der Bürger gegeneinander“ müsse enden. Frieden in Europa und Einheit im Inneren durch Dienstbeflissenheit der Deutschen waren die Zielvorstellungen seines ersten gedruckten Textes.<sup>324</sup> In dieser Zeit wurden Staatsexamen und Promotion bei Mommsen verabredet. Im Sommer und Herbst des Jahres 1933 schloss Erdmann

---

<sup>322</sup> Dies haben Kröger und Thimme in ihrer 1996 erschienen Studie, die von Winfried Schulze unterstützt, von Eberhard Jäckel als Zumutung empfunden wurde, aufgeschlüsselt. Im Kern stehen neue Quellenfunde über die Pariser Zeit, über das NS-Schulbuch, das Erdmann nach herrschenden ideologischen Leitlinien entwarf, und über seine Soldatenjahre. Die darin vorgelegten Materialien wurden durch Agnes Blänsdorf teils in ihrer Relevanz für Erdmanns Weltbild bestritten, teils ergänzt durch Auszüge aus sehr intimen Briefen Erdmanns an seine Frau Sylvia, die ihn weit kritischer zeigen als die öffentlichen Stellungnahmen derselben Zeit. Beides wird hier herangezogen. Die scharfe Auseinandersetzung um Erdmanns Vergangenheit zwischen Kröger und Thimme einerseits, Jäckel und der Erdmann-Mitarbeiterin Blänsdorf andererseits krankt an persönlichen Verletzungen, Überspitzungen und daraus resultierender Gesprächsverweigerung. Die Diskussion von 1997 wird zusätzlich dadurch verwirrt, dass nicht allen Beteiligten alle relevanten Quellen zugänglich waren (so blieben die Briefe, aus denen Blänsdorf exklusiv zitiert, zunächst als Teil eines privaten Nachlasses verschlossen, wurden allerdings im Juni 1997 an das Bundesarchiv in Koblenz abgegeben). Deutlich wird, dass weder Kröger und Thimme noch Jäckel und Blänsdorf die Entwicklung Erdmanns hinreichend genau unter Berücksichtigung aller erreichbaren Quellen darstellen konnten. Eine Biografie Erdmanns steht noch aus. Allerdings erscheinen einige wichtige Punkte zum politischen Denken und Verhalten so weit geklärt, dass sie hier der Darstellung zugrunde gelegt werden können. Vgl. Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus. Mit Beiträgen von Winfried Schulze, Eberhard Jäckel und Agnes Blänsdorf. In: GWU 48 (1997), S. 220-240, Martin Kröger und Roland Thimme: Karl Dietrich Erdmann im „Dritten Reich“. Eine Antwort auf Eberhard Jäckel und Agnes Blänsdorf. In: GWU 48 (1997), S. 462-478, Eberhard Jäckel und Agnes Blänsdorf: Noch einmal zu Karl Dietrich Erdmann. Eine Erwiderung auf Martin Kröger und Roland Thimme. In: GWU 48 (1997), S. 744-747.

<sup>323</sup> Vgl. Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. S. 18.

seine Prüfungen ab und legte die Dissertation zum „Verhältnis von Staat und Religion nach der Sozialphilosophie Rousseaus“ vor.<sup>325</sup> Ausgehend vom Dualismus zwischen „Mensch“ und „Bürger“, privater und politischer Existenz, zwischen denen das moderne Individuum hin- und hergerissen sei, suchte Erdmann in dieser Schrift nach Wegen zur Heilung dessen, was er als „Gesellschaftsspaltung“ ansah. Erst durch die Auflösung der Religion sei die Figur eines dem Staat entfremdeten Privatmannes entstanden. Die von Rousseau gedachte Wiederversöhnung durch eine säkulare Zivilreligion gemeinschaftsbewusster Einzelner sei gescheitert. Erdmann setzte dem etwas entgegen: das Volk.

„Wo die Lösung des Verhältnisses von Mensch und Bürger jedoch nicht mehr so gedacht ist, dass der Staat sein Dasein von dem sich zur Öffentlichkeit erweiternden souveränen Privatmann empfängt, sondern beide, der Staat wie der Mensch, überhaupt ihr Dasein allererst empfangen von einem Dritten, das sie bindet und trägt, dem in ständischer Ordnung lebenden ‚Volk‘, da kann auch die Religion über ihre Bedeutung als moralisches Motiv, als das sie vom souveränen, freien Individuum empfunden wurde, in ihrem ursprünglichen Rechte als existenzbegründende und –bedrohende Macht wieder erkannt werden.“<sup>326</sup>

Erdmann fertigte ein Idealbild vom „staatlich und christlich gebundenen, nicht souveränen Menschen“, der sein politisches und religiöses Dasein „gewinnt“ durch einen „Dienst der Arbeit“. Sicherlich sind diese Passagen geprägt von schwärmerischen Gemeinschaftstopoi, die zu Beginn der 30er Jahre in Deutschland in einem sehr breiten politischen Spektrum von den Kommunisten, über Sozialdemokraten, Konservative bis hin zu extremen Nationalisten und Nationalsozialisten vorkamen. Auch die Jugend Erdmanns ist für seine intellektuellen Suchbewegungen von Belang. Doch tauchte hier eine charakteristische Idee auf, die mindestens für diesen Text auf prononcierte Weise Jäckels Ansicht widerlegt, „daß ihm die Bindung an das Christentum immer wichtiger war als die an die Nation“<sup>327</sup>. Denn der Gegensatz zwischen Religion und Nation wurde von Erdmann an dieser Stelle nicht ansatzweise

---

<sup>324</sup> Carl Erdmann: Der Langemarck-Mythos. In: Marburger Flugblätter. Zeitschrift für Kunst und Leben 1 (1932/33), Heft 5, S. 4-7, zit. nach ebd., S. 23.

<sup>325</sup> Karl Dietrich Erdmann: Das Verhältnis von Staat und Religion nach der Sozialphilosophie Rousseaus. Der Begriff der „religion civile“. Berlin 1935.

<sup>326</sup> Ebd., S. 86f.

<sup>327</sup> So Jäckel, in: Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus, S. 224.

gedacht. Das Volk war ihm vielmehr der Treibsatz, mit dem sich die Privatisierung des Glaubens rückgängig machen lassen sollte. Vom völkischen Bewusstsein erhoffte Erdmann, dass es die Macht transzendentaler Abhängigkeit, die Angst und die Fügsamkeit des Menschen, die durch individuelle Freiheit aufgehoben zu werden drohte, restaurieren würde.

Diesen antiliberalen Aussagen mit dem darin angelegten religiösen Nationalismus, der sich gegen die säkular-demokratische Legitimität des Staates stellte, wohnte im Moment von Hitlers Machtübernahme, was konkrete Handlungen und Entscheidungen Erdmanns anging, eine gewisse Unbestimmtheit inne. Seine abstrakten geistesgeschichtlichen Bemühungen waren offen für verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten. Seine Gedanken waren wohl auch nicht widerspruchsfrei. Mit den Nationalsozialisten identifizierte sich Erdmann nicht. Seiner Verlobten Sylvia Pieh schrieb er Anfang 1933 von seiner Erschütterung über die grauenhafte Dinge, die sich ereigneten. Mit der

„Anerkennung der Nation als dem letzten religiösen und politischen Wert, der keinen Normen und Gesetzen, die über ihm stünden, verpflichtet ist, mit der Vergötzung des Volkes, der Rasse als letztem Selbstzweck, ist die europäische Tradition, von Christentum und Antike herkommend, abgelegt. Das Christentum vor allem ist in seinem inneren Wesen bedroht.“<sup>328</sup>

Zum Teil schreckte er nun vor dem zurück, was als praktische Konsequenz seiner eigenen Überlegungen dem Potenzial nach in der Dissertation enthalten war. Angesichts der brutalen Verfolgung und Ermordung von Andersdenkenden im Namen von Rasse und Nation tat sich für ihn tatsächlich der Gegensatz zu religiösen Werten auf. Dass die Empfängerin seiner Briefe halb englischer Herkunft war, mochte Erdmann ebenfalls nicht unbeeindruckt gelassen haben. Allerdings war auch dies nicht das bestimmende Urteil, das seine Handlungen hätte festlegen können. Im Herbst ging er mit einem Stipendium des nationalsozialistisch gleichgeschalteten Deutschen Akademischen Austauschdienstes zum zweiten Mal nach Frankreich. „In Paris ließ Erdmann sich 1933-34 für die Verteidigung des nationalsozialistischen Deutschland vom DAAD in den Dienst nehmen.“<sup>329</sup> Die deutschen Austauschstudenten wurden durch die Botschaft und das Pariser DAAD-Büro generell zu Propagandazwecken einge-

---

<sup>328</sup> Zit. nach Blänsdorf, in: Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus, S. 228.

spannt. Es galt, den vor Hitler geflohenen Emigranten im Kampf um die öffentliche Meinung in Frankreich jugendliche Lobredner entgegenzustellen. Erdmann war einer davon, und sein Engagement war nicht aufgesetzt.<sup>330</sup> In dieser Situation, als dienstverpflichteter Deutscher im hitlerfeindlichen Ausland, revidierte er, was er an Sylvia Pieh geschrieben hatte, und fand neuen, diesmal praktischen Anschluss an die Thesen der Dissertation. An den Doktorvater Mommsen schrieb er im Dezember 1933, bei einem kurzen Köln-Aufenthalt, er wolle unter Hinweis auf die Unabhängigkeit der deutschen evangelischen Theologen, die wie Karl Barth den Rassismus kritisierten, dem „Emigrantengeschrei von der Versklavung des deutschen Geisteslebens“ durch „ruhige Aufklärung“ widersprechen.<sup>331</sup> Das tat er in Paris vor 200 studentischen Zuhörern im Mai 1934 mit einem Vortrag, dessen Inhalte durch einen Informationsbrief überliefert sind, den Erdmann am 15. Mai an die Deutsche Studentenschaft in Berlin richtete. Dieses externe Forum musste ihn veranlassen, besonders regimekonform zu erscheinen, so dass er von „uns Nationalsozialisten“ sprach. Die zuvor vertrauensvoll geschriebene Mitteilung an Mommsen zeigt aber, dass er durchaus mit dem Herzen bei der Sache war, und auch im Text selbst griff Erdmann nicht zu vorgefertigten Phrasen, sondern bemühte sich, dem Nationalsozialismus eine eigene positive Lesart abzugewinnen. Schließlich knüpfte er bei seinem Versuch, dem französischen Publikum das deutsche Regime nahe zu bringen, an das Muster seiner Rousseau-Studie an, unter Ausklammerung der religiösen Erwartungen.

„Den Nationalsozialismus stellte ich dar als die Überwindung des Gegensatzes von Privatmann und Staatsbürger durch die Erhöhung der privaten Arbeit zu politischer Bedeutung. Insbesondere gab ich eine Analyse des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, wobei ich die Übertragung des politischen Ehrbegriffs auf das bisher private Gebiet der Arbeit hervorhob. [...]

Der Gesamteindruck, den meine Kameraden und ich mit nach Hause nahmen, war, daß in einem immer stärkeren Maße, gerade in der französischen Jugend die Tendenz festzustellen ist, den Nationalsozialismus als Gegebenheit, mit der man zu rechnen hat, anzuerkennen. Darüber hinaus scheint es, daß das traditionelle

---

<sup>329</sup> So lautet auch das eindeutige Fazit von Agnes Blänsdorf, ebd., S. 229.

<sup>330</sup> Vgl. Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. 29f.

<sup>331</sup> Zit. nach ebd., S. 35.

Daseinsideal des ‚bourgeois‘ in weiten Kreisen der französischen Jugend an Kredit verliert.“<sup>332</sup>

Zurück in Deutschland ging er, teilweise, wieder auf Distanz. Bei seinem weiteren Werdegang als Lehrer geriet er dadurch in Schwierigkeiten. Als Studienreferendar in Köln von 1934 bis 1936 wurde er Mitglied des NS-Lehrerbundes, verweigerte aber den Beitritt zur SA.<sup>333</sup> „Wenn [...] mein Beruf in Deutschland daran scheitern sollte“, schrieb er im November 1934 an Sylvia, „dann bin ich stolz, Sally, dass Du mir keinen Vorwurf machst“, und betonte, er wolle sich nicht durch eine „Handlung gegen das Gewissen“ eine „gesicherte bürgerliche Existenz“ erkaufen.<sup>334</sup> Im Oktober 1936 konnte er jedoch eine ordentliche Stelle als Studienassessor an einem Kölner Gymnasium antreten. Die Verlobten bereiteten für 1937 die Hochzeit vor, doch der verlangte „Ariernachweis“ für Sylvia Piehs elsässischen Großvater war nicht zu beschaffen, so dass die Schulbehörde in Koblenz die Heiratsgenehmigung verweigerte. Erdmann nahm den Auftrag an, nach nationalsozialistischen Vorgaben in einer Reihe mit dem Titel „Das Erbe der Ahnen“ einen Schulbuchband für die fünfte Klasse über „Die Geschichte des Zweiten und Dritten Reiches von 1871 bis zur Gegenwart“ zu verfassen.<sup>335</sup> Im April 1938 lag das Manuskript vor, das der Verlag Quelle und Meyer in Leipzig in Buchform brachte. Erdmann wurde im selben Monat Beamter auf Widerruf. Das Buch, obwohl ohne sichtliche Abweichungen von der rassistischen, antisemitischen NS-Ideologie, war dem Zensor der NSDAP im einzelnen nicht extremistisch, vor allem nicht religionsfeindlich genug. Es wurde abgelehnt.<sup>336</sup> Im September 1938 stellte Erdmann den Antrag auf Entlassung aus dem Schuldienst, im Oktober heirateten er und Sylvia. Das Schulbuch hatte er nicht mit innerer Überzeugung geschrieben. Er ließ sich darauf ein. Aber der Schluss liegt nahe, dass es ein Versuch dessen war, was er 1934 abgelehnt hatte, eine bürgerliche Existenz im NS-Staat durch Anpassung zu ermöglichen. Nachdem ihm klar wurde, dass er als Intellektueller nur um den Preis der Trennung von der Verlobten und der vollen Parteinahme für das Regime weitermachen konnte, gab er auf und suchte sich Erwerbsarbeit in der privaten Wirtschaft.

---

<sup>332</sup> Zit. nach ebd., S. 116f.

<sup>333</sup> Vgl. ebd., S. 47f.

<sup>334</sup> Zit. nach Blänsdorf, in: Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus, S. 232.

<sup>335</sup> Vgl. Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. 58ff.

<sup>336</sup> Für Auszüge aus dem Manuskript und für den Wortlaut des Zensor-Urteils vgl. ebd., S. 120-132.



Einen Weg zurück zu Staat und Nation bot ihm der Krieg. Erdmann meldete sich schon im August 1939 freiwillig als Offiziersanwärter bei der Wehrmacht. Nach Kriegsausbruch ließ er sich auch als Lehrer wieder einstellen, ein Schritt, den er im nachhinein mit den Versorgungsansprüchen für seine Frau im Falle seines Todes begründete.<sup>337</sup> Unstrittig ist, mit welcher Begeisterung er 1940 für Hitlers Deutschland in Frankreich einmarschierte. Er hielt Vorträge vor Soldaten, bemühte sich wieder um die Veröffentlichung von Texten, bot sich erfolglos der NS-Zeitung „Das Reich“<sup>338</sup> an und entfremdete sich durch sein bekenntnishafte Soldatsein von kritisch eingestellten Bekannten. Dies war kein blinder Vaterlandsdienst. Erdmann war politischer Soldat. Er machte sich in privaten Briefen Gedanken über den Sieg des Deutschen Reiches: „Politisch“, schrieb er im November 1940, „sind wir bei dem entscheidenden Schritt der umfassenden Formung des uns erreichbaren Raumes der Erdkugel.“<sup>339</sup> Wieder revidierte er frühere Äußerungen. Frankreich sollte sich nun der Vorherrschaft der Deutschen unterwerfen und durch das „Maß seines soldatischen Einsatzes“ sich der Mitherrschaft über den Kontinent als würdig erweisen. Es heiße nunmehr: „aktiv mit den Waffen für den europäisch-afrikanischen Großraum“.<sup>340</sup> Im Oktober 1941 wurde er an die Ostfront versetzt, ausgezeichnet, stieg zum Major auf und wurde nach einem Reitunfall im Dezember 1943 in Bonn vom Kampfeinsatz freigestellt. An Mommsen schrieb er im März 1944 über seine wissenschaftlichen Interessen: „Der politische Zentralbegriff, das Reich, ist die Leitidee, auch der historischen Forschung. Als Soldat beschäftigen mich dabei besonders Probleme der militärischen und politischen Kriegführung.“<sup>341</sup> Als Lehrgruppenkommandeur betätigte er sich bis ins Frühjahr 1945 bei der weltanschaulichen Ertüchtigung der Soldaten<sup>342</sup>, geriet dabei aber in Konflikt mit der antichristlichen Propaganda der NS-Führungsoffiziere<sup>343</sup>. Erdmann geriet in amerikanische Kriegsgefangenschaft, wurde nach wenigen Wochen entlassen und ging mit seiner Frau im Juli

<sup>337</sup> In einem Schreiben an die britische Militärregierung am 24. Juli 1945, vgl. Blänsdorf, in: Karl Dietrich Erdmann und der Nationalsozialismus, S. 233.

<sup>338</sup> Da Erdmann einen eigenen Artikel anbot, las er „Das Reich“ sicherlich mit einiger Zustimmung. Die Wochenzeitung wurde für eine bildungsbürgerliche Zielgruppe erstellt und bot nationalsozialistische Propaganda in einer Form, die sich vom NS-Jargon abhob. Das Blatt sollte damit die Aufgabe erfüllen, breitere bürgerliche Schichten anzusprechen und für das Regime einzunehmen, was insbesondere im so genannten Kampf gegen das „Undeutsche“ zu gelingen schien. Vgl. die sprachwissenschaftliche Analyse von Mathias Aljoscha Winde: Bürgerliches Wissen – Nationalsozialistische Herrschaft. Sprache in Goebbels' Zeitung Das Reich. Frankfurt a.M. 2002, S. 29ff., S. 125ff.

<sup>339</sup> Zit. nach Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. 82.

<sup>340</sup> Zit. nach ebd., S. 83.

<sup>341</sup> Zit. nach ebd., S. 85.

<sup>342</sup> Vgl. ebd., S. 85f.

<sup>343</sup> Vgl. Kröger und Thimme: Karl Dietrich Erdmann im „Dritten Reich“, S. 473f.

1945 nach Köln. In einem Tagebuch hielt der 35jährige seine Gedanken während des Zusammenbruchs fest.

„Die große Arbeit ist vertan, Kampf und Leiden waren umsonst, die letzte Chance für eine politisch eigenständige Entwicklung Europas, das es unter deutscher Führung sein kann aber nicht ist, verspielt, der [unleserliches Wort] Gedanke einer Weltordnung in sich selbst genügenden Großräumen dahin.“ [Auszug vom 12. April 1945]

„Gestern abend Proklamation, daß der Führer selbst die Verteidigung Berlins übernimmt. Berlin ist nicht zu halten. Der Führer kapituliert nicht. Er sucht den Tod des Soldaten. Damit bleibt der untilgbare Anspruch Deutschlands auf Leben und Ehre gewahrt.“ [Auszug vom 24. April 1945]

„Begründbar ist der Kampf, solange der Führer lebt, um durch den Kampf bis zu seinem Tod zu dokumentieren, daß wir nie auf unsere Lebensrechte durch eine Kapitulation des Führers verzichten, und daß wir ihn [!] für diesen Kampf und diese Dokumentation die Treue halten. Der Tod des Führers, mit dem täglich zu rechnen ist, ändert die Situation mit einem Schlage.“ [Auszug vom 27. April 1945]

„Endlose Propagandamühle über deutsche Greuelthaten in Konzentrationslagern. Propagandistische Vorbereitung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands.“ [Auszug vom 7. Juni 1945]<sup>344</sup>

Diese letzten Reflexe auf Niederlage, Besatzung und Regimesturz sind notiert im Bann eines Krieges, der Millionen von Opfer gefordert und an Grausamkeit alles historisch Bekannte übertroffen hatte. Aus den Worten spricht die absolute Identifikation mit der NS-Führung in einer Situation hysterischer Mobilisiertheit. Erdmann starrt auf den „Führer“ in Berlin, dessen Fanatismus für ihn gleichbedeutend ist mit „Leben und Ehre“ Deutschlands. Die Entwicklung des Geschichtslehrers und Offiziers im Dritten Reich bis an diesen dunklen Endpunkt, an dem er sich durch den Krieg zum „Nazilümmel“, wie ein früherer Freund sagte<sup>345</sup>, gewandelt hatte, ist voller Wendepunkte, Abbrüche und Neuansätze, geprägt durch widerstreitende Einstel-

<sup>344</sup> Zit. nach ebd., S. 457f., 477f.

<sup>345</sup> Zit. nach ebd., S. 473. Es handelte sich um den Empfänger von Erdmanns Kriegs-Briefen, den Maler Georg Meistermann. Vgl. Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. 80ff.

lungen, bei denen seine Ehe und sein christliches Bekenntnis mit seiner Staats- und Nationalgesinnung kollidierten. Ein frühes Muster in seiner Persönlichkeitsbildung zieht sich dennoch durch diese Jahre. Karl Dietrich Erdmann hielt fest am so genannten „Dienst“. Nicht auf Einschüchterung durch Gewalt und Strafen, sondern auf eine intensiv reflektierte Wertebindung, die er mit Leidenschaft auslebte, ging seine ideologische Verstrickung zurück. Ob Religion, Arbeit, Wissenschaft oder Soldatsein, aus allen diesen traditionellen Berufungsvorstellungen bezog er Gründe für seine Subordinationsbereitschaft. Im Moment des Krieges fesselte ihn der Eros des Sich-Fügens an die Nation. Er gab sich der militanten Massenmobilisierung hin, die zur deutschen Großmacht anschwellen sollte, um ihrerseits andere Länder brechen und kontrollieren zu können. Die nationalistische Bewusstseinsüberwältigung durch den gigantischen militärisch-industriellen Apparat brachte ihn dahin, im Juni 1945, als die deutsche Armee zusammenbrach, nicht den Frieden, geschweige denn das Ende der totalitären Diktatur zu begrüßen, sondern mit bitterer Aggressivität die „Versklavung“ Deutschlands zu beklagen. Er hatte das totalitäre System, dem er in Uniform diente, in sich aufgenommen. Hinzu kam von Anfang an der Wille, intellektuell zu „wirken“, der sich ganz ebenso bei Theodor Schieder und Werner Conze beobachten lässt. Auch Erdmann wollte dabei sein, darin sein, mitreden, mittun. Er wollte sich in das „große“ historische Geschehen, auf das er sich intellektuell einen Reim zu machen bemüht war, politisch einbringen und einfügen.

Mit dieser Disposition fand er seinen Weg in die Bundesrepublik. Die Erfahrung des Nationalsozialismus ließ ihn nicht innehalten im Wunsch nach öffentlicher Resonanz, und die abgebrochene akademische Karriere öffnete sich jetzt schnell. Im Februar 1946 wurde er Assistent am Historischen Seminar der Universität Köln und arbeitete bei Peter Rassow an seiner Habilitation, die 1947 unter dem Titel „Volksouveränität und Kirche“ erschien.<sup>346</sup> Über seinen Habilitationsvortrag im November desselben Jahres, der „Probleme des Geschichtsunterrichts heute“ zum Thema hatte, sagte Erdmann rückblickend, es sei damit eine Wiederaufnahme pädagogischer Interessen möglich geworden, die er 1938 mit dem Beruf des Geschichtslehrers hatte aufgeben müssen.<sup>347</sup> Zweieinhalb Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs und am Beginn seiner Universitätslaufbahn dachte Erdmann nach über die „Notwendigkeit, für den Geschichtsunterricht einen begründeten ‚geschichtsphiloso-

<sup>346</sup> Karl Dietrich Erdmann: *Volksouveränität und Kirche*. Köln 1947.

<sup>347</sup> Erdmann zitierte aus dem Manuskript von 1947 in seinem Beitrag: *Erinnerungen an die Anfänge von GWU*. In: *GWU* 40 (1989), S. 724-731.

phischen Standort' zu gewinnen“. Er sah die Alternative zwischen einer Umerziehung der Deutschen und einer Rückbesinnung, zwischen den Prämissen, dass der Nationalsozialismus das Ergebnis der deutschen Geschichte oder, im Gegenteil, ein Bruch mit guten alten Traditionen sei.<sup>348</sup> Wie Werner Conze arbeitete Erdmann am Problem der Kontinuität der deutschen Nation. Er entschied sich nicht gleich für eine der gedachten Möglichkeiten, sondern besann sich zunächst auf die Frage, welches historische Subjekt in den Vordergrund zu stellen sei. In der Antwort nahm er Vertrautes auf, indem er auf den Menschen als Träger der Geschichte verwies. Er ließ aber den Dualismus der Rousseau-Studie beiseite, in der er den Menschen noch zerrissen gesehen und seine Daseinsbewältigung durch die äußeren Kollektivmächte von Volk, Staat, Religion ersehnt hatte. Er betonte jetzt vielmehr die Freiheit der Entscheidung, die in jeder historischen Situation gegeben sei. Die „Entscheidungsstunden der europäischen Geschichte“ solle der historische Unterricht vermitteln, kein Geschichtsbild vorgeben, sondern die Begegnung mit der Geschichte ermöglichen. Die Gegenstandsbereiche, die Erdmann dafür skizzierte, und die aus ihnen erwachsenden methodischen Konsequenzen waren weit gespannt. Von der politischen Geschichte sich abzuwenden, sei ein Irrweg, aber ebenso sei die Wirtschafts-, Sozial-, Verfassungs- und Kulturgeschichte relevant, um konkrete historische Situationen zu erhellen. Es ging ihm um europäische Perspektiven, um europäische Gemeinsamkeiten wie beispielsweise den Absolutismus oder Nationalismus. Pluralität der Erscheinungen, Vergleichbarkeit der Länder, Offenheit der menschlichen Handlungsmöglichkeiten – seine Geschichtspädagogik wollte sich enger Zwangsläufigkeiten und Kausalketten entwinden. Das NS-Regime wurde dadurch zu einem kontingenten Phänomen. Die deutsche Geschichte, folgerte er, sei nicht bloß Vorläufer, „wir“, erwiderte er der Reeducation, keine „massa perditionis, die von Anbeginn an ein politisches Kainszeichen an der Stirne trägt“.<sup>349</sup>

Erdmann bekam bald die Gelegenheit, seine Auffassungen als Herausgeber einer auf die Zielgruppe der Geschichtslehrer angelegten Fachzeitschrift periodisch zu publizieren. Die Entscheidung fiel auf der Tagung des neugegründeten Verbandes der Geschichtslehrer 1949 in München<sup>350</sup> unter Umgehung von Wilhelm Mommsen, der in der Weimarer Zeit das Vorgängerorgan „Vergangenheit und Gegenwart“ editiert hatte und wegen liberalrepublikanischer Einstellungen vom NS-Historiker Wal-

---

<sup>348</sup> Ebd., S. 725.

<sup>349</sup> Ebd., S. 727.

<sup>350</sup> Vgl. ebd., S. 728.

ter Frank herausgedrängt worden war. Karl Dietrich Erdmann bat Mommsen um einen Beitrag für die geplante Zeitschrift, jedoch konsultierte er bei der Frage der einflussreichen Herausgeberschaft, die er für sich sicherte, seinen Doktorvater nicht.<sup>351</sup> Der erste Jahrgang von „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ erschien 1950. Paul Egon Hübingers schon zitiertes Plädoyer gegen den „Geschichtsmasochismus“ wurde im ersten Jahr publiziert.<sup>352</sup> Das Periodikum sollte politische Orientierung geben. Erdmann war dabei ein edierender ebenso wie ein schreibender Herausgeber, der mit zahlreichen Aufsätzen, Kommentaren und Rezensionen in die verschiedensten Auseinandersetzungen eingriff.<sup>353</sup> Es ging wiederholt um den Ersten Weltkrieg und um Weimar, um Hitler und um die Nation, um die Atombewaffnung, um den Dialog mit sowjetischen Historikern und um die Denkschrift der evangelischen Kirche zur Versöhnung mit Polen. Wie er sich dabei zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik, auf dem Weg über die Historiografie politisch positionierte, ist von besonderem Interesse, um die weitere Genese seiner Haltung zur Ostpolitik des Jahres 1972 zu verfolgen.

Zu Beginn der 50er Jahre machte Erdmann vor allem Gebrauch von seiner Fähigkeit zur persönlichen Verwandlung und zur geistigen Verarbeitung neuer historischer Konstellationen. Seine evangelische Bindung kam ihm dabei zugute; die Kirche war eine gesellschaftliche Konstante, an der sich festhalten ließ, um die notwendigen politischen Anpassungen zu leisten. Das bewahrte ihn vor dem kulturpessimistischen Rückzug oder der Verachtung der Bundesrepublik, wie sie bei anderen Nationalkonservativen anzutreffen waren. In hochgestimmter Tonlage setzte er sich etwa mit Arnold Toynbees zivilisationsgeschichtlichen Studien auseinander. Er wandte ein, Toynbee sei sich seiner christlichen Prämissen nicht bewusst und versuche, Aufstieg und Untergang der Kulturen als Naturprozess zu schreiben. „Aber es ist die Schuld der Erbsünde, die hier waltet“, schrieb der bekennd engagierte Rezensent, „nicht das Verhängnis einer Determination.“ Die deutschen Verhältnisse vor Augen, die auch seine persönlichen waren, entdeckte Erdmann Gutes im Umbruch, wenn man sich nur zu verwandeln verstehe.

---

<sup>351</sup> Vgl. Kröger und Thimme: Die Geschichtsbilder des Historikers Karl Dietrich Erdmann, S. 77f.

<sup>352</sup> Siehe oben, S. 172f.

<sup>353</sup> Vgl. Joachim Rohlfes: Karl Dietrich Erdmanns GWU-Beiträge 1950-1984. In: GWU 36 (1985), S. 236-246.

„Der Weg des Lebens ist ein Weg nach oben. Aber er ist es nicht als natürlicher Prozeß, sondern als Weg der Verwandlung. Welche Geschichtsschreibung könnte in der heutigen kritischen Weltstunde faszinierender sein als eine solche, die dem Menschen zeigt, wie er nicht trotz, sondern gerade in und durch und mit Hilfe seiner Zusammenbrüche und Untergänge voranschreitet zu dem ihm vorgesteckten Ziele!“<sup>354</sup>

Dieser universale Ausspruch, der pastorales Pathos nicht scheute, entsprang dem Motiv eines Nationalpädagogen, der fortan das Dritte Reich in gleichem Maße kritisierte wie er die deutsche Geschichte in Schutz nahm. Die deutliche Distanz, die er nunmehr zum NS-Regime einnahm, verschaffte ihm Raum, die Historie vor Hitler – und die Historiker als ihre Hüter – umso kämpferischer zu verteidigen. Friedrich Meinecke, dessen frühe Bewältigungsversuche des Nationalsozialismus nach dem Krieg nicht unumstritten geblieben waren, stand für Erdmann im Rang eines Altmeisters. „Wir könnten uns nichts sehnlicher wünschen“, kommentierte er dessen Buch über die „deutsche Katastrophe“, „als daß sich das Gespräch über das deutsche Schicksal auf der Höhe halten möge, die Meinecke ihm gewiesen hat.“<sup>355</sup> Anlass zur Apologie war der Vorwurf des französischen Historikers Charles Maignial, Meinecke scheue zurück davor, die klare Verantwortung der Deutschen für Hitler zu benennen, und suche Zuflucht in einem die Menschen überwältigenden Schicksal der Nation. Erdmann wies die Kritik zurück und rekapitulierte Meineckes Aussagen über die Entwicklung des brandenburgisch-preußischen Machtstaates. Richtig sei, dass die „geopolitische Lage Deutschlands“ in der Mitte Europas Preußen die Alternative aufgezwungen habe, entweder, in Meineckes Worten, „Depressionsgebiet zu bleiben oder Machtstaat zu werden“. Der Militarismus mit seinen innenpolitischen Unterdrückungsmechanismen habe sich als ein Irrweg herausgestellt, er sei aber gewählt worden als „Mittel zur Erreichung des Zweckes der machtstaatlichen Selbstbehauptung“.<sup>356</sup> In Erwiderung der französischen Perspektive, die den Deutschen eine schuldhafte Politik vorhielt, ging Erdmann auch auf die Täter ein, die, wie er selbst, Hitler bis ans Ende fanatisch die Treue gehalten hatten. Er wich hier von Meinecke ab, der schlicht politische Kriminelle am Werk sah. Mit dem Begriff des Verbre-

<sup>354</sup> Karl Dietrich Erdmann: Grundbegriffe Toynbees. In: GWU 2 (1951), S. 385-400 (399).

<sup>355</sup> Karl Dietrich Erdmann: Anmerkungen zu Friedrich Meinecke: „Irrwege in unserer Geschichte?“ und „Die deutsche Katastrophe“. In: GWU 2 (1951), S. 85-91 (90).

<sup>356</sup> Ebd., S. 85f.

chens sei die „Stoßkraft“ der „Bewegung“ nicht erklärt: „Es sind ganz gewiß nicht verbrecherische Motive gewesen, die sie leiteten, viel eher ein schmachlich mißbrauchter Idealismus.“ Diese Rechtfertigungsfigur war ein generationstypisches Geschichtsbild; sie fasste ziemlich sicher auch die Art zusammen, wie Erdmann sechs Jahre nach Kriegsende über sich selbst dachte. „Ich glaube, man wird das innerste Wesen der nationalsozialistischen Bewegung nur dann voll erfassen“, fügte er hinzu, „wenn man sie in erster Linie unter dem Aspekt betrachtet, unter dem sie selber sich verstanden wissen wollte“, einer „nationale[n] Immanenzreligion“ nämlich, die viele Ideen von der Aufklärung und dem liberalen Protestantismus übernommen habe.<sup>357</sup> Bemerkenswert ist die Selbstdurchleuchtung, die in diesen Sätzen vorgenommen wird, auch wenn sie wiederum, wie bei anderen Historikern, die vorhandenen Bezüge zur eigenen Biografie nicht offen legt. Die Abstraktion ermöglichte Erkenntnis ohne Entblößung. Wer eingeweiht war, konnte das Unausgesprochene mitdenken. Jedoch hörte Erdmanns Gedankengang bei den defensiven Erklärungen nicht auf. Ihm gelang gleich darauf eine versöhnende Rückbesinnung auf das Thema, das schon den Promotionskandidaten am Vorabend des Dritten Reiches gefesselt hatte, der „religion civile“ der säkularen Revolution. Eine paradoxe Versöhnung freilich, weil zwar mit der französischen Philosophie der Widerpart derselbe blieb, zugleich aber die Wertung, der Grund der Ablehnung ins Gegenteil verkehrt wurde. Im Jahr 1932 lehnte er Rousseaus Entwurf ab, weil er glaubte, dass dieser zu wenig kollektivierende Macht auf den Menschen auszuüben in der Lage sei und den Privatmann zu ungebunden lasse. Im Jahr 1951 nun warf er dem Konstrukt der Zivilreligion vor, als „religiös-politische Heilslehre“ die „ideologische Besessenheit“ der Nationalsozialisten „bis ins Detail der Methoden vorgebildet“ zu haben. Wo er früher Rousseau zugunsten einer völkisch-religiösen Dienstgesinnung verwarf, die ihn dann als DAAD-Stipendiat in Paris an die Seite der NS-Funktionäre brachte, verurteilte er jetzt, um neue Orientierung mit einem alten weltanschaulichen Kompass sich mühend, dasselbe Aufklärungsdenken als Vorläufer des Nationalsozialismus.

„Es wird jedenfalls künftig einmal die Frage geklärt werden müssen, ob und wie weit die Beziehung zwischen diesen beiden historischen Phänomenen der französischen und der nationalsozialistischen Revolution nicht nur analogisch, sondern auch genealogisch zu verstehen sei. Vielleicht könnte die sehr pronon-

---

<sup>357</sup> Ebd., S. 90.

cierte Feindschaft des Nationalsozialismus gegen die Französische Revolution einer Haßliebe ähneln.“<sup>358</sup>

Die Vorzeichen waren vertauscht, die Abneigung gegen die französische Säkularisierung war geblieben. So vermochte Erdmann nun wiederum, für deutsche Traditionen zu streiten, nur dieses Mal nicht, indem er den deutschnationalen Arbeitssoldaten gegen den libertären französischen Bourgeois in Stellung brachte, sondern das Bild einer trotz hassender Abwehr vollzogenen Verführung des deutschen Idealisten durch einen Fanatismus französischen Ursprungs entwarf. Worauf er früher stolz war, dafür wollte er jetzt nicht verantwortlich sein. Er schob Frankreichs Revolution in die Schuhe, wofür er den preußisch-protestantischen Machtstaat nicht haftbar machen wollte, und siedelte die Ursache für den Nationalsozialismus in fremder Tradition an, weil er die eigene noch brauchte.

Auf dem Weg zur Rehabilitierung der eigenen Nation, die international trotz Antikommunismus und Kaltem Krieg noch lange keinen guten Ruf hatte, verband Erdmann die ideologiepolitische Thesenbildung mit Meineckes geopolitischer Gedankenwelt. Im Jahr der deutschen Wiederbewaffnung, auf das auch Conzes Münsteraner Vortrag zum Gedenken an den 17. Juni datierte, hielt Karl Dietrich Erdmann eine Festrede anlässlich der Kieler Woche. Wie Conze ging er 1955 auf den Werdegang des deutschen Nationalismus ein und stützte sich außer auf Meinecke auf Schriften Theodor Schieders.<sup>359</sup> Deutschland erscheint hier vor allem und mehr noch als bei Werner Conze von Anfang an als zerrissenes, krisengeschütteltes, von äußeren Einflüssen und inneren Gegensätzen an der Einheit gehindert Gebilde. Anders als jener gab Erdmann keinen Hinweis darauf, dass etwa die Expansions- und Gewaltpolitik des NS-Regimes die Rede über die deutsche Einheit nach 1945 erschwere. Vielmehr zeichnete er gleich mit den ersten Sätzen das breite Panorama eines seit der „Schwelle der Neuzeit“ passiven, zerschlagenen Deutschland, das zwischen Bismarck und Zweitem Weltkrieg nur kurz und nicht einmal ganz, nämlich unter Ausschluss Österreichs, staatlich geeint war. Daraus gewann er die Dramatik des politischen Handlungsgebotes. Der Nationalstaat sei kein Naturgesetz. „Das Ringen um eine nationalstaatliche Ordnung“, dozierte er dem Kieler Festpublikum, „ist darum nicht weniger eine Aufgabe gewesen, die sich aus tiefer Notwendigkeit dem deut-

---

<sup>358</sup> Ebd., S. 91.

<sup>359</sup> Karl Dietrich Erdmann: Nationale und übernationale Ordnung in der deutschen Geschichte. In: GWU 7 (1956), S. 1-14. Zur Literatur, der sich Erdmann „besonders verpflichtet“ zeigte, vgl. S. 14.



schen Volk zu einer so späten Stunde seiner Geschichte stellen mußte und heute erneut stellt.“<sup>360</sup> Die Deutschen seien durch die „geographische Lage ihres Siedlungsraumes und durch die staatliche, politische, konfessionelle, stammesmäßige Vielfalt“ besonders offen für „geistige und politische Einwirkungen von außen“ gewesen. Die europäischen Mächte erstens und zweitens die religiösen, politischen und sozialen „Bekenntnisse und Systeme“ hätten somit in das „Gefüge der deutschen Verhältnisse bestimmte Polaritäten und Spannungen hineingebracht“<sup>361</sup>. Unter den Bedingungen des übernationalen Staatensystems Deutschlands und Österreichs seien „Reformation, Revolution und Kommunismus“, sei der revolutionäre Gedanke der Volkssouveränität anders als in den national und konfessionell geschlossenen Staaten Westeuropas zur „Existenzfrage der Nation“ geworden<sup>362</sup>, die „den deutschen Volkskörper auseinanderzureißen geeignet waren, bzw. noch sind.“<sup>363</sup> Meinecke und Erdmann wie auch Conze und Schieder gingen davon aus, dass Deutschland es aus vorpolitischen, quasi natürlichen oder extern verursachten Gründen schlechter als der Westen Europas gehabt habe. Die Reichspolitik des 19. Jahrhunderts, einschließlich alldeutscher Expansionsideen und autoritärer Unterdrückung demokratischer Bewegungen, war in diesem Verständnis ein einziges Abmühen gegen die vermeintliche europäische Unterprivilegiertheit, keineswegs aber, wie das vor 1914 herrschende Selbstverständnis behauptete, ein Ausdruck des kontinentalen Überlegenheitsanspruches der Deutschen. Vor Hitler galt etwa einem Hans Rothfels der Autoritarismus Preußens als sittliche Errungenschaft. Nun wurde es zum konservativen Gemeingut, den Mangel an Freiheit in der deutschen Staatsgeschichte als Abwehrmaßnahme gegen die Unbilden der Zersplitterung von Politik und „Siedlungsgebiet“ zu rechtfertigen. Das betraf dann in spezifischer Weise den Osten. Erdmann, dessen wissenschaftliches Erstinteresse Frankreich war, fand nach 1945 auch zum „Problem in Osteuropa“, der „Streulage vieler inselartiger Siedlungen in der Umgebung fremden Volkstums“<sup>364</sup>, einen emphatischen Zugang. Seine Erfahrungen an der Ostfront und die Vertreibung der Deutschen, wohl auch der Einfluss der Ostforscher in der Bundesrepublik brachten ihn auf diesen Aspekt nationaler Bewusstseinsbildung.

---

<sup>360</sup> Ebd., S. 1f.

<sup>361</sup> Ebd., S. 2f.

<sup>362</sup> Ebd., S. 5.

<sup>363</sup> Ebd., S. 7.

<sup>364</sup> Ebd., S. 8.

„Die Völkerkarte Osteuropas heute zeigt ein erheblich anderes Bild als bis vor dem zweiten Weltkrieg. Das weit über Osteuropa versprengte Deutschtum besteht nicht mehr, und auch die ehemals geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete östlich der Oder-Neiße-Linie sind heute bis auf geringe Reste von Deutschen entblößt. Zehn Millionen Deutsche etwa wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Die Völkerkarte Osteuropas ist durch den Krieg grausam vereinfacht worden, von der Heim-ins-Reich-Bewegung, durch die Deutsche aus ihren alten Wohnsitzen im Balkan und im Baltikum herausgerissen wurden, um den Warthegau germanisieren zu helfen, von der Vernichtung des Judentums in Ost-Mitteleuropa bis zur Massenvertreibung der Deutschen selber. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Probleme, die der osteuropäische Raum mit seiner Völkervielfältigkeit stellte, sind nicht gelöst worden. Von diesem Wissen geleitet, ist es dennoch mehr als eine wehmütige Erinnerung, wenn wir versuchen wollen, in das ungelöste Gestaltungsproblem, um das es hier geht, einzudringen, um Einsicht zu gewinnen in eine Frage, die heute in unveränderter Gestalt erneut Bedeutung gewinnt.“<sup>365</sup>

Der in Erdmanns Erinnerung liegende emotionale Kern bewahrte die Gewalt, die an der deutschen Bevölkerung verübt wurde, den Verlust dessen, was er das osteuropäische Deutschtum nannte. Die Verben „entblößt“, „vertrieben“, „herausgerissen“ und das Adjektiv „grausam“ sind gefühlsintensive Gedenkworte. Sie gelten einem ethnischen Kollektiv, für das der Autor Partei nimmt, weil er dessen Angehörige schutzlos malträtiert sieht, aber nicht einer nationalen Herrschaftsform, die andere Volksgruppen niederhalten soll. Erdmanns historisches Urteil war nicht nationalistisch durchgeformt und eingeebnet; es wies Nuancen auf, Unsicherheiten und sich überlagernde Wertungen. Das Unrecht von nationalsozialistischer Seite deutete er freilich mehr an als es im einzelnen auszuführen. Und auch dabei gab er der erzwungenen Umsiedlung von Deutschen mehr Raum. Er widmete sich diesem Geschehen mit weit größerem Vorstellungsvermögen als den Verbrechen, die Deutsche an den Juden verübten. Die rassistische Erfassung, Ghettoisierung und die kalte Bürokratie des systematischen Massenmordes in den deutschen Vernichtungslagern mit allen ihren millionenfachen Leidensgeschichten – Erdmann wusste darum. Aber es erscheint als ein abstraktes und entferntes Wissen, zu fern, um in derselben Art poli-

---

<sup>365</sup> Ebd., S. 9.

tisch zu werden wie sein Memento des deutschen Heimatverlustes. Er verkapselte dieses störende Wissen in die knapp bilanzierenden, substantivisch erstarrten Worte von „der Vernichtung des Judentums in Ost-Mitteleuropa“. Und dennoch sprach er anschließend das selbstkritische „wer Wind säht, wird Sturm ernten“, das auf die Schuld der Deutschen gemünzt ist. Und dennoch ist auch dieses Bekenntnis einzuschränken, denn in der unreflektierten Metapher erscheint der Holocaust euphemistisch als Wind, während der eigentlich zerstörerische Sturm im Verlust der deutschen Ostgebiete empfunden wird.

An seinem Vortrag aus dem Jahr 1955 lassen sich die gleichzeitigen Vorwärts- und Rückwärtsbewegungen ausweisen, die Erdmanns Versuch einer Vergangenheitsbewältigung in nationaler Sache teils ermöglichten und teils begrenzten. Es war ihm möglich, sensible Betrachtungen zur österreichisch-ungarischen Nationalitätenfrage anzustellen<sup>366</sup> und „die ebenso barbarische wie phantasielose Praxis, durch Umsiedlungen und Vertreibungen möglichst homogene nationale Siedlungsgebiete zu schaffen“<sup>367</sup>, im Allgemeinen zu verurteilen, weil er die Vertreibung der Deutschen im Besonderen vor Augen hatte. Den Massenmord an den Juden, an Polen oder auch an russischen Kriegsgefangenen als deutsche Taten zu schildern, die in Bezug zum deutschen Herrschaftsanspruch in Osteuropa standen, war ihm nicht möglich. Erdmann vermochte wiederum andeutungsweise, und hier ganz im Gegensatz zu Conze, davon zu sprechen, wie das „deutsch-polnische Verhältnis nach dem ersten Weltkrieg“ durch den deutschen Grenzrevisionismus „verhängnisvoll belastet“ worden sei.<sup>368</sup> Einen direkten Bezug zum deutschen Angriffskrieg herstellen konnte er nicht. „Die Idee des sich selbst genügenden souveränen Nationalstaates als eines Machtstaates“, schloss er, „hat für uns Deutsche nach den Erfahrungen zweier Weltkriege ihre Faszination verloren. Von der Aufgabe und Verantwortung für eine nationale Ordnung im Sinne der Einheit und der inneren freiheitlichen Gestalt“ könne und dürfe sich Deutschland nicht davonstehlen, weil die Idee der Nationalität, welche die Anerkennung anderer Nationen einschließe, transzendente Bedeutung habe: „Weil also die Nation, die sich aus der Geschichte recht versteht, der Ort ist, wo ein Volk nicht gebannt auf sich selber blickt, sondern wo es in Ehrfurcht hinschaut auf das, was unter uns, und auf das, was über uns ist.“<sup>369</sup> Diese ätherischen Sätze einer

---

<sup>366</sup> Vgl. ebd., S. 9-13.

<sup>367</sup> Ebd., S. 12.

<sup>368</sup> Ebd., S. 13.

<sup>369</sup> Ebd., S. 13f.

klassisch bildungsbürgerlichen Erbauungsrede waren eben nicht nur Signal der internationalen Verständigung, sondern auch ein erneutes Echo der Rousseau-Studie, insofern aus nationalem Bewusstsein religiöse und gesellschaftliche Observanz erwachsen sollte.

Erdmann bestritt nie, dass er als Historiker eine politische Aufgabe wahrnahm, auch dort nicht, wo er sich fortan seinem engeren fachlichen Interesse an der Vorgeschichte des NS-Regimes seit 1914 zuwandte. In einem programmatischen Aufsatz, der 1955 in Hans Rothfels' Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte erschien, die wegen Gegenwartsnähe in der Historikerschaft noch nicht durchgehend anerkannt waren, legte er sich diesbezüglich Rechenschaft ab. In der Fragestellung müsse man sich bewusst werden, „wie sehr das, was sich als Frage der Wissenschaft an die deutsche Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen richtet, zugleich uns heute politisch bedrängt“.<sup>370</sup> So stark sei „die Verklammerung des Heute und Gestern, dass jedes Urteil über Verhältnisse und Geschehnisse aus der Zeit der Weimarer Republik zugleich ein politisches Faktum ist“.<sup>371</sup> Denn wer legte Hand an die Republik, wer verschuldete ihren Untergang? Diese Urheberschaft zu benennen, bedeutete denn auch, in der Bundesrepublik gegen je spezifische Kräfte Stellung zu beziehen. Erdmann wehrte sich gegen die Thesen Arthur Rosenbergs oder auch Theodor Eschenburgs, dass Weimar mangels sozialer Revolution und durch das Weiterbestehen feudalmönarchischer und obrigkeitstaatlicher „Reste“, wie er schrieb, gescheitert sei.<sup>372</sup> Bei der Suche nach den Wurzeln des Nationalsozialismus sei die Konzentration auf „autoritäre Phänomene“ die „falsche Blickrichtung“.<sup>373</sup> Er führte dagegen zustimmend die Ansicht ins Feld, dass die Auswirkungen des Versailler Vertrages, die „Reparationsverpflichtungen im Zusammenhang mit den sonstigen Substanzverlusten die Wirtschaft des Reiches zunächst in die Inflation und dann in die Arbeitslosigkeit getrieben hätten“ und dass damit die Radikalisierung des politischen Lebens notwendig herbeigeführt worden sei.<sup>374</sup> Der ausschlaggebende Faktor der Destabilisierung seien die Kommunisten gewesen. Die einzig mögliche Rettung dagegen habe in einer Staats- und Nationalgesinnung gelegen, die ohnedies das Weimarer System

---

<sup>370</sup> Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: VfZ 3 (1955), S. 1-19 (2).

<sup>371</sup> Ebd., S. 3.

<sup>372</sup> Ebd., S. 6ff., 9f.

<sup>373</sup> Ebd., S. 12.

<sup>374</sup> Ebd., S. 13.

im Kern ausgemacht habe. Nicht an zuviel, an zu wenig „ausgleichendem“ Autoritarismus also sah Erdmann die Republik zugrunde gehen.

„Das Lebensgesetz dieses besonderen Parlamentarismus in der Weimarer Republik, die Norm seiner Existenz, war also angesichts der prinzipiellen Negation der kommunistischen Stimmen gegenüber beiden Parteigruppen, gegenüber den demokratisch-sozialistischen wie gegenüber den konservativ-monarchischen, ein kategorischer Imperativ des Ausgleichs, und zwar nicht zwischen benachbarten, sondern zwischen entgegengesetzten Interessen und Überzeugungen, eine undogmatische Staatsgesinnung, in welcher Wirtschafts- und Staatstheorie, ja sogar die Frage nach der Staatsform zurücktrat gegenüber der Bezogenheit auf ein Drittes, das Ranke das ‚Real-Geistige‘ des Vaterlandes nannte.“<sup>375</sup>

Erdmann zitierte Ernst Troeltsch mit dem Gebot des Historismus, „Geschichte durch Geschichte zu überwinden“.<sup>376</sup> Er machte es sich zum Motto. Das konkret Faszinierende des vieldeutigen Ausspruchs war für ihn die Aufgabe des patriotischen Historikers, das geschichtliche Faktum des Nationalsozialismus durch Geschichtsschreibung zu überwinden und dadurch die deutsche Tradition zu retten. Im Juni 1945 hatte er wütend die „Versklavung“ der Deutschen durch das öffentliche Vorführen der NS-Verbrechen beklagt. Zehn Jahre später leugnete er nicht die Verbrechen, schrieb jedoch an gegen den wissenschaftlichen „Hass“ auf Deutschland, den er darin sah, die deutsche Herrschaftstradition für Hitler haftbar machen zu wollen.

„Während die Forschung, wenn anders sie nicht in einer Kollektivverurteilung der deutschen Geschichte enden will, notwendigerweise davon ausgeht, daß sich im Jahre 1933 ein Bruch in unserer Tradition vollzogen hat, welche Risse und Sprünge auch immer vorher schon vorhanden sein mochten, und wie tief in sie eingesenkt man die Wurzeln des Unheils erkennen mag, so haben wir in der historisch-politischen Literatur doch auch Stimmen der Verzweiflung und des Hasses gehört, die das Jahr 1933 und das, wohin es geführt hat, das logische Gesamtergebnis, die Quintessenz der deutschen Geschichte nannten.“<sup>377</sup>

---

<sup>375</sup> Ebd., S. 18.

<sup>376</sup> Ebd.

<sup>377</sup> Ebd., S. 5.

Die Gedankenentwicklung Karl Dietrich Erdmanns war nicht durchgängig auf Apologetik festgelegt. Vielmehr steht er, im Bemühen, das Dritte Reich in die Geschichte einzuordnen, ohne das eigene Staats- und Nationalbewusstsein zu entwerten, stellvertretend für den zwischen Westbindung und deutscher Frage um Fassung ringenden Nachkriegskonservatismus der Bundesrepublik. Nachdem Ende der 50er Jahre in Westdeutschland begonnen worden war, Verantwortliche des Völkermordes vor deutsche Gerichte zu stellen, und als der israelische Geheimdienst auch Adolf Eichmann gefangen genommen hatte, lehnte Erdmann im März 1961 in einem Rundfunkvortrag, den der NDR ausstrahlte, gleich zu Anfang ein Leugnen oder Verdrängen der Vergangenheit ab.

„An den Grundtatsachen der Judenvernichtung, der Entfesselung des Krieges, der Zerstörung des Rechtes ist nicht zu rütteln. An ihnen gibt es auch eigentlich nichts zu ‚bewältigen‘, wie man heute sagt. Sich über sie zu informieren, ist nicht schwierig. Wenn man nicht entschlossen ist, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen, muß man diese Tatsachen einfach als solche anerkennen.“<sup>378</sup>

Nicht ohne erneut an die „tiefgreifende Amputation“ zu erinnern, die der „deutsche Siedlungs- und Volkskörper“ erlitten habe<sup>379</sup>, sprach er nun davon, dass die Ostgebiete an Russland und Polen im „Ergebnis einer Übersteigerung und Verfälschung der Nationalstaatsidee in der Zeit des Dritten Reiches“ verloren wurden<sup>380</sup>. Nicht ohne erneut zu beteuern, dies sei kein „Kulminat“ der deutschen Geschichte<sup>381</sup>, wies er darauf hin, dass bei Hitler „ein infernalischer Haß gegen das Judentum“ geherrscht habe<sup>382</sup>. Zu gleichen Teilen empfand er die Zumutung und die Unausweichlichkeit, sich der verstörenden Ereignisse bewusst zu bleiben, wobei das abwehrende Motiv, es sei eigentlich genug, seit 1945 immer vorhanden war.

„Manche von uns sind es müde geworden, ständig an das Dritte Reich erinnert zu werden. Aber selbst wenn es möglich wäre, nicht erst im Reiche der

---

<sup>378</sup> Karl Dietrich Erdmann: Das Dritte Reich im Zusammenhang der deutschen Geschichte. Rundfunkvortrag, 6. März 1961. In: GWU 12 (1961), S. 405-418 (405).

<sup>379</sup> Ebd., S. 407.

<sup>380</sup> Ebd., S. 408.

<sup>381</sup> Ebd., S. 410.

<sup>382</sup> Ebd., S. 416.

Schatten, sondern schon hier in den Fluß der Vergessenheit einzutauchen, so können wir dies nicht tun, wenn anders wir uns nicht selbst verlieren wollen.“<sup>383</sup>

Die Erinnerung war 1959 nicht freiwillig gewählt worden, sondern in den politischen Alltag eingebrochen und hatte zunächst die Kultusminister des Bundes und der Länder aufgeschreckt. Ende des Jahres ging eine Welle von Hakenkreuzschmierereien durch die Bundesrepublik. Die Kultusministerkonferenz beriet vor diesem Hintergrund darüber, wie sich der Geschichtsunterricht an der gymnasialen Oberstufe so reformieren ließe, dass er sich stärker an Gegenwartsfragen orientiert. Die Einführung des Faches „Gemeinschaftskunde“, in das Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft eingehen sollten, wurde erstmalig diskutiert. Der Historikerverband nahm die Initiative als Gefahr für die eigenständige Methode der Geschichtswissenschaft auf und reagierte am 20. Oktober 1962 mit einer ablehnenden Stellungnahme: Ein „fundierter Geschichtsunterricht“ müsse erhalten bleiben. „Es wäre ein Irrtum, wenn man meinte, der Geschichtsunterricht könne nur dadurch dem Leben dienen, daß er die unmittelbar zur Gegenwart führenden Entwicklungslinien veranschaulicht.“<sup>384</sup> Welche Themen sollte der Unterricht auswählen, wie sollte er sie bewerten? „Es geht um den Historismus“, stellte Erdmann zum Kern der Auseinandersetzung fest. Bereits am 5. Oktober hatte er vor Schuldirektoren in Düsseldorf ein Grundsatzreferat zu den geplanten Reformen gehalten, in dem er signifikant abwich von der defensiven Linie des Verbandes und seine eigenen Vorstellungen einer „historischen Gegenwartskunde“ darstellte.<sup>385</sup> Geschichte verfolge das Bildungsziel, politische Orientierung zu geben. „Ich halte dies als Zielsetzung für den Geschichtsunterricht der Oberstufe der höheren Schulen für richtig“, betonte er, da dort „in wissenschaftlich-kritischer Denkweise eingeübte Staatsbürger“ ausgebildet werden sollen.<sup>386</sup> Dem historischen Denken sprach er dabei eine „hohe Subtilität des Verstehens“ zu, die als „Element der Versöhnung im Kampf der Geister“ wirke. „An dieser Leistung des Historismus“, so Erdmann weiter, „ist festzuhalten. Dahinter können wir nicht zurück. Es ist die eigentliche geistige Gegenpotenz gegenüber den dogmatisch-ideologischen Geschichtskonstruktionen.“ Der Historismus diene insbesondere den

---

<sup>383</sup> Ebd., S. 418.

<sup>384</sup> Entschließung des Verbandes der Historiker Deutschlands, 20. Oktober 1962, zit. nach: GWU 14 (1963), S. 1.

<sup>385</sup> Karl Dietrich Erdmann: Entwurf einer historischen Gegenwartskunde. Vortrag auf der Tagung der Rheinischen Direktorenvereinigung, Düsseldorf, 5. Oktober 1962. In: GWU 14 (1963), S. 28-45 (30).

<sup>386</sup> Ebd., S. 28.

„Auseinandersetzungen mit sowjetischen Ideologen und Historikern“. Das Gerede von seinem Ende sei nicht überzeugend.<sup>387</sup> Erdmann forderte mit einem Begriff, den er von Max Weber entlehnte, eine „Situationserhellung“ der deutschen Gegenwart<sup>388</sup> und empfahl zu diesem Zweck, in der 12. Klasse als erstes den „Lebensraum des deutschen Volkes“ zu unterrichten<sup>389</sup>.

„Wie hat sich der Siedlungsraum des deutschen Volkes im Laufe der Geschichte geändert? Man wird weit ausholen müssen, um den gegenwärtigen Moment in seiner geschichtlichen Bedeutung zu erfassen, zurück bis zur mittelalterlichen Ostsiedlung, vielleicht noch weiter ausgreifend bis zu den germanischen Siedlungsbewegungen und Völkerzügen. Erst so wird verständlich, was es für unser Volk bedeutet, daß der langausholende Pendelschlag nach Osten nun zum Westen zurückgegangen ist und sich das ganze Schwergewicht unseres Daseins als Volk mit seinem Akzent stärker und stärker in den Westen unseres Siedlungsraumes verlagert.“<sup>390</sup>

Die Gegenwart Deutschlands bedeutete demzufolge also zuallererst nicht Gewinn an Freiheit und Demokratie, wie die verfassungspatriotische Lesart lautete, sondern Verlust an „Siedlungsgebiet“ und „Lebensraum“. Die Einwände ahnend rechtfertigte Erdmann seine Schwerpunktsetzung. „Falschen Lebensraumideologien“ wolle er nicht nachgeben. Aber die eigene Existenz könne man nicht überspringen. Die nächstliegende Dimension dieser Existenz, die er für Klasse 13 vorsah, beschrieb Erdmann als den „Staat und die Staatsidee“. „Dieser Begriff und nicht der verschwommene Begriff der Gemeinschaft ist der Fluchtpunkt, auf den alle Perspektiven der politischen Erziehung hinweisen.“ Nicht die an völkische Ideologie gemahnende Konnotation von Gemeinschaft störte ihn – der „Volkskörper“ war für Erdmann bis in die 60er Jahre eine unverdächtige Metapher geblieben –, sondern der Mangel an positiv begriffener, institutioneller Herrschaft. In der Namensgebung „Gemeinschaftskunde“ komme „eine gewisse Staatsfremdheit zum Ausdruck“.<sup>391</sup> Das sei kein Zufall, da „im letzten Jahrzehnt die starke Einwirkung der sogenannten Government-Literatur der amerikanischen politischen Wissenschaft und die an sich

---

<sup>387</sup> Ebd., S. 30f.

<sup>388</sup> Ebd., S. 33.

<sup>389</sup> Ebd., S. 36.

<sup>390</sup> Ebd., S. 37.

<sup>391</sup> Ebd., S. 39.



so erfreuliche Neueinwurzelung der im Dritten Reich ausgerotteten Soziologie zu verzeichnen“ sei. Macht und Politik versuche man vergeblich vom Gesellschaftlichen her zu erschließen. „Ich möchte dagegen eine Lanze brechen für den nüchternen Begriff des Staates. Im Politischen geht es um Machtgewinnung und Machtbehauptung und um die richtige Anwendung der Macht im Dienste des Rechts.“ Das pädagogische Ziel, auf das diese Einsicht zuführen sollte, war in seinem Verständnis, ein „illusionsloses, nüchternes, positives Verhältnis zu unserem Parteienstaat“ zu vermitteln.<sup>392</sup>

Karl Dietrich Erdmann näherte sich der deutschen Gegenwart von der ihn zutiefst prägenden Erfahrung des verlorenen Krieges her. Er verteidigte die deutsche Staats-tradition gegen angelsächsische Einflüsse. Seine Ausführungen zum „Parteienstaat“ passten sich institutionell der bundesrepublikanischen Realität an, ohne doch den Bürger anders als ein Objekt der Oligarchie denken zu können, ohne also bei der normativen Begründung des Staates den partizipatorischen Sinn einer demokratischen Regierungsform mitzuübernehmen. Den Schülern wollte er viel eher das vergangene, größere als das gegenwärtige, nach Westen hin zusammengedrückte Deutschland nahe bringen. Sein Fluchtpunkt war das Deutschland vor, nicht dasjenige nach Hitler. Dabei glaubte er einer eskapistischen Geschichtsauffassung durchaus Paroli zu bieten, die sich in unproblematische Epochen der Vergangenheit oder in scheinbar politikferne Bezirke der Kultur flüchtet, um die schwierigsten Fragen nicht stellen zu müssen. Der Nationalsozialismus aber, die „unerwünschte Tatsache“, blieb in diesem Konzept eine in sich selbst verkapselte, historisch unverbundene, unvermittelte, unerklärte Lektion, die er „einfach“ hinzunehmen und zu schlucken empfahl.

„Was sich an schrecklichen Tatsachen von 1933 bis 1945 mit dem deutschen Namen verbindet, ist einfach zur Kenntnis zu nehmen. Hier muß sich im Unterricht die wissenschaftliche Grundtugend bewähren, unerwünschte Tatsachen als solche gelten zu lassen und nicht drumherum zu reden. Aber historisch interessanter und an den Nerv der deutsche Dinge rührend ist die Zeit der Weimarer Republik [...].“<sup>393</sup>

---

<sup>392</sup> Ebd., S. 40f.

<sup>393</sup> Ebd., S. 41.

Und: die Zeit, die auf den Ersten Weltkrieg zulief. Denn um den Glauben an den Wert und die Integrität des alten Deutschland zu erhalten, musste zu beweisen sein, dass es nicht nur und auch nicht vorwiegend Selbstverschulden war, wodurch das Reich zugrunde ging. „An einem Kreuzweg unserer Geschichte“, schrieb Erdmann über ein zentrales Interessengebiet, dem er sich die 60er Jahre hindurch widmete, „steht Bethmann Hollweg, der Kanzler, unter dem das Reich in den ersten Weltkrieg ging.“<sup>394</sup>

Wie ein rotes Tuch in dieser Auseinandersetzung wirkte Fritz Fischer. Der aus Süddeutschland stammende Theologe und Historiker, der von seinen Schülern verehrt wurde, weil er den lutherischen Obrigkeitsglauben in Frage stellte und die geistig-kulturellen Triebkräfte des preußischen Machtstaates im Anschluss an Ludwig Dehio kritisierte<sup>395</sup>, löste im Oktober 1959 mit einem Aufsatz in der Historischen Zeitschrift, der die Kriegsziele des wilhelminischen Deutschland behandelte, erhebliche Unruhe in der Fachwelt aus.<sup>396</sup> Einschlägige Akten der Reichsleitung waren erstmals verfügbar, und auf dieser Grundlage stellte Fischer seine These von der Kontinuität des deutschen Hegemonie- und Weltmachtstrebens auf. Da die beispielsweise im „September-Programm“ von 1914 dokumentierten Expansionsziele nicht rundheraus bestritten werden konnten, verlegte sich der Einspruch auf den Unterschied zwischen dem, was aktenkundig, und dem, was von einzelnen Führungskreisen eigentlich gewollt worden war. Fischer wurde immer wieder vorgehalten, er lasse es an Finesse der Quellenkritik fehlen und nehme das Verschriftlichte für bare Münze, ohne die inneren Konflikte zwischen Regierung und Generalstab und den taktischen Zweck amtlicher Papiere zu berücksichtigen. Diese Kritik zielte insbesondere darauf, die politische Führung im Gegensatz zur Heeresleitung zu entlasten, während es Fischer darum ging, den ausschlaggebenden politischen Willen Deutschlands als Ganzes und dessen Entwicklung unter Wilhelm II. darzustellen.<sup>397</sup> Fischers Hauptkontrahent wurde Gerhard Ritter. Der Freiburger Neuzeithistoriker war unmittelbar nach Kriegsende neben Friedrich Meinecke die alles überragende Figur der

<sup>394</sup> Karl Dietrich Erdmann: Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs. In: GWU 15 (1964), S. 525-540 (525).

<sup>395</sup> Vgl. Imanuel Geiss und Bernd Jürgen Wendt (Hg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag. Düsseldorf 1973, S. 9ff. (Vorwort der Herausgeber).

<sup>396</sup> Fritz Fischer: Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918. In: HZ 188 (1959), S. 249-310.

<sup>397</sup> Vgl. Hans Herzfeld: Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg. In: HZ 191 (1960), S. 67-82, und die Erwiderung von Fritz Fischer: Kontinuität des Irrtums. In: Ebd., S. 83-100. Vgl. auch Arnold Sywottek: Die Fischer-Kontroverse. Ein Beitrag zur Entwicklung des politisch-historischen Bewusstseins in der Bundesrepublik. In: Geiss und Wendt: Deutschland in der Weltpolitik, S. 19-47 (21f.).

westdeutschen Geschichtswissenschaft gewesen. Seine Nähe zum Widerstandskreis um Gördel, bei nationalkonservativer Grundposition, brachte ihm im Zuge der Neuetablierung der Geschichtswissenschaft viel Kredit ein. Durch ihn hatte die politikhistorische und historistische, national bekennende Tradition der noch preußisch geprägten Historiker eine kräftige Stimme. Auf dem ersten Historikertag nach 1945 hielt Ritter die Hauptrede zur Neuorientierung des Fachs und führte als ermutigenden Umstand an, dass der „Sieg der deutschen Hauptthesen“ in der internationalen Kriegsschulddiskussion der 20er Jahre eine große Leistung der deutschen Historiker gewesen sei<sup>398</sup>: Deutschland war demzufolge zwar Schuld am Zweiten, nicht aber am Ersten Weltkrieg. Mit dieser Gewissheit ließ sich nationaler Stolz kontinuierlich. Gegen Ritters Sicht der Dinge hatte schon Ludwig Dehio den Begriff eines aus dem Imperialismus folgenden Hegemonialkrieges verwendet, der um der „Weltmacht“ willen heraufbeschworen worden sei, und „die Strukturverwandtschaft des zweiten mit dem ersten Weltkriege“ vermerkt.<sup>399</sup> Dehio zog als einer der ersten deutschen Historiker eine Linie von Preußen zu Hitler.<sup>400</sup> Ritter erregte sich zunehmend über die „verkrampfte Haltung Dehios“, der „immer noch von der Katastrophenstimmung von 1945“ nicht loskomme.<sup>401</sup> An Theodor Schieder schrieb er 1961: „Die Rederei vom ‚preußischen Erfolgsrezept‘ scheint mir ein Gipfel offensichtlicher Verrantheit und typischer Tendenzhistorie.“<sup>402</sup> Und einem amerikanischen Kollegen gegenüber beschwerte sich Ritter ein Jahr später, Dehio stecke in Sachen Militarismus und Preußentum „voll doktrinärer Vorurteile“.<sup>403</sup> In diese Auseinandersetzung platzte 1961 Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“.<sup>404</sup> Paul Sethe, der als Redakteur der „Zeit“ im Oktober eine Rezension vorbereitete, informierte Ritter über das bevorstehende Erscheinen und teilte ihm mit, das Buch sei deshalb so beunruhigend, weil daraus hervorgehe, dass der Reichkanzler Bethmann Hollweg in der Julikrise

<sup>398</sup> Gerhard Ritter: Die gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. In: HZ 170 (1950), S. 1-22 (16).

<sup>399</sup> Ludwig Dehio: Gedanken über die deutsche Sendung 1900-1918. In: HZ 174 (1952), S. 479-502 (480, 483).

<sup>400</sup> In seinem Vortrag auf dem Historikertag 1951, vgl. Ludwig Dehio: Deutschland und die Epoche der Weltkriege. In: HZ 173 (1952), S. 77-94 (87), wo er ausführte, der „nationale Aktivismus“ nach 1919 habe die „preußisch-deutsche Machttradition“ in sich verschmolzen „zu der neuen faschistischen Dynamik“. Vgl. auch Ludwig Dehio: Preußisch-deutsche Geschichte 1640-1945. In: APuZ B 3 1961, S. 25-31.

<sup>401</sup> Bundesarchiv Koblenz, NL Ritter, Nr. 99 a, Brief an Dr. Maibaum, Bundeszentrale für Heimatdienst, 16. März 1961.

<sup>402</sup> Ebd., Ritter an Schieder, 28. April 1961.

<sup>403</sup> Ebd., Ritter an Andreas Dorpalen, 3. Juli 1962.

<sup>404</sup> Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegsziele des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961.

1914 bewusst auf einen Krieg zugesteuert habe.<sup>405</sup> Der so erneut Herausgeforderte, mobilisierte Fachkollegen, darunter auch Theodor Schieder, zur Gegenwehr. Fischer behauptete, Bethmann Hollweg habe den Krieg entfesselt, um Eroberungen im Westen und im Osten zu machen. An Schieder wie auch an Hans Herzfeld schrieb Ritter, er sei „entsetzt über den politischen Masochismus der jüngeren Historikergeneration“.<sup>406</sup> Im Mai 1962 wählte er die Deutsche Presse-Agentur für einen Angriff auf Fischer in breiter Öffentlichkeit und unterstellte ihm subversive politische Absichten.<sup>407</sup> Von anderer Seite erfuhr Fischer Zuspruch. Karl Dietrich Bracher etwa lobte in seiner Besprechung, dass die „Irrtümer und Legenden der jüngeren Vergangenheit“ entschleiert würden, sei eine wichtige Funktion zeitgeschichtlicher Forschung.<sup>408</sup> Doch Ritter blieb bei seiner Haltung. Mit dem neuen Kriegsschuldvorwurf vollziehe sich eine „Verwirrung“ und „Verdunkelung“ des deutschen Geschichtsbewusstseins.<sup>409</sup> Einem französischen Kollegen klagte er, alles, was „vorangehende Geschlechter“ geleistet hätten, werde nun in „lichtlose Nacht“ getaucht.<sup>410</sup> Der Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm soll vor Studenten gar gesagt haben, Fischer begehe „schlicht Landesverrat“.<sup>411</sup>

Karl Dietrich Erdmann war indessen von Theodor Schieder als Herausgeber der Historischen Zeitschrift für die dortige Besprechung des „Griff nach der Weltmacht“ vorgesehen<sup>412</sup>; der Beitrag kam nicht zustande. Er übernahm allerdings eine weit entscheidendere Aufgabe, als er zur selben Zeit als Nachfolger seines 1961 verstorbenen Kölner Lehrers Peter Rassow in die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften eintrat. Rassow hatte nach eigenem Bekunden seit 1915 zu einem intellektuellen Freundeskreis gehört, der enge Beziehungen zu Bethmann Hollweg unterhielt, und war wie Ritter „entsetzt“ über Fischers Anklage des Kriegskanzlers.<sup>413</sup> Erdmann unternahm es nun, mit Hilfe einer schon von Rassow begutachteten neuen Quelle, die durch die Kommission herausgegeben werden sollte, den Eindruck zu widerlegen, Bethmann Hollweg habe den Krieg gewollt. Dabei han-

<sup>405</sup> Vgl. den Briefwechsel Ritter-Sethe im NL Ritter, sowie im Zusammenhang Bernd F. Schulte: Die Verfälschung der Riezler Tagebücher. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der 50er und 60er Jahre. Frankfurt a.M. 1985, S. 119ff., Zitat Sethe, S. 120.

<sup>406</sup> NL Ritter, Brief an Herzfeld, 30. Oktober 1961, und Brief an Schieder, 31. Oktober 1961.

<sup>407</sup> Vgl. Sywottek: Die Fischer-Kontroverse, S. 24.

<sup>408</sup> Karl Dietrich Bracher: Vorspiel zur deutschen Katastrophe. In: NPL 7 (1962), S. 471-482.

<sup>409</sup> Gerhard Ritter: Eine neue Kriegsschuldthese? In: HZ 194 (1962), S. 646-668, und ders.: Zur Fischer-Kontroverse. In: HZ 200 (1965), S. 783-787.

<sup>410</sup> Zit. nach Schulte: Die Verfälschung, S. 127.

<sup>411</sup> Zit. nach ebd., S. 124, jedoch ohne präzise Quellenangabe.

<sup>412</sup> Vgl. NL Ritter, Brief Schieder an Ritter, 28. Dezember 1961.

<sup>413</sup> Vgl. Schulte: Die Verfälschung, S. 133.

delte es sich um die Tagebücher des 1955 gestorbenen Kurt Riezler, der vor dem Ersten Weltkrieg zunächst als Pressereferent im Auswärtigen Amt tätig war, dann ins unmittelbare Umfeld des Reichskanzlers kam und als dessen persönlicher Assistent im „großen Hauptquartier“ Kriegsausbruch und –verlauf bis zum Rücktritt Bethmann Hollwegs im Juli 1917 erlebte. Als Erdmann im Oktober 1962 teils Originale, teils Abschriften aus den Jahren 1910/11 und 1914 bis 1918 übernahm, hatte es um die Aufzeichnungen bereits ein jahrelanges Tauziehen gegeben, denn Riezler hatte testamentarisch deren Vernichtung verfügt. Zu den Spekulationen über den Sinn dieses letzten Willens und über den Inhalt der Tagebücher trug Hans Rothfels bei, der auf dem Höhepunkt der Fischer-Kontroverse im März 1962 an Gerhard Ritter schrieb, er habe bei einem Treffen mit Riezler in New York 1945 Auszüge aus dessen Niederschriften vorgelesen bekommen und von der Veröffentlichung abgeraten, da „Bethmanns ‚Hoffen‘ auf den Krieg mit Rußland mir für die damalige Zeitstimmung zu deutlich belegt schien“.<sup>414</sup> Rothfels wollte im Moment des Zusammenbruchs keinen Stoff für zusätzliche Anklagen gegen Deutschland veröffentlicht wissen. Dennoch bestand bei Erdmann wie auch bei Ritter nun die Hoffnung, gerade zum gegenteiligen Zweck nationaler Entlastung vom Tagebuch Gebrauch machen zu können.<sup>415</sup> Für den Kieler Historiker wurde es zur zentralen Quelle; er rang um die Erlaubnis der Erben Riezlers, es öffentlich zitieren zu dürfen, bekam erst 1968 das Einverständnis

---

<sup>414</sup> Der Brief datierte vom 21. März 1962 und ist offenbar verschollen. Nachvollziehen lässt sich, dass Ritter, der an den Tagebüchern ebenfalls interessiert war, das Schriftstück am 30. März 1962 an Erdmann weitersandte mit der Bemerkung: „Es ist von geradezu brennender Wichtigkeit, zunächst einmal die Tagebücher Riezlers vom Juli-Sept. 1914 einzusehen, trotz der vom Bruder Riezlers [Walter Riezler, der als Nachlassverwalter eingesetzt war, O.S.] geäußerten Bedenken. [...] In meinem Fall handelt es sich ja aber darum, daß ich versuchen will, das durch Fischer völlig entstellte Bild Bethmanns zu korrigieren und vor übertriebener Kritik zu schützen.“ NL Ritter, zit. nach Schulte: Die Verfälschung, S. 223f. Das Zitat von Rothfels entstammt seinem Brief an Siegfried A. Kaehler, 31. März 1962, in dem auf den Vorgang Bezug genommen wird. Zit. nach ebd., S. 225.

<sup>415</sup> NL Ritter, Brief Erdmann an Ritter, 2. Mai 1962, in dem vom Besuch Erdmanns bei Walter Riezler berichtet wird. Dort auch die Einschätzung Fischers: „Ich finde, daß das Buch von Fischer vor allem deswegen nicht genügt, weil es den historischen Maßstab vermissen läßt. Man kann die deutsche Kriegszielerörterung nur dann gerecht beurteilen, wenn man sie vor den Hintergrund der Kriegszielsetzungen unserer Gegner stellt und wenn man sie von den Denkvoraussetzungen der Zeit begreift. Schließlich darf man ja wohl auch nicht vergessen, daß es, nachdem der Krieg einmal ausgebrochen war, zu den notwendigen Überlegungen der Verantwortlichen gehören musste, wie man sich für die Zukunft gegen die Wiederholung eines solchen Ereignisses schützen konnte. [Absatz] Was Sie mir in Ihrem Brief und auf Ihrer Postkarte an unkorrekter Aktenbehandlung bei Fischer mitteilen, ist mir außerordentlich wertvoll. Es wird mir für meine Auseinandersetzung mit Fischer wichtig sein. Aber meinen Sie nicht auch, daß es richtig ist, wenn ich meine Beschäftigung mit ihm von der neuen durch Riezler gegebenen Basis aus anlege? Das würde mich wirklich reizen, und ich hoffe, daß ich im Laufe der nächsten Monate soweit komme, daß Walter Riezler mit einer solchen Benutzung der Tagebücher seines Bruders einverstanden ist.“ Zit. nach Schulte: Die Verfälschung, S. 225f, 226.

zur Gesamtedition<sup>416</sup> und verteidigte noch Anfang der 80er Jahre gegen starke quellenkritische Einwände gereizt und polemisch die uneingeschränkte Zuverlässigkeit, zweifelsfreie Authentizität und Aussagekraft des gesamten 1972 publizierten Materials.<sup>417</sup>

Als Erdmann 1964 erstmals die Riezler-Tagebücher verwenden konnte, um gegen Fritz Fischer Stellung zu nehmen, argumentierte er vor allem gegen das von diesem behauptete Aggressionspotenzial der von Bethmann Hollweg verantworteten Politik. Riezlers Beobachtungen vom Juli 1914 zeigten einen Reichskanzler, der in

<sup>416</sup> Vgl. Karl Dietrich Erdmann: Die Jagd nach Riezlers Tagebuch. Wie ein Historiker zu seiner Quelle kommt. Rundfunkvortrag, NDR, 1971. In: Ders.: Geschichte, Politik und Pädagogik. Aufsätze und Reden, Bd. 2. Hgg. v. Klaus Kellmann, Michael Salewski und Gerhard Stoltenberg. Stuttgart 1986, S. 126-129.

<sup>417</sup> Kurt Riezler: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Hgg. und eingeleitet v. Karl Dietrich Erdmann. Göttingen 1972. Zu dem Streit um das Dokument trug bei, dass Erdmann 1964 erstmals aus dem Material zitierte, ohne dass sich die Passagen überprüfen ließen, da er durch die Nachlasssperr der Familie Riezler bedingt privilegierten Zugang hatte. Auch nachdem die Editions genehmigung durch Kurt Riezlers Tochter Mary White am 8. Februar 1968 aus den USA eingetroffen war, vergingen weitere vier Jahre, bis der Quellenband veröffentlicht vorlag. Allerdings blieben die Originale, die Erdmann an das Bundesarchiv in Koblenz abgab, ein weiteres Jahrzehnt unter Verschluss, so dass auch während der 70er Jahre noch, trotz erster kritischer Nachfragen, das Editionsverfahren keiner Prüfung zugänglich war. 1983 kam es zu einem Eklat. Bernd Söseman warf Karl Dietrich Erdmann in der Historischen Zeitschrift vor, den unterschiedlich zuverlässigen Aussagewert von originalen Handschriften Kurt Riezlers einerseits und autorfremden Abschriften andererseits, deren handschriftliche Vorlagen vernichtet wurden, nicht ausreichend kenntlich gemacht zu haben. Für die Jahre 1910 bis 1914 sei die Überlieferung durch die selektiven Transkriptionen von Walter Riezler, die nach 1955 entstanden, nicht mehr voll belastbar. Es ließe sich nicht mehr sagen, ob nicht wichtige Stücke aus politischer Rücksichtnahme entfernt wurden. Einen zweiten Grund zu Misstrauen boten insbesondere die für die Auseinandersetzung mit Fritz Fischer zentralen Aufzeichnungen zwischen dem 7. Juli und dem 14. August 1914. Sie liegen in Riezlers Originalhandschrift vor. Doch heben sie sich ab, da sie nicht wie das sonstige Tagebuch in Schreibheften, sondern auf losen Blättern („Blockblätter“) notiert wurden. Deshalb und weil er an Sprach- und Schreibstil größere Sorgfalt und Ausgeformtheit erkannte, kam Söseman zu dem Schluss: „Kurt Riezler hat einen Teil des Tagebuchs bearbeitet.“ Die Notate zur Juli-Krise, die den Kriegsausbruch festhalten, seien „nicht die ursprünglichen Niederschriften, sondern ihre späteren Bearbeitungen“. Die Absicht dieser angeblichen Nachbearbeitung, die Söseman auf die Zeit nach dem Krieg datierte, habe in Riezlers Wunsch gelegen, Schaden von Deutschland abzuwehren. Der Herausgeber habe bedeutende Informationen vorenthalten, „so daß der Benutzer auf falsche Fährten gerät.“ Bernd Söseman: Die Tagebücher Kurt Riezlers. Untersuchungen zu ihrer Echtheit und Edition. In: HZ 236 (1983), S. 327-369 (353, 358ff., 367). Erdmann erwiderte gekränkt und erregt, sein Kritiker sitze auf hohem Ross, die Darstellung sei das „Produkt der unkontrollierten Phantasie des Herrn Söseman“, der auf „mehr als dubiose Art“ argumentiere. Auch für die Zeit nach 1914 lägen Abschriften Walter Riezlers vor; diese seien am Original zu prüfen und erwiesen sich als korrekt und zuverlässig, so dass auch die Transkriptionen von vor 1914 keinen Grund zur Beanstandung gäben. Die „Blockblätter“ wiesen keine stilistischen Brüche auf, das Schriftbild sei nicht außergewöhnlich. Das Material sei insgesamt authentisch und daher auch geschlossen als kohärentes Tagebuch zu präsentieren. Riezlers Aufzeichnungen zur Juli-Krise seien in ihrem Aussagewert als gesichert anzusehen. Vgl. Karl Dietrich Erdmann: Zur Echtheit der Tagebücher Kurt Riezlers. Eine Antikritik. In: ebd., S. 371-402 (371, 373f., 376, 378, 383ff., 397f.). Der Konflikt wurde auch durch Bernd F. Schultes Verschwörungstheorie, derzufolge eine gezielt beabsichtigte Fälschung Erdmanns aus politischen Gründen vorliege, nicht entschieden. Vgl. ders.: Die Verfälschung. Die Hinweise Sösemanns wie Schultes genügen nicht, um den Manipulationsverdacht zweifelsfrei zu belegen. Hier soll nur festgehalten werden, dass mit der Edition der Tagebücher in der Tat geschichtspolitische Zwecke verfolgt wurden und dass Erdmann auch bloße Unsicherheiten über die Zuverlässigkeit der Überlieferung von Riezlers Tagebüchern nicht zulassen wollte. Die Quelle sollte über jeden Zweifel erhaben sein.

„Sorge und Furcht“ glaubte, der Krieg sei unausweichlich. „Hier wird also bestätigt, was bisher von der Forschung durchweg angenommen, aber jüngstens bestritten worden ist“, schrieb Erdmann in seinem Aufsatz, „nämlich die Sorge vor der Isolierung Deutschlands als Grundmotiv Bethmann Hollwegs, eine Sorge, die um so schwerer wiegt, wenn er Deutschland mit seinem östlichen Nachbarn vergleicht.“<sup>418</sup> Die Bedrohung durch das zaristische Russland galt als Tatsache. Das Kriegszielprogramm vom September 1914, das Riezler für den Kanzler entworfen hatte, wertete er hingegen als unverbindliche Sammlung aller möglicher Ideen, die Produkt, nicht Ursache des Kriegsausbruchs gewesen seien. Annexionen, Vormachtstellung gegen Ost und West und Hegemonie in Europa seien Ziele, die der Selbstbehauptung Deutschlands und der „Teilhabe an der Weltherrschaft“ hätten dienen sollen.<sup>419</sup> „Das wichtigste Ergebnis“, das sich aus der neuen Quelle ergebe, folgerte er 1972 in einer langen Einleitung zu den Tagebüchern, sei, dass der Kanzler geglaubt habe, „in einer Zwangslage zu sein und keine andere Wahl zu haben, als Österreich-Ungarn gegen die serbisch-russische Herausforderung zu unterstützen, wenn anders Deutschland nicht Gefahr laufen wollte, seinen letzten Bundesgenossen zu verlieren.“<sup>420</sup> Bethmann Hollweg habe um das Risiko des Krieges gewusst, es sehenden Auges in Kauf genommen, habe aber, weil er die Siegeschance für so ungewiss hielt, „für die deutsche Politik im Juli 1914“ alles daran gesetzt, „die Krise unter Kontrolle zu halten und am Kriege vorbeizusteuern“. Deutschland in der Defensive, Russland bedrohlich sich aufrüstend und nach Westen ausgreifend – das war laut Erdmann die Situation, in der Bethmann Hollweg, von Riezler notiert, geäußert haben soll, dass man Aussicht auf den Sieg allenfalls noch habe, wenn der Krieg aus dem Osten kommt, und zwar besser früher als später.<sup>421</sup> „Er glaubte die ‚Sprengkraft‘ Rußlands werde in wenigen Jahren nicht mehr abzuwehren sein, es sei denn, es gelinge, die bestehende europäische Mächtekonstellation zu verändern“, schrieb Erdmann dann in der neunten Auflage des Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, die im vierten Band 1973 erschien.<sup>422</sup> Zur Kriegsschuldfrage vermerkte er an dieser Stelle, dass mit Fischers „Griff nach der Weltmacht“ die einseitige Beschuldigung Deutschlands im

<sup>418</sup> Erdmann: Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, S. 536.

<sup>419</sup> Ebd., S. 538f.

<sup>420</sup> Karl Dietrich Erdmann: Kurt Riezler – ein politisches Profil. 1882-1955. In: Riezler: Tagebücher, S. 19-159 (51).

<sup>421</sup> Ebd., S. 52f.

<sup>422</sup> Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearb. Auflage, hgg. v. Herbert Grundmann, Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege, 1. Teilband: Der Erste Weltkrieg, Die Weimarer Republik. Bearb. v. Karl Dietrich Erdmann. Stuttgart 1973, S. 45.

Versailler Vertrag, die durch eine Verständigung deutscher und französischer Historiker 1951 schon als überwunden gegolten habe, erneuert worden sei.

„Wollte man strafrechtliche Kategorien anwenden, so könnte man sagen, daß Deutschlands Verantwortung für den Krieg darin besteht, daß es mit ‚bedingtem Vorsatz‘ (dolus eventualis) gehandelt hat. Die Motivation hierfür aber wird nicht in dem vorgefaßten Willen gesehen, territoriale und wirtschaftliche Expansionsziele mit Gewalt zu verwirklichen, sondern in dem defensiven Willen zur Selbstbehauptung als Großmacht. Es scheint, daß die in diese Richtung gehenden Erklärungsversuche, gestützt nicht zuletzt auf die Tagebücher Kurt Riezlers, die stärkeren Argumente für sich haben.“<sup>423</sup>

Der Kriegsausbruch von 1914 sei eine Tragödie in dem Sinne, dass im Konflikt der europäischen Mächte „nicht Recht gegen Unrecht, sondern Recht gegen Recht“ gestanden habe.<sup>424</sup> Imanuel Geiss, Schüler Fischers und engagierter Verfechter von dessen Thesen, las indes im selben Jahr anderes aus Riezlers Hinterlassenschaft. Mit dem Tagebuch könne die Fischer-Kontroverse als abgeschlossen gelten, und zwar deshalb, weil es den „hegemonialen Charakter der deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg bestätigt“.<sup>425</sup> Die im September-Programm fixierte Expansion sei eingebettet in einen breiten Strom gleichlaufender Überlegungen im Umfeld des Kanzlers. Davon gäben auch die Zeugnisse Riezlers von vor dem Krieg Auskunft; Erdmann nehme ihn in Schutz, weil er „mit dem jungen Riezler auch die Basis der eigenen Weltanschauung“ verteidige, den „philosophischen und historisierenden Idealismus“.<sup>426</sup> Allerdings habe sich Riezler im Laufes des Krieges mehr und mehr vom Militarismus und der preußischen Machtarroganz abgesetzt. Deshalb könne sein Tagebuch befreiend wirken und „nationalpädagogisch zur politischen Bildung der Deutschen beitragen“:

„Heute, da die Folgen des Zweiten Weltkriegs politisch und geistig noch nicht ganz überwunden sind, wie die Debatte um die Ostverträge zeigt, kann die

---

<sup>423</sup> Ebd., S. 52f.

<sup>424</sup> Ebd., S. 54.

<sup>425</sup> Imanuel Geiss: Kurt Riezler und der Erste Weltkrieg. In: Geiss und Wendt: Deutschland in der Weltpolitik, S. 398-418 (399).

<sup>426</sup> Ebd., S. 400.



Lektüre des Riezler-Tagebuchs aus dem Ersten Weltkrieg im Schatten des noch immer drohenden Dritten Weltkriegs generell heilsam wirken.“<sup>427</sup>

Dass Karl Dietrich Erdmann nun dieser letzten Aussage durchaus zustimmen konnte, kennzeichnet wiederum seine Ambivalenz und führt unmittelbar auf seine Haltung zur Ostpolitik Willy Brandts. Im Gebhardt beklagte er, dass zwar 1914 niemand willentlich den Krieg herbeigewünscht habe, dass aber in Deutschland und Europa auch niemand ausdrücklich den Frieden zu wählen in der Lage war.<sup>428</sup> Erdmann verteidigte die deutsche Geschichte als legitimes Insistieren auf nationalen Machtzugewinn, aber er distanzierte sich von der Vorstellung, der Hochrüstung und dem Krieg sei irgendeine historische Notwendigkeit oder ein zwingender Nutzen zu eigen. In einer bemerkenswerten Auseinandersetzung mit seinem Kölner Habilitationsbetreuer Peter Rassow bezog er schon 1958 im aufwühlenden Streit um die Atombewaffnung der Bundeswehr eine ablehnende Position. Rassow hatte in einem Rundfunkvortrag, mit dem Ziel, die Forderungen nach Rüstungsbeschränkungen zu desavouieren, behauptet, dass nicht Ideen oder parteipolitische Präferenzen die Außenpolitik bestimmten, sondern Waffenbesitz, Staaten- und Mächterivalität. Der Westen sei auf dem Weg zu einem Machtblock unter Führung des „größten Schwerträgers“, den USA, und wie unter Preußen die deutschen Einzelstaaten verlören nun die anderen NATO-Mitglieder ihre Staatlichkeit. Das „Missionsbewusstsein“ und der „Angriffstrieb“ der Sowjetunion übten aggressiven Druck auf die Bundesrepublik aus. „Der Kreml braucht nur den Befehl zu geben!“, warnte Rassow. Die Elitebildung unter den Staaten und der Drang zur Waffenentwicklung seien nicht steuerbare Triebe. „Nein, Gewaltlosigkeit ist nie und nirgends im Völkerleben ein Garant des Friedens gewesen.“<sup>429</sup> Erdmann antwortete mit einem offenen Brief, dass er Vorbehalte habe gegen die Gleichsetzung von West und Ost unter einem Gesetz der Mächtekonkurrenz ohne Ansehen der je verschiedenen Werte und Normen. Überdies sei die Kontrolle der Waffen zu einer „Existenzfrage der Menschheit“ geworden.<sup>430</sup> Er fügte 22 „Thesen zur rüstungspolitischen Lage“ hinzu, die ihn keineswegs als Pazifisten, aber im Ergebnis einer stufenweisen Abwägung als eine Art realpolitisch gesinnten Rüstungskeptiker und Kriegsgegner ausweisen. Das Dilemma des Westens

---

<sup>427</sup> Ebd., S. 418.

<sup>428</sup> Vgl. Gebhardt Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege, 1. Teilband, S. 53.

<sup>429</sup> Peter Rassow: Großmächte, Weltmächte, Machtblöcke. In: GWU 9 (1958), S. 287-295 (292, 294).

<sup>430</sup> Ebd., S. 296.

sei es, mit der Atombombe die konventionelle Rüstungsüberlegenheit des Ostens ausgleichen zu wollen und zugleich durch diese Massenvernichtungswaffe wie nie zuvor bedroht zu sein. Ein Verzicht auf das Machtgleichgewicht zur Sowjetunion hingegen würde ein „Erlahmen des intellektuellen und moralischen Selbstbehauptungswillens“ bedeuten, setze man nicht sein „Vertrauen in die Fähigkeit des westlichen Menschen zu gewaltlosem, leidenden Widerstand“.<sup>431</sup> Eine denkbare Lösung sah er darin, ein Gleichgewicht an konventionellen Waffen herzustellen, also den Westen trotz der Gefahr einer „Militarisierung des öffentlichen Lebens“ konventionell aufzurüsten, um eine Politik der atomaren Abrüstung „ohne Einbuße an Sicherheit“ zu ermöglichen. Atomwaffen hingegen müssten begrenzt und kontrolliert werden, Herstellung und Erprobung seien zu beenden, kleinere und mittlere Staaten müssten auf ihren Besitz verzichten. Dennoch aber bleibe die Existenz dieser Waffe und die Möglichkeit ihrer Anwendung. „Damit scheidet der Krieg als ultima ratio der Politik aus“, lautete Erdmanns Fazit in These 20. „Wir befinden uns in einer Welt-situation“, so sein nächster Schritt, „die durch keine historische Analogie mehr gedeutet werden kann.“ Und schließlich die Schlussthese: Es sei der Sinn einer zeitgemäßen Machtpolitik, „sich selber aufzuheben durch eine Politik, die auf die Herstellung einer universalen Friedensordnung ausgerichtet ist.“<sup>432</sup>

Mitte der 60er Jahre dann, als Erdmann den Vorsitz des Historikerverbandes inne hatte, fuhr er anders als Theodor Schieder, der dies noch danach vermied, zum ersten wissenschaftlichen Kongress, auf dem sich sowjetische und bundesdeutsche Historiker offiziell trafen, nach Moskau. Seine internationale Dialogbereitschaft gab auch bei dieser sensiblen Einladung den Ausschlag. Immerhin stand die Geschichte des Zweiten Weltkrieges auf dem Programm. Sein knapp gehaltener Bericht lässt bei aller Zurückhaltung der Formulierung ahnen, mit welchen Vorbehalten Erdmann diese Konferenz besuchte und welchen inneren Zwiespalt er empfand, der noch aus der Kriegsgegnerschaft resultierte.

„Was immer die politischen Gründe gewesen sein mögen dafür, daß die Einladung sich auch an Historiker des Volkes richtete, dessen vor 20 Jahren erfolgte Niederwerfung das offizielle Rußland zu feiern sich anschickt – es muß festge-

---

<sup>431</sup> Karl Dietrich Erdmann: Thesen zur rüstungspolitischen Lage. In: GWU 9 (1958), S. 296-299 (297).

<sup>432</sup> Ebd., S. 299.

stellt werden, daß ihnen das freie Wort nicht verweigert wurde und daß sie davon in vollem Umfang Gebrauch machen konnten.“<sup>433</sup>

Auch als Historiker fühlte er sich noch in der Haut des „Volksgenossen“, der er als Soldat an der Ostfront zu sein glaubte. Und unwillkürlich sprach er vom Ende des Zweiten Weltkrieges wieder wie 1945, nicht etwa als Befreiung von Hitler oder als Beginn des Friedens, sondern als „Niederwerfung“ des deutschen Volkes, zu dem folglich dann die Opfer des NS-Regimes nicht gehören konnten. Die Reflexe der alten Identität waren also noch intakt, während er gleichzeitig sich auf das neue Gebot eines fairen Dialogs einzustellen wusste. Er klagte über den sowjetischen Geschichtsdogmatismus, der die Überlegenheit des Kommunismus preise und für den der Hitler-Stalin-Pakt tabu sei. „Dass die Geschichtswissenschaft in besonders engem Verhältnis zur Politik steht, ist im Osten wie im Westen in gleicher Weise evident“, schrieb er, doch „nach sowjetischer Auffassung“ sei sie eben eine „Dienerin der Politik“. Die Chance der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sah er gleichwohl dadurch begründet, dass auch von kommunistischen Historikern die Geltung von empirischen Fakten nicht bestritten werde. Den Austausch hielt er für sinnvoll und schlug vor, zu einem weiteren Treffen in der Bundesrepublik zusammen zu kommen, wo für ebensolche „Fairneß und Gastfreundschaft“ wie in Moskau gesorgt sei.

Der Entspannungsprozess, der zwischen den USA und der UdSSR nach der Kuba-Krise und dem Bau der Berliner Mauer einsetzte, förderte auch in der Bundesrepublik die Bereitschaft, sich mit den kommunistischen Diktaturen im Interesse der Friedenssicherung zu verständigen. Im März 1966, Willy Brandt war inzwischen Außenminister der Großen Koalition, beschäftigte sich die dritte Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands mit der kurz zuvor erschienenen EKD-Denkschrift über die „Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. Hier wurde die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze empfohlen. Erdmann war eingeladen worden, einen Vortrag zu dem stark umstrittenen Thema zu halten. Ein nationaler, machtpolitischer und gesellschaftlich-ideologischer Antagonismus, so begann er, stehe einer Verständigung wie sie mit Frankreich erreicht wurde im Falle der östlichen Nachbarn entgegen. Dem Marxismus wusste Erdmann wie schon Werner Conze den Verzug abzugewinnen, dass er durch seine ökonomische

---

<sup>433</sup> Karl Dietrich Erdmann: Kongreß zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges in Moskau. In: GWU 16 (1965), S. 370-373 (371).

Betrachtung „über die frühere polnische Gesamtverurteilung der deutschen mittelalterlichen Ostkolonisation hinausgelangt“: Sozialgeschichtliche Faktoren ließen „die europäische und deutsche Kolonisationsbewegung im Mittelalter im Gefälle von West nach Ost als geschichtlich notwendig erscheinen“.<sup>434</sup> In einer Vermengung von völkischer, geopolitischer und militärischer Ausdrucksweise sprach Erdmann von „drei große[n] Siedlungsspitzen des deutschen Volkes“ als handelte es sich dabei um marschierende und erobernde Armeen; sie „ragten in den östlichen Raum hinein“, eine an der Ostsee bis Ostpreußen und bis ins Baltikum, eine in Schlesien, Böhmen und Mähren und eine entlang der Donau.<sup>435</sup> In diesem Expansionskampf sah er nun, Mittelalter anachronistisch mit Kaltem Krieg überblendend, einen Rückschlag um Jahrhunderte.

„Der Raum zwischen Elbe und Oder, der ursprünglich für das Deutschtum durch die Errichtung von Grenzmarken gegen den Osten unter den Karolingern und Ottonen gewonnen worden war, wechselte die Funktion, indem er jetzt zur ‚Mark‘ der östlichen Vormacht gegen den Westen wurde.“<sup>436</sup>

Auch klagte Erdmann wie in seinen früheren Beiträgen in den Begriffen der tradierten Ostforschung über die Ausmaße des 1945 für die Nation Verlorenen. „Im ostdeutschen Kolonialboden wurzeln die Erinnerungen an die Entstehungstunde der deutschen Nation“, sagte er, die Erinnerungen an die antinapoleonische Erhebung, an das Preußentum, „an eine Durchdringung von Geist und Macht, wie sie in gleicher Frische sich in der deutschen Geschichte seither nicht wieder ereignet hat“. Doch dann nahm seine Rede eine für das politische Urteil bedeutende Wendung.

„In der Diskussion, die durch die Vertriebenenedenkschrift der Evangelischen Kirche ausgelöst wurde, hat jemand gesagt, daß die Preisgabe der Ostgebiete auf einen Verlust unserer Geschichte hinauslaufe. Das will bedacht sein. Es sind nicht viele Worte darüber zu verlieren, in welchem Maße der Schicksalsbruch, den der Zweite Weltkrieg für unser Volk bedeutet, das Verhältnis zur Überlieferung zerstört hat. Wir können uns unserer Geschichte nicht mehr in der gleichen

---

<sup>434</sup> Karl Dietrich Erdmann: Deutschland und der Osten – zur historischen Einschätzung der gegenwärtigen Lage. In: GWU 17 (1966), S. 585-596 (586f.).

<sup>435</sup> Ebd., S. 587.

<sup>436</sup> Ebd., S. 588.

Weise anvertrauen und uns von ihr getragen fühlen, wie es noch nach dem Ersten Weltkrieg weithin der Fall war.“

Es habe sich eine Spaltung des nationalen Territoriums vollzogen, so dass „die alte Form des nationalen Daseins verloren und eine neue noch nicht gewonnen“ worden sei.

„Aber vergessen wir auch nicht: dieser Bruch mit unserer Geschichte hat sich nicht erst in der äußeren Katastrophe des Jahres 1945 vollzogen, sondern in der inneren Katastrophe des Jahres 1933, die das deutsche Volk im Osten wie im Westen in seiner Mehrheit einer Übersteigerung des Nationalismus verfallen ließ, an deren Ende die Zerstörung der Nation stand.“<sup>437</sup>

Er erinnerte an die Vernichtungslager und an den nationalsozialistischen Versuch, die polnische Elite zu ermorden, die übrige Bevölkerung zu versklaven.

„An die 5 Millionen Menschen büßte das polnische Volk ein, davon nur ein Bruchteil als Soldaten im Kriege, die meisten durch Hunger, in den Aufständen, durch Massenliquidationen in den Vernichtungslagern.

Warum sage ich dies hier? Ist das nicht alles übergenug bekannt?“

Im polnischen historischen Bewusstsein sei diese Vergangenheit bestimmend.

„Ich halte es daher für höchst unrealistisch, wenn in manchen publizistischen Repliken auf die Ostdenkschrift der Kirche zwar die von Polen verübten Untaten an Deutschen breite Erwähnung finden, aber von dem Erleiden der Polen im Zweiten Weltkrieg nicht oder nur obenhin die Rede ist.“ [...]

Um der intellektuellen Redlichkeit willen ist es aber notwendig, hier noch einen Schritt weiterzugehen. Bedenken wir die Zeitfolge. Zuerst war die nationalsozialistische Schreckensherrschaft in Polen, dann die gewaltsame Vertreibung der Ostdeutschen aus ihrer Heimat. Das eine ist die Folge des anderen, wenn es

---

<sup>437</sup> Ebd., S. 590f.

irgendwo einen eindeutig erkennbaren Kausalzusammenhang in der Geschichte gibt.“<sup>438</sup>

Erdmann beendete seine Ansprache mit der Einsicht, dass die ehemals deutschen Gebiete inzwischen so eng „mit dem wirtschaftlichen und nationalen“ Leben Polens verbunden seien, dass dieser Zusammenhang „nur in einer katastrophenartigen Umwälzung wieder gelöst werden könnte“, und das wolle niemand.<sup>439</sup> Wichtiger als die Frage der deutsch-polnischen Grenze sei die „nach dem wirtschaftlichen, politischen, militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands“, wichtiger als die Frage nach einer Verschiebung der Grenzen sei „auch im Osten die nach ihrer Entschärfung.“<sup>440</sup>

Diese Rede ist ein Schlüsseldokument für das fortdauernde, spannungsreiche, unaufgelöste Nebeneinander von alten Loyalitätsgefühlen, von völkischem Bewusstsein einerseits und der Verurteilung der NS-Verbrechen andererseits. Deutlich wird, dass Erdmann anerkannte, wie der Schrecken des NS-Regimes, den die Deutschen mehrheitlich mittragen, einen herkömmlichen Nationalstolz unmöglich gemacht hatte. Eindrucksvoll sind die Formulierungen, die er für den von innen aufreißenden Bruch der Tradition fand. Die Deutschen könnten sich ihrer Geschichte nicht mehr „anvertrauen“. Wieder schien er sich vor sich selbst wie vor dem nationalkonservativen Gemeinplatz, nicht mehr belästigt werden zu wollen, rechtfertigen zu müssen, weil er von den NS-Verbrechen anfing. Warum, wo er es für „übergenuß“ bekannt hielt? Er musste auf das polnische Geschichtsbewusstsein verweisen, um für das deutsche die selbstkritische Erinnerung der unerwünschten Vergangenheit zu legitimieren. Diese hatte dann verbindliche Folgen. Denn er erkannte ebenfalls an, dass die Deutschen den Zweiten Weltkrieg mit allen seinen Folgen verursacht hatten. Deswegen und weil ein nüchterner politischer Verstand ihm vermittelte, wie irreversibel der Grenzverlauf geworden war, erhob er keine Forderungen nach Revision der Oder-Neiße-Linie. Warum wollte er dann aber sechs Jahre später die „Erklärung zur Ostpolitik“ nicht nur nicht unterstützen, sondern auch nicht stillschweigend akzeptieren?

In seinem Vortrag von 1966 gab er abschließend der innerdeutschen Grenze größeres Gewicht als der deutsch-polnischen. Er hielt die Frage nach der Wiedervereinigung für „umgreifender und dringender“ als die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

---

<sup>438</sup> Ebd., S. 592.

<sup>439</sup> Ebd., S. 595.

<sup>440</sup> Ebd., S. 596.

Ohne auf eine Wiedergewinnung der Ostgebiete zu setzen, verweigerte er sich daher im Frühjahr 1972 den Ostverträgen, weil er keiner vertraglichen Regelung der deutsch-polnischen Grenze zustimmen wollte, ohne dafür das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zwischen Elbe und Oder bekommen zu haben, und weil er im Moskauer und Warschauer den deutsch-deutschen „Grundlagenvertrag“ vom Dezember desselben Jahres sich ankündigen sah, in dem die wiedergewählte Regierung Brandt eine de-facto-Anerkennung der DDR besiegelte.

„Die gegenwärtigen Ostverträge stehen, wenn nicht ihrer völkerrechtlichen Formulierung nach, so doch in ihrem tatsächlichen politischen Gehalt im Widerspruch zum Grundgesetz. Tatsächlich wird durch diese Verträge für jede politisch kalkulierbare Zeit auf eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen verzichtet.“<sup>441</sup>

Erdmanns Urteil bezog der politischen Formulierung nach einen liberalen Standpunkt, der an die Unfreiheit in der DDR mahnte. Doch war damit nicht der volle historische Gehalt seiner Ablehnung ausgesprochen. Seine geschichtspolitische Gedanken- und mehr noch: Gefühlsentwicklung war mit der Rede vor der dritten Synode der EKD an den Punkt gelangt, die Verkapselung des Nationalsozialismus in Richtung der Nachkriegszeit zu lösen. Die NS-Herrschaft 1933-1945, die im konservativen Denken der 50er Jahre eine Insel im Fluss der Tradition geblieben war, verband Erdmann nun mit der Zeit danach. Im Zuge der Anpassung an gesellschaftliche Wandlungen erkannte er die Bedeutung der Massenverbrechen für die politische Anatomie der Bundesrepublik und für deren notwendig gebrochenes Nationalbewusstsein. Die zugleich in ihm fortwirkenden Affekte völkischer Weltanschauung projizierte er umso mehr zurück auf die vor dem Nationalsozialismus gelegene Geschichte der Deutschen. Zur Vorgeschichte von 1933 hin blieb die Sperre kausaler Bezüge bestehen. So hieß es in seiner Rede vor den Synodalen, dass die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg noch konnten, was nach dem Zweiten nicht mehr gelang: sich ihrer Geschichte „anvertrauen“, sich von ihr „getragen“ fühlen. Der stärkste Einspruch Erdmanns galt dementsprechend dem „historischen Fehlurteil“, wie es seine Kollegen in der „Erklärung zur Ostpolitik“ verantworteten. Als sei der aggressive Nationalismus nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich für die Machtübertragung an Hit-

---

<sup>441</sup> Erdmann: Die falsche Alternative, S. 360.

ler. Nein, seiner Auffassung nach führte keine nationalistisch, autoritär und militaristisch verdunkelte Vorgeschichte auf die finsterste Zeit zu. Wenigstens gab sie für ihn nicht den Ausschlag. Auch der Erste Weltkrieg war keine Folge solcher Traditionen, wie er mit seinen Bemühungen in der Fischer-Kontroverse und um Riezlers Tagebücher zu belegen bemüht blieb.

Mit der Ostpolitik machte Karl Dietrich Erdmann seinen Frieden. Im Schlussparagrafen des zweiten Teilbandes des Gebhardt über die „Zeit der Weltkriege“ schrieb er 1976, die „durch den Grundlagenvertrag ermöglichte Steigerung des Reiseverkehrs“ habe dazu geführt, „daß mehr Deutsche wieder in Beziehung zueinander treten“, und dies habe „als ein elementarer Vorgang an der Basis des Volkes auch eine kulturnationale Bedeutung“.<sup>442</sup> Er vermochte mit der Zeit zu gehen und sich mit der von Egon Bahr vertretenen Idee eines friedlichen Wettbewerbs der Sozialordnungen und eines „Gesprächsverhältnisses“ zwischen DDR und Bundesrepublik anzufreunden. Die verlorenen Ostgebiete spielten hier gar keine Rolle mehr; er erwähnte sie nicht einmal mehr. Das bedeutete nicht, Sozialpolitik oder Grenzverkehr als Ersatz für die stärkeren Empfindungen nationaler Gemeinschaft zu akzeptieren. Auf die am Schluss des Bandes über den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und die „deutschen“ Nachfolgestaaten Österreich, Bundesrepublik und DDR gestellte Frage, ob die Nachkriegsrealität „Ende oder Epoche der deutschen Geschichte“ sei, antwortete Erdmann, dass die „in der Geschichte gewordene deutsche Kulturnation“ von vielen „als noch vorhanden empfunden“ werde.<sup>443</sup>

„Wie kann von der deutschen Geschichte, wenn man von der Jahrhundertmitte auf sie hinschaut, anders gesprochen werden als in der Weise eines Epilogs? Gewiß würde der Begriff einer ‚deutschen‘ Geschichte im Absurden enden, wenn man ihren Gegenstand auf einen der Teilstaaten einschrumpfen ließe. Die Geschichte der Bundesrepublik ist nicht die Geschichte Deutschlands.“<sup>444</sup>

Aber auch die addierten Geschichten der Teilstaaten waren ihm noch nicht „deutsche Geschichte“. Insofern machte Erdmann hier keinen empirischen Einwand dage-

---

<sup>442</sup> Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, 9., neu bearb. Auflage, hgg. v. Herbert Grundmann, Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege, 2. Teilband: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939, Der Zweite Weltkrieg, Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Bearb. v. Karl Dietrich Erdmann. Stuttgart 1976, S. 803.

<sup>443</sup> Ebd., S. 804.



gen, einen Teil mit dem Ganzen zu verwechseln, sondern erhob normativen Protest gegen eine Geschichtsschreibung ohne erkenntnisleitenden nationalen Sinngehalt und ohne die deutsche Nation als Wertekern. Im Gefühlssturm des Zusammenbruchs hatte ihn 1945 die „Propaganda“ der Sieger empört, die auf die Vernichtungslager verwiesen, um, wie er glaubte, Deutschland anzuklagen. In den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der 50er und 60er Jahre überwandt er diese Abwehr und bezog schließlich auch die Perspektive der Opfer deutscher Massenverbrechen in die historische Urteilsbildung ein. Die inneren Konflikte, die diese dauernde Infragestellung nicht nur der deutschen Vergangenheit, sondern auch seiner ersten persönlichen Bildungserlebnisse unter dem Bann des protestantischen Staatsnationalismus herbeiführte, vermochte Erdmann nicht zu befrieden. Es blieb ein Moment der Unruhe über den Stellenwert nationaler Traditionen, an die er nach wie vor glaubte. Die Ostpolitik forderte ihn deshalb vor allem durch die historischen Verweise heraus, mit denen Historikerkollegen und Politikwissenschaftler sie begründeten. Diese kritischen Stimmen, die bis zum Nationalismus vor Hitler die Wurzeln der NS-Verbrechen zurückverfolgten, drohten in seinen Augen den nationalen Wertekern soweit zu schwächen, dass tatsächlich ein „Ende der deutschen Geschichte“ denkbar erschien. Dagegen stand vorerst nur das Wörtchen „noch“. Noch war ein Empfinden für die Nation vorhanden.

*d) Andreas Hillgruber: Es zeichnet sich ein totaler Bruch mit der gesamten deutschen Vergangenheit ab. Es ist eine Art „Vakuum“ entstanden. Es fehlt für die Bevölkerung Westdeutschlands ein Identifikationsfaktor*

Erdmanns Verlustgefühl teilte der Kölner Professor Andreas Hillgruber. Der 47jährige Ordinarius für Neuere Geschichte schloss sich aber dem Nachgeben des Älteren gegenüber der Ostpolitik nicht an. Zwischen 1971 und 1973 schrieb er ein Handbuch zur deutschen Geschichte, das die Periode von 1945 bis 1972 behandelt. Er bezeichnete es als „Wagnis“ und sah seine eigene Darstellung der Regierung Brandt-Scheel durch Gefühlsmotive des „politischen Engagements“ geprägt.<sup>445</sup>

---

<sup>444</sup> Ebd., S. 800.

<sup>445</sup> Andreas Hillgruber: Deutsche Geschichte 1945-1972. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik. In der Reihe: Deutsche Geschichte. Ereignisse und Probleme, hgg. v. Walther Hubatsch. Frankfurt a.M. 1974, S. 9f.

Hillgruber, der sich unter dem Eindruck der gesellschaftlichen Konflikte der Zeit selbst politisierte und seit 1969 der CDU angehörte, formulierte hier in der Tat ein tief verbittertes Manifest. Nicht nur gegen die neue Ostpolitik richtete er es, sondern ebenso gegen die „Revolte der jungen Intellektuellen“ und die sich daraus „entwickelnde ‚Bewegung‘ der studentischen Jugend“, die er als „tiefe Grundlagenkrise“ der Republik auffasste.<sup>446</sup>

Hillgruber wurde 1925 im ostpreußischen Angerburg geboren, war Königsberger Abiturient des Absolventenjahrgangs 1943, trat gleich darauf in die Wehrmacht ein, wurde Unteroffizier im Nachrichtenstab einer Infanteriedivision und geriet bei Kriegsende in französische Gefangenschaft.<sup>447</sup> Nach seiner Entlassung 1948 begann er das Studium der Geschichte, Germanistik und Pädagogik in Göttingen und ging bis 1964 in den hessischen Schuldienst nach Marburg. An der dortigen Universität habilitierte er sich 1965, lehrte als Privatdozent und ab 1967 als Wissenschaftlicher Rat. Am Marburger Historischen Seminar erlebte er wie Ernst Nolte die Anfänge der Studentenbewegung, wechselte allerdings 1968 vor dem Höhepunkt der Zusammenstöße auf ein Ordinariat nach Freiburg, wo er auch leitender Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamts wurde. Vier Jahre später folgte der Wechsel nach Köln.

Andreas Hillgrubers zentrales Interesse war die Enträtselung des Zweiten Weltkrieges, vor allem des im Osten geführten Vernichtungskrieges, der zum Verlust seiner Heimat führte. Er näherte sich diesem Thema, das an wissenschaftlichem Umfang und an politischem Gewicht erdrückende Dimensionen annahm, zunächst mit seiner Dissertation, in der er die deutsch-rumänischen Beziehungen zwischen 1938 und 1944 untersuchte.<sup>448</sup> Dabei ging er von der Wahrnehmung aus, dass Rumänien nach dem verlorenen Krieg hinter dem Eisernen Vorhang verschwunden sei, während es für die Zeit seiner diplomatischen und militärischen Allianz mit Hitlerdeutschland keineswegs als Satellitenstaat habe gelten können. Hillgruber legte viel Wert auf die Feststellung, dass Rumänien bis 1944 die „Selbständigkeit des Landes“ gewahrt habe, was nicht zuletzt auf den „klare[n] Wille[n]“ Deutschlands zurückzuführen sei, „bei allen Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit die Eigenstaat-

---

<sup>446</sup> Ebd., S. 161f.

<sup>447</sup> Vgl. Munzinger Internationales Biographisches Archiv 24/1989 und den ausführlichen Nachruf von Günter Wollstein: Andreas Hillgruber – Historiker der Großmacht Deutsches Reich. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen 46 (1989), S. 9-19. Wollstein schrieb über den Kollegen und langjährigen Mitherausgeber der MGM in der Absicht, ein durchweg positives Lebensbild zu überliefern.

lichkeit Rumäniens zu respektieren“.<sup>449</sup> Die Diktatur des Marschalls Antonescu beurteilte er abschließend als Überwindung der rumänischen Staatskrise im Jahr 1940, die Zusammenarbeit mit dem NS-Regime im Krieg als freiwillige und loyale Koalition, die auch „auf gegenseitiger Hochachtung“ zwischen Hitler und Antonescu beruht habe.<sup>450</sup> Dass die Darstellung im Ganzen zustimmend aus dem Blickwinkel derer verfasst ist, die den Angriffskrieg im Osten verantworteten, wird noch einmal im Schlusswort klar, in dem der junge Autor und ehemalige Wehrmachtssoldat Hillgruber den Zusammenbruch der deutsch-rumänischen Front, den Abtritt Antonescus und die Kapitulation vor der Sowjetunion beklagte. Im Herbst 1944 habe „nicht nur die Geschichte der deutsch-rumänischen Beziehungen, sondern die Geschichte Rumäniens als eines selbständigen Staates“ ein Ende gefunden.<sup>451</sup> Doch der vor dem Hintergrund der frühen 50er Jahre, die ähnlich apologetische deutsche Kriegsschilderungen kannten, vielleicht bemerkenswerteste Teil dieser Doktorarbeit ist als „Anhang I“ angefügt. Schon die Form dieses Annexes, der nicht Quellenmaterial abdruckt, sondern einen eigenständigen Aufsatz Hillgrubers enthält, wirft Fragen auf. Offenbar war das Thema – die Verfolgung und Vernichtung der Juden – als so wichtig erachtet worden, dass es noch an einer hinteren Stelle publiziert werden sollte, nicht jedoch als bedeutend genug, um von vornherein als vollgültiges Element der Diplomatie- und Kriegsgeschichte eingearbeitet und im Urteil über die behandelte Zeit berücksichtigt zu werden. Dieser 1954 veröffentlichte Text unter dem Titel „Die Judenfrage als Problem der deutsch-rumänischen Beziehungen“ ist ein abgelegenes Dokument, das nichtsdestotrotz Aufschluss darüber zu geben verspricht, wie sich Andreas Hillgruber im Alter von 29 Jahren angesichts des deutschen Völkermordes zu orientieren versuchte.

Er behandelte auf zehn Seiten die „Judenfrage“ im Verlauf von Hundert Jahren rumänischer Geschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Schon die einführende Begriffsentscheidung ist ein Anhaltspunkt. Denn die Vorstellung von einer „Judenfrage“ ist Element des antisemitischen Bewusstseins, wie es im deutschen Bildungsgut auch ohne die auf Mordbereitschaft zielende NS-Propaganda seit Anfang des 19. Jahrhunderts vertreten war, und zwar

---

<sup>448</sup> Andreas Hillgruber: Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944. Wiesbaden 1954.

<sup>449</sup> Ebd., S. 232.

<sup>450</sup> Ebd., S. 233f.

<sup>451</sup> Ebd., S. 235.

nicht nur auf nationaler, sondern ebenso auf liberaler und frühsozialistischer Seite.<sup>452</sup> Hillgruber zitiert dazu nationalsozialistische Volkstumsliteratur, ohne diesen Beleg zu besprechen oder in Zweifel zu ziehen.<sup>453</sup> Er geht denn auch für den Fall Rumäniens von einer präexistenten Problemlage aus, die durch die wirtschaftliche Stellung, die soziale Handlungsweise und das religiös-kulturelle Erscheinungsbild der Juden verursacht worden sei. Davon leitet er die seit alters her tradierten antisemitischen Strömungen ab. Zwar deutet er eingangs den Entwicklungsrückstand der von Bauern und Adligen dominierten rumänischen Gesellschaft an, in denen die zugewanderten Juden den gewerbetreibenden Mittelstand gebildet hätten.<sup>454</sup> Doch zum auslösenden Moment des politisch aktiven Antisemitismus erklärt er die liberale Verfassung von 1923, mit der die Juden Rechtsgleichheit erlangten, während sie „allgemein“ als fremd empfunden worden seien. Vorläufer faschistischer Organisationen wie die Eiserne Garde „wandten sich also gegen die Juden, weil sie als Fremdkörper wirkten und sich nicht an das rumänische Volkstum anglichen“, was nicht wie im Nationalsozialismus eine rassistische, sondern eine nationale und religiöse Begründung sei. Der „Kampf“ habe denn auch weniger den assimilierten Bukarester Juden gegolten.<sup>455</sup> Hillgruber vollzog den Beginn der staatlichen Verfolgung unter Marschall Antonescu nach und rechtfertigte Enteignungen, Entlassungen und Beschlagnahmungen mit politiktaktischen und wirtschaftlichen Hinweisen: Das Regime „musste“ die Verfolgung fortsetzen, „um nicht in den Verdacht zu geraten, sie werde von frei-

---

<sup>452</sup> Die Wortprägung „Judenfrage“ war weit verbreitet und erlaubt für sich allein genommen noch keine sichere politisch-soziale Zuordnung. Hannah Arendt verwendet den Begriff im Antisemitismus-Kapitel ihrer Totalitarismusstudie, betont aber die wesentliche Aussage, dass die „Judenfrage“ virulent wurde aus „Gründen, die mit den Juden unmittelbar gar nichts zu tun zu haben brauchen“. Vgl. Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951 im engl. Original, 1955 deutsche Erstausg.). München (3)1993, S. 67. Der Komplex negativer Zuschreibungen, der mit dem Begriff „Judenfrage“ transportiert wurde, findet sich bereits in der Anfang des 19. Jahrhunderts von Sozialkritikern und Gesellschaftsreformern verfassten Literatur. Dazu zählen die Schriften der deutschen Frühnationalisten wie Ernst Moritz Arndt, der die Juden 1814 zu einem „fremden Volk“ erklärte und forderte, dass der „germanische Stamm“ davon „rein“ zu halten sei. Doch ebenso zu nennen sind Traktate etwa von Bruno Bauer: *Die Judenfrage* (1843) und von Karl Marx: *Zur Judenfrage* (1844), der in fataler Polemik die Juden mit „Schacher“ und Anbetung des Geldes identifizierte und zum Symbol einer egoistisch verformten, entfremdeten Lebensweise abstrahierte. Was ohne personalisierten Hass auf eine Gruppe von Menschen in universal emanzipativer Absicht formuliert war – Marx war ja selbst jüdischer Abstammung –, wuchs sich aus zum bildmächtigen Assoziationsfundus des antisemitischen Sozialneids mit verheerenden Auswirkungen für die leibhaftigen Juden. Gerade die symbolische Formulierung bei Marx begünstigte den säkularen Kampfbegriff vom „jüdischen Geist“, der als Vorstellung einer Sozialpathologie ohne Ansehen des realen jüdischen Lebens in die bürgerliche Bildungswelt Einzug erhielt, lange bevor er rassistisch und eliminatorisch zugespitzt wurde. Vgl. Art. Antisemitismus. In: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, S. 129-153, besonders 132f.

<sup>453</sup> Vgl. Hillgruber: *Hitler, König Carol und Marschall Antonescu*, S. 353, Fußnote 1: Hans Schuster: *Die Judenfrage in Rumänien*. Leipzig 1939 sowie das Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums.

<sup>454</sup> Vgl. ebd., S. 236.

maurerischen und jüdischen Kreisen beeinflusst“. Überdies sei es um den Gewinn aus jüdischem Besitz gegangen, um den „Staatshaushalt von der Fürsorge“ für die rumänischen Flüchtlinge aus den an Ungarn und Bulgarien abgetretenen Gebieten „zu entlasten“. <sup>456</sup> Hillgruber sprach von „Terroraktionen“ gegen die rumänischen Juden nach dem Angriff auf die Sowjetunion, doch gab er ohne Diskussion sogleich die Selbstrechtfertigung der Mörder wieder, derzufolge die Juden der zuvor sowjetisch besetzten Gebiete Bessarabien und Nordbukowina der Roten Armee bei der Hinrichtung von Rumänen geholfen hätten. <sup>457</sup> Die 1941 begonnene Massenvernichtung von Menschen, die Deportationen nach Auschwitz und Maidanek erscheinen hier als ein „Geheimnis weniger“ eingeweihter Personen. <sup>458</sup>

In welche Schwierigkeiten und Schwankungen der Wertens Hillgruber geriet, wird deutlich an seinen Ausführungen über das Ausscheren der rumänischen Führung im Jahr 1943. Antonescu rückte von der Deportation in die Vernichtungslager ab und begann die Vertreibung der rumänischen Juden durch Ausreise in die Türkei, England und nach Palästina zu realisieren. Einerseits führte Hillgruber die Perspektive Hitlers fort. Die deutsche Gesandtschaft in Bukarest sei „in den Besitz der entsprechenden – im Sinne der deutschen Judenpolitik – schwer belastenden Dokumente“ gelangt. Andererseits sah er sehr wohl, dass sich „den Juden in Rumänien auf diese Weise ein kleines Tor in die Freiheit auftat“, während gegen die ungarischen Juden noch 1944 „von den deutschen Behörden schärfste Maßnahmen“ ergriffen worden seien. <sup>459</sup> Freilich erläuterte Hillgruber „diesen wohlberechneten Schachzug“ kurz vor dem Zusammenbruch allein auf den Versuch des Regimes Antonescu, noch die Unterstützung der Westmächte zu erlangen. So blieb er bei dem Fazit, dass dieses Abrücken von NS-Deutschland nichts Gutes bewirkt habe: „Die sich anbahnende verhängnisvolle Entwicklung für Rumänien war nicht mehr aufzuhalten.“ <sup>460</sup> Andreas Hillgruber stellte sich in diesem Aufsatz, und schon das allein spricht für ein sich öffnendes Problembewusstsein, der am schwersten zu fassenden und der am meisten mit seinen persönlichen Erfahrungen auf deutscher Seite über Kreuz liegenden Tatsache des Zweiten Weltkrieges. Diese geistige Öffnung hatte zunächst enge Grenzen. Auschwitz blieb ihm verständlich nur in der Sprache der nationalsozialistisch durch-

---

<sup>455</sup> Ebd., S. 237.

<sup>456</sup> Ebd., S. 238.

<sup>457</sup> Ebd.

<sup>458</sup> Ebd., S. 240.

<sup>459</sup> Ebd., S. 245.

<sup>460</sup> Ebd., S. 246.

drungenen Bürokratie. Seine Ausdrucksweise war nahezu vollständig und offenbar ohne eigens reflektierte judenfeindliche Absicht befangen in den Begriffen des Verwaltungsmassenmords – halb brutal offenbarend, halb unmenschlich verbergend: Die Juden als „Fremdkörper“ im „Volkstum“<sup>461</sup>, „Maßnahmen“, sie „auszuschalten“<sup>462</sup>, in Konzentrationslagern „zusammenzufassen und zur Arbeit einzusetzen“<sup>463</sup>, die „Judenfrage auf radikale Weise zu lösen“<sup>464</sup>, die „Behandlung der Judenfrage“<sup>465</sup>, der „Abschub“<sup>466</sup> von Juden, ein „regelrechter Judenschmuggel“<sup>467</sup> – all diese Wendungen tragen nichts bei zur Erhellung der menschlichen Schicksale, von denen die Rede sein soll. Es ist die Akten-Wirklichkeit des mordenden Staates, bei deren Wiedergabe Hillgruber die Motive nachspricht, mit denen die Täter den Mord nicht nur verbrämten, sondern begründeten. Er hatte dazu wohl keine deutlich erarbeitete eigene Auffassung. Aber vom Antisemitismus und von den mentalen Folgen der Erziehung im nationalsozialistischen Deutschland hatte er sich sicherlich zu diesem Zeitpunkt, als er Gymnasiallehrer wurde, nicht zu lösen vermocht.

Die Verfolgung der Juden aus dem Blickwinkel der Verfolgten zu verstehen, war nicht Teil seiner Fragestellung. Lange bevor er sich hauptamtlich der Forschung widmen konnte, brachte Andreas Hillgruber vielmehr trotz der beruflichen Belastungen eines Oberstufenlehrers die Zeit auf, sich noch tiefer in die Entscheidungen Hitlers und in die genauen militärischen Abläufe der deutschen Kriegführung einzuarbeiten. In diesem Zusammenhang beteiligte er sich an einer in den ersten Heften der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ausgetragenen Kontroverse um den deutschen Angriff auf die Sowjetunion.

Anfang der 50er Jahre genoss die These, NS-Deutschland sei mit der so genannten Operation „Barbarossa“ nur einer sowjetischen Aggression in Richtung Westen zuvorgekommen, keine geringe Resonanz. Zu den Verteidigern der Präventivkriegstheorie zählte Hans-Günther Seraphim. Seraphim hatte als historischer Sachverständiger bei der Verteidigung der Angeklagten vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal mitgewirkt. Danach war er als Referent für Zeitgeschichte am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen tätig. Er verlängerte seinen Auftrag, die deutschen Angeklagten vom Vorwurf der Kriegsverbrechen zu entlasten, in die Zeitgeschichts-

---

<sup>461</sup> Ebd., S. 236.

<sup>462</sup> Ebd., S. 237.

<sup>463</sup> Ebd., S. 239.

<sup>464</sup> Ebd.

<sup>465</sup> Ebd., S. 240.

<sup>466</sup> Ebd.

schreibung hinein.<sup>468</sup> Gekränkt, dass die Siegermächte die „Taten und Entschlüsse der handelnden Staatsmänner vor das Forum des Gerichts zu ziehen“ sich im Recht sahen, erklärte er es zur „Pflicht der Selbsterhaltung“, aus „Achtung vor der eigenen Ehre [...] nicht alle Behauptungen schweigend hinzunehmen.“<sup>469</sup> Um die skandalisierte Siegerjustiz zu konterkarieren und das NS-Regime vor dem Hintergrund des Kalten Krieges politisch zu normalisieren, zielte er „vorzugsweise auf die Frage der politischen Notwendigkeit und Bedeutung des deutschen Präventivkrieges“ gegen die Sowjetunion.<sup>470</sup> Über den Angriff auf Polen 1939 wollte Seraphim nicht urteilen. Alles aber, was folgte, gab er aus als „Zwang des Kampfes um Sein oder Nichtsein“: „Am 1. September tritt die deutsche Wehrmacht an und zerschlägt in schnellen Schlägen Polen“, schrieb er.<sup>471</sup> 1941 folgte der für ihn eigentlich erst problematische, weil verlorene Krieg, und damit die Frage, welche „Berechtigung oder richtiger Rechtfertigung für sein Handeln“ Hitler hatte.<sup>472</sup> Dem Deutschen Reich, so lautete die Antwort, „blieb nur die Selbstaufgabe und Unterwerfung unter den russischen Willen oder in absehbarer, wenn auch nicht genau festlegbarer Zeit der Konflikt, auf den die große Macht im Osten offensichtlich bewußt hinsteuerte.“ Was Roosevelt auf Hitlerdeutschland gemünzt gesagt hatte, beanspruchte Seraphim als Apologet Hitlers für dessen Vernichtungskrieg im Osten: „Wenn man eine Klapperschlange sieht, die sich aufrichtet, dann wartet man nicht, bis sie auf einen zuschnellt, sondern man zerschmettert sie vorher.“<sup>473</sup>

Im Oktober-Heft 1953 des ersten Jahrgangs der Vierteljahrshefte kündigte nun Hans Rothfels zu diesem Thema einen an „Vollständigkeit der Materialauswertung“ bislang in Deutschland noch nicht erreichten Aufsatz von Gerhard L. Weinberg an.<sup>474</sup> Weinberg suchte hier mit Zitaten aus den Nürnberger Prozessakten und aus dem Tagebuch des ehemaligen Chefs des Generalstabs des Heeres, Generaloberst a.D. Franz Halder, zu belegen, dass der Entschluss zum Angriff auf die Sowjetunion schon im Juli 1940 fiel. Nachdem ein sofortiger Überfall noch im September verworfen worden war, so Weinberg, legte Hitler die Invasion spätestens bei einer Besprechung am

---

<sup>467</sup> Ebd., S. 245.

<sup>468</sup> Vgl. Hans-Günther Seraphim: Die deutsch-russischen Beziehungen 1939-1941. Hamburg 1949.

<sup>469</sup> Ebd., S. 6f.

<sup>470</sup> Ebd., S. 8.

<sup>471</sup> Ebd., S. 15.

<sup>472</sup> Ebd., S. 44.

<sup>473</sup> Ebd., S. 49.

<sup>474</sup> Gerhard L. Weinberg: Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion. In: VfZ 1 (1953), S. 301-318, Vorbemerkung des Herausgebers, S. 301.

31. Juli auf das Frühjahr 1941 fest und befahl die Vorbereitungen.<sup>475</sup> Nicht die Erwartung, dass Stalin aus dem 1939 geschlossenen Pakt mit Hitler ausbrechen wolle und einen Angriff vorbereite, sondern die Unmöglichkeit, England in kurzer Zeit zu besiegen, stellte laut Weinberg den Ausgangspunkt dar. Halders Aufzeichnungen zufolge führte Hitler Englands fortgesetzten Widerstandswillen darauf zurück, dass es „noch eine Hoffnung auf Rußland hat“.<sup>476</sup> Während der Heereschef notierte, „es liegen keine Anzeichen für russische Aktivität uns gegenüber vor“<sup>477</sup>, gab er Hitlers Aussagen ganz im Sinne der Aggressionsabsicht wieder: „Ist aber Rußland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Der Herr Europas und des Balkans ist dann Deutschland. Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muß Rußland erledigt werden. Frühjahr 41. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser.“<sup>478</sup> So eindeutig die Belege waren, regte sich dennoch der Widerspruch Seraphims, der gemeinsam mit Andreas Hillgruber eine Antwort schrieb, die sogar der bedächtige Rothfels als Polemik charakterisierte.<sup>479</sup> Seraphim und Hillgruber warfen Weinberg vor, „der geschichtlichen Wahrheit Gewalt“ anzutun<sup>480</sup> und „Theorien im luftleeren Raum“ zu entwickeln<sup>481</sup>. Sie traten mit dem Gestus von Deutschen auf, die für deutsche Quellen das bessere Verständnis reklamierten, und bezeichneten Belege britischer Provenienz indigniert als „Feststellungen Churchills und anderer Ausländer, auf die sich W.[einberg] als Gewährsmänner für innerdeutsche Fragen beruft“.<sup>482</sup> Ihre an die Präventivkriegsargumentation angelehnte Gegenthese aber, Hitler habe versucht, „die kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland durch eine Regelung der Beziehungen auf politischem Wege zu vermeiden“<sup>483</sup>, konnten sie mit dem Verweis auf abseitige Fundstellen wie dem Tagebuch Alfred Rosenbergs nicht überzeugend untermauern<sup>484</sup>. Weinberg konnte daher in seinem Schlusswort souverän die Mängel an Logik, Quellenkenntnis und Relevanz aufdecken und, was die Überheblichkeit an-

---

<sup>475</sup> Vgl. ebd., S. 312f. und 314f.

<sup>476</sup> Ebd., S. 305.

<sup>477</sup> Ebd., S. 308.

<sup>478</sup> Ebd., S. 313.

<sup>479</sup> Hans-Günther Seraphim und Andreas Hillgruber: Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland. Eine Entgegnung. In: VfZ 2 (1954), S. 240-249, Vorbemerkung des Herausgebers, S. 240.

<sup>480</sup> Ebd., S. 241.

<sup>481</sup> Ebd., S. 242.

<sup>482</sup> Ebd., S. 245.

<sup>483</sup> Ebd., S. 241.

<sup>484</sup> Ebd., S. 242. Hier und an anderen Zitaten wird überdies deutlich, dass die von den Autoren gesuchte Aussage im Quellentext eher umgekehrt zu finden ist: Rosenberg ist mit seiner Stalin einbeziehenden „Kontinentalblock“-Idee ohne Gehör bei Hitler, Russland wird keineswegs gefürchtet, militärischer Gewalt wird der Vorzug vor der Diplomatie gegeben, der Angriff auf Russland wird operativ besprochen.



ging, durchaus milde antworten, dass sie „nicht als sachlich anerkannt werden kann. [...] Auf diesem Wege wird man der geschichtlichen Wahrheit kaum näher kommen.“<sup>485</sup> Und Hans Rothfels resümierte die Kontroverse listig auf den für ihn entscheidenden inhaltlichen Punkt hin, „daß Seraphim auf die früher von ihm vertretene Ansicht vom Angriff gegen Rußland als einem Präventivkrieg auch nicht in Andeutungen mehr zurückkommt“.<sup>486</sup>

Wesentlich für Hillgrubers weiteren Zugang zum Krieg im Osten waren zunächst die vertrauensvollen Verbindungen zu ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, die dem Marburger Studienrat Quellen vermittelten, beratend wie korrigierend zur Seite standen und Publikationsmöglichkeiten eröffneten. Auf diese Weise kam der umfangreiche Aufsatz über die „Räumung der Krim 1944“ zustande, der 1959 vom „Arbeitskreis für Wehrforschung“, einem Zusammenschluss von Wehrmachtsveteranen mit Sitz in Frankfurt am Main, veröffentlicht wurde. Hillgruber stützte sich dabei neben den verfügbaren Kriegstagebüchern der Wehrmachtsteile auf zeitgenössische Ausarbeitungen und auf das nachträgliche Urteil von Militärs, die einerseits bis in die höchsten Ränge des Oberkommandos der Wehrmacht und im direkten Austausch mit Hitler für die verbrecherische Kriegsplanung verantwortlich waren, andererseits als Frontoffiziere selbst die menschenverachtenden Kampfbefehle auf der Krim gegeben hatten.<sup>487</sup> Hillgruber berief sich darauf, „sine ira et studio“ zu schreiben. Zugleich räumte er die Beschränkung seiner Perspektive auf die eine der Kriegsparteien ein. Den Wertungsrahmen, der seine Schilderung der Ereignisse fest umschließt, stellte er nicht in Frage.<sup>488</sup> Die Arbeit folgte vielmehr dem Bedürfnis, aus einer ausschließlich deutschen und wie selbstverständlich kriegsbejahenden Binnensicht heraus zu klären, was der Wehrmacht auf der Krim zum Verhängnis wurde und warum so viele deut-

<sup>485</sup> Gerhard L. Weinberg: Schlußwort. In: VfZ 2 (1954), S. 249-254 (254).

<sup>486</sup> Seraphim und Hillgruber: Hitlers Entschluss, Vorbemerkung des Herausgebers, S. 240.

<sup>487</sup> Andreas Hillgruber: Die Räumung der Krim 1944. Eine Studie zur Entstehung der deutschen Führungsentschlüsse. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Beiheft 9. Berlin, Frankfurt a. M. 1959. In seinem Vorwort dankt Hillgruber dem Geschäftsführer des Arbeitskreises für Wehrforschung, Dr. Jürgen Rohwer, für den „Anstoß zu der vorliegenden Studie“ und für „Hilfe bei der Beschaffung der oft schwer erreichbaren Quellen“. „Für die großzügige Unterstützung meiner Arbeit danke ich in gleicher Weise aufrichtig Generaloberst a.D. Franz Halder, General der Flieger a.D. Paul Deichmann, General der Artillerie Anton Frhr. von Bechtolsheim und Generalmajor a.D. Alfred Philippi. Besonders dankbar bin ich den Herren Generaloberst a.D. Kurt Zeitler, Generaloberst a.D. Erwin Jaenecke, General der Infanterie a.D. Karl Allmendinger, General der Infanterie a.D. Martin Gareis, General der Gebirgstruppen a.D. Rudolf Konrad, Generalleutnant a.D. Friedrich Sixt, Konteradmiral a.D. Otto Schulz, Kapitän zur See a.D. Hans Dieter von Conrady, Oberst i.G. a.D. Frhr. von Weitershausen, Oberst Konrad Stephanus und Major i.G. a.D. Dr. jur. Siegfried Scherzler, die den ersten Entwurf dieser Arbeit durchsahen und wertvolle Ergänzungen und Berichtigungen gaben. Mit ihrer aller Hilfe wurde es möglich, eine einigermaßen geschlossene Darstellung vorzulegen.“ (S. 7f.)

<sup>488</sup> Vgl. ebd., S. 8.

sche Soldaten umkamen. Der deutsche Rückzug, der von verbissen-verzweifelten Defensivkämpfen geprägt war, bei denen in wenigen Tagen Zehntausende Menschen getötet wurden, wird detailliert, zum Teil Stunde um Stunde nachgezeichnet und als mörderisches Drama dargestellt, das alle Aufmerksamkeit darauf lenkt, ob Waffen und Nahrungsmittel vorhanden waren und Rettungspläne eingehalten wurden. Der Leser kann kaum umhin, am Gelingen der deutschen Operationen gegen die anonyme sowjetische Übermacht Anteil zu nehmen. Er wird vor „größter Gefahr“ durch sowjetische Kriegsschiffe gewarnt und mit dem unwillkürlichen „zum Glück“ beruhigt, dass sie doch nicht angegriffen hätten.<sup>489</sup> Nicht nur den einfachen Wehrmachtssoldaten gilt die Emphase des Textes, sondern weit stärker noch den kommandierenden Offizieren, deren Ausdrucksweise der Autor annimmt. Die Befehle des Infanteriegenerals Allmendinger, der den Durchhalteparolen Hitlers besonders willfährig das Wort redete, werden zwar „fanatisch“ und „gespenstisch“ genannt; doch sogleich folgt die Entschuldigung, dass ein Befehlshaber im Feld die Gesamtlage nicht überblicken könne.<sup>490</sup> Hillgruber ging mit dem Tadel an seinen Förderern gerade so weit, dass er Befehle, die, wie er meinte, „mit der gebotenen soldatischen Nüchternheit und Klarheit nichts mehr zu tun hatten“, als vermeidbare „Einzelfehler“ bezeichnete. Auch dies tat er aber nicht ohne die persönliche Opferbereitschaft der Betroffenen zu betonen, was aller weiterführenden Kritik die Spitze abbrach: „Ein Teil der Kommandeure und Generalstabsoffiziere fiel im Kampf.“<sup>491</sup> Von den meisten Verantwortlichen auf der Krim sei das Menschenmögliche getan worden. „Die Katastrophe“, so Hillgruber, „lag begründet in dem dämonischen, sachgerechten Argumenten nicht zugänglichen Wesen Hitlers, seiner Front- und Truppenferne sowie der Machtlosigkeit der Befehlshaber des Heeres [...]“. Letzteren verlieh er die historiografische Weihe für ihre Helden- und Unschuldspose. Das prinzipielle Einverständnis der Offiziere mit Hitlers Krieg wird schließlich sogar zur Widerstandshandlung umgebogen: In Hillgrubers Augen befanden sie sich „in der tragischen Situation, einen verzweifelten Kampf nach zwei Seiten führen zu müssen: vor ihnen standen die Sowjets, hinter ihnen Hitler.“<sup>492</sup>

Der Zusammenhang zwischen der Dämonisierung Hitlers und dem Freispruch für seine Mittäter geht auf die Selbstrechtfertigungen einiger der als „Hauptkriegsver-

---

<sup>489</sup> Vgl. ebd., S. 70f.

<sup>490</sup> Ebd., S. 59.

<sup>491</sup> Ebd., S. 81f.

<sup>492</sup> Ebd., S. 85.

brecher“ in Nürnberg Angeklagten zurück. So schrieb Alfred Jodl kurz vor seiner Hinrichtung rückblickend über Hitler: „Hat er nicht auch mit meinem Idealismus gespielt und ihn nur benutzt zu Zwecken, die er in seinem Innersten verbarg?“ Mit tiefer Zustimmung zitierte diesen Satz 1963 der Göttinger Historiker Percy Ernst Schramm (1894-1970), der selbst von 1943 bis 1945 dem Wehrmachtsführungsstab angehört und dort das Kriegstagebuch geführt hatte.<sup>493</sup> Für Hillgruber war Schramm als akademischer Lehrer und Freund eine kaum zu überschätzende Leitfigur. Dank der Unterstützung Schramms erhielt er Zugang zu Quellen aus dem unmittelbaren Umfeld Hitlers im Oberkommando der Wehrmacht und im Führerhauptquartier. Unter der Herausgeberschaft des Mentors bearbeitete Hillgruber Anfang der 60er Jahre den Band II des „Kriegstagebuchs des OKW“ für 1942 und versah die Neuausgabe von „Hitlers Tischgesprächen im Führerhauptquartier“ mit Erläuterungen.

Die erste Veröffentlichung dieses schillernden Dokuments durch Gerhard Ritter im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte verursachte 1951 nicht von ungefähr einen Skandal. Henry Picker, der Chronist dieser „Tischgespräche“, war im Alter von dreißig Jahren, eingeführt als Sohn des Senators Daniel Picker aus Wilhelmshaven – einem Vertrauten Hitlers –, ins engste Umfeld des Diktators gelangt. Berauscht von der Nähe zum „Führer“ und mit offener Bewunderung begann er im Einvernehmen mit Martin Bormann Wortlautnotizen über Hitlers Monologe bei Tisch anzufertigen. Hitler selbst lobte die „prägnante Wiedergabe“ seiner Gedanken.<sup>494</sup> Während der deutsche Vernichtungskrieg tobte, zeichnete Picker ein Idyll vom wohlmeinenden Herrscher. Pickers Hitler versicherte „überzeugend [...] immer wieder seine tiefe Abscheu gegen den Krieg, durch den Millionen so Unendliches zu leiden hätten.“ So spricht der Faschismus und malt sich, eingeschlichen in die vermeintliche Unbefangenheit eines jugendlichen Verehrers, sein eigenes unbescholtenes Bildnis. Hannah Arendt nannte die Irreführung beim Namen und sprach von „Propaganda für Hitler“.<sup>495</sup>

Als der Seewald Verlag mehr als zehn Jahre danach die Neuausgabe besorgte, sollten, wie es im Klappentext hieß, eingedenk der seinerzeitigen „fast hysterischen Diskussion“ durch die Verpflichtung von „erfahrenen Historikern“ „erneute Angrif-

---

<sup>493</sup> Vgl. Dr. Henry Picker: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-1942. Neu hg. v. Percy Ernst Schramm, in Zusammenarbeit mit Andreas Hillgruber und Martin Vogt. Stuttgart 1963, S. 117. Zum Lebenslauf Schramms vgl. Munzinger Internationales Biographisches Archiv 09/1971.

<sup>494</sup> Vgl. ebd., S. 510.

fe“ auf die Edition ausgeschlossen werden. Percy Ernst Schramm sah gleichwohl keinen Anlass, sich von Ritters Vorgehen zu distanzieren, sondern verteidigte dessen Bemühen der „wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Hitler“. <sup>496</sup> Auch Schramm meinte, ein objektives Porträt des „Menschen“ Adolf Hitler vor sich zu haben, und er machte glauben, dass individuellen Neigungen und Eigentümlichkeiten des Herrschers der Status unanfechtbarer politischer Erkenntnistatsachen zukäme, die eindeutigen Aufschluss über die Wirkmacht des Nationalsozialismus bieten könnten:

„Wir gehen von den Fakten aus:

Hitler faszinierte die Menschen durch seine ‚knallblauen‘, immer schon leicht hervorstechenden ‚strahlenden‘ Augen, denen viele Besucher nicht standzuhalten vermochten. Hitler war sich dieser Einwirkung bewußt und pflegte den Menschen lange in die Augen zu schauen; dabei schlug er die Lider nur langsam nieder. [...]

Hitler hatte seine Augen so in der Gewalt, daß er sie im Scherz zum Schielen zu bringen vermochte.“ <sup>497</sup>

Ebenso wird die Bereitschaft des Despoten, in Geselligkeit zu lachen, werden seine Kameradschaftlichkeit und Großzügigkeit, seine Zuneigung zu Kindern und Tieren hervorgehoben. <sup>498</sup> Mitleidlosigkeit und Kälte werden gleichrangig neben guten Nerven und Menschenkenntnis vermerkt. <sup>499</sup> Hitler sei „Frauen gegenüber liebenswürdig und korrekt“ gewesen. <sup>500</sup> „Großen Wert legte er auf Blumen“. <sup>501</sup> Von Hitlers „Ressentiments“ erscheinen Schramm zuvorderst die angeblich gegen Könige, Wohlhabende, Professoren, Lehrer und Juristen gehegten erwähnenswert, so als seien für diese Gruppen Vernichtungsstätten gebaut worden. Zum mörderischen Rassismus hingegen heißt es bei Schramm ohne ersichtliche Gemütsregung und ohne Steigerung des Stellenwertes: „Niemand wird überrascht sein, dass durch die Gespräche antisemitische Äußerungen wie ein roter Faden hindurchlaufen. Zur Sache bringen sie nichts Neues, da sich Hitler ja zu dieser Frage unzählige Male geäußert

---

<sup>495</sup> Hannah Arendt: Bei Hitler zu Tisch. In: Der Monat 4 (1951/52), S. 85-90 (85). Zur Kontroverse vgl. auch Nicolas Berg: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung. Göttingen 2003, S. 330-334.

<sup>496</sup> Picker: Hitlers Tischgespräche, S. 16.

<sup>497</sup> Ebd., S. 29.

<sup>498</sup> Ebd., S. 34.

<sup>499</sup> Ebd., S. 39.

<sup>500</sup> Ebd., S. 45.

hat.“<sup>502</sup> Das Buch erschien nach der Hinrichtung von Adolf Eichmann in Israel und während der Vorbereitungen des Frankfurter Auschwitz-Prozesses. Die Ermordung der europäischen Juden in einem System der Deportationen und Vernichtungslager wurde in Westdeutschland mittlerweile öffentlich diskutiert. Die Mehrzahl der Historiker spielte bei der Aufklärung keine aktive Rolle. Doch als Zeitgenossen nahmen sie die Presseberichterstattung wahr und wussten, worum es ging. Vor diesem Hintergrund sind die Aussagen Schramms zum Antisemitismus Hitlers in besonderer Weise fragwürdig. Der Mangel an Aufmerksamkeit für den Völkermord, die Ungehrtheit der Notate zeigen keine Unkenntnis an, sondern viel eher eine bewusste Verschiebung des Blicks auf das Faszinosum Hitler.

Abgeklärte Sachaussagen forderten Verlag und Herausgeber. Doch Percy Ernst Schramm ließ sich sehr wohl zu einem emotionalen Bekenntnis hinreißen, das erklärte, warum er sich weniger für den Antisemitismus als vielmehr für die menschliche Maskerade des NS-Regimes interessierte. Weder Tat noch Täter, sondern den Umstand einer Hypnose hielt er für wesentlich. Nicht den Mord an Millionen von Juden, sondern die „Verführung von Millionen“ Deutscher empfand er als „echtes historisches Problem“.

„Um das Problem, das Hitler durch seine Persönlichkeit, seine Ideen und durch die Verführung von Millionen bedeutet, historiographisch zu ‚bewältigen‘, setzte sehr bald das Bestreben ein, ihn irgendwie geistesgeschichtlich in die deutsche Entwicklung einzuordnen[,] und die Tatsache, dass er eine so große Gefolgschaft gewann, im Charakter der Deutschen oder durch den besonderen Ablauf der deutschen Geschichte zu begründen. [...]

Es lohnt nicht, sich mit Thesen dieser Art auseinanderzusetzen, da sie auf methodischer Stümperei beruhen. [...]

Ein echtes historisches Problem, zu dessen ‚Bewältigung‘ mit einwandfreier Methode die Voraussetzungen gegeben sind, stellt hingegen die Rattenfängerrolle Hitlers dar: Wieso konnte er Millionen von Anhängern gewinnen und auf so lange Zeit in seinen Bann ziehen?“<sup>503</sup>

---

<sup>501</sup> Ebd., S. 59.

<sup>502</sup> Ebd., S. 46ff. (51).

<sup>503</sup> Ebd., S. 111 und 112.

Der aus nationaler Empfindsamkeit entsprungenen Fragestellung des von ihm „verehrten akademischen Lehrer[s]“<sup>504</sup> folgte Andreas Hillgruber nicht mehr. Schramm, 1894 in eine traditionsreiche hanseatische Kaufmannsfamilie hineingeboren, verneinte die Berührung der NS-Verbrechen mit dem Hauptstrom deutscher Geschichte. Sein Schüler setzte einen deutlich anderen Akzent. In einem parallel zur editorischen Zusammenarbeit mit Percy Ernst Schramm geschriebenen Handbuchbeitrag zur „Auflösung der Weimarer Republik“ stützte er sich stark auf die unter gleichem Titel 1955 erschienene Habilitation von Karl Dietrich Bracher<sup>505</sup>. Brachers Studie war von Hans Herzfeld (1892-1982) betreut und durch Ernst Fraenkel begleitet worden. Sie entstand am Berliner Institut für Politische Wissenschaft und war, in den Worten Herzfelds, als exemplarische Verbindung der historischen mit der „systematischen Fragestellung der Wissenschaft von der Politik“ in der Absicht vorgelegt worden, Lehren aus dem „Sieg des autoritären und totalen Staates über die Idee der politischen Freiheit im Herzen Europas“ zu ziehen.<sup>506</sup> Herzfeld war als nationalistisch orientierter Historiker in der Weimarer Republik Mitglied der DNVP und des Stahlhelms gewesen; er hatte sich also mit jenen Gruppen verbündet, die am Untergang der Republik tatkräftig Anteil hatten. Dennoch wurde er seiner Professur in Halle, von den Nürnberger Gesetzen zum „Vierteljuden“ erklärt, enthoben, und 1943 verhaftete ihn die Gestapo. Nach 1945 gehörte er dann zu den prominenten Mitbegründern der West-Berliner Zeitgeschichte und Politikwissenschaft. Unverkennbar äußerten sich in Brachers grundlegendem Werk die Einflüsse der von Hitler verfolgten oder vertriebenen Wissenschaftler und der neu entstandenen „Demokratiewissenschaft“. Bracher selbst bekannte sich zu einer Arbeit am deutschen Geschichtsbild aus demokratischem Bewusstsein heraus: „Die Auflösung der Weimarer Republik durch den Nationalsozialismus“, schrieb er einleitend, „ist ein Erlebniskomplex, der auch abseits der Frage nach Verantwortung und Schuld in unserem gegenwärtigen politischen Leben fortwirkt und einer sorgfältigen Diagnose bedarf.“ Ihn interessierten dabei vorwiegend die „innenpolitischen Strukturmomente“ des Übergangs zur NS-Diktatur. Die „lange Gewöhnung an absolutistische Staatstheorie und –praxis“ verirrte nicht mehr länger den Blick, so dass eine „von den Maßstäben des Obrig-

<sup>504</sup> Andreas Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941. Frankfurt a.M. 1965, S. 8.

<sup>505</sup> Andreas Hillgruber: Die Auflösung der Weimarer Republik. Hefte zum Zeitgeschehen 4. Hannover 1960 und Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Stuttgart 1955.

<sup>506</sup> Ebd., Einleitung von Hans Herzfeld, S. XVIII.

keitsstaates und der nationalistischen Überhöhung freie Untersuchung und Kritik“ möglich sei.<sup>507</sup> In dieser Betrachtung Weimars spielte insbesondere die Gesellschaftsverfassung Deutschlands am Vorabend der offenen Gewaltherrschaft eine große Rolle. Die mannigfachen autoritären Übergangsstufen von der labilen Weimarer Demokratie zum voll ausgebildeten totalitären Staat, an dessen Entfaltung die traditionellen Eliten in Armee und Verwaltung bis hinauf zum Reichspräsidenten von Hindenburg wesentlichen Anteil hatten, vollzog Hillgruber sorgfältig nach. Ausführlich zitierte er dabei die scharfen Urteile Brachers, die unter Historikern älteren Jahrgangs, voran wiederum Ritter, ebenso scharfe Kritik geerntet hatten. Insbesondere die Reichswehrführung um Schleicher, die nationalistische Rechte um Ludendorff und Hugenberg, das intrigante Milieu der Herren- und Industrieklubs, wo von Papen und Hitler zusammenkamen, erschienen in ungünstigem Licht. Hillgruber stellte sich nun viel offener dem Problem der Kontinuität deutscher Geschichte vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus. Weit entfernt davon, wie Schramm „methodische Stümpelei“ am Werk zu sehen, richtete er den Blick sowohl auf den ideologischen Kern des NS-Regimes wie auch auf die deutschnationalen Vorläufer der nationalsozialistischen Kriegsziele in Osteuropa.

Ein grundlegender Schritt bei Hillgrubers Positionssuche war die Habilitation zu „Hitlers Strategie“ im Anlauf zum Angriff auf die Sowjetunion, die seit 1962 entstand. Was seine akademische Haltung anging, verpflichtete er sich darauf, in „bewußt nüchterner Analyse und in sachkritischen Betrachtungen [...] dieses – wie zu zeigen ist – zentrale Thema der jüngsten deutschen Geschichte aus dem Bereich der Polemik und der Emotionen herauszulösen“.<sup>508</sup> Er wollte sich von den politischen Lagern und ihren je vorgeformten Geschichtsbetrachtungen abgrenzen oder doch wenigstens mit mehr als einer Seite im Gespräch bleiben. Insofern ist es bemerkenswert, dass seine Danksagungen nun sowohl, wie vorher, ehemaligen Militärspitzen wie Franz Halder oder Karl Dönitz galten als auch dem Widerständler und Deserteur Wolfgang Abendroth, den Hillgruber von der Marburger Philosophischen Fakultät her kannte.<sup>509</sup> Im Alter von 37 Jahren und noch ohne fest fixierte Milieubindung, vielmehr von Königsberg, über Göttingen nach Marburg gekommen, zwischen Schulalltag und universitärer Ambition wechselnd, im Austausch mit Wehrmachtsveteranen und jüngeren Zeithistorikern, darunter Hans-Adolf Jacobsen, Eberhard Jäckel

<sup>507</sup> Ebd., Vorwort Bracher, S. XX-XXIII.

<sup>508</sup> Hillgruber: Hitlers Strategie, S. 7.

<sup>509</sup> Ebd., S. 8.

oder Thilo Vogelsang, kommunizierend sowohl mit denen, die eine „Bewältigung“ der Vergangenheit leidenschaftlich verwarfen, wie mit denen, die kritische Aufarbeitung forderten und betrieben, arbeitete Hillgruber auf seinen wissenschaftlichen Durchbruch hin. Er beschritt einen individuellen Weg, der offen genug für Einflüsse verschiedener Richtung einschließlich der internationalen Forschung war. Er bezog dabei erhebliche intellektuelle Energie aus dem Ehrgeiz, sich zu etablieren, aber nicht minder aus den Fragen, die seine eigenen Kriegs- und Migrationserfahrungen aufwarfen und die „aus langjähriger intensiver Beschäftigung mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ erwachsen. Das Buch, das so entstand, sollte nicht mehr bloß den Kriegsverlauf beschreiben, sondern „umfassend“, „zusammenfassend“, „genügend weit gespannt“ in wissenschaftlicher Untersuchung und Darstellung sein, um auch die „Nachwirkungen und Folgen für die Gegenwart“ begreifbar zu machen.<sup>510</sup>

Die Studie ist skrupulös in der Suche nach Genauigkeit. Hillgruber schloss sich mit ihr dem Selbstverständnis der „skeptischen Generation“ an, allerdings in der Art eines Unentschiedenen, der die innere Anteilnahme am Neuanfang nach 1945 eher in Abrede stellt, um dem Postulat der Wertfreiheit zu genügen. Somit blieb er als Historiker mit einem Bein auf dem Boden der alten Schule stehen, während er mit dem anderen im Unheil des Krieges nach Urteilen vorantastete, die ohne Wertung nicht zu finden waren. Als sein Ziel gab er an,

„nüchtern-kritisch, gleich fern jeglicher Apologetik wie jeder polemischen Leidenschaft, mit Hilfe der historischen Methode so weit wie möglich zu klären, in welchem Maße Hitler durch sein ‚Programm‘, durch die Politik und Strategie der Gegenmächte und durch die (vielfach erzwungene) Anerkennung sachlicher Notwendigkeiten bei seinen großen Entscheidungen auf dem Höhepunkt seiner Macht bestimmt wurde, d.h. während eines Zeitraums, dessen zentrale Bedeutung für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges überhaupt mit der fortschreitenden Einzelforschung immer deutlicher heraustritt.“<sup>511</sup>

Hillgrubers Studie verwendete erhebliche Anstrengung auf die „rationale Erhellung der Vorgänge“, darauf, „jedes vorzeitige Abbrechen dieses Bemühens durch ein Ausweichen in eine irrationale, ‚dämonische‘, Deutung Hitlers zu vermeiden“<sup>512</sup>,

---

<sup>510</sup> Ebd., S. 7 und S. 13.

<sup>511</sup> Ebd., S. 15.

<sup>512</sup> Ebd., S. 20.



worin nicht zuletzt eine Selbstkorrektur des Autors liegt. Doch spreizte er sich im Versuch von alles berücksichtigenden Synthesen. Einerseits sah er in Hitlers Krieg rationale Entscheidungen und Reaktionen auf das Verhalten der „Feinde“ walten. Andererseits erkannte er die durchdringende Gewalt des „vom Ursprung her radikalen rassenideologischen ‚Programms‘“, das einen „immanenten ‚Zwang‘“ auf die Ziele und Methoden der deutschen Kriegführung ausgeübt habe.<sup>513</sup> Der Spagat zwischen der Interpretation Hitlers als eines herkömmlichen „Feldherrn“, dem es bei seinen Handlungen ganz ebenso wie Churchill oder Roosevelt um die Absicherung einer „Großmacht“ ging, und der Einsicht in die Aggression der jeden Maßstab sprengenden deutschen Massenverbrechen, prägte das gesamte Buch. Der Diktator erschien mal als Getriebener, mal als Treibender, je nach dem, ob der „Sachzwang“ im Vordergrund stand oder die Ideologie. So weit wie möglich erläuterte Hillgruber die Entscheidungssituationen wiederum „aus dem Blickwinkel Hitlers“: Welche Möglichkeiten gab es im September 1940? Polen war besetzt, Frankreich „niedergeworfen“<sup>514</sup>, Widerstand leistete England, und es gab das „Problem der amerikanischen Hilfeleistung für Großbritannien“. Eine „Invasion des deutsch-beherrschten Kontinents“ brauchte nach der britischen „Niederlage von Dünkirchen“ zunächst „nicht befürchtet zu werden“. Aber „die freie Bewegung nach Übersee war und blieb versperrt“.<sup>515</sup>

„Ein bloßes ruhiges Zuwarten in der ‚Igelstellung‘ des deutsch-beherrschten kontinental-europäischen Raumes, um auch diese Möglichkeit zu erwähnen, mußte sich auf die Dauer gegen Hitler auswirken, da die wachsende Stärke des Westgegners, vor allem durch die amerikanische Unterstützung, eine zunehmende wirtschaftliche und politische Abhängigkeit Deutschlands von der Sowjetunion zur Folge gehabt hätte, deren militärische Stärke im übrigen auch mit der Überwindung der Nachwirkungen der ‚großen Säuberung‘ des Offizierskorps der Roten Armee 1937/38 und der Auswertung der eigenen Kriegserfahrungen im finnischen Winterkrieg (sowie der kriegführenden Mächte im europäischen Krieg) ständig größer wurde.“<sup>516</sup>

---

<sup>513</sup> Ebd., S. 14.

<sup>514</sup> Hillgruber verwendete diese nationalsozialistische Terminologie wohl noch immer, ohne sich dessen voll bewusst zu sein. Vgl. ebd., S. 16.

<sup>515</sup> Ebd., S. 274.

<sup>516</sup> Ebd., S. 276.

Nachdem ihn der tiefe Einstieg in Hitlers Welt und in die Binnenlogik eines deutschen Siegeswunsches, den Hillgruber auch sprachlich nachempfindet, zu dem Schluss gebracht hatte, dass nicht gewartet werden konnte, verließ er die Perspektive kurz und wechselt in die Position des Kritikers. Wesentlich sei, dass Hitler „seine Herrschaft auf dem Kontinent allein auf die militärische Gewalt gegründet hatte, die nur durch fortwährende neue Erfolge aufrechterhalten werden konnte.“<sup>517</sup> Sogleich aber schaltete er wieder um auf die Wahrnehmung eines Oberkommandierenden, der nach einer „Lösung“ streben musste. Da die „Erlangung der vollen Rückenfreiheit im Westen“ nicht zu erreichen war,

„blieb dann für Hitler nur die letzte große Möglichkeit: die militärische Ostlösung 1941 als entscheidende Voraussetzung für die Behauptung seiner Machtstellung in Europa und für den Aufbau einer ‚Weltmacht‘-Position gegenüber den vereinigten angelsächsischen Seemächten.“<sup>518</sup>

Andreas Hillgruber bezeichnete den Überfall auf die Sowjetunion – in militaristischem Euphemismus die „militärische Ostlösung“ genannt – als rationale Entscheidung aufgrund einer realistischen Einschätzung der Kriegssituation Ende 1940. Er gestand Hitler in dessen eigener Propagandasprache Weitsicht zu: Denn hätte Deutschland, so Hillgruber, „auf eine Zertrümmerung der Sowjetunion im Jahre 1941“ verzichtet, hätte Hitler sich „auf eine Abkapselung in seiner im Grunde nur um ein Vorfeld erweiterten mitteleuropäischen Position, die er 1940 gewonnen hatte, die aber für eine ‚Weltkriegs‘-Strategie räumlich zu eng und wehrwirtschaftlich nicht ‚autark‘ war“, beschränkt, wäre von vornherein der Triumph der angelsächsischen Mächte zu erwarten gewesen.<sup>519</sup> Nicht den Befehl zum „Ostfeldzug“ als solchen bezeichnete Hillgruber in Begriffen des Wahnsinns; im Gegenteil, er hielt ihn „im Rahmen des Gesamtkrieges“ für unvermeidbar.<sup>520</sup> Auch konnte er sich beim Gedanken „einer Befreiung der Völker der Sowjetunion von der Herrschaft des stalinistischen Systems“ durch Nazideutschland politische Chancen vorstellen. Aber in der Art und Weise, wie dieser Krieg geführt wurde, sah Hillgruber all das zunichte gemacht. Hitler sei „auf Grund seiner rassenideologisch übersteigerten Überzeugung

---

<sup>517</sup> Ebd.

<sup>518</sup> Ebd., S. 277.

<sup>519</sup> Vgl. ebd., S. 389ff., Zitat S. 391.

<sup>520</sup> Ebd., S. 393.

von einer Überlegenheit des von ihm geführten Deutschland über das bolschewistische Rußland“ ausgegangen, habe „alles auf die eine Karte“ gesetzt und „den Aufbau eines deutschen Ostimperiums schon während der militärischen Operationen zur Niederwerfung der Sowjetunion“ eingeleitet, ohne die „militärische Entscheidung abzuwarten“, also

„ohne Rücksicht darauf, daß der Ostfeldzug auch eine wichtige Funktion im Rahmen des Gesamtkrieges besaß. Hieran nun wird deutlich, daß Hitler bei dieser für ihn grundlegenden Entscheidung zugleich den Übergang von politisch-strategischer ‚Taktik‘ zu den ‚Prinzipien‘ seiner Rassenideologie vollzog, die ihm gleichzeitig einen Schlüssel zum ‚Verständnis‘ des Bolschewismus wie auch zur Möglichkeit, Dauerhaftigkeit und ‚Sinndeutung‘ der Aufrichtung einer deutschen Herrschaft in Rußland bot.“<sup>521</sup>

An diesem Punkt verließ Hillgruber nunmehr entschiedener die emphatische, einer historistischen Einfühlung verpflichtete Sicht auf Hitlers Krieg. Hier war für ihn der Rubikon erreicht, den er nicht überschritt. Er war am anderen Pol seiner Darstellung angelangt. Zunächst weitete er die Frage der Mitverantwortung aus: Wie stellten sich die hohen Militärs zu Hitler? Wenn er auch betont vorsichtig, rücksichtsvoll und um Schadensbegrenzung bemüht darauf hinwies, dass der Kreis der frühen Mitwisser in der Wehrmacht auf sechs Personen, Keitel, Jodl, von Brauchitsch, Halder, Göring und Raeder, beschränkt gewesen sei<sup>522</sup>, so trat die Kritik trotzdem Schritt für Schritt immer deutlicher in den Vordergrund: Niemand aus diesem Kreis habe „an dem Gelingen eines deutschen ‚Blitzkrieges‘ gegen die Sowjetunion“ gezweifelt. Die „Beseitigung der ‚bolschewistischen Gefahr‘ oder der russischen Bedrohung oder ganz einfach auch die Zerschlagung der Sowjetunion“ sei vielmehr „von allen Beteiligten als wünschenswert betrachtet und daher Hitlers Entschluß – von der Problematik des Zeitpunktes, der geplanten Durchführung während des noch nicht beendeten Krieges im Westen einmal abgesehen – grundsätzlich begrüßt“ worden. Das mit der Vorbereitung seit Juli 1940 – Hillgruber hatte also inzwischen Weinbergs Befunde aufgenommen – befasste Oberkommando des Heeres „erhob keinerlei Einspruch gegen den geplanten Ostfeldzug“.<sup>523</sup> „Von einer Klarheit des Denkens und einem hohen

---

<sup>521</sup> Ebd., S. 392.

<sup>522</sup> Vgl. ebd., S. 393.

<sup>523</sup> Ebd., S. 394.

Verantwortungsbewußtsein im Handeln, die dem Ernst der für den Ausgang des Krieges – nicht nur tatsächlich, sondern bereits in der Konzeption Hitlers – entscheidenden Bedeutung des Unternehmens ‚Barbarossa‘ angemessen gewesen wäre“, habe bei allen Stellungnahmen gegenüber Hitler keine Rede sein können. „Die Kollektivillusion derer, die den Überblick besaßen und doch die Augen vor der bitteren Realität schlossen, ist sicher bei den meisten unbewußter Selbstbetrug gewesen.“ Für den Historiker gelte es trotz allen Bemühens, den Prämissen, Voraussetzungen und Bedingtheiten des Handelns oder Versagens nachzugehen, „die Mitverantwortung des genannten Kreises“ festzustellen.<sup>524</sup>

Andreas Hillgruber wollte drei apologetische Fehldeutungen und Missverständnisse berichtigen. Er zitierte hier aus Ernst Noltes kurz zuvor erschienenem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“: „Hitlers Ostkrieg“, so Hillgruber, „ist mit Recht ‚der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg‘ der Neuzeit genannt worden“. Weder sei dies, *erstens*, ein „Kreuzzug‘ gegen den stalinistischen Bolschewismus“ gewesen, noch, *zweitens*, ein „rein machtpolitischer Vorgang, der sich allein aus den Notwendigkeiten des seit dem September 1939 im Gange befindlichen europäischen Krieges ergab“, und auch, *drittens*, ein „nationaler Aufbruch‘ der von den kulturell weit unterlegenen, aber zahlenmäßig viel stärkeren ‚halbasiatischen‘ Russen 1939/40 bedrängten europäischen Völker des Raumes zwischen dem Schwarzen Meer und Finnland unter der Führung Deutschlands“ habe nicht stattgefunden.<sup>525</sup> Vielmehr müssten der Krieg und die „nationalsozialistische ‚Endlösung der Judenfrage‘“, „die Ausrottung der ‚jüdisch-bolchewistischen‘ Führungsschicht und ihrer biologischen Wurzel, der Millionen Juden in Ostmitteleuropa“ in zeitlichem und sachlichem Zusammenhang gesehen werden.<sup>526</sup> Unter zustimmendem Verweis auf Werner Conze sprach Hillgruber von dem „Moment des Tragischen“, dass Hitler aus diesem „dreifachen Mißverständnis“ heraus erhebliche Zustimmung erhielt, „ohne die das jahrelange erbitterte Ringen des deutschen und verbündeten Ostheeres überhaupt nicht zu verstehen ist“, und wie auch bei Conze liegt es nahe, hier eine Selbstauskunft des Autors zu vermuten, der sich seiner eigenen Beteiligung an dem beschriebenen Krieg klar zu werden versucht und dabei letztlich auf den Topos eines betrogenen Idealismus zurückgreift.<sup>527</sup> Noch in diesen Passagen,

---

<sup>524</sup> Ebd., S. 397.

<sup>525</sup> Ebd., S. 516f.

<sup>526</sup> Ebd., S. 519.

<sup>527</sup> Ebd., S. 516f., vgl. auch Fußnoten 1 und 3 zu Hillgrubers Rezeption von Nolte und Conze.

die zu den urteilsstärksten und zugleich am deutlichsten vergangenheitskritischen der Habilitationsschrift zählen, ist Hillgrubers Argumentation nicht ohne bedeutende Ambivalenzen, was die nachträgliche narrative Identifizierung mit dem damals Geglauten und Geschehenen angeht. Denn seiner Versicherung, es sei Hitler eben nicht um die drei genannten Ziele gegangen, die so viel fatale Begeisterung bei den Deutschen mobilisiert hätten, ist die nicht weiter erklärte und ausgeführte Annahme zugesellt, solche Motive, wenn sie nur aufrichtig verfolgt worden wären, seien tatsächlich gutzuheißen. Nach wie vor hielt er eine Einstellung, die den Krieg gegen die Sowjetunion Anfang der 40er Jahre im Prinzip begrüßte, für beinahe eine Selbstverständlichkeit.<sup>528</sup> Sein Text führte die entsprechenden Erklärungen in Klammern – „(der stalinistische Terror hatte ja bis 1939 den nationalsozialistischen stark überschattet)“<sup>529</sup> – oder in Fußnoten wie auf einer zweiten Tonspur mit.

Eine der klarsten Aussagen Hillgrubers zur Verstrickung des Offizierskorps in den Massenmord knüpft sich an Hitlers Ansprache vom 30. März 1941, in der vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion den Befehlshabern des Heeres der weltanschauliche Vernichtungskrieg und der „Kommissar-Befehl“ offen angekündigt wurde:

„Noch in keiner Ansprache vor den militärischen Befehlshabern hatte Hitler so klar seine Ziele aufgedeckt und so offen über den Charakter seines Ostkrieges gesprochen. Die wohl einzigartige Gelegenheit, Hitler in dieser Schicksalsstunde des deutschen Heeres entgegenzutreten, als er das Heer nun auch unmittelbar zu einem Instrument seines rassenideologischen Vernichtungskrieges machte, der die soldatischen Normen der traditionellen Kriegführung bewußt verleugnete, ließen alle Beteiligten vorübergehen.“<sup>530</sup>

Die Kritik wird indes mit einer um Einfühlung in die Bereitschaft zum Völkermord bemühten Fußnote neu austariert, um eine Antwort auf die selbstgestellte Frage

---

<sup>528</sup> Vgl. etwa die Formulierung der eigentlich kritisch gegen das OKW angelegten Aussage auf S. 394: „Schließlich ist, obwohl damit fast eine Selbstverständlichkeit ausgedrückt wird, hinzuzufügen, daß die Beseitigung der ‚bolschewistischen Gefahr‘ oder der russischen Bedrohung oder ganz einfach auch die Zerschlagung der Sowjetunion von allen Beteiligten als wünschenswert betrachtet und damit Hitlers Entschluß [...] grundsätzlich begrüßt wurde.“

<sup>529</sup> Ebd., S. 516.

<sup>530</sup> Ebd., S. 527.

zu finden: „Wie aber gelang es ihm [Hitler], dieses Ziel zu erreichen, ohne daß sich eine einzige offene Gegenstimme erhoben hätte?“<sup>531</sup>

„Die Hinnahme dieser Thesen Hitlers durch die Offiziere und später die Indifferenz (z.T. sogar die Zustimmung) bei der physischen Vernichtung der bolschewistischen Führungsschicht sind allerdings auch vor dem Hintergrund des bekannten, in seinen Ausmaßen infolge der rigorosen Geheimhaltung des Umfangs der bolschewistischen Vernichtungsaktionen (z.B. im Offizierskorps der Roten Armee) eher noch unter- als überschätzten Terrors der Bolschewisten in Rußland seit der Oktober-Revolution 1917 und der Opferung ganzer sozialer Schichten und Volksgruppen aus ‚ideologischen‘ Gründen historisch zu ‚verstehen‘.“<sup>532</sup>

Hillgruber ahnte wohl, welche Problematik darin steckte, den eliminatorischen Antisemitismus aus einem zeitgenössisch nachvollziehbaren deutschen Antikommunismus heraus verständlich machen zu wollen, denn er setzte ein solches historisches Verstehen, das, statt eigene Begriffe zu bilden, auf die antisemitischen Projektionen des Faschismus sich verlässt, in Führungszeichen. Doch nicht immer achtete er auf diesen minimalen Abstand, wie an der oben zitierten Formulierung von den kulturell unterlegenen Russen als Bedrängern europäischer Völker deutlich wird; hier schien die Form seiner Beschreibung mit dem beschriebenen Rassismus gemeinsame Sache zu machen, und die Sprache Hillgrubers, ob bewusst oder unbewusst verwendet, unterspülte zu Teilen die Argumentationsrichtung, die Hitlers mit Hilfe der deutschen Armee und Verwaltung offensiv geführten Ausrottungskrieg bloßzulegen beanspruchte.

Hillgrubers Fazit verneinte die Präventivkriegsthese eindeutig: Hitler selbst habe durch seine seit den 20er Jahren programmatisch feststehende, rassenideologisch begründete und stufenweise verwirklichte „Expansionspolitik“ das Tor für das anschließende sowjetische Vordringen nach Westen aufgestoßen.<sup>533</sup> Dass die „traditionellen Träger der Macht in Deutschland – neben der Generalität auch die führenden Kräfte in Verwaltung, Diplomatie und Wirtschaft“ – an einem staatlich organisierten Verbrechen mitwirkten, sah er recht deutlich. Und er fragte nach einer Antwort ange-

---

<sup>531</sup> Ebd., S. 526.

<sup>532</sup> Ebd., S. 527, Fußnote 49.

<sup>533</sup> Vgl. ebd., S. 533f.

sichts dieses „für die deutsche Geschichte wie die Gegenwart wohl ernstesten Problems“, eingestehend zugleich, dass er sie selbst nicht geben könne und dass auch die sozialgeschichtliche Forschung darüber noch am Anfang stehe. Von diesem offenen Punkt aus gelangte er zu der in Kenntnis der Fischer-Kontroverse formulierten Fragestellung, wie stark die „Kontinuität imperialistischer Traditionen in Deutschland seit der Wilhelminischen Ära“ gewesen sei.<sup>534</sup>

„Hitlers Strategie“ ist das für Hillgrubers intellektuellen Werdegang wichtigste Buch. In dessen abschließender Bestimmung des geschichtlichen Ortes des Vernichtungskrieges im Osten schrieb er, dass die expansive Kriesgzioldiskussion des Ersten Weltkrieges fortwirkte und in den „totalitären ‚Führerstaat‘ integriert“ wurde. Auf dem Höhepunkt der Machtentfaltung NS-Deutschlands in den Jahren 1940 und 1941 sah Hillgruber eine teilweise Übereinstimmung Hitlers „mit imperialen Zielen der alten deutschen Führungsschicht und mit Wunschvorstellungen eines großen Teils des Volkes“. Die eigentliche Rassenideologie jedoch sei „qualitativ etwas völlig anderes“ als selbst noch „die extremen – sich rein räumlich und machtpolitisch betrachtet nicht allzu stark von den nationalsozialistischen Expansionszielen unterscheidenden – deutschen Kriegsziel-‚Programme‘ in der Zeit des Ersten Weltkrieges“.<sup>535</sup> Zuletzt kam er in einer eigenwilligen Interpretation auf die Thesen Fritz Fischers zurück: Die „wohl folgenreichste Komponente der deutschen ‚Kontinuität des Irrtums‘“ liege „in der Überschätzung der eigenen und der Unterschätzung der Stärke der Gegner“.<sup>536</sup> An dieser riskanten Fehlkalkulation in der Außenpolitik war die deutsche „Großmacht“, an der er nachträglich spürbar trauernd Anteil nahm, seiner Ansicht nach untergegangen. Nicht ohne den beiläufigen Hinweis, dass „in Deutschland“ auch in den 50er Jahren die sowjetische Macht noch als zu gering eingeschätzt würde<sup>537</sup>, beschrieb er die ultimative Niederlage, die er mit dem Datum 1945 verband, als die „Bestätigung des Erlöschens jeden Eigenwillens der unterlegenen Seite“ durch „Vertreibung und Deportation bis zur Zerstörung der Lebensgrundlagen ganzer Bevölkerungsgruppen“, wie er es am Fall der deutschen Ostgebiete und insbesondere „am Schicksal der Hauptstadt Ostpreußens, Königsberg“ durch die sowjetische Herrschaft verwirklicht sah.<sup>538</sup>

---

<sup>534</sup> Ebd., S. 531f.

<sup>535</sup> Vgl. das Schlusskapitel „Der historische Ort des Unternehmens ‚Barbarossa‘“, ebd., S. 564-578 (566f.).

<sup>536</sup> Ebd., S. 573.

<sup>537</sup> Ebd., Fußnote 13.

<sup>538</sup> Ebd., S. 577f. und Fußnote 25.

Mit Verweis auf die Habilitationsschrift wurde Andreas Hillgruber von der Militärhistoriografie als ein Aufklärer betrachtet, der ein Leugnen deutscher Kriegsschuld, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg populär war, aus dem Kreis seriöser Forschung ausgeschlossen hatte.<sup>539</sup> Dabei gerieten seine zahlreichen gefühlsmäßigen und begrifflichen Bindungen an ein ostwärts gerichtetes imperiales Bewusstsein aus dem Blick. Hillgruber selbst ließ rückblickend keinen Zweifel an dem, wie er sagte, „lebensgeschichtlichen Ausgangspunkt“ seiner Forschungsinteressen im „deutschen Osten“, der hartnäckig und fortdauernd sein Geschichtsbild bestimmte.

„Die starke Konzentration auf die Erforschung der nationalsozialistischen Zeit und der Geschichte des Zweiten Weltkriegs steht in engem Zusammenhang mit den beiden existentiellen Grunderfahrungen meiner Jugend. Ich stamme aus einer Familie Salzburger Protestanten und Emigranten, die von 1732 an über zwei Jahrhunderte in Ostpreußen lebte. Die Auseinandersetzungen meines Vaters mit dem Nationalsozialismus und die Katastrophe des deutschen Ostens 1944/45 haben das Schicksal unserer Familie geprägt. 1925 geboren, gehöre ich zu der letzten Generation, die noch bewußt und intensiv Ostpreußen erlebt hat, in innerer Beziehung zu diesem Teil des deutschen Ostens geblieben ist und für die – als Historiker – das Spannungsverhältnis von Preußen, Bismarck-Reich und Hitler-Diktatur ein – durch Formeln nicht aufzulösendes – Problem ist, das sie immer wieder anzieht, ja, das sie nicht losläßt.“<sup>540</sup>

Die wachsende Spannung, die zu lösen er immer wieder Anlauf nahm, war die zwischen einer noch positiv vorstellbaren deutschen Großmacht und ihrem – was immer deutlicher wurde – selbstverschuldeten Untergang, wobei neben seiner Kritik eines überzogenen Expansionismus nicht minder von Bedeutung blieb, dass er diesen Prozess vor allem *als Untergang* empfand. Als Hillgruber noch vor Erwerb der ersten Professur in Freiburg von Werner Conze gebeten wurde, in dessen engagierter

<sup>539</sup> Vgl. Günter Wollstein: Andreas Hillgruber, S. 10. So eindeutig sich Hillgruber dem Rassismus des NS-Regimes stellte und ihn als Schlüssel für die deutschen Kriegsplanungen betrachtete, wer die Wucht seiner Formulierungen über die Vernichtungspolitik der Sowjetunion in den von der Roten Armee eroberten Gebieten kennt, kann nur daran zweifeln, ob Hillgruber tatsächlich, wie Wollstein weiß, in Osteuropa und in der Sowjetunion „außergewöhnliches Ansehen“ genoss. Wohl konnte man ihn nunmehr als Gewährsmann gegen die Präventivkriegsthese zitieren, doch mussten dabei die Kenntnisse seiner Arbeiten und Absichten lückenhaft geblieben sein.

<sup>540</sup> Diese Auskünfte gab Hillgruber am 14. Dezember 1983 anlässlich seiner Aufnahme in die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften. In: Jahrbuch 1983 der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften. Opladen 1984, S. 85-86 (85).



Reihe „Die deutsche Frage in der Welt“ einen Band über „Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege“ zu verfassen, stand die Herausforderung durch Fritz Fischer im Raum, wie Hillgruber ohne Umschweife klarstellte. Darauf eine neue Antwort zu finden, ohne die von ihm selbst gewonnenen Forschungseinsichten zu leugnen und in die Apologie alten Musters zurückzufallen, war ein Akt konservativer Selbstbehauptung. Zwischen Fischers These einer Kontinuität der Aggression, die geschichtspolitisch als Generalabrechnung mit deutschen Traditionen aufgefasst wurde, und einer in der rechtsradikalen Publizistik erneut auftauchenden Verharmlosung der deutschen Rolle galt es ihm, einen mittleren Weg zu finden, der die „abgestufte Verantwortung der deutschen Reichsleitung des Kaiserreiches und der nationalsozialistischen Führung an den Kriegskatastrophen von 1914/1918 und 1939/1945“ verdeutlichen sollte.<sup>541</sup>

Er hob mit dem Jahr 1890, dem Ende der Ära Bismarck und dem Beginn jener „Welle imperialistischer Erregung“ an, die den Anfang der wilhelminischen Epoche kennzeichnete.<sup>542</sup> In der Nacherzählung der Konfrontationen mit Russland und England kam Hillgruber mehrfach auf ein grundlegendes Strukturelement zu sprechen, das sich in den Rüstungsprogrammen des Deutschen Reichs auswirkte und in der Verletzung der belgischen Neutralität bei Kriegsausbruch 1914 gipfelte: den Dualismus in der Reichsleitung zwischen politischer und militärischer Spitze<sup>543</sup>, die militärische Offensivplanung des Generalstabschef Schlieffen ohne Rücksicht auf die „schwerwiegende, ja katastrophale politische Auswirkung“ in der Außenpolitik<sup>544</sup>, die „starre“ Ablehnung der Rüstungskontrolle gefolgt durch die „moralische Isolierung“ in Europa<sup>545</sup>, der Kriegswille, das Kriegsdrängen der führenden Militärs und ihre Vorstellung vom nötigen Präventivschlag<sup>546</sup>, schließlich die Einflusslosigkeit des Reichskanzlers gegenüber dem Generalstab, die ausschlaggebende Großmachttrunkenheit des Kaisers<sup>547</sup> und die zwischen Fatalismus und Nationalismus schwankende Annäherung der zivilen Reichsregierung an den monarchischen Bellizismus am Vorabend des Ersten Weltkriegs<sup>548</sup>. Hillgruber zeichnete das Bild des deutschen Militarismus, ohne den Begriff zu verwenden. Weniger hervorgehoben, aber eben-

<sup>541</sup> Andreas Hillgruber: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967, S. 5f.

<sup>542</sup> Ebd., S. 10.

<sup>543</sup> Vgl. ebd., S. 15.

<sup>544</sup> Ebd., S. 18.

<sup>545</sup> Ebd., S. 23.

<sup>546</sup> Vgl. ebd., S. 43.

<sup>547</sup> Vgl. ebd., S. 44f.

falls deutlich benannte er sozialdarwinistische und völkische Vorstellungen als Treibsatz besonders der gegen Russland gerichteten Machtpolitik.<sup>549</sup> Auf dieser Grundlage formulierte er eine „dritte Auffassung“ im Streit um Deutschlands Geschichte.

„Sie gründet auf der Einsicht, daß *während* des Ersten Weltkrieges eine tiefgreifende Veränderung in der Zielsetzung der deutschen Reichsleitung stattfand, und zwar eine Ablösung älterer Zielvorstellungen durch qualitativ andere, die wohl in manchen Aspekten noch mit jenen verbunden waren, inhaltlich aber in vielem näher an Hitlers späteres ‚Programm‘ heranzurücken sind, ohne doch bereits das entscheidende Signum der Hitlerschen Zielsetzung zu tragen. Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, oder in unserem Zusammenhang genauer gesagt: die Vorgeschichte des Anteils Deutschlands an dem zweiten großen Krieg, beginnt bereits im Ersten Weltkrieg.“<sup>550</sup>

Hillgruber setzte die Radikalisierung in dem Zeitabschnitt zwischen dem Antritt der dritten Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff im August 1916 und dem Rücktritt Bethmann Hollwegs im Juli 1917 an. Er sprach von einer „quasi-Diktatur Ludendorffs“. Und er machte den entscheidenden Unterschied zwischen der alten und der neunationalistischen Zielsetzung daran fest, dass Kanzler Bethmann Hollweg noch die territoriale Selbstbehauptung des Reichs, aber die neuen alldeutschen Kräfte im Verein mit der Armeespitze die Machtausdehnung anstrebten, da sie Deutschland in einem permanenten Kriegszustand im Kampf um die Weltmacht wähten.<sup>551</sup> „Am deutlichsten zeichneten sich die neuen Zielvorstellungen in der deutschen Ostpolitik 1918 ab“, schrieb Hillgruber. Wo es früher um die deutsche Hegemonialstellung in Mitteleuropa gegangen sei, schob sich „in den Monaten nach Brest-Litowsk das neue Ziel“ in den Vordergrund, „einen allein von Deutschland beherrschten ‚Großraum‘ im Osten zu schaffen.“<sup>552</sup> Der erzwungene Separatfrieden mit dem in revolutionären Unruhen weitgehend zusammengebrochenen russischen Staat verwirklichte Hillgrubers Einschätzung nach schon im März 1918, wovon Hit-

---

<sup>548</sup> Vgl. ebd., S. 48f.

<sup>549</sup> Vgl. ebd., S. 25.

<sup>550</sup> Ebd., S. 58.

<sup>551</sup> Vgl. ebd., S. 59ff.

<sup>552</sup> Ebd., S. 62.

ler träumte: das „deutsche Ost-Imperium“ von Finnland bis zur Krim unter Einchluss der Ukraine.<sup>553</sup>

„Die ‚völkischen‘ Aussiedlungs- und Kolonisationspläne, die nun für den weiten ‚Ostraum‘ entworfen wurden, waren an sich nicht neu. Das Vordringen sozialdarwinistischen Denkens hatte – gewissermaßen von ‚unten‘ her, auch innerhalb der Reichs- und preußischen Behörden – schon vor 1914 eingesetzt. Es brach sich nach Kriegsbeginn dann immer stärker Bahn und zwang die politische Reichsleitung, schon unter Bethmann Hollweg, zu Konzessionen. Dieses Denken beherrschte allerdings erst 1918, nach dem endgültigen Triumph der durch die 3. OHL repräsentierten Kräfte, vollständig die Führungsspitze des Reiches.“<sup>554</sup>

Hillgruber übernahm hier weite Teile der kritisch von 1945 ausgehenden Bestandsaufnahme einer unheilvollen Vorgeschichte. Er löste sich damit auch von wesentlichen Haltepunkten des am Preußentum orientierten Konservatismus. Die klare Grenze zu Hitlers Welt allerdings sah er durch die „totale Überlagerung und Durchdringung ursprünglich vulgärmachiavellistischer außenpolitischer Zielvorstellungen durch die radikalste Ausprägung von universalem rassenideologischen Antisemitismus“ gezogen.<sup>555</sup> Hier errichtete er den notwendigen Damm, der den Nationalsozialismus von seinen ideologischen Vorläufern isolierte. Im Lichte der obigen Zitate zum imperialistischen Sozialdarwinismus betrachtet, hätte er jedoch einräumen müssen, dass selbst diese Grenze eine verschwommene Schattenlinie ist und dass die finstersten Flächen bis weit vor 1914 zurück reichen.<sup>556</sup>

---

<sup>553</sup> Ebd., S. 66.

<sup>554</sup> Ebd., S. 65.

<sup>555</sup> Ebd., S. 68. Vgl. auch S. 74: Hillgruber vermerkte, dass Hitlers Agitation im Einklang mit „Zielen der alten deutschen Führungsschicht und mit Wunschvorstellungen eines großen Teils des deutschen Volkes“ stand, bezog dies aber vor allem auf die Revision der Versailler Grenzen und die Errichtung eines „Großdeutschland“. Er machte klar, dass Hitler selbst darüber hinaus „aus der ‚mythischen‘ Verbindung von ‚bolschewistischem‘ Herrschaftssystem und ‚Judentum‘“ heraus die „Ausrottung der Juden“ wollte. Einerseits erkannte er in der Herabwürdigung Russlands zu einem Kolonialgebiet, das durch die führende „Rasse“ ausgebeutet werden sollte, eine Übertragung von Prinzipien des überseeischen Imperialismus auf Kontinentaleuropa. Andererseits folgt er der älteren konservativen Argumentation, dass dies im Widerspruch zu allen Traditionen deutscher Außenpolitik und zu allen überlieferten Maßstäben gestanden habe. Wo er die Zuspitzung suchte, blieb Hillgruber unentschieden. Seine Gedankenentwicklung war nicht abgeschlossen, seine Positionssuche ging weiter, wenn auch schon das schleichende Unbehagen an einer Delegation deutscher Machtstaatstradition durchschimmerte.

<sup>556</sup> Dazu zählen ganz sicher die bildungsbürgerlichen Kreise um den 1890 gegründeten Alldeutschen Verband, der in einer Mischung von Demokratiefeindlichkeit, Pangermanismus, Imperialismus und rassistischen Vorstellungen insbesondere dazu beitrug, den Antisemitismus unter deutschen Führungseliten zu verbreiten. Der seit 1908 amtierende Vorsitzende Heinrich Claß, Mainzer Justizrat,

In seiner Freiburger Antrittsvorlesung am 18. Juni 1969 nahm Hillgruber den Faden wieder auf. Ob von Bismarck bis Hitler Kontinuität oder Diskontinuität überwiege, lautete die Frage, die er unmittelbar aus dem „mit zahlreichen Emotionen belastet[en]“ Streit über „Versuche“ ableitete, „vereinfachend von Luther über Friedrich den Großen, Bismarck und Wilhelm II. zu Hitler, auf die Katastrophe von 1945 hinführende geistesgeschichtliche Verbindungslinien zu ziehen“. Hillgruber konstatierte zunächst einen Generationenbruch. Es gebe eine Tendenz von Historikern der jüngeren Generation (zu denen er sich, ohne es ausdrücklich zu sagen, wohl auch selbst rechnete), die „Geschichte der 1866/71 begründeten und 1945 aller menschlichen Voraussicht nach unwiderruflich untergegangenen preußisch-deutschen Großmacht“ unter negativem Vorzeichen als eine Einheit zu sehen. Deshalb habe sich im Verlauf der 1960er Jahre auch der Konsens über die Bismarcksche Reichsgründung unter deutschen Historikern aufgelöst.<sup>557</sup> Er gestand zu, dass es schon lange aus „linksliberaler, sozialistischer und großdeutsch-katholischer Sicht“ ausgewiesene Gegner des Reichskanzlers gab; doch die neue Kritik löste sich von Argumenten nationalstaatlicher Raison, und Hillgruber sah diese neue Qualität von Historiografie vor allem auf die Außenpolitik bezogen. Unter der zu dieser Aussage angeführten Literatur nannte er bereits Hans-Ulrich Wehlers 1969 erschienene, von Theodor Schieder betreute, von Hans Rosenberg ermutigte und inspirierte Habilitationsschrift „Bismarck und der Imperialismus“.

Wehlers Habilitation traf an der Kölner Universität, wie berichtet<sup>558</sup>, auf starke Widerstände der Philosophischen Fakultät, weil sie sowohl in ihrer ökonomischen Interpretation Bismarcks wie in ihrer kritischen Herausstellung des deutschen Imperialismus mit der politischen Weltanschauung vieler Professoren kollidierte. Und noch nachdem die Prüfungskommission auf Theodor Schieders Fürsprache hin in einem knappen Mehrheitsvotum zugestimmt hatte, sprach sich Dekan Grothoff gegen eine Publikation aus.<sup>559</sup> Das schließlich dennoch veröffentlichte Buch war eine der ersten radikalen Absagen an den Historismus durch einen bundesdeutschen Fachhistoriker. Verglichen mit den Traditionen Frankreichs und der Vereinigten Staaten kritisierte Wehler die vorherrschende Historiografie in Deutschland als „Ge-

---

forderte schon 1912, die Juden unter Fremdenrecht zu stellen. Vgl. Rainer Hering: *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*. Hamburg 2003.

<sup>557</sup> Andreas Hillgruber: *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*. Düsseldorf (3)1971, S. 3f.

<sup>558</sup> Vgl. oben „Theodor Schieder: Gefahren, die in ihrer Richtung schon erkennbar sind“, S. 141.

<sup>559</sup> Vgl. Hohls und Jarausch: *Versäumte Fragen*, S. 248.

genstoß gegen Aufklärung und naturrechtliches Denken“: Die „Geschichtsschreibung im Deutschland des 19. Jahrhunderts“ habe sich „in engster Verbindung mit dem Konservativismus auch im Gegenzug gegen die Auswirkungen der Französischen Revolution“ entfaltet und sei „häufig zu einer konservativen Rechtfertigung des Bestehenden geworden“. Auch solche Maßstäbe jedoch seien an Interessen gebunden, und so könne man „nach den Erfahrungen der jüngsten deutschen Geschichte dem Interesse an einer kritischen Theorie die Legitimität schwerlich bestreiten“.<sup>560</sup> Unter Verweis auf Max Horkheimer und Jürgen Habermas formulierte er sein Selbstverständnis:

„Ein freies, kritisches Gesellschaftsbewußtsein des Historikers muß sich heute bewähren, und die Geschichtswissenschaft kann sich auch, – wie das eine einflußreiche Richtung in der Soziologie seit je getan hat –, als kritische Gesellschaftswissenschaft verstehen.“<sup>561</sup>

Den Begriff des Imperialismus verband Wehler mit einem Auftrag zu politischer Pädagogik. Imperialistische Herrschaftsformen reichten bis in die Gegenwart hinein. Die Geschichtswissenschaft könne „theoretisch und praktisch politische Wirkung überhaupt nicht vermeiden und sollte wegen dieser Notwendigkeit bewußt ihre Ziele abstecken“. „Auch historische Theorie, erst recht eine kritische Theorie, impliziert daher immer auch eine Anleitung zur politischen Praxis“, schrieb er.<sup>562</sup>

Die politische Aufgabe war für die Mehrheit der Historiker kein Problem, wenn sie nur unter gewohnt konservativen und nationalpolitischen Vorzeichen stand. Nicht nur bei den wissenschaftsorganisatorisch engagierten Exponenten waren politisch-pädagogisch gemeinte Wertungen eine gängige Übung. Durch Wehlers positiven Bezug zu einem marxistisch inspirierten Gesellschafts- und Wissensverständnis aber geriet Politik plötzlich zur Provokation. Wehler setzte sich ab von der deutschen „Staatsideologie“, die dem Historismus der preußischen Schule innewohnte, führte als Konkurrenzmodell die „sozialökonomische“ Analyse ein, bekannte sich zu dem, was als „Oppositionswissenschaft“ in Verruf stand, und erklärte in einer heftigen Volte den bisherigen „Primat der Außenpolitik“ zu einer letztlich unwissenschaftlichen Mystik. „Die auf ihm beruhende Diplomatiegeschichte erstarrte zu einer Bewe-

<sup>560</sup> Hans-Ulrich Wehler: Bismarck und der Imperialismus. Köln 1969, S. 14f.

<sup>561</sup> Ebd., S. 15.

<sup>562</sup> Ebd., S. 24.

gungsphysik blutleerer Schemen“, schrieb Wehler. Und: „Der Mystifizierung des Staats und dem ‚Primat der Außenpolitik‘ entsprach denn auch eine eigentümlich nebulose Terminologie“. Er lehnte Begriffe wie „Staatsräson“ oder „Staatsvernunft“ ab, Legitimationstitel für hierarchische Strukturen und Gehorsamkeitsmotive, welche die eigentlichen politischen Tatbestände, die sie transportierten, eher verhüllten als offen legten.<sup>563</sup>

Andreas Hillgruber betrieb nun aber genau diese Art der militärisch und geopolitisch untermauerten Diplomatiegeschichte, die den Staat als „Großmacht“ zur Bezugsgröße nahm, und er begann sich vorsichtig und unter verständnisvollen Respektbekundungen für die Sozialgeschichte zur Wehr zu setzen. Dabei ist bemerkenswert, dass Hillgruber seine eigene Position, zu der Wehler noch die Hauptfraktion der Historiker rechnete, schon in der gefährdeten Minderheit glaubte. Zwar sei die Reaktion auf eine „Verabsolutierung des ‚Primats der Außenpolitik‘“ verständlich.

„Gegenüber einer solchen, wie gesagt: verständlichen, inzwischen allerdings zumindest theoretisch-abstrakt unter den westdeutschen Historikern fast schon zur *communis opinio* gewordenen Auffassung muß jedoch auf die Gefahr hingewiesen werden, daß man aus einer solchen Perspektive: Modernität der sozialgeschichtlichen Forschung, Antiquiertheit einer diplomatiegeschichtlich beschränkten politischen Geschichte leicht ins entgegengesetzte Extrem verfällt und Sozialgeschichte dann zur Geschichte schlechthin wird.“<sup>564</sup>

Hillgruber stemmte sich gegen das alles Bestimmende der sozialen Verhältnisse und bestand darauf, dass „neben Sozialgeschichte und Ideengeschichte eine – wie man sie nennen könnte – politische Geschichte moderner Prägung unbedingt notwendig ist“. Darunter verstand er einen Rest „freien Handlungsspielraum[s] der Staatsführungen in der Außenpolitik und das Eigengewicht außenpolitischer Entscheidungen der Großmächte“.<sup>565</sup> Gleichwohl nahm er Wehlers Forderung auf, den deutschen Problemstrang nicht erst mit Bismarcks Entlassung 1890 beginnen zu lassen<sup>566</sup>, wie Hillgruber dies noch 1967 in seiner Schrift über Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der Weltkriege getan hatte. Er bezog Bismarck in seine Überle-

---

<sup>563</sup> Ebd., S. 29f.

<sup>564</sup> Hillgruber: *Kontinuität und Diskontinuität*, S. 5.

<sup>565</sup> Ebd.

<sup>566</sup> Vgl. Wehler: *Bismarck und der Imperialismus*, S. 31.

gungen mit ein, um „einen sachgerechten Ansatz für die vielschichtige Problematik von Kontinuität und Diskontinuität in der außenpolitischen Zielsetzung der preußisch-deutschen Großmacht zu gewinnen“.<sup>567</sup> Die Argumentation, die sich daraus entspann, war nicht unkritisch, sondern subtil und mehrdimensional. In der bestimmenden Linie folgte Hillgruber dem schon erprobten Gedanken, dass der spezifische preußisch-deutsche Dualismus zwischen militärischer und ziviler Führung bei zunehmendem Gewicht der Militärs von lang anhaltender negativer Wirkung war. Dieses ungelöste Strukturproblem ließ Hillgruber nun mit dem preußischen Heeres- und Verfassungskonflikt von 1862 beginnen, in dessen Verlauf sich die liberale preußische Landtagsmehrheit vergeblich gegen die von Kriegsminister Albrecht von Roon betriebene Heeresreform stellte und der exponiert konservative Diplomat Otto von Bismarck auf Vorschlag Roons mit dem Ziel zum Ministerpräsidenten ernannte wurde, gegen Verfassung und Abgeordnetenhaus die Ansprüche des Königs auf uneingeschränkte militärische Obergewalt durchzusetzen. Über die Aufrüstung zwecks preußischer Machtsteigerung gab es Einigkeit, aber an der Frage der Auflösung der Landwehr und der Dauer der Heeresdienstpflicht entzündete sich der entscheidende Machtkonflikt: Die liberalen Honoratioren im Abgeordnetenhaus strebten ein Bürgerheer an und nutzten ihr Budgetbewilligungsrecht als Hebel, um die Pläne der Regierung zu blockieren. Roon hingegen galt das preußische Militär als ein Machtmittel der Krone gegen innere wie äußere Widerstände, außerhalb jeglicher konstitutioneller Bindungen, verankert in einem Offiziersaristokratismus und in der Stellung des Königs als Kriegsherrn. Letztlich ging es also um die Abwehr der Volkssouveränität und um die Revision der Verfassungskonzessionen von 1848-50. In Hillgrubers Sicht nun war Bismarcks Ernennung ein Kompromiss zwischen absolutistischen Monarchisten, „der hochkonservativen Staatsstreichgruppe“, und Liberalen. Dank Bismarcks persönlicher Überlegenheit sei es gelungen, die konstitutionelle Monarchie zu erhalten, während der eigentliche Verfassungskonflikt verdeckt und verewigt worden sei. „Institutionell jedenfalls war – dies sollte entscheidend werden – der Vorrang der für die Gesamtpolitik verantwortlichen zivilen Spitze nicht gesichert.“<sup>568</sup>

---

<sup>567</sup> Hillgruber: Kontinuität und Diskontinuität, S. 4.

<sup>568</sup> Vgl. ebd., S. 7. Hillgrubers Bismarcksympathie, im Anschluss an die tradierte Geschichtsschreibung, deren antidemokratische Spitze er ausklammerte, ist unverkennbar. Ihn als Kompromissfigur zu zeichnen, nimmt Maß an der Abwehr innenpolitischer Konfrontation durch geschickte Techniken der Machtausübung, nicht an der materiellrechtlichen Lösung des Verfassungskonflikts. Trat doch der preußische Ministerpräsident selbst als Exponent der monarchistischen Gruppe in die Politik ein. Schon als junger Abgeordneter hatte er im preußischen Landtag bekannt, er suche „die preußische Ehre darin, daß Preußen vor allem sich von jeder schmachvollen Verbindung mit der Demokratie

Wenn auch Hillgruber hier die wachsende Einflussnahme der Heerespitze auf die Außenpolitik problematisierte, so gestand er andererseits der Bismarckschen Politik der preußischen Machtsteigerung eine wichtige, quasi objektiv gegebene Berechtigung zu: Der „geographischen Mittellage des Deutschen Reiches und der wachsenden Relevanz seiner [...] räumlichen Enge“ im Zuge der „immer größere Räume überwindenden“ Militärtechnik sei die Tatsache geschuldet gewesen, dass „in einem Kriegsfall für das Deutsche Reich sogleich die Existenzfrage gestellt war“.<sup>569</sup> Er glaubte wirklich an jenes „‘reine‘ Staatsinteresse“ eines vorgegebenen Zwangs zur Expansion und hielt auch das Reich von 1871, was seine Machtausstattung anging, noch für bedrohlich labil. Die gewonnene „halbhegemoniale Großmachtstellung auf dem Kontinent“ drohte demzufolge „mit fortschreitender militärtechnischer Entwicklung gleichsam stillschweigend wieder verlorenzugehen“.<sup>570</sup> Hillgruber übernahm damit zeitgenössische Argumente des 19. Jahrhunderts zur Rechtfertigung, um Aufrüstung und konfrontative politisch-militärische Operationen zu rechtfertigen. Die von ihm geschilderte Notwendigkeit und Hoffnungslosigkeit einer „eigenständigen ‚Pressionspolitik‘“, deren Regeln er nur von Bismarck gerade noch beherrscht sah, brachte er auf den Begriff des deutschen Dilemmas. Die hergebrachte Figur der nationalen Tragik lag nicht weit.

Hillgrubers Freiburger Antrittsvorlesung verfolgte durch alle Phasen der Bismarckschen, der Wilheminschen, der Weimarer und der NS-Außenpolitik das Ele-

---

entfernt halte“, und in der Audienz bei Wilhelm I. am 22. September 1862 anlässlich seiner Berufung bekundete er, als „Vasall“ des Königs und nicht als konstitutioneller Minister sein Amt führen zu wollen. Schließlich setzte er die Ansprüche von Militär und König ohne Abstriche durch, indem er die Protestresolutionen des Abgeordnetenhauses gegen die Verfassungsfeindlichkeit der Regierung ignorierte, ohne Etatbewilligung des Parlaments regierte, sich dabei auf das „Notrecht“ der Regierung berief, einen Stillstand der Staatsgeschäfte abzuwenden, schließlich die liberale Presse wiederum entgegen verfassungsrechtlicher Bestimmungen zensierte und Abgeordnete mit Strafprozessen an der freien Meinungsäußerung zu hindern versuchte. Mit den Kriegen gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866 gelang es ihm dann, an Popularität zu gewinnen und die liberale Bewegung zu spalten. In der Krise, die schon in der Verfassungsrevision von 1850 mit der außerkonstitutionellen Stellung des Militärs angelegt war, entschied Bismarck den seit 1848 schwelenden Machtkampf zwischen reformorientierten Liberalen und reaktionären Monarchisten zugunsten letzterer. Dieser Vorgang wurde zu Recht als eine Art „konservative Revolution“, eine Gegenrevolution der Verfassungsgegner, bezeichnet. Vgl. Darstellung und Zitate in Wolfgang J. Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850-1890. Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7/ 1, Frankfurt a.M., Berlin 1993, S. 77f., S. 121-138. Mit den von Bismarck gegen Dänemark, Österreich und Frankreich geführten Kriegen zwischen 1864 und 1871, die in der Bevölkerung von preußischem Patriotismus und nationalem Eifer begleitet waren, stieg Preußendeutschland zur europäischen Großmacht auf, die liberalen Verfassungsprinzipien aber gingen unter. Mit den Schlüsselgewalten des Monarchen als unangefochtenem Kriegsherrn, gestützt auf eine obrigkeitstreue Armee, und des außerparlamentarischen „Notrechts“ der Regierung kontinierte Bismarck autokratische Machtresiduen in einem konstitutionellen Zeitalter, die weitreichende Auswirkungen bis in die Auflösung der Weimarer Republik hinein hatten.

<sup>569</sup> Hillgruber: Kontinuität und Diskontinuität, S. 6f.



ment der zunächst preußisch-etatistischen, dann mehr und mehr national-imperialistischen Machtpolitik. Zum Schluss betonte er die eindeutige Verklammerung Hitlers mit den älteren Traditionen und die „von Hitler nur systematisierte“, im Kaiserreich erstmalig erdachte Zielsetzung: „zuerst Beherrschung des europäischen Kontinents, danach dann Erkämpfung einer deutschen ‚Weltmacht‘-Stellung“.<sup>571</sup> Das „Verbindungsglied“, das die alten Eliten mit der neuen fanatischen Führungsriege verband, sah er in dem „Argument, Deutschland könne nur bei einer Vorverlegung seiner Verteidigung möglichst weit jenseits der Reichsgrenzen, am besten bis an die Peripherie des Kontinents, in einem Krieg der ‚Weltmächte‘ bestehen“. Dass so eine „Verteidigung“ nichts weiter als nackte Aggression gegen die Nachbarn war, darüber sinnierte er auf dieser Stufe der Abstraktion nicht mehr. Er hätte selbst den Schluss ziehen können, dass darin keine Tragik lag, sondern die absichtsvolle, stimmige Strategie der deutschen Eliten. War das ein Skandal? In seinen Formulierungen sparte er das Irritierende aus, das die Fischer-Kontroverse, obwohl dort doch die Probleme viel weniger eindeutig bezeichnet wurden, zu einer emotionalen Zerreißprobe gesteigert hatte. Den schmerzenden Stachel der Kontinuitätsbehauptung hatte Hillgruber gezogen, da er ja die fraglichen Strategeme der „Machtbehauptung“ überall, auch in der Weimarer Republik, selbst bei Stresemann, bei Russland, England und den USA sowieso zu finden vermochte. Und wie um dies zu untermauern, verlängerte er seine Überlegungen schließlich bis in die Zeit der Bundesrepublik hinein, die nach 1949 unter Anlehnung an die „Weltmacht Amerika“ den Versuch unternommen habe, eine „nicht mehr im alten Sinne voll souveräne, aber doch respektable deutsche Großmacht liberal-demokratischer Prägung in Mitteleuropa neu zu etablieren“. Auch dies sei gescheitert, und das Scheitern belaste die gegenwärtige Situation.<sup>572</sup>

Diese Vorlesung, die als „besondere Wegmarke“ in Hillgrubers akademischer Biografie bezeichnet wurde<sup>573</sup>, zeigt einen Historiker, der sich aus dem Spannungsverhältnis der historisch-politischen Streitlager, das ihn bedrückte, hinauszuwinden bemühte. In demselben Maße, in dem er die Kontinuitäten darstellte, die Bismarck und Hitler verbinden, entzog er sich der Pointierung und suchte den Ausweg in einer gleichbleibenden Omnipräsenz der Machtkalküle, die nur noch wenig erklärte, Hitlers „Außenpolitik“ aber in jedem Fall zu normalisieren tendierte. Dem von Studen-

---

<sup>570</sup> Ebd., S. 9.

<sup>571</sup> Ebd., S. 25.

<sup>572</sup> Ebd., S. 27f.

<sup>573</sup> Wollstein: Andreas Hillgruber, S. 11.

ten erhobenen Vorwurf, er sei ein „Gestriger“<sup>574</sup>, begegnete Hillgruber mit Unverständnis. Er wollte, wie er mehrfach bekundete, jenseits von Apologie und Anklage den Stoff darlegen. Dass jedoch Darstellen und Bezeichnen notwendig auch Werten heiÙe, hatte Hillgruber zehn Jahre zuvor bereits auf einer Tagung zum „Philosophieunterricht am Gymnasium“ zugestanden. Dort hatte er sich zwar gegen eine uniforme dogmatische Unterordnung der Historiografie unter die Philosophie verwahrt, wie dies „im gesamten Sowjetbereich“ üblich sei. „Das Geschichtsbild“ sah er nichtsdestotrotz „von Faktoren, von Kräften bestimmt, die auÙerhalb der Geschichte liegen. Es ist wandelbar, d.h. es ändert sich, wenn diese Kräfte sich ändern.“ Und weiter: „Wie soll der Historiker dann aber urteilen? Indem er sich auf den Boden des damaligen Zeitgeistes stellt? Oder soll er die Maßstäbe seiner eigenen Zeit anwenden?“<sup>575</sup> In „mehrfacher Form“, wusste er, wirke die Gesinnung des Historikers in die Geschichtsschreibung hinein, „angefangen bei der Begriffssprache über die Wertung historischer Tatsachen und Sachverhalte“.<sup>576</sup> Als „besonders krasses Beispiel“, an dem die Wertungsfrage sich aufdrängt, nannte er bereits 1959 „die Vernichtung von Millionen europäischer Juden“.<sup>577</sup> Im Jahr 1969 nun, als politische Urteilsfragen im Umgang mit der NS-Vergangenheit nicht zuletzt durch die Studentenbewegung stark in den Vordergrund gestellt und an den Universitäten eindeutig kritische Positionierungen verlangt wurden, waren es zwei unterschiedliche Motive, die Hillgrubers Arbeit kennzeichneten. Über die Rassenideologie des Nationalsozialismus sprach er am 5. November, im Rahmen einer Freiburger Vorlesungsreihe zur Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich, mit präzisen Kenntnissen und verurteilender Schärfe. Er warnte davor, den Ernst und das Eigengewicht des Antisemitismus bei Hitler zu unterschätzen. Er zeigte die Absicht zum Völkermord klar als den Kern des Vernichtungskrieges in Osteuropa, auch im offenen Widerspruch zu Martin Broszat, der über den Angriff auf die Sowjetunion noch schrieb, es sei unkalkulierter „Zugzwang“ gewesen.<sup>578</sup> Er scheute sich nicht, die Beteiligung sowohl der Wehrmacht als auch aller anderen Verantwortungsträger in „Staatsbürokratie, Diplomatie und Wirt-

---

<sup>574</sup> Ebd.

<sup>575</sup> Andreas Hillgruber: Philosophie und Geschichte. Vortrag auf der Tagung „Der Philosophieunterricht am Gymnasium“, Reinhardswaldschule Kassel, am 26. August 1959. In: GWU 11 (1960), S. 2-11 (3f.).

<sup>576</sup> Ebd., S. 10.

<sup>577</sup> Ebd., S. 6.

<sup>578</sup> Andreas Hillgruber: Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus. In: VfZ 20 (1972), S. 133-153 (138f.).

schaftsführung“ herauszustreichen.<sup>579</sup> Obwohl er letztere mit einschloss, um den Militärs Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, rang er sich doch auch dazu durch, der „Spitze der Heeresführung“, mit der er so intensiven Umgang gehabt hatte, ihr Versagen vorzuwerfen.<sup>580</sup> Das andere Motiv Hillgrubers war sein Festhalten daran, dass es in der Politik aller Staaten, der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens oder eben des Dritten Reiches, elementar um dieselben Machtbehauptungs- und Machtausdehnungsinteressen gehe. Die NS-Verbrechen behandelte er als deutsche Tat, die „den für Deutschland und große Teile Europas katastrophalen Ausgang des Zweiten Weltkrieges mit den vielfältigen Nachwirkungen und Folgen des Geschehens für die Gegenwart“ verursacht habe.<sup>581</sup> Aber unter diesen Folgen waren für ihn diejenigen nicht zu akzeptieren, die darauf hinausliefen, dass eine deutsche Großmachtrolle nicht mehr denkbar sein sollte. Das schmerzte, da er es so wahrnahm, dass die anderen Nationen ihre Ambitionen keineswegs aufgegeben hatten, sondern vielmehr auf der Niederlage Deutschlands ihre Triumphe feierten. Hillgruber dachte weiterhin vorwiegend in nationalstaatlichen Gegensätzen und weit weniger in gesellschaftspolitischen Alternativen. Als Gymnasiallehrer hatte er Ende der 50er Jahre wohl zugestanden, dass „für uns heute“ der „Wert der Nation, von Volk und Vaterland“ neu zu durchdenken sei, eine Demokratieerziehung seitens „vornehmlich amerikanischer Kreise“ hatte er jedoch als oberflächlich abgewiesen.<sup>582</sup> Auch 1969 hegte der Universitätsprofessor ein Empfinden nationaler Demütigung, das sich als emotionale Kompensation seiner durch Verstandesarbeit erworbenen Einsicht in den Holocaust geäußert haben mag. In einer Buchbesprechung, die er nutzte, um über die „historisch-politische Bedeutung der deutschen Kapitulation 1945“ nachzudenken, findet sich ein bemerkenswerter Ausdruck des Mitgefühls für den gegen Übermacht geführten „Todeskampf“ des Dritten Reiches seit 1943. Im Zusammenhang einer Diskussion der „weitgespannten“ Kriegsziele „der gegnerischen Koalition“ führte Hillgruber aus:

„Die Zeit zwischen der Proklamation des alliierten Kriegsziels auf der Konferenz von Casablanca (Januar 1943) und der deutschen Kapitulation (Mai 1945) erscheint in dieser Perspektive als eine zweijährige Agonie des ‚Dritten Reiches‘,

---

<sup>579</sup> Ebd., S. 143.

<sup>580</sup> Ebd., S. 149.

<sup>581</sup> Ebd., S. 138f.

<sup>582</sup> Hillgruber: Philosophie und Geschichte, S. 6.

das sich unter Ausschöpfung letzter Kräfte einer mit elementarer Gewalt anrollenden Lawine verzweifelt zu erwehren suchte. [...]

Waren in Hitlers Ziel der Erköpfung einer deutschen ‚Weltmacht‘-Position weitreichende machtpolitische Ambitionen mit dem Willen zur radikalen rassenideologischen Neugestaltung des von ihm beherrschten ‚Großraums‘ verknüpft, eine Zielsetzung, die qualitativ etwas anderes darstellte als einen durch Einsatz militärischer Mittel unternommenen Versuch, die übrigen europäischen Staaten um eine deutsche Hegemonialmacht zu gruppieren, so strebten die Alliierten ihrerseits ebenfalls nicht nur eine machtpolitische Schwächung oder eine zeitweilige Ausschaltung der deutschen Großmacht an. Als das entscheidende, historisch wie völkerrechtlich beispiellose Novum bei dem von Roosevelt und Churchill am 24. Januar 1943 verkündeten, im Grundgedanken schon seit 1940/41 festliegenden Kriegsziel der ‚Unconditional Surrender‘ erscheint die Forderung nach Übergabe der Staatsgewalt des Besiegten an die Sieger, die Verbindung und Überhöhung einer an sich schon ungewöhnlichen Forderung nach militärischer Kapitulation des Gegners mit der weiteren nach einer (bislang unbekannt) staatlichpolitischen Kapitulation. Sie sollte den Siegern eine Vernichtung des nationalsozialistischen Systems in Deutschland sowie seiner (unterschiedlich gedeuteten) gesellschaftlichen und politischen Basis und einen Aufbau ‚demokratischer‘ Institutionen (jeweils nach den Vorstellungen der einzelnen Siegermacht) ermöglichen, Maßnahmen, die insgesamt eine erneute Bedrohung des Weltfriedens durch eine deutsche Großmacht auf Dauer verhindern sollten.<sup>583</sup>

Im Kontrast zu dem von Hillgruber 25 Jahre nach seiner eigenen Soldatenzeit lebhaft nachempfundenen Umstand, dass die von Dönitz „etappenweise vollzogene Kapitulation“ „1,85 Mio. Soldaten (= 55 % des Ostheeres)“ eine sowjetische Kriegsgefangenschaft ersparte<sup>584</sup>, im Kontrast zu der These von der „Singularität des geschichtlichen Vorgangs“, dass die deutsche Großmacht zu existieren aufhörte<sup>585</sup>, verblissen die Rettung der überlebenden Juden und der für die Deutschen möglich gewordene Neubeginn. „Die neue deutsche ‚Demokratie‘“ erscheint mehrfach in distanzierten Anführungszeichen.<sup>586</sup> Nicht eine wie auch immer verstandene politi-

---

<sup>583</sup> Andreas Hillgruber: Die historisch-politische Bedeutung der deutschen Kapitulation 1945. In: GWU 20 (1969), S. 65-72 (65f.).

<sup>584</sup> Ebd., S. 69.

<sup>585</sup> Ebd., S. 65.

<sup>586</sup> Ebd., S. 66 und 71.

sche Befreiung, sondern die nationale Niederlage drängte sich Andreas Hillgruber auch Ende der 60er Jahre in den Vordergrund des historisch-politischen Bewusstseins.

Als sich 1970 der konservative Protest gegen die Forderungen, Demonstrationen und persönlichen Ausfälle der Studenten organisierte, war Andreas Hillgruber kein entschiedener Polarisierer, doch brachten die Stimmen, die eine staatsverstärkte akademische Wehrbereitschaft anmahnten, sein eigenes Weltbild in Schwingungen. Die Universität Freiburg war, ganz im Gegensatz zu Marburg oder Berlin, von der Studentenbewegung vergleichsweise wenig in Aufruhr versetzt worden. In den sozialwissenschaftlichen Fächern behauptete sich der liberal-konservative Geist der „Freiburger Schule“. Gleichwohl beobachtete ein Historikerkollege, dass Hillgruber durch „krafraubende Involvierungen in die Studentenunruhen“ eines Teils seiner Arbeitskraft beraubt wurde.<sup>587</sup> Am 22. Juni nahm er an der „hochschulpolitischen Tagung“ teil<sup>588</sup>, die Auftakt für die Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaften war, und auch danach blieb er, obwohl nicht exponiert, dem Umfeld des BFW verbunden. Die Versuche Kölner Studenten der Gruppe „Spartakus“, Hillgrubers Veranstaltungen zu stören und den Historiker als militaristischen Dozenten im Dienste des „westdeutschen Monopolkapitals“ zu brandmarken, wurden vom Bund als Fallbeispiel beschrieben, wie der „Kölner Spartakus“ die Macht erringen wolle.<sup>589</sup> Bezeichnend für Hillgruber wurde nun, dass in seiner zögerlichen Bereitschaft, zum eher ungeliebt eindeutigen politischen Engagement überzugehen, das Gefühl der Belästigung durch die Studenten und die tiefsitzende Unruhe über die vermeintliche nationale Schwäche Deutschlands zueinander fanden. Beides zusammen ergab die kritische Masse, die ihn aus der Reserve lockte, da er zwischen beidem einen ursächlichen Zusammenhang herstellte. Auf den in seinen Augen seit 1945 fortschreitenden Machtchwund der Nation, auf die zunehmende Unfähigkeit der westdeutschen Eliten, im Inneren und Äußeren hinreichenden „Selbstbehauptungswillen“ aufzubieten, führte

---

<sup>587</sup> Wollstein: Andreas Hillgruber, S. 10f.

<sup>588</sup> Vgl. Theißen: Die Rolle der Interessenverbände, S. 82. Siehe auch oben, S. 18ff.

<sup>589</sup> Vgl. HPI Nr. 9, 25. Mai 1972, S. 5f. Einige Jahre später stellte er den Hochschulpolitischen Informationen eine werbende, aber politisch kaum pointierte Solidaritätsadresse zur Verfügung: „Auch das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts kann seine historische Problematik nicht verleugnen: die Behauptung des Menschlichen gegenüber den sozialen und innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen im Industriezeitalter. Das ist auch eine Herausforderung an die Wissenschaftler. Ich glaube, daß die HOCHSCHULPOLITISCHEN INFORMATIONEN in dieser Verantwortung wirken und daher Gehör verdienen.“ In: HPI Nr. 2, 30. Januar 1976, S. 15.

er Systemkritik und vom Osten ausgehende „Unterwanderungstendenzen“ zurück, die er im Neomarxismus an den Universitäten verwirklicht glaubte.<sup>590</sup>

Vor diesem Hintergrund und in dieser individuellen Gereiztheit schrieb er von 1971 an eine „Deutschen Geschichte“ seit 1945, die nahezu ausschließlich die internationalen Beziehungen behandelte. Auch in den um Nüchternheit bemühten Passagen, die vor allem konstatieren sollten, wie sich die Bundesrepublik der Deutschlandfrage stellte, tauchte immer wieder ein deutlicher Ton von Verbitterung auf, der das Buch insgesamt kennzeichnet. Es ist die Erzählung eines Scheiterns. Was eigentlich für die Bundesrepublik als Erfolg hätte gelten können, blieb im Vagen, weil die Bundesrepublik selbst als Artefakt des Misserfolgs betrachtet wurde. Die Abtretung der Gebiete östlich von Oder und Neiße und die Vertreibung von mehr als 12 Millionen Deutschen aus Ostmitteleuropa sah Hillgruber in den Kriegszielen aller Siegermächte angelegt, die spätestens nach der Potsdamer Konferenz „ohne eine allein durch die USA zu erzwingende politische Totalkapitulation der Sowjetunion“ nicht mehr zu revidieren gewesen seien.<sup>591</sup> Und selbst als Washington gegenüber Stalin auf Konfrontationskurs zu gehen begann, sei Deutschland als möglicher Verbündeter vor allem deshalb ausgeklammert worden, weil die „Enthüllung des ganzen Ausmaßes der nationalsozialistischen Verbrechen“ während der Kriegsverbrecherprozesse die „Welle des Abscheus und Entsetzens gegenüber den Deutschen“ verstärkt habe.<sup>592</sup> Obwohl also von ihm selbst als unreal angenommen, machte Hillgruber im Verlauf der Darstellung die militärisch zu erzwingende Grenzrevision zum Maßstab einer wirksamen Politik. An *diesem* Maßstab gemessen sah er dann die Bundesrepublik scheitern: Gegen den permanent wachsenden Druck der Sowjetunion in Richtung Westen habe es sich zeigen müssen, „ob die Konsolidierung und Stärkung der Position auf westlicher Seite in dem angestrebten Tempo gelang, der westliche Vorsprung in der Atomrüstung ausgeweitet und auch auf den Bereich der konventionellen Waffen zielstrebig ausgedehnt werden konnte“, um ein „Zurückweichen der Sowjetunion aus Mitteleuropa“ erzwingen zu können.<sup>593</sup> Dagegen führte er dann die Westbindung, die westdeutsche Wiederbewaffnung, die Bemühungen Adenauers um eine teilstaatliche Souveränität und das Bündnis mit den USA als ungenügende, in einer „Diskrepanz zwischen Programm und Realität“<sup>594</sup> stehende „Illusionen“<sup>595</sup> vor. Das Festhal-

<sup>590</sup> Vgl. auch Wollstein: Andreas Hillgruber, S. 15f.

<sup>591</sup> Vgl. Hillgruber: Deutsche Geschichte 1945-1972, S. 13ff., 20f.

<sup>592</sup> Ebd., S. 24.

<sup>593</sup> Ebd., S. 51.

<sup>594</sup> Ebd., S. 60, bezogen auf Eisenhowers „roll-back“.

ten Eisenhowers am Status quo und die sowjetische Atombombe entzogen demzufolge Adenauers „Politik der Stärke“ die „Grundvoraussetzung“, während das „Gewicht“ des ‚Westblocks‘ immer mehr dahinschwand“.<sup>596</sup> Die Entwicklungen seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum im November 1958 waren für Hillgruber Schritte der beschleunigten Auflösung: Das Ziel sei „nur noch die Rettung des gewachsenen Status von Berlin“ gewesen. „Von einer ‚Befreiung‘ Mitteldeutschlands war keine Rede mehr. Am Ende der einst mit so großen offensiven Erwartungen begonnenen ‚Politik der Stärke‘ stand die reine Defensive.“<sup>597</sup> Mit der Präsidentschaft John F. Kennedys habe im Januar 1961 der Rückzug Amerikas auf einen „regional begrenzten westlichen Bereich“ eingesetzt. „Selbst im Falle eines sowjetischen Angriffs sollte nurmehr die alte Trennungslinie der Interessenräume wiederhergestellt, nicht jedoch offensiv nach Osten ausgegriffen werden“, schrieb er.<sup>598</sup> Die „schwächliche Haltung des Präsidenten in der ersten Kuba-Krise vom April 1961“, seine „unsichere Reaktion“ auf Chruschtschows Versuche, West-Berlin zu isolieren, betrachtete Hillgruber als Auftakt für den Mauerbau, der die „Hilflosigkeit der Westmächte“ entblößt habe.<sup>599</sup> „Am Ende stand überall im Westen Resignation.“<sup>600</sup>

Die Argumentation ging an keiner Stelle soweit, einen Kriegszug gen Osten für wirklich wünschenswert zu halten. Sie führte indes alle anderen Mittel der Ostpolitik als haltlos vor und zog deshalb den Krieg wie einen Schatten mit sich. Wo Hillgruber immer wieder auf die neue Realität der zwei deutschen Staaten in den Grenzen von 1945 verwies, setzte er zugleich in einzelnen Formulierungen, in den Vorstellungen eines Revanchekonflikts mit der Sowjetunion ein obsolet gewordenes imperiales Bewusstsein fort. Er behandelte dies nicht als sentimentales Privatissimum. Hillgruber erklärte vielmehr ein solches Bewusstsein als existenznotwendig für die innere Ordnung der Republik, die er ins Wanken geraten sah, als das „Ende der Nachkriegszeit“ und die Entspannungspolitik Einzug erhielten.

„Für die Bundesrepublik bestand nun die Gefahr, daß die Umstellung von ‚Kaltem Krieg‘ auf ‚Entspannung‘ in eine existenzgefährdende innere Krise führte, weil alles, was bisher seit ihrer Gründung gegolten hatte und somit zu der –

---

<sup>595</sup> Ebd., S. 72, bezogen auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik.

<sup>596</sup> Ebd., S. 63.

<sup>597</sup> Ebd., S. 78.

<sup>598</sup> Ebd., S. 81f.

<sup>599</sup> Ebd., S. 83f.

<sup>600</sup> Ebd., S. 86.

ohnehin geringen, noch völlig ungefestigten – ‚Tradition‘ in der Bundesrepublik gehörte, nicht nur in Frage gestellt wurde, sondern vielfach ins Gegenteil verkehrt werden mußte. [...]

Wie erwähnt, war für alle politischen Kräfte in Deutschland die Kontinuität der deutschen Staatsnation vom Bismarck-Reich her und ihrer – wie unterschiedlich im einzelnen auch immer bewerteten – Geschichte über die Katastrophe des ‚Drittens Reiches‘ hinweg (mit Ausnahme eines Teils der SED-Führung) die Grundlage der politischen Zielvorstellungen und der Aktivität seit 1945 gewesen. Die zentrale Frage lautete jetzt, wie diese Kontinuität über die aller menschlichen Voraussicht nach nunmehr sehr lange Zeit der Spaltung des Landes und des Lebens der Nation in den beiden total andersartigen Staaten und ihren diametral entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen bewahrt werden konnte.<sup>601</sup>

Unabhängig davon, wie sehr diese Diagnose für die Bundesrepublik insgesamt zugetroffen haben mochte, gibt sie ein plastisches Bild für die Orientierungskrise des Autors, die sicherlich bei anderen Historikern, die aus dem Deutschen Reich ihr politisches Vorstellungsvermögen bezogen, ebenso anzutreffen war. Die Krisenstimmung, deren Phantomschmerz im Untergang der bewaffneten Bismarcknation wurzelte, lenkte Hillgruber ab auf die amerikanische Politik der Entspannung, ohne sie doch offen angreifen zu wollen, auf Egon Bahrs Ideen einer friedlichen Stärke, ohne sie fassen zu können<sup>602</sup>, und er fand endlich in der Studentenbewegung, deren anti-bürgerlich-radikale Attitüde viele Angriffsflächen bot, einen Gegner, der alle gesell-

<sup>601</sup> Ebd., S. 89f.

<sup>602</sup> Vgl. ebd., S. 90f. Hillgruber zitierte ausführlich aus Bahrs Tutzinger Rede vom 15. Juli 1963, dort u.a. die Überlegungen: „Das Vertrauen darauf, daß unsere Welt die bessere ist, die im friedlichen Sinne stärkere, die sich durchsetzen wird, macht den Versuch denkbar, sich selbst und die andere Seite zu öffnen und die bisherigen Befreiungsvorstellungen zurückzustellen.“ Hillgruber konnte offenbar mit dem gesellschaftspolitischen Ansatz, dass freiere Gesellschaften zugleich stärkere politische Einheiten bilden, nichts anfangen und missverstand Bahrs Rede als Ausfluss der „Konvergenztheorie“, derzufolge sich die Systeme in Ost und West angleichen. Er sah dabei „den elementaren machtpolitischen Gegensatz zwischen den Weltmächten“ unterbewertet. Auch Hillgrubers verkürzte Auffassung von der europäischen Integration war militärisch geprägt. Daher maß er dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen übertriebenen Stellenwert bei und sprach von der „Auflösung des ‚Westblocks‘“. All diese Formen, die Gegenwart an den Maßstäben einer von Bismarck behaupteten Hauptrelevanz von „Blut und Eisen“ zu messen, traten in zunehmenden Widerspruch nicht nur zur Sozialdemokratie. In seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 stellte auch Kurt Georg Kiesinger fest, dass „der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker das erste Wort und das Grundanliegen der Außenpolitik dieser Regierung“ ist. Die Große Koalition unterstrich den Verzicht auf „nationalen Besitz“ an Atomwaffen, wiederholte die Initiative zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der Sowjetunion und bekundete Verständnis für das polnische „Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben“. Zit. nach: Regierungserklärung der Großen Koalition. Köln o.J., S. 19ff. Diese Gegensätze auch zur Politik seiner eigenen Partei stellte Hillgruber nicht heraus. Seine Verbitterung mussten sie jedoch nur noch verstärken.



schaftlichen Wandlungen sichtbar repräsentierte und genügend feindfähig war, um einen neuen kämpferischen Konservatismus zu begründen. Nicht vom Neonazismus, schrieb Hillgruber, gehe Gefahr aus, vielmehr

„gewann die Protestbewegung von ‚links‘ seit dem Sommer 1967 wachsenden Zulauf, vor allem in der studentischen Jugend. Die Bedeutung dieses Vorgangs ist erst 1968/69 allmählich stärker, wenn auch keineswegs dem Ernst des Problems adäquat ins allgemeine Bewußtsein getreten. [...]“

Die Gesellschaftsordnung in Westdeutschland konnte, wenn durch Vorgänge im Innern überhaupt, dann nur durch eine Fundamental-Kritik von ‚links‘ von einer breiten Bewegung in der jungen Generation, vor allem einer sich als ‚Gegenelite‘ zur bisherigen Führungsschicht verstehenden, langfristig, strategisch operierenden Kaderorganisation in Frage gestellt werden. Die Bedeutung dieses Problems wuchs von Jahr zu Jahr. 1967-69 handelte es sich lediglich um eine Anfangsphase.<sup>603</sup>

Das Jahr 1968 habe, so Hillgruber, „eine bis dahin nicht gekannte Verschränkung von innen- und außenpolitischen Problemen“ gebracht. Wo er zuvor die internationale Entspannung zur inneren Krise der Bundesrepublik beitragen sah, erschien ihm nunmehr die „breite außerparlamentarische Oppositionsbewegung („APO“)“ umgekehrt die Wehrbereitschaft zu schwächen. „Die ‚Bewegung‘ übte eine unerwartete Anziehungskraft auf einen Großteil der Studenten aus“, schrieb er. „Die Zahl der Wehrdienstverweigerer für die Bundeswehr, insbesondere unter den Abiturienten, ein Problem, das bislang – angesichts der deutschen Teilung überraschend – keine ernste Sorge bereitet hatte, nahm sprunghaft zu.“<sup>604</sup> Durch die „tiefgreifende Veränderung in der innenpolitischen Atmosphäre“ sei die Unterdrückung des Prager Frühlings mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen trotz schockartiger „Proteste der anarcho-kommunistischen Teile der ‚Neuen Linken““ verdrängt worden. Die „Tatsache, daß nunmehr die Rote Armee auch in Böhmen stand“, sei im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik vergessen worden.<sup>605</sup>

In dieses Zeitbild der Auflösung fügte Hillgruber den Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition ein. Schon Brandts Regierungserklärung habe klar gemacht,

<sup>603</sup> Hillgruber: Deutsche Geschichte 1945-1972, S. 103.

<sup>604</sup> Ebd., S. 108f.

<sup>605</sup> Ebd., S. 110f.

„wie tief der Einschnitt“ in die „Geschichte der Bundesrepublik“ gewesen sei: Die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat und die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs nannte er einen klaren Bruch mit der zuvor noch gewährten Position.<sup>606</sup> Bahrs Verhandlungen in Moskau hätten „die vollkommene Aufgabe der über zwanzig Jahre eingenommenen Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion, Polen und der DDR, einen Triumph der sowjetischen Westpolitik, aber auch eine ‚Befreiung‘ der Westalliierten von ihren [...] Verpflichtungen“ herbeigeführt.<sup>607</sup> Mit kaum verhohlener Erschütterung bemerkte er, dass eine solche neue Ostpolitik an normalen Verhandlungsmaßstäben nicht mehr zu messen und in Verlauf und Ergebnis kaum zu verstehen sei.

Im abschließenden Versuch einer Bilanz „aus der Sicht des Jahres 1973“ bemühte sich Hillgruber noch einmal, ohne Schuldzuweisung die Umstände der Entwicklung zu erklären. Durch soziale Mobilität und Technik habe sich eine vollkommen neue Mentalität ausgeprägt. Vor allem für „die Angehörigen der seit der Mitte der sechziger Jahre aktiv hervortretenden jungen Generation“ sei fraglich, ob sie noch eine „Verbindung zur deutschen Geschichte“ hätten.<sup>608</sup>

„Es zeichnet sich somit bei Fortschreiten des Generationswechsels in der Bundesrepublik bereits für eine gar nicht mehr so weite Zukunft eine Situation am Horizont ab, die – teils gewollt, teils aber auch ohne bewußt vollzogene Trennung – von einem totalen Bruch mit der gesamten deutschen Vergangenheit, auch mit dem kulturellen Erbe, gekennzeichnet sein könnte. Die in einigen Bundesländern projizierten ‚Rahmenrichtlinien‘ für einen neuen Deutschunterricht und für ‚Gesellschaftslehre‘ (statt Geschichte) sind nur ein Symptom für diesen Trend. In der DDR [...] ist die Situation infolge der ‚befohlenen‘ Pflege einer der Staats- und Gesellschaftsideologie entsprechend selektierten ‚Tradition‘ etwas verschieden, aber, was die junge Generation und damit die Zukunft angeht, wohl nicht grundsätzlich anders. Zwei ‚neu-deutsche‘ ‚Gesellschaften‘ sind offensichtlich im Entstehen begriffen, deren jeweilige Zuordnung zu den weitaus weniger in ihrer geschichtlichen Substanz und in ihrer Tradition veränderten Nachbarvölkern und ihren ungleich fester gefügten Staaten in West und Ost sowie deren

---

<sup>606</sup> Ebd., S. 119f.

<sup>607</sup> Ebd., S. 125.

<sup>608</sup> Ebd., S. 152f.

Verbindung untereinander (in ‚deutsch-deutschen‘ Beziehungen) noch offen liegt, auch wenn sich gewisse Tendenzen schon abzeichnen.“<sup>609</sup>

Was war mit diesen nicht näher bestimmten Tendenzen gemeint? Hillgruber gestand an dieser Stelle, anders als vier Jahre zuvor, nachdenklich gestimmt ein, dass 1945 durch „den faktischen Untergang eines souveränen deutschen Staates“ zugleich die „Befreiung der Deutschen von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ ermöglicht wurde und dass die „Katastrophe“ somit auch „die Voraussetzung für eine deutsche Zukunft“ war.<sup>610</sup> Gleichwohl präsentierte er den „von den USA unter weltpolitisch-strategischen Gesichtspunkten konzipierten ‚künstlichen‘ deutschen ‚Weststaat‘“ als eine anfangs fremdbestimmte und fortan labile Größe.<sup>611</sup> „Ohne Chance, das Problem der Wiedervereinigung ‚in Frieden und Freiheit‘ zu lösen“ seien die Westdeutschen auf sich selbst zurückgeworfen worden.

„Ihre – jetzt so bezeichnete – ‚faschistische‘ Vergangenheit rückte mit einigen nun vielfach sensationell aufgedeckten personellen Identitäten und von daher vermeintlich in die Gegenwart hineinragenden Strukturelementen wieder in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Der Eichmann-Prozeß in Jerusalem, später dann der Auschwitz-Prozeß in Frankfurt – neben einer Reihe von Kriegsverbrecherprozessen vor westdeutschen Gerichten – konfrontierten die Deutschen mit zahllosen Einzelheiten der grauenvollsten Verbrechen, die im Namen Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges begangen worden waren – über zwanzig Jahre danach.“<sup>612</sup>

Dies und die „wissenschaftliche Forschung über die Geschichte und Vorgeschichte des ‚Dritten Reiches‘“ mündete, nachdem die Konfrontation mit dem Kommunismus nachgelassen hatte, seiner Ansicht nach „in eine tiefe Grundlagenkrise der Bundesrepublik“. Signalcharakter schrieb er der „Revolte der jungen Intellektuellen“ zu. Sie habe die „wenigen über den Umbruch von 1945 hinweg unangetastet geliebenen ‚Autoritäten‘“, darunter die Universitäten, „radikal ‚kritisiert‘, in ihrem Selbstverständnis total ‚verunsichert‘ und in Frage gestellt.“<sup>613</sup> Während die Univer-

---

<sup>609</sup> Ebd., S. 153f.

<sup>610</sup> Ebd., S. 154f.

<sup>611</sup> Ebd., S. 156.

<sup>612</sup> Ebd., S. 161.

<sup>613</sup> Ebd., S. 164.

sitäten „in den Dienst der ‚Bewegung‘, zunächst der sich als ‚Gegenelite‘ verstehenden neomarxistischen ‚Neuen Linken‘, später dann der doktrinären Marxisten-Leninisten genommen“ worden seien, habe sich, „vorangetrieben durch eine mit der ‚Neuen Linken‘ direkt oder indirekt zusammenwirkende Publizistik, eine naive Vertrauensseligkeit gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus“, eine „‚Entspannungs‘-Euphorie“ ausgebreitet<sup>614</sup>, auf der Hillgruber die neue Ostpolitik fußen sah.

„Die neue Ostpolitik schloß eine veränderte Haltung zur ‚nationalen Frage‘ ein. Wie immer geartete nationale Emotionen in der Bundesrepublik (oder in der DDR wie beim Besuch Brandts in Erfurt) ‚müssen‘ von der Bonner Regierung – in logischer Konsequenz ihrer deutschlandpolitischen Konzeption – gedämpft und soweit wie möglich ganz ausgeschaltet werden. (Das Fallenlassen der Vertriebenenverbände, die in den frühen sechziger Jahren noch gefördert und von allen politischen Parteien umworben worden waren, ist dabei nur ein – wenn auch bezeichnender – Sonderaspekt.) Es gilt nationale Spontaneitäten (und natürlich auch – allerdings kaum mehr zu erwartende – nationalistische Eruptionen) zu verhindern. Dies hat zwangsläufig zur Folge, daß die ohnehin nur noch rudimentären ‚nationaldeutschen‘ Tendenzen (älterer Prägung), die in den fünfziger Jahren noch ins Kalkül der Bundesregierung einbezogen werden mußten, schneller als ohnehin ausklingen. Da die von Fall zu Fall bei tatsächlichen oder vermeintlichen kleinen Erfolgen der Westeuropapolitik ausgegebenen Europa-Parolen auch schon seit Ende der fünfziger Jahre kaum noch auf Resonanz in breiteren Gruppen der Bevölkerung stoßen (und da die vom staatsegoistischen Gegeneinander gekennzeichnete politische Praxis in den europäischen Gremien oft abstoßend wirkt), somit eine Möglichkeit zu Ersatzidentifikationen im ‚supranationalen‘ Europa fehlt, und da schließlich die gelegentlich propagierte ‚Staatsräson‘ der Bundesrepublik als einer ‚mittleren Macht‘ (W. Besson) ebenfalls kaum ein Echo findet, ist eine Art ‚Vakuum‘ entstanden. Es fehlt für die westdeutsche Bevölkerung ein Identifikationsfaktor, der bei allen historisch gewachsenen Staaten, vor allem für die großen Nationalstaaten in West und Ost, konstitutiv ist.“<sup>615</sup>

---

<sup>614</sup> Ebd., S. 165.

<sup>615</sup> Ebd., S. 167f.

In der Kette von Folgewirkungen, entlang derer Andreas Hillgruber dachte, war die Bundesrepublik aus Mangel an Tradition quasi ihrer Natur nach zur fortschreitenden Schwächung verdammt, was durch die Aufarbeitung der Vergangenheit nur noch weiter zersetzend vorangetrieben wurde. Die Linksintellektuellen, die diese Kritik betrieben und mit den Universitäten noch die letzten Streben tradierter Autorität niederrissen, brachten im weltanschaulichen Schulterschluss mit der neuen Ostpolitik das ohnehin sklerotische Gemeinwesen an den Rand der Selbstaufgabe. Hillgrubers Ansicht nach fehlte es an historischer Verbindung zum Bismarckreich und davon ausgehend an einem Wehrwillen, den die Nachbarstaaten in seinen Augen nie aufgegeben hatten. Er prognostizierte, dass ohne nationale Identität die Bundesrepublik von der DDR aufgesogen werde.<sup>616</sup>

*e) Ernst Nolte: Ein mögliches Ende Deutschlands*

Deutsche Selbstaufgabe – dieser beunruhigende und eigentlich unfassbare Gedanke – war ein zentrales Motiv, das auch Ernst Nolte 1970 zu weiteren Fragen trieb: Warum nur reagierte der Staat nicht durchgreifend auf die Provokationen der Studenten? Denen waren doch seit Mitte der 60er Jahre wie nie zuvor mit neuen öffentlichen Investitionen bessere Bedingungen an den Hochschulen geschaffen worden. Warum aber beherrschte dann die undankbare junge Protestgeneration mit einer „Impertinenz von abgründiger Verlogenheit“ das Feld? Warum zeigten die Vertreter des Staates, anstatt entschieden dagegen anzugehen, auch noch Sympathie, jedenfalls aber große Milde angesichts der studentischen Herausforderung zum offenen Kampf um den Staat?<sup>617</sup> Wie Hillgruber ging Nolte von einer angeborenen Schwäche der Bundesrepublik aus, einer ziellosen Gesellschaft, die er als bloßes Negativum zur nationalsozialistischen „Anstrengung“ in die Welt gekommen sah.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist zunächst und vor allem das Produkt des Zusammenbruchs des Superstaates schlechthin, nämlich des Dritten Reiches. Was immer das Dritte Reich sonst noch gewesen ist: es hat in einer beispiellosen Anstrengung um ein Haar die erste Niederlage des Deutschen Reiches gegen die ganze Welt in einen Sieg gegen die ganze Welt verwandelt. Auch wenn Hitler

---

<sup>616</sup> Vgl. ebd., S. 172f.

keinem Juden ein Haar gekrümmt hätte, wäre das ‚Nie wieder‘ die überwältigende Emotion so gut wie aller Menschen im Inland wie im Ausland gewesen. Der Nachfolgestaat des Dritten Reiches hätte unter allen Umständen und auch dann, wenn ein Zar in Moskau residiert hätte, für lange Zeit nur das Gegenteil eines Superstaates sein können, das heißt: ein schwacher Staat, den Argwohn und Mißtrauen, Gegenbilder des Schreckens von einst, auf Schritt und Tritt begleiten würden – von außen und von innen.“<sup>618</sup>

Ein „schlechtes Gewissen“ ziehe sich durch die westdeutsche Nachkriegszeit. Aus dem nationalen Gewissenskonflikt der deutschen Teilung heraus sei die Bundesrepublik als Provisorium eingerichtet worden. Verbunden damit habe die Wiederbewaffnung ein „tiefes Unbehagen“ geweckt und eine „intellektuelle Opposition“ hervorgebracht. Weil diese Gruppe angenommen habe, der deutsche Weststaat befinde sich auf dem Weg der militaristischen, autoritären oder gar faschistischen Restauration, sei aus Ablehnung schließlich ein Widerstand geworden, der „den Staat gerade in seinem Grundcharakter in Frage“ stelle.<sup>619</sup> Das politische „Establishment“ sei dagegen bei dem Selbstverständnis geblieben, dass „die Bundesrepublik der freie Teil Deutschlands“ sei.

„Daß die Existenz zweier so entgegengesetzter Grundauffassungen eine tiefe innere Schwäche des Staates ausmachen mußte, springt ins Auge. Daß sie ihn gleichwohl nicht zersprengte, hat seine Ursache darin, daß die beiden Parteien in der Ablehnung des ‚östlichen Totalitarismus‘ einig waren.“<sup>620</sup>

Genau diese antikommunistische Klammer jedoch habe sich seit den 60er Jahren gelockert, weil die westliche Jugend die Brutalität des Sowjetsystems nicht mehr nachvollziehen könne. Es fehle das Gegengewicht: „Die DDR hatte die Mauer gebaut, und wieder fand sich die rasche Empörung bald mit einem entschlossenen Willen ab.“<sup>621</sup> Mehr noch, in Westdeutschland sei unter den Studenten eine „Partei der DDR“ entstanden, die Opposition in „offene Staatsfeindschaft“ umgeschlagen, „und wenn ihr nicht Halt geboten wird, wird sie mindestens Teile der Universitäten zu

---

<sup>617</sup> Vgl. Nolte: Hochschulpolitik als Staatspolitik. In: Merkur 269 (1970), S. 870-884 (S. 872f.).

<sup>618</sup> Ebd., S. 873.

<sup>619</sup> Ebd., S. 876.

<sup>620</sup> Ebd., S. 877.

<sup>621</sup> Ebd., S. 879.

Zitadellen der DDR auf dem Boden der Bundesrepublik machen.“ „Das Verhängnis“ bestehe darin, „daß der Staat dabei ist, sich aufzugeben, während er scheinbar noch in der Blüte seiner Kraft steht.“<sup>622</sup>

Die internationale Komponente des Kalten Krieges, die in Ernst Noltes Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung immer angelegt war, erhielt nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition und mit Beginn der Verhandlungen in Moskau ein bestimmendes Gewicht. Die Machtchancen der internationalen Lager veränderten sich für seinen Geschmack zu gravierend zugunsten des Ostblocks, während ihm auch die Rolle der USA zweifelhaft war. An deren Universitäten hatten die Unruhen der Studenten begonnen. Die US-Administration tendierte nunmehr zum Ausgleich mit der Sowjetunion. Zwar versicherte Nolte in seinem Schlusswort zum 1970 veröffentlichten Aufsatz „Hochschulpolitik als Staatspolitik“, nicht mit außenpolitischen Absichten geschrieben zu haben. Doch deutete er an, dass nach dem Moskauer Vertrag, der den deutschen Nationalismus heimatlos gemacht habe, neue Antworten nötig seien:

*„Postscriptum:* Im Hinblick auf den neuen Vertrag mit der Sowjetunion sei ausdrücklich hervorgehoben, daß diesem, Wochen vor den Moskauer Verhandlungen niedergeschriebenen Aufsatz keine Intentionen spezifisch außenpolitischer Natur zugrunde lagen. Wahrscheinlich dürfte der Moskauer Vertrag diejenigen Studenten zufriedenstellen, die nur am ‚Immobilismus‘ der bisherigen Politik Anstoß nahmen. Ob er dazu beitragen wird, die Kader der Bewegung dem bislang verhaßten ‚Sozialdemokratismus‘ zuzuführen; oder ob sich umgekehrt die Bundesrepublik nach einer Periode des Burgfriedens einem neuartigen Zangenriff ausgesetzt sehen wird, dem die heimatlos gewordene Kraft des Nationalismus eines Tages zusätzliche Stärke verleihen mag – für diese Fragen kann und will dieser Beitrag keine Antwort vorweg nehmen.“<sup>623</sup>

Die Arbeit an einer neuen, breit angelegten Ideologieggeschichte, die Nolte Ende der 60er Jahre in Marburg begonnen hatte, beendete er im geteilten Berlin an der Freien Universität, wo er seit 1973 am Friedrich-Meinecke-Institut ein Ordinariat für Neuere Geschichte innehatte. Dieses zweite Hauptwerk nach dem „Faschismus in seiner Epoche“ behandelte jene Entwicklung, die in der Heimatlosigkeit des deut-

---

<sup>622</sup> Ebd., S. 881f.

schen Nationalismus kulminierte: die Marginalisierung und der Niedergang der deutschen Nation, wie Nolte ihn verursacht glaubte durch das Spannungsverhältnis zwischen den Polen USA-Sowjetunion und ihren liberalen respektive marxistischen Universalismen.

Im Vorwort zu „Deutschland und der Kalte Krieg“ vom März 1974 verwendete Nolte erhebliche Mühe darauf, seine Position zu erläutern. Er gab an, drei nach 1945 vorherrschende Grundlinien der Wertung verlassen zu wollen: Weder dem gegen das Dritte Reich zielenden Antifaschismus, noch dem gegen Hitler und Stalin gerichteten Antitotalitarismus, noch dem „Revisionismus“ von links, der seit den 60er Jahren die USA als kapitalistisch und imperialistisch kritisierte, wolle er folgen. Allen drei Betrachtungsweisen wollte er Rechnung tragen, aber keine allein als vollgültig anerkennen, insbesondere nicht die antitotalitaristische des Westens. Es sei vielmehr an der Zeit für eine „umfassende Ernüchterung, welche nach Deutschland und der Sowjetunion nunmehr auch die Vereinigten Staaten [...] vom Throne der Selbstverherrlichung herunterzieht. Damit wird eine Perspektive, und das heißt eine Selektions- und Wertungsweise, möglich, die keiner der ideologisch-politischen Realitäten des Jahrhunderts ihren Anspruch abnimmt, weil sie das Scheitern einer jeden konstatieren muß.“<sup>624</sup> Nolte wusste gut, welche Blöße er sich gab, und er nahm die Verteidigung vorweg. Sollte sein Konzept den Nationalsozialismus relativieren? Entspringe es gar einem deutschen Nationalismus?<sup>625</sup>

---

<sup>623</sup> Ebd., S. 884.

<sup>624</sup> Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg. München 1974, S. 26.

<sup>625</sup> „Ein sehr persönliches Buch“, schrieb Lutz Niethammer in einer scharfen Rezension, die 1975 in der Historischen Zeitschrift erschien. Es entziehe sich „einer wissenschaftlich kontrollierbaren Analyse“, sei dem ersten Eindruck nach „ein politisch-weltanschauliches Traktat“, verfasst im „Drang eines Einzelgängers zur ideologischen Selbstdarstellung“, der „seine verletzte Identität hinter einer gelehrten Nebelwand gewählter Vergleiche und Analogien“ verberge. Das Buch durchziehe ein „nationaler Egozentrismus“, es öffne der „theorielosen Willkür Tür und Tor“ und stelle den „Wissenschaftscharakter von Historie“ infrage. Lutz Niethammer: Zeitgeschichte als Notwendigkeit des Unmöglichen? Zu Ernst Noltens „Deutschland und der Kalte Krieg“. In: HZ 221 (1975), S. 373-389 (374, 381, 389). Die Herausgeber Theodor Schieder und Lothar Gall gaben dem im Kern seines wissenschaftlichen Anspruchs Herausgeforderten und in seiner akademischen Reputation Gefährdeten die Gelegenheit zur Erwiderung. Nolte wehrte die Kritik zunächst durch Ironie ab, indem er schrieb, die Besprechung sei geeignet, beim Autor eine „Identitätskrise hervorzurufen“. Er warf seinerseits Niethammer eine entstellende Zitierweise und eine „außerwissenschaftliche Empfindlichkeit“ vor: „Offensichtlich fühlt er sich vor allem als ‚Linker‘ angegriffen.“ Zum angezeigten Nationalismus schrieb er, er habe schon im „Faschismus in seiner Epoche“ „in Hitler denjenigen Menschen“ gesehen, „der wie niemand sonst von der Einsicht bestimmt war, daß Deutschland als das, was es war – nämlich als vollsouveräner und fundamental durch ein militärisches Ethos bestimmter Staat –, nur würde fortexistieren können, wenn es sich selbst und die Welt bis zur Unkenntlichkeit veränderte. Ich habe diese Einsicht Hitlers nicht von vornherein als Wahn oder Verbrechen verurteilt, und ich habe von dem Ende des Deutschen Reiches nicht mit der Genugtuung desjenigen erzählt, der seinen politischen Kampf nachträglich oder wohl gar in der bloßen Einbildung gewonnen sieht. Aber kein ernsthafter Leser konnte daran zweifeln, daß mir dieses Ende als ‚verdient‘, d.h. als historisch sinnvoll galt.“ Im neuen Buch habe er diese



„Die Wissenschaft kennt weder Teufel noch Dämonen, und wenn eine ‚Entteufelung‘ überhaupt nötig ist, dann ist Wissenschaft zu lange vom bloßen Eindruck überwältigt gewesen, sei es auch von einem präzedenzlosen Eindruck. Hitler kann so wenig für immer in der Unbegreiflichkeit belassen werden wie Stalin, und wenn es richtig ist, daß nur die Intention, welche Auschwitz zugrunde lag, für Hitlers Radikalfaschismus spezifisch ist, nicht aber das Genozid als solches, nicht Oradour und schon gar nicht so etwas wie der ‚Kampf gegen Versailles‘, dann wird die Richtigkeit nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß man sie vor sich selbst und vor anderen verbirgt. Die nationalpädagogischen Besorgnisse rühren, soweit sie berechtigt und verständlich sind, alle aus der Vermutung her, man müsse dasjenige für die Gegenwart bejahen, was man in der Vergangenheit begreife; aber diese Vermutung trifft nicht zu.“<sup>626</sup>

Viel klarer als sein Vorsatz, in keine weltanschauliche Richtung sich festzulegen zu wollen, enthielt gerade diese Art der Vorverteidigung, was die Kritiker erst wirklich auf den Plan hatte rufen müssen: Sprach da nicht ein Faschismusexperte davon, die Wissenschaft habe sich vom Schock, den die Verbrechen des NS-Regimes auslösten, bloß bluffen lassen? Wollte er tatsächlich weis machen, es handle sich bei diesem „bloßen Eindruck“ nur um Einbildung? Offenbar tat er ganz genau das. Denn nur die Absicht zum Völkermord, nicht das wirkliche millionenfache Morden, erklärte er für spezifisch nationalsozialistisch. Die Intentionen der Mordanstifter hielt er für etwas Besonderes, aber die Taten ließ er zurückgleiten in den Strom der Geschichte mit seinen anderen Genoziden, anderen Geislerschießungen und anderen Angriffskriegen. Und wer etwas gegen diese Behauptungen einwendete, den zieh Nolte einer Moral ohne Wahrheit, also der frommen Lüge. Diese Attacke musste geradezu in die Frage münden, ob Nolte mit der Entthronung der universal konstruierten Ideologien des Kalten Krieges und im Windschatten eines linken Antiamerikanismus den deutschen Nationalismus wiederbeleben wollte. Entsprechende Vorwürfe ahnend fuhr er fort:

---

Fragestellung fortgeführt. „Wenn man will, mag man das ‚nationalen Egozentrismus‘ nennen. Aber es dürfte ein Egozentrismus besonderer Art sein, und ich bin sicher, daß diejenigen, die sich in der Bundesrepublik ‚Rechte‘ nennen, ihn sich ebensowenig zu eigen machen werden wie meine Beurteilung der Ostpolitik.“ Ernst Nolte: *Zeitgeschichte als Theorie. Eine Erwiderung*. In: HZ 222 (1976), S. 375-386 (375, 376, 379).

<sup>626</sup> Nolte: *Deutschland und der Kalte Krieg*, S. 26f.

„Von deutschem Nationalismus weiß ich mich frei, aber ich bin nicht der Meinung, daß er grundsätzlich verwerflicher ist als die anderen Nationalismen. Es ist mir wahrscheinlich, daß die innere Notwendigkeit der Fragestellung mich auch dann angezogen haben würde und daß die Ergebnisse nicht wesentlich anders aussehen würden, wenn ich Amerikaner oder Franzose wäre.“<sup>627</sup>

Er schien fest davon überzeugt zu sein, dass sein neues Buch im „Schnittpunkt“ „objektiver Tendenzen“ seinen Platz hat. Da alle großen Interpretationen der Weltgeschichte versagt und die sie tragenden Staaten ihre Unschuld verloren hätten, da hinter dem Antifaschismus der sowjetische und hinter dem Antitotalitarismus der amerikanische Machtanspruch deutlich geworden sei, so die Logik, müsse Raum sein für eine neue Erklärung der geschichtsentscheidenden Krisen und Kriege, von der Nolte sich ein neues Verständnis der Rolle Deutschlands erhoffte. Vor dem Hintergrund dieses geweiteten Anspruchs reagierte er schon vorab indigniert auf etwaige „‘Entlarvungen‘ subjektiver Motivationen“, die behaupten mochten, das Buch sei eine „Fortsetzung meines hochschulpolitischen Engagements, das mich ‚gegen den Marxismus‘ und ‚gegen die DDR‘ habe Stellung nehmen lassen“. Er sei ursprünglich nicht gegen den Marxismus gewesen, habe sich vielmehr mit Marx beschäftigt, lange bevor dies zur Mode geworden sei. „Ich habe in den langen Jahren des eigentlichen Kalten Krieges, als ‚Antikommunismus‘ lohnend sein konnte, kein öffentliches Wort gesagt“, verteidigte er sich. „Was ich gedacht und in privaten Kreisen gesagt habe, mag der aufmerksame Leser der einen oder anderen Wendung in diesem Buche entnehmen.“<sup>628</sup>

„Nun gibt es zweifellos viele Emotionen in der Wissenschaft, und sie zu überwinden oder wenigstens nutzbar zu machen ist eine unabschließbare Aufgabe. Aber es gibt nur *eine wissenschaftliche Emotion*: den Zorn über die Verknechtung des Erkennens und seiner fragilen Institutionen unter die Maximen des außer- und antiwissenschaftlichen Machtwillens von Personen, Parteien oder Staaten. Von diesem Zorn habe ich mich leiten lassen. [...] Aber man würde mich zum Schweigen bringen, wenn der Nachweis gelänge, ich hätte mich in diesem

---

<sup>627</sup> Ebd., S. 27.

<sup>628</sup> Ebd., S. 28.

Buch auch nur partiell der bloßen Polemik und jenes Zurechtbiegens des Materials bedient, die auf dem politischen Felde unvermeidlich sind.“<sup>629</sup>

Mit Worten des Stolzes wehrte er sich dagegen, dass seine Mühen als Historiker zu bloßen politischen Reflexen herabgewürdigt würden. Er war an diesem Punkt zu großem Pathos fähig. Die schärfste Grenze zwischen sich und seinen Kritikern zog er, indem er Wissenschaft und Politik absolut trennte. Er wollte ungebunden sein von Wertungen und normativen Geltungsansprüchen, frei, sich von Urteilen abzusetzen, die eine linksliberal gewendete politische Kultur dem eigenwilligen Intellektuellen, der Nolte war, aufzunötigen schien. Ein politischer Pamphletist war er in der Tat nicht. Den Anspruch, den er an sich selbst stellte und den er von anderen anerkannt wissen wollte, war der eines nonkonformistischen Schriftstellers, eines Komplizierten, der mit eigentümlichen Denkbewegungen neue unbequem verzweigte Stollen in die Vergangenheit grub. Diesen Anspruch erfüllte er fraglos. Seine Originalität, die quer lag zu den gängigen Ansätzen, ist erkennbar aus beinahe jeder Formulierung. Diese Tatsache widerspricht dennoch nicht der Existenz einer politischen Motivlage, die ihn befeuerte. Und so ist „Deutschland und der Kalte Krieg“ in all seinen vielen Facetten gewiss *auch* die Fortsetzung seines hochschulpolitischen Engagements, oder besser: die weitere Verarbeitung seiner universitären Erfahrungen eines innenpolitisch vermeintlich schwachen Staates im Licht der neuen Ostpolitik, die eine außenpolitische Schwäche hinzuzufügen schien. Zu auffällig ist es, dass er einerseits in dem Aufsatz „Hochschulpolitik als Staatspolitik“ davon sprach, die Bundesrepublik müsse sich, um ein „genuiner Staat“ zu werden, von der „westlichen Selbstverherrlichung“ lossagen, und dass er andererseits in der Positionsbeschreibung zu „Deutschland und der Kalte Krieg“ die Vereinigten Staaten vom „Throne der Selbstverherrlichung“ herunterzuziehen empfahl. Offenbar ging es ihm nun darum, das sich in den 60er Jahren liberalisierende Westdeutschland aus der Wertbindung der amerikanischen Hemisphäre zu lösen, um dadurch zu einer eigenen deutschen Legitimität zurückzufinden.

Seine Fragestellung präsentierte er in einem Dreischritt. Zunächst besprach er die bisherige Literatur zum Kalten Krieg in ihren Mängeln. Sie weise einen Mangel an begrifflicher Klärung auf, indem sie sämtlich eine engagierte „Kriegsschuldliteratur“ sei, die in der „Aggressivität der gegnerischen Macht bzw. Ideologie“ die Ursache

---

<sup>629</sup> Ebd., S. 29.

der Konfrontation sehe.<sup>630</sup> Aus distanzierendem Blick auf die ideologisch artikulierten Machtinteressen – Nolte zog zur Illustration die Stellvertreterkonflikte in der Dritten Welt heran, die sich, wenn unabhängig, von beiden Seiten lossagen und eine dritte Partei hervorbringen könne – sei dagegen eine neue Auslegung möglich: „Angesichts dieser Situation könnte schließlich eine neue machtpolitische Interpretation auftauchen, die auf die Wiederherstellung eines ‚normalen‘, d.h. vielseitigen Staatensystems jenseits *jeder* Art von Kaltem Krieg vertraute.“ Diese Betrachtungsweise hob er dann kursiv im Schriftbild hervor. Von ihr aus gab er auf die Frage nach dem „Grundcharakter“ des Kalten Krieges eine Definition, die sich „zwischen der engstmöglichen“ Eingrenzung bewege

*„– ideologisch verkleidete Auseinandersetzung zwischen den allein übriggebliebenen Weltmächten USA und Sowjetunion um die nicht eindeutig zugeordneten Gebiete Europas zwischen 1947 und 1953 – und der weitestmöglichen – ideologisch-machtpolitischen Kampf um die künftige Gestalt einer einheitlichen Welt seit 1917 und ansatzweise seit 1776 auf unabsehbare Zeit zwischen mehreren militanten Universalismen, von denen jeder im Besitz mindestens eines Großstaates ist.“*<sup>631</sup>

Schon im 19. Jahrhundert sei bei Tocqueville, Nietzsche und anderen Beobachtern die amerikanisch-russische Vorherrschaft prophezeit worden. „Nicht nur im Urteil von Europäern“, so Nolte, „sondern auch in ihrem eigenen Urteil kamen Russen und Amerikaner in ihrer Feindschaft gegen ‚Europa‘ überein.“<sup>632</sup> Das starke ideologische Moment im Kalten Krieg sah Ernst Nolte von beiden Seiten gegen das europäische Staatensystem gerichtet, und daraus wiederum leitete er den für ihn zentralen Mangel bisheriger parteiischer Publikationen ab: „In der Literatur, die den Kalten Krieg im ganzen zum Thema hat, *kommt Deutschland nicht vor*, wengleich nirgendwo behauptet wird, Deutschland sei unwichtig.“<sup>633</sup>

Im zweiten Schritt führte er nun aus, wie Deutschland „eine unbekannte Größe“ werden konnte. Dabei hielt er es für notwendig, weiter zurück zu gehen als nur bis 1945; die Siegermächte hätten sich entschlossen, dem Land eine zentrale Regierung

---

<sup>630</sup> Ebd. S. 36.

<sup>631</sup> Ebd., S. 39.

<sup>632</sup> Ebd., S. 43.

<sup>633</sup> Ebd., S. 46.

und damit „das grundlegende Kennzeichen der Staatlichkeit“ vorzuenthalten<sup>634</sup>, doch die Misere der Verkleinerung des historischen Deutschland verfolgte Nolte bis zu Bismarck zurück, der den Deutschen Bund „zerriß“, und weiter, denn auch dieser Bund sei „das Resultat der Schwächung und Zerreißung“ des größeren deutschen Imperiums gewesen.<sup>635</sup> Dieses wiederum sei im Gegensatz zu Frankreich am Ende des Mittelalters in seinem gesamtstaatlichen Leben durch die Folgen der Reformation gelähmt, zerstört worden.

„Wenn die Staatsbildung in Deutschland weiterhin in ähnlicher Weise verlaufen wäre wie in Frankreich und Spanien, so wäre beinahe mit Sicherheit eine genuine Hegemonie des deutschen Staates in Europa entstanden und damit die Möglichkeit einer realen Universalmonarchie.“<sup>636</sup>

Als eine solche Möglichkeit nach Bismarck wieder auftauchte und im Ersten Weltkrieg kulminierte, habe die nationale Selbstbestimmung, nicht der Imperialismus oder Militarismus der Deutschen den unüberbrückbaren Gegensatz nach allen Seiten hervorgerufen. Das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker hätte aber auch für die Deutschen gelten müssen.

„Unter rein staatlichen und nationalen Gesichtspunkten war das Dritte Reich Adolf Hitlers nichts anderes als der erste entschlossene Versuch, das deutsche Grunddilemma im Einklang mit dem Prinzip der Selbstbestimmung zugunsten der Herrschaft aufzulösen. Abstrakt betrachtet, war dieser Versuch weder moralischer noch unmoralischer als die Einigung aller Italiener (und einiger Nicht-Italiener) von der Südspitze Siziliens bis zum Brenner, aber er mußte unvergleichlich wichtiger für die Welt und damit weitaus bewegender sein. Als im Jahre 1940 erstmals nach 800 Jahren wieder so gut wie alle Deutschen in einem Staat vereinigt waren, da war dieser Staat die militärisch und ökonomisch stärkste Macht auf dem europäischen Kontinent; daß er ohne das Eingreifen Englands und der Vereinigten Staaten jemals hätte besiegt werden können, ist so gut wie ausgeschlossen.“<sup>637</sup>

---

<sup>634</sup> Ebd., S. 47.

<sup>635</sup> Ebd., S. 49.

<sup>636</sup> Ebd., S. 50.

<sup>637</sup> Ebd., S. 52.

Demgegenüber waren der Machtverlust und die Teilung nach 1945 für Nolte nur der Gipfel eines Niedergangs, dessen wissenschaftliche Konsequenz er als „die prononcierteste Gestalt des ‚Unbekanntseins‘ Deutschlands“ beschrieb, „das unter anderem auch an dem Widerstreben amerikanischer Historiker erkennbar wird, auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Deutschland und dem Kalten Krieg mit einiger Gründlichkeit einzugehen.“<sup>638</sup>

In diesem Zusammenhang gewann der wissenschaftliche Zorn über die Vernechtung des Erkennens, zu dem Nolte sich bekannte, eine neue Stoßrichtung. Gemünzt hatte er das Bekenntnis zunächst auf die Intoleranz der Studenten, hinter der er die DDR agieren sah. Doch entzündete sich sein Affekt eben auch in die entgegengesetzte Himmelsrichtung, wo der verbündete „Westen“ sich angesichts des Schicksals der Deutschen ignorant zeigte und nationale Töne des ehemaligen Kriegsgegners verpönt waren. Indem er Hitlers Aggressionen in einem Gedanken-spiel in die Erfüllung legitimer nationaler Herrschaftsansprüche uminterpretierte, näherte er sich dem apologetischen Diskurs in der frühen Bundesrepublik und trat aus dem Konsensrahmen des liberalen Konservatismus der 60er Jahre heraus, der die Westbindung anerkannt hatte.

Diese emotionale Abgrenzung gegen das amerikafreundliche intellektuelle Milieu war kein Kommentar am Rande, sondern ein im Vorwort erwähnter Ausgangspunkt und ein in der Fragestellung exponierter Teil von Noltés Arbeitsprogramm, das er nun im dritten Schritt vorstellte. „Deutschland und der Kalte Krieg“ als Thema sollte dazu beitragen, zunächst auf der Ebene der Erkenntnis die zentrale Bedeutung und wichtige Rolle der Deutschen nicht nur als „passives Material“, sondern als „zielbewußt agierende Subjekte“ der Weltpolitik wiederzugewinnen<sup>639</sup>. Dies ist auch ein Grund für Noltés Interesse an Karl Marx. Dass „der Marxismus eine von zwei Deutschen geschaffene Lehre ist“, war ihm wichtig<sup>640</sup>. Marx und Engels als Deutsche zu betrachten, hat mit Marxismus nichts zu tun, erlaubte ihm aber vorzugeben, nicht per se antimarxistisch eingestellt zu sein. Wie schon Werner Conze 1961 ging es auch Nolte dabei um Marx als Kommentator der nationalen Frage. Die Nationalisierung des populären linken Markenzeichens, das der Name Marx in den 70er Jahren auch bei denen war, die keine Kenntnisse seiner Lehren hatten, erlaubte es Nolte,

---

<sup>638</sup> Ebd., S. 53.

<sup>639</sup> Ebd., S. 54.

<sup>640</sup> Ebd.

politische Differenzen zu verwischen und unter fremder Autorität die eigenen Antipathien zu artikulieren. So zitierte er Marx als empörten Gewährsmann, der sich Mitte des 19. Jahrhunderts schon gegen ein „Verschlucken Deutschlands“ und gegen die Vorstellung wandte, die russische Einflussphäre könne einmal bis an die Elbe reichen. Karl Marx sei nicht nur „Theoretiker der proletarischen Revolution“ gewesen.

„Er hatte auch eine scharf umrissene politische Konzeption, und diese Konzeption war durch und durch großdeutsch-westeuropäisch und antirussisch. Es war eine Konzeption der Selbstbehauptung Europas mit einem Deutschland an der Spitze, das Österreich so gut umfasste wie Böhmen und Mähren und Posen. Es war die schroffste Antithese gegen die Konstellation des Kalten Krieges, und man könnte ohne viel Übertreibung behaupten, Karl Marx' ganzes Lebenswerk habe allem zuvor das Ziel gehabt, den Kalten Krieg im Sinne einer Teilung Deutschlands in einen russisch bestimmten und einen amerikanisch bestimmten Staat zu verhindern.“<sup>641</sup>

Die Selbstbehauptung Europas gegen West und Ost mit einem Großdeutschland an der Spitze, das ein wehrfähiger „genuiner Staat“ sein müsste, fähig zu „genuiner Hegemonie“ – so sah Noltes Leitbild aus, das seinen historischen Ableitungen zufolge gewissermaßen Normalfall europäischer Entwicklung geworden wäre, wenn nicht die angelsächsischen Mächte dies verhindert hätten. Im Kontrast zu dieser verklausuriert vorgetragenen, aber dennoch deutlich erkennbaren Norm zeichnete er ein historisches Panorama der Aberration, in dem „die Linke“ zum existenziellen Gegenspieler avancierte, der in seinen unterschiedlichen politischen Manifestationen über Europa triumphiert und Deutschland zum internationalen „Gemeinbesitz“ herabgestuft habe. Zu den eigentümlichsten Wendungen gehört dabei sicher Ernst Noltes Charakteristik der USA als „der erste Staat der Linken“.

Nolte verstand das Linke in der Politik als das Widerhistorische. Es richte sich gegen den Lauf der Menschheitsgeschichte. So begann er seine Erkundungen über den Kalten Krieg mit anthropologischen Grundaussagen: Wo Menschen zusammen lebten, habe es seit jeher Fremdheit und Feindschaft, Staatlichkeit im Sinne von Gebietsherrschaft und Widerstand gegen Eindringlinge, Bemächtigung, Ausbeutung und Unterwerfung gegeben. Diese Formen der Ungleichheit seien „bis heute die

---

<sup>641</sup> Ebd., S. 56.

Grundbedingung alles gesellschaftlichen Fortschritts“.<sup>642</sup> „Nichts war zu irgendeiner Zeit je selbstverständlich, und jegliches stand auf blutigem Boden.“ Keine Kultur habe ohne Gewalt bestanden. „Ob Kultur sich entfalten konnte und wie sie sich entfaltete, hing vom Ergebnis der Kriege ab“.<sup>643</sup> Zur fortlaufenden Gewalt nach außen kam in Noltes Augen eine immerwährende Gewalt im Inneren der Gesellschaften, wo politische Institutionen Privileg der Mächtigen waren und wo „bis in die europäische Neuzeit hinein“ die unterste Schicht keinen Raum hatte, sich zu organisieren. „Unterdrücktsein war mit Unorganisiertsein identisch“, schrieb er.<sup>644</sup> Doch das habe sich im Verlauf der Reformation, der fanatischen Religionskriege, der machtpolitischen Erschöpfung und der Idee der Toleranz geändert. Im Zuge der Aufklärung, die Fanatismus und Despotismus anprangerte, obwohl die absolute Macht schon längst zerbrochen gewesen sei und obwohl die Aufklärer sich doch nur öffentlich hätten artikulieren können, weil der Staat bei der Befriedung der Konfessionskämpfe schon „relativ frei“ gewesen sei, sah Nolte jene „Linke“ sich entwickeln, „die etwas ganz Neues war und doch eine eigentümliche Art von Ewigkeit für sich in Anspruch nehmen konnte.“<sup>645</sup>

Der Begriff der „ewigen Linken“ steht seltsam unverbunden im Text, und Nolte erläuterte ihn nicht. Dennoch hat er ein semantisches Echo. Unverkennbar ähnelt die Aussage der antisemitischen Propaganda, wo diese vom „ewigen Juden“ sprach und ein durch alle Jahrhunderte unverändertes Ausgestoßensein meinte. Dieser christliche Topos der Judenfeindschaft gebar die soziale und politische Stigmatisierung der Juden als Agenten geheimbündlerischer Subversion gegen die herrschende Ordnung. Insofern besteht eine Analogie zu Noltes „ewiger Linken“. Auch sie ist gemeint als aufrührerische Unruhe der Ausgestoßenen. Die Unterdrückten, die es immer und ewig gegeben hatte, erhielten, so Nolte, in der Linken erstmals eine politische Statur, und diese sei besonders wirksam durch Rousseau in seinen theoretisch fundierten Polemiken gegen die Mächtigen und Reichen vorformuliert worden. „Die Feindschaft gegen die ‚Ungleichheit‘“, schrieb Nolte, „ist das Hauptkennzeichen derjenigen Fraktion der Aufklärung, welche ‚die Linke‘, d.h. die Linke der Aufklärung zu nennen ist und die als politische Größe, d.h. jenseits der kirchlichen Predigten gegen die Habgier, den Geiz und den Wucher, geschichtlich hier erstmals in die Existenz

---

<sup>642</sup> Ebd., S. 63ff. (67).

<sup>643</sup> Ebd., S. 68.

<sup>644</sup> Ebd., S. 71.

<sup>645</sup> Ebd., S. 77, 78.



tritt.<sup>646</sup> Nolte fühlte sich an die „Propheten Israels“ erinnert, da er in der nunmehr geforderten Befreiung „den Charakter einer Sozialreligion“ sah. Sie sei nicht mehr „Befreiung einer Nation von fremder Herrschaft“ oder „Befreiung einer Klasse von ungerechten Lasten“, sondern „vielmehr die Befreiung von Klassenhaftigkeit, Ungleichheit, Struktur selbst und in alldem nichts weniger als eine Erlösung“ gewesen, eine „Lehre von der Erlösung des Menschen von der Geschichte zur Natur“.<sup>647</sup>

Doch trotz der Französischen Revolution und trotz der Revolutionen von 1830 und 1848 sei Frankreich ebenso wie jedes andere europäische Land Mitte des 19. Jahrhunderts „noch immer kein ‚Staat der Linken‘“ geworden. Das Wirken der gegenrevolutionären Rechten, die sich die nationale Emotion zu eigen gemacht habe, und der Fortbestand des christlichen und aristokratischen Gepräges ließen Nolte folgern, dass die Revolution „Wesentliches“ verändert, aber das „Unterscheidende“, die Ungleichheit bewahrt habe.<sup>648</sup> Obwohl er, daran anschließend, auch in den amerikanischen Kolonien der britischen Krone und in den dann unabhängigen Vereinigten Staaten mit der Sklaverei, dem Rassismus der Weißen in der „kultiviertesten Umwelt“ der Südstaaten<sup>649</sup>, der „erbarmungslosen Verdrängung der Indianer“<sup>650</sup> oder in den Gelddynastien an der Ostküste zahlreiche Anzeichen aristokratischer Herrschaft fand, legte Nolte doch großen Nachdruck auf den „amerikanischen Traum“: den „Traum vom friedlichen Dasein freier und sich selbst regierender Menschen fern von den Kriegen Europas, von seinen despotischen Königen und religiösen Verfolgungen.“<sup>651</sup> In Amerika sah er nicht nur tatsächlich eine Zuflucht religiöser Minderheiten und sozialer Randgruppen Europas. Er nahm vor allem das literarische Pathos der amerikanischen Revolutionsschriftsteller sehr ernst, die wie Thomas Paine das egalitäre Glück der Gesellschaft als Segen, jede Regierung aber als notwendiges, zuweilen unerträgliches Übel beschrieben. „Nie zuvor hatte eine dem Staate so feindliche Ideologie an der Wiege eines neuen Staates gestanden“, schrieb Nolte. „So wurden die Vereinigten Staaten unter den Zeichen der europafeindlichen Ideologie der extremen Linken geboren“, obgleich ihnen mit der Siedlungsexpansion und der Enteig-

---

<sup>646</sup> Ebd., S. 79.

<sup>647</sup> Ebd., S. 81.

<sup>648</sup> Ebd., S. 88.

<sup>649</sup> Ebd., S. 95.

<sup>650</sup> Ebd., S. 94.

<sup>651</sup> Ebd., S. 89.

nung der Indianer „ein Staatsziel in die Wiege gelegt“ worden sei, „zu dem sich in Europa an Umfang und Robustheit keine Analogie findet.“<sup>652</sup>

Mit „Robustheit“ meinte er offenbar Brutalität, und es muss angesichts der tatsächlichen Kriege und gewalttätigen Kolonisationen seit den Frühzeiten europäischer Geschichte als ressentimentgeladene Polemik gelten, dass Nolte die beginnende Expansion der Vereinigten Staaten im 18. Jahrhundert bereits als beispiellos blutig und rücksichtslos beschrieb. Der starke polemische Zug der Rede war eben gegen die USA des 20. Jahrhunderts gerichtet. Nolte belebte den Antiamerikanismus der älteren deutschen Konservativen, die nach dem Kriegseintritt der USA 1917 den Machtverlust des Deutschen Reiches, den Umsturz der Monarchie und die Einführung der parlamentarischen Demokratie auch dem Eintritt der USA in den Weltkrieg anlasteten. Doch vermied er, sich in offenen Gegensatz zur Demokratie an sich zu begeben. Vielmehr lenkte er den Blick auf den zweiten „Staat der Linken“, auf den „Marxismus als Staat: die UdSSR“<sup>653</sup> und die ersten Begegnungen zwischen USA und Sowjetunion. „Feindlich *und* freundlich“ zugleich, mit Misstrauen, was Staatsgewalt und Enteignungen, mit Sympathie, was den Sturz des feudal-autoritären Zarentums anging, sei die Haltung der Vereinigten Staaten den Bolschewiki gegenüber ambivalent und unentschieden geblieben.<sup>654</sup> Nolte hingegen sah durch alles sowjetische „Aufbaupathos“ hindurch, das gewiss „enthusiastisch und enthusiastierend“ sei, eine östliche Weltmacht entstehen: „Schrecken erregend und notwendig den Gegenschrecken hervorbringend“.<sup>655</sup> Diese in seinem Verständnis notwendige Reaktion leisteten Italien und Deutschland.

„Die spezifische Antwort auf die bolschewistische Revolution mußte dieser zugleich entgegengesetzter und ähnlicher sein, als das europäische System zu sein vermochte. Sie erhielt, als sie entstand, durch Zufall den Namen Faschismus, und wenn sie etwa nicht entstanden wäre (was ausgeschlossen ist), so hätte sie im Denken konstruiert werden können.“<sup>656</sup>

Der Faschismus war Gegenschrecken auf den ursprünglichen Schrecken der radikalen Linken – diese Aussage variierte Nolte spätestens seit seiner Faschismus-

---

<sup>652</sup> Ebd., S. 91.

<sup>653</sup> Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg, S. 112.

<sup>654</sup> Vgl. ebd., S. 123ff.

<sup>655</sup> Ebd., S. 122.

<sup>656</sup> Ebd., S. 130.

Studie 1963. Er arbeitete in den 70er Jahren an ihrer Zuspitzung. Es galt, den Antifaschismus zu entkräften, der seit den 60er Jahren Intellektuelle in West und Ost wieder zu verbinden vermochte, als würde die Koalition des Zweiten Weltkrieges geistig wiederaufleben. Noltes Versuch, anhand einer Ideologiegeschichte des Kalten Krieges die USA und die Sowjetunion gleichermaßen als Feinde der Verwirklichung deutscher Machtinteressen und Herrschaftschancen zu porträtieren, machte nun seine Absicht deutlicher als in den Jahren zuvor: Ziel war es, einen idealen Faschismus im Denken neu zu bauen. Um also auf die Herausforderung des Antifaschismus zu antworten, drehte Nolte den Spieß um und präsentierte einen reinen Faschismus als „spezifische Antwort“ auf die marxistische Gefahr.

„Um die Natur dieser Antwort zu begreifen, ist es in der Tat nützlicher, einige Gedankenexperimente anzustellen, als vom ‚Marsch auf Rom‘ oder von der Entstehung des Nationalsozialismus in Deutschland zu erzählen, denn eine solche Erzählung führt in aller Regel eine Ausblendung des Kontextes mit sich, in dessen Rahmen die Ereignisse gesehen werden sollten.“<sup>657</sup>

Warum ausgerechnet die konkrete historische Darstellung den Kontext vergessen machen konnte, auf den es ankommen „sollte“, wird erst nachvollziehbar, wenn man den höchst subjektiven Willen berücksichtigt, mit dem Nolte die relevanten Zusammenhänge arrangierte. Zwar richtete sich die nationalsozialistische Unterdrückung tatsächlich gegen sämtliche exponierten Demokraten, Liberale und selbst gegen viele Konservative. Doch worauf es geschichtskategorisch ankommen *sollte*, war die Angst „schreckhafte[r] Menschen *aller* Klassen“ vor der Vernichtung aus Moskau<sup>658</sup>. Mochte also Hitler konkret die Weimarer Verfassung zerstören, Gefängnisse füllen, KZ errichten, Widersacher morden, in einer abstrakteren und gedanklich konstruierbaren „Wahrheit“ meinte der Nationalsozialismus allein die Sowjetunion und *musste* daher rücksichtslos sein. Denn „nur ein faschistisches Regime in Deutschland vermochte die Möglichkeit zu schaffen, von sich aus die militärische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wiederaufzunehmen.“<sup>659</sup> Das hätte auch im Interesse der USA und Westeuropas sein *sollen*.

---

<sup>657</sup> Ebd.

<sup>658</sup> Ebd., S. 133.

<sup>659</sup> Ebd., S. 135.

„Es wäre nun denkbar gewesen, daß Hitler den Willen gehabt hätte, diesen Kampf im Namen des zur Militanz gebrachten Antikommunismus zu führen, der in der ganzen westlichen Welt verbreitet war, d.h. sich zum Vorkämpfer des durch die Vernichtung des russischen Bürgertums tief erbitterten westeuropäisch-amerikanischen Bürgertums zu machen, jener breiten Schicht also, die von dem zwar geschwächten, aber in ganz Europa keineswegs verschwundenen Adel über Industrie- und Bildungsbürgertum und die verschiedenen Schichten des Kleinbürgertums bis zur 'Arbeiteraristokratie' reichte. Wenn Hitler dieses Konzept, für das er immer eine Vorliebe behielt, hätte verwirklichen können, so wäre eine äußerst paradoxe Umkehrung der von Engels ins Auge gefaßten ‚orthodoxen‘ Situation entstanden: Europa und Amerika als die immer noch entwickeltsten Gebiete der Welt hätten unter der Fahne des Antikommunismus gegen ein immer noch sehr zurückgebliebenes marxistisches Rußland gestanden. Am Ausgang einer militärischen Auseinandersetzung hätte dann kein Zweifel bestehen können. Die Schwierigkeit lag darin, daß dieses westliche Bürgertum ebenso differenziert wie umfangreich war und daß ein Empfinden der Solidarität mit dem russischen Bürgertum oder gar mit den von Stalin zu Millionen vernichteten ‚Kulaken‘ keineswegs selbstverständlich war.“<sup>660</sup>

Dieser Nolteschen Spekulation zufolge hatte Hitler ein Vermittlungsproblem: Er wurde verkannt. Seine „notwendige“ Mission wurde behindert durch etwas, das er sich auf „eigenartigen und zufälligen Wegen“ angeeignet habe: den Antisemitismus. Da es „selbst in England und Amerika ein gar nicht unbeträchtliches Potential an Antisemitismus“ gegeben habe, „war nicht von vornherein ausgeschlossen, daß Hitler an die Spitze einer antisemitischen Weltbewegung treten würde“, und dennoch „mußte er als Antisemit“ einen wichtigen Teil Europas „zu heftigstem und geschlossenstem Widerstand herausfordern, der für einen bloßen Antikommunismus partiell zu gewinnen gewesen wäre.“<sup>661</sup>

Ernst Nolte entfernte sich mit diesen Gedankenspielen, die, immer im Konjunktiv, in den Fundus neonazistischer Wunschbilder griffen, von Historikern wie Karl Dietrich Erdmann oder Andreas Hillgruber. Erdmann hatte den Krieg, den er als Soldat überhöhte, nach der Niederlage zu verurteilen gelernt. Hillgruber hatte sich von seinen Apologien des deutschen Generalstabs gelöst und den von Offizieren exeku-

---

<sup>660</sup> Ebd., S. 136.

tierten rassenideologischen Vergewaltigungscharakter des Ostkrieges in den Mittelpunkt gerückt. Fakten zwangen ihn dazu. Nolte jedoch ging daran, reale Verbrechen ideell zu bereinigen und Hitlers nationale Ehrbarkeit wiederherzustellen, indem er genauen Schilderungen auswich, sich so sehr auf ahistorisch Prinzipielles zurückzog, bis im Allgemeinen irgend plausibel schien, das, was Hitler wollte, mit dem gleichzusetzen, was Russen und Amerikaner seit langem verwirklicht hatten. Daraus sprach gestauter Nationalstolz, den es sagen zu können drückte: Die anderen sind nicht besser als unser Hitler.

„Er wollte ‚Lebensraum‘ für sein Volk. Auch diese Idee ist ernsthafter, als daß sie die Bspöttelung verdient hätte, die ihr oft widerfährt. Den ‚Lebensraum‘, d.h. das auch politisch und militärisch offene Gebiet, welches nicht mit dem ursprünglichen Siedlungsraum identisch ist, hatten sich Russen und Amerikaner mit der Waffe in der Hand während des 19. Jahrhunderts erobert, und weder die einen noch die anderen dachten daran, auch nur ein Zollbreit aus moralischen Gründen aufzugeben. Wenn Hitler Vergleichbares im 20. Jahrhundert tun wollte, dann konnte die Moral nur insofern ins Spiel kommen, als die Differenz der Zeit und der Zeitstimmung und der Unterschied zwischen Ukrainern und Indianern bzw. Samojuden zu erwägen war. Prinzipiell jedoch unterschied sich dieser raumerobernde Imperialismus Hitlers nicht von demjenigen der Amerikaner und Russen.“<sup>662</sup>

Als Deutschland sich Gleiches zu nehmen anschickte, taten sich die Widersacher nicht zufällig zur Kriegscoalition zusammen: sie waren vielmehr beides, „Notallianz“ und „ideologisches Bündnis der vom Ursprung her Verwandten“<sup>663</sup> – mit dieser Ableitung führte Nolte sein „Gedankenexperiment“ zurück in die Realgeschichte. Er sprach weiterhin von einem „Vernichtungskrieg“, den Hitler im Osten führte. Allerdings wies er dabei auf die „inkonsistenten“ Ziele hin, mit denen das NS-Regime von dem abwich, was es nach Nolte hätte sein *können*. Aus den Idealkonstruktionen eines legitimen Faschismus, der „nur“ den Marxismus zu vernichten strebte, hatte er den ihm relevanten Kontext für eine revidierte Erzählung gewonnen: Von einem Nationalsozialismus, der wohl mit dem Krieg, nicht aber mit Auschwitz zusammen ge-

---

<sup>661</sup> Ebd., S. 136f.

<sup>662</sup> Ebd., S. 137.

<sup>663</sup> Ebd., S. 156, 157ff.

bracht wird, von einem Hitler, der wohl die Sowjetunion angegriffen habe. „Den Krieg gegen die USA dagegen hatte er unter beträchtlichen Opfern und Verzicht zu vermeiden versucht; in der Sache war er der Angegriffene und nur formell der Angreifer gewesen.“ Von einem vor allem antibolschewistischen, von Roosevelt im Dezember 1941 im Rücken attackierten, von allen Seiten gejagten und schließlich niedergestreckten Deutschland, das auf der Potsdamer Konferenz wie Beute in „Gemeinbesitz“ überführt, von Amerika gehasst und von Stalin zerstückelt wurde.<sup>664</sup>

Vor diesen Hintergrund nun stellte Nolte die Geburt der Bundesrepublik. Separate Westlösung, ermöglicht erst durch die starken Emotionen während der Blockade Berlins seit Juni 1948, insofern durch den Kalten Krieg ganz wie durch ein planvolles Manöver der Amerikaner „zum Leben“ verholten<sup>665</sup>, sei das politische Provisorium in den westlichen Besatzungszonen alles andere als eine reguläre Staatsgründung gewesen. Nolte zitierte Carlo Schmid's Äußerungen vor dem Parlamentarischen Rat: Ein „Volk, das unter Fremdherrschaft stehe, könne sich lediglich organisieren, nicht aber konstituieren und daher werde nur ein 'staatsähnliches Wesen' entstehen, das bloß ein ‚Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges‘ sei.“ Andererseits sei aber gleichwohl gesamtdeutsche Hoheitsgewalt beansprucht worden. In keiner Weise konnte dieses fragmentarische, widersprüchliche, ungeliebte Gebilde der Bedrohung aus dem Osten gerecht werden, lautete das Fazit.

„Nicht-Staat, Halb-Staat, Nach-Staat sollte die Bundesrepublik also sein, und sie hätte wohl einen Über-Staat darstellen müssen, wenn man sich ihr Staatsziel und die Stärke des Gegners vergegenwärtigt, gegen den sie gegründet wurde. Aber diese offensichtlichen Widersprüche waren nur das Resultat einer Situation, die unvergleichlich schwieriger war als die Entstehungssituation jedes anderen Staates, der im 19. oder 20. Jahrhundert zur Existenz gelangte.“<sup>666</sup>

So habe es denn auch viele Zweifel, Unmut und Widerwillen bei den verantwortlichen Politikern gegeben. Aber niemand habe Widerstand geleistet, und insofern „beruhte dieser verfassungsgebende Akt auf einem ganz weitgehenden Konsensus, so daß man von einer Staatsgründung des verschämten Totalkonsensus sprechen

---

<sup>664</sup> Ebd., S. 183ff.

<sup>665</sup> Ebd., S. 248.

<sup>666</sup> Ebd., S. 250.

muß.“<sup>667</sup> Dieser schwache Scham-Staat war, in Noltes Begriffen, der DDR unterlegen, die „von ihren Anfängen an der ‚staatlichere‘ der beiden Staaten“ gewesen sei, „denn sie verdankte ihre Entstehung nicht einem relativ inhaltsarmen und überwiegend abwehrenden Konsensus, sondern dem sehr konkreten Geschichts- und Zielbewußtsein einer ohne öffentliche Diskussion regierenden Partei.“<sup>668</sup>

Nolte definierte hier, wo er auf liberale Mitstreiter im Bund Freiheit der Wissenschaft keine Rücksicht zu nehmen hatte, schärfer als in seinen gegen die Studenten gerichteten Manifesten: Staat war Wille zum Krieg.

„Staat in der ausgeprägtesten Bedeutung des Begriffs ist die Gesellschaft, welche weiß, was sie im Ganzen der Welt ist, und sich als solche will. [...] Eine Gesellschaft kann sich nur wollen, wenn sie so organisiert ist, daß sie die Fähigkeit zur bewaffneten Selbstbehauptung besitzt. Der wissende Wille, der die Staatlichkeit ausmacht, kann auf eine kleine Schicht innerhalb der Gesellschaft beschränkt sein; aber es können auch alle einzelnen nahezu gleichermaßen daran Anteil haben.“<sup>669</sup>

Demokratische Teilhabe war ihm daher, was den politischen Kern der Republik anging, unbedeutend. Es konnte, aber es musste sie nicht geben. Was die Vielen konnten, vermochte ebenso ein enger Führungszirkel. Worauf es ihm ankam, waren Konsequenz und Entschiedenheit, in denen seinem Denken nach die Macht ihren Quell habe,

„aber die Bundesrepublik war essentiell gerade der inkonsequente und unentschiedene Staat und eben dadurch eine extreme Gestalt des westlichen Prinzips. Genau deshalb aber fehlte ihr fast vollständig ein fundamentales Merkmal aller Staaten, auch der westlichen Staaten: der Stolz auf die Staatsgründung, der mächtigste und prägendste Stolz, den es gibt.“<sup>670</sup>

Die Bundesrepublik war demzufolge impotent. Sie verstand sich als „Kernstaat“, ohne vom westdeutschen Kern aus zur Revision der Grenzen und zur Wiederexpan-

---

<sup>667</sup> Ebd., S. 251.

<sup>668</sup> Ebd., S. 259.

<sup>669</sup> Ebd., S. 371.

<sup>670</sup> Ebd., S. 374.

sion nach Osten fähig zu sein. Die abgetrennten Gebiete waren „die Sowjetzone bzw. auch die Gebiete jenseits von Oder und Neiße“.

„Die Bundesrepublik hätte also, um ernsthaft ein Kernstaat zu sein, ein Staat in Potenz sein müssen, doch kein Bedürfnis war stärker als der Drang, sich von dem Vorgängerstaat zu unterscheiden, der eben ein solcher Staat in Potenz gewesen war.“<sup>671</sup>

Von einem durch „extreme“ Verwestlichung selbst auferlegten Erbdruck des NS-Regimes paralyisiert, suchte man den Ausweg in der „Hervorkehrung individueller Ziele und Interessen“, floh in den Konsum.<sup>672</sup> Man besaß eine „stabile Regierung, eine ausgezeichnete Verwaltung und schließlich sogar eine starke Armee“. Doch die Bundesrepublik blieb eine „Gesellschaft ohne Staatlichkeit“.

„Sie glich einem Körper, dessen einzelne Teile auseinanderstrebten, denn sie verfügte über keinen zentralen Willen und kein einheitliches Selbstverständnis in jenem fundamentalen Bereich, der in anderen Staaten der Erörterung entzogen ist.“<sup>673</sup>

Ein Zuviel an Meinungsfreiheit, meinte er, das die nationalen Fundamente einschloss, entkräftete den politischen Körper. Ihm fehlte einheitliches, geschlossenes nationales Geschichtsbewusstsein. Es fehlte ihm „genuine Staatsideologie“, die zum Selbstbehauptungskampf befähige. Und aus diesem Grund sah Nolte in der Entspannungsphase des Kalten Krieges die „Selbstbestimmungsforderung der Deutschen“ hinschwinden. Er opponierte dagegen, indem er das Sonderbare des westdeutschen Weges zu zeigen bemüht war. Warum nicht auch die anderen? Nolte fragte: Sei nicht auch ein de Gaulle, der faschistische Sympathien gehegt, „in den zwanziger Jahren der Action française nahegestanden hatte“, einem Hitler an Vergangenheitsorientierung, Nationalismus und Militarismus vergleichbar?<sup>674</sup> Dennoch habe gerade de Gaulle „als erster der westlichen Regierungschefs von der Bundesrepublik unzweideutig den Verzicht auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße“ verlangt.<sup>675</sup> Nolte

---

<sup>671</sup> Ebd., S. 372.

<sup>672</sup> Ebd., S. 375f.

<sup>673</sup> Ebd., S. 380.

<sup>674</sup> Ebd., S. 501.

<sup>675</sup> Ebd., S. 502.



lieferte „Kontraste“ zum deutschen Verzicht mit Verweis auf die Dritte Welt, wo um der Selbstbehauptung willen national intonierte Befreiungskriege geführt wurden<sup>676</sup>, und mit Blick auf Israel, dessen arabische Feinde die durch Kriegsniederlagen geschaffenen Fakten anzuerkennen sich weigerten.<sup>677</sup>

In den abschließenden Passagen seines umfangreichen Buches, die kurz nach den dort behandelten Ereignissen entstanden waren, stellte Ernst Nolte den Regierungsantritt Willy Brandts und dessen „Telos der faktisch vollständigen Anerkennung der DDR“<sup>678</sup> vergleichsweise leidenschaftslos dar. Er hatte die historisch anomale Anatomie der Bundesrepublik dargelegt, nun resümierte er die Folgen für die Ostpolitik. Anders als manch konservativer Gegner Brandts hegte er keinen persönlichen Groll gegen den ersten sozialdemokratischen Kanzler. Nolte hatte keine eigenen Erfahrungen mit der Vertreibung gemacht. Er beschimpfte Brandt nicht, wie es auf der Rechten und bei den Vertriebenenverbänden lange üblich war, als prinzipienlosen Verräter. Es ging ihm auch nicht um Emigrantenstatus, Widerstandskontakte oder die norwegische Staatsbürgerschaft des ehemaligen Sozialisten. Wie sich an der Person von Wolfgang Abendroth zeigt und bei Brandt bestätigt, konnte Nolte denen aufrichtige Anerkennung entgegen bringen, die unter Lebensgefahr gegen das NS-Regime gearbeitet oder gekämpft hatten. Er war sensibel für die Charakterkraft, die sich an solchen Lebensläufen auszuweisen schien. Sie entsprach seiner Wertschätzung für heroisches Einzelgängertum. Er stellte die Integrität des Politikers nicht in Frage. Über Brandts Reden, die für den deutschen Fernsehzuschauer in Moskau und Warschau nach der Unterzeichnung der Verträge gehalten wurden, urteilte er positiv, weil sie die nationale Dimension des Geschehens bewusst herausstellten. Der im Dezember 1970 unterzeichnete Vertrag mit Polen, schrieb er, „hatte große symbolische Bedeutung, weil er mit dem ersten Opfer des Hitlerschen Krieges abgeschlossen wurde und weil Brandt von Warschau aus eine seiner besten Reden hielt, die der Stunde angemessen war und die das Ja zu diesem Vertrag erneut als ein Ja nicht nur zum Frieden, sondern auch zur deutschen Gesamtgeschichte interpretierte.“<sup>679</sup> Zu dieser wohlwollenden Resonanz mag nicht zuletzt beigetragen haben, dass Brandt den souveränen internationalen Machtanspruch seiner Regierung selbst aktualisierte und den Gebietsverzicht als Schlussstrich und Ausgangspunkt einer geläuterten Nationalidentität

---

<sup>676</sup> Vgl. ebd., S. 560ff.

<sup>677</sup> Vgl. ebd., S. 590ff.

<sup>678</sup> Ebd., S. 581.

<sup>679</sup> Ebd., S. 582f.

verstanden wissen wollte. Selbst auf die Moral eines politischen Stilwandels, wie ihn Gustav Heinemann als Bundespräsident verkörperte, ließ Nolte sich ansatzweise ein. Dessen Forderung, im Interesse des Friedens jeden Konflikt auch mit den Augen des Gegners zu beurteilen, an der Angst und Empfindsamkeit der Gegenseite Anteil zu nehmen, versetzten Nolte jedoch beinahe in Ratlosigkeit. Er wies darauf hin, dass die DDR zur gleichen Zeit die radikalsten Freund-Feind-Bestimmungen fortsetzte. War diese Asymmetrie der Kompromissprache etwa „der beste Beweis für die Lebenskraft, ja Überlegenheit der Bundesrepublik, die das Notwendige zu tun vermöge, ohne jeden ihrer Schritte vom Verhalten des Gegners abhängig zu machen“?<sup>680</sup>

Nolte urteilte über die neue Ostpolitik nicht, indem er wie Theodor Schieder, Werner Conze oder auch Karl Dietrich Erdmann und Andreas Hillgruber an verlorenen Landschaften und Orten hing. Er verklärte nicht die kulturelle Bedeutung des Ostens für die deutsche Identität und hielt sich nicht auf bei der Beschreibung des Leids, das die Vertriebenen traf. Auf das Bismarckreich legte er weit weniger Wert als Hillgruber, eben weil er es nicht wie dieser als Erfüllung der deutschen Selbstbestimmung, sondern als eine der vielen Teilungen Deutschlands und als einen der Rückzüge von der historisch möglichen „genuinen“ deutschen Hegemonie in Europa betrachtete. Er warf den sozialliberalen Politikern und den sie unterstützenden Hochschullehrern auch keine parteipolitischen Fehler vor. Aber Nolte sah sehr viel grundsätzlicher als alle anderen die Machtfrage gestellt. Er wertete systematischer, radikaler und in diesem Sinne auch härter. Nicht einzelne Personen und politische Initiativen machte er haftbar für den Niedergang Deutschlands, sondern Deutschland selbst, so schwach wie er es nach 1945 durch den Einfluss der Siegermächte, durch den Schatten Hitlers, durch das Vergessen der größeren Nation und durch die Grundordnung der liberalen Gesellschaft geworden sah. Zur Illustration des staatspolitischen Bankrotts, den er sah, sprang er abrupt dorthin zurück, wo die politische Mobilisierung seiner um Hierarchie, Herrschaft und Gewalt zentrierten Ideenwelt begonnen hatte: bei der als grenzenlos empfundenen Libertinage und der ihn überwältigenden egalitären Aufsässigkeit der Studentenbewegung. „Die große Welle des ‚Sex‘ und der Pornographie, die seit dem Ende der 60er Jahre trotz deutlicher Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten die ganze westliche Welt überflutete“, schrieb er, „hatte in der Bundesrepublik einen besonders ausgeprägten Charakter.“ Das Strafrecht griffe nicht mehr. „Damit ging eine Veränderung der Atmosphäre einher, wel-

---

<sup>680</sup> Ebd., S. 585f.

che zehn Jahre zuvor unvorstellbar gewesen wäre, und die Kioske der Bundesrepublik schienen auf dem Wege zu sein, einer ins Gigantische vergrößerten 42. Straße in New York zu ähneln.“<sup>681</sup> Dieser Wandel sei nicht zufällig geschehen. Nolte sah geschichts- und zivilisationsfeindliche Mächte am Werk, die emanzipatorische Gleichheit erstrebten.

„Frauen waren nun nicht mehr, wie jahrtausendlang, allem anderen zuvor Gattinnen und Mütter, sondern sie konnten als Geschlechtswesen Artefakte zum eigenen und zum fremden Vergnügen werden, und Männer konnten in der langen Freizeit ihre Partner oder Instrumente sein. Was in der Geschichte aller Hochkulturen – und dann nur intermittierend – eine meist auf die Männer beschränkte Möglichkeit herrschender Schichten gewesen war, wurde zum Feld demokratischen und gleichberechtigten Massenkonsums. Es war und ist ein ungeheurer Prozeß, der weit in die Zukunft weist.“<sup>682</sup>

Verbunden damit vollzog sich in seinen Augen die Linksdrift der Studenten und, flankiert durch die westdeutsche Reformgesetzgebung, die „die gesamte Struktur der deutschen Universitäten“ zerschlagen habe, die „Eroberung ganzer Institute und Hochschulen“ durch eine „Partei der DDR“.<sup>683</sup> Ein Staat, der das hinnahm, hatte in seinen Augen den Untergang verdient.

„Damit war die innere Schwäche dieses Staates wie nie zuvor offenbar geworden. Indem er die Hochschulen als ein corpus vile betrachtete, das dem Blitz der politischen Unruhe einer neuartigen Schicht ausgeliefert werden konnte, obwohl sie eine seiner unterscheidendsten Institutionen waren, war zum mindesten die Möglichkeit gegeben, daß er auf sich das Urteil herabzog, er werde vielleicht dem Untergang entgehen, aber er sei sicherlich des Untergangs würdig.“

Unter einer Perspektive, welche diese inneren Entwicklungen in die Betrachtung einbezieht, erscheint die Anerkennung der DDR, so sehr sie sich konsequent und nahezu unvermeidlich aus der Geschichte eines Vierteljahrhunderts ergab,

---

<sup>681</sup> Ebd., S. 586f.

<sup>682</sup> Ebd., S. 587.

<sup>683</sup> Ebd., S. 588.

gerade nicht als die gleichzeitige Selbst-Anerkennung der Bundesrepublik, sondern als ihre Selbstaufgabe.“<sup>684</sup>

Mit „Deutschland und der Kalte Krieg“ veröffentlichte Ernst Nolte einen überbordenden Gegenwartskommentar von mehr als 600 Seiten, der nicht im Sinne empirischer Forschung eine neue Faktendarstellung sein wollte, wie der Autor gleich einleitend klar stellte<sup>685</sup>, sondern eine die historischen Tatsachen selektiv wertende Revision der jüngeren deutschen Geschichtsauffassung, die sich durch fundamentale Opposition zum Nationalsozialismus definierte, ja mehr noch: die in ihrer Ablehnung des Hauptstrangs der deutschen Geschichte die universalen Interpretationen der westlichen oder östlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges übernommen zu haben schienen. Das wollte er nicht hinnehmen. Auf die Marburger Konflikte kam er auch hier mehrfach wieder zurück.<sup>686</sup> Die Studentenbewegung war die provozierende Kraft, die er, zumal als die neue Ostpolitik hinzutrat, wie ein Fanal der geistigen Niederlage und des nationalstaatlichen Untergangs ansah. Auf den letzten zwanzig Seiten seiner darauf reagierenden Studie entwand er sich aber doch noch einmal dem zuvor beinahe fatalistischen Ton der Schilderungen. Er wollte enden, indem er vorzeichnete, was noch gegen das Übel getan werden könne.

Willy Brandts Argument, mit der Anerkennung der Nachkriegsgrenzen werde die deutsche Politik von einer Last befreit, bot ihm dabei einen positiven Anknüpfungspunkt. Nunmehr sei endgültig gar kein Grund mehr für den Verdacht gegeben, Deutschland ziele auf Revanche. In dem Moment, da sogar die „staatliche Realität aufgegeben“ worden sei, werde Deutschland „als *geschichtliche* Realität wieder zugänglich“. Unnötig sei nun die „fruchtbare Lüge“ moralisierender „Nationalpädagogik“, „die Verdrängung der deutschen Geschichte sowie die einseitige Isolierung ihrer ‚Fehlentwicklungen‘“. Das Bismarckreich sei weder aggressiver noch unmodernere als Frankreich oder die USA gewesen. Nolte forderte „Gleichbehandlung“ für Deutschland in Geschichte und Gegenwart.

---

<sup>684</sup> Ebd., S. 589. Nolte erklärte in seiner Erwiderung auf die Kritik Niethammers, dass diese Aussage im Zusammenhang des Buches ganz untergeordnet sei. Entkräften konnte und wollte er die Formulierung nicht. Vgl. Nolte: Zeitgeschichte als Theorie, S. 385f.

<sup>685</sup> Vgl. ebd., S. 23: „Die Intention dieses Buches geht nicht dahin, die Geschichte des Kalten Krieges in Deutschland zu erzählen. Zwar enthält es zu diesem Thema vermutlich eine ganze Anzahl von Informationen, die bisher nur an vielen Stellen verstreut zu finden sind, aber keine dieser Informationen wird um ihrer selbst willen vorgelegt. Worauf es ankommt, ist vielmehr die Fragestellung, welche die Darbietung der Tatsachen bestimmt, und in noch höherem Maße der Gedankengang, der sich in der Darbietung entfaltet.“ Und ebd., S. 24: „Fragestellung und Perspektive implizieren Selektion, und Selektion ist nicht möglich ohne Wertung.“

„Am schwierigsten und zugleich am notwendigsten ist die Anwendung dieses Postulats der Gleichbehandlung der deutschen Geschichte in bezug auf das nationalsozialistische ‚Dritte Reich‘.

Der ägyptische Präsident Sadat soll den Ausspruch getan haben: ‚Unsere Hitlerzeit endet erst jetzt.‘ In der Tat hat jeder bedeutende Staat der Gegenwart, der sich ein außerordentliches Ziel setzte, seine Hitlerzeit mit ihren Ungeheuerlichkeiten und ihren Opfern gehabt, und es hing nur von seiner Größe und seiner Situation ab, welche Folgen daraus für die Welt im ganzen resultierten.“<sup>687</sup>

„Eine Art Hitlerzeit“ sei der Stalinismus gewesen, der Maoismus in China, der Nasserismus in Ägypten, der Sukarnismus in Indonesien oder der Gaullismus in Frankreich. Und wenn Großbritannien und die USA auch ausnahmsweise davon verschont geblieben seien: „sie eroberten als erste einen großen Teil der Welt bzw. eines Kontinents, ohne dem Schicksal der Eingeborenen viele Gedanken zuzuwenden.“ Nolte behauptete, dass er keine Parteinahme für das NS-Regime beabsichtige. „Die These von der Pluralität der Hitlerzeit“, schrieb er, „bedeutet keine ‚Rechtfertigung‘ des Nationalsozialismus, so wenig sie eine Rechtfertigung des Stalinismus intendiert.“ Sie bedeute vielmehr „die entschiedene Verwerfung des Prinzips der Vernichtung von Menschen durch Menschen“.<sup>688</sup> Aber dass in Deutschland nicht gesehen worden sei, wie „Genozide verbreitete Realitäten auch der Zeit nach 1945 waren“, wie ähnlich andere Nationalbewegungen der Hitlerbewegung seien:

„all das war begreiflich und auf seine Weise notwendig, solange die Wahrheit als ein Stratagem zum Umsturz der Nachkriegsverhältnisse und zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches erscheinen konnte; aber in dem Augenblick, wo der Verzicht auf die frühere Realität Deutschlands ausgesprochen ist, kann die Totalität der deutschen Geschichte einschließlich des Dritten Reiches von nationalpädagogischen Zwängen und Ängsten frei werden. Damit wird die Bundesrepublik zur Stätte der Möglichkeit der Wahrheit und insofern auch des Daseins Deutschlands – [...].“<sup>689</sup>

---

<sup>686</sup> So auch ganz zum Schluss, vgl. ebd., S. 618.

<sup>687</sup> Ebd., S. 601.

<sup>688</sup> Ebd.

<sup>689</sup> Ebd., S. 602.

Dies besagt: Die kritische Betrachtung der deutschen Geschichte war Unwahrheit, wenn auch eine politisch vielleicht notwendige. Und diese Lüge der Besorgten war eine Strategie, die Bundesrepublik gegen das Dritte Reich abzugrenzen. Nun aber hing für Nolte das „Dasein Deutschlands“ davon ab, frei zu werden für ein „wahres“ Geschichtsbild. Er plädierte für ein „neues Selbst- und Staatsbewußtsein“ im Westen, an dem die Sozialdemokraten teilhaben sollten<sup>690</sup>, für eine „neue Staatlichkeit“, die wohl weniger als in anderen Ländern „an die überlieferte Staatstradition anzuknüpfen vermag“, die aber in jedem Fall die unterminierende Selbstkritik ablegen müsste, weil „die künstliche Lebendigerhaltung der Nachkriegsbefürchtungen einen qualitativen Umschlag zur Folge hat, der den nie völlig verlorenen Grundkonsensus von 1948/49 auflöst und der neuen ‚Partei der DDR‘ die Wege bahnt.“<sup>691</sup>

Um der befreienden, nationalen „Wahrheit“ willen kam es Ernst Nolte zentral auf die „Entthronung“ der Siegermächte an, die dem positiven deutschen Selbstbild, das er im Sinn hatte, im Wege standen. Dieser Aufgabe war sein Buch mehr als alles andere gewidmet. Im Schlusswort rechnete er nicht nur die USA und die Sowjetunion dazu, sondern „mit ihnen die großen Mächte des Judentums und des Marxismus“. Den amerikanischen, jüdischen und marxistischen Universalismus hielt er für unglaubwürdigen Schein, der in „Wirklichkeit“ Instrument des machtpolitischen Partikularismus sei. Nolte verwies dabei auf das Vietnam der Amerikaner. Dann ging er auf die jüdische Rolle ein.

„Im Rahmen des weltrevolutionären Prozesses muß dem Judentum als der am meisten intellektuellen und lange Zeit diskriminiertesten Menschengruppe in der unnormalsten Position eine Bedeutung zugeschrieben werden, die kaum geringer ist als diejenige der USA oder der Sowjetunion. Aber die Ironie der Geschichte und die Verkehrung der Begriffe werden gerade an seinem Beispiel besonders anschaulich. Zwar haben Abkömmlinge des amerikanischen Judentums in der Studentenbewegung der sechziger Jahre eine weit überproportionale Rolle gespielt; aber es handelte sich offenbar um den Abgesang jener aus Osteuropa eingewanderten Generation, die – längst zu Wohlstand gelangt – ihre sozialrevolutionäre Mentalität an ihre Kinder weitergab.“<sup>692</sup>

---

<sup>690</sup> Ebd., S. 616.

<sup>691</sup> Ebd., S. 617.

<sup>692</sup> Ebd., S. 607.

Mit der Ineinanderführung von Judentum und Marxismus, von Judentum und Amerika näherte sich Nolte zum wiederholten Male den Imaginationen des Nationalsozialismus. War das seine Art der Geisteraustreibung? Wollte er vorexerzieren, wie sich in kalt kalkulierter Unbefangenheit auch über solche alten „Wahrheiten“ wieder nachdenken ließ?

Diese Fragen sind von immensem Gewicht. Sie sind entscheidend für das Urteil über Ernst Noltens weiteren intellektuellen Werdegang und für das Verständnis seiner Eingriffe in die politisch-zeithistorischen Debatten der Bundesrepublik. Daher empfiehlt sich an dieser Stelle ein Innehalten und noch einmal ein Rückblick auf seine persönlichsten Motive, die er so auffällig selten offen ansprach: Als er 1969 den Preis des Bechtle-Verlages für Zeitgeschichtsforschung erhielt, begann er seine Dankesrede, der eine Laudatio von Helmut Krausnick vorangegangen war, in einer erkennbar entspannten Stimmung. Er musste sich nicht gegen Angriffe verteidigen, sondern sprach vor einem wohlwollenden Forum, das ihm, in einem konfliktreichen Jahr, größte Anerkennung zuteil werden ließ. Er sprach davon, wie für ihn selbst die Zeitgeschichtsforschung „ein Kämpfen um Befreiung“ von drückenden Erinnerungen sei.

„Ganz gegenwärtig, als wäre es gestern, ist mir das Geschehen der letzten Jahre der Weimarer Republik: Hungermärsche der Erwerbslosen, der riesige Trauerzug für einen erschossenen Kommunisten, die Kundgebungen der Nationalsozialisten in jener Hochburg der Partei am Rande des Ruhrgebiets, wo ich aufwuchs. Ganz lebendig bleibt mir die Gestalt jenes Führers der katholischen Jungschar, der lange Jahre hindurch ein vielgehaßter und vielgeliebter Gegenpol zur Hitlerjugend war und der schließlich als Offizier der Wehrmacht in Rußland fiel. Unverlierbar quält mich die Erinnerung an jenen Herbsttag im Jahre 1942, als ein SS-Posten mich und einige Kommilitonen barschen Tones aus einem Abteil des Zuges wies, in das dann einige Frauen und Männer einstiegen, die den gelben Stern trugen, unter ihnen eine Greisin, mit einem Schuh und einem Pantoffel an den Füßen, unter Tränen von einer jüngeren Frau verabschiedet, offenbar ihrer Tochter oder ihrer Nichte.“<sup>693</sup>

---

<sup>693</sup> Ernst Nolte: Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte. In: VfZ 18 (1970), S. 1-11 (1f.).

Das Gefühl, „alle Maßstäbe erschüttert“ zu sehen, sei auch sein Ausgangspunkt gewesen:

„die Vermutung, daß in der deutschen Geschichte ein fundamentales Verfehlen liege; das Vorwalten des Interesses am Nationalsozialismus; die Überzeugung, daß mit dem Jahre 1945 ein grundlegender Wandel der Weltsituation eingetreten sei. Ich teilte und teile alle diese Voraussetzungen, [...]. [...] Gerade die Hauptüberzeugungen indessen, welche diesem Engagement entspringen, werden, wie es scheint, heute durch die Zeitgeschichte selbst in Frage gestellt, d.h. durch die geschehene Geschichte, die Zeitgeschichte seit 1945, und sie können *nur* durch sie in Frage gestellt werden, nicht durch Analogien in ferner Vergangenheit wie Tamerlans Schädelpyramiden und nicht durch unmittelbare Folgeerscheinungen des Krieges wie die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten.“<sup>694</sup>

Und nun zählte er seinem Festpublikum auf, was die Erschütterungen durch den Nationalsozialismus zu relativieren geeignet sei: dass die arabischen Staaten ihre Niederlage gegen Israel anders als Deutschland gegen die Alliierten „nicht zu akzeptieren bereit sind“; dass in den USA „ein Rassismus Wirklichkeit gewesen sei, den Hitler als Vorbild empfinden konnte“.

„Wir haben die These aufgestellt, daß der Faschismus als geschichtlich relevante Erscheinung tot sei, und wir müssen in sowjetischen so gut wie in rechtsradikalen Publikationen lesen, daß in Israel ein militaristischer und faschistischer Staat entstanden sei, der von der Idee des Lebensraumes geleitet sei, der seine arabischen Bürger ebenso entrechtete, wie Hitler einst die Juden entrechtete, und dessen Ehegesetze viel Ähnlichkeit mit den Nürnberger Gesetzen hätten.“<sup>695</sup>

Zwar erreiche all dies nicht „auch nur entfernt den grundsätzlichen und ideologischen Charakter des Nationalsozialismus“. Daher bleibe der Ansatz der deutschen Zeitgeschichtsforschung grundsätzlich richtig und unwiderlegt. „Aber wenn er isoliert wird und keine Fortbildung erfährt“, betonte Nolte, „kann seine Wahrheit zur Lüge werden. Die notwendigste und fruchtbarste Tendenz der Zeitgeschichtsfors-

---

<sup>694</sup> Ebd., S. 2.



schung heute ist daher die Zuwendung zur Darstellung des Zeitalters der Weltrevolution [...].“<sup>696</sup>

Dies waren Vorüberlegungen für „Deutschland und der Kalte Krieg“. Fünf Jahre danach konnte man dann in diesem Buch lesen, dass amerikanische Juden mit ihrer „sozialrevolutionäre[n] Mentalität“ überdurchschnittlich an der Studentenbewegung beteiligt gewesen seien. Nolte erklärte nun „das Judentum“ zu einer revolutionären Weltmacht – und dieser Satz, obwohl in ihm scheinbar mildernd die Diskriminierung der Juden miterwähnt wird, ist offen zu Tage liegender Antisemitismus. Was bezweckte er damit? Im Zusammenhang seiner Absichten wird hinreichend deutlich, dass Nolte auf diejenigen zielte, deren politische Präsenz einem historischen Nationalstolz der Deutschen nachhaltige Schwierigkeiten bereitete. Die moralische Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus, 1969 als Zitat in den Raum gestellt, präsentierte er nun in eigenem Namen und mit in Nüchternheit gekleideter Polemik als Nachbarschaft der Ideologien. Der jüdische „Anspruch, das ‚Licht der Völker‘ zu sein“, formulierte Nolte, „sank schließlich ebenso dahin wie zuvor die prätendierte Vorbildlichkeit des ‚deutschen Wesens“.“<sup>697</sup> Er griff die Opfer des NS-Regimes an. Und er wählte die althergebrachte kollektive Anrede. „Die Juden“ sollten moralisch nicht besser dastehen können als ihre Peiniger. Das war jene „schwierigste und zugleich notwendigste“ Voraussetzung für das stolze Dasein Deutschlands, nach dem er strebte. Er selbst sagte immer wieder, es gehe ihm nur um die Freiheit der Forschung, und seine Politisierung habe allein das Ziel, die Wissenschaft gegen bevormundenden Zugriff zu schützen. Politik und Wissenschaft sind aber bei Ernst Nolte zu keinem Zeitpunkt zu trennen. Wo er politisch wurde, blieb er in der Tat um Wissenschaft bemüht. Doch auch wo er rein wissenschaftlich zu sein beanspruchte, war er darum nicht weniger von Politik beseelt. Diese Zusammenhänge verweisen auf die „Historisierung“ des Nationalsozialismus und auf den „Historikerstreit“, die, eine Dekade später, Folge, Konsequenz, ja logischer Fluchtpunkt der bislang geschilderten Positionierungen waren.

### 3. Terror. Bürgerkriegsgefahr und antideutsche Klischees

---

<sup>695</sup> Ebd., S. 3.

<sup>696</sup> Ebd., S. 4.

<sup>697</sup> Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg, S. 607.

Im Verlauf der 70er Jahre verlor die Ostpolitik rasch ihren aufreizenden Charakter. Ihr Potenzial, die westdeutsche Politik zu wandeln, hatte sich nach der Wiederwahl Willy Brandts im Jahr 1972 schnell erschöpft. Die aufgeregtesten Töne, die den Untergang der Bundesrepublik an die Wand gemalt hatten, erschienen unzeitgemäß und wirklichkeitsfremd. Brandt trat zwar im Mai 1974 im Sog einer Spionageaffäre zurück, die den Vorwürfen, Bonn werde von der DDR unterwandert, kurzzeitig neue Nahrung geben konnte; doch wurde aus dem Fall Guillaume keine Staatskrise. Auf die um Visionen bemühte Kanzlerschaft Brandts folgte die selbstbewusst pragmatische Regierung Helmut Schmidt, aus den beäugten und beargwöhnten „Geheimkontakten“ Egon Bahrs nach Ost-Berlin und Moskau erwuchs kein privilegiertes Verhältnis der Bundesregierung zu kommunistischen Führern, und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die das Erbe der Ostpolitik antrat, wurde ein so offiziell verwaltetes und wenig dynamisches Regierungsgeschäft, dass Vermutungen konspirativer sozialistischer Hintergründe im politischen Abseits standen. Die langatmige administrative Normalität der West-Ost-Kontakte bot kaum Konfliktstoff mehr. Die sicherheitspolitischen Weichenstellungen nach 1969 wurden jetzt überlagert durch strukturelle wirtschaftliche Sorgen. Im Jahr 1972 erschien der Report des „Club of Rome“, der die „Grenzen des Wachstums“ ankündigte.<sup>698</sup> Ölpreiskrise, Rezession, Staatsverschuldung, Zwang zur Konsolidierung der Haushalte, Begrenzung sozialpolitischer Reformen, Massenarbeitslosigkeit traten für lange Zeit in den Vordergrund der innenpolitischen Agenda.<sup>699</sup>

Auch die Studentenbewegung hatte ihre Mobilisierungskraft eingebüßt. Mitte der 70er Jahre endete mit dem Vietnam-Krieg ein wesentlicher Anlass der ursprünglichen Politisierung. Die Entkolonialisierung, eine Forderung von Anfang an, war weit

---

<sup>698</sup> Dennis H. Meadows (Ed.): *The Limits of Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York 1972.

<sup>699</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: *Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?* In: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 1-37 (21ff.) und Frank Fischer: *Von der „Regierung der inneren Reformen“ zum „Krisenmanagement“*. Das Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik in der sozial-liberalen Ära 1969-1982. In: ebd., S. 395-414, der treffend schreibt: „Die alarmierende Haushaltslage zwang zur Enthaltensamkeit. Finanzminister Alex Möller hatte im Mai 1971 vorzeitig das Handtuch geworfen, sein Nachfolger Karl Schiller, Doppelminister für Wirtschaft und Finanzen, räumte Anfang Juli 1972 seinen Stuhl für Helmut Schmidt. Drei Finanzminister in zwei Jahren – das sprach Bände. Brandts innere Reformen, das wurde seit Mitte 1972 zunehmend deutlich, krankten daran, dass sie ganz selbstverständlich den *best case* zugrunde legten – ein immer währendes Wirtschaftswachstum, das der Staatskasse steten Zustrom garantierte. Sollte dieser Strom versiegen, sollten unerwartete weltpolitische Krisen die Berechnungen der steuerungsgläubigen Bonner Planer durchkreuzen, würden die Reformen Rhetorik bleiben.“ (S. 403).

vorangeschritten. Offensichtlich aber war auch das Scheitern der Protestbewegung, was ihre universitären, mehr noch lebensweltlichen, gesellschaftspolitischen und internationalen Revolutionshoffnungen anging. Sie hatten von vornherein etwas oft weit Überzogenes. Das flüchtig Irreale und Romantisierende, das den impulsiven Massenveranstaltungen anhaftete; die leichtsinnig vollzogene Solidarisierung mit fernen Guerillas, die extreme Gewalt gegen Zivilisten ausübten; auch die Rücksichtslosigkeit, wo einzelne als Gegner stigmatisierte Hochschullehrer oder Studenten bedrängt wurden; schließlich mehr und mehr der Wirklichkeitsferne, beliebig militante Propaganda von der zahlreichen Flugschriften und Wandparolen – all das waren Facetten des intellektuellen Zerfalls. Die innere Uneinigkeit und die gewollte, „spontaneistische“ Unorganisiertheit, die immer bestanden hatten und nur bei einzelnen Demonstrationen oder Kampagnen aufgehoben schienen, führten zur Zerstreung in eine Vielzahl von internationalistischen, sozialen, feministischen oder ökologischen Gruppen und Weltanschauungsgemeinschaften.<sup>700</sup> Die Eroberung der Regierungsmacht war ebenso offensichtlich ausgeblieben wie das Lahmlegen staatlicher Routinen, das eine konservative Angstvorstellung gewesen war. Der Verwaltungsapparat wurde im Gegenteil unter Brandt und Schmidt kräftig ausgedehnt und die Reichweite staatlicher Maßnahmen erheblich erhöht. Ob es die Sozial- oder Bildungspolitik, die Kultur-, die Technologie-, die regionale Wirtschaftsförderung oder die Sicherheitsbehörden waren – der administrative Wirkungsbereich, der mehrfach verschaltet war durch föderale Gremien und Gemeinschaftsprogramme von Bund und Ländern, wuchs in einem Maße an, das in die konservativen Metaphern einer steuerungslosen Republik keinen Eingang fand.

Dennoch blieb der provokative Impuls der neuen Linken bei ihren akademischen Gegnern unverändert aktuell. In den Jahren nach 1972, als die zweite sozialliberale Regierung im Amt war und sympathisierende Intellektuelle allenthalben schon das mühsame Reformgeschäft beklagten, das nirgendwo, am wenigsten auf dem Feld emanzipatorischer Erziehungsideale den hohen Ansprüchen gerecht zu werden vermochte, fanden im Umfeld von Universitäten, Bildungsverwaltungen und Schulen Debatten über den Stellenwert des Geschichtsunterrichts in den Lehrplänen statt. Der Bund Freiheit der Wissenschaft besetzte dieses Thema, engagierte sich für den Erhalt klassischer historischer Schulung und erweiterte die Auseinandersetzung zur kultur-

---

<sup>700</sup> Zur kulturellen und generationscharakteristischen Grundstimmung vgl. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977 (2001). Frankfurt a.M. (2)2004, S. 67ff., 317ff., der in der kritischen Retrospektive des Beteiligten berichtet.

politischen Orientierungsfrage. Während Vertreter der neuen Linken gemessen an der allgemeinen öffentlichen Resonanz schwächer wurden, sich in engere Arbeitsbereiche zurückzogen und speziellen Problemen zuwandten, wurden die Träger der liberalen und konservativen Gegenbewegung grundsätzlicher in ihren Interessen und schärfer im Ton eines umfassenden gesellschaftlichen Deutungs- und Geltungsanspruchs. Die polemische Zurückweisung der seit 1968 immer wieder geforderten fundamentalen Demokratisierung der Republik geschah im Namen der deutschen „Identität“ – eine Bezeichnung, die in den 70er Jahren Konjunktur bekam.<sup>701</sup> Sie half kämpferisch zu bündeln, was an verschiedenen Vorstellungen und Forderungen aufgekommen war: es sei einer maß- und verantwortungslosen Emanzipation etwas kollektiv Verpflichtendes entgegen zu setzen. Im Namen der Identität forderten Publikationen des BFW die Begrenzung von Demokratie und Individualismus, und die Militanz der Autoren erreichte eine neue Qualität, als mit den Terroranschlägen 1977 das Fanal vorhanden war, vor dem man seit Jahren gewarnt zu haben glaubte.

a) *Thomas Nipperdey, Richard Löwenthal und die Entwicklungen im Umfeld des Bundes Freiheit der Wissenschaft: Geschichtsverlust, Kulturkrise und Terrorismus*

Thomas Nipperdey ragt mit seinem universalhistorischen Interesse, mit seiner emphatisch verstandenen und öffentlich engagiert ausgefüllten Bürgerlichkeit weit aus den Normalmaßstäben bundesdeutscher Fachhistorie heraus. Was er selbst mit Blick auf das 19. Jahrhundert „Bürgergeist“ nannte, prägte auch seine eigene protestantisch-demokratische Lebensmaxime. Er war eine überaus unabhängige intellektuelle Gestalt, die mit dosierter Leidenschaft und mit Skrupel, vorsichtig, doch zunehmend entschlossen und dann auch scharf attackierend an den Konflikten nach 1968 teilnahm. Von liberaler Denkart geprägt war seine Diskurshaltung. Er orientierte sich am bildungsbürgerlichen Gelehrtenideal, an der klassischen deutschen Literatur und an der humanistischen Universitätsidee. Obwohl eher zurückhaltend, obwohl nachdenklich und kontemplativ in der Humboldtschen Einsamkeit des Wissenschaftlers arbeitend, wich er der öffentlichen Kontroverse weder aus, noch zog er sich ange-

---

<sup>701</sup> Vgl. Karl-Ernst Jeismann: „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewusstsein in der Bundesrepublik. In: *ApuZ* B20/1986, S. 3-16.

sichts protestierender Studenten in einen berufsständischen Sicherheitskokon zurück. Er ging ohne Bitterkeit auf das öffentliche Podium. Gesellschaftspolitische Wertung und Wirkung gehörte zu dem, was Nipperdey bewusst anstrebte. Er wählte das Bündnis mit anders motivierten Professoren. Aber er ging in diesem Bund nicht auf. Seine Arbeit reichte deutlich über die Empfindlichkeiten und nationalen Appelle erschrockener Konservativer hinaus. Was er schrieb, erhob sich über den politischen Schock. Seine Publikationen spiegeln den ausgreifenden Willen und die weitreichende Fähigkeit zur Vermittlung von Staats- und Gesellschaftsgeschichte, von narrativen und analytischen Darstellungsweisen, und er rang um ein Verständnis der deutschen Geschichte, das hinreichend kritisch ist, um das Unheil im freiheitsfeindlichen Handeln preußischer Oberschichten zu erfassen, das zugleich aber verständnisvoll genug bleibt, um die Eigenheiten vergangener Problemhorizonte unverkürzt zur Geltung zu bringen. Seine Art, Historiker zu sein, unterlief das Entweder-Oder durch eine hartnäckig und ausdauernd um Vielstimmigkeit bemühte Berücksichtigung auch weit auseinander liegender Perspektiven. Er war dabei sicherlich wie Hermann Lübke um Bändigung der Kontroverse und um Beruhigung des Geschichtsbildes in politischer Absicht bemüht, wenn auch bei ihm, anders als bei dem befreundeten konservativen Philosophen, nicht die ordnungspolitische Ruhigstellung im Vordergrund stand, sondern die dialogische Verständigung, die neben der Traditionswahrung durchaus das Strittige und Erschütternde an der deutschen Vergangenheit mit erfasste.

Thomas Nipperdeys politische Rolle im Umfeld des Bundes Freiheit der Wissenschaft ging einher mit fundamentalen Widersprüchen zwischen seiner tief empfundenen politischen, auch gesellschaftlichen Liberalität und den historisch-politischen Attacken gegen den Westen und die Juden, die etwa Ernst Nolte im Namen der deutschen Nation in den 70er Jahren vollführte. Nipperdey stand entschieden für Willy Brandts Ostverträge und für die Anerkennung der Folgen der deutschen Kriegsverbrechen, die sie symbolisierten. Von den Berlinern im Bund Freiheit der Wissenschaft – Nipperdey wechselte dann allerdings 1971 nach München – unterschrieb er wie Alexander Schwan und Richard Löwenthal 1972 die „Erklärung zur Ostpolitik“. Hillgrubers und Noltens existenziell aufgeregte Reaktion hätte sie befremden müssen. Dies war jedoch ein öffentlich nicht ausgetragener Konflikt. Er blieb im Schatten der Studentenbewegung, die das Gegensätzliche zwischen liberalen Sozialdemokraten und Nationalkonservativen überdeckte und die im Zeichen des bürgerlichen Protests

zusammen brachte, was ohne den gemeinsamen Abwehrreflex auseinander gegangen wäre.

Thomas Hans Günther Nipperdey (1927-1992) entstammte einer der etablierten und angesehenen Familien des protestantischen Bildungsbürgertums. Er wuchs in seiner Geburtsstadt Köln auf. Sein Vater, der Jurist Hans Carl Nipperdey, war der erste Präsident des Bundesarbeitsgerichts. Nach dem Abitur 1946 studierte Nipperdey in Göttingen, Köln und im englischen Cambridge Philosophie, Theologie und Geschichte.<sup>702</sup> Seiner Dissertation über „Positivität und Christentum“ beim jungen Hegel<sup>703</sup> folgte die Entscheidung für die Geschichtswissenschaften. Mit großem Erfolg, begleitet von Theodor Schieder und Hermann Heimpel, von 1954 bis 1957 gefördert durch ein Stipendium der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und seit 1957 am Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen als Forschungsassistent tätig, legte er 1961 die Habilitationsstudie „Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918“ vor.<sup>704</sup> Die erste Professur folgte 1963 an der Technischen Hochschule in Karlsruhe. Gleichzeitig hielt er Lehrveranstaltungen an der Universität Heidelberg ab. Nipperdey hatte in den 60er Jahren, als er sich zügig, zielstrebig und reibungslos akademisch etablierte, sowohl zum Kreis um Theodor Schieder als auch zu demjenigen um Werner Conze Berührung. Ohne ausgesprochene Verbindlichkeit einer Lehrer-Schüler-Beziehung entnahm er gleichwohl seine Anregungen dem Fragehorizont der aktualisierten Sozial- und Nationalgeschichte, dessen gesellschaftlicher Hintergrund Krieg und Umbruch waren. Die skeptische Frage nach den Leistungen und Verwüstungen der modernen Welt nahm er auf, und seinen eigenen Antworten, die überkommene Vorurteile gegen die egalisierte Gesellschaft abstreiften, blieb ein kulturkonservativer Zug, wo er den Fortschritt bezweifelte, und ein altliberaler Wertekern, wo er insbesondere die Politisierung des privaten Lebensbereichs durch ideologische Ansprüche zurückwies. Nipperdey stand im Spannungsverhältnis von Kritik und Verteidigung des deutschen Historismus, galt als Neuerer, ohne doch die Brücken zur Tradition abzurechen, löste sich von der bejahenden Machtstaatsdarstellung, allerdings weniger durch Ab-

---

<sup>702</sup> Die biografischen Angaben nach: Munzinger/ Internationales Biographisches Archiv 32/1992; Thomas K. Kuhn: Thomas Nipperdey. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. XVI, Sp. 1155-1157 sowie die Ansprache von Hans Günter Hockerts in: In Memoriam Thomas Nipperdey. Reden gehalten am 14. Juni 1993 bei der Akademischen Gedenkfeier der Philosophischen Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München. München 1994, S. 10-14.

<sup>703</sup> Thomas Nipperdey: Positivität und Christentum in Hegels Jugendschriften. Köln 1953.

<sup>704</sup> Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Düsseldorf 1961.

lehnung und Verwerfung ihrer methodischen Prämissen als durch Erweiterung dessen, was im einzelnen in die Geschichtsschreibung aufgenommen werden sollte.<sup>705</sup> In seiner Parteiengeschichte, mit der er die Karriere begann, fehlte der „teils furchtsame, teils verächtliche, jedenfalls pejorative Unterton“<sup>706</sup>, mit dem das preußisch-deutsche Staatsbewusstsein und die nationalkonservative Kulturkritik über die Parteien und Interessenverbände sprachen. Nipperdey trug hier zu dem sich wandelnden Parteienverständnis in der Bundesrepublik bei, das moderne Massenorganisationen mehr und mehr als positiven Ausdruck partizipatorischer Politikmodelle zu betrachten lernte. Er öffnete seine Geschichtsschreibung für soziale Bewegungen und emanzipative Reformbemühungen, mit einem besonders sympathisierenden Blick auf all das, was sich in der außer-, ja antipolitischen Sphäre der Kunst, der Vereine, der Lebensformen des Alltags abspielte. In diesem Sinne kann bei ihm von einer anderen, nichtmarxistischen Gesellschaftsgeschichte in anthropologischer Absicht die Rede sein, die auch Ausdruck seiner um Balance und Mäßigung bemühten, zulassenden Persönlichkeit war.

1967 wechselte Nipperdey an das Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin. Ein Jahr darauf trat er in den Zehlendorfer Ortsverein der SPD ein: „ein Fall von Vermittlung akademischer und politisch-bürgerlicher Welt in der Einheit einer Person“, erinnerte sich Hermann Lübke.<sup>707</sup> Als Dekan der Philosophischen Fakultät stieß er 1968 mit den protestierenden Westberliner Studenten zusammen und unterstützte die 1969 gegründete Berliner Notgemeinschaft für eine Freie Universität. Er wurde in diesen Jahren, da er sich als Sozialdemokrat gegen die neue Linke abgrenzte und gegen deren „pseudorevolutionäre Indoktrination“ polemisierte, zu einem der auch politisch am meisten beachteten westdeutschen Historiker der jüngeren Generation. 1969 erhielt er die Theodor-Heuss-Plakette der Friedrich-Naumann-Stiftung. Anfang der 70er Jahre hatte er Angebote, nach Kiel, Hamburg, Köln oder München zu gehen. Er entschied sich 1971 für München, wohin ihn Hans Maier, der Gründungsvorsitzende des Bundes Freiheit der Wissenschaft, als Bayerischer Kultusminister berief. Die erste Mitgliederversammlung des BFW am 22. November 1972 wählte Nipperdey in den Vorstand, dem er dann bis 1990 angehören sollte. Im September 1973 wurde er Vorsitzender des Vorstands und blieb es bis 1976.<sup>708</sup>

<sup>705</sup> Vgl. Wolfgang Hardtwig: Forschung und Synthese – das Werk des Historikers. In: Ebd., S. 15-27 (16f.)

<sup>706</sup> Ebd., S. 18.

<sup>707</sup> So Hermann Lübke: Die politische Verantwortung des Gelehrten. In: In Memoriam, S. 37-43 (38).

<sup>708</sup> Vgl. Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft, S. 19-21.

In den Publikationen des BFW tauchte der Name Nipperdey 1972 im Zusammenhang mit den Rahmenrichtlinien des Landes Hessen für den Unterricht in den Fächern Deutsch, Gesellschaftslehre und Kunsterziehung auf. Der Frankfurter Soziologieprofessor und Sozialdemokrat Ludwig von Friedeburg, der seit 1966 gemeinsam mit Theodor W. Adorno das Institut für Sozialforschung leitete und im Oktober 1969 Hessischer Kultusminister wurde, hatte mit dieser schulpolitischen Initiative massiven Widerspruch seitens der CDU-Opposition geweckt.<sup>709</sup> Der scharf vorgetragene Vorwurf einer neomarxistischen Indoktrination im Schulunterricht bezog sich insbesondere auf die Abschaffung des selbständigen historischen Unterrichts und auf die Eingliederung des Faches Geschichte in eine „kritische Gesellschaftslehre“. Konservative Gegner sahen darin eine „Kulturrevolution mit administrativen Mitteln“.<sup>710</sup> Thomas Nipperdey und Hermann Lübke bekannten sich als Sozialdemokraten zu Gegnern der Reform und unterstützten den Hessischen Elternverein bei seinem Protest durch gutachterliche Tätigkeit und durch Vorträge.<sup>711</sup> Was sie erregte und politisch mobilisierte, bezeichnete Lübke rückblickend als „Geschichtskulturpolitik“.<sup>712</sup> Es ging um die Funktion des politisch und historisch relevanten Unterrichts als Lieferant politischer Handlungsleitbilder. Die Auseinandersetzung betraf Art und Weise des Eingriffs in den staatsbürgerlichen Selbstfindungsprozess von Jugendlichen. Die Gegner der Reform hatten dabei vor Augen, dass seit Ende der 60er Jahre eine Generation an die Universitäten gekommen war, deren öffentlich aktiver Teil dem politischen System der Bundesrepublik fundamentales Misstrauen entgegen brachte. „Am Ausgang der Schule wartet der Spartakus“, schrieben Nipperdey und Lübke in ihrem „Gutachten zu den Rahmenrichtlinien Sekundarstufe 1 Gesellschaftslehre des Hessischen Kultusministers“.<sup>713</sup> Die eingeleitete Schulreform galt ihnen als eine Art Brandbeschleuniger marxistisch inspirierter Umsturzbestrebungen. Ihre Streitschrift stimmte zunächst dem demokratischen Anspruch der Rahmenrichtlinien zu, die „Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung“, die „optimale Teilhabe des einzelnen an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen“ zu ermöglichen.<sup>714</sup> Sie bestätigten auch „die Notwendigkeit einer Erneuerung von Lehrplänen im Bereich der historisch-

<sup>709</sup> Vgl. Art. Ludwig von Friedeburg. In: Munzinger/ Internationales Biographisches Archiv 12/1999.

<sup>710</sup> Vgl. Lübke: Die Verantwortung des Gelehrten, S. 41.

<sup>711</sup> Vgl. Thomas Nipperdey: Konflikt – Einzige Wahrheit der Gesellschaft? Zur Kritik der hessischen Rahmenrichtlinien. Osnabrück 1974, S. 9f.

<sup>712</sup> Lübke: Die Verantwortung des Gelehrten, S. 40.

<sup>713</sup> Nipperdey: Konflikt, S. 114.

<sup>714</sup> Ebd., S. 39, 41.



politischen und sozialkundlichen Bildung“.<sup>715</sup> Ihre Kritik hakte bei der Umsetzung des Anspruchs ein. Der Sprung von der „Vagheit“ des normativen Postulats der Demokratie zu den konkreten Unterrichtsvorgaben folge einer „Scheinlogik“. Lernziele und Lerninhalte seien willkürlich gesetzt und wissenschaftlich nicht kontrollierbar.<sup>716</sup> Die Fachwissenschaften seien als prüfende Instanzen „ausgeschaltet“.<sup>717</sup> Die alles durchdringende Dominanz ideologiekritischer Fragen nach den Herrschaftsinteressen führe zur „Manipulation der Schüler“, der durchgehende Bezug von sozialen Handlungen und Verfehlungen auf die „Sozialisation“ könne nur als „Entpersonalisierung“ des Menschen bezeichnet werden, der keiner persönlichen Verantwortung mehr verpflichtet sei.<sup>718</sup> Nipperdey und Lübke empörten sich darüber, dass die Familie als Form „repressiver“ Sozialisation im Unterricht besprochen werden sollte. Hier sei die Distanzierung der Kinder von ihren Eltern die nowendige, die „Mobilisierung der Kinder gegen die Eltern“ die wahrscheinliche Folge. *„Solche politpädagogischen Eingriffe in die Eltern-Kind-Beziehungen waren bisher nur von den Nationalsozialisten und den Kommunisten bekannt“*, hoben sie hervor, wohl wissend, dass Ludwig von Friedeburg eine antiautoritäre Pädagogik gerade als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Erfahrung im Sinn hatte.<sup>719</sup> „Die Tendenz der in den RR [Rahmenrichtlinien] vorgelegten kritischen Aufarbeitung von Sozialisationserfahrungen“, so lautete ihre Schlussfolgerung, „richtet sich gegen unsere soziale und kulturelle Ordnung.“<sup>720</sup> Im Versuch, Geschichte zur Lehre der Veränderbarkeit sozialer Verhältnisse zu machen, „unter den Auspizien des ideologischen Veränderungsaktivismus“ werde die geschichtliche Wirklichkeit in „Fragmente“, „Illustrationen“, „Versatzstücke“ zerlegt, die „lediglich Beweisfunktion für vorgegebene Thesen (Veränderbarkeit), aber niemals Korrektivfunktion“ hätten. Geschichte werde „total manipulierbar“.<sup>721</sup> Indem nicht mehr die „objektiven Zusammenhänge“ der Vergangenheit, sondern die sozialen Funktionen ihrer Überlieferung unterrichtet würden, gäbe es keine Geschichte mehr, nur noch „Geschichtsbilder“. „Schließlich ist anzumerken“, so die Autoren, „daß der Vorwurf des ‚Objektivismus‘ bisher eine Spezialität kommunistisch-stalinistischer Wissenschaftspraxis gewesen ist“.<sup>722</sup> „Der Verlust der I-

---

<sup>715</sup> Ebd., S. 39f.

<sup>716</sup> Ebd., S. 43ff.

<sup>717</sup> Ebd., S. 47.

<sup>718</sup> Ebd., S. 63ff.

<sup>719</sup> Ebd., S. 69f.

<sup>720</sup> Ebd., S. 75.

<sup>721</sup> Ebd., S. 56f., 59.

<sup>722</sup> Ebd., S. 51f.

dentität als Ergebnis der Erziehung“, das sahen Nipperdey und Lübke als die Gefahr, die sie warnend gerade dem eigenen emanzipatorischen Anspruch der Rahmenrichtlinien entgegen hielten. „Erziehung ohne Identifizierungsmöglichkeit und Integrationsanspruch erzeugt Verunsicherung“, schrieben sie, „d.h. aber das Potential für ein angepaßtes und unkritisches Verhalten, für Angst und Aggression – ein Potential, das der Indoktrination offen steht.“<sup>723</sup> Es fehlte ihnen die unzweideutige Identifikation mit dem realen „Normengefüge“, nicht nur mit dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, sondern der Verfassungswirklichkeit der gegebenen Ordnung.

Der Bund Freiheit der Wissenschaft sprach von einer „Schulkrise“ und veranstaltete unter diesem Motto im Januar 1972 eine Tagung, deren Arbeitsgruppe „Geschichte und Sozialkunde“ von Thomas Nipperdey geleitet wurde. In der dort formulierten Stellungnahme hieß es, die „Verdrängung des Fachs Geschichte“ sei eine „Verarmung“ der Erziehung, bei der „zwei wesentliche politisch-pädagogische Funktionen des Geschichtsunterrichts“ verloren gingen, „die Relativierung ideologischer Absolutheitsansprüche und die Befähigung zum Verstehen fremder Gesellschaften und Kulturen“. „Von Seiten der Neomarxisten“ drohe die Geschichte „zu einer versimpelten Institutionenkritik und zur Rechtfertigung der ‚Systemüberwindung‘“ umfunktioniert zu werden:

„Das Fach Sozialkunde hat bisher die ihm zugedachte Aufgabe nicht bzw. nur unzureichend erfüllt. Es führt – von seiner Entstehung her eher auf Haltung und Gesinnung orientiert – nicht in dem erforderlichen Maße in die konkrete Wirklichkeit unserer staatlich-verfassungsmäßigen Ordnung, in Institutionen, in Recht und Wirtschaft ein. Die unserer Verfassung zugrunde liegende Wertordnung wird selten überzeugend dargestellt. Das Fach ist, seiner selbst unsicher, in ganz besonderem Maße dem gegenwärtigen Ansturm ‚systemüberwindender‘ Ideologien ausgesetzt. Die Problematisierung und Infragestellung auch des Minimalkonsensus, auf dem unsere politisch-soziale Ordnung beruht, hat eindeutig Priorität, Darstellung und Einführung treten zurück. Neueste Schulbücher und auch Fernsehsendungen haben nur zu oft die Tendenz, Indoktrination im Sinne der Neuen Linken an Stelle von sachlicher Aufklärung zu leisten.“<sup>724</sup>

---

<sup>723</sup> Ebd., S. 99f.

<sup>724</sup> HPI, Nr. 5/1972, S. 16.

Zugleich attackierte Nipperdeys Arbeitsgruppe die universitäre Lehrerbildung in den historischen Stoffen als „Tummelplatz für Dilettanten und Ideologen“.<sup>725</sup> Richard Löwenthal schloss sich diesem Befund an. Unter dem Titel „Kampf um die Hochschule und die Zukunft unserer Demokratie“ polemisierte er gegen das „Experimentalprogramm“ der 1971 gegründeten Universität Bremen. Man suche darin „vergeblich nach der Vermittlung der allgemeinen Grundkenntnisse der Geschichte und der Geschichtswissenschaft für die künftigen Lehrer der Nation“.<sup>726</sup> Die langfristige Gefahr für den Westen, die er darin sah, bezog er auf den Grundlagenvertrag mit der DDR. Gerade nachdem die äußere Frontstellung gegen den Kommunismus in eine „rechtliche Normalisierung der Beziehungen“ überführt worden sei, sei „eines der Hauptprobleme, das vor der Bundesrepublik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten steht“, die „dauernde geistige Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat“. Während die Menschen in der DDR „mit einem vorgeplanten und vorgeklitterten Geschichtsbild“ aufwüchsen, sei „bei uns auf Grund mißverständlicher Lehrreformen in vielen Fällen das Geschichtsbewußtsein schon in der Schulzeit und auch in der Universitätszeit atrophiert“. Um der staatskritischen Bildungsreform, die er entweder naiv oder aber zerstörerisch verfassungsfeindlich fand, etwas entgegenzusetzen, brachte Löwenthal nun als Erziehungsauftrag die nationale Identität ins Spiel, die der geistigen Stabilisierung der Bundesrepublik dienen sollte.

„Es gibt kein Identitätsbewußtsein einer Nation, es gibt kein Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, das mit wirklich lebendigem Inhalt erfüllt ist, ohne ein Bewußtsein dessen, von wo man herkommt. Und dieses Bewußtsein muß bei uns ein Bewußtsein der gemeinsamen Geschichte aller Deutschen, aber auch ein Bewußtsein der Geschichte der deutschen Entwicklung als eines Bestandteils der europäischen Entwicklung, der Entwicklung der einzigartig dynamischen Gesellschaft des Westens sein – einschließlich eines Bewußtseins der kulturellen Grenzen, jenseits deren diese Gemeinschaft von jeher aufgehört hat.“<sup>727</sup>

Löwenthal balancierte das deutsche Nationalbewusstsein, das er forderte, auf dem schmalen Grat aus, der es vom klassischen Nationalismus trennte, indem er die

---

<sup>725</sup> Ebd., S. 17.

<sup>726</sup> HPI, Nr. 23,24/1972, S. 21-25 (23).

<sup>727</sup> Ebd., S. 24f.

Westintegration der Bundesrepublik mitbetonte. Er schwenkte ein auf die Suche nach der erneuerten nationalen „Gemeinschaft“ und wollte dann den Begriff um internationale Zuflüsse und Gemeinsamkeiten erweitern. Er versuchte das antimarxistische Programm einer nationalen Pädagogik mit seiner Erfahrung als Emigrant und seinem Ideal eines westlich vereinten Europa zu versöhnen. Hierin lag die Sollbruchstelle, denn der nationalkonservative Begriff von Identität, Gemeinschaft und deutscher Nation schlug auch schon gegen den Westen aus, der von Nolte oder auch von Friedrich Tenbruck gerade seiner von Löwenthal gewürdigten Dynamik wegen zurückgewiesen wurde. Sozialkunde galt Tenbruck ja als eine typisch westliche Überformung deutscher Tradition. Aber auch sozialliberale Politiker äußerten in den 70er Jahren Befürchtungen, die „Identitätsverlust“ und internationale Offenheit als eine deutsche Schwäche zusammenbrachten.

Im Frühjahr 1974 löste zuerst Helmut Schmidt als Bundeskanzler Willy Brandt und dann Walter Scheel als Bundespräsident Gustav Heinemann ab, und dieser Wechsel war auch mit einer Akzentverschiebung in der Forderung nach deutscher Identität verbunden, welche die Hochschulpolitischen Informationen des Bundes Freiheit der Wissenschaften als Bekräftigung der eigenen Bemühungen vermerkten. So wies der neue Bundeskanzler, der die Niederlage im Zweiten Weltkrieg als Oberleutnant des Heeres erlebt hatte und der in einer Panzerdivision an der Ostfront gewesen war, das Lob der kulturellen Offenheit Deutschlands für äußere Einflüsse mit der Bemerkung zurück, dies sei dem Identitätsverlust im Jahre 1945 geschuldet.<sup>728</sup> Walter Scheel, bei Kriegsende ein mit den Eisernen Kreuzen der Klassen I und II ausgezeichnete Oberleutnant der Luftwaffe, bekannte in seiner Rede auf dem 31. Deutschen Historikertag 1976: „Geschichte ist Kampf, Kampf der Ideen, der Völker, der Klassen.“ Zwar forderte er, Leid und Unrecht auch aus polnischen Quellen und Perspektiven darzustellen. Doch was ihn antrieb, war eine Warnung: „Wir sind in Gefahr, ein geschichtsloses Volk zu werden.“<sup>729</sup> Diese Geschichtslosigkeit führte Werner Conze im Publikationsorgan des BFW wiederum auf die anationalen, unmilitärischen, „westlich reduzierten“ Prägungen der sich an den Hochschulen ausbreitenden jüngeren Historiker zurück:

„1973 waren bereits rund 45 Prozent aller Ordinariate der Geschichtswissenschaft von Professoren der Jahrgänge 1929 bis 1941, das heißt derjenigen Alters-

---

<sup>728</sup> Vgl. HPI, Nr. 2/1976, S. 13.

klassen besetzt, die keinen Kriegsdienst mehr geleistet hatten, die Weimarer Republik überhaupt nicht mehr und den Nationalsozialismus nur noch als Kinder erlebt hatten. Ihr Generationserlebnis ist der deutsche Zusammenbruch mit der darauf folgenden Aufbauphase im westlich reduzierten Deutschland gewesen. Die Existenz im Reich als Nationalstaat ist allenfalls nur noch in ihrer letzten Verzerung selbst erlebt, im übrigen aber gebrochen, zum Teil durch Vaterkomplex und Generationsgegensatz verdunkelt, übermittelt worden. Diese Vorbelastung wirkte sich verständlicherweise auf Fragestellungen und Wertungen der Historiker dieser Generation, wenn auch keineswegs einheitlich, aus. Wenn diese heute um 40 Jahre alte Generation, die sich dazu überwiegend aus den sogenannten „weißen“ Jahrgängen deckt, das heißt also – gegensätzlich zu ihren Altersgenossen westlicher und östlicher Länder – militärfremd aufgewachsen ist, heute so gut wie alle mittleren Stellen und fast die Hälfte der Ordinariate besetzt hat, so ist damit die große Mehrzahl der Professuren auf 20 bis 30 Jahre durch sie blockiert, und die nachdrängenden Jüngeren, die heute 20- bis 30jährigen, die im Kontrast zur scheinbar grenzenlosen Lebenserweiterung die plötzlich spürbaren ‚Grenzen des Wachstums‘ erlebt haben, stehen vor der Tatsache, auf lange Sicht ausgesperrt oder auf Wartezeit gesetzt und damit in ihrem Generationenbewußtsein weit von den vorangegangenen Nutznießern der Stellenexpansion entfernt zu sein.“<sup>730</sup>

Conze, der gewohnt und geübt war, universitäre Stellenbesetzungen als strategische Geschichtspolitik einzuschätzen, stellte ganz sachlich den Vorgang wechselnder Altersgruppen fest, transportierte damit aber zugleich einen Ausdruck des Bedauerns. Die jüngere, verwestlichte Generation galt ihm als komplexgeplagte Gruppe, weil sie Geschichte gerade nicht mehr wie ihre Väter als Kampf der Völker verstehen wollte und den Krieg existenziell verwarf. Für Conze konnte das keine „normale“ Geschichtswissenschaft sein. Er sah es als Abweichung von dem, was alle Welt für selbstverständlich hielt, und als Folge einer „Vorbelastung“ durch die Kritik am nationalsozialistischen Deutschland. Diese mental belastete Generation blockierte seiner Auffassung nach eine Wiedernormalisierung des deutschen Geschichtsbildes hin zu den Orientierungsgrößen Nation und Militär. Sie breitete sich über die Universitätslehrstühle aus und gab mit ihren Wertungen den Ton an. Doch der Heidelberger Doyen, der seinen Einfluss schwinden sah, war nicht ohne Hoffnung. Er setzte auf

---

<sup>729</sup> HPI, Nr. 19/1976, S. 8.

die jüngste Generation. Ohne diese schon näher zu charakterisieren, implizierte er, dass die lange Wartenden schließlich eine neuerlich gewandelte Generationenerfahrung zur Geltung bringen würden.

Diese Periodisierung des historischen Bewusstseins, die das westdeutsche Unbehagen am Nationalen wohl als auf lange Sicht vorherrschende Stimmung, aber eben schließlich auch als vorübergehendes Phänomen einordnete, kann als Zeichen der einsetzenden Historisierung von 1968 gelten. Die Distanz zu den Ereignissen wurde möglich. So interpretierte auch Richard Löwenthal die „große Verweigerung“ als abkühlende Utopie: „Die Intellektuellenrevolte“, schrieb er, „ist abgeklungen und das, obwohl die frühen siebziger Jahre die Krise des Weltwährungssystems, den Höhepunkt der Weltinflation, den Erdölshock und die bisher schwerste internationale Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg“ gebracht hätten. Der „Abfall der jungen Intelligenz vom demokratischen System“ habe nicht zur Revolution geführt, wohl aber sei er „der Ausdruck einer kulturellen Krise, die trotz andauernden Funktionierens des gesellschaftlichen und politischen Systems eingetreten ist.“<sup>731</sup> Die „Abwendung von rationaler Diskussion zugunsten eines irrationalen Gewaltkults“, „der antiwestliche Aktivismus“, „der anarchische Ultra-Individualismus“ – alles dies führte er auf die Kulturkrise des Westens zurück. Sie äußere sich

„in solchen West-weiten Phänomenen wie dem Niedergang der Arbeitsethik, insbesondere des Verantwortungsgefühls in der Arbeit, der Zunahme von Gewaltverbrechen, zumal unter Jugendlichen, und der allgemeinen Lockerung der sozialen Bindungen, sei es an Familie oder Nation – kurz, dem zunehmend mangelhaften Funktionieren von Sozialisierung und Identitätsbildung.“<sup>732</sup>

Diese Warnungen drangen in die politischen Rahmenvorgaben für den Schulunterricht ein. In Schleswig-Holstein erließ Kultusminister Walter Braun für das Schuljahr 1976/1977 einen neuen Lehrplan für die gesellschaftspolitisch relevanten Fächer, in dem der Geschichtsunterricht eine Schlüsselstellung zugewiesen bekam. Für den Bund Freiheit der Wissenschaft war dieser Schritt vorbildlich.

---

<sup>730</sup> HPI, Nr. 20/1976, S. 3f.

<sup>731</sup> HPI, Nr. 22/1976, S. 4.

<sup>732</sup> Ebd., S. 5.

„Dieses entschlossene Eintreten für Geschichte in der Schule beruht auf den Überzeugungen, daß der Verlust der historischen Dimension im Wissen und Bewußtsein junger Menschen eine geistige und seelische Verarmung schlimmsten Ausmaßes bedeutet und zur Gefahr für die kontinuierliche und vernünftige Fortentwicklung unserer Staatsordnung werden kann.

Kultusminister Braun erläuterte die Wichtigkeit des Geschichtsunterrichtes:

„Objektiv trägt Geschichte zur Identitätsfindung des einzelnen bei. Sie ermöglicht ihm, sich – in seiner Bindung an eine gemeinsame Vergangenheit, Tradition und Heimat – als geschichtliches Wesen zu begreifen. Damit gibt sie ihm subjektiv das Gefühl der Geborgenheit, das aus dieser Zugehörigkeit erwächst. Geschichte und Geschichtsbewußtsein entsprechen somit einem wesentlichen anthropologischen Bedürfnis des einzelnen Menschen. Und noch in einer weiteren Beziehung ermöglicht die Geschichte dem einzelnen, sich als Mensch zu fühlen. Ich erinnere hier an die lebensnotwendige Funktion des Gedächtnisses. Hermann Heimpel hat dies einmal wie folgt umschrieben: ‚Gedächtnis zu haben ist etwas an sich Menschliches. Der Mensch ist das Wesen im Gedächtnis. Der Mensch ist also dadurch menschlich, daß er Geschichte hat.‘<sup>733</sup>

Die Leitbegriffe einer demokratischen Pädagogik, die zur selbständigen Auseinandersetzung mit den Werten, die der politischen Ordnung zugrunde liegen, befähigen sollte, tauchten in dieser Begründung nicht mehr auf. Die soziale Dimension einer Sensibilisierung für Ungleichheit und Unterdrückung trat im revidierten normativen Horizont, dem der BFW applaudierte, weit zurück. Die inzwischen weithin als Reizwörter aufgenommen Vorstellungen von „Emanzipation“ und „Kritik“ ersetzte Kultusminister Braun durch „Identität“, „Geschichte“ und „Gedächtnis“. Er gemahnte an die humane Kraft des Gedächtnisses. Dabei ging es ihm indes um die Gemeinschaftsform eines Gedenkens, in der die Bezugspunkte des Erinnerns dem Menschen vordefiniert sein sollten. Gedächtnis war so verstanden ein Gegenstand der Unter- richtung, der dem Schüler von außen eingegeben wurde. Gerade dieses Verfahren hatte die neue Linke als Fremdbestimmung attackiert und durch Modelle autonomer Selbstfindung zu ersetzen gehofft. Das stand durchaus im Einklang mit den Formeln der europäischen Aufklärung, die den Menschen, nach dem populären Generalzitat Kants, in einer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ gefangen sah. Freiheit und selbst-

---

<sup>733</sup> HPI, Nr. 23,24/1976, S. 26.

ständiger Verstandesgebrauch waren Erziehungsideale des bürgerlichen Liberalismus. Das Ziel der Schule, wie es Kultusminister Braun verstand, lautete hingegen, Menschen an die gegebene Tradition zu binden und dadurch einer Verunsicherung entgegenzuwirken, die Konservative auf einen Exzess an Liberalisierung zurückführten. Schüler sollten „geborgen“ werden aus den Stürmen der Demokratisierung aller Lebensbereiche. Heimat, Geschichte, Identität und Staatsordnung waren die schützenden Instanzen und maßgebenden Autoritäten der pädagogischen Revisionsbemühungen.

Im Wintersemester 1976/1977 kehrten dann mit neuer Vehemenz die Proteste an westdeutsche Hochschulen zurück. Zwischen September und November organisierten Studierendenvertreter in Tübingen, Heidelberg und Berlin Streik- und Boykottaufrufe, bei denen es um Einschreibgebühren, um Quotierungen des Hochschulzugangs, um Studieninhalte, studentische Mitbestimmung, Prüfungsordnungen und Leistungstests und um die Umsetzung des „Radikalenerlasses“ ging, der eine Kontrolle der Verfassungstreue bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst, also auch an den Hochschulen, anordnete. Die dem Bund Freiheit der Wissenschaft nahe stehenden Professoren legten eine Dokumentation über „Studentische Unruhen“ vor. In der Einleitung hieß es: „Wir haben keine Zeit zu verlieren. In den Jahren 1967/1968 machten studentische Demonstrationen noch Schlagzeilen. Heute ist das anders. Zeitungen berichten selbst über schwere Zwischenfälle nicht mehr, so daß die Öffentlichkeit durch die Presse über die Lage an den Hochschulen kaum mehr informiert wird.“ Man plädierte dafür, nicht bloß mit Polizei und Justiz zu antworten, was den radikalsten der Studentengruppen nur entgegen käme, sondern durch Konzepte der Studienförderung zu verhindern, dass sich „der Student, in den Jahren seiner Schulzeit gehegt und gepflegt und mit großen Erwartungen erfüllt, plötzlich im Stich gelassen fühlt“ im „Gefühl, nicht mehr gehört zu werden“ und dann über den Streik hinaus „nach neuen ‚Strategien‘“ zu sinnen beginne, „um verlorene Publizität wiederzugewinnen. Hier liegt Sprengstoff. Die Eskalation wird nicht auf sich warten lassen.“<sup>734</sup> Tagebuchartig folgte eine Chronik von Störungen, Drohungen, Einschüchterungen, Gewaltparolen, körperlichen Übergriffen.

„Berlin, FU, 12.11.1976 [...] Im Grundkurs-Proseminar ‚Kleist als Erzähler‘ wird eine Studentin des ersten Seminars von Kommunisten mißhandelt und ge-

---

<sup>734</sup> FdW, Nr. 3/1977, S. 3.



waltsam aus dem Hörsaal gezerrt. Einem Professor, der sie zu schützen versucht, wird auf einem Plakat des ‚Kommunistischen Studentenverbandes‘ vorgeworfen, er schütze nur ‚Bourgeoisemädchen‘. Ein riesiges Transparent fordert: ‚Keine Verpflichtung auf die FDGO‘: auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“<sup>735</sup>

„Heidelberg, 16.11.1976 [...] Am hellen Tag wird der Geschäftsführende Direktor des Germanistischen Seminars, Professor Michelsen, auf der belebten Hauptstraße von einer etwa dreißigköpfigen johlenden Horde von Eier- und Farbbeutel-Werfern verfolgt und beworfen.“<sup>736</sup>

„Berlin, FU, 18.11.1976 Am Fachbereich Germanistik werden sämtliche Vorlesungen verhindert, zum Teil gewaltsam. Militante Kommunisten verfolgen eine Assistentin bis in ihr Dienstzimmer und halten sie dort fest. Aus ‚Solidarität‘ mit den Kommunisten im Fachbereich Germanistik findet am Fachbereich Politische Wissenschaft ein eintägiger Lehrboykott statt.“<sup>737</sup>

„Berlin, FU, 25.11.1976 Militante Kommunisten versuchen zum dritten Mal am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, das betriebswirtschaftliche Hauptseminar von Professor Bellinger durch Gewaltanwendung zu verhindern. Wegen der vorhergehenden Störungen wird die Lehrveranstaltung in ein anderes Gebäude der FU verlegt. Die Teilnehmer des Seminars hat man schriftlich verständigt, daß diesmal Einlaßkontrollen anhand der Studentenausweise durchgeführt würden. Trotz der angekündigten Gewalttätigkeiten der Kommunisten nehmen etwa 95 Studenten teil. Kurz nachdem eine Studentin mit ihrem Referat begonnen hat, trommeln von außen etwa 200 Störer gegen die großen Fensterscheiben. Im Raum entsteht solcher Lärm, daß die Referentin sich selbst mit Mikrofon nicht mehr verständlich machen kann. Die Jalousien werden heruntergelassen. Der Lärm wird noch größer, eine der großen Fensterscheiben wird eingeschlagen, die Kommunisten wollen in den Raum eindringen. Polizei verhindert das. Nach fünfzehn Minuten dringen die Kommunisten von einer anderen Seite bis zum Seminarraum vor, trommeln wieder an die Scheiben, das Seminar muß vorübergehend

---

<sup>735</sup> Ebd., S. 6.

<sup>736</sup> Ebd., S. 7.

<sup>737</sup> Ebd.

eingestellt werden. Schließlich gelingt es der Polizei, auch diese Seite des Gebäudes zu räumen. Nun dringen die Kommunisten in das Gebäude selbst ein und versuchen die Türen des Seminarraums aufzubrechen. Nach einiger Zeit räumt die Polizei den Platz vor den Türen. Das Seminar kann noch 45 Minuten ungestört verlaufen. Nach Abschluß verlassen die Studenten das Seminar unter Polizeischutz, die Kommunisten drohen ihnen später Tötlichkeiten an.<sup>738</sup>

„Berlin, FU, 28.11.1976 Um 9 Uhr tagt im Aufenthaltsraum des Fachbereichs Geschichtswissenschaft der ‚Uni-Streikrat‘. Auf Plakaten und Wandinschriften heißt es u.a.: ‚Hängt Möller auf!‘ und ‚Nolte wird liquidiert – Möller kastriert – Miethke entführt – UND DANN wird hier richtig studiert‘. Die genannten Professoren und Assistenten gehören der Liberalen Aktion bzw. der Notgemeinschaft an.“<sup>739</sup>

Die Übergriffe waren zweifellos Auswuchs der von Studenten entfachten Hassreden und des Kokettierens mit Gewalt in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung. Die Vorstellung, es geschehe Ähnliches wie bei der Bedrohung jüdischer Professoren durch NS-Studenten in der Spätphase der Weimarer Republik, konnte sich an dramatischen Einzelfällen fest machen, doch vor allem übersah sie, mit welcher breit anrollenden Macht und gesellschaftlichen Akzeptanz rechte Gruppierungen einst auftraten.<sup>740</sup> Die gewalttätigen Studenten der Bundesrepublik hingegen waren aufs Ganze gesehen isoliert. Die weltanschaulichen Schemen, die sie agitierend bemühten, schärften sich nicht zum Bild eines organisierten Marxismus. Der Vergleich mit dem Staatskommunismus östlicher Provenienz gar zeigte nur die Machtlosigkeit der Aktionen und die zunehmende Einflusslosigkeit der „marxistisch-leninistisch“ sich gerierenden Aktivisten. Aus den dramatischen Schilderungen des BFW spricht daher ein gegenideologischer Furor, wo schlicht von „Kommunisten“ als Tätern die Rede war.

Es kam das Jahr 1977. Und damit, zehn Jahre nach dem Polizeimord an dem Studenten Benno Ohnesorg, der die Studentenbewegung schlagartig verstärkt und vergrößert hatte, die Vollendung der Revision im gesellschaftspolitischen Klima der

---

<sup>738</sup> Ebd., S. 8.

<sup>739</sup> Ebd., S. 9.

<sup>740</sup> Vgl. die Eindrücke des amerikanischen Gast-Professors Paul Mc. Gouldrick von seinem Aufenthalt an Universität Frankfurt, in: FdW Nr. 7,8/1977, S. 4.

Bundesrepublik. Von nun an gerieten Intellektuelle, die das Etikett links trugen, in einen nahezu automatischen Verdacht, politische Gewalt gutzuheißen oder zu bagatellisieren. Systemkritische Stimmen waren in der Defensive. Die Polemik wanderte nach rechts. Das Jahr 1977 ist das Spiegelbild von 1968. Für die Linken ein lähmendes Entsetzen, eine „bleiernde Zeit“<sup>741</sup>, das Ende des Aufbruchs – für den Konservatismus die Vollendung seines Gestaltwandels von einer immobilen Regierungspartei zur polemischen Opposition in selbstbewusster gesellschaftspolitischer Offensive. Diese Zäsur leitet über in den forcierten Konsens, wie ihn die beherrscht herrschende Geschichtspolitik der Ära Helmut Kohl herstellen wollte. 1977: das war der Schrecken eines mörderischen Terrors, der sich unter dem Emblem „Rote Armee Fraktion“ ein quasi-stalinistisches Guerillagepräge zu geben bemühte und der mit palästinensischen Terrorgruppen gemeinsame Sache machte; es war das Erwachen aus der erfahrungslos naiven und unbedacht autoritär gestrickten Revolutionsromantik. Parallel dazu hob eine Welle von konservativen Schimpfreden gegen Intellektuelle an, die sich vor allem der Kritik der Staatsgewalt in den kapitalistischen Wirtschaftssystemen verschrieben hatten. Ihnen wurden nun die von der RAF antikapitalistisch verbrämten Mordaktionen angelastet. Sie galten als die Vordenker des Terrors. Sie wurden Anstifter und „Sympathisanten“ geheißen und wegen „Volksverhetzung“ angeklagt.

Am 7. April 1977 erschossen zwei Attentäter der RAF Generalbundesanwalt Siegfried Buback, seinen Fahrer Wolfgang Göbel und seinen Leibwächter Georg Wurster in Karlsruhe. Sie nannten sich „Kommando Ulrike Meinhof“, nach der Journalistin, die gemeinsam mit Andreas Baader und Gudrun Ensslin Gründerin der RAF gewesen war und sich am 9. Mai 1976 in der Haftanstalt Stuttgart Stammheim das Leben genommen hatte. Genährt durch Baader, Ensslin und den Verteidiger Otto Schily ging die Legende um, Ulrike Meinhof sei durch Polizisten ermordet worden.<sup>742</sup> Das Attentat auf Buback und seine Begleiter stilisierten die Mörder als Racheakt an dem Chefankläger. Es waren nicht die ersten Morde des westdeutschen Terrorismus. 1971 wurden in Hamburg und Kaiserslautern zwei Polizisten erschossen, 1972 ein US-Armeeoffizier in Frankfurt und drei US-Soldaten in Heidelberg getötet. 1974 war der sozialdemokratische Berliner Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann ermordet worden, nachdem kurz zuvor das RAF-Mitglied Holger

<sup>741</sup> Vgl. Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen (3)2001, S. 254ff.

<sup>742</sup> Vgl. Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex (1985). München (10)1998, S. 387ff.

Meins an den Folgen eines Hungerstreiks in der Haft gestorben war. Im April 1975 hatten sechs Bewaffnete die deutsche Botschaft in Stockholm überfallen, Geiseln genommen, den Militärattaché von Mirbach und den Wirtschaftsattaché Hillegart „hingerichtet“. Das Jahr 1977 wurde zum Kulminationspunkt dieser Entwicklung. Aufsehen erregte die brutale Ausdrucksweise, mit der linke Studentengruppen auf den Tod Bubacks reagierten. An der TU Braunschweig wurde von einer „Galionsfigur der politischen Repression“ gesprochen, die daran gehindert worden sei, ihre „dreckigen Geschäfte“ fortzuführen. In einem Flugblatt des „Kommunistischen Bundes“ in Frankfurt hieß es unter der Überschrift „Wir trauern um ein großes Schwein“, ob man sich denn „die Freude über den Tod des Herrn B. verbieten lassen“ wolle. Dort kam es auch zur Drohung, politische Gegner zu „bubacken“.<sup>743</sup> Die größte Verbreitung fand der freilich weitaus differenziertere Artikel, der am 25. April unter dem Pseudonym „Ein Göttinger Mescalero“ in der Studentenzeitung „göttinger nachrichten“ erschien. Die gestellte und gekünstelte Gangstersprache dieses Textes, die das Leben eines Menschen entwertete, versetzte nahezu die gesamte Öffentlichkeit in Alarm. Der Autor, das waren die meistzitierten Passagen, sprach von seiner „klammheimlichen Freude“ und über sein „innere[s] Händereiben“ angesichts der Tat. Er kam aber bei allen gewundenen Gedanken über erlaubte Gewalt immerhin zu dem Schluss, dass eine „Gesellschaft ohne Terror und Gewalt“ das Ziel sei und dass „Linke keine Killer, keine Brutalos, keine Vergewaltiger“ sein dürften. Dies nahmen die erzürnten Erwiderungen etwa des Berliner Wissenschaftssenators Peter Glotz, des Kommentators Friedrich Karl Fromme in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder des Bundesjustizministers Hans-Jochen Vogel nicht mehr wahr.

„Mescalero“ wurde zum Synonym für verdruckstes, hämisches Sympathisantentum. Als eine Herausgebergruppe von 48 Hochschullehrern – unter ihnen der Sozialpsychologieprofessor Peter Brückner aus Hannover, der Ulrike Meinhof nach ihrem Abtauchen in die Illegalität eine Übernachtungsmöglichkeit gewährt hatte – den Text noch einmal in voller Länge veröffentlichte, um die Verkürzungen zu verdeutlichen, kam es zur Anklage durch die Staatsanwaltschaften in Berlin, Bremen, Oldenburg, Hamburg und Bielefeld, die noch durch den Bundesjustiz- und den Bundesinnenminister unterstützt wurden. Die Angeklagten wurden zwei Jahre später von den Vorwürfen der „Volksverhetzung“, der „Staatsverunglimpfung“ und der „Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener“ zwar frei gesprochen. Am öffentlichen und poli-

---

<sup>743</sup> Vgl. FdW Nr. 7,8/1977, S. 4 und 5.

tischen Druck änderte es nichts. Die niedersächsische Landesregierung suspendierte Peter Brückner vom Dienst und erteilte ihm Hausverbot an seiner Hochschule.<sup>744</sup>

Der Bund Freiheit der Wissenschaft begann nun, all diejenigen Universitätsangehörigen, Politiker, Pfarrer, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Verleger, Lektoren, Journalisten für den Terror verantwortlich zu machen, die seit 1968 um Verständnis für die Studentenbewegung geworben oder vor Hysterie in der Auseinandersetzung mit der Baader-Meinhof-Gruppe gewarnt hatten. Das breite Panorama derer, die ihre Hände zu Unrecht in Unschuld wuschen, sollte demzufolge Heinrich Böll ebenso wie Herbert Wehner oder Willy Brandt umfassen.

„Wer erinnert sich noch, wie alles anfing? Mit den kleinen Rechtsbrüchen begann es (in Universitäten, auf der Straße, auch in Schulen), – vielmehr mit ihrer Duldung, mit diesem jämmerlichen, feigen Wegsehen, Beiseiteschieben, Herunterspielen – immer und immer wieder. Man war ja liberal, man wollte ja nichts ‚emotionalisieren‘, man wollte ja keine ‚Eskalation‘. Bis ‚Eskalationsvermeidung‘ zu einem Tarnwort für das Hinnehmen von Gesetzesbruch und Hohn auf die Rechtsordnung wurde.“<sup>745</sup>

Kurze Zeit später, am 30. Juli 1977, erschoss die RAF bei einem missglückten Entführungsversuch den Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seinem Haus bei Frankfurt. Susanne Albrecht, deren Pate Ponto war, hatte den Einlass der Mörder ermöglicht.

Am 5. September entführte ein weiteres Kommando den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Verbandes der Arbeitgeber, Hanns Martin Schleyer. Der Fahrer und drei Sicherheitsbeamte wurden getötet. Um die Person Schleyers rankte sich die Vermutung, er sei wegen seiner SS-Vergangenheit als Opfer ausgewählt worden. Tatsächlich war Schleyer ein überzeugter Antisemit und Nationalsozialist gewesen, der 1933 im Alter von 18 Jahren der SS beitrug. Er diente seit 1941 dem militärisch-wirtschaftlichen Komplex der Besatzungsverwaltung in der Tschechoslowakei, wo er die systematische Enteignung, Deportation und Zwangsarbeit in einem Zentrum der Rüstungsindustrie zu organisieren half. Nach

---

<sup>744</sup> Vgl. zur so genannten „Mescalero-Affäre“ die Darstellung eines der Anwälte der Angeklagten Professoren, Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht. 1975-1995. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts. Berlin 1999, S. 85-102. Dort auch die Zitate aus dem Mescalero-Artikel.

<sup>745</sup> Peter Meier: Die Zeit der Schuldlosen. In: FdW Nr. 7,8/1977, S. 3.

drei Jahren Entnazifizierungshaft machte er ab 1950 Karriere bis zum Personalvorstand von Mercedes-Benz, wo er im Zentrum der Tarifkonflikte stand und schroff die Gewerkschaftsforderungen zurückwies.<sup>746</sup> Die Terroristen waren aber offenbar der irrigen Meinung, eine Schlüsselperson des westdeutschen staatlich-kapitalistischen Systems in der Hand zu haben, die nahezu unbegrenzte Macht in Bonn ausüben könne. Die Entführer erschossen Schleyer, nachdem der Versuch gescheitert war, mit Hilfe seiner Geiselnahme und einer von Palästinensern entführten Lufthansa-Maschine die RAF-Häftlinge frei zu pressen. Wächter fanden Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin nach der Flugzeugbefreiung am 18. Oktober tot in ihren Stammheimer Zellen auf. Spekuliert wurde, wie etwa Schusswaffen in den schwer bewachten Zellentrakt gekommen sein konnten. Mitglieder der RAF setzten wider besseres Wissen die Mord-Legende in die Welt, um die geplante und abgesprochene Selbsttötung, die aus einer extrem angespannten und selbstzerstörerischen psychischen Verfassung heraus geschah, zu Menetekeln des „politischen Kampfes“ zu stilisieren.<sup>747</sup>

Im „Deutschen Herbst“ steigerten sich wie nie zuvor die Attacken gegen radikal-liberale Gesellschaftskritiker, die die Institutionen der Bundesrepublik ablehnten. Diese Intellektuellen rangen mit der Erfahrung des NS-Regimes einschließlich seiner in die Nachkriegslandschaft hinüber gewanderten Funktionäre. Sie hatten die Gräuel des französischen Kolonialkrieges in Algerien und des postkolonialen amerikanischen Krieges in Vietnam vor Augen. Sie sahen parafaschistische Polizeistaaten in Spanien, Portugal, Griechenland, Lateinamerika, Afrika oder im Nahen Osten, die als antikommunistische Bastionen in die Weltpolitik des Westens eingebunden worden waren. Ihre Verweigerung entsprang einem historischen ebenso wie einem globalen politischen Bewusstsein und traf auch dort die Bundesrepublik, wo deren Regierung unmittelbar keinen Einfluss ausübte. Diese grundsätzliche Staatskritik denunzierte der Bund Freiheit der Wissenschaft nun als geistigen Terrorismus. Und diese politische Abfertigung erschien in der Öffentlichkeit nur einer Minderheit noch als ungerecht, den meisten indes plausibel. Wie nie fand die seit 1968 sich formierende konservative Gegenbewegung das Gehör einer breiten publizistischen Szene, die auf den Schock des Blutvergießens reagierte. Nach den sechs Monaten, in denen die

---

<sup>746</sup> Vgl. Lutz Hachmeister: Schleyer. Eine deutsche Geschichte. München 2004.

<sup>747</sup> So die überzeugende, detaillierte Darstellung von Stefan Aust: Der Baader-Meinhof-Komplex, S. 632ff.

RAF Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Hanns-Martin Schleyer ermordet hatte, standen viele Intellektuelle vor den Scherben ihrer Absichten. Sie hatten als junge Wissenschaftler, als Assistenten und neu berufene Professoren das Pathos der Negation in der Frankfurter Schule aufgenommen, das zugleich voller großer Erwartungen eines vollkommeneren Menschseins war. Von den gewalttrunkenen linken Gruppen als lauwarme Liberale verachtet, von Konservativen und von regierungsnahen Sozialdemokraten als Brandstifter beschimpft, in der Gewissheit, missverstanden, unverstanden zwischen den Fronten eingeklemt zu sein, hatten sie einen Großteil ihrer Wirksamkeit eingebüßt. Für sie wie für ihre rechten Opponenten war es ein klar erkannter Umschwung. Die kämpferisch konservativen Vorreiter dieser antikritischen Wende wussten um ihren Erfolg. Noch in ihrer Klage über den Terror sprachen sich Erleichterung aus und Zuversicht.

„Es ist schlimm“, schrieb der Chefredakteur der BFW-Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“, Hartmut Hentschel, nach der Entführung Schleyers. „Zugleich möchte man jedoch aufatmen und sagen: ‚Endlich einmal.‘“ Er gab dem befriedigenden Gefühl Ausdruck, im Recht gewesen zu sein über das, was die Studentenbewegung im Kern immer bezweckt habe, und über die Notwendigkeit, sie ohne falsche Rücksichtnahme zu bekämpfen: „Ohne die Politik des systematischen Nichtbeachtens, des Gewährenlassens wäre der gewalttätige Extremismus an den Hochschulen nicht zu dem geworden, was er heute ist: zum Ursprung und Rekrutierungsfeld des deutschen Terrorismus.“ In einer Randglosse, die sein Editorial flankierte, hieß es dazu: „Die Mehrzahl der in deutschen Gefängnissen einsitzenden Terroristen, deren Entlassung die Schleyer-Entführer erpressen wollen, waren ‚Kämpfer‘ der außerparlamentarischen Opposition z.Z. der sog. Studentenrevolte in den Jahren 1967/1968.“ Hentschel sprach abschätzig über diejenigen, die den Mescalero-Artikel gegen verkürzte Wahrnehmung verteidigt hatten. Die Wut steigerte sich. Hier nun tauchte entschärft und doch erkennbar die Assoziation vom linken „Abschaum“ auf.

„Es ist schaurig, mitanzusehen, wie schnell und mit welchem öffentlichen Spektakel aus Furcht vor dem zutreffenden Urteil des Bürgers sie alle ihr Fähnlein neu in den Wind recken; natürlich ohne zu versäumen, den warnenden Zeigefinger trotzdem gegen unseren Staat zu richten, mit dessen freiheitlicher Verfassung und den ihn tragenden Demokraten sie sich offensichtlich doch nicht anfreunden können. Es ist makaber, mitanzuschauen, wer heute zu sich selbst und

seiner den Extremismus fördernden Vergangenheit auf Distanz geht. Und wieder sieht es so aus, als kröche die deutsche Publizistik diesen ‚Denkern‘ neu auf den Leim. Wir merken nicht, daß es Schaum ist, der immer oben schwimmt.“<sup>748</sup>

In einer BFW-Erklärung zum Thema „Hochschule und Terrorismus“, die Hartmut Hentschel, der Bonner Universitätsrektor Hatto H. Schmitt und Erwin K. Scheuch am 29. September 1977 auf einer Pressekonferenz in Bonn präsentierten, wurde kühler formuliert. „Nicht jeder“, hieß es, „der infolge persönlicher Fehleinschätzung der Lage den Terrorismus gefördert hat, kann von seinen Kritikern unter die Sympathisanten eingereiht werden.“ Man müsse sich auf diejenigen Gegner konzentrieren, „die sich offen oder hinter zynischen Formeln und Wortspielereien versteckt zum Terrorismus bekennen.“ Gefordert wurde aber ein Offenbarungseid. Ein jeder, der im öffentlichen Leben stehe, solle seine Gesinnung erklären, gegebenenfalls „aus seinem früheren Fehlverhalten Konsequenzen ziehen und für die Öffentlichkeit Klarheit bezüglich seines Standortes schaffen.“<sup>749</sup> Der politische Rechtfertigungsdruck hatte sich umgekehrt. Bußfertigkeit wurde nun von denen verlangt, die als linke Gesinnungsstraftäter galten. Zwischen Gewaltbefürwortern und Gesellschaftskritikern differenzierten die Autoren der Erklärung. Sie rieten zur Zurückhaltung. Dennoch blieb die Verschmelzung beider Gruppen der alles bestimmende Zug des konservativen Protests. Bei individuellen Stimmen aus dem Kreis des BFW drang ein Zorn in den Vordergrund, der die Generalabrechnung suchte und in der Differenzierung die Verharmlosung sah. Thomas Nipperdey zählte zu diesen Zornigen, die den Vorwurf erhoben, „Mordgeruch und Komplizenschaft“ seien in die „sinnvermittelnden Institutionen“ der Gesellschaft eingezogen, „Medien, Schulen, Hochschulen“ seien „von dem, was den Terror ermöglicht, infiziert“:

„Keine Gesellschaft ist gegen den Terrorismus gefeit, gegen ihre absoluten Feinde, die sie vernichten wollen, und denen jedes Mittel dazu recht ist. Keine Gesellschaft, die wir frei nennen, ist dagegen gefeit, daß es Leute gibt, die die Terroristen unterstützen, decken, entschuldigen, verharmlosen, die ihnen ihre Stichworte liefern, Intellektuelle, professionelle Nonkonformisten zumeist, die man als Einzelgänger, als Narren, als Extremisten bezeichnen kann. Zur politisch-moralischen Verantwortung einer Gesellschaft und ihrer intellektuellen wie

---

<sup>748</sup> FdW Nr. 9/1977, S. 2.



politischen Führung gehört es, ob diese Sympathisanten mehr als Einzelgänger sind, ob es viele sind, ob sie Einfluß besitzen, ob sie institutionelle Bastionen haben, ob es ein geistig-politisches Klima gibt, aus dem Sympathisanten und Terrorismus hervorwachsen.“<sup>750</sup>

Nipperdey bejahte diese Fragen. Permanent werde „unser Staat und unsere Gesellschaft infragegestellt und diffamiert“. Die „Demoralisierung unseres öffentlichen Bewußtseins oder unserer jungen Generation“, die „Prämiierung und institutionelle Absicherung der Feinde unseres Systems“ führte er ganz wesentlich auf den Wurzelgrund der Hochschulreform zurück. Die an den Hochschulen eingeführte Mitbestimmung habe „zweifellos die extreme Linke, die Sympathisanten auch des Terrorismus“ begünstigt. „Die studentischen Sympathisanten an den Universitäten“, schrieb er, „werden in ihrer Systemfeindschaft von genügend Universitätslehrern bestätigt, Lehrer aber, die erst durch die staatlich verordnete Machtergreifung der ‚Neuen Linken‘, denn das war das Mitbestimmungsmodell an vielen Hochschulen, zu Lehrern wurden.“ Nicht gegen die Terroristen wendete Nipperdey seinen Angriff, sondern gegen die „Menge derer, die davor entsetzt zurückschrecken und doch täglich Haß gegen unsere Lebensform säen oder die Argumente zur Rechtfertigung solchen Hasses bereitstellen“, denn „die sind es, auf die es ankommt. Wir müssen weiter mit ihnen leben. Sie werden uns weiter Sympathisanten erziehen.“ Er schloss mit dem politischen Credo, dass die Situation an den Hochschulen die „geistig-moralischen Grundlagen unseres gemeinsamen Lebens“ berühre. „Noch kann man daraus etwas lernen.“<sup>751</sup>

Andere gingen weiter als Nipperdey. Sie riefen den Staatsnotstand herbei. Sie forderten, dass man nun „ernst machen“ müsse. „Nun haben wir es geschafft“, polemisierte Peter Meier neben Nipperdey in der Zeitschrift „Freiheit der Wissenschaft“: „Nun haben wir uns endgültig emanzipiert.“ Die Republik habe vor dem Terror die weiße Fahne gehisst. „Man kann gar nicht so viel fressen, wie man kotzen möchte.“

„Nun, da zwischen Tod und Tod zu wählen ist, nun erkennt man vielleicht endlich, daß man ernst machen muß in und mit diesem Staat. Das Furchtbare ist, und man muß es aussprechen: Der Mensch kann sehr lange mit sehr wenig Frei-

---

<sup>749</sup> Ebd., S. 3.

<sup>750</sup> Ebd., S. 5: „Ponto und die Hochschulreform“.

<sup>751</sup> Ebd., S. 11.

heit und sehr rigider Ordnung leben, aber mit totaler Freiheit und ohne Ordnung kann er nicht leben. Die rechte Zuordnung ist – schuldhaft – versäumt worden.

Man muß endlich mit dem Als-ob aufhören. In jeder Hinsicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat es mit dem Als-ob versucht, in der Innen-, der Deutschland-, der Ostpolitik, in Europa, in den Schulen, in den Universitäten – überall. Rien ne va plus. Man hat sein Spiel gemacht. Jetzt ist es todernst.<sup>752</sup>

Atomwaffen, Notstandsgesetze, die Würde des Staates, „Gegner, Feindschaft, Schicksal, Geschichte, Kampf und Selbstbehauptung“ – alles dies solle nun wieder in eine erneuerte deutsche Identität einfließen. „Das wäre eine Emanzipation von Libertinage, und deshalb kommt es nicht“<sup>753</sup>, schrieb Meier. „Aus der Gesellschaft, von unten nach oben, kommt alles Mögliche, auch das Niedrige, Gemeine, Selbstsüchtige, Kranke. Hier muß der Pluralismus enden, oder der Staat und mit ihm Freiheit und Recht (ver-) enden.“<sup>754</sup> Polizei und Soldaten würden sich lieber „verkümmeln“, wenn es ernst wird.

„Die nächsten Jahre müssen, nach einer Orgie der Kritik, Zeiten der Affirmation werden, der Zustimmung zu unserem Volk und diesem Staat, und der Annahme seines Daseins in einer geschichtlich gefährdeten Welt.“<sup>755</sup>

Diese Forderung übersetzte Meier in die „Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft, das gesetzliche Verbot von Streik und Boykott für Lehrende wie Lernende, die Aberkennung des Grundrechts der Lehrfreiheit“ für alle der Verfassungsuntreue schuldigen Hochschullehrer. „Computer müssen vereinheitlicht, Waffen verbessert, (föderative) Gesetzeshemmnisse abgebaut, Planstellen vermehrt werden“, damit endlich geschehe, was bislang versäumt worden sei.

„Man hätte der eigenen Lebensform eine mutige, würdige, historische Letztentschlossenheit zum Kampf zusprechen müssen. Man hätte sich erst eigentlich konstituiert und definiert. Das aber wagt man nicht mehr. Und das ist das Zeichen der Dekadenz.“<sup>756</sup>

---

<sup>752</sup> Peter Meier: Der Ernstfall ist da. Ebd., S. 6-11 (6).

<sup>753</sup> Ebd., S. 7.

<sup>754</sup> Ebd., S. 7f.

<sup>755</sup> Ebd., S. 10.

<sup>756</sup> Ebd., S. 11.

Abschließend verwendete auch Meier die Möglichkeitsform für Deutschlands Wiederaufstieg, der er als beinahe vollkommen unwahrscheinlich, aber gerade deshalb so wünschenswert skizzierte, ganz wie es in vielen anderen konservativen Schriften der 70er Jahre enthalten ist: Die Lage sollte sich grundlegend ändern. „Daß sie sich wendet, dazu haben wir nicht viel Hoffnung, nur stetigen Arbeitswillen und ein gebotenes ‚Dennoch‘!“

*b) Hans Maier: Die psychologische Hypothek des Dritten Reiches – Defensive der Staatsgewalt und raffinierte Ausnützung antideutscher Klischees*

Als Hans Maier im Dezember 1970 von Franz-Josef Strauß zum Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus ernannt wurde, begann er seine politische Karriere „als Nothelfer“: „Die CSU hatte mit der Besetzung des Kulturressorts ihre liebe Not. Denn 1970 sollte der zuständige Minister nicht nur eine Ahnung von den schönen Künsten haben, sondern auch das Zeug, revoltierende Studenten zu zähmen.“<sup>757</sup> Passend dafür erschien der Schüler Arnold Bergstraessers, der an der Universität Freiburg 1957, nach Staatsexamen und Tätigkeit im Schuldienst, „Herkunft und geistige Grundlagen der christlich-demokratischen Parteien Europas“ untersuchte<sup>758</sup> und mit einer Arbeit über das Entstehen der christlichen Demokratielehre im nachrevolutionären Frankreich promoviert, 1962 mit einer Studie über die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, die „Polizeiwissenschaft“ verstanden als „umfassende Lehre von der inneren Ordnung des Gemeinwesens“, habilitiert wurde<sup>759</sup> und im selben Jahr als ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft an die Universität München gekommen war<sup>760</sup>. Der Politologe hatte „mit dem Quellenforschungseifer des Historikers, der Genauigkeitswut des altmodischen Philologen“ gearbeitet; der Politiker sollte nun dem „Egalisierungswahn der linken Ideologen“

<sup>757</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juni 2001, S. 9.

<sup>758</sup> Hans Maier: Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie 1789-1850. Freiburg i.Br. 1959, S. 7.

<sup>759</sup> Vgl. Hans Maier: Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Wissenschaft in Deutschland. Neuwied a.Rh. 1966, S. 13ff. (17). Das Buch erschien als Band 13 in der von Wilhelm Hennis herausgegebenen Reihe „Politica“.

<sup>760</sup> Vgl. Munzinger/Internationales Biographisches Archiv 52/1999.

trotzen.<sup>761</sup> In seiner Habilitation hatte er es unternommen, am alten Ordnungsbegriff der „Polizei“ die Gemeinwohlvorstellungen des Absolutismus zu rekonstruieren. „Es ist klar“, schrieb er dort, „wer Freiheit im Sinne radikaler Emanzipation verstand wie ein Teil des Frühliberalismus, konnte zum älteren Staat und seiner ‚guten Polizei‘ kein inneres Verhältnis finden.“ Und: „Die Zeit des aufgeklärten Absolutismus wurde als Polizeistaat ideologisiert und in ein antithetisches Verhältnis zur Gegenwart gebracht; Polizei- und Rechtsstaat standen einander als zwei verschiedene Staatsideen gegenüber.“<sup>762</sup> Die politisch libertäre Kritik relativierte er und gab zu bedenken, dass „die ältere, ‚Polizei und Recht‘ verbindende Tradition“ eine Linie zum Wohlfahrtsgedanken des modernen Sozialstaats bilde.<sup>763</sup> Maier betonte diesen Zusammenhang. Rechtsstaat und soziale Demokratie seien aufeinander angewiesen. Staatliche Autorität, Ordnung und Fürsorge bildeten eine Einheit. Er leitete seine Orientierungen aus weit zurückreichenden Zeiten her und beklagte die „Abwesenheit der Geschichte“ in der Gegenwart. Ein „Vergessenwollen“ herrsche vor, denn die Vergangenheit werde als eine „Last“ betrachtet, „die man möglichst bald loswerden will“. Schematisierungen, schnelle, ungeduldige, kausale Zugriffe ersetzen die „Fähigkeit zur inneren Vergegenwärtigung, zum schöpferischen Nachinszenieren geschichtlicher Vorgänge“. „Wir Deutsche sind dabei in einer besonders kritischen Lage“, schrieb er 1970. „Wer aus der heutigen politischen Verfassung austritt und zurückwandert in die jüngste Geschichte, der stürzt zunächst in den erschreckenden Abgrund der zwölf Jahre des Dritten Reiches, in einen tiefen Schacht, der nicht wie ein Teil der nationalen Tradition erscheint, sondern wie ein Einbruch in sie“, und schwankend, umstritten sei auch die „Erste Republik“. „Wo also, wenn er nicht in die romantische Ferne des längst verschwundenen Kaiserreiches ausweichen will, soll der Zeitgenosse sein politisch-historisches Standquartier aufschlagen, wo soll er sich einwurzeln in dieser so zerrissenen, von Abstürzen und Einbrüchen gezeichneten Tradition?“ Die Nation falle als „Richtpunkt des historischen Urteils“ aus. Es vollziehe sich ein „ausgedehnter Abbau und Umbau des historischen Instrumentariums, ein Neudenken der Begriffe, das vieles an unserm überlieferten Geschichtsbild verändert und noch verändern wird“. Hans Maier bemerkte all das in einem von Polemik freien, nachdenklichen Ton. Er sprach halb ernst, halb ironisch herausfordernd

---

<sup>761</sup> Renate Schostack: Befriedigte Sinnbedürfnisse. Entspannt und entschieden: Hans Maier, dem Wahlbayer aus Baden, zum siebzigsten Geburtstag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Juni 2001, S. 51.

<sup>762</sup> Maier: Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, S. 27.

<sup>763</sup> Ebd., S. 313.

vom begreiflichen Verzicht vieler angepasst wendigen Menschen auf die „gefährliche Fracht der Erinnerung“. Er wünschte sich, „daß die gegenwärtige Krise der Historie nicht ihr Ende, sondern die Vorgeschichte eines neuen Anfangs sei.“<sup>764</sup>

Maier war es, der in seinem ersten Amtsjahr als Minister auf Vorschlag der Philosophischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität Thomas Nipperdey auf den Lehrstuhl für neuere Geschichte nach München berief. Beide waren sich, was den Zählungsauftrag des Historikers dem unruhigen Zeitgeist gegenüber anging, nicht nur in Grundsätzen einig, sie hatten auch mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft dasselbe Instrument gewählt, um diesem Ziel über den Hörsaal hinaus Geltung zu verschaffen. Hans Maier konnte indes Hochschulpolitik nun ohne den Umweg einer Lobbygruppe umsetzen: Er sicherte 1972 in der Satzung der neu gegründeten Universität Augsburg und ein Jahr darauf im bayerischen Hochschulgesetz die Stimmenmehrheit der Professoren in den Hochschulgremien. Er drängte mit der vom ihm erlassenen Schulordnung die politische Betätigung der Schüler zurück. Seit Oktober 1973 war er CSU-Mitglied. Doch darüber hinaus blieb er auch als Redner und Publizist und nicht zuletzt von 1976 an als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken an der Interpretation der gesellschaftlichen Konflikte im Ganzen beteiligt.

Vor der Vollversammlung des Zentralkomitees gab Maier am 11. November 1977 einen „Lagebericht“ ab, der Aufsehen erregte. Denn auch er, der für die staatliche Exekutive zu sprechen beanspruchen konnte, sah den „Ernstfall“ gekommen und rief Bürger und Regierung dazu auf, die „Bequemlichkeit“ abzulegen und die „bedrückliche Praxisschwäche der Autoritäten“ zu überwinden.<sup>765</sup> Das Bild der Lage, das er zeichnete, war überaus dramatisch. Die RAF sei ein Gegner, dem die staatlichen Zwangsmittel der Bundesrepublik nicht gewachsen seien. Es herrschte, Maiers Worten zufolge, ein neuartiger Kriegszustand:

„Der offene Terror zum äußersten entschlossener Täter äußert sich nicht mehr in Schüben und Stößen, in einzelnen Gewaltaktionen, er scheint zum dauernden Begleiter unseres staatlichen Lebens zu werden. Und dies nicht in den alten, vergleichsweise klassischen Formen des Krieges oder Bürgerkrieges oder des Auf-

---

<sup>764</sup> Hans Maier: Die Abwesenheit der Geschichte. In: GWU 21 (1970), S. 261-274 (263, 266, 268, 271, 273, 274).

<sup>765</sup> Hans Maier: Der neue Terrorismus (Lagebericht vor der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 11. November 1977). In: Ders.: Stellungnahmen. Reden – Vorträge – Interviews. München 1978, S. 26-30 (26,27,29).

treten paramilitärischer Verbände (wie in der Weimarer Republik), sondern in Gestalt spektakulärer staatsstreichartiger Unternehmungen der Entführung und Geiselnahme, der Tötung und Erpressung, geplant und ausgeführt von unsichtbar bleibenden Kommandos, in einer ständig sich steigernden Spirale des Schreckens, mit dem Ziel allgemeiner Lähmung und Einschüchterung.

[...] Der Bürger ist verunsichert, denn die Täter scheinen über Material, Schlupfwinkel, Sympathisanten und ein logistisches System der Planung und Verhüllung zu verfügen, dem der Staat, zumindest vorläufig, nicht gewachsen ist.<sup>766</sup>

Als „wichtigste Lehre aus der jüngsten Zuspitzung“ bezeichnete Maier „die notwendige Gewöhnung der Bürger, aber auch der Regierung an den Ernstfall“. Mehrfach betonte er die Perfektion, die Sorgfalt, die Intelligenz des Terrors, dadurch jedem Einwand, es sei keine wirklich existenzerschütternde Gefahr vorhanden, mit der wiederholten Behauptung begegnend, die Terroristen übten den Staatsstreich mit einer Entschlossenheit aus, hinter der auch der Staat nicht zurückbleiben dürfe. Maier ging es um die Organisation einer zupackenden „staatlichen Gegenwehr“. Mit diesem Interesse suchte er Antworten auf die Frage, warum die Bundesrepublik, wie er meinte, bislang so halbherzig, zögernd und illusionär auf die Herausforderung der RAF reagiert hatte.

Zunächst lag sein Augenmerk auf der Anatomie des Terrors, eine „internationale Zusammenarbeit unter raffinierter Ausnützung antideutscher Klischees“.<sup>767</sup> Er sprach die Folgen des Nationalsozialismus an. Er verknüpfte die politische Aktualität, welche die NS-Verbrechen im Streit um die Lehren der Geschichte bekommen hatten, die Aufmerksamkeit, die sie gerade im Ausland immer wieder erregten, mit der Schwäche Westdeutschlands angesichts der terroristischen Gefahr. „Die Bewegung“, argumentierte er, „agiert in einem Land (Italien und Japan sind Parallelen), in dem staatliche Gewalt sich – nach Krieg und Drittem Reich – nur mit vorsichtiger Diskretion zu äußern pflegt.“ Die Terroristen rechneten mit dieser Zurückhaltung und damit, „daß sich im Ausland antideutsche Gefühle mobilisieren und Freiheits- und Asyltraditionen in Anspruch nehmen“ ließen. Deshalb empfahl er: „Staatliche Gegen-

---

<sup>766</sup> Ebd., S. 26.

<sup>767</sup> Ebd., S. 27.

wehr muß zunächst die psychologischen Hypotheken abbauen, die die öffentliche Gewalt gegenüber dem Terror lange Zeit in die Defensive gedrängt haben.“<sup>768</sup>

Die vergangenheitspolitischen Hemmungen der Deutschen sollten fallen gelassen werden. Einen Zusammenhang zwischen dem nationalsozialistischen Erbe und der RAF sahen 1977 auch externe Beobachter wie der Soziologe Norbert Elias. Geboren im Breslau des deutschen Kaiserreichs, zwischen 1924 und 1933 an den Universitäten Heidelberg und Frankfurt lehrend, gehörte Elias zum Kreis derer, die ihrer jüdischen Abstammung wegen ins angelsächsische Exil gezwungen wurden. Über den westdeutschen Terrorismus schrieb er, dieser habe Bruchstellen sichtbar gemacht, die auf das NS-Regime zurückgingen, da es nach 1945 keine Selbstprüfung der deutschen Führungsschichten und keine Klarheit des Neuanfangs gegeben habe. Die Entfremdung der jüngeren Generation von der Bundesrepublik sei mit „oppressiven Gesetzen“ gegen Marxisten beantwortet worden, da „geduldiges Ansichhalten, Mäßigung, Humanität und besonders Verständnis für Menschen, die anderer Meinung sind“ nur selten zu den starken Seiten der deutschen Eliten gehörten.<sup>769</sup> Solche in der Erinnerung an 1933 aus der Distanz erneuerten Vorwürfe gegen vermeintlich typisch deutsche obrigkeitliche Reflexe trugen zum nunmehr wütenden konservativen Protest in der Bundesrepublik bei. Kritik und Kriminalität wurden dabei in einem Atemzug genannt. So ist es zu erklären, dass Hans Maier vorwurfsvoll, tief gekränkt und bitter fordernd auch an das Ausland appellierte, einer neuen nationalen Fähigkeit der Deutschen zu erzieherischer Autorität und zum staatlichen Gewalteinsatz nicht im Wege zu stehen.

„Als Deutsche mußten wir in den vergangenen Monaten feststellen, daß wir nicht nur in unserem geistigen Kampf gegen den Terror und sein verzweigtes Umfeld allein gelassen wurden, sondern daß wir in manchen Ländern in Verkehrung aller Tatsachen geradezu einer Welle von böswilliger Verleumdung, Hetze und Gewaltkriminalität gegen Deutsche gegenüberstanden. Wir haben das sehr genau registriert, und es hat uns nachdenklich gestimmt. Aber auch hier gilt es, bei allem Zorn nüchtern zu bleiben, im Urteil genau abzuwägen und sich um keinen Preis in die Vorstellung hineintreiben zu lassen, wir seien von einer Welt von Feinden umgeben. Wir können viel ertragen. Die Frage ist nur, was solche un-

---

<sup>768</sup> Ebd., S. 28.

<sup>769</sup> Norbert Elias: Gedanken über die Bundesrepublik (1977/78). In: Ders.: Studien über die Deutschen. Hgg. v. Michael Schröter. Frankfurt a.M. 1989, S. 519-552 (526f.).

kontrollierten Exzesse und planmäßig gesteuerten Kampagnen auf die Dauer für die Verständigung der Völker und für die Einheit Europas bedeuten. Hier liegt unsere große Sorge. Und aus dieser Sorge heraus bitten wir unsere Brüder und Schwestern im Ausland, bitten wir die Kirchen dort und ihre Repräsentanten, daß sie dem politischen Nihilismus, der sich antideutscher Gefühle bedient und die deutsche Demokratie verleumdet, eine klare Absage zu erteilen.“<sup>770</sup>

Das Ende seiner Rede schwankte zwischen drohendem Unterton und zur Schau gestellter Affektkontrolle. Er verlangte Gerechtigkeit für Deutschland. Die Geste des Nationalstolzes entsprang dabei einer Opferperspektive: Die Bundesrepublik werde zum Opfer ihrer Vorgeschichte gemacht. Und sie werde gleichermaßen von denen geißelt, die sie mit einer „wertfreien, gefühl- und skrupellosen Intelligenz“<sup>771</sup> terrorisierten, wie von denen, die für deutschlandfeindliche Emotionen empfänglich sind. Was Hans Maier artikulierte, ging über die Frage der RAF hinaus. Er klagte den anklägerischen Geschichtsbezug im Urteil über Deutschland an. Er forderte, es müsse um des Völkerfriedens in Europa willen Schluss sein mit der Instrumentalisierung des Dritten Reiches für eine Verneinung und Schwächung des gegenwärtigen deutschen Staates. Dies war nach außen gerichtet gegen eine geistige Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition. Es war jedoch vor allem disziplinierend nach innen gesagt.

In einem Interview im Zweiten Deutschen Fernsehen, das als Reaktion auf den Vortrag vor dem Zentralkomitee der Katholiken geführt wurde, antwortete Hans Maier auf die Frage was zu tun sei, es müsse der deutsche Selbstzweifel und mit ihm die „Verwöhnungsgesellschaft“ überwunden werden. Er verlangte einen neuen „Mut zum Erziehen“. Eine neue Härte gegen die junge Generation klang an, um ihre „Einwurzelung“ zu vollziehen. Dieses Bild hält das Moment der für notwendig erachteten Freiheitsbeschränkung fest. Die seit den 60er Jahren dem staatlich-nationalen Gehorsam Entlaufenen sollten wieder eingefangen und gewissermaßen wieder eingetopft werden im Gefäß der vordefinierten Identität. Die Aufgabe des Einwurzelns beginne mit der „Erziehung der Erzieher“. Man könne nicht erwarten, „daß eine junge Generation den Erziehern folgt, die selber unsicher und zweifelnd an sich selbst geworden sind.“<sup>772</sup>

---

<sup>770</sup> Maier: Der neue Terrorismus, S. 30.

<sup>771</sup> Ebd., S. 27.

<sup>772</sup> ZDF-Interview mit Michael Albus am 7. Dezember 1977. In: Maier: Stellungnahmen, S. 31-40 (39).



#### 4. Defensive der Kritik im Wendefeld nationaler Renaissanceerwartung

Hans Maier meinte den konservativen Selbstzweifel nach 1945. Diesen wollte er überwunden wissen zugunsten einer machtpolitisch robusten Nationalbesinnung. Zweifel an sich selbst kennzeichneten aber mittlerweile vor allem den kritischen Teil der Linken. Wie die Reaktion auf den stalinistischen Terror die westeuropäischen Kommunisten in den 50er Jahren gelähmt hatte, so wie viele damals vom Glauben an die leninistische Lehre abfielen und sich vehement gegen den gesamten Marxismus stellten, so wiederholte sich der innere Bruch in kleinerem Maßstab bei den unorthodoxen neuen Linken in den 70er Jahren. Die kritische Bewegung trat unter dem Druck der Ereignisse in neuen Konstellationen von Resignation und Revision auseinander. Einkehr, Selbstbefragung, Zukunftspessimismus kennzeichneten die Suche nach verlorenen Gewissheiten. Die neue Verunsicherung wog bleischwer für viele. Denn viele hatten aus der Abkehr von Staat und Nation ihre urteilsleitende Denkpersönlichkeit gebildet. Nach 1977 endete für sie mit dem Glauben an das Recht der Revolte auch ihre bisherige intellektuelle Existenz. Sie waren die am wenigsten zur Anpassung begabten, die am meisten erschütterbaren Geister. Bei ihnen zog der bittere Zweifel die Persönlichkeitskrise nach sich. Andere indes waren lebensstüchtiger und häuteten sich. Sie streiften die Bekenntnisse der vergangenen Jahre ab und sahen sich nach einem neuen Horizont um, zunächst spielerisch an vermeintliche Tabus rührend, dann ernster und entschlossener nach revidierten Leitbildern strebend. Sie dementierten die großen Erwartungen von 1968, die der Geburt einer neuen Gesellschaft aus dem diesseitigen Versprechen radikaler Humanität gegolten hatten. Spott und Pathos, Selbstentblößung und ätzend scharfe Abwertung der eben noch hoch gehaltenen emanzipativen Ideale – dies wurden die Stilformen der Wende bei denen, die dem Protest zuvor nahegestanden hatten. Auch Antiintellektualität aus dem Munde von Intellektuellen gehörte zur neu in Mode gekommenen Sprechweise. Es hatte sie in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zuhauf gegeben. Nun höhnte man wieder über das komplizierte Denken in Abstraktionen, die dem „Leben“ fern stünden. Alles das diente der Distanzierung von „Utopien“: von theoretischen

Anstrengungen der Politik, sich aus dem Sog des Sachzwangs und der Anpassung hinauszudenken; von avantgardistischen „Projekten“ der Kunst, die den Publikums-geschmack einschüchterten; von sozialen Zukunftsentwürfen, die man nun naiv, unreif und unvernünftig, ja gefährlich schalt. Utopische Energie, das hieß jetzt Gewalt. Als unzeitgemäß, wenn nicht gar als inhuman, sahen die Renegaten das Bekenntnis der Linken an, die Zukunft sei mit ihren unverwirklichten Möglichkeiten die „wesentliche Dimension des Menschen.“<sup>773</sup> Versöhnend hingegen schien ihnen die Zuwendung zur deutschen Vergangenheit. Und zwar war den revisionären Linken diese Vergangenheit nicht mehr Unheil, von dem loszukommen sei. Die Geschichte versprach Wiederannäherung an nationale Mythen und Traditionen, die literarisch, assoziativ, sprach- und geschichtsmelodisch einen neuen Reiz gewannen.

Die Revolte gegen die etablierten „Verhältnisse“ war gestern. Jetzt folgten die Resignation oder die Revision angesichts des Scheiterns linker Hoffnungen. Diese zwei Handlungsstränge ließen sich an einer nahezu unüberschaubaren Vielzahl einzelner Varianten, persönlicher Lebenswege, individueller publizistischer Anklagen und Abrechnungen, an zornigen Versuchen der Selbstabgrenzung und Selbstrechtfertigung, an Bekenntnissen und Beichten, auch an melancholischen Abschieden aus den Brennpunkten der öffentlichen Aufmerksamkeit in eine innere Emigration des Nischenengagements nachvollziehen.

Die über viele Jahre aufrecht erhaltene Hartnäckigkeit der vielerlei Aktivitäten in den neuen sozialen Bewegungen, an der Hochschule, in Bürgerinitiativen, in der Fach- und Tagespublizistik, in internationalen Gewerkschafts- oder Menschenrechtskomitees spricht dafür, dass der Impuls von 1968 nachhaltig blieb. Aber der hohe Ton gesellschaftsverändernder Euphorie war nach und nach verloren gegangen. Soziales Engagement gehörte zum Pflichtenkanon, aber erloschen war die Überzeugung, dass es mehr sein könne als ein nachsorgendes Reparaturunternehmen. Es fehlte der existenzielle Elan, der den Erfolg politischer Alternativen real anstrebte, und resignativ, wenn nicht gar apokalyptisch gestimmt waren selbst die von Fall zu Fall möglichen Massendemonstrationen wie diejenige gegen die atomare Nachrüstung unter der Regierung Helmut Schmidt.

All diese Entwicklungen, die hier nur in notgedrungen unscharfen Standbildern vorweggenommen sind, zogen sich über die folgenden drei Jahrzehnte bis in die Ge-

---

<sup>773</sup> Jean Améry: Geburt der Gegenwart. Gestalten und Gestaltungen der westlichen Zivilisation seit Kriegsende. Freiburg i. Breisgau 1961, zit. nach: Ders.: Werke, hgg. v. Irene Heidelberger-Leonard, Bd. 2, Stuttgart 2002, S. 728.

genwart des vereinigten Deutschland hin. Es ist zu einer westdeutschen Eigentümlichkeit geworden, dieses Nach-68, das 1977 offen zutage trat. Es ist ein aus Verlustverarbeitung geborener politischer Konfessionalismus, der eine eigene Literaturgattung hervorgebracht hat.

In den folgenden Beobachtungen greift die Darstellung exemplarisch zwei Autoren heraus, die bei anfänglicher Geistesverwandtschaft dann jeweils signifikante Varianten des Auseinandertretens von Resignation und Revision verkörpern: Jean Améry, weil er in den 60er Jahren mit schneidender Klarheit ein westdeutsches Radio- und Lesepublikum über die Erlebnislust des Nationalsozialismus, wie sie die Opfer zu ertragen haben, und über die im demokratischen Interesse existenzielle Unausweichlichkeit aufgeklärt hatte, sich dieser Opfererinnerung zu öffnen und das unvergleichlich verbrecherische Bewegungsgesetz des deutschen NS-Staates anzuerkennen. Ein Außenseiter, ein Ausländer aus Entschluss und Prinzip, blieb er immer. Sein an Atemnot grenzendes Misstrauen gegen die radikalsten Studenten, die mit militantesten Palästinensergruppen Partei ergriffen gegen Israel, ließ ihn nie mehr los. Gleichwohl vertrat er aus bewusst gewählter jüdischer Perspektive den emanzipativen Humanismus einer umfassenden Selbstbefreiung des Sozialwesens Mensch, den im Kern auch die Gesellschaftskritik meinte. Was geschah ihm in den späten 70er Jahren? – Der andere, Martin Walser, weil er 1965 wie Améry den Frankfurter Auschwitz-Prozess ausdrucksstark aufgriff und in aufklärerischer Absicht auf das ethische Ganze Nachkriegsdeutschlands bezog. In der Bundesrepublik trat er indes mit dem Anspruch des eingeborenen politischen Besitzrechts auf. Noch in der kritischen Ablehnung gehörte er dazu, und er schrieb im Bewusstsein dieser unverwüstlichen Zugehörigkeit. Er zählte zum innersten Zirkel eines informellen akademisch-literarischen Kreises um den Suhrkamp-Verlag. Und seine Wendung vollzog sich innerhalb dieses Kreises und gehört deshalb in den halb institutionellen Rahmen einer von Jürgen Habermas koordinierten Publikation anlässlich des Jubiläums der „edition suhrkamp“ im Jahr 1978. Diese war repräsentativ gemeint. Habermas sollte und wollte gegen eine neue konservative Woge ein Gruppenaufgebot der Linken stellen. Diese Intention mutet an wie ein kollektiver Einsatz der Dämmebauer, und das Ergebnis war weit heterogener als die Absicht. Das Unternehmen wurde gerade deshalb zum herausragenden Dokument für die Defensive der Kritik im Wendefeld nationaler Renaissanceerwartung.

a) *Jean Améry: In den Wind gesprochen*

Seine Bedeutung für das Deutschland nach Hitler lässt sich kaum zu hoch veranschlagen. Gibt es so etwas wie Geistesgeschichte dieser Zeit – der Schriftsteller, der sich Améry nannte, gehörte in ihr bewegendes Zentrum. Wo öffentliche Gedanken, Werthaltungen, Handlungsmaßstäbe überhaupt interessieren, dieser Autor bot schmerzhafteste Aufrichtigkeit und äußerste Konzentration des Ausdrucks auf, um politischen Betrug zu entblößen, Werte und Maßstäbe öffentlicher Moral zurechtzurücken. Und nicht hauptsächlich seiner allgemeinen Wirkung nach, die eher wenige erreichte, sondern im Licht der Wahrhaftigkeit seines Urteils und der Überzeugungskraft seiner moralischen Position ist Jean Améry für all das, was Aufarbeitung der Vergangenheit darstellte, von unvergleichlicher Relevanz. Deshalb ist sein Scheitern – und sei es auch nur ein von ihm in subjektiver Nervosität geglaubtes Scheitern – von so großem, exemplarischem Gewicht für das, was aus dem Blickwinkel der ausgehenden 70er Jahre die Zukunft der linken Bewegung in Westdeutschland betraf. Die Signifikanz seines Freitodes, der ihm jahrzehntelang als Wahlmöglichkeit vor Augen gestanden hatte und kaum durch die Ereignisse nach 1968 allein verursacht wurde, sie löst sich aus der Biografie der privaten Person. Das öffentliche Verständnis dieser Tat bezog sich auf die Texte, in denen Améry zwar ungebrochen an seiner humanistischen Leidenschaft festhielt, gleichwohl aber durchgehend die Vergeblichkeit der Bemühungen um eine seinen Ansprüchen genügende, praktisch wirksame Aufklärung anklingen ließ. In einem Salzburger Hotel nahm er sich 1978 das Leben. Was allgemein „Selbstmord“ hieß und als gewaltsame Verzweiflungstat gedeutet wurde, von rohen Medien auch als Wahnsinn eines notorisch Unzufriedenen, sollte für Améry selbst als Beweis von Würde und Freiheit gelten. Doch kann sein eigenes in dieser Frage nicht das letzte Wort sein, denn *dass* er diesen Schritt aus der Welt als Emanzipation auffasste, deutet auf die Erinnerungslast hin, die er seit 1933 aufgenommen und seit 1945 mit einem durch Flucht, Folter, Lagerhaft und Zwangsarbeit ruinierten Körper getragen hatte.

Im Wien des Jahres 1912 geboren, Sohn einer zunächst wohlhabenden Familie des österreichischen Bürgertums, wuchs Hanns Mayer<sup>774</sup> vor allem in das deutsch-

---

<sup>774</sup> Der Geburtsname schwankt in der Schreibweise zwischen Hans Maier, Hanns Mayer oder Mayr. Erst nach dem Krieg nahm er den Schriftstellernamen Jean Améry an, der die Entscheidung zum französischsprachigen Exil verdeutlicht. Seit 1955 führte er ihn durchgehend.

österreichische Kulturmilieu hinein. Das jüdische Bekenntnis seiner voll assimilierten Eltern und Großeltern spielte keine positive und wertsetzende Rolle, da die wesentliche Bildungsumgebung durch den staatsnahen, patriotischen Anspruch der väterlichen Linie vorgegeben war. Man kleidete den vier, fünf Jahre alten Jungen für den Fotografen in einen Matrosen- oder einen Trachtenanzug mit Tirolerhut.<sup>775</sup> Der Großvater Siegfried Maier war Textilfabrikant, der Vater Paul Handelsvertreter, bevor er als „kaiserlich-königlicher“ Soldat in den Ersten Weltkrieg zog. Der Tod des Vaters 1917 führte nach Kriegsende zum schleichenden Verlust des gewohnten Lebensstandards. Aus wirtschaftlichen Gründen und wegen einer Lungenkrankheit des Kindes zog die alleinerziehende Mutter Valerie mit dem Sohn in das ländliche Bad Ischl, wo sie mehr schlecht als recht ein Wirtshaus betrieb und den Neunjährigen auf eine bäuerliche Volksschule schickte.

Der Schulbesuch wird ihm widerwärtig. Die katholische Frömmigkeit des Ortes hingegen und die derbe Bodenständigkeit der Landleute ziehen ihn an. Er geht in die Kirche, wetteifert um den Respekt der Bauernsöhne und spricht behaglich ihre Mundart. Jedoch werden ihm gerade im Kontrast zu Kirchengemeinde und Dorfgemeinschaft sein Stadtbürgertum und seine Bildung klar, und durch diese unleugbare bildungsbürgerliche Distanz, auf den die väterliche Familie als Statusgewinn großen Wert legt, entdeckt er schließlich auch sein Judentum. Was für den Großvater Beweis des Aufstiegs und der vollgültigen Integration sein sollte, wird für den Enkel ein Menetekel der Entfremdung. Für ihn bedeutet es Nichtzugehörigkeit dort, wo er sich geborgen fühlen wollte. „Wir waren anders als die anderen, waren es zu meiner Qual und tiefen Beunruhigung.“ So erinnert er sich 1957.<sup>776</sup>

Die Spannung zwischen dem gesuchten und tief empfundenen Erlebnis von Heimat und der immer schon vorgegebenen Unsicherheit, ob er selbst dorthin zugelassen werde, griff dauerhaft in sein Leben ein. Er besuchte für kurze Zeit das Gymnasium in Gmund, fühlte sich dort nun auch den Jungen der besseren Gesellschaft unterlegen, was seine Außenseiterschaft bestärkte. Er ging ohne Zeugnis mit 12 Jahren ab. Er zog mit der Mutter zurück nach Wien, begann eine Handels-, dann eine Buchhändlerlehre, wurde 1930 in der Buchhandlung der Volkshochschule Leopoldstadt angestellt und eignete sich währenddessen im Selbststudium und als nicht einge-

<sup>775</sup> Vgl. Irene Heidelberger-Leonard: Jean Améry. Revolte in der Resignation. Biographie. Stuttgart 2004, Fotografien S. 16 und 23, zu den Familienverhältnissen S. 14ff.

<sup>776</sup> „Gasthof zur Stadt Graz“, unveröffentlichtes Manuskript, zit. nach Heidelberger-Leonard: Améry, S. 22.

schriebener Hörer an der Universität Wien Literatur und Philosophie an. Ohne Schulabschluss und förmliches Studium, zeitweise als Bar-Pianist beschäftigt, kam er mit dem literarischen Leben im Wien der dreißiger Jahre in Berührung und wollte Schriftsteller werden. 1934 beteiligte er sich am erfolglosen Aufstand des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes gegen das Regime Schuschnigg. Er versuchte sich als Herausgeber einer eigenen literarischen Zeitschrift, von der vier Nummern erschienen, publizierte dort Essays, Gedichte, Prosafragmente und schrieb einen Roman, der nicht veröffentlicht wurde, in Deutschland und Österreich aus politischen Gründen auch nicht mehr veröffentlicht werden konnte. Mitte der dreißiger Jahre befand er sich ohne Aussicht auf eine wie auch immer geartete Karriere aus politischem Entschluss im Gegensatz zu Nationalsozialismus und Austrofaschismus.<sup>777</sup>

Dann folgte 1935 mit den Nürnberger Gesetzen der Angriff auf seine ganze Person, der definitive Ausstoß aus der Gesellschaft per Rechtsakt, die von außen erzwungene Bestimmung, dass er Jude sei, und das damit einhergehende Todesurteil. Er las davon in einer Zeitung in einem Wiener Café. „Jude sein, das hieß für mich von diesem Anfang an, ein Toter auf Urlaub zu sein, ein zu Ermordender, der nur durch Zufall noch nicht dort war, wohin er rechtens gehörte“, erklärte er dreißig Jahre später in seinem Essay „Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein“.<sup>778</sup> Im Alter von 23 Jahren fand er sein Leben radikal entwertet und die assimilatorische österreichische Kulturbeflissenheit, die der Daseinssinn der Familie gewesen war, kehrte sich durch Beschluss von Regierung und Mehrheitsgesellschaft um in einen mörderischen Irrtum. Im Rückblick schrieb er: „Für uns war, was mit diesem Land und seinen Menschen zusammenhing, ein Lebensmißverständnis. Wovon wir glaubten, es sei die erste Liebe gewesen, das war, wie sie drüben sagten, Rassenschande.“<sup>779</sup>

Im März 1938 rückte die Gefahr in unmittelbare Nähe durch den Einmarsch deutscher Truppen in Wien, dem allgemein umjubelten „Anschluss“ Österreichs, der begleitet war von antisemitischen Ausschreitungen. Dennoch zögerte Hans Maier, ohne Pass und Geld das Land zu verlassen. Erst nach dem November-Pogrom in Deutschland floh er im Dezember 1938 mit seiner Frau Regina im Zug nach Köln und weiter mit Hilfe von bezahlten Fluchthelfern zu Fuß über die Grenze nach Bel-

<sup>777</sup> Vgl. Heidelberger-Leonard: Améry, S. 29ff.

<sup>778</sup> Améry: Werke, Bd. 2, S. 149-177 (154).

<sup>779</sup> Ebd., S. 100.

gien. Als weitgehend mittelloser Emigrant erlebte er in Antwerpen den Ausbruch des Krieges, den er als Aufnahme des Kampfes gegen Nazideutschland begrüßte. Er wollte sich dem Widerstand anschließen.

Dann jedoch interniert ihn im Mai 1940 die belgische Regierung als „feindlichen Ausländer“. Er wird in das französische Lager St. Cyprien eingeliefert, versucht zu fliehen, wird gefasst und ins Lager Gurs deportiert. Im Juni 1941 flieht er ein zweites Mal, wird in Bayonne von deutschen Besatzungssoldaten gefangen genommen, im Irrtum wieder entlassen, gelangt über Bordeaux und Paris nach Brüssel, wo er seine Frau wieder trifft. Er schließt sich einer deutschsprachigen Gruppe innerhalb der belgischen Résistance an, druckt und verteilt Flugblätter, die an die deutschen Besatzungssoldaten adressiert sind, und wird im Juli 1943 von der Gestapo gefasst. Im Polizeigefängnis Breendonck foltert ihn ein Berliner Offizier. Der Versuch, sich selbst das Leben zu nehmen, scheitert. Er wird nach Auschwitz deportiert, überlebt dank einer Anstellung als Schreibgehilfe im IG-Farben-Werk. Er steht im Januar 1945 die Deportation nach Westen durch, im Februar und März auch die Konzentrationslager Dora-Mittelbau und Bergen-Belsen, bis er die Befreiung durch englische Soldaten erlebt. Zurück in Brüssel kann er seine Frau nicht mehr finden; Jahre später erfährt er von ihrem Tod während seiner Lagerhaft infolge einer schweren Krankheit.<sup>780</sup>

Jean Améry begann schon unmittelbar nach Kriegsende mit der Reflexion von Tod, Schmerz, Niederlage, Niedertracht, Abstumpfung und Überleben. Der Sieg über die Deutschen, die ihn gemartert hatten, die Identifikation mit dem Widerstand, aber auch das persönlich trotz Befreiung noch nicht gestillte Verlangen nach Notwehr, das überwältigende Bedürfnis nach einer die Täter strafenden und die Opfer schützenden Gegengewalt stehen im Mittelpunkt seines ersten Versuchs, das Erlittene in ein politisches Weltbild zu bringen. Der im Juni 1945 abgeschlossene Text „Zur Psychologie des deutschen Volkes“ geht aus von der Annahme, die ganze Welt schreie nach Rache an den Deutschen. Der Autor sucht nach seiner Position „zwischen racheschreiendem Masseninstinkt und friedeflötender Realpolitik“. Er will Aufrichtigkeit und Wahrheit, und vor allem Schutz vor einer Wiederholung der Taten.<sup>781</sup> Er schildert die erbarmungslose Grausamkeit der NS-Elite, nennt das Beispiel der Wachmannschaft von Auschwitz und folgert, „daß die gesamte Schicht der SS-Untersführer und Gesta-

<sup>780</sup> Vgl. Heidelberger-Leonhard: Améry, S. 70ff.

<sup>781</sup> Hanns Mayer: Zur Psychologie des deutschen Volkes (1945). In: Améry: Werke, Bd. 2, S. 500-534 (500f.).

pobeamteten die eigentlichen im abendländischen Sinne menschlichen Qualitäten nicht mehr besitzt“ und auch nicht umzuerziehen sei. Man könne „sie wohl analysieren aber darum noch lange nicht verstehen.“<sup>782</sup> Er schildert sie als unverbesserlich „rasende Verbrecher“ und zieht daraus eine, wie ihm scheint, unausweichliche Konsequenz:

„Wir verlangen, überzeugt zwar nicht von der moralischen, wohl aber von der sozialen Notwendigkeit unserer Forderung, die integrale physische Extermination von sämtlichen führenden Parteipersönlichkeiten, sämtlichen Führern und Unterführern der SS, dem gesamten Personal der Geheimen Staatspolizei, - und natürlich allen jenen Personen, die, gleichgültig an welcher Stelle, begangener Grausamkeitsakte überführt sind. Daß bei einem solch generellen Vorgehen auch Leute betroffen würden, denen individuell keine Verbrechen nachzuweisen sind, ist selbstverständlich, darf jedoch nicht berücksichtigt werden, denn es handelt sich auch bei ihnen um Menschen, deren Erziehung jederlei Abwegigkeiten erwarten läßt. Auch *ihr* Seelenleben weicht in einem so hohen Grade von der brauchbaren und tragbaren Norm ab, daß weder soziale Argumente noch Angst vor Strafe zu wirksamen Determinanden ihres Verhaltens werden könnten. Auch sie sind für das populäre [nicht eindeutig zu entziffern, handschriftlich eingefügt] Gefühl rasende Verbrecher. Man töte sie. Sie sind nicht verantwortlich für ihr Tun, sie sind nicht besserungsfähig. Es hätte gar keinen Sinn, sie etwa zu isolieren. Sie würden Unheil verursachen, gleichgültig wo sie sich befänden. Sie würden schließlich einander umbringen, oder, wenn man auch dies zu verhindern verstünde, kleine Katzen einfangen, um ihnen zwischen zwei Brettern die Köpfchen zu zerquetschen.“<sup>783</sup>

Diese Worte sind unmittelbares Echo der KZ-Wirklichkeit. Grausamkeit und Massenmord solle mit Massenhinrichtung aller Mörder und Mordhelfer vergolten werden, um den Rest der Menschheit zu schützen. Man kann diese Zeilen sicher als intellektuelle Notwehr lesen. Doch ist klar zu sehen, wie sehr der Widerständler, der seit Wochen erst dem jahrelangen Horror des Völkermords entronnen war, gerade die humanen Maßstäbe, in deren Namen er spricht, zu verlieren und wie er abzustürzen droht in die Auslöschungs- und Säuberungsfantasien seiner Verfolger. Améry

---

<sup>782</sup> Ebd., S. 510.



übernahm die kalte Sprachwut des Dritten Reiches, um sie gegen die Elite dieses Reiches zu richten. Daraus entstand die entsetzliche Ratio eines präventiven Liquidationsprogramms. Sein Gedankengang führte ihn in alptraumhafte Sentenzen und brach dann ab. Er hob neu an, um die Wirkungen der NS-Propaganda auf die „Masse des Volkes“ zu erläutern. Er maß diesen Manipulationstechniken, die sogar auf ihn selbst als Häftling ihre Wirkung nicht verfehlt hätten, großen Einfluss zu. Er sprach von „Betäubung und Verrohung“ der Menschen, klagte sie der Feigheit und Taubheit an, wo es darauf angekommen wäre, Verfolgte zu unterstützen und die wenigen Widerständler zu bestärken. Aber er sah den entscheidenden Unterschied zu den Funktionären des Regimes darin, dass das Volk bei all seiner Mitschuld „besserungsfähig“ sei. „Wir müssen es erziehen und dürfen ihm diese Erziehung weder zu leicht noch zu schwer machen“, lautete das im Plural der Alliierten vorgebrachte Fazit.<sup>784</sup>

Améry suchte nach einem Ankergrund für die Umerziehung. „Und der Geist? Der deutsche Geist? Es gibt ihn doch, nicht wahr?“, fragte er beschwörend. Er sah ihn noch und glaubte an ihn. „Damit wir uns recht verstehen: Was glanzvoll versagt hat, was kompromittiert ist, vielleicht für die Dauer eines Jahrhunderts, das ist die deutsche Schicht des intellektuellen Bürgertums, der deutsche Arzt, der ‚Rechtswahrer‘, der Gymnasial- und Universitätsprofessor“, schrieb er. Dagegen nahm er Maß an einem Thomas Mann und anderen Schriftstellern der Emigration.

„Der deutsche Geist ist bereit. Er hatte sich niemals selbst aufgegeben – er hatte sich nur vor der Macht in dunkle, verhängte Zimmer zurückgezogen. An uns wird es liegen, ihn in das volle Sonnenlicht der öffentlichen Wirksamkeit zu befreien.“<sup>785</sup>

Der Ton täuscht. Der Text blieb unveröffentlicht. Améry fand zunächst keinen Weg zurück, der ihm durch Teilnahme am politischen Wiederaufbau erlaubt hätte, sich dort zu beheimaten, wo Hitler geherrscht hatte. Es gab Möglichkeiten, einen Neuanfang als Pädagoge in Wien zu probieren, und aus Köln kam das Angebot des Sozialdemokraten Heinz Kühn, eine leitende Stelle beim neuen Nordwestdeutschen Rundfunk zu übernehmen. Améry erwog beides und schlug beides aus. Er hielt sich

---

<sup>783</sup> Ebd., S. 512f.

<sup>784</sup> Ebd., S. 520ff., 529. Vgl. auch Heidelberger-Leonard: Améry, S. 119: „Das ‚Wir‘ heißt hier: ‚Wir Opfer‘, heißt aber auch ‚Wir, die moralischen Sieger‘, heißt vor allem, wir, die jetzt das Sagen haben.“

<sup>785</sup> Améry: Werke, Bd. 2, S. 534.

fern, blieb in Brüssel.<sup>786</sup> Er wendete sich von Deutschland ab und Frankreich zu. In der Nachkriegszeit zog es ihn am ehesten nach Paris. Dort ortete er das ideelle Zuhause. Das öffentliche Ansehen, das die Résistance genoss, verbunden mit der politischen Aura des Existentialismus, mit dem intellektuellen und künstlerischen Leben, mit Literatur und Musik der Rive gauche gaben ihm einen vitalen Impuls, der nicht zuletzt Lebensmut vermittelte in dem einfachen Sinne, dass der gegen alle Wahrscheinlichkeit Überlebende die Ermutigung brauchte, sich zu fassen und neu zu beginnen. Jean-Paul Sartres Philosophie half ihm weiter leben. Sie schützte ihn gegen die essentialistischen Festlegungen einer ethnischen Identität und revidierte sein Ausgestoßensein. Sie bestand auf Freiheit der Entscheidung, auf den selbstbestimmten Lebensentwurf, sie lehrte die Existenz jedes einzelnen als offenes und stündlich zu wählendes Projekt. Sie lehnte den Determinismus im Urteil über menschliche Handlungen und damit die Pardonierung der Täter ab. Sie öffnete den Blick für die Zukunft als der entscheidenden menschlichen Dimension und forderte politisch den *Homme engagé*.<sup>787</sup> Améry erkannte sich aufgehoben, gerechtfertigt und ermutigt. „Ich durfte denken, ohne mich selber zu verneinen“, schrieb er im Rückblick über den „Freund“ Sartre.<sup>788</sup>

„Es war diese Freiheit, die sich dem guten alten Determinismus ebenso entzog wie einer logischen Analyse, die das Problem der Willensfreiheit zum Scheinproblem erklärt hatte, die *Freiheit der Stunde*. Seiner Stunde. Sie rechtfertigte, was er mit sich angerichtet hatte, als er einer Gruppe von taktisch ungeübten Leuten beigetreten war, Flugzettel unters Volk gebracht hatte. Er war, so lernte er's beim Freund, an den er niemals das Wort richtete, dessen Schriften er aber mit angespannter Aufmerksamkeit über ein halbes Leben hinweg verfolgen sollte, nicht zufällig ins Räderwerk geraten. Denn, so stand es geschrieben, er hatte sich überschritten, sich so und nicht anders gewollt in freiem Selbstentwurf. Der Existentialismus war nicht nur für ihn, sondern für Tausende, die sich ihm verschworen, die Justifikation post festum des vollbrachten Widerstands, wie wirkungsmächtig oder elend versickernd der auch gewesen sein mochte. [...]

<sup>786</sup> Vgl. die Darstellung bei Heidelberger-Leonard: Améry, S. 125ff.

<sup>787</sup> Vgl. ebd., S. 158ff.

<sup>788</sup> Jean Améry: Unmeisterliche Wanderjahre. (Verfasst zwischen 1969 und 1971.) In: Améry: Werke, Bd. 2, S. 179-349 (277).

Die Existenz ging der Essenz voraus: morgen würde jedermann sein, wer zu sein er wollte. Mein Beispiel, Exempel eines Einzelnen ohne Eigentum, ist vielleicht so schlecht nicht gewählt, wenn ich es erinnernd anführe. Ich war aufgestiegen von den Toten, ein Nichts, hatte nichts, stellte nichts vor als einen ausgeergelten Körper, an dem die von Wohlfahrtswerken zur Verfügung gestellten Kleider schlapp und unordentlich hingen. Da ich aber nichts war, konnte ich dank der Sartre'schen Freiheit alles sein.<sup>789</sup>

Der Existentialismus sei ihm „zur ganz persönlichen Philosophie des Lebenshüners“ geworden. Und im Paris der 50er Jahre manifestierte sich für ihn ein „humaner Elan“, die „Linksemotionalität“ des „moralischen Rigorismus“, die er sich zu eigen machte. Er nannte es seinen „Sartrismus“, und darin enthalten waren die Wertbegriffe der rationalistischen Aufklärung, der Französischen Revolution, des kritischen Denkens, die er immer wieder auch gegen Deutschland in Stellung brachte.<sup>790</sup>

Das erste Mal reiste er in die Bundesrepublik im Sommer 1952. Es war eine quälende Begegnung. Er fühlte sich hingezogen durch politische Neugier und durch Vertrautheit der Sprache, vor allem aber durch die fortdauernde Präsenz der Vergangenheit in der rasant sich wandelnden Gegenwart. Dann stieß ihn die etablierte Normalität im „Schatten des Dritten Reiches“ ab. In der 1961 erschienenen ersten seiner Essaysammlungen versuchte er sein schwankendes Deutschlandbild zu fixieren.<sup>791</sup> Verblüfft registrierte er das Umtriebige, die vielen Autos und den intensiven Wiederaufbau. Die Städte wirkten hässlich auf ihn. „Abends im Neonlicht Luxus und Lebensfreude vortäuschend, sehen sie im fahlen Licht des Tages aus wie tote Tiere, denen die Eingeweide entquellen.“<sup>792</sup> Es waren die Geschäftsleute, die ihm wie verkleidete SS vorkamen.

„Die beiden Herren etwa am Nebentisch: Sie reden über irgendein Geschäft; sie sagen ‚einstweilige Verfügung‘ und es klingt wie ‚Führerbefehl‘ oder ‚geheime Reichssache‘. Sie haben den Blick von damals. Ihren gut geschnittenen Anzügen ist nicht zu trauen. Sind nicht Zivil und schweinslederne Aktenmappe nur Tarnung für Uniformhemd, Ledergurt und Dolch? Ist nicht ihr lautloser Gummi-

---

<sup>789</sup> Ebd., S. 271f. und 273f.

<sup>790</sup> Ebd., S. 280, 285, 287.

<sup>791</sup> Jean Améry: Geburt der Gegenwart. Das Deutschlandkapitel war „Im Schatten des Dritten Reiches“ überschrieben. In: Ders.: Werke, Bd. 2, S. 535-599.

<sup>792</sup> Ebd., S. 539.

sohlentritt ein akustischer Trick, der uns das Stiefelstampfen nicht wahrnehmen läßt?

Nach zwei, drei Tagen wird dem Besucher Deutschland wieder vertraut.

Da hört man beispielsweise aus der Sprache Nüancen heraus, die einem nur allzu bekannt sind. Was da gesprochen wird, ist in wesentlichen Bezirken das Wehrmachtsdeutsch, angereichert durch den Industrie-Jargon und manch Angelsächsisches.<sup>793</sup>

Im Atlantizismus der bundesrepublikanischen Außenpolitik und Publizistik entdeckte er das eilig Angelernte ohne „demokratische Wurzelnahrung“.

„Für den Deutschen waren also Kalter Krieg und Antikommunismus keine natürliche demokratische Reaktion auf die Untaten des Stalinismus (hatten ihn doch die Verbrechen Hitlers durchaus nicht aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht), sondern eine direkte Fortsetzung der Goebbelsschen Attitüde und Propaganda. Diese Tatsache gab dem deutschen Leitartikel-Pathos der Verteidigung des Abendlandes von allem Anfang an etwas Verdrehtes und zutiefst Unaufrichtiges. [...]

Auf den Antisowjetismus Goebbelsscher Tradition, den eine hauchdünne Schicht von angelsächsisch-demokratischem Firnis überzog, pfpfote sich nun des weiteren noch ein aus tragischen persönlichen Erlebnissen gewonnener und durch das Ressentiment des Besiegten virulent gewordener primitiver Russenhaß auf. Der Deutsche dieser Tage sagte: die Engländer, die Franzosen, die Amerikaner, aber er sagte *der* Russe. *Der* Russe blieb ein inferiores, gleichzeitig zu fürchtendes und zu verachtendes Individuum.<sup>794</sup>

Im Deutschland der 50er Jahre sah er unter dem altneuen Antikommunismus „alte Nazis“ reüssieren, die auch halb öffentlich schon wieder sagen konnten, sie hätten doch „im wesentlichen schon zwischen 1933 und 1945 das Richtige getan“.<sup>795</sup> Diejenigen aber, „die nach 1945 das Fehlen der Juden im Hause der deutschen Kultur beklagten“, seien „eine statistisch überhaupt nicht in Betracht kommende Minderheit“

---

<sup>793</sup> Ebd., S. 541.

<sup>794</sup> Ebd., S. 555.

<sup>795</sup> Ebd., S. 556f.

gewesen.<sup>796</sup> Das „farbenreiche“ Kulturleben und der Erfolg der Ökonomie standen für ihn in „eigentümlicher Beziehungslosigkeit zu den ungelösten Fundamentalfragen der Nation“.<sup>797</sup> Er erkannte darin einen geschichtspsychologisch entschlüsselbaren Fluchtversuch:

„Es hatte die explodierende Wirtschaft eine ausdrücklich deutsche Funktion oder, wenn man will: sie war ein ausdrücklich deutsches Verhängnis. Das Wirtschaftsdenken und Wirtschaftswollen überwuchs in rapidem Tempo die eigentlichen Grundprobleme des Nationalbewußtseins. Im Rausch des Produzierens und Konsumierens konnte das deutsche Volk seine Versäumnisse, seine Aufgaben, seine jüngste Vergangenheit und seine Zukunft vergessen.“<sup>798</sup>

Erst eine neue Generation, „die nichts zu verdrängen und nichts zu vertuschen hat“, sah er in der Lage, einen grundlegenden Wandel zu bringen. „In neuen Menschen und durch sie wird ein neues Deutschland werden, das nicht länger im Schatten des Dritten Reiches liegt“, beschloss er seine erste veröffentlichte Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik.<sup>799</sup>

Über Jahrzehnte zog sich Jean Améry komplizierte, skrupulöse, misstrauische Annäherung an Westdeutschland hin, die immer erneut auch Abgrenzung war. Seine journalistische Brotarbeit konzentrierte er zunächst auf die Schweiz. Er wollte keine Abhängigkeit von den Deutschen und keinen Wohnsitz in Deutschland. „Hauptsache war“, schrieb er später, „daß es einem erspart blieb, *dorthin* zu reisen, für dort zu schreiben, dort an Türen zu pochen.“ Und als er schließlich dennoch hauptsächlich „für dort“ schrieb und als Essayist vor allem in Deutschland gefragt war, legte er umso mehr Wert auf die selbstgewählte Distanz. Er wollte sich als „fremder Händler“ sehen, der „das Unausweichliche“ schnell hinter sich bringe. „Aber ich bin ein Außenseiter. Ich habe mir keine deutsche Karriere vorzuwerfen.“<sup>800</sup>

Das Unausweichliche war die Intervention, und die Situation, in der Améry die Einmischung in deutsche Angelegenheiten zwingend fand, da ihm Politik und Biografie verschmolzen, entstand zu Beginn der 60er Jahre durch den Frankfurter Auschwitz-Prozess.

---

<sup>796</sup> Ebd., S. 565.

<sup>797</sup> Ebd., S. 587.

<sup>798</sup> Ebd., S. 598f.

<sup>799</sup> Ebd., S. 599.

<sup>800</sup> Améry: Unmeisterliche Wanderjahre. In: Améry: Werke, Bd. 2, S. 296, 299.

Tatsächlich war seit Ende der 50er Jahre ein Wandel im westdeutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Gang gekommen. Die juristische Anklage schwerer Gewalttaten, die SS- und Polizei-Angehörige, KZ-Befehlshaber, Wachmannschaften, Ärzte und Sanitäter verübt hatten, wirkte hinaus über die engen Formulierungen des Strafgesetzbuches, auf dessen Grundlage individuell über „Mord“ und „Beihilfe zum Mord“ geurteilt wurde, und was vor den Gerichten geschah, hatte ein erhebliches gesellschaftliches Echo.<sup>801</sup> Die NS-Prozesse, seit 1960 besonders auch die spektakuläre Entführung Adolf Eichmanns aus Argentinien durch den israelischen Geheimdienst, das international unbequeme, umstrittene und stark beachtete Verfahren gegen ihn in Jerusalem<sup>802</sup>, stellten erstmals wirksam die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden öffentlich in den Mittelpunkt. Sie schufen Raum und Gehör für die Zeugenaussagen von Opfern<sup>803</sup>, sie initiierten zeitgeschichtliche Expertisen<sup>804</sup> und beförderten die historische Aufklärung. Die seit 1945 im sowjetischen Machtbereich gelegenen Orte der Massenerschießungen und Vernichtungslager traten aus dem Halbdunkel einer subkulturellen Überlieferung und aus der Schweigezone des Unausprechlichen ins Tageslicht der rechtlichen und politischen Befassung. „Auschwitz“ wurde zum Begriff. Der „Verwaltungsmassenmord“ (Hannah Arendt), der Typus des akademischen „Schreibtischtäters“, die „Todesfabriken“, die hochgradige Organisation des industriellen Mordens von Millionen und Abermillionen von Menschen traten jetzt erst einer größeren Öffentlichkeit ins Bewusstsein. Diese justi-

---

<sup>801</sup> Vgl. Adalbert Rückerl: NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung. Heidelberg (2)1984, Gerhard Werle, Thomas Wandres: Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. München 1995, Michael Greve: Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den 60er Jahren. Frankfurt a.M. 2001, Kerstin Freudiger: Die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Tübingen 2002.

<sup>802</sup> Vgl. etwa Harry Mulisch: Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß (1961). Berlin 1995, Moshe S. Perlman: Die Festnahme des Adolf Eichmann. Hamburg 1961, Hans Lamm: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen öffentlichen Meinung. Frankfurt a.M. 1961, Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München 1964, Gideon Hausner: Justice in Jerusalem. New York 1966, Garry Smith (Hg.): Hannah Arendt Revisited. „Eichmann in Jerusalem“ und die Folgen. Frankfurt a.M. 2000, Oliver Schmolke: Dämon, Angeklagter, Störenfried – Eichmann 1960-62. Politische Hintergründe und Interessenkonflikte in Israel, den beiden deutschen Staaten und den USA. Vortrag auf dem Studienwochenende des Franziskanischen Bildungswerkes, Berlin, 28.-29. November 1998, Peter Krause: Eichmann und die Deutschen. „Vergangenheitsbewältigung“ in West und Ost am Beispiel der Presse zum Jerusalemer Eichmann-Prozess. In: Deutschland Archiv 38 (2005), S. 266-273.

<sup>803</sup> Vgl. Annette Wieviorka: Die Entstehung des Zeugen. In: Smith (Hg.): Hannah Arendt Revisited, S. 136-159.

<sup>804</sup> Vgl. Norbert Frei: Der Frankfurter Auschwitz-Prozeß und die deutsche Zeitgeschichtsforschung. In: Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung. Jahrbuch 1996 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, hgg. v. Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt a.M. 1996, S. 123-136, wo dargestellt ist, wie es zur Gutachterfähigkeit des Institut für Zeitgeschichte in München kam. Ergebnis waren die Studien von Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen und Helmut Krausnick: Anatomie des SS-Staates (1965). München (7)1999.

zielle Aufarbeitung der Verbrechen korrespondierte mit der gesellschaftspolitischen Modernisierung der Bundesrepublik und katalysierte die geschichts- und gesellschaftskritische Urteilsbildung im Übergang zu den 60er Jahren. Einer der auslösenden Faktoren all dessen war in der Bundesrepublik wohl der Pensionsanspruch eines belasteten Beamten, der guten Mutes selbst auf sich aufmerksam machte. Die Umstände, unter denen hier überhaupt Anklage erhoben wurde, waren noch typisch für die weitreichende Amnestie nationalsozialistischer Gewaltverbrechen durch die Bundesregierungen unter Konrad Adenauer: Der Tatverdächtige wurde von Zeugen erkannt, als er sich in einer Lokalzeitung öffentlich beklagte, dass seine beamtenrechtliche Versorgung immer noch auf sich warten lasse.<sup>805</sup> Im Juni 1957 erhob die Staatsanwaltschaft Ulm Anklage gegen diesen SS-Mann, den früheren Polizeidirektor von Memel, und neun weitere Angehörige der „Einsatzgruppe A“. Der Tatverdacht lautete auf Beteiligung an Massenerschießungen von 5.500 Juden. Die Ausmaße der Verbrechen, die der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess von April bis August 1958 zutage förderte, und die für 1960 anstehende Verjährung von Totschlagsverbrechen der NS-Zeit führten zu verstärkten Ermittlungsanstrengungen. Sie wurden nun auch politisch flankiert. Der baden-württembergische Justizminister Wolfgang Haußmann warb bei seinen Kollegen in den Ländern um eine konsequentere Arbeit der Justiz. Ein ganz wesentlicher Aspekt dabei war allerdings auch das Bild, das die Bundesrepublik im Ausland abgab. Die DDR lancierte Kampagnen gegen NS-Täter im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik, um den Bonner Staat zu delegitimieren, und provozierte Reaktionen auch im westlichen Lager. Darauf reagierten Bund und Länder durch die Unterstützung der strafrechtlichen Aufarbeitung.<sup>806</sup> Maßgeblich war der im Oktober 1958 gefasste Beschluss der Landesjustizminister und -senatoren zur Einrichtung der "Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen" in Ludwigsburg. Die konfrontative politische Auseinandersetzung war damit jedoch nicht, wie intendiert, abgemildert, sondern setzte sich verstärkt auch unter Studenten fort. 1959 organisierte der SDS in Karlsruhe die Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“, die den sozialdemokratischen Rechts-

<sup>805</sup> Vgl. Rückerl: NS-Verbrechen vor Gericht, S. 140.

<sup>806</sup> Vgl. Marc von Miquel: „Wir müssen mit den Mördern zusammenleben!“ NS-Prozesse und politische Öffentlichkeit in den sechziger Jahren. In: „Gerichtstag halten über uns selbst“. Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses. Jahrbuch 2001 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, hg. v. Irmtrud Wojak im Auftrag des Fritz-Bauer-Instituts, Frankfurt a.M. 2001, S. 97-116 (101f.). Zum Zusammenhang auch Michael Lemke: Kampagnen gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die Westpropaganda der SED 1960-1963. In: VfZ 41 (1993), S. 151-174, zu den Reaktionen im westlichen Ausland vgl. Brochhagen: Nach Nürnberg.

experten und NS-Verfolgten Adolf Arndt dazu veranlasste, über den Rechtsausschuss des Bundestages nicht nur die Forderung nach Zwangspensionierung von ehemaligen NS-Richtern aufzugreifen, sondern sich für einen Aufschub der Verjährung von Mord einzusetzen.<sup>807</sup>

Ein wichtiger Gesprächspartner Adolf Arndts war der sozialdemokratische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1968). Sohn einer assimilierten jüdischen Kaufmannsfamilie aus Stuttgart, war Bauer, ähnlich wie Améry, mit den Bildungsidealen des kaisertreuen Bürgertums groß geworden. Nach dem Ersten Weltkrieg schloss er sich als Student der Sozialdemokratie an, wurde 1930 württembergischer Amtsrichter, war Mitbegründer des „Republikanischen Richterbundes“ und geriet gemeinsam mit Kurt Schumacher 1933 in KZ-Haft. Er konnte emigrieren und arbeitete im schwedischen Exil mit Willy Brandt zusammen. 1948 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Landgerichtsdirektor in Braunschweig. Er leitete 1952 die staatsanwaltliche Anklage wegen Verleumdung gegen Otto Ernst Remer. Dieser hatte im Wahlkampf mit der neonazistischen „Sozialistischen Reichspartei“ die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, die von ihm als Kommandeur des Berliner Wachregiments „Großdeutschland“ verfolgt und verhaftet worden waren, als „Landesverräter“ denunziert. Bauer gewann den Remer-Prozess und bemühte sich fortan, das demokratisch begründete Widerstandsrecht und den zivilen Ungehorsam in die deutsche Rechtslehre einzuführen.<sup>808</sup> Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn berief ihn 1956 als Generalstaatsanwalt nach Frankfurt. Gemeinsam mit dem Auschwitzüberlebenden Hermann Langbein, der Zeugen vermittelte, und mit Hilfe des Journalisten Thomas Gnielka, der belastende Akten zur Verfügung stellte, bemühte sich Fritz Bauer, die seit 1958 laufenden Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen SS-Wachmannschaften des Lagers Auschwitz zu intensivieren. Der Kreis der Verdächtigen erweiterte sich, die Ludwigsburger Zentralstelle wurde eingebunden. Bauer erwirkte schließlich einen Beschluss des Bundesgerichtshofes, die Zuständigkeit für alle in Auschwitz begangenen Straftaten an das Landgericht Frankfurt am Main zu überweisen. Im Auschwitz-Prozess, der vom Dezember 1963 bis zum August 1965 im Frankfurter Römer stattfand, sagten 220 Opfer als Zeugen

---

<sup>807</sup> So die Darstellung von Dieter Gosewinkel auf der Tagung „NS-Prozesse und politische Kultur in der Bundesrepublik der 60er Jahre“ der Evangelischen Akademie Mühlheim/Ruhr, 25.-26. November 2000.

<sup>808</sup> Vgl. Claudia Fröhlich: Fritz Bauer – Ungehorsam und Widerstand sind ein „wichtiger Teil unserer Neubesinnung auf die demokratischen Grundwerte“. In: Dies., Michael Kohlstruck (Hg.): Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht. Münster 1999, S. 106-120.



aus.<sup>809</sup> Manche, so Hermann Langbein, berichteten mehrere Stunden lang im Zeugenstand, was ihnen widerfahren war. Sie identifizierten die Angeklagten, die ihre Rolle als Handlanger im Befehlsnotstand so gering wie möglich aussehen lassen wollten, als damals aktive, impulsive und grausame Täter. Zeugen wie Langbein, Helen Goldman, Ella Lingen, Erich und Otto Dov Kulka, Paul Leo Scheidel, Rudolf Vrba, Tadeusz Paczula beschrieben das Vernichtungslager, das sie erlebt hatten, in all seinen einzelnen Abläufen und Mechanismen, die Ankunft der Deportationszüge, die Selektionen durch Ärzte, die Vergasungen durch „technisches“ Personal, die Verbrennungsöfen, das Morden durch Sklavenarbeit, die Tötung von Kranken mit Phenolinjektionen durch Sanitäter, Folter zum Tode im Verhör, die Todesstrafe für menschliches Mitgefühl zwischen den Gefangenen, die alltäglichen, anlasslosen, in jeder Sekunde möglichen Erschießungen durch Wachleute. Beobachter hielten sowohl die Zeugen wie das Gericht mit der Last der Aufklärung für überfordert. Doch ermöglichten gerade die auf genaueste Kenntnis von Tatsachen und Handlungen gerichteten Befragungen eine bis dahin in Deutschland nicht realisierte Vorstellung des Völkermords. Fritz Bauer bemühte sich um eine „Tatortbesichtigung“. Er unterhielt gute Kontakte zum polnischen Justizministerium, und so reiste das Gericht zu einem Zeitpunkt, da es keine diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen gab, im Dezember 1964 nach Auschwitz.<sup>810</sup> Die Stimmen der Zeugen, der Augenschein des Ortes und der Täter, die Berichte der Medien, die Überführung wenigstens einiger Mörder aus dem nach Tausenden zählenden Lagerpersonal haben die Bundesrepublik mit der Wirklichkeit von Auschwitz bekannt gemacht.

Am 18. Januar 1964, einen Monat nach Beginn des Prozesses, schrieb Jean Améry an den Süddeutschen Rundfunk, für den er schon einige Jahre tätig war, er stehe im Begriff, „ein rekonstruiertes Auschwitz-Tagebuch zu schreiben, und zwar *keinen* Dokumentarbericht, wie es deren ja schon viele gibt, sondern Reflexionen in Tagebuchform über fundamentale existentielle Probleme des KZ-Universums und namentlich die Reaktionen eines *Intellektuellen*.“<sup>811</sup> Anfang Februar traf er den für Radio-Essays zuständigen Redakteur Helmut Heißenbüttel in Brüssel. „Eben fand in

<sup>809</sup> Vgl. Irmtrud Wojak: „Die Mauer des Schweigens durchbrochen“. Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess 1963-1965. In: „Gerichtstage halten über uns selbst“, S. 21-42, dies.: Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess und die „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit. In: Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main. Katalog zur Ausstellung des Fritz-Bauer-Instituts, Frankfurt a.M. 2004, S. 53-70.

<sup>810</sup> Vgl. Ebd., S. 266ff. und Sybille Steinbacher: „Protokoll vor der Schwarzen Wand“. Die Ortsbesichtigung des Frankfurter Schwurgerichts in Auschwitz. In: „Gerichtstage halten über uns selbst“, S. 61-95.

<sup>811</sup> Améry: Werke, Bd. 2, S. 642f.

Frankfurt der große Auschwitz-Prozeß statt. Ich spürte das täglich unabweislichere Bedürfnis, mich auseinanderzusetzen mit dem Komplex Auschwitz, und sprach Heißenbüttel davon“, erinnerte er sich Mitte der 70er Jahre an die wichtige Begegnung.<sup>812</sup> Es entsteht der Essay „An den Grenzen des Geistes“, der, von Améry selbst gesprochen, am 19. Oktober 1964 gesendet wird. Heißenbüttel hält den Text „für einen der wichtigsten Beiträge zu diesem Thema überhaupt“. Améry plant weiteres, fürchtet aber noch immer, sich die Arbeit „rein wirtschaftlich“ nicht zumuten zu können. Bis Januar 1965 entsteht „Die Tortur“, bis Juli „Wieviel Heimat braucht der Mensch?“. Zu diesem Zeitpunkt erscheint der „Tortur“-Aufsatz auch im „Merkur“, wird von Adorno rezipiert und begründet die langjährige Zusammenarbeit mit dem Merkur-Herausgeber Hans Paeschke.<sup>813</sup> Bis November verfasst Améry „Ressentiments“, im Februar 1966 schließt er die Arbeiten am Aufsatz „Über Zwang und Unmöglichkeit, Jude zu sein“ ab.<sup>814</sup>

Im selben Jahr erschienen alle Texte gemeinsam als Buch. Améry wurde gelesen. Er bot zu den grauerregenden Fakten eines kollektiven Mordens, das Menschen ihres Namens beraubte, bis sie Nummern in der deutschen Tötungsstatistik waren, die radikal subjektive und deshalb humane Antwort. Er verteidigte die Person gegen den, wie es oft leichthin hieß, unpersönlichen Mahlstrom blindwütiger Geschichte. Er gab sich offen und bewusst zu erkennen als der, dem die Nummer eintätowiert wurde, und er forderte in gleicher Klarheit die Erkennbarkeit und die Bewusstseinsbildung derer, die es taten. Améry war somit fortan sowohl Teil als auch Widerpart der intellektuellen Auseinandersetzung um die Erfahrung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. Der vorgesehene Titel „Ressentiments“ hätte den Kern des Buches benannt; er wurde aus Werbegründen vom Verlag abgelehnt. So schlug Améry vor: „Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten“.<sup>815</sup> Im Vorwort schrieb er aus Brüssel:

„Als im Jahre 1964 in Frankfurt der große Auschwitz-Prozeß begann, schrieb ich den ersten Aufsatz im Zusammenhang mit meinen Erlebnissen im Dritten Reich, nach zwanzig Jahren Schweigens. Ich dachte zunächst nicht an eine Fortsetzung, wollte mir nur über ein Sonderproblem – die Situation des Intellektuel-

<sup>812</sup> Améry: Örtlichkeiten. In: Ders.: Werke, Bd. 2, S. 351-489 (471).

<sup>813</sup> Jean Améry: Die Tortur. In: Merkur 208 (1965), S. 623-638.

<sup>814</sup> Zur Entstehung vgl. insgesamt Gerhard Scheit: Nachwort. In: Améry: Werke, Bd. 2, S. 629-711 (642-654).

<sup>815</sup> Ebd., S. 653.

len im Konzentrationslager – klar werden. Als aber diese Arbeit verfaßt war, spürte ich, daß es unmöglich damit sein Bewenden haben dürfe. Auschwitz. Doch wie war ich dahin gelangt? Was war vorher geschehen, was sollte nachher kommen, wie stehe ich heute da?

Ich kann nicht sagen, daß ich in der Zeit der Stille die zwölf Jahre des deutschen und meines eigenen Schicksals vergessen oder ‚verdrängt‘ hätte. Ich hatte mich zwei Jahrzehnte lang auf der Suche nach der unverlierbaren Zeit befunden, nur, daß es mir schwer gewesen war, davon zu sprechen. Nun aber, da durch die Niederschrift des Essays über Auschwitz ein dumpfer Bann gebrochen schien, wollte plötzlich alles gesagt sein: so kam dieses Buch zustande. [...]

Bald zwang sich die Methode auf. Hatte ich noch in den ersten Zeilen des Auschwitz-Aufsatzes geglaubt, ich könne behutsam und distanziert bleiben und dem Leser in distinguiertem Objektivität gegenüberzutreten, mußte ich nun erfahren, daß es einfach unmöglich war. Wo das ‚Ich‘ durchaus hätte vermieden werden sollen, erwies es sich als der einzig brauchbare Ansatzpunkt. [...] Bekennend und meditierend gelangte ich zu einer Untersuchung oder, wenn man will, zu einer Wesensbeschreibung der Opfer-Existenz. [...]

Ich wende mich in diesem Buch nicht an meine Schicksalsgefährten. Sie wissen Bescheid. Jeder von ihnen muß auf seine Weise die Erlebnislast mit sich tragen. Den Deutschen freilich, die in ihrer überwältigenden Mehrheit sich nicht oder nicht mehr betroffen fühlen von den zugleich finstersten und kennzeichnendsten Taten des Dritten Reiches, würde ich gern hier manches erzählen, was ihnen vordem vielleicht noch nicht eröffnet wurde. Schließlich hoffe ich manchmal, es sei diese Arbeit zu einem guten Ende gebracht worden: dann könnte sie alle angehen, die einander Mitmenschen sein wollen.“<sup>816</sup>

Derart unumwunden das ganze Gewicht des eigenen Erlebens in die Waagschale legend hatte die westdeutschen Nachkriegsbürger tatsächlich noch kaum je ein Opfer des NS-Regimes angerufen, herausgefordert und angeklagt. Nicht vornehm und rücksichtsvoll schweigen, nicht hinwegsehen über das Trennende in der Hoffnung auf bessere Zeiten, aber auch nicht ignorieren wollte dieser Autor, sondern „andere Empfindlichkeiten so wenig schonen wie meine eigene“ im Einspruch dagegen, wie die Deutschen zum Tagesgeschäft übergegangen waren. Das war in keiner Weise

leicht verdaulich, denn es lief dem neu eingerichteten Common sense zuwider, dass materielle „Wiedergutmachung“ mit devoten Versöhnungsgesten gegenüber prominenten Repräsentanten jüdischer Organisationen einen *Anspruch* auf Vergeben und Vergessen begründete. Die Lektüre Améry's war bedrohlich.<sup>817</sup> Wer ihm folgte, sah das Selbstbild der Adenauerschen Republik mit einem Mal als Verständigungsmaske, hinter der in die Gedankenlosigkeit, die Gefühlsarmut, das propere Europäertum persistenter Antisemitismus eingelagert lag.

Améry's Schärfe der Formulierung ging aber auf nichts weniger aus als Beschimpfung. Er suchte im deutschen Publikum vielmehr den bitter entbehrten Ansprechpartner. Er offerierte das rückhaltlos aufrichtige Gespräch, das ihm wie dem Leser ermöglichen sollte, aus der heillosen Vergangenheit, die bei den Überlebenden als Vertrauensverlust ihr Zerstörungswerk schleichend fortsetzte, in eine produktive Mitmenschlichkeit zu gelangen. Doch das ging seiner Auffassung nach nur um den Preis eben jener Schonungslosigkeit, die so leicht als unversöhnliche Feindseligkeit zu missverstehen war.

Die Empörung darüber, dass ihnen die Verantwortung für Kriegsverbrechen und Völkermord öffentlich angelastet, ja dass überhaupt offen über grauenvolle Taten gesprochen wurde, diente der deutschen Selbstentlastung schon unmittelbar seit 1945. Kaum dass Hitler tot war, übten sich diejenigen, die bis zum bitteren Ende den Vernichtungskrieg geführt und gerechtfertigt hatten, in der Klage, die „endlose“ Propaganda der Sieger über deutsche Gräueltaten müsse aufhören.<sup>818</sup> Die Entnazifizierung hatte noch gar nicht begonnen, da waren die Deutschen ihrer schon überdrüssig. Von der Identifizierung mit dem Dritten Reich sprangen viele schlagartig in eine Distanzierung, die nicht mehr wahrhaben wollte, wie man zuvor gehandelt hatte. Die Aufarbeitung des Geschehenen erschien deshalb störend von der ersten Stunde an, und die Forderung nach dem Schlussstrich blieb seitdem durchgehend populär. Zwanzig Jahre später hatte sich Améry nicht gegen ein neues, sondern noch immer gegen dasselbe Vorurteil anzustemmen. „Seien Sie vorsichtig, riet mir ein wohlmeinender Freund“, so begann er den ersten Aufsatz. Verzichten solle er auf das Wort Auschwitz. „Das Publikum sei allergisch gegen diesen geographischen, geschichtli-

---

<sup>816</sup> Jean Améry: *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*. In: Ders.: *Werke*, Bd. 2, S. 7-177 (20ff.).

<sup>817</sup> Vgl. die Einschätzung Rainer Brandenburgs, zit. nach Gerhard Scheit, in: Améry: *Werke*, Bd. 2, S. 652.

<sup>818</sup> Die Belege dafür sind zahlreich. Hier sei nur noch einmal darauf verwiesen, wie Karl Dietrich Erdmann auf den Zusammenbruch des Dritten Reiches reagierte, siehe oben.

chen, politischen Begriff. Es gebe ja schließlich schon genug Auschwitz-Bücher und Auschwitz-Dokumente aller Art, und wer von den Greueln berichte, erzähle damit nichts Neues.“<sup>819</sup> Doch gegen genau diese zwanzigjährige Kontinuität des Nicht-mehr-hören-Wollens richtete er die Botschaft, es sei im Jahre 1964 mit dem Hören und Bedenken auf Seiten der meisten Deutschen noch gar nicht wirklich begonnen worden. Neu war, dass er der Reizbarkeit eines Publikums, das sich in toto nicht betroffen fühlen wollte, die Gereiztheit des Opfers entgegenstellte, dem eine große Anzahl von Tätern und Mitläufern aus den Reihen eben jenes Publikums die Betroffenheit als Existenzform aufgezwungen hatte. Die Überlebenden sollten fortan die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit ihrem durch Ignoranz abgeschirmten guten Gewissen nicht mehr in Ruhe lassen. Daraus sprach ein moralisches Selbstbewusstsein, das wie Hybris in den Augen der so schamlos Herausgeforderten wirkte, das aber, wie die Essays ausführten, unter vielen reflexiven Anstrengungen einer brennenden Scham des Opfers abgetrotzt war, die eigene Würde vor der Vernichtungswut der SS-Leute nicht bewahrt haben zu können. Denn dies war die erste Aussage Amérys: dass der Mensch als solcher, wenn er ganz ohne Schutz dasteht, bei lebendigem Leibe körperlich und geistig zugrunde zu richten sei, dass die „SS-Logik“ habe triumphieren können und dass der Intellektuelle im KZ diesem faktischen Triumph nichts Ideelles entgegenzusetzen gehabt habe.

„Der Intellektuelle aber, der nach dem Zusammenbrechen des ersten inneren Widerstandes erkannt hatte, daß sehr wohl sein könne, was nicht sein darf, der die SS-Logik als stündlich sich erweisende Wirklichkeit erfuhr, ging nun im Denken ein paar verhängnisvolle Schritte weiter. Hatten jene, die ihn zu vernichten sich anschickten, nicht vielleicht recht gegen ihn, auf Grund des unbestreitbaren Faktums, daß sie die Stärkeren waren? Die grundsätzliche geistige Toleranz und der methodische Zweifel des Intellektuellen wurden so zu Faktoren der Autodestruktion. Ja, die SS konnte es treiben, wie sie es tat: Es gibt kein Naturrecht und die moralischen Kategorien entstehen und vergehen wie die Moden. Ein Deutschland war da, das Juden und politische Gegner in den Tod trieb, da es sich nur auf diese Weise glaubte verwirklichen zu können. Und was weiter?“<sup>820</sup>

---

<sup>819</sup> Améry: Werke, Bd. 2, S. 23.

<sup>820</sup> Ebd., S. 38f.

Aus dieser Niederlage des Häftlings unter der „Machtgestalt des SS-Staates“ folgte Améry nicht nur die Widerlegung eines jeden heroischen Idealismus, der sich von der Sozialwelt glaubt ablösen zu können. Er sprach vor allem über die Existenzform derer, die den Triumph der Gesellschaft über die Menschlichkeit unwiderruflich an sich selbst erfahren hatten.

„Man schaut nicht dem entmenschten Menschen bei seiner Tat und Untat zu, ohne daß alle Vorstellungen von eingeborener Menschenwürde in Frage gestellt würden. Wir kamen entblößt aus dem Lager, ausgeplündert, entleert, desorientiert – und es hat lange gedauert, bis wir nur wieder die Alltagssprache der Freiheit erlernten. Wir sprechen sie übrigens noch heute mit Unbehagen und ohne rechtes Vertrauen in ihre Gültigkeit.“<sup>821</sup>

Améry führte die versehrte Existenzform des Überlebenden zurück auf die Folter, „das fürchterlichste Ereignis, das ein Mensch in sich bewahren kann.“<sup>822</sup> Wieder setzte er bei den eigenen Erlebnissen unter der Gestapo und der SS an, um von dort aus die allgemeine Bedeutung zu erschließen. Er verwendete das Wort „Tortur“. Sie beginne mit dem ersten Schlag.

„Der erste Schlag bringt dem Inhaftierten zu Bewußtsein, daß er *hilflos* ist – und damit enthält er alles Spätere schon im Keime. Folter und Tod in der Zelle, wovon man gewußt haben mag, ohne daß freilich solches Wissen Lebensfarbe besessen hätte, werden beim ersten Schlag als reale Möglichkeiten, ja als Gewißheiten vorgespürt. Man darf mich mit der Faust ins Gesicht schlagen, fühlt in dumpfem Staunen das Opfer und schließt in ebenso dumpfer Gewißheit: Man wird mit mir anstellen, was man will.“<sup>823</sup>

Er müsse gestehen, er wisse nicht, was das sei, die Menschenwürde. „Ich weiß also nicht, ob die Menschenwürde verliert, wer von Polizeileuten geprügelt wird“, schrieb er. „Doch bin ich sicher, daß er schon mit dem ersten Schlag, der auf ihn niedergeht, etwas einbüßt, was wir vielleicht vorläufig das Weltvertrauen nennen wol-

---

<sup>821</sup> Ebd., S. 52f.

<sup>822</sup> Ebd., S. 57.

<sup>823</sup> Ebd., S. 65.

len.“<sup>824</sup> Und er richtete den Blick auf das Gegenüber, den „Menschenfeind“, „den „Hitlergefolgsmann“, der „zu seiner vollen Identität“, „zum vollgültigen Repräsentanten seines Führers und seiner Ideologie“ erst werde, wenn er foltere und vernichte.“<sup>825</sup> Améry beschrieb das Wesen des Nationalsozialismus am Antlitz des folternden Funktionärs. Und das Bemühen um einen deutlichen Bericht über den tatwilligen SS-Mann meinte Zurückweisung spekulativer Abstraktionen, unscharfer Verallgemeinerungen, meinte Absage an umfassende Totalitarismuskonzepte, Verneinung von Hannah Arendts rhetorischer Figur einer „Banalität des Bösen“, was alles ihm wie Ausflucht oder doch wie leichtsinnige Akrobatik über dem Abgrund vorkam.<sup>826</sup> Er wollte am deutschen Folterbeamten festhalten, was das Dritte Reich im Kern war: Er erinnerte sich an das „Geschäftszimmer“ der SS in Breendonck, das Himmlerbild an der Wand, an die Genauigkeit, die Routine, die Selbstverständlichkeit, mit der die Diensthabenden das Ungeheuerliche taten. „Vater Himmler blickte zufrieden herab auf das Fahnentuch, das den rohen Holztisch bedeckte, und auf seine Leute. Es war Verlaß auf sie.“<sup>827</sup> Der SS-Staat stellte sich ihm vor in Gestalt eines leutseligen Mannes mit Berliner Dialekt.

„Am Handgelenk hing ihm in einer Lederschleife ein Ochsenziemer von der Länge vielleicht eines Meters. Aber warum soll ich eigentlich seinen Namen verschweigen, der mir später so geläufig wurde? Es geht ihm vielleicht gut zur Stunde, und er fühlt sich wohl in seiner gesund geröteten Haut, wenn er vom Sonntagsausflug mit dem Auto heimkehrt. Ich habe keinen Grund, ihn nicht zu nennen. Der Herr Leutnant, der hier die Rolle des Spezialisten für Folterungen spielte, hieß Praust – P-R-A-U-S-T. ‚Jetzt passiert’s‘, sagte er rasselnd und gemütlich zu mir.“<sup>828</sup>

„Sie waren, wenn man es durchaus will, stumpfe Bürokraten der Tortur. Und waren aber doch auch viel mehr, das sah ich in ihren ernsten, angespannten, nicht etwa von sexualsadistischer Lust verquollenen, sondern in mörderischer Selbstrealisierung gesammelten Gesichtern.“<sup>829</sup>

---

<sup>824</sup> Ebd.

<sup>825</sup> Ebd., S. 70.

<sup>826</sup> Vgl. ebd., S. 62, 69, 70.

<sup>827</sup> Ebd., S. 69.

<sup>828</sup> Ebd., S. 72.

<sup>829</sup> Ebd., S. 78.

Die Erkenntnis ist nichts als eine negative. Améry wiederholte am Ende seines Essays über die Folter das Motiv der Zerstörbarkeit des Menschen. „Wer der Folter erlag“, schrieb er, „kann nicht mehr heimisch werden in der Welt.“ Genau an dieser Schwelle markierte er den Riss, der fortan das Opfer nicht nur von den Tätern, sondern auch von all den Wohlbehaltenen trennt, die in der Gesellschaft ihr intaktes Zuhause haben und Stolz auf diese Zugehörigkeit zu empfinden fähig sind. Anders die Verfolgten: „Die Schmach der Vernichtung läßt sich nicht mehr austilgen. Daß der Mitmensch als Gegenmensch erfahren wurde, bleibt als gestauter Schrecken im Gefolterten liegen: Darüber blickt keiner hinaus in eine Welt, in der das Prinzip Hoffnung herrscht. Der gemartert wurde, ist waffenlos der Angst ausgeliefert. Sie ist es, die fürderhin über ihm das Szepter schwingt.“<sup>830</sup>

Aus der durch den Schrecken eingepflanzten Unsicherheit – und auch hier greifen die Reflexionen ineinander – sah er das unhintergehbare Bedürfnis nach Heimat als einer Lebensversicherung erwachsen. Aufklären wollte er da auch die Deutschen, die bei der Kriegsniederlage aus dem Osten hatten fliehen müssen, aber in einen Staat ihrer Sprache, Kultur und Geschichte zuwanderten, der ihnen moralische und materielle Hilfe bei der Wiedereingliederung bot. Sie waren Flüchtlinge, aber keine Exilierten, Vertriebene, aber keine Heimatlosen. „Sie verloren ihren Besitz, Haus und Hof, Geschäft, Vermögen oder auch nur einen bescheidenen Arbeitsplatz, dazu das Land, Wiesen und Hügel, einen Wald, eine Stadtsilhouette, die Kirche, in der man sie konfirmiert hatte“, antwortete Améry auf die gängige Ansicht, die Deutschen selbst hätten nicht weniger Schrecken erlebt als die Naziopfer. „Wir verloren das alles auch, dazu aber noch die Menschen: den Kameraden von der Schulbank, den Nachbarn, den Lehrer. Die waren Denunzianten oder Schläger geworden, bestenfalls verlegene Abwarter. Und wir verloren die Sprache.“<sup>831</sup> Muttersprache habe sich in Feindsprache verwandelt, ohne dass eine andere fremde zur eigenen hätte werden können. Es gebe für die damals Ausgestoßenen auch keine Rückkehr, eben weil ihnen beizeiten niemand beigestanden hatte. Und dem allgemeinen Glauben, die Zeit heile die Wunden, aus dem manch bekennender Bundesrepublikaner in den 60er Jahren eine Verjährung des Hitlerregimes ableitete, setzte Améry das Zeitbewusstsein des Ausgebürgerten entgegen.

---

<sup>830</sup> Ebd., S. 85.



„Erinnern. Das Stichwort ist gefallen, und unsere Reflexionen schwingen von selbst zurück zu ihrem Hauptgegenstand: dem Heimatverlust dessen, den das Dritte Reich vertrieb. Er ist gealtert, und er hat in einer Zeitspanne, die nun schon nach Jahrzehnten zählt, lernen müssen, daß ihm nicht eine Wunde geschlagen wurde, die mit dem Ticken der Zeit vernarbt, sondern daß er an einer schleichen- den Krankheit laboriert, die mit den Jahren schlimmer wird.“<sup>832</sup>

„Es altert sich schlecht im Exil. Denn der Mensch braucht Heimat. [...]

Er braucht viel Heimat, mehr jedenfalls, als eine Welt von Beheimateten, deren ganzer Stolz ein kosmopolitischer Ferienspaß ist, sich träumen läßt.“<sup>833</sup>

Dass es ihm mit den Jahren schlimmer wurde, während die Deutschen sich in wachsender Zufriedenheit die Internationalität ihrer Lebensweise zugute hielten und weltweit wieder Anerkennung fanden, führte ihn in ein Aufbegehren gegen das natürliche Vergehen der Zeit. Er forderte eine moralische Umkehrung des Zeitbewusstseins und die „Festnagelung des Untäters an seine Untat“, damit auch dieser zurückgerissen werde in die Erinnerung wie das Opfer in den Vergangenheitsschmerz.<sup>834</sup> Améry empfand die zwanzig Jahre seit 1945 nicht als Gegengewicht zu den zwölf des Dritten Reiches, „die für uns andere wirklich tausend waren“.<sup>835</sup> Aus diesem Grunde war ihm „nicht wohl in diesem friedlichen, schönen, von tüchtigen und modernen Menschen bewohnten Lande“ Bundesrepublik<sup>836</sup>, das transatlantische „Macht-Wiederauferstehung“ gefeiert habe<sup>837</sup>. „Ich spreche als Opfer und untersuche meine Ressentiments“, schrieb er, und er tat dies in keiner Weise selbstgerecht, sondern mit einem andauernden methodischen Selbstmisstrauen, das dialogisch die Einwände mit einbezog, die er bei seinen deutschen Lesern vermutete.

„Das Volk, von dem ich spreche und das ich hier anrede, zeigt gedämpftes Verständnis für meinen reaktiven Groll. Ich selber aber verstehe diesen Groll nicht ganz, noch nicht – und darum will ich mir in diesem Aufsatz über ihn klar werden. Ich wäre dem Leser dankbar, wenn er mir dabei folgen wollte, auch

---

<sup>831</sup> Ebd., S. 88.

<sup>832</sup> Ebd., S. 111.

<sup>833</sup> Ebd., S. 116.

<sup>834</sup> Ebd., S. 133f.

<sup>835</sup> Ebd., S. 143.

<sup>836</sup> Ebd., S. 119.

dann, wenn in der Stunde, die vor uns liegt, ihn mehr als einmal der Wunsch ankommen sollte, das Buch aus der Hand zu legen.“<sup>838</sup>

„Was ich beitragen kann, ist die aus Introspektion gewonnene Analyse des Ressentiments. Was ich mir aufgabe, ist die Justifizierung eines gleichermaßen von Moralisten wie Psychologen abgeurteilten seelischen Befindens: jenen gilt es als Makel, diesen als eine Art Krankheit. Ich muß mich zu ihm bekennen, den sozialen Makel tragen und die Krankheit als integrierenden Teil meiner Persönlichkeit erst auf mich nehmen, dann legitimieren. Es ist ein denkbar undankbares Bekenntnisgeschäft, und es unterwirft zudem meine Leser einer ungewohnten Geduldsprobe.“<sup>839</sup>

Noch einmal blickte Améry zurück in die Welt direkt nach Kriegsende. Er beschrieb, wie er in der allgemeinen Verachtung, welche die Deutschen traf, sich aufgehoben fühlte, wie er im Einklang lebte mit all denen, die zu den Siegern gehörten. Anders als in seinem Text vom Juni 1945 erklärte er nun ex post, dass ihm der Vorwurf, die Deutschen insgesamt seien schuldig gewesen, recht gewesen sei. Und er müsse daran festhalten. „Kollektivschuld“, schrieb er jetzt: „Das ist natürlich blanker Unsinn, sofern es impliziert, die Gemeinschaft der Deutschen habe ein gemeinsames Bewußtsein“ besessen. Gleichwohl sei der Begriff eine „brauchbare Hypothese“, wenn er die Summe individuellen Schuldverhaltens meine.<sup>840</sup> „Die vielzuvielen waren keine SS-Männer, sondern Arbeiter, Kartothekführer, Techniker, Tippfräuleins – und nur eine Minderheit unter ihnen trug das Parteiabzeichen. Sie waren, nehmt alles nur in allem, für mich das deutsche Volk.“ Améry hielt fest an seiner Erfahrung mit dem deutschen Lagerpersonal in Auschwitz: „Was um sie und mit uns geschah, das wußten sie genau, denn sie schmeckten wie wir den Brandgeruch vom nahen Vernichtungslager, und manche trugen Kleider, die man erst gestern an den Selektionsrampen den ankommenden Opfern abgenommen hatte.“<sup>841</sup> Und doch sei schon wenige Jahre später Deutschland wieder „aufgenommen worden in die Gemeinschaft der Völker“<sup>842</sup>, als Machtfaktor hofiert, „das industrielle Idyll des neuen Europas“<sup>843</sup>.

---

<sup>837</sup> Ebd., S. 124.

<sup>838</sup> Ebd., S. 119.

<sup>839</sup> Ebd., S. 121.

<sup>840</sup> Ebd., S. 134f.

<sup>841</sup> Ebd., S. 137.

<sup>842</sup> Ebd., S. 124.

Gestern noch willkommener Widerstandskämpfer, gehöre er nun zur missbilligten Minderheit derer, die den Deutschen ihre Hitlerzeit nachtrügen. „Ich hegte meine Ressentiments. Und da ich sie nicht loswerden kann, noch mag, muß ich mit ihnen leben und bin gehalten, sie jenen zu erhellen, gegen die sie sich richten“, schrieb er. Immer wieder durch die Verkehrung der Rollen an den Rand bitterer Ironie geführt, nahm es Améry doch auf sich, dem Publikum seine intime Emotion ohne Polemik auseinander zu setzen. Er hatte sich vorgenommen zu erklären und zu erläutern, um tatsächlich Klarheit und Läuterung in das Verhältnis der Deutschen zu den Naziopfern bringen zu helfen. Der frisch ungetrübte Blick in die Zukunft falle ihm um genau soviel zu schwer, wie die Verfolger von gestern es sich zu leicht machten. Nicht im Herunterschlucken, sondern in der Erkenntnis und Politisierung dieser Ungleichheit der Lasten zuungunsten der Opfer sah er den Ausweg. Die „zwischen ihnen und mir liegenden Leichenhaufen“ seien nur abzutragen „durch Aktualisierung, schärfer gesagt: durch Austragung des ungelösten Konflikts im Wirkungsfeld der geschichtlichen Praxis.“<sup>844</sup>

„Wenn ich zu meinen Ressentiments stehe, wenn ich einräume, daß ich beim Durchdenken unseres Problems ‚befangen‘ bin, so weiß ich doch, daß ich der Gefangene bin der *moralischen Wahrheit* des Konflikts. Die Forderung nach Objektivität erscheint mir bei der Auseinandersetzung mit meinen Peinigern, mit jenen, die ihnen halfen, den anderen, die nur dazu schwiegen, als logisch sinnlos. Es hat die Untat als Untat keinen objektiven Charakter. Massenmord, Folter, Verletzung jeder Art sind objektiv nichts als Ketten physikalischer Ereignisse, beschreibbar in der formalisierten Sprache der Naturwissenschaft: Es sind Tatsachen innerhalb eines physikalischen, nicht Taten innerhalb eines moralischen Systems. Es hatten die Verbrechen des Nationalsozialismus auch für den Täter, der sich allerwegen dem Normsystem seines Führers und seines Reiches anheimgab, keine moralische Qualität. Der Untäter, der nicht durch sein Gewissen an seine Handlung gekettet ist, kennt sie von sich aus nur als Objektivation seines Willens, nicht als moralisches Ereignis. [...] Die moralische Wahrheit der mir noch heute im Schädel dröhnenden Hiebe besaß und besitze ich nur selber und bin darum in höherem Maße urteilsbefugt, nicht nur als der Täter, sondern auch als die nur an ihren Bestand denkende Gesellschaft. Die Sozietät ist befaßt nur

---

<sup>843</sup> Ebd., S. 126.

mit ihrer Sicherung und schert sich nicht um das beschädigte Leben: Sie blickt vorwärts, im günstigsten Fall, auf daß dergleichen sich nicht wieder ereigne. Meine Ressentiments aber sind da, damit das Verbrechen moralische Realität werde für den Verbrecher, damit er hineingerissen sei in die Wahrheit seiner Untat.“<sup>845</sup>

Dass das Verbrechen moralische Realität werde für die Deutschen, dies war die Kernbotschaft, das Angebot und die Zumutung einer Auseinandersetzung, die sich „jenseits von Schuld und Sühne“ bewegte. Nur ließ sich das nicht mehr im fingierten Dialog bewerkstelligen. Améry war angewiesen auf die Antwort. Er stellte sich vor, sie könne im Selbstmisstrauen der Deutschen, auch der jüngeren Deutschen liegen, es möge eine Empfindlichkeit für dieses Stück nationaler Geschichte erhalten bleiben, im Wissen zumal, „daß es nicht Deutsche waren, die die Herrschaft der Niedertracht beseitigten“. Es möge Deutschland ohne zu verdrängen und zu vertuschen das Dritte Reich als sein „negatives Eigentum in Anspruch nehmen“. „Zwei Menschengruppen, Überwältiger und Überwältigte“, wünschte er, „würden einander begegnen am Treffpunkt des Wunsches nach Zeitumkehrung und damit nach Moralisierung der Geschichte.“<sup>846</sup>

Doch Améry schalt sich schon an dieser Stelle der Träumerei. „Nichts dergleichen“, sah er voraus, „wird sich ereignen, ich weiß, trotz allen ehrenhaften Bemühungen deutscher Intellektueller, die freilich wirklich am Ende das sein mögen, was die anderen ihnen vorhalten: wurzellos.“ Nicht der Moralisierung, sondern der Historisierung des Dritten Reiches gehöre die Zukunft. „Alle erkennbaren Vorzeichen deuten darauf hin, daß die natürliche Zeit die moralische Forderung unseres Ressentiments refüsieren und schließlich zum Erlöschen bringen wird.“ Das NS-Reich werde zunächst weiter als Betriebsunfall gelten. „Schließlich aber“, so Améry, „wird es Geschichte schlechthin sein, nicht besser und nicht übler als es dramatische historische Epochen nun einmal sind, blutbefleckt vielleicht, aber doch auch ein Reich, das seinen Familienalltag hatte.“<sup>847</sup> Die Macht dieses historischen Hinweggehens über alle Klagen und Einsprüche hatte sich schließlich an ihm selbst schon bemerkbar

---

<sup>844</sup> Ebd., S. 129.

<sup>845</sup> Ebd., S. 130f.

<sup>846</sup> Ebd., S. 143.

<sup>847</sup> Ebd., S. 145.

gemacht, und in diesen Worten kündigte sich die Resignation an, die ihn eine Dekade darauf so fest im Griff hatte, wie er es 1965 vorwegahnte.

„Ich muß die Ressentiments einkapseln. Noch kann ich glauben an ihren moralischen Rang und ihre geschichtliche Gültigkeit. Noch. Für wie lange? Allein, daß ich mir eine solche Frage stellen muß, zeigt das Ungeheure und Ungeheuerliche des natürlichen Zeitgefühls. Vielleicht wird es mich schon morgen zur Selbstverurteilung führen, indem es nämlich das moralische Verlangen nach Umkehrung mir als den absurden Halbklugschwatz erscheinen lassen wird, der es für die weltvernünftigen Ganzklugen heute schon ist. [...] Wir Opfer müssen ‚fertigwerden‘ mit dem reaktiven Groll, in jenem Sinne, den einst der KZ-Argot dem Worte ‚fertigmachen‘ gab; es bedeutete soviel wie umbringen. Wir müssen und werden bald fertig sein. Bis es soweit ist, bitten wir die durch Nachträgerei in ihrer Ruhe gestörten um Geduld.“<sup>848</sup>

Jedoch hob er noch einmal an, um seinen Begriff von Revolte und Protest an dem kämpferischen Entschluss zum Judentum zu manifestieren. Es sei unmöglich für ihn, nach Maßgabe von Religion, Kultur, Familientradition oder Nationalismus ein Jude zu sein. Er glaube nicht an den Gott Israels. Sein Vater habe die Kaiseruniform getragen. Und doch sei der Zwang, sich als Jude zu bekennen, gebieterisch und erlaube nicht die Ausflucht eines universellen Menschseins. „Ein Mensch? Gewiß doch, wer wollte es nicht sein. Nur ist man Mensch erst, wenn man Deutscher, Franzose, Christ, Angehöriger einer beliebigen definierbaren sozialen Gemeinschaft ist.“<sup>849</sup> So lautete die Lektion aus den Jahren der Verfolgung. Jude sein heiße, das Urteil der Sozialwelt anzunehmen, das ein Todesurteil gewesen sei, „vor dem Flucht in die Innerlichkeit nur Schmach gewesen wäre“. „Ich wurde Mensch, nicht indem ich mich innerlich auf mein abstraktes Menschentum berief, sondern indem ich mich in der gegebenen gesellschaftlichen Wirklichkeit als revoltierender Jude auffand und ganz realisierte.“<sup>850</sup> Dieses Judesein sei über ihn hereingebrochen als ein „Elementarereignis“, und er müsse es bestehen „ohne Gott, ohne Geschichte, ohne messianisch-nationale Erwartung“. „Ich trage auf meinem linken Unterarm die Auschwitz-Nummer; die liest sich kürzer als der Pentateuch oder der Talmud und gibt doch

---

<sup>848</sup> Ebd., S. 147f.

<sup>849</sup> Ebd., S. 152.

<sup>850</sup> Ebd., S. 162.

gründlicher Auskunft. Sie ist auch verbindlicher als Grundformel der jüdischen Existenz.“<sup>851</sup> Améry bündelte hier alle seine Stufe um Stufe gewonnenen Einsichten, das Wissen um die Zerstörbarkeit des Menschen und die Hinfälligkeit des Geistes, das durch Folter eingebrannte Misstrauen, den folgenreichen Verlust von Sicherheit und Heimat, auf den einen Fluchtpunkt hin, der ihm nur politischer Art sein konnte und die Beziehung zu Deutschland immer schon einschloss:

„Wo es eine Gemeinsamkeit gibt zwischen mir und der Welt, deren immer noch nicht widerrufenes Todesurteil ich als soziale Realität anerkenne, geht sie auf in der Polemik. Ihr wollt nicht hören? Höret. Ihr wollt nicht wissen, wohin eure Gleichgültigkeit euch selber und mich zu jeder Stunde wieder hinführen kann? Ich sage es euch. Es geht euch nichts an, was geschah, denn ihr wußtet nicht oder wart zu jung oder noch nicht einmal auf dieser Welt? Ihr hättet sehen müssen und eure Jugend ist kein Freibrief und brecht mit eurem Vater.“<sup>852</sup>

Er konnte sich nur in der *politischen* Anklage wiederfinden, die eigentlich nichts weiter war als ein dringlicher Appell an Gewissen und Bewusstsein der Deutschen. Der Ausweg musste im Politischen liegen, da doch die Ursache seines beschädigten Lebens auf soziale Handlungen und Misshandlungen und auf politische Unterlassungen rückführbar war. „Nicht das Sein bedrängt mich oder das Nichts oder Gott oder die Abwesenheit Gottes, nur die Gesellschaft“, schloss er, „denn sie und nur sie hat mir die existentielle Gleichgewichtsstörung verursacht, gegen die ich aufrechten Gang durchzusetzen versuche.“<sup>853</sup>

Jean Améry, es wurde schon gesagt, hatte Erfolg mit seinen Essays. Er verschaffte sich Gehör. Sein Name galt nun etwas, wenn auch nur im gehobenen geistigen Leben der Bundesrepublik. Er konnte daran nicht froh werden. „Too little, too late“, bei aller Freude, schrieb er an den Freund Ernst Mayer.<sup>854</sup> Zahlreiche Briefe, auch von prominenter Hand, Einladungen, viel Zuspruch, rühmende, beinah jubelnde Erwiderungen, Rezensionen in allen Zeitungen von Rang, Angebote der Mitarbeit von verschiedenen Redaktionen, Aufnahme in die West-Berliner Akademie der Künste, Verleihung des Kritikerpreises des Verbandes deutscher Schriftsteller<sup>855</sup> – war er

---

<sup>851</sup> Ebd., S. 167.

<sup>852</sup> Ebd., S. 170.

<sup>853</sup> Ebd., S. 177.

<sup>854</sup> Zit. nach Heidelberger-Leonard: Améry, S. 197.

<sup>855</sup> Vgl. ebd., S 234ff.

nicht zurückgekehrt? Er reiste nun häufiger nach Deutschland. Er bekam die Rolle des Wächters zugeschrieben, der gegen jeden Rechtsdrall der Republik einzuschreiten habe. Gleich im Jahr des Erscheinens von „Jenseits von Schuld und Sühne“ sollte er diesen Dienst für den „Mercur“ tun. Hans Paeschke hatte eine Bekenntnisschrift des konservativen Hans Egon Holthusen veröffentlicht, der die eindringlich-aufdringlichen Vorwürfe von Studenten, er habe mit dem Nationalsozialismus sympathisiert, abwehrte, indem er aufreizend unzerknirscht eine verzeihliche jugendliche Eigenwilligkeit, seinen Trotz und seine Entdeckerfreude rekapitulierte. Der Text „Freiwillig zur SS“ von 1966 heischte Sympathie für das Menschliche im Irrtum, und ging hinweg über die Folgen. Er veranschaulichte geradezu aus entgegengesetzter Optik, was Améry meinte, wenn er von der mörderischen Selbstrealisierung der Täter sprach und davon, dass die moralische Wahrheit der Tat ihnen bis auf den Tag verborgen bliebe. Hans Paeschke ließ beide Autoren aufeinander prallen zum Zweck eines öffentlichen Spektakels.<sup>856</sup> Améry wurde es schwer, diese berechnete Funktion des „Berufs-KZlers“ auszuüben. Er hatte versucht, die Täter auf ihre Tat zu stoßen. Nun wurde er im Mediendienst als Opfer auf das Erlittene festgenagelt.

Er machte in den folgenden Jahren ein „Gefühl des Überdrusses, Kampfesmüdigkeit“ geltend. Er sei den „Anforderungen nicht mehr gewachsen“.<sup>857</sup> Dennoch nahm er eine Vielzahl von öffentlichen Auftritten wahr, und als 1968 die politischen Ereignisse zwischen Studentenprotest und Notstandsgesetzgebung und mit den Ereignissen allenthalben auch die Redaktionen öffentlich-engagierten Kommentar forderten, erschien sein Buch „Über das Altern. Revolte und Resignation“. „A steckt bis zum Halse, bis zum Mund in Todesgedanken“, schreibt der Autor über sich. „Man lasse ihn gewähren.“<sup>858</sup> Améry erlitt einen Herzinfarkt. Er selbst sprach von Todesangst, seine zweite Frau Maria klagte über seinen Wunsch zu sterben.

Just als es Anlass gab anzunehmen, dass wirklich, wie er 1961 hoffte, mit einer neuen Generation und durch sie ohne Verdrängung und Vertuschung ein neues Deutschland werde, wollte Améry nicht mehr weiter. Das persönliche Drama, das akzentuiert ist im Widerspruch zwischen äußeren Wirkungschancen und innerer Depression, kann nicht gänzlich aus Konflikten Amérys mit der Protestbewegung abgeleitet werden. Es aber vollends auf die private Misere zu schieben, hieße das Vermö-

---

<sup>856</sup> Vgl. ebd., S. 226ff.

<sup>857</sup> Zit. nach ebd., S. 249.

<sup>858</sup> Jean Améry: Über das Altern. Revolte und Resignation. Stuttgart 1968, zit. nach Heidelberger-Leonard: Améry, S. 248.

gen des Erkrankten ignorieren, öffentliche Probleme nicht ohne Risiko zu seinen eigenen zu machen. Er traute den linksradikalen Studenten nicht und blickte befremdet auf die Entwicklung der kritischen Theorie.

Schon im Aufsatz „Jargon der Dialektik“ von 1967 ging er an gegen den weit ausgreifenden Gestus der Negation, der die konventionelle moralische Unterscheidung verwarf. Empfindlich reagierte er auf Texte, die auch die SS-Schergen letztlich zu Opfern einer gesellschaftlichen Verdinglichung erklären wollten. Améry entsetzte sich über die Anonymisierung derer, die doch bei Bewusstsein waren, als sie gehandelt hatten. „Es war mir ein ganz persönliches Ärgernis“, schrieb er, „daß die mit allerhand Totschlagewerkzeug ausgerüsteten und davon den wildesten Gebrauch machenden Kerle genau so als ‚Opfer‘ zu qualifizieren sein könnten wie wir, die Geprügelten.“ Wenn einer Quäler gewesen sei und doch zugleich als Opfer gelten solle, müsse gesagt werden, wessen Opfer. Der vage Hinweis auf die einen jeden unterdrückende Gesellschaft genüge nicht. Es sei eine banale Bemerkung, und es bleibe fraglich, ob nicht dadurch eine „Halb-und-Halb-Rechtfertigung für Bestialitäten unsäglichen Ausmaßes“ evoziert werde.<sup>859</sup> Améry hielt der seines Erachtens zur intellektuellen Mode avancierten Jargondialektik vor, einfache Wahrheiten wie die der subjektiven Verantwortung für Mord zu scheuen, deshalb Verallgemeinerungen wie die der „sozialen Verhältnisse“ einzuführen, denen in Jargonformulierungen ein falscher Glanz aufgesetzt werde, so dass unentdeckt bleibe, wie sehr die dialektische Anstrengung schließlich selbst in bedenklichste Trivialitäten abstürzen könne. Namentlich nannte er Theodor W. Adorno, und das, obwohl er ihn respektierte als einen der wichtigsten Denker der Zeit. Es sei traurig, „daß im deutschen Sprachraum gerade er für den Jargon der Dialektik die Hauptverantwortung trägt.“ Améry griff den Adorno-Satz „Das Banale kann nicht wahr sein“ heraus. „Da haben wir eine geradezu terroristische Behauptung“, schrieb er.<sup>860</sup> Améry sah Adorno im Recht, wo der dem Misstrauen gegen herrschende Meinungen Ausdruck gab. Aber er akzeptierte nicht das Verdammungsurteil gegen alle schlicht formulierten Sätze der Ethik und kritisierte Adornos „Expressionen violenter Anti-Banalität“ als eine „von sich selber bis zur Selbstblendung entzückte Sprache“. „Verdrießlich genug für den leider Betroffenen“, schrieb er über Adornos „Negative Dialektik“, „daß wieder einmal Auschwitz erhalten muß, ein dialektisches Exerzitium zu inspirieren.“ Gibt es noch eine „Positivität des Daseins“ nach Auschwitz? Kann noch Sinn aus dem Schicksal

---

<sup>859</sup> Jean Améry: Jargon der Dialektik (1967). In: Ders.: Werke, Bd. 6, S. 265-296 (266f.).



der Opfer gepresst werden? Kann noch von „affirmativ gesetzter Transzendenz“ ein Sinn in die Sphäre der Immanenz ausstrahlen? Améry zitierte Adorno: „Das Gefühl, das nach Auschwitz gegen jegliche Behauptung von Positivität des Daseins als Salbadern, Unrecht an den Opfern sich sträubt, dagegen, daß aus ihrem Schicksal ein sei's noch so ausgelaugter Sinn gepreßt wird, hat sein objektives Moment nach Ereignissen, welche die Konstruktion eines Sinnes der Immanenz, der von affirmativ gesetzter Transzendenz ausstrahlt, zum Hohn verurteilen.“ Und er antwortete sehr kühl auf dessen Infragestellung aller nur denkbaren positiven Wertsetzungen. „Die Opfer haben unter Umständen sehr wohl ihrem Geschick einen Sinn abgerungen“, wandte er ein. Adorno präsentiere kein greifbares Problem.

„Die ganze Aussage ist, reduziert auf ihren Grundgehalt, banal wie nur je eine: Ihre Entbanalisierung ist pur verbal und liegt bereits im Felde des Jargons.

Den dialektischen Denkern sitzt allerwegen die Furcht vor der Banalität im Nacken – etwa der Banalität, Opfer Opfer und Quäler Quäler sein zu lassen, wie sie es beide waren, als geschlachtet wurde.“<sup>861</sup>

Der Jargon stoße ab, entmutige. Er sei jenen ein Verdruss, die sich „nicht davon abbringen lassen wollen, daß es das Wahre und das Falsche gibt, das Gute und das Böse, und daß unter Umständen sehr wohl, was wahr und gut ist, sich aufs souveränste in Sätzen sagen läßt, die den allzu Gewitzten, allzu Gespitzten als banal erscheinen.“<sup>862</sup>

Améry ging es bei dieser Auseinandersetzung mit Adorno darum, dass die Linke, zu der er sich als einer Befreiungsbewegung bekannte, nicht in die gesellschaftliche Isolation gerate. Die kritische Aufklärung, die er soziale und politische Emanzipation des Menschen nannte, sollte sich demzufolge verständlicher machen. „Anders wird sie versagen“, so Améry, „vielleicht früher und dramatischer, als wir es uns in den schlimmsten Befürchtungen auszumalen vermögen.“ So mahnte er zu einem Zeitpunkt, da der Einfluss der Frankfurter Schule auf die Studenten seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Er litt 1968 am wahllosen Faschismusvorwurf gegen die bestehende westliche Demokratie, an der schneidenden Sprache und an dem, was er das „fleckreine lin-

---

<sup>860</sup> Ebd., S. 287.

<sup>861</sup> Ebd., S. 289f.

<sup>862</sup> Ebd., S. 291f.

ke Gewissen“ der „heraufrückenden Generationen Intellektueller“ nannte. In seinen 1971 erschienenen autobiografischen Reflexionen erklärte er sich das, was ihn entfremdete, als „Fluchtaufbrüche“ junger Deutscher, die von Deutschland buchstäblich nichts mehr wissen wollten und mit der wütenden Verachtung ihres Landes auch die Bande der Verantwortung für dessen geschichtliche Besonderheit lösten. Schon der Begriff des Deutschen hatte ja für die Jüngeren keinen Gebrauchswert mehr und keine politische Verbindlichkeit. An diesem Kollektiv haftete Unheil. Man blendete es aus. Améry aber sprach weiter in kollektiver Anrede von „den Deutschen“. Er wies polemisch auf die „Kalamität“ hin, dass nirgendwo als in Deutschland das Dritte Reich sich ereignet habe. Wo kein Deutscher mehr dieses Gepäck zu tragen bereit war, fiel es den Exilierten, die von der sie bedrückenden Geschichte nicht los kamen, um so schwerer auf die Schultern. Zu diesen Emigranten gehörte der inzwischen verstorbene Adorno. Améry kam unerbittlich auf ihn zurück.

„Er und andere, neben ihm, nach ihm, auch über ihm, brachten die frohe und dringend benötigte Botschaft hegelianisch-marxistischer Geschichtlichkeit. Es konnte keine gelehrigeren und keine begabteren Schüler geben als die Deutschen. Die Flucht in eine abstrakte Historizität rettete sie vor ihrer konkreten, eben erst katastrophal in ihrer eigenen äußersten Verdichtung zur Hölle gefahrenen Geschichte. Dialektische Geistesschärfe höchster Ordnung brachte das Irreduktible, was sich in diesem Lande ereignet hatte, unter in einer keimfreien Denkstruktur. Darin nahm das Unbegreifliche sich aus wie irgendetwas. [...] Der Tod war kein Meister aus Deutschland. Er war faschistisch oder faschistoid. Die realen Greuel, bei denen niemand sich aufzuhalten brauchte, wenn in angestrenzter Begriffssprache doziert wurde, bekamen etwas Märchenhaftes. Greuelmärchen. Die abstrakte Reflexion nahm ihnen ihren Schrecken. [...] In den Seminaren wurde der Schrecken transsubstantialisiert. Nun konnte jedermann, frei vom geschichtlichen Erdenschmutz, die Fahrt nach Morgen antreten.“<sup>863</sup>

Améry wurde Adorno nicht gerecht. Ja er warf Adorno das vor, wogegen dieser selbst sich mit der kritischen Denkbewegung stellte: das Hinweggehen über die Erfahrung der Geschichte. Améry suchte verzweifelt nach einem Haltepunkt für sein Unbehagen, und er begann seinen eigenen Einwürfen nicht mehr zu trauen. Geschah

da nicht, was er selbst gefordert hatte als Bruch mit den Vätern? Schloss die Bundesrepublik nicht auf zu den freiheitlichen Demokratien? Ging es nicht um das Vorwärts in eine bessere Zukunft? Er beargwöhnte sein Misstrauen als Missgunst. Da die Deutschen einen Feuchtwanger „mit einem Tritt hinausbefördert hatten“, neidete er ihnen die kritischen Geister der Gegenwart, die so entschieden modern waren, dass ihnen die exilierten Schriftsteller schon für überholt galten. In der Jugend selbst vertrieben und als Autor deutscher Sprache blockiert, „blicktest du scheel auch auf ihre Grass, Johnson und Walser“, schrieb er. „Sie machten alles besser und geschwinder. Sogar mit ihrer gestrigen Romantik räumten sie rapider und gründlicher auf, als ich das jemals in den Tagen, da ich mir alles Deutsche verbot, vermocht hatte.“<sup>864</sup> Er empfand einerseits Genugtuung und gestand sich ein, die Wandlung in Westdeutschland zu bewundern. Aber dann beharrte er gleichwohl darauf, es sei ihm unheimlich zumute „wegen einer schwer definierbaren geistigen Gewalttätigkeit des deutschen Modernismus und neu-deutsch linker Denk-Gepflogenheit.“<sup>865</sup> Er fühlte sich von der Eile und Ungeduld eines Aufbruchs, der die bürgerliche Emigration, wie den von ihm verehrten Thomas Mann, als „reaktionär“ abstempelte, schlechthin überrollt. Daran knüpfte er nur noch Bekenntnisse der Resignation. „Ich kam, sah, verlor – und muckte nicht mehr auf.“<sup>866</sup>

An den, wie er meinte, geschichtsflüchtigen und rabiat ideologischen Obertönen der westdeutschen Linken schloss sich mit Israel ein weiteres Moment bitter empfundener Einsamkeit in der deutschen Szene an. Améry berichtete davon in den von Mitte der 70er Jahre an für den WDR entstandenen „Örtlichkeiten“. Mit belegter Stimme habe er auf einer Plenarsitzung der Akademie der Künste in Berlin im November 1973 vorgeschlagen, eine Solidaritätsadresse an die israelischen Schriftsteller zu verfassen. Er habe darauf nur „allseits betretenes Schweigen“ und unwirsche Blicke geerntet. „Ich war so vollkommen allein wie eben einen Monat zuvor, als auf der Buchmesse in Frankfurt keiner der Kollegen auch nur ein Sterbenswörtchen fallen ließ über den im Nahen Osten mit letzter Erbitterung geführten Krieg.“ Er habe „einst dieses Volkes Leiden mitgelitten und jetzt wünschte ich den ganzen Bücherummel zum Orkus, begehrte nur zu wissen, von Stunde zu Stunde, wie es stand auf

---

<sup>863</sup> Jean Améry: Unmeisterliche Wanderjahre. Stuttgart 1971, zit. nach: Ders.: Werke, Bd. 2, S. 179-349 (314f.).

<sup>864</sup> Ebd., S. 302f.

<sup>865</sup> Ebd., S. 307.

<sup>866</sup> Ebd., S. 316.

den Golan-Höhen und im Sinai.“<sup>867</sup> In Briefen schrieb er, er frage sich, warum gerade Israel das einzige Land sei, dessen staatliche Existenz ihn zutiefst angehe, und: durch die Nachrichten aus dem Nahen Osten sei ihm vor allem auch seine linke Einstellung durcheinandergeraten.<sup>868</sup>

Im Widerspruch zu den politischen Kräften der Linken, denen er sich eigentlich zugehörig erklären wollte, kam somit einiges zusammen, das ihn auch nach 1968 in und an der Bundesrepublik nicht froh werden ließ. „Es ist, alles in allem, dieses Deutschland für unsereins ein doch recht fremdes Land“, schrieb er. „Man ist daheim im deutschen Wort, man ist unter seinesgleichen mit ganz bestimmten deutschen Menschen. Es ist gleichwohl nicht der Boden, auf dem ich mir ein Haus würde bauen wollen.“<sup>869</sup>

Nach einem als missglückt empfundenen literarischen Versuch mit dem Roman-Essay „Lefeu oder Der Abbruch“ will er sich im Februar 1974 mit Schlaftabletten das Leben nehmen, wird aber aus dem Koma zurückgeholt. Er verarbeitet und verteidigt die Selbsttötung in „Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod“.<sup>870</sup> Schon im November desselben Jahres katapultierte ihn die mit zunehmender Schärfe geführte Kontroverse um die RAF zurück in die deutsche Politik. Die Häftlinge befanden sich im Hungerstreik. Er trat im Fernsehen, wie schon häufig, in Werner Höfers „Internationalem Frühschoppen“ auf und sollte Rede und Antwort stehen als einer, so Höfer, „der nicht ohne Sympathie für diese Menschen“ sei. „Was ist Ihr Wort an sie?“, fragte Höfer. „Aber es darf nur eins sein, Jean Améry.“ Der in die Enge Gedrängte erbat sich Verständnis, dass die Sache so einfach nicht sei. Höfer setzte nach: „Aufgeben, zur Besinnung kommen?“ Und Améry, die Haftbedingungen, nicht die Terroranschläge im Sinn, erwiderte: „Nicht aufgeben!“, woraufhin er öffentlich als „Sympathisant“ gebrandmarkt wurde. Auch gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Begünstigung von Straftaten eingeleitet, später eingestellt.<sup>871</sup> Zwei Jahre zuvor schon hatte er sich zur Wehr zu setzen versucht gegen den Vorwurf, geistiger Helfershelfer von Terroristen zu sein, gegen die Unterstellung, aus der Aufarbeitung des Nationalsozialismus Argumente für die Gewaltanwendung zu beziehen. Er habe mit Blick auf den jüdischen Widerstand da und dort der Gewalt das Wort geredet, schrieb er. Jedoch verwahrte er sich gegen die Konstruktion von falschen Symmet-

<sup>867</sup> Jean Améry: Örtlichkeiten. Stuttgart 1980, zit. nach: Ders.: Werke, Bd. 2, S. 351-489 (481).

<sup>868</sup> Vgl. Heidelberger-Leonard: Améry, S. 257.

<sup>869</sup> Améry: Örtlichkeiten, Werke, Bd. 2, S. 489.

<sup>870</sup> Vgl. Heidelberger-Leonard: Améry, S. 291ff.

<sup>871</sup> Vgl. ebd., S. 294f.

rien mit dem Terror des Dritten Reiches. Noch der Linksterrorist, der die gegen Unterdrückung gerichteten Theorien revolutionärer Gewalt „übertrug aus Räumen und Sozialkomplexen, wo sie gültig waren und bleiben, in eine funktionierende Demokratie, der hat Terrorakte verübt *trotz* und entgegen der sozialistischen Vision, die ihm vor Augen stand“, schrieb er. „Wer die Öfen der Vernichtungslager anheizte, hat so und nicht anders gehandelt, *weil* er Faschist war. Jene haben in der sinnlosen Gewalt sich selbstentfremdet, diese hatten in der autologischen Grausamkeit sich erfüllt.“ Améry lehnte es ab, sich klein zu machen und einem konservativen Antimarksisimus nachzugeben, dem zu Hitler noch immer nichts einfallen. Er sprach im Plural der Linken: „Den Denunzianten gegenüber müssen wir beharren auf unserem unveräußerlichen Recht zu sagen, was wir denken.“ Und in der identifizierenden Redeweise empfahl er Selbstkritik: „Haben wir eine Bewegung, die man noch gestern die ‚Neue Linke‘ genannt hat, eindringlich genug davor gewarnt, das Land, das von einem Kanzler namens Brandt regiert wird, nicht zu verwechseln mit einer lateinamerikanischen Militärdiktatur?“<sup>872</sup> Doch das war 1972, noch vor dem Attentat palästinensischer Terroristen auf die israelische Olympiamannschaft.

In der „bleiernen Zeit“ des Jahres 1977 war Jean Améry in jeder Hinsicht politisch unbehaust. Entmutigt durch den ambivalenten „Fluchtaufbruch“ der Modernisten aus dem deutschen Geschichtszusammenhang, befremdet durch die abstrakte Begriffswelt der Frankfurter Schule, abgeschreckt durch die Israelfeindschaft linksradikaler Gruppen, enttäuscht auch von Jean-Paul Sartres kommunistischer Selbstisolierung und vom postmodernen, wertindifferenten französischen Strukturalismus war er in Zweifel über seine eigene Identifizierung mit der zeitgenössischen Linken geraten. Derweil hatte er auch zur anderen Seite hin sich zu wehren gegen den konservativen Affekt, der an Studentenbewegung und Terrorismus sich entzündete. Offizielle Anerkennung wurde ihm in der Bundesrepublik allerdings zuteil. Und als ihm die Stadt Hamburg 1977 den Lessing-Preis verlieh, ergriff er die Gelegenheit, um gegen die an den Universitäten populär gewordene Vernunft- und Aufklärungskritik, wie er sie bei Michel Foucault, aber auch schon in Adornos und Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“ fand, auf einen emphatischen Humanismus zurückzugehen, den er bei den Aufklärern des 18. Jahrhunderts verortete. Alle geistige Freiheit, die ein Intellektueller der Gegenwart besitze, sei Frucht dessen, was er „klassische Aufklärung“

---

<sup>872</sup> Der Text erschien zuerst am 15. Juli 1972 in der Süddeutschen Zeitung. Zit. nach: Jean Améry: *Wir Helfershelfer. Zur Frage von Theorie und Praxis*. In: Ders.: *Weiterleben – aber wie? Essays 1968-1978*, hgg. von Gisela Lindemann. Stuttgart 1982, S. 85-92 (89f.).

nannte, „bürgerliche Aufklärung“.<sup>873</sup> In seiner Rede zur Eröffnung des Wolfenbütteler Lessinghauses im April 1978 wiederholte er seine Polemik gegen den lähmenden „Obskurantismus“ der neuen Linken. „Was mich angeht“, sagte er, „so verweigere ich mich der Resignation, wie todeserotisch verlockend sie auch sei.“<sup>874</sup>

Dennoch, Améry war nicht nur politisch vereinzelt, sondern auch intellektuell zutiefst erschöpft. In dieser prekären Situation erschien die Neuausgabe von „Jenseits von Schuld und Sühne“. Améry stellte sich in seinem aktuellen Vorwort nunmehr zugleich gegen eine „fortschrittliche“ und eine konservative Verharmlosung dessen, was er unter dem Dritten Reich erlebt hatte. Er verteidigte sich, sichtlich erschüttert, sowohl gegen die politisch nützliche Gleichsetzung Hitlers mit anderen Aggressoren als auch gegen die entpolitisierende, entschärfende Verwissenschaftlichung des Erlebten. Er sah keinem Dialog mehr zwischen denen entgegen, die einander Menschen sein wollen. Er hielt fest an nichts mehr als sich selbst. Das war sein lebensnotwendiger Stolz, unter keinen Umständen klein beizugeben, wo die Gesellschaft auf Vergleich, Verwissenschaftlichung, Formelkompromisse drängte, und es war seine Niederlage, eingedenk seiner eigenen Analyse, dass seine Wunde nur in und mit der Gesellschaft zu heilen sei. Heilung, Sicherheit, Beheimatung, wie auch immer die Wiederversöhnung mit der Welt hätte heißen können, waren für Améry im Winter 1976, als er dieses Vorwort schrieb, nicht mehr vorstellbar.

„Zwischen der Niederschrift dieses Buches und heute liegen mehr als dreizehn Jahre; es waren keine guten. [...] Manchmal hat es den Anschein, es habe Hitler einen posthumen Triumph errungen. Invasionen, Aggressionen, Folter, Zerstörung des Menschen in seiner Essenz. Signale genügen. Tschechoslowakei 1968, Chile, Pnom-Penhs Zwangsevakuierung, die Spinnhäuser der UdSSR, die Mordkommandos in Brasilien und Argentinien, die Selbstdemaskierung ‚sozialistisch‘ sich nennender Staatsgebilde der Dritten Welt, Äthiopien, Uganda. Was soll da noch mein Versuch, nachzudenken über die *conditio inhumana* der Opfer des Dritten Reiches? Ist nicht alles überholt?“<sup>875</sup>

---

<sup>873</sup> Jean Améry: Aufklärung als *Philosophia perennis* (1977). In: Ders.: Werke, Bd. 6, S. 549-559 (550f.).

<sup>874</sup> Jean Améry: Lessingscher Geist und die Welt von heute (1978). In: Ders.: Werke, Bd. 6, S. 566-589 (581f.).

<sup>875</sup> Améry: Werke, Bd. 2, S. 11.

Améry schrieb, er habe nichts zurückzunehmen und wenig hinzufügen. Es sei, was ihm widerfuhr, noch immer unerhellt und wohl prinzipiell unerhellbar. „Alle zumeist monokausalen Klärungsversuche versagten aufs Lächerlichste“, es sei „barer Unsinn“ vom „deutschen Volkscharakter“, unstatthaft, von Spätkapitalismus und Faschismus zu reden, „kindische Ausflucht“, Versailles, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit herbei zu zitieren.

„Denn ja, es jubelte das deutsche Volk, als erst der ‚Tag von Potsdam‘ da war, unachtlich des voraufgegangenen Wahlergebnisses. Ich war dabei. Kein noch so geistvoller junger Politologe soll mir seine begrifflich verquerten Geschichten erzählen, die nehmen sich hochgradig albern aus für jeden, der Augenzeuge war.“<sup>876</sup>

„Es geschah in Deutschland. Es entsprang gleichsam durch Überzeugung einem Schoße, der es als Widernatur gebar. Und alle ökonomischen Erklärungsversuche, alle die zum Verzweifeln eindimensionalen Hinweise darauf, daß das deutsche Industriekapital, besorgt um seine Privilegien, Hitler finanzierte, sagen dem Augenzeugen nichts, sagen ihm ebensowenig, wie die verfeinerten Spekulationen über die Dialektik der Aufklärung.“<sup>877</sup>

Améry lehnte es ab, zu den Erklärungen des Unerklärlichen sein Scherflein beizutragen, da es ihm vorgekommen wäre wie eine Zuarbeit, die der Verzeihung des Unverzeihlichen zu Diensten hätte sein müssen. Er wollte überhaupt zum Dritten Reich als solchem keine „Explikationen“ liefern. Nur die Opfer dieses Reiches beschäftigten ihn, und hier wolle er „eine riesenhafte Kleinigkeit“ hinzufügen.

„Als ich an die Niederschrift ging, sie beendete, gab es in Deutschland keinen Antisemitismus, richtiger: wo es ihn gab, dort wagte er sich nicht hervor. Man schwieg die Sache mit den Juden tot oder rettete sich gar in einen aufdringlichen Philosemitismus, der den anständigen Opfern eine Peinlichkeit war, den weniger anständigen, deren Vorhandensein nicht verschleiert werden darf, eine günstige Gelegenheit, mit dem miserablen Gewissen der Deutschen gute Geschäfte zu machen. Das Blatt hat sich gewendet. Keck erhebt ein altneuer Antisemitismus wie-

---

<sup>876</sup> Ebd., S. 13.

der sein widriges Haupt, ohne daß er Empörung hervorriefe – was, am Rande, nicht nur für Deutschland gilt, sondern für die meisten europäischen Länder mit der Ausnahme ganz weniger, wie der aufrechten Niederlande, die hier ganz ausdrücklich beispielhaft genannt seien. Die Opfer sterben weg, es ist gut so, sie sind überzählig, seit langem schon. Auch die Henker krepieren, erfreulicherweise und dem Gesetz des biologischen Absterbens entsprechend. Aber neue Generationen wachsen ständig heran in beiden Lagern, und zwischen diesen, die jeweils geprägt sind von Herkunft und Umwelt, tut wiederum die alte unüberbrückbare Kluft sich auf.“<sup>878</sup>

Die über die Generationen kontinierte Distanz zwischen Opfern und Tätern als „moralische Kluft“ weit offen halten zu wollen, dies sei der Sinn der Neuherausgabe seiner Schrift. So sprach er die an, die meinten, sich von ihren Vätern auf die denkbar radikalste Weise getrennt zu haben.

„Es geht mir darum, daß die Jugend Deutschlands – die bildsame, wesenhaft generöse und nach Utopia strebende, also: die *linke* – nicht unversehens hinübergleite zu jenen, die ihre Feinde sind so gut wie die meinen. Es reden diese jungen Leute mit allzu geschwindem Munde vom ‚Faschismus‘. Und sie sehen nicht ein, daß sie da über die Realität nur Raster schlecht durchdachter Ideologien legen, daß diese dringend der Verbesserung bedürftige Wirklichkeit der BRD zwar empörende Ungerechtigkeiten genug in sich birgt – wie etwa die durch das Stichwort ‚Radikalenerlaß‘ zu kennzeichnende Gesetzgebung –, daß sie aber darum nicht faschistisch ist.“<sup>879</sup>

Jede auf Freiheit ausgehende Demokratie sei beständig gefährdet und Wachsamkeit sei geboten.

„Wenn aber nun Deutschlands junge linke Demokraten so weit gehen, daß sie nicht nur ihren eigenen Staat als ein schon halb und halb faschistisches gesellschaftliches Gebilde ansehen, sondern in Bausch und Bogen alle von ihnen so benannten ‚formalen‘ Demokratien – und unter diesen vor allem den furchtbarer

---

<sup>877</sup> Ebd., S. 14.

<sup>878</sup> Ebd., S. 14f.

<sup>879</sup> Ebd., S. 15.



Gefahr ausgesetzten Zwergstaat Israel! – als faschistisch, imperialistisch, kolonialistisch betrachten und dementsprechend handeln, dann ist für jeden Zeitgenossen nazistischen Schreckens der Punkt erreicht, wo er die Verpflichtung hat einzugreifen – was immer sein Eingriff bewirke. Das sowohl politische wie jüdische Nazi-Opfer, das ich war und bin, kann nicht schweigen, wenn unter dem Banner des Anti-Zionismus der alte miserable Antisemitismus sich wieder hervorwagt.“<sup>880</sup>

„Das hätte ich mir nicht träumen lassen, als 1966 meine Schrift in erster Auflage erschien und ich als Gegner nur jene hatte, die meine natürlichen sind: die Nazis, die alten und neuen, die Irrationalisten und Faschisten, die reaktionäre Brut, die 1939 die Welt in den Tod geführt hatte. Daß ich mich heute wider meine natürlichen Freunde, die jungen Frauen und Männer der Linken, zu erheben habe, ist mehr als strapazierte ‚Dialektik‘. Es ist eine jener üblen Farcen der Weltgeschichte, die einen am Sinne jeglichen historischen Geschehens zweifeln und am Ende verzweifeln machen.“<sup>881</sup>

Améry deutete seine bis aufs Äußerste gereizten Widersprüche gegen Hitlers Vertrauten Albert Speer an, der mit Hilfe von Joachim Fest und Wolf Jobst Siedler 1969 seine Erinnerungen und 1975 seine „Spandauer Tagebücher“ publizierte hatte.<sup>882</sup> Während einerseits Speer von Tölpeln „aus dem Lager der unausrottbaren Reaktion“ zum Bestsellerautor gemacht werde, übersähen andererseits die „jungen Schwärmer“ das gesamte ihnen zu Gebote stehende aufklärerische Erbe.

„Aufklärung ist nicht gleich Abklärung. Ich war nicht abgeklärt, als ich dieses Büchlein zu Papier brachte. Ich bin es heute nicht und hoffe, daß ich es niemals sein werde. Abklärung, das wäre ja auch Erledigung, Abmachung von Tatbeständen, die man zu den geschichtlichen Akten legen kann. Gerade dies zu verhin-

<sup>880</sup> Ebd., S. 16.

<sup>881</sup> Ebd., S. 17.

<sup>882</sup> Albert Speer: Erinnerungen. Berlin 1969. Ders.: Spandauer Tagebücher. Frankfurt a.M. u.a. 1975. Wolf Jobst Siedler war als Verleger bei Propyläen, der zum Springer Verlag gehörte, für die Publikationen verantwortlich, ebenso wie für Fests Hitlerbiografie, die 1973 erschien und für die der Autor auf persönliche Mitteilungen Speers zurückgreifen konnte, vgl. Joachim Fest: Hitler. Eine Biographie. Berlin 1973. Zu Amérys Einspruch gegen Speers Konfessionen vgl. Heidelberger-Leonard: Améry, S. 295ff. Améry schrieb am 26.10.1975 an Ernst Fischer: „Herr Speer bereut aufs Lukrativste. Das ist zum Übelwerden, denkt man an jene, die er vernichtete, denkt man aber auch an eine europäische

dern, will mein Buch beitragen. Nichts ist ja aufgelöst, kein Konflikt ist beigelegt, kein Er-innern zur bloßen Erinnerung geworden. Was geschah, geschah. Aber *daß* es geschah, ist so einfach nicht hinzunehmen. Ich rebelliere: gegen meine Vergangenheit, gegen die Geschichte, gegen eine Gegenwart, die das Unbegreifliche geschichtlich einfrieren läßt und es damit auf empörende Weise verfälscht. Nichts ist vernarbt, und was vielleicht 1964 schon im Begriffe stand zu heilen, das bricht als infizierte Wunde wieder auf. Emotionen? Meinetwegen. Wo steht geschrieben, daß Aufklärung emotionslos zu sein hat? Das Gegenteil scheint mir wahr zu sein.

Aufklärung kann ihrer Aufgabe nur dann gerecht werden, wenn sie sich mit Leidenschaft ans Werk macht.<sup>883</sup>

Eine „moralische Kluft“ zwischen den Deutschen und den Juden der nachkommenden Generationen offen zu halten, das war in Deutschland weitgehend inakzeptabel. Amérys Intervention gegen die Macht der vergehenden Zeit, mit der die Erfahrung der Opfer eingeebnet zu werden drohe, fand kein Echo mehr. Ja, es ist fraglich, ob die darin liegende Absicht, die Geschichte zu moralisieren, überhaupt noch verstanden wurde. Schon arbeiteten Historiker wie Ernst Nolte daran, auch in der vorgeblich ganz objektiven Rückblende ins Damals die moralische Differenz zu nivellieren und Deutschland als Hauptopfer des 20. Jahrhunderts zu porträtieren. So dachten nicht alle Konservativen in der Bundesrepublik, alle aber sprachen sich inzwischen überzeugt und offen gegen die Emotion in der historischen Debatte aus. Die Linke wiederum hielt an einem marxistisch unterbauten Faschismusbegriff fest, der potentiell immer auch die Bundesrepublik in den Verdacht mit einschloss. Améry stand mit seinem historisch-politischen Rigorismus wieder, wie schon in den 50er Jahren, gegen den Zeitgeist.

„Zorn erhält jung, sagt man. Ist er aber begleitet vom Gefühl völliger Ohnmacht, führt er hin zu einer Trauer, die keine ‚Trauerarbeit‘ im Sinne der Psychoanalyse ist, sondern Resignation. Und diese macht alt, zweifellos. Man spricht in den Wind.“<sup>884</sup>

---

Jugend, die infolge solcher Reue-Selbstgefälligkeiten sich am Ende sagen muß, nun ja, so gehe es eben zu in der Welt.“ Zit. nach ebd., S. 297.

<sup>883</sup> Améry: Werke, Bd.2, S. 18f.

<sup>884</sup> Jean Améry: In den Wind gesprochen (1978). Zit. nach: Ders.: Weiterleben – aber wie?, S. 279-303 (279).

So begann er einen seiner letzten Aufsätze aus dem Jahr 1978, der posthum erschien in dem von Axel Eggebrecht herausgegebenen Band „Die zornigen alten Männer“<sup>885</sup>. Jean Améry stellte lakonisch fest, dass die Opfer und Zeugen des NS-Regimes sich nach 1945 Illusionen hingegen, in Wahrheit aber nichts erreicht und nichts mehr beizutragen hätten. Hier gab er seine zuletzt nur mit großer Anspannung aufrecht erhaltene Position des Revoltierens auf und erklärte sie für vergeblich. Er und seinesgleichen seien 1945, wie es im apostolischen Glaubensbekenntnis heiße, auferstanden von den Toten und hätten tatsächlich geglaubt, die Geschlagenen seien zu Siegern geworden. „Wir lebten in der Illusion einer alle demokratischen Kräfte umgreifenden ‚Volksfront‘“, schrieb er und fügte hinzu: „Über solchen Unsinn dürfen *wir* heute lachen: aber ich untersage auch nur das leiseste Schmunzeln denen, die nicht mit uns im Abgrund waren, sei es, weil sie zu jung, sei es, weil sie zu vorsichtig waren.“<sup>886</sup> Jedoch ist der Text vor allem eine Selbstbeziehung. Améry gedachte noch einmal dem „élan vital eines linken Politikverständnisses“<sup>887</sup>, aber er vermochte nicht mehr, es in die Gegenwart hinüber zu retten. „In der Tat und Wahrheit waren wir blind auf dem linken Auge“, schrieb er über die Haltung zur Sowjetunion, zu den kommunistischen Parteien und den frühen Dissidenten.<sup>888</sup> Man habe sich im Sozialismus geirrt. Er, der schon früh die gesellschaftliche Isolierung der Linken kritisiert hatte, nahm jetzt das ungünstige Urteil auch auf sich selbst: „Was uns geschlagen hatte, das war keine Dummheit, sondern ein ganz unverzeihlicher Geisteshochmut“, schrieb er, „und eine noch viel unverzeihlichere Blindheit gegenüber den Sehnsüchten, Hoffnungen und Ängsten der Mitmenschen. Während der Begriff ‚konkret‘ in unserem Vokabular ein Schlüsselwort war, wurden wir mit jedem Tag abstrakter.“<sup>889</sup> Améry sprach fassungslos jetzt von seiner eigenen Rechtfertigung revolutionärer Gewalt angesichts des antikolonialistischen Freiheitskampfes. Er habe erfahren müssen, „daß nach den nationalen und sozialistischen – oder sagt man nicht gleich besser: den nationalsozialistischen – Revolutionen in den Entwicklungsländern“ neue Diktaturen, Fanatismus und Elend entstanden seien. Er sah dies mittlerweile für

---

<sup>885</sup> Axel Eggebrecht (Hg.): Die zornigen alten Männer. Gedanken über die Bundesrepublik seit 1945. Hamburg 1979.

<sup>886</sup> Améry: In den Wind gesprochen, S. 280f.

<sup>887</sup> Ebd., S. 283.

<sup>888</sup> Ebd., S. 286.

<sup>889</sup> Ebd., S. 288.

schlimmer an als die kolonialistische Unterdrückung.<sup>890</sup> Er ging nun bis zur Revision seiner eigenen gesellschaftskritischen Grundhaltung und übernahm die Polemik des akademischen Antimarxismus gegen die Studentenbewegung. Die Restauration habe in der Bundesrepublik ein Land geschaffen, „in dem sich leben ließ und läßt und das als ‚faschistoid‘ zunächst nur von jenen attackiert wurde, die seine verwöhntesten, privilegiertesten Kinder waren: die studentische Jugend“.<sup>891</sup>

„Angeführt war sie von einer Anzahl, oh, wie hochdistinguierter, verfeinerter, ästhetisch empfindlicher Universitätslehrer, die luxuriös wohnten, reisten, dachten. Die Revolution beziehungsweise ihr Mythos wurde selber zum Konsumgut; die wenigen aber, die sich dieses elenden Tatbestands schämten, schritten zu dem, wovon sie meinten, es sei die ‚Aktion‘. Erst brannte es nur in Warenhäusern. Bald floß schon Blut.“<sup>892</sup>

Auch die kausale Verbindung der Lehrer der kritischen Theorie mit dem Linksterrorismus behauptete Améry in fast derselben Tonlage wie die neue konservative Bewegung. Wo allerdings diese wie Hans Maier dazu überging, die Aufarbeitung des Nationalsozialismus für die geistige Zerrüttung verantwortlich zu machen, fand sich Améry durch die RAF in seiner Abneigung gegen Deutschland bestätigt. „Machen die Deutschen erst Ernst, wird es fürchterlich allerwegen“, schrieb er. „Wer sich die Hände rieb, das waren die herrschenden Mächte, und in Deutschland natürlich jene Paläo-Nazis, die sich allerdings schon breit machten, Neo-Nazis heranzuziehen.“<sup>893</sup> Man habe versagt. „Wir, die Älteren, waren miserable Lehrer.“<sup>894</sup> Doch so bedauerlich dies sei, es brauche auch gar keinen Heroismus.

„Der Hitler, den wir erlebten, *wir und nur wir*, nicht die jungen Assistenten in zeitgeschichtlichen Seminaren, ist einfach nicht da, glücklicherweise. Die alten Nazis sterben weg mit uns. Gut so. Ihre Enkel, die den Anti-Charme der Uniformen und Embleme entdecken, erscheinen mir nicht – noch nicht! – gefährlich, wenn ich auch keineswegs Martin Walsers Meinung teile, sie seien nichts als blöder Karneval. Unsere Träume von 1945 gehen unter mit uns, wie traurig! A-

---

<sup>890</sup> Ebd.

<sup>891</sup> Ebd., S. 295.

<sup>892</sup> Ebd., S. 296.

<sup>893</sup> Ebd.

<sup>894</sup> Ebd., S. 300.

ber so will es die historische Wirklichkeit, für die sie nur Abfall sind. Man muß sich bescheiden.“<sup>895</sup>

Auch in seinem letzten Jahr nahm Jean Améry öffentliche Auftritte und Podiumsdiskussionen in der Bundesrepublik wahr. Sie fielen ihm nicht leicht. Sie spiegelten noch einmal die doppelte Abwehr gegen eine ideologisch antifaschistische Linke einerseits und gegen die Renaissance der nationalen Apologetik andererseits, der es darum zu tun war, die Deutschen mit der NS-Vergangenheit zu versöhnen.

Im Januar 1978 lud die Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach Améry zu einem Gespräch ein, das ihn und Eugen Kogon, der ebenfalls KZ-Haft überstanden hatte, mit ehemaligen Funktionsträgern des NS-Staates direkt konfrontierte. Albert Speer saß auf dem Podium. Améry sagte: „Ich hatte nicht die Absicht, mich mit Herrn Exminister Speer auseinanderzusetzen. Es war schon eine Inkonsequenz, daß ich hierher gekommen bin, aber manchmal ist es falsch, allzu konsequent zu sein.“<sup>896</sup> Er berichtete von der mörderischen Zwangsarbeit im Lager Dora-Nordhausen, in dem er 1944 inhaftiert und für das Speer als Rüstungsminister verantwortlich war. Dieser müsse die Leichenberge gesehen haben. „Ist ihm denn damals nicht ein Licht aufgegangen?“, fragte Améry ins Publikum. „Das ist für mich das Ungeheuerliche. Und darum kann ich auch eine späte Sühne, die noch dazu zweideutig genug ist, denn sie ist zugleich eine Verharmlosung und bis zu einem gewissen Grade fast eine Rechtfertigung, nicht akzeptieren“, folgerte er. Speer solle also besser schweigen. Speer kam zu Wort und stellte sich als unwissenden und unpolitischen Techniker dar: „Der Nürnberger Prozeß war zweifellos ein scharfes Gericht, und in diesem Nürnberger Prozeß ist in meinem Urteil festgestellt, daß ich nicht verantwortlich bin für die Grausamkeiten, die während der Regierung Hitlers bestanden.“ Er habe sich bemüht, „die Unterbringungsmöglichkeiten der Häftlinge“ zu verbessern. „Im September 1944 habe ich Hitler geschrieben, daß ich mich nur so lange in meiner Arbeit wohlfühle, als sie als unpolitisch betrachtet wird.“<sup>897</sup> Améry verließ den Saal. In einem im September im WDR gesendeten Radiobeitrag unter dem Titel „Das Unver-

---

<sup>895</sup> Ebd., S. 302.

<sup>896</sup> Zit. nach: Hanjo Kesting: Der Tod des Geistes als Person. Erinnerung an Jean Améry zum 10. Todestag. Sendemanuskript NDR 3, Landesfunkhaus Hannover, 18. Oktober 1988, S. 27.

<sup>897</sup> Zit. nach ebd., S. 27f.

jährbare“ erklärte er, man möge „die Opfer endlich begnadige[n] und nicht die Henker“. <sup>898</sup>

Sein letzter öffentlicher Auftritt war weniger verletzend, endete aber dennoch in Missklang und Enttäuschung. Am 1. Oktober 1978 trafen sich auf Einladung des NDR-Redakteurs Hanjo Kesting, in einem Jugendzentrum in Hannover vor Hunderten von Zuschauern, Améry, Edgar Hilsenrath, Rolf Hochhuth, Peter O. Chotjewitz und Martin Walser, um über das Thema „Unsere historische Schuldigkeit“ zu diskutieren. Die Veranstaltung empfanden alle Teilnehmer als missglückt, als nicht lenkbar, nicht überschaubar, aus dem Ruder laufend und konfus. <sup>899</sup> Améry trug wenig bei, bestand noch einmal, in seinem gedehnten Wiener Dialekt, auf die finstere Besonderheit des Nationalsozialismus, der in einem „Oberbegriff Faschismus“ nicht aufgehe. Er hob nochmals das „Singuläre“ hervor: dass das Morden „veranstaltet wurde unter der schweigenden Billigung eines großen, auf höchster kultureller wie zivilisatorischer Stufe stehenden Volkes.“ Er stand mit seinen kurzen Interventionen dem jüdischen Schriftsteller Edgar Hilsenrath bei, der in einem Ghetto in der Ukraine die Verfolgung überlebt hatte. Hilsenrath merkte gegen Martin Walsers Gebrauch des Begriffes Faschismus an, dass allein der deutsche Nationalsozialismus, nicht der italienische Faschismus, die Verantwortung für Auschwitz und für die Gaskammern trage. Doch weder Hilsenrath noch Améry konnten sich verständlich machen. Eingelesen als Vertreter einer Linken, die, so hatte es Hanjo Kesting in seiner Begrüßung formuliert, durch ihre Arbeit dafür einstehe, dass die „historische Schuldigkeit“ nicht „in die Akten und die historische Archive gehört“, zeigten Améry und Hilsenrath doch andere Empfindlichkeiten, als Walser, Hochhuth und Chotjewitz nachvollziehen konnten oder wollten. Peter O. Chotjewitz wischte die Einwände ungeduldig beiseite. Nicht historische Einmaligkeiten, sondern generelle Fragen von Macht und Klassenherrschaft und aktuelle faschistische Tendenzen in der Bundesrepublik seien das Thema, das ihn interessiere. Die Frage für ihn sei auch, wie er dem Schuldgefühl entgehe, das seine Eltern plage. „Und deshalb frage ich mich, was bringt das eigentlich, wenn wir uns jetzt darüber streiten, ob der italienische Faschismus besser war als der deutsche Nationalsozialismus.“ Viel wichtiger sei, dass die Demokratie der

---

<sup>898</sup> Zit. nach Hety Schmitt-Maass: Er leistete „Trauerarbeit“ für andere. Jean Amérys gedenkend. In: Die Neue Gesellschaft 25 (1978), S. 1000-1002 (1002).

<sup>899</sup> Mitteilung von Hanjo Kesting, der die Diskussion leitete, an den Autor in einem Gespräch am 1. Dezember 2004. Die folgenden Zitate nach: Unsere historische Schuldigkeit, Diskussion mit Martin Walser, Jean Améry, Edgar Hilsenrath, Peter O. Chotjewitz, Rolf Hochhuth, Hanjo Kesting. Tonkopie

Bundesrepublik systematisch abgebaut werde, dass „wir eine kontrollierte Gesellschaft sind“ und sich „1923 in Italien, 1933 in Deutschland“ auch in der Bundesrepublik in einem fließenden Prozess schon ereignet habe. Er erhielt Applaus aus dem Publikum. Ebenso wie Rolf Hochhuth für seinen Angriff auf die in „quasidemokratischen Parteien“ mitmachenden Nazis. Der Bayerische Verfassungsschutz bespitzelte Abiturienten. „Das ist Faschismus heute“, rief Hochhuth. „Und das ist zu bekämpfen!“ Vor einem solchen Problem ersten Ranges, das alle betreffe, habe die Unterscheidung des italienischen vom deutschen Faschismus keine aktuelle Bedeutung. Améry hingegen verteidigte schließlich die Bundesrepublik. Nicht weil er 1978 nicht auch autoritäre Tendenzen gesehen hätte, sondern weil er wusste, mit welchem Übermaß an Grausamkeit sich das NS-Regime davon abhob und wie sehr die leichtfertige Rede vom gegenwärtigen Faschismus die Gestalt des Dritten Reiches verharmloste. Deshalb forderte er klärende Begriffsdefinitionen, musste sich aber in einer aktivistisch geprägten Atmosphäre vorhalten lassen, es gehe ihm um eine akademische Diskussion, die nichts bringe, nichts bewirke, nicht weiterführe.

Améry und Hilsenrath waren an diesem Abend vor allem mit der harschen Verständnislosigkeit der deutschen Linken konfrontiert. Dass sich aber auf dem Podium diese dominante Scheidung in zwei Parteien abzeichnete, ist erstaunlich, denn die Faschismusvorwürfe, die Chotjewitz und Hochhuth vorbrachten, widersprachen auch Walser, der wie Améry die Bundesrepublik gegen den Faschismusvorwurf verteidigte und darüber hinaus meinte, der Rechtsextremismus sei kein ernsthaftes Problem der Gegenwart. *Dieser* Konflikt aber blieb unauffällig und wurde nicht ausgetragen. Chotjewitz, Hochhuth und Walser gaben einander Recht, obwohl sie sich in der Sache widersprachen. Ein undeutliches und unausgesprochenes Solidargefühl einte sie. Die offene Kluft brach auf zwischen den historisch empfindlichen jüdischen Überlebenden einerseits und der Generation ehemaliger Hitlerjungen und Flakhelfer andererseits, die, ob nun aus dem Bedürfnis nach Schuldvermeidung oder nach Schuldabwehr, den *nationalen* Anspruch artikulierten, als Deutsche aus der Geschichte das Richtige gelernt zu haben. Die Gereiztheiten bei Chotjewitz und Walser waren eine Gesprächsverweigerung. Sie wiesen die Gegenrede aus dem Munde der jüdischen NS-Opfer zurück. Zehn Tage vor seinem Freitod schrieb Améry in einer Postkarte an die NDR-Redaktion noch einmal über den Abend in Hannover.

„Meine offensichtliche Überflüssigkeit hat mein Herz nicht weiter beschwert. Nur habe ich mir die Frage gestellt, ob es nicht so etwas wie ein Schicksalsirrtum war, daß ich mich 1945, als ich noch relativ jung war, nicht entschloß, ein französischer Schriftsteller zu werden. Mir fiel dabei ein berühmtes Gedicht von H.M. Enzensberger ein (ich behalte Lyrik ja so gut im Gedächtnis ...), in dem es heißt: ‚Was habe ich zu schaffen in diesem Lande?‘ Antwort: manches.“<sup>900</sup>

*b) Martin Walser: Händedruck mit Gespenstern*

Anlass für die Hannoveraner Diskussion im Herbst 1978 war ein Konflikt Martin Walsers mit dem Herausgeber eines antifaschistischen Jahrbuchs. Walser war um ein Vorwort gebeten worden und hatte den Text zugesandt. Er sei dann „erschrocken“ gewesen von der Antwort, die erklärt habe, „als Vorwort für ein antifaschistisches Jahrbuch taue das sicher nicht, denn was da drin stehe, mache ja ein antifaschistisches Jahrbuch überflüssig, also tue so, als sei so etwas überflüssig.“<sup>901</sup> Der Titel dieses Walserschen Textes lautete „Unsere historische Schuldigkeit“ und gab der Diskussion das Motto. Walser trug vor, was er geschrieben hatte:

„Ich glaube unter den Demokraten auch den Konservativen, dass sie den Faschismus verabscheuen. Dass der Hitlerfaschismus als solcher wiedererstehen kann, halte ich für unmöglich. Hakenkreuz und braune Uniform sind *absolut* unterm Boden. Ich gehe dabei allerdings von der menschenfreundlichen Voraussetzung aus, dass eine Idee, die nichts mehr bringt, auch in der Wirklichkeit keine Chance mehr hat. Ich komme mir dabei realistisch vor. Absolut unter dem Boden, sage ich, weil ich meine, dass jener Nationalsozialismus unfähig ist, uns weiterzuhelfen. Das darf als bewiesen gelten. Was da und dort als Kostümnazi spukt, ist Spuk. Dass Film- und Druckunternehmer unter dem Vorwand der Aufklärung Nostalgieprofite aus dem Nazikostüm schinden, ist ekelhaft genug, aber es verlässt nicht den Rahmen dessen, was gutbürgerlich als Geschäft immer möglich und erlaubt war. Ich hoffe, der größte Teil der bewirtschaftbaren Nostalgiepotenzen dieser Art gehe etwa mit meiner Generation zugrunde. Erinnerungsse-

---

von Oliver Schmolke.

<sup>900</sup> Zit. nach Heidelberger-Leonard: Améry, S. 338.

<sup>901</sup> Zit. nach: Unsere historische Schuldigkeit, Abschrift.



lichkeit ist nicht festzulegen auf erlaubte Erinnerungen. Die Erinnerungsseligkeit will sich auch mit Panzerrasseln und Hitlerjugendzelten mässten. Erinnerung kann nichts ausklammern. Es wäre lächerlich, Erinnerungen entnazifizieren zu wollen. Das hieße, sie krampfhaft zu fixieren. Erinnerung wehrt sich dagegen unterzugehen, aber sie geht unter, wenn man sie nicht unterdrücken will. Faschistische Traditionsbildung bewirkt aber einen neuen, einen heutigen faschistischen Stil. Ich glaube aber, er existiere eher in den Hirnen überreizter Intellektueller und vielleicht vom Wirtschaftsgeschehen abgestoßener Jugendlicher, als in den Herzen mittlerer oder höherer Polizeioffiziere. Der Faschismus als Fetischisierung des Körpers, als Ausleben aller Neigungen, als Teilhabe an kollektiver Asozialität, als Heiligsprechung der Asozialität, des Ichs, als Narzissmus eben, das ist, glaube ich, der Grund für das faschistische Potenzial auch in uns selbst. Jede Variante der Asozialität tendiert wahrscheinlich faschistisch, weil Faschismus traditionell das Ausleben auf Kosten anderer verspricht. Die Gewerkschaften sind von allen unseren gesellschaftlichen Einrichtungen wohl die einzige, die, nach meiner Meinung, völlig unbeteiligt ist an faschistischer Traditionsbildung. Nicht wenige der kapitalistisch formierten Medien arbeiten unwillkürlich an faschistischer Traditionsbildung mit. Dass sie dann ehrlich erschrecken, wenn sich wieder Faschistisches aktuell manifestiert, das beweist nur, dass sie gewissermaßen wild, das heißt, bewusstseinslos existieren. Wie der Stalinismus gelehrt hat, sind auch kommunistische Parteien nicht gefeit gegen die Erzeugung faschistischer Potenziale. Ich glaube also nicht an eine Wiederbelebbarkeit des NS-Faschismus. Umso mehr ist aber meiner Meinung nach zu fürchten die Bildung einer faschistischen Tradition. Das wäre eben die Überlieferung einer antidemokratischen Frequenz, die dann jeweils aktuell moduliert wird. Also wenn zum Beispiel Leni Riefenstahl Mick Jagger entzündet, und liberale Intellektuelle, die gerade auf ihrem narzisstischen Innentrip sind, finden das irgendwie gut, propagieren das, unwillkürlich. Kann man das Reaktionäre, also das Atavistische, das ein notwendiges Beiprodukt der Geschichte ist, ja das erst entsteht, weil es fortschreitende Geschichte gibt, kann man das denn dem Faschismus zurechnen? Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts kann man, muss man. Es wäre schön, wenn das Wort bald wieder überflüssig würde, bekannt nur noch den Archivaren. Noch ist es ein aktuelles Wort, ein Wort der Saison sogar, aber eben nicht wegen seiner Affinität zu ein paar fotografierbaren Pubertäten, sondern wegen seiner immer noch all-

gemeinen Immanenz. Der Faschismus, mit dem wir uns wirklich auseinandersetzen müssen, hat im Augenblick noch keine Uniform. Entnazifizierung ist, was wir am wenigsten brauchen. Die Filbingers sind keine Nationalsozialisten. Und die Entnazifizierung durch Absorption und Integration ist einer Verfolgung vorzuziehen. Wir müssen die Bedingungen, die in jedem von uns den Faschismus produzieren wollen und können, studieren und dann in der gesellschaftlichen Organisation überwinden. Wir leben noch unter Bedingungen, die Faschismus produzieren können. Wir, das sind nicht nur die Deutschen, das ist die gegenwärtig lebende Menschheit in Ost und West. Die Deutschen haben bisher das alarmierendste, das schrecklichste Beispiel geliefert. Deshalb ist es unsere historische Schuldigkeit, den Faschismus als das darzustellen, was er ist, als den Abfall von der Geschichte. Wenn es gelänge, für diesen Tatbestand eine Empfindlichkeit zu entwickeln, die an Scham grenzt, wären wir, wäre unsere Sache, die menschliche Geschichte, sicherer.“

Das Publikum applaudierte. Walser galt als der Linken zugehörig und stand im Ruf, die bundesdeutsche Politik für ihr ausweichendes Geschichtsgebaren zu kritisieren. Nun aber distanzierte er sich von den linken Kritikern, die in Deutschland ein Fortleben nazistischer Gesinnungen zu erkennen meinten. Der Nationalsozialismus sei „absolut unterm Boden“, vergangen und irrelevant. Der Rest sei Medienmache und Intellektuellenhysterie, ein „Kostümnazismus“, aus dem Film und Presse „Nostalgieprofite“ schlügen. „Faschistischer Stil“, „faschistische Traditionsbildung“, „faschistisches Potenzial“ existiere vielmehr in jedem Menschen, sei nicht Sache der Deutschen allein, sondern der Menschheit schlechthin in Ost und West. Walser sah sich herausgefordert von Jean Améry's Beharren darauf, dass Auschwitz von niemand anderem als von Deutschen gebaut wurde und dass der Nazismus nicht aufgehe in einem „Oberbegriff Faschismus“. „Warum machen Sie *jetzt* diesen Unterschied?“, wandte er sich an Améry. „Was bringt das? Ich meine, es muss irgendein Motiv haben“, argwöhnte er. Gegenwärtig sei doch der Faschismus in den USA so gut möglich wie in Italien oder in Deutschland. Walser setzte sich ab von einem besonders auf Deutschland weisenden Misstrauen. Er reagierte gereizt auf Reportagen über rechtsextreme Gruppen in der Bundesrepublik und beschrieb einen Magazinbeitrag, der ihn empörte.

„Da hat man einen heutigen Vierzehnjährigen – der hat sich hingestellt, der hat sich fotografieren lassen mit diesem Gruß – dem hat man, aus weiß der Teufel welchem Filmkostümverleih hat man dem eine braune Uniform verpasst, und im Heft war dann nur noch ein Foto von drei notorisch bekannten, wirklich unverbesserlichen, schon pathologisch nazistischen Jugendlichen. Die Namen habe ich mir bitte nicht gemerkt, aber diese Namen lese ich immer wieder, wenn es um dieses Thema geht, nicht wahr.“

Er stellte sich gegen eine „generelle Diffamierung der Bundesrepublik“. Es sei im Ausland zur Mode geworden, „von einem deutschen Intellektuellen, der dort hinkommt, gewisse klischeehafte Verurteilungen der Bundesrepublik zu erwarten.“ Martin Walser hatte in die Rolle eines geistigen Vertreters der Nation gefunden, identifizierte sich mit Deutschland und war gekränkt, wenn von jenseits der Landesgrenzen mit Verweis auf die NS-Vergangenheit die demokratische Normalität seines Staates in Frage gestellt wurde. Wie war er zuvor in den fest etablierten Ruf eines kritischen Intellektuellen gekommen?

Kaum ein anderer Schriftsteller der Bundesrepublik bewegte sich von Anfang an derart im Zentrum des sich bildenden kulturpolitischen Netzwerks von Rundfunk, Zeitungen, Verlagen und Universitäten, Herausgebern, Redakteuren, Kritikern und Autoren wie der 1927 in Wasserburg am Bodensee geborene Martin Johannes Walser. Er wurde durch den Erfolg sowohl als Erzähler wie als Essayist zur repräsentativen öffentlichen Gestalt für eine gegen die Ära Adenauer antretende Zeitkritik. Als Erzähler war sein Thema die neue bundesrepublikanische Wohlstandswelt mit ihrem Warenzauber, hinter dem er Geistesarmut, Intrige, Doppelmoral und Verzweiflung aufscheinen ließ. Als Essayist und Dramatiker nahm er die aus dem offiziellen Selbstbild der Republik abgedrängte NS-Vergangenheit auf. Mit beidem vertrat er das moralische Bedürfnis eines gut Teils seiner, der „ersten“ bundesrepublikanischen Generation.

Nach einer Jugend im Dritten Reich hatte Walser sein Erwachsenwerden in den Jahren des totalen Krieges und des Zusammenbruchs erlebt. Die Wasserburger Dorfwelt und die Lindauer Oberschule waren der Erfahrungshorizont. Katholische Gewissensdisziplin, Beichte und die alle Lebenslagen dicht umfassende Präsenz der Dorfgemeinschaft zählten zu den ersten Prägungen. Das Soziale bedeutete, Scham zu empfinden, sobald man unter den Augen der Nachbarn nicht glaubte bestehen zu

können. Die Eltern betrieben ein Gasthaus und eine Kohlenhandlung, was mit harter Arbeit und Mangel einherging. Die Mutter Augusta trat 1932, wirtschaftliche Vorteile erwartend, der NSDAP bei. Der Vater war dagegen, richtete aber nichts aus und starb 1938 an einer Krankheit. Walser wuchs als Halbweise mit seinen zwei Brüdern auf. Nationalsozialistische Lehrer, volkstümelnde Dichter und Hakenkreuzwimpel im Klassenzimmer repräsentierten den NS-Staat, den Walser nur distanziert wahrnahm. Doch während des Krieges wuchs die Identifikation. Das Hitlerattentat von 1944 wirkte bedrohlich und erschütternd. Siebzehnjährig glaubte er an „Heldentod“ und Aufopferung. Kurz darauf starb der ältere Bruder als Soldat. Walser wollte Offizier werden, scheiterte, wurde noch einfacher Soldat, geriet in amerikanische Kriegsgefangenschaft, die er als Niederlage empfand, und zog sich inmitten des allgemeinen Zusammenbruchs in die Literatur zurück. Er machte Abitur 1946, studierte während der Gründungsphase der Bundesrepublik in Regensburg und Tübingen Literatur, Philosophie, Geschichte, und als 1949 der erste Bundestag gewählt wurde, begann er seine Tätigkeit als Redakteur und Reporter des Süddeutschen Rundfunks.<sup>902</sup> Zwanzig Jahre später auf seine Erinnerung an 1945 befragt, erinnerte sich Walser an die Distanz seiner Familie zum Nationalsozialismus und erklärte sie als urwüchsige weltanschauliche Integrität seines unmittelbaren ländlichen Umfelds.

„Ich habe erst spät denken gelernt. Gegen den Nazismus war ich durch das katholische Elternhaus von selbst geschützt – nicht geschützt war ich gegen Ehrgeiz, gegen Wettbewerb. Also wollte ich Offizier werden, Reserveoffizier. Als Schüler mußte ich in der Gastwirtschaft und in der Kohlenhandlung meiner Eltern arbeiten. Eine Genugtuung war für mich dann der Arbeitsdienst, wo ich den Bürgersöhnen einiges voraus hatte, denn ich war die schwere Arbeit gewöhnt. In der ‚Hitlerjugend‘ hatte ich keinen Rang, war auch nicht sonderlich sportlich eingestellt. Ich war in der Marine-H.J. und wurde einmal Reichsmeister im Winken. 1944 meldete ich mich freiwillig zu den Gebirgsjägern, in der Hoffnung, Offizier zu werden. Ich hatte kein Glück: ich verpatzte eine theoretische Arbeit über Friedrich den Großen, und mein Unteroffizier wollte mir keine ‚Führereigenschaften‘ bescheinigen. Damals war das ein harter Schlag – heute weiß ich, daß ich nicht sonderlich geeignet war für jene Gesellschaftsordnung. Man hat doch eine Tendenz, die man nicht immer den zeitweiligen Vorstellungen oder Anfor-

---

<sup>902</sup> Vgl. Jörg Magenau: Martin Walser. Eine Biographie. Reinbeck 2005, S. 21ff., und Munzin-

derungen unterwerfen kann. 1945 desertierte ich mit vier Kameraden in die Berge und kam später in amerikanische Gefangenschaft, ins Kriegsgefangenenlager Garmisch.“<sup>903</sup>

Er bewahrte demnach keine schockartigen Konfrontationen mit dem NS-Regime und dem Krieg im Gedächtnis, erlebte das Ende der Hitlerherrschaft und den Neubeginn nach 1945 als einen durch ländliche Bindungen zusammengehaltenen, ebenmäßig sich vollziehenden Prozess. Nicht dies provozierte ihn anfangs als Autor. 1951 wurde Walser mit einer Arbeit über Franz Kafka promoviert. Und Kafka war Vorbild und Anreger der ersten Erzählungen, die unter dem Titel „Ein Flugzeug über dem Haus“ erschienen. Darin enthalten war die Geschichte „Templones Ende“, für die Walser 1955 den öffentlichkeitswirksamen Preis der Gruppe 47 verliehen bekam.<sup>904</sup> Der anonyme Druck der Gesellschaft, eine befremdliche Umwelt, die Vereinsamung des Menschen, dessen Unfähigkeit zur sinnvollen Kommunikation und der Kampf der Geschlechter sind wiederkehrende Motive der surreal verschlüsselten und überzeichneten Texte: Der alte Villenbesitzer Templone erlebt, wie nach dem Krieg die Grundstücke seiner Nachbarschaft den Besitzer wechseln, neue und höhere Gebäude emporwachsen, in denen eine feindselige, ihn ausschließende Geselligkeit herrscht. Offenkundig sind die Anklänge an den beschleunigten westdeutschen Wiederaufbau. Eine urbane Provinz, bevölkert mit Figuren, die hypertrophe Aktivität entfalten, ohne eine über Hysterie und Berechnung hinausreichende Beziehung zu ihren Mitmenschen knüpfen zu können – dies bildete das Panorama des 28jährigen Autors. Walsers erster Roman „Ehen in Philippsburg“ von 1957 war dann konkreter und realistischer in der Personen- und Situationzeichnung. Er vollzog den Schritt vom allgemeinen Unbehagen am sozialen Wandel zu einer dezidiert sozialkritischen Perspektive.<sup>905</sup> Hier werden die bedrückenden Verhältnisse des Arbeitermilieus – magen- kranke Menschen mit schlechten Zähnen, angestrengt lebende Familien in düsteren engen Wohnungen, „Fanatiker des kleinen Fortkommens“ – im Kontrast zur besseren Gesellschaft der Fabrikanten, Ärzte, Rundfunkintendanten, Künstler und Verlagsleiter mit ihren Gattinnen vorgeführt. Einerseits die unerbittlich zerarbeiteten Mitvier-

---

ger/Internationales Biographisches Archiv 15/2001.

<sup>903</sup> Zit. nach Wilhelm Johannes Schwarz: Der Erzähler Martin Walser. Bern 1971, S. 66f.

<sup>904</sup> Martin Walser: Ein Flugzeug über dem Haus und andere Geschichten. Frankfurt a.M. 1955. Schon bei seinen ersten Auftritten vor der Gruppe 47 im Frühjahr und Herbst 1953 hatte Walser positive Besprechungen im Süddeutschen Rundfunk und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erhalten. Er galt sofort als Nachwuchstalant. Vgl. Schwarz: Der Erzähler Martin Walser, S. 10.

ziger der Arbeitersiedlung, andererseits die Parties in der Villa des Industriellen, der Ehebruch und die Verlogenheit der Wohlhabenden. Ehrlichkeit und Schwäche scheitern, das Leiden an der Gesellschaft endet im Suizid. Opportunismus, Betrug und sexuelle Rücksichtslosigkeit hingegen triumphieren. Walser schildert eindringlich die Umstände einer verbotenen Abtreibung, die Brutalität der heimlichen Kindstötung im vierten Schwangerschaftsmonat. Er zeichnet den Weg des aus einfachen Verhältnissen stammenden Studenten Hans Beumann, der Journalist werden will, Kritiker, doch als Werbetexter der Industrielobby endet. Der negative Entwicklungsroman zeigt, wie Bequemlichkeit, Anpassung und Heuchelei, wie das Erlernen der Lüge Zutritt zu den gehobenen Kreisen des Bürgertums gewähren. Erotische Besitzansprüche, Verrat an engsten Weggefährten und Partnern, soziale Rankämpfe, abwertende Blicke auf Alter und Krankheit, Minderwertigkeitsgefühle der männlichen Hauptprotagonisten, die Szene der Kulturschickeria vor dem Hintergrund einer maßlosen Konsumgesellschaft – all dies nahm Walser auch in den ab 1960 folgenden Anselm-Kristlein-Romanen „Halbzeit“, „Einhorn“ (sie brachten den Durchbruch als Bestsellerautor) und „Der Sturz“ wieder auf.<sup>906</sup>

Anfang der 60er Jahre trat Martin Walser als Kommentator der politischen Verhältnisse auf. Nach dem Tod von Peter Suhrkamp zählte er mit Hans Magnus Enzensberger und Uwe Johnson zu den wichtigsten Ratgebern und Freunden des neuen Verlagschefs Siegfried Unseld. Der Kreis um Unseld diskutierte und gestaltete Kul-

---

<sup>905</sup> Martin Walser: Ehen in Philippsburg. Frankfurt a.M. 1957.

<sup>906</sup> Alle Bände sind bei Suhrkamp in Frankfurt a.M. erschienen, wo Walser unter Siegfried Unseld in den 60er Jahren den Rang eines führenden Haus-Autors bekam. Bei der Literaturkritik indes war Walser seit seinem Debütroman umstritten und provozierte weit auseinander liegende Urteile. Hans Magnus Enzensberger, befreundet mit Walser, nannte ihn 1962 einen „sanften Wüterich“ und betonte die sozialkritische Absicht des Erzählers: Die „sanfte Wut des Hin- und Herwendens, der schlaflose Prozeß, der in dieser Prosa der Umwelt gemacht wird, ist Walsers Kritik an ihr“. In: Ders.: Einzelheiten. Frankfurt a.M. 1962, S. 240-245. Günter Blöcker, der Kritiker der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, hingegen lehnte die „bellende Oberflächlichkeit“ ab, sprach vom „Triumph des Quasselromans“. Zit. nach Schwarz: Der Erzähler Martin Walser, S. 78f. Während Joachim Kaiser die „Prosa-Virtuosität“ und den atemberaubenden Wortschatz lobte, berichtete Marcel Reich-Ranicki in der „Zeit“ vom „Eindruck mühseliger Erfindung“, das „Einhorn“ erschien ihm als ein „gallertartiges Gebilde“ ohne Zusammenhang. Zit. nach ebd., S. 87, 94. Auffällig ist überdies die überwiegende Ablehnung, die Walsers Romane von der angelsächsischen Kritik erfuhren. Der „New Statesman“ attestierte angesichts der „Ehen in Philippsburg“ die Unfähigkeit Walsers zu erzählen: „His novel is nevertheless unusually intelligent and can be warmly recommended, if only as a sample of young German anger.“ Das „Times Literary Supplement“ schrieb 1960: „There is a teutonic heaviness about the narrative.“ Und auch die „New York Times“ bemerkte 1967 einen „tone of melancholy anger“ bei Walser und resümierte ratlos: „That attitude may be part of war guilt.“ Zit. nach ebd., S. 92, 93, 97. Es ist hier nicht von Belang, ob Martin Walser Geschichten erzählen kann, ob er Talent beweist, eine dramatische Struktur zu komponieren und durchzuhalten oder Gestalten und Konstellationen von epischer Qualität zu entwerfen. Diese Untersuchung legt Wert allein auf die Themensetzung, die soziale Erregbarkeit und die gesellschaftspolitische Positionierung des Autors Walser. In der folgenden Argumen-

turpolitik mit den Mitteln der literarisch-philosophischen Publizistik.<sup>907</sup> In einem 1959 erschienenen Zeitungsbeitrag über Ernst Bloch, den Walser in Absprache mit dem Verlag in der Bundesrepublik einführen sollte, versuchte er, den in der DDR zum Schweigen gebrachten utopischen Marxisten als einen Mitstreiter gegen den westdeutschen Konservatismus zu entdecken. Walser stellte sich mit Bloch zwischen die Blöcke des Kalten Krieges. Blochs Werk – der dritte Band des „Prinzips Hoffnung“ durfte in Ostdeutschland nicht mehr erscheinen – sei „bei uns so wenig wie drüben“ heimisch. Der Philosoph sei von Washington wie von Moskau aus gesehen ein Ketzer. Er sei „aus Liebe zornig und rabiat“ geworden und fordere nun mehr, „als ein bloß vernünftiger Mensch zu fordern wagte“. Allgemeine Freiheit, aufrechte Haltung, ein Zusammenleben, in dem keine Gemeinheit sich mehr rentiert – Walser erkannte in diesen vehementen Anmahnungen einer besseren Zukunft den größeren Ernst und die verbindlichere Bereitschaft zur Einmischung, eine Herausforderung der „elegant-apathische[n] Skepsis“ westdeutscher Intellektueller.<sup>908</sup> Walser wollte die Politisierung der Schriftsteller. Er warf sich und seinem Stand luxuriöse Egozentrik vor. „Wir aber sitzen in Europa herum, meistens zurückgelehnt“, schrieb er 1960. „Wir wärmen uns an Ohnmacht. [...] In welche Verlegenheit brächten uns ein Staat, eine Gesellschaft, die uns einluden zur Mitarbeit! Die derzeitige Demokratie bedürfte zwar unserer Mitarbeit, aber da sie uns weder will, noch nicht will, erlaubt sie uns doch zu kaschieren, daß jeder von uns nicht mehr will als sich selbst.“<sup>909</sup> Vor der Bundestagswahl im September 1961 traf er, gemeinsam mit Hans-Werner Richter, Willy Brandt. Mit Fritz J. Raddatz, dem Lektor des Rowohlt-Verlages, verabredete man, aus „Unbehagen an einer satt gewordenen Demokratie“, so der Klappentext, ein Buch „in der Tradition Frankreichs“ zu veröffentlichen, „das von Voltaire über Zola bis Jean-Paul Sartre immer seine Männer der Feder auch als Gewissen der Nation wertete.“ Hans Werner Richter, Günter Grass, Siegfried Lenz, Hans Magnus Enzensberger, Peter Rühmkorf, Erich Kuby und Axel Eggebrecht gehörten zu dem Kreis der Autoren. Man fragte: „Brauchen wir eine neue Regierung?“ und gab zur Antwort, dass die SPD die bessere Alternative sei. Walser übernahm die Rolle des Herausgebers und schrieb im Vorwort, Schriftsteller hätten in Deutschland ihre Ru-

---

tation treten daher die Romane und Erzählungen zurück. Aufmerksamkeit sollen vielmehr die geschichtskritischen Theaterstücke sowie die Essays und Reden Walsers bekommen.

<sup>907</sup> Vgl. Magenau: Martin Walser, S. 152, 156.

<sup>908</sup> Martin Walser: Prophet mit Marx- und Engelszungen. In: Süddeutsche Zeitung, 26./27. September 1959. Zit. nach: Über Ernst Bloch. Frankfurt a.M. 1968, S. 7-16 (8, 14f.).

he, weil weder Regierung noch Presse sie zur Stellungnahme herausforderten. „Und jetzt plötzlich diese Einmischung. Dieser unverhohlene Umgang mit Tagesfragen.“ Das Bedürfnis, sich zu äußern, habe nicht mehr eigens erzeugt werden müssen. „Einige Schriftsteller richteten eine Anfrage an mehrere Schriftsteller, das ist die Entstehungsgeschichte dieses Buches.“<sup>910</sup> Direkt im Umfeld des Mauerbaus vom 13. September erschienen, wurde das Buch ein Verkaufserfolg. Es war noch eine Neuheit, dass Schriftsteller direkt politisch Partei ergriffen und die Regierung scharf kritisierten. In seinem eigenen kurzen Beitrag bezeichnete Walser Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß als den „Alpdruck aus Bayern“, der den Einsatz der Atombombe möglich machen wolle. Die Wirtschaft sei opportunistisch. Der Industrielle Flick habe schließlich den Freundeskreis des SS-Führers Himmler unterstützt. Das Ziel der Wiedervereinigung sei unter dem vorherrschenden Antikommunismus verkommen. Dagegen sei die SPD eine „winzige Hoffnung“, die dem Missionseifer von Kirche und Christdemokraten entgegenwirke. Entspannung im west-östlichen Verhältnis war Walsers Wunsch.

„Ich habe keine Güter in Mecklenburg, von Groß-Deutschland träume ich nur, wenn ich schlafe, also höchst unfreiwillig, und gar nicht selig, aber ich bemerke, daß das Wort ‚Ostkontakte‘ immer mehr in die Nähe von Wörtern wie ‚Sittlichkeitsverbrechen‘ und ‚Landesverrat‘ rutscht. Das kommt vom Antikommunismus. (Lexikalischer Hinweis: Antikommunismus: Eine Lehre, die entdeckt hat: wer kein Antikommunist ist, der ist ein Kommunist.) Dank dieser Entdeckung ist vieles einfacher geworden. Nicht gerade die Wiedervereinigung.“<sup>911</sup>

Er näherte sich nun, da er sich tagespolitisch zu äußern begann, der NS-Vergangenheit, die in seinen frühen Erzählungen und Romanen noch keine Rolle gespielt hatte. Er eignete sich das Dritte Reich als zeitgeschichtliches Thema an. Persönliche Erfahrungen, die er als Hitlerjunge und als 1945 achtzehnjähriger Soldat durchaus schon bewusst gemacht hatte, traten nicht in den Vordergrund. Doch waren dies Erlebnisse, wie sie in seiner Generation zahllos vorhanden waren. Er nahm sich stattdessen anderer Erfahrungen an, die bis dato kaum Raum hatten, gehört zu wer-

---

<sup>909</sup> Martin Walser: Skizze zu einem Vorwurf. In: Ders.: Erfahrungen und Leseerfahrungen. Frankfurt a.M. 1965, S. 29-32 (32).

<sup>910</sup> Martin Walser (Hg.): Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung? Hamburg 1961, S. 5. Vgl. auch Magenau: Martin Walser, S. 171ff.

<sup>911</sup> Ebd., S. 128.



den. Das musste von ungleich dringenderer Relevanz erscheinen. Eine seiner ersten öffentlichen Auseinandersetzungen mit den NS-Verbrechen war somit das Vorwort, das er für die deutsche Ausgabe von Elie Wiesels Erinnerungen an Auschwitz verfasste. Walser wandte sich hier gegen das bundesdeutsche Vergangenheitsarrangement der 50er Jahre: „Was in Auschwitz und Buchenwald getan wurde, kann nicht vergessen oder gar ‚bewältigt‘ werden“, schrieb er. „Verzeihen, bewältigen, das ganze sozialhygienische Vokabular einer auf säuberliche Erledigung bedachten Gesellschaft wirkt grotesk, wenn man in Elie Wiesels Aufzeichnungen Kenntnis erhält von dem verzweifelten und immer scheiternden Versuch des überlebenden Opfers, das bloße Leben wieder mitzumachen.“ Sehr nah kam er der einige Jahre später auch von Jean Améry formulierten Existenznot der jüdischen Überlebenden. „Das Opfer bleibt an Auschwitz gekettet“, schrieb er.<sup>912</sup>

Zur selben Zeit arbeitete er an dem Theaterstück „Eiche und Angora“, das 1962 in Berlin uraufgeführt wurde und für das er den Gerhart-Hauptmann-Preis erhielt.<sup>913</sup> In drei Zeitschritten wird bloßgelegt, wie NS-Funktionäre einen nahtlosen ideologischen Persönlichkeitswechsel organisieren, der von den mörderischen Durchhalteparolen im April 1945 zum geheuchelten Pazifismus 1950 und schließlich zur anti-kommunistisch motivierten Wiederaufrüstung und Militanz 1960 führt. Der Kommunist Alois Grübel, der in KZ-Haft bei medizinischen Experimenten des SS-Arzt Zerbe sterilisiert und mit einer Gehirnwäsche in Naziphraseologie seine eigene Misshandlung gutzuheißen dressiert wurde, zeigt sich unfähig zur opportunistischen Anpassung. Er hält nicht Schritt, als er nach 1945 in der Rolle des geehrten Alibi-Opfers die Anständigkeit seiner Verfolger bezeugen soll. Zum fünften Jahrestag des Kriegsendes spricht er immer noch von „Führers Geburtstag“ und stellt die Honorare bloß, indem er sie unterwürfig bei ihren ehemaligen NS-Rängen nennt, während im Beisein französischer Offiziere eine Gedenktafel zur Befreiung der Stadt enthüllt wird. In naiver Rede entzieht sich Alois Grübel seiner erneuten Instrumentalisierung durch die bruchlos in der Mitte der Gesellschaft stehenden Täter. Auf ihr Gewissen jedoch verfehlt die wiedererinnernde Anklage jede Wirkung, und der uneinpassbare Störenfried, der sich selbst als ein Übel empfindet, lässt sich schließlich in eine psychiatrische Anstalt einweisen. Walsers Stück führt in wechselnden Konstellationen das fortgesetzt gestörte Zusammenleben vor, die unheilbar zerstörte Mit-

<sup>912</sup> Martin Walser: Vorwort. In: Elie Wiesel: Die Nacht zu begraben, Elischa. Nacht – Morgengrauen – Tag. München 1963, S. 5-8 (6f.)

<sup>913</sup> Martin Walser: Eiche und Angora. Eine deutsche Chronik. Frankfurt a.M. 1962.

menschlichkeit im Verhältnis von Tätern und Opfern. Auch hier, und bis hin zum quälenden Selbstmisstrauen der Opfer, zeigte Walser, was Améry in seinen Essays beschrieb. Die Opfer sind an die Vergangenheit gekettet, die Täter reagieren verständnislos auf die Zumutung, sich selbst zu erforschen. In „Eiche und Angora“ reden sie von einem jüdischen Überlebenden – Walser wählte den symbolisch aufgeladenen Namen „Hartstern“ –, der auch nach zwanzig Jahren verweigert, mit Zerlebeck zusammenzutreffen: „Hartstern ist eben fast krankhaft empfindlich in diesem Punkt.“<sup>914</sup>

Während die Ermittlungen zum Frankfurter Auschwitz-Prozess liefen, unternahm Martin Walser einen zweiten Versuch, das Schweigen und den Identitätswechsel der Täter mit den Mitteln des gegenwartskritischen Theaters zu attackieren. Im Rückblick hielt er „Der schwarze Schwan“ für sein schlechtestes Stück: „Das Problem lag vor, ich habe lediglich eine Verschärfung der Bewußtseinslage versucht. Beim Schreiben war schon alles klar.“<sup>915</sup> Demnach ist es zugleich sein am direktesten politisches Stück, das unmittelbar der Intervention dienen sollte. Die Professoren Liberé und Goothein, die als SS-Angehörige Euthanasiemorde begangen haben, werden von ihren erwachsenen Kindern Rudi und Irm auf die Verbrechen gestoßen. Rudi Goothein, der den Vornamen seines Vaters trägt, hält sich anstelle des leugnenden Professors für jenen SS-Mann, der die Morde zu verantworten hat. Wieder, wie in „Eiche und Angora“, ist es der Geistesverwirrte, der die moralisch intakte Wahrheit in einer gestörten Gesellschaft repräsentiert. Rudi und Irm erkennen einander und erinnern sich, in ihrer halbbewussten Kindheit einen schwarz gekleideten Mann im Lager getroffen zu haben, der ihnen, während er ein Mädchen an den Haaren zerrte, erzählte, SS, das heiße Schwarzer Schwan. Als Kinder spielten sie den schwarzen Schwan und sein Opfer nach.<sup>916</sup> In den Kindern der Mörder, die ohne Möglichkeit auf Gegenwehr in den Schuldzusammenhang hineingezogen waren, spiegelte sich Martin Walser selbst: Das Geburtsdatum von Rudi Goothein, der 24. März, ist auch dasjenige Walsers.

Der Auschwitz-Prozess ist im Stück thematisiert. Rudi drängt darauf, vor Gericht angeklagt zu werden, die Väter aber weigern sich, Schuld zu bekennen. Als Rudi sich erschießt, erwägt Liberé, sich der Justiz zu stellen: „Ich im Gerichtssaal, ein Urteil, öffentlich, eine schöne Wirkung. Die Zuschauer, ich, die Gerechtigkeit, jeder

---

<sup>914</sup> Ebd., S. 104.

<sup>915</sup> Zit. nach Schwarz: Der Erzähler Martin Walser, S. 74.

<sup>916</sup> Vgl. Martin Walser: Der schwarze Schwan. Frankfurt a.M. 1964, S. 40ff.

bekäme seine Portion. Ich hätte meine Quittung.“<sup>917</sup> Doch das öffentliche Schuldeingeständnis vor Gericht bleibt in Walsers Stück eine Sackgasse. Die Schuldigen ziehen es vor, unentdeckt und anonym zu bleiben, sie sind sich ein Rätsel und machen mit sich allein ab, was öffentlich, ihnen selbst ganz unverständlich, Schuld genannt wird. Es gibt keinen Ausweg in die Öffentlichkeit der gesellschaftlichen Aufarbeitung. Walser überlässt Liberé das Fazit<sup>918</sup>:

„Mich in den Gerichtssaal stellen. Eine Erleichterung für alle. Die Schuld eine Blume, wohlgefällig durch den Duft der Reue, ja? Ein Labsal für jeden. Goethein, ich kann das nicht. Ich, ich bin mir nicht verständlicher als Ihnen, glauben Sie mir das, bitte. Ich kann nichts erklären. Ich weiß bloß: ich kann mich nicht anderen zuliebe trennen von mir und sagen: der war's. Ich bin mir selbst ein miserabler Richter. Und einen besseren, fürchte ich, gibt es nicht.“<sup>919</sup>

Einen Monat nach der Uraufführung des „Schwarzen Schwan“ in Stuttgart am 16. Oktober 1964 nahm Martin Walser als Prozessbeobachter an den Verhandlungen des Frankfurter Gerichts teil.<sup>920</sup> Einen ersten Zeitungsartikel zum Prozess stellte er der Frankfurter „Abendpost“ zur Verfügung, die den Text im März des folgenden Jahres unter dem Titel „Teufel von Auschwitz‘ sind eher arme Teufel“ veröffentlichte.<sup>921</sup> Diese Beobachtungen gingen ein in den erweiterten Essay „Unser Auschwitz“, der im Juni 1965 in der ersten Ausgabe des von Hans Magnus Enzensberger im Suhrkamp Verlag herausgegebenen „Kursbuches“ erschien.<sup>922</sup>

Walser reagierte auf die schon wochen- und monatelang laufende Presseberichterstattung. „Geschichtsforschung läuft mit“, schrieb er, „Enthüllung, moralische und

<sup>917</sup> Ebd., S. 93.

<sup>918</sup> Walser hatte bei Suhrkamp mit dem ersten Entwurf des Stückes Probleme, die sich auf diese Fragen bezogen. Unseld schrieb an ihn, Einfühlung, Sympathie und Mitleiden mit den Helden dürfe hier nicht sein: „Wenn schon die Figuren der Meinung sind, daß man sich nur selber richten kann, der Autor darf diese Meinung nicht vertreten.“ Die Täter müssten, wo sie nicht verurteilt werden, eine Konsequenz auf sich nehmen. Zit. nach Magenau: Martin Walser, S. 192.

<sup>919</sup> Ebd., S. 94.

<sup>920</sup> Klaus Briegleb verweist darauf, dass kurz zuvor ein Artikel von Marcel Reich-Ranicki in der „Zeit“ erschienen war, in dem der Kritiker danach fragte, was denn die jüngeren deutschen Schriftsteller zu diesem Prozess zu sagen hätten. Kein einziger prominenter deutscher Schriftsteller habe sich auch nur mit einem Wort dazu geäußert. „Jedenfalls ist“, schrieb Ranicki, „was da in Frankfurt abgehandelt wird, unser aller Sache.“ Zit. nach Matthias N. Lorenz: „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser. Stuttgart 2005, S. 405f. Dort auch der Hinweis auf Briegleb und die Vermutung, Walser habe mit seinem Essay über den Prozess auf Ranicki geantwortet.

<sup>921</sup> Vgl. Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63, S. 709.

<sup>922</sup> Martin Walser: Unser Auschwitz. In: Kursbuch 1 (1965), S. 189-200.

politische Aufklärung einer Bevölkerung, die offenbar auf keinem anderen Wege zur Anerkennung des Geschehenen zu bringen war.“<sup>923</sup> Anstoß allerdings nahm er an der sensationsgierigen Aufmachung der Zeitungsberichte. Die angeklagten „SS-Chargen“ seien zu Stars geworden. „Je scheußlicher die Einzelheit, desto genauer wurde sie uns mitgeteilt. Je unfaßbarer das Detail, desto deutlicher wurde es uns beschrieben“, bemängelte er. „So ist unser Gedächtnis jetzt angefüllt mit Furchtbarem. Und je furchtbarer die Auschwitz-Zitate sind, desto deutlicher wird ganz von selbst unsere Distanz zu Auschwitz. Mit diesen Geschehnissen, das wissen wir gewiß, mit diesen Scheußlichkeiten haben wir nichts zu tun.“ Auschwitz gelange auf diesem Wege „bei uns zur geschichtlichen Berühmtheit“, als „Greuelzitat“.<sup>924</sup> Der Begriff „Gräuelmärchen“ war eine Erfindung der Goebbelschen Propaganda, um die alliierten Anschuldigungen, Deutschland begehe Kriegsverbrechen, als Lüge abzuweisen. Walser aber, der diesen begrifflichen Anklang nicht reflektierte, wollte etwas anderes. Er kritisierte eine Tendenz, durch die Verwendung von „aus unserer Welt hinausweisenden“ Wörtern dem deutschen Publikum zu erleichtern, Auschwitz befremdet anzuschauen, als hätte dieses Geschehen mit dem Leben der meisten Deutschen nichts zu tun und auch zur Zeit der Taten schon nichts zu tun gehabt.

„Nun war aber Auschwitz nicht die Hölle, sondern ein deutsches Konzentrationslager. Und die ‚Häftlinge‘ waren keine Verdammten oder Halbverdammten eines christlichen Kosmos, sondern unschuldige Juden, Kommunisten und so weiter. Und die Folterer waren keine phantastischen Teufel, sondern Menschen wie du und ich. Deutsche, oder solche, die es werden wollten.

Unsere mangelnde Erfahrung und das Übermaß des Begangenen sind sicher ein Grund dafür, daß wir uns Auschwitz mit solchen Wörtern vom Hals halten. Man kapituliert einfach vor so viel ‚Unmenschlichkeit‘. Dann sammelt man Zitate nach Maßgabe der darin spürbaren Brutalität. Die Bedingungen, die diese Brutalität ermöglichten, sind viel zu farblos, viel zu sehr im Historischen, im Politischen, im Sozialen zu Hause, also entschwinden sie uns vor dem saftigen Inbegriff eines SS-Mannes, den wir zur Bestie stilisieren.“<sup>925</sup>

---

<sup>923</sup> Ebd., S. 189.

<sup>924</sup> Ebd., S. 190.

<sup>925</sup> Ebd., S. 192.

Walser fragte: „Haben diese Brutalitäten unser Bewußtsein erreicht? Haben sie uns darüber belehrt, was Faschismus ist?“ Er fragte nach den Konsequenzen: „Sind wir etwa politischer geworden gegenüber dem Osten, das heißt vernünftiger und bescheidener in unseren Ansprüchen? Begreifen wir ein bißchen besser, wie tief der Schrecken denen noch in den Knochen sitzen muß nach unserem letzten Auftritt?“ Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die historischen und noch immer virulenten deutschen Feindbilder: „Was sich in Auschwitz austobte, stammt schließlich auch aus alter Schule, ist von schlechten Eltern. Juden und Slawen, darauf waren wir gedrillt seit langem. Zur Zeit schulen wir um auf Kommunisten.“<sup>926</sup>

Von einer Kritik der Abbildung des Prozesses in den Medien kam Walser zu der Vermutung der politischen Folgenlosigkeit und dies wiederum spitzte er zu zur Ideologiekritik der justiziellen Anklageerhebung überhaupt. „Im Auschwitz-Prozeß sitzen nur noch Chargen auf der Bank“, schrieb er. „Handlanger, Henker, Verführte. Produkte eines heftigen deutschen Erziehungsaufwandes. Täter im altmodischsten Wortsinne. Und wenn schon Teufel, dann eher arme Teufel.“<sup>927</sup> Er nannte die personale Verantwortlichkeit das „idealistische Schlupfloch“ der westdeutschen Gerichtsbarkeit.

„Wählten wir die Bezeichnungen für unsere menschliche Art ein bißchen genauer, uns angemessener, also realistischer, dann wären die Ursachen so wichtig wie die Sachen. Dann wäre einer, der aus einem kleinen Kerl einen großen Mörder macht, so verantwortlich wie der, der den Mord besorgt. Und wer am Mord bloß viel Geld verdient hat und jetzt wieder Konzerne bastelt oder Fabriken dirigiert, der bekäme zumindest öffentlich zugewiesen seinen Anteil am vielfachen Mord. Aber das idealistische Strafrecht schaut am liebsten auf die Hände. Und die sind einfach nicht blutig beim politischen oder wirtschaftlichen Verbrecher. Das ist gut bürgerliche Justiz. Je weiter unten einer hantierte, desto schlechter ist er dran. Kollektivschuld gibt es nicht. Und von Kollektiv-Ursache sprechen wir lieber nicht.“<sup>928</sup>

In immer neuen Wendungen erhob Walser die Forderung, Auschwitz in all seiner den einzelnen, individuell grausamen Täter übersteigenden sozialen Wirklichkeit

---

<sup>926</sup> Ebd., S. 195f.

<sup>927</sup> Ebd., S. 194.

<sup>928</sup> Ebd., S. 198.

hineinzunehmen in das historische Bewusstsein der Deutschen. „Auschwitz ist überhaupt nichts Phantastisches“, wandte er sich gegen die Schlagzeilen der Bild-Zeitung, „sondern eine Anstalt, die der deutsche Staat mit großer Folgerichtigkeit entwickelte zur Ausbeutung und Vernichtung von Menschen.“<sup>929</sup> Das war der Sinn des provokatorischen Titels „Unser Auschwitz“: Wer Deutscher ist, sollte die Urheberschaft Deutschlands an Auschwitz anerkennen, Heydrich und Himmler ebenso als „Volksgenossen“ akzeptieren wie Goethe, Kant und Hegel. Sehr deutlich wird hier die Geistesverwandtschaft zu Jean Améry, der wollte, dass den Tätern die moralische Realität der Vernichtung deutlich werde und dass die Deutschen Auschwitz zu ihrem „negativen Eigentum“ machten in dem Wunsch nach Umkehrung der Geschichte. Walser führte diese Aneignung in seinem Essay grammatikalisch vor, indem er durchgehend „wir“ sagte, „uns“, „unser“, und dann: „ich“. „Wenn in Auschwitz etwas Deutsches zum Ausbruch kam, was ist dann in mir das Deutsche, das dort zum Ausbruch kam? Ich verspüre meinen Anteil an Auschwitz nicht, das ist ganz sicher.“<sup>930</sup>

Kippt an dieser Stelle die Argumentation? Ist das nur noch Geste? Zweifellos begab Walser sich in Aporien, die aus der identifikatorischen Rede über das Dritte Reich resultierten. Er konnte sich nicht ernsthaft im Sinne irgendeiner zurechenbaren Mittäterschaft an die Stelle der in Frankfurt Angeklagten setzen. Allein der rhetorische Versuch hieß, den Bogen zu überspannen. Obwohl er „ich“ sagte, drückte er eben keine Involviertheit mehr aus, sondern vollzog eine sich wieder ins Allgemeine verflüchtigende Dramatisierung, in der seine realen Erfahrungen als Hitlersoldat oder seine Begegnungen mit jüdischen Überlebenden gar keinen Ort hatten. Sie blieben auch unsichtbar, unausgesprochen. Dieses allzu Persönliche, kam es einer Gefährdung der eigenen Person zu nahe?<sup>931</sup> Das Kollektiv jedenfalls war seine politische Kategorie.<sup>932</sup>

---

<sup>929</sup> Ebd., S. 193.

<sup>930</sup> Ebd., S. 197.

<sup>931</sup> Walser lernte schon Ende der 40er Jahre während des Studiums in Regensburg Ruth Klüger kennen, die Auschwitz überlebt hatte. Klüger erinnerte sich im Rückblick: „Was mir am meisten imponierte und mich gleichzeitig irritierte, war, daß der seine Identität hatte. Der war beheimatet in Deutschland, verwurzelt in einer bestimmten deutschen Landschaft und wurde für mich der Inbegriff des Deutschen. Der wußte, wo und wer er war. Großzügig, liebenswürdig zieht er aus, die Fremde zu erobern, und dabei will er nicht mehr von ihr lernen, als ohne Gefährdung der Eigenständigkeit zu machen ist. Aber ist Lernen ohne eine solche Gefährdung richtiges Lernen?“ Er habe sich bis in Einzelheiten gegen ihre jüdischen Erfahrungen gewehrt. Vor seinem Auschwitz-Aufsatz habe er sie nicht befragt. Siehe: Ruth Klüger: weiter leben. Eine Jugend (1992). München 1994, S. 214ff., wo Walser unter dem Pseudonym „Christoph“ beschrieben ist.

<sup>932</sup> Diesen Punkt hebt auch Matthias N. Lorenz hervor. Walser habe in den 60er Jahren schon das jüdische und das deutsche Kollektiv unversöhnlich entgegengesetzt. Doch der Vorwurf, Walser habe

Die geforderte Identifikation mit dem Kollektiv der Deutschen ist ein Schlüsselproblem von Walsers Aufsatz. Er bezeichnete die Verbrechen als „unsere nationale Schwierigkeit“<sup>933</sup> und argwöhnte, die zur Anklage gebrachten Brutalitäten entzögen noch „den Rest von nationaler Solidarität mit den Tätern“<sup>934</sup>. Das war weder polemisch noch sarkastisch formuliert. Walsers Frage nach dem verloren gehenden Gespür für die „eigene Zugehörigkeit zum völkischen oder nationalen Kollektiv“ berechtigt zu einer zweiten Lesart seines Textes, in der die Doppelwertigkeit seiner Kritik am Frankfurter Auschwitz-Prozess deutlich wird. Dass sein „Schamgefühl“, sein „Gewissen“, wie er sagte, sich nicht erstrecke auf „Staatliches oder Völkisches“<sup>935</sup> und durch einen personalen Schuldbegriff ersetzt werden sollte, konnte er nicht gelten lassen.

„Wenn aber Volk und Staat überhaupt noch sinnvolle Bezeichnungen sind für ein Politisches, für ein Kollektiv also, das in der Geschichte auftritt, in dessen Namen Recht gesprochen oder gebrochen wird, dann ist alles, was geschieht, durch dieses Kollektiv bedingt, dann ist in diesem Kollektiv die Ursache für alles zu suchen. Dann ist keine Tat mehr bloß subjektiv. Dann ist Auschwitz eine großdeutsche Sache. Dann gehört jeder zu irgend einem Teil zu der Ursache von Auschwitz. Dann wäre es eines jeden Sache, diesen Anteil aufzufinden.“<sup>936</sup>

Fraglos ging Walser an gegen die in der Bundesrepublik weit verbreitete Haltung, mit Abscheu auf die wenigen öffentlich präsentierten NS-Kader zu zeigen und die eigenen Hände in Unschuld zu waschen. Er hatte die vielen nicht zur Rechenschaft gezogenen Amtsträger und Wirtschaftsfunktionäre vor Augen, denen mit den Tatbestandsmerkmalen für Mord, die das Strafgesetzbuch forderte, nicht beizukommen war. Der Völkermord sprengte die Normen des auf bürgerliche Rechtsverhältnisse abgestellten Strafrechts. Doch Walser suchte nicht nach einer umfassenderen Präzisierung der Verantwortlichkeiten, sondern ging zurück auf eine Kollektivierung des Geschehens, bei der die Wirklichkeit von Auschwitz in Allerweltsbeschuldigung

---

mit dem Auschwitz-Essay eine „Exkulpierung“ der Deutschen beabsichtigt, kommt zu schnell. Ihm entgehen die Walsersche Kritik an den Ausflüchten der westdeutschen Gesellschaft und die ethische Ambivalenz einer Sozialisierung der Verbrechen. Vgl. Lorenz: „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“, S. 406ff.

<sup>933</sup> Ebd., S. 192.

<sup>934</sup> Ebd., S. 197.

<sup>935</sup> Ebd., S. 198.

<sup>936</sup> Ebd., S. 199.

gen zu verschimmen drohte.<sup>937</sup> Hannah Arendt, die in dem Film „Bleiben die Mörder unter uns?“ 1964 von Thilo Koch interviewt wurde, äußerte ihr Unbehagen über die allzu pauschalen Schuldbekennnisse: „Diese Erklärungen gerade haben vielfach dazu gedient, die Schuldigen zu decken. Wo alle rufen ‚Wir sind schuldig‘, kann man wirklich begangene Verbrechen nicht mehr entdecken.“<sup>938</sup> Auch sie wohnte dem Prozess bei, zog jedoch andere Schlüsse: „Zahllose Einzelverbrechen, von denen eines schrecklicher war als das andere, schufen und umgaben die Atmosphäre, in der das gigantische Verbrechen der Vernichtung stattfand.“ Wie dort gefoltert, gemordet, selektiert wurde, dies habe sie zuvor so nicht gewusst.<sup>939</sup> Auch Peter Weiss, ebenfalls Beobachter, konzentrierte sich auf die Aussagen der Zeugen und Angeklagten. Sein dokumentarisches Protokoll arbeitete er zu dem Stück „Die Ermittlung“ aus. Eine Vorfassung davon bildete im „Kursbuch“ gemeinsam mit Walsers Text das „Dossier über den Auschwitz-Prozeß“.<sup>940</sup> Weiss verzichtete auf jede zusätzliche Rhetorik oder Komposition. Diese schroffe Wiedergabe von Zeugenberichten, die äußerste Dichte und Intensität, mit der darin geschildert war, was Wachmannschaften und medizinisches Personal mit ihren Opfern taten, bewies, welche weit über das Strafrecht hinausweisende Kraft zur Aufklärung der Prozess mobilisierte. Auch Walser erkannte es ja und verglich, wie Opfer und Täter sich äußerten.

„Wer dem Prozeß zusieht, kann ohne weiteres feststellen, daß Auschwitz nur noch für die ‚Häftlinge‘, die überlebten, etwas Wirkliches ist. Die SS-Chargen beschreiben ihre damalige Tätigkeit, wie es die Taktik ihrer Verteidigung fordert. Das ist ihr gutes Recht. Trotzdem gesteht man ihnen nicht gern zu, daß es ihnen so leicht fällt, in ihrem Dienstplan-Jargon zu verbleiben. Und man weiß noch nicht einmal sicher, ob sie diesen Jargon nur benutzen, weil in ihm die Verantwortlichkeit des Einzelnen so gut wie unauffindbar ist, oder ob sie wirklich keine eigene Sprache haben für ihre Erinnerung an Auschwitz.“<sup>941</sup>

---

<sup>937</sup> Anders sieht es Jörg Magenau, der schreibt, Walser habe zwischen Kollektivschuld und Individualethik als dritte Möglichkeit die kollektive Verantwortung unterstreichen wollen. Diese Intention muss man gar nicht in Abrede stellen, wenn einem dennoch die Ambivalenz und die Undeutlichkeit auffallen, die in einer so vertrakt radikalen Sozialisierung von Handlungsverantwortung stecken. Vgl. ders.: Martin Walser, S. 213.

<sup>938</sup> Zit. nach Auschwitz-Prozeß 4 Ks 2/63, S. 729.

<sup>939</sup> Ebd., S. 733.

<sup>940</sup> Peter Weiss: Frankfurter Auszüge. In: Kursbuch 1 (1965), S. 152-188.

<sup>941</sup> Walser: Unser Auschwitz, S. 191.



Doch er traute der Anteilnahme mit dem Opfer nicht. Er hielt sie für den billigen Ausweg eines unschuldig sich wählenden Publikums. „Erst durch den hilflosen Versuch, uns auf die Seite des Opfers zu stellen“, schrieb er, „wird uns der Täter so verabscheuungswürdig und brutal, wie wir ihn für unsere realitätsarme, aber momentan heftige Empfindung brauchen.“<sup>942</sup> Dass der Täter in der Tat verabscheuungswürdig sei, hielt Walser dies für zweitrangig? Er verdrehte durchgehend die oft verwendete Bezeichnung „Schergen“ in „Chargen“, was im Theater für die Nebenrolle steht. Sie waren ihm „Handlanger“ und sogar „Verführte“, „arme Teufel“, womit er die Relevanz des zuvor bemerkten Zusammenhangs zwischen Dienstplansprache und Verbergung von Verantwortlichkeit wieder entkräftete. Die Verantwortlichkeit dieser Einzelnen galt ihm nicht viel im Vergleich zur alles umfassenden Kategorie des nationalen Schuldzusammenhangs. Damit aber entfernte er sich von der „Wirklichkeit“ in Auschwitz. Denn diese Wirklichkeit bestand aus eben jener arbeitsteiligen Realisierung eines Massenverbrechens, in welchem der einzelne Soldat, Unteroffizier, Apotheker, Sanitäter, Polizist, Verhörspezialist oder humanistisch gebildete Lagerarzt als Person zwar austauschbar, was die Rolle anging aber unverzichtbar war. Die Befehlskette bestand aus einzelnen Gliedern, die Gesicht und Namen hatten. Sie beim Namen zu nennen, war für die Opfer ein befreiendes Moment. Es bedeutete nicht zuletzt, den NS-Verbrechen jenen Schleier der Anonymität zu nehmen, den eine zumeist von den Deutschen selbst angestrengte Kollektivschulddebatte um die Handlungen legte.<sup>943</sup> Walsers Ansatz, den „kleinen“ Täter als „armen Teufel“ hinter dem Kollektiv zurücktreten zu lassen, war als Kritik an der westdeutschen Gesellschaft gemeint und verbarg dennoch wieder, was in Frankfurt anschaulich geworden war.

In Vorträgen und Essays beschäftigte er sich in den 60er und 70er Jahren mit einer ganzen Reihe von Streitfragen, die ihn in die Nähe der neuen Linken und der Protestbewegung brachten. Zur vehementesten Position fand er in seinen Reden gegen den Krieg in Vietnam. Im September 1966 sprach er zur Eröffnung der „Vietnam-Ausstellung deutscher Künstler“ in der Neuen Galerie in München und attackierte die halbherzigen, lauen, unangemessenen Reaktionen von bundesdeutschen Schriftstellern und Publizisten. Er griff die „Claqueurs-Auftritte“ deutscher Politiker

---

<sup>942</sup> Ebd., S. 194.

<sup>943</sup> Vgl. Norbert Frei: Von deutscher Erfindungskraft oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit. In: Ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen. München 2005, S. 145-155.

in Washington an.<sup>944</sup> Wenige Wochen später, auf einer weiteren Veranstaltung gegen den Krieg, bekannte er, an das „Zeitalter amerikanischer Freiheitsverbreitung“ nicht mehr zu glauben, eigentlich nie daran geglaubt, sich nur eingelullt lassen zu haben: „Ich fand, es lebte sich angenehmer, wenn man sich nicht zu sehr sträubte. Aber seit Amerika in Vietnam seinen Menschenjagd-Krieg offen betreibt, seitdem spreche ich auf die Rechtfertigungsdrogen nicht mehr an.“<sup>945</sup> Und noch einmal warf er 1967 auf dem Internationalen Vietnam-Tag in München der Bonner Politik eine „Befehlsempfänger-Routine“ gegenüber der amerikanischen Regierung vor, schimpfte gegen die Unterstützung von Bundespräsident Heinrich Lübke für den US-Präsidenten Lyndon B. Johnson, gegen den „Pentagon-Stil“ von Theo Sommer in der „Zeit“, ein „mächtiger und hilfswilliger Rechtfertigungsjournalismus“ und resümierte: „Wir sind der atlantische Untertan wie wir einmal der deutsche Untertan waren.“<sup>946</sup> Er sprach vor Schulabgängern auf „Jungbürger-Feiern“, forderte sie zur Unzufriedenheit mit Verhältnissen auf, in der der Staat „sich selbst zur Ohnmacht verurteilt“ und „unser wahrer Souverän“ die „bürgerlich-großbürgerliche Wirtschaftsgesellschaft“ sei<sup>947</sup>, stellte Kapitalismus und Demokratie als Gegensätze dar, solange „Funktionäre des großen Kapitals“ die „praktische Demokratie“ in der „Arbeits- und Wirtschaftswelt“ verhindern<sup>948</sup>. Er forderte Engagement von den Schriftstellern nicht zur Unterhaltung eines passiven Publikums, sondern als Beteiligung an „Ostermärschen, Protestkundgebungen, Aufklärungsaktionen“ gegen die Kriegsrechtfertigung. „Wir alle haben mitgearbeitet, um den angelsächsischen Import hierzulande heimisch zu machen“, sagte er 1968 in einem Radiovortrag über die westdeutsche Demokratie. Es sei doch denkbar, „daß das angelsächsische Modell der Privilegien-Demokratie überholbar wird“. Man müsse die Revolution betreiben, verstanden als Demokratisierung der Gesellschaft. Diese Revolution mache an den Universitäten, „Hochburgen der Zurückgebliebenheit“, ihre ersten Gehversuche.<sup>949</sup> Er kritisierte, 1969, die Autoren und Künstler einer „neuesten Stimmung“, die „so weit als möglich weg“ wolle „von einer Ausdruckspraxis“, die noch „brauchbar schien als ein Mittel zur Ausbildung eines kritischen

<sup>944</sup> Martin Walser: Praktiker, Weltfremde und Vietnam. In: Ders.: Heimatkunde. Aufsätze und Reden. Frankfurt a.M. 1968, S. 24-35 (34).

<sup>945</sup> Martin Walser: Auskunft über den Protest. In: Ders.: Heimatkunde, S. 36-39 (39).

<sup>946</sup> Martin Walser: Amerikanischer als die Amerikaner. In: Ders.: Heimatkunde, S. 86-102 (87, 93, 97, 100).

<sup>947</sup> Martin Walser: Die Parolen und die Wirklichkeit. In: Ders.: Heimatkunde, S. 58-70 (62, 64).

<sup>948</sup> Martin Walser: Kapitalismus *oder* Demokratie. In: Ders.: Wie und wovon handelt Literatur. Aufsätze und Reden. Frankfurt a.M. 1973, S. 76-88 (88).

<sup>949</sup> Martin Walser: Engagement als Pflichtfach für Schriftsteller. In: Ders.: Heimatkunde, S. 103-126 (115, 118, 119).

und dadurch zur Veränderung drängenden Bewußtseins vom gesellschaftlichen Zustand.“ Immer mehr werde allein der Autor zur Botschaft und damit zur unterhaltsamen Nachricht. Unüberhörbar sei der grelle „Schrei nach mehr Lust“, die Innerlichkeit solle „für mangelnde Identifikation entschädigen“. Es sterbe „mit jedem Ausflug ins Innere eine demokratische Möglichkeit ab und die Möglichkeit zum Gegenteil – und das heißt Faschismus – nimmt zu. Jeder lutscht an seinem Mythos und hält sich seine Freizeit lang im Inneren auf.“ Meinungen konkurrierten wie Waren. Der Künstler sei ebenso privilegiert wie entfremdet und tendiere zur Selbstsucht. „Der Fetisch Meinungsfreiheit hat sich ohnehin selbst entmythologisiert und zu erkennen gegeben als ein einfaches Herrschaftsinstrument.“ Der Schriftsteller beute eine „gesellschaftliche Lizenz zum Narzißmus“ aus und sei daher „auf die feinste Weise domestiziert“. <sup>950</sup> Er selbst hingegen setzte sich dafür ein, eine „IG Kultur“ zu gründen, der auch die Schriftsteller beitreten sollten und „die den Multimedia-Konzernen gewachsen ist.“ <sup>951</sup> Im Wahljahr 1972, als mit Willy Brandts Kanzlerschaft die Ostpolitik zur Abstimmung stand, sprach sich Walser, auch mit Verweis auf die Ostpolitik, noch einmal für die SPD aus, allerdings mit nunmehr noch größeren Vorbehalten als ein Jahrzehnt zuvor. Er empörte sich über die Meinungsfabrikation einer Allianz aus Medienkonzernen und Parteien. Der Wahlkampf sei „ganz schön amerikanisiert. Das heißt: Geldeinsatz und Werbebüros werden immer wichtiger.“ Die Meinungsfreiheit werde „vom Interesse einer kapitalstarken Minderheit bestimmt“. Vor diesem Hintergrund sah er die Ausgrenzung der DKP als skandalös an. Willy Brandt lasse sich vom Trommeln der „Einschüchterungsmacht“ zu einer Abgrenzung nach links treiben und von den „naturdemokratischen Regungen“ der „Straßenaktionen“ trennen. „Die SPD kommt mir vor wie jemand, der sich die Rosen im eigenen Garten andauernd ausreißt, weil der Nachbar herüberruft, es sei Unkraut.“ Allerdings lehnte er auch die DKP ab. Nicht dass sie eine linksradikale Partei sei. Im lokalen und betrieblichen Bereich leiste sie demokratische Arbeit. Man glaube aber der DKP nicht, dass sie „eine hiesige Partei“ sei: „Der DKP fehlt bis heute so etwas wie Heimatliebe“, monierte Walser. „Sie ist zu unvermittelt internationalistisch. Sie braucht Lokalgeist. Parteilichkeit für das Hiesige.“ <sup>952</sup>

---

<sup>950</sup> Martin Walser: Über die Neueste Stimmung im Westen. In: Ders.: Wie und wovon handelt Literatur, S. 7-41 (12, 21, 33, 36, 38, 40).

<sup>951</sup> Martin Walser: Für eine IG Kultur. In: Ders.: Wie und wovon handelt Literatur, S. 67-75 (72).

<sup>952</sup> Martin Walser: Wahlgedanken. In: Ders.: Wie und wovon handelt Literatur, S. 100-118 (101, 103, 108, 109f., 111).

Das „Hiesige“, Heimat und Nation, Gefühl für kollektive Zugehörigkeit, Verbindlichkeit, örtliche Verwurzelung, Identifikation nicht mit der Bundesrepublik, sondern mit Deutschland, das waren für Walser durchgehend lebendige Bezugspunkte, so wie sie da und dort in seinen zahlreichen Protestäußerungen aufleuchten als Abneigung gegen importierte *angelsächsische* Modelle, *amerikanische* Verhältnisse oder exzessive künstlerische Individualismen. Diese Verbindung riss nicht ab. Schon in den 60er Jahren unternahm er Versuche, die nach 1945 defizitäre Beziehung zum Nationalen zu begutachten. In dem Aufsatz „Ein deutsches Mosaik“ von 1962, in dem er neben die „Allerwelts-Urteile“, die im Ausland über die Deutschen zu hören seien, ein genaueres Bild setzen wollte, nannte er es einen „mörderischen Einfall“ der Väter, das schwankende „Nationalgefühl“ in Biologie aufgehen zu lassen, um es zu befestigen.

„Was wir als Haut-und-Haar-Deutsche anstellten, um uns endlich unserer Eigenart bewußt zu werden, ist bekannt. Seitdem möchte man am liebsten darauf verzichten, ein Deutscher zu sein. Da aber keiner freiwillig ein Deutscher ist, kann er seine Nationalität auch nicht mutwillig ablegen und so etwa der schmutzigen Geschichte entkommen. Zumindest für die Mehrzahl ist das unmöglich. Und die, die es sich leisten können, Lichtensteiner zu werden, sind offensichtlich nicht von ihrem Gewissen, sondern von ihrem Steuerberater über die Grenze getrieben worden. Wir aber, denen das Frühstück noch ein paar Jahre lang schmecken muß in diesem Land, wir behelfen uns, jeder auf seine Weise, durch Distanzierung oder Blindheit, wir haben uns damit abfinden müssen, daß wir mehr oder weniger deutsch sind. Zur rechten Zeit ist uns dann ein Feind im Osten gezeigt worden, der lenkt uns hin auf eine ‚positive‘ Mobilisierung unserer Gefühle. Wir sind allerdings auch jetzt wieder keine besonders deutlichen Deutschen.“<sup>953</sup>

Aus Deutschland sei nie ein Staat geworden, das deutsche Volk sei eine Bevölkerung geblieben. „Wie wenig wir eine Nation sind, erwies sich, als Deutschland mit zwei verschiedenen ideologischen Keimen geimpft wurde.“ Deutsche in Ost und West bewiesen ihren „Impf-Doktoren“ – Walser meinte offenbar die USA und die Sowjetunion –, wie durch die Ideologien „ein Grad von Feindseligkeit erzeugt werden kann, vor dem der Haß der historischen Chauvinismen fast wie Humanität

---

<sup>953</sup> Martin Walser: Ein deutsches Mosaik. In: Erfahrungen und Leseerfahrungen, S. 7-28 (7f.).

wirkt.“ Die Spaltung Deutschlands sei Folge des Krieges. Der Krieg sei Folge misslungener Nationsbildung. „Das ‚Dritte Reich‘, schon der Name nichts als Geschichtsklimbim“, schrieb er. Man sei nun durch eine grausame Teilung geschützt „gegen schwachsinnige Dynasten und halbirte Reichsfanatiker“. „Wir sind um einen furchtbaren Preis entbunden vom Zwang, eine Nation zu werden“, glaubte er.<sup>954</sup> Und am Ende seiner nachfolgenden Beobachtungen von Provinz und ziellosem neuen Wohlstand kam er zu dem Schluss, dass die Deutschen, er sagte: wir, politisch nichts zu bieten hätten „als das Versprechen, unsere Vergangenheit zu überwinden.“ Man müsse darauf hoffen, die politischen Schwächen durch „Europäisierung“ aufgehoben zu bekommen: „Je mehr Europa uns aufnimmt, desto angenehmer wird es sein, ein Deutscher zu sein.“<sup>955</sup>

Martin Walser begegnete all den Mängeln, die er aufreichte: der politischen Unreife, dem Angewiesensein auf Feindbilder, der Flucht ins Materielle, nicht gleichgültig oder nur analytisch. Es ließ ihn nicht kalt, er verwendete starke Ausdrücke, wenn er davon sprach, man sei gescheitert, habe nichts zu bieten. Sein Schreiben war emotional, und die aufs Negative verwiesene Leidenschaft schließlich Ausdruck auch einer Kränkung. Er nahm dann die Deutschen in Schutz. Man könne ihnen nicht vorwerfen, Hitler geduldet zu haben, behauptete er: „Man kann das einem Volk nicht zum Vorwurf machen, das zum ersten Mal in seiner Geschichte einem politischen Abenteuer zum Opfer fiel.“<sup>956</sup> Unter dem Vorsatz, als Schwäche zu zeigen, was aller Welt wie Wunsch und Wille aussah, griff er hier wie von selbst zur gängigen Verteidigung der Deutschen als den verführten Opfern.<sup>957</sup>

Walser war nicht einfach unkritisch, wenn er über Deutschland sprach. Er war empfindlich, sogar verletzlich, eben weil er sich immer mit hinein nahm in den Begriff des Deutschen. Scham kann ein Stachel sein, der das kritische Bewusstsein in Bewegung setzt. So in der Untersuchung von 1964 über das ihm intimste und elementarste Kulturmittel, die Sprache. „Einheimische Kentauren“ bezeichnete er beinahe zärtlich die im Deutschen allgegenwärtigen, zuweilen monströs, dann wieder nur eigenartig unscharf zusammengesetzten Wörter. „Weltschmerz“, „Weltanschauung“ – „Es zeigt sich in solchen Wörtern eine deutsche Lust und Veranlagung. Das Empfinden und Meinen ist bei uns heftig vorhanden“, schrieb er. „Dabei sind wir durch-

---

<sup>954</sup> Ebd., S. 8f.

<sup>955</sup> Ebd., S. 28.

<sup>956</sup> Ebd., S. 27.

<sup>957</sup> Matthias N. Lorenz zeigt diese Figur anhand der Romane und Novellen Walsers in den 70er und 80er Jahren, vgl. Lorenz: „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“, S. 310ff.

drungen von der Ansicht, daß wir uns *eigentlich* nie ganz ausdrücken können.“ Weil einfache Wörter als zu beengend erschienen, so Walser weiter, „beschädigen [wir] die Deutlichkeit, den Umriß, aber wir potenzieren den Willensanteil, die Wucht, das Vitale, manchmal sogar die Substanz. Vielleicht nehmen wir einfach den Mund zu voll.“ Jedoch wollte er bei dieser „vulgären Art, über uns zu urteilen“, nicht stehen bleiben. Er empfahl stattdessen, „Empfindlichkeit“ zu lehren und zu erlernen, um Missbrauch zu entdecken<sup>958</sup>, und führte das am Beispiel der idealistischen Rechtsphilosophie vor:

„Die Deutschen hatten zu Hegels Zeiten beileibe keinen Staat, aber was hat Hegel alles passieren lassen mit diesem Wort: Staatsqualitäten, Staatsleben, Staatsgesinnung, Staatsgewalt, Staatsbewußtsein, Staatsindividuum, Staatswesen, Staatsinteresse, Staatsrepräsentation, Staatswillen, Staatsgesichtspunkt ... Ohne Verlust lassen sich diese Kentauren nicht mehr zurückverwandeln in ihre Elemente. [...]

Löst man etwa ‚Staatsgesinnung‘ auf in ‚Gesinnung für den Staat‘, so bleibt eine schlichte Sache übrig. Fordert man aber ‚Staatsgesinnung‘, so fordert man eine Tugend.“<sup>959</sup>

Und weiß dennoch nicht, warum und wozu. Das wilhelminische Deutschland habe solche Begriffsbildungen zu „Hoheitszeichen stilisiert“. Und Walser führte die Bildungen auf „Volk“ an, die vermittelt bekam, wer wie er 1940 zur Schule ging: „Volksgemeinschaft, Volksgenossen, Volkskörper“ – „Wortleichen“: „Feierlich und unbegreiflich wurden sie vor dem Volk aufgebahrt. Zur Anbetung. Zur Verwirrung. Gebieterische Mumien.“ Die Sprache habe erhalten müssen: „Sonderbehandlung. Es ist kaum ein Wort bekannt, das je eine vergleichbar schlimme Funktion hatte.“<sup>960</sup>

Walser hoffte auf die „freie Sprache“. Sie war ihm Veto gegen jedweden für Herrschaftszwecke zugerichteten Jargon. Mit diesem Interesse widmete er sich, angeregt durch die Verleihung des Bodensee-Literaturpreises 1967, dem Dialekt des Alemannischen, seiner „Muttersprache“, die „erste Sprache“, die alle Sinne geformt habe und alle später erlernten Sprachen richte. In seiner Dankesrede in Überlingen

<sup>958</sup> Martin Walser: Einheimische Kentauren oder: Was ist besonders deutsch an der deutschen Sprache? In: Ders.: Erfahrungen und Leseerfahrungen, S. 33-50 (35, 36f.).

<sup>959</sup> Ebd., S. 38f.

<sup>960</sup> Ebd., S. 42f.

beschrieb er den Dialekt als ein Refugium der Identität von Sprechen und Empfinden.

„Der Dialekt entlarvt das Unhaltbare. Das schafft er durch seinen Mangel an Aufgeschlossenheit für den sprachlichen Zuwachs der letzten paar hundert Jahre. Müßten alle Kommunikés oder auch alle Wahlreden in diesem Dialekt gehalten werden, und zwar in den originalen Wörtern dieses Dialekts, dann müßte, ohne Schaden, viel ungesagt bleiben.“<sup>961</sup>

Es würden in dieser Muttersprache „Empfindlichkeitsmuster“ erzeugt. Der Dialekt sei fortan dagegen, dass man Wörter gebrauche, die keinen „Anlaß haben in einem selbst“, denn als der Dialekt im Kindesalter erlernt worden sei, habe alle Äußerung einen „rechten Anlaß“ und einen „triftigen Grund“ gehabt. „Später“, so Walser, „gebraucht man Sprache leichtfertiger. Geht um mit Wörtern, die man bloß übernommen hat, die man auswendig kennt, fremde hochdeutsche oder ganz ausländische. Undurchdringliche Wörter. Man verwendet sie ganz ungeschichtlich.“<sup>962</sup>

Walser hielt Heimatreden. Er lud neue Erwartungen auf diese Kategorie. In einem Beitrag, den er im Frühjahr 1967 – da steuerten andernorts die Studentenproteste ihrem Höhepunkt zu – einem Landrat widmete, galt ihm Heimat als „der schönste Name für Zurückgebliebenheit“. Zum Gegenbild baute er den „Typus des Spiegelredakteurs“ auf, der die Deutschen beständig korrigiere, in seiner „angestregten und anstrengenden Fortgeschrittenheit“.<sup>963</sup> Auf die vom Hessischen Rundfunk für eine Sendereihe gestellte Frage „Wie heimatlos ist die Linke?“ antwortete er in einem Radiobeitrag vom Februar 1972 mit dem Versuch einer Fusion von Heimatglaube und Kapitalismuskritik.

„Eine entwickelte Gesellschaft muß den Staat als Heimat für alle ausbilden. Dazu müssen alle an diesem Staat beteiligt sein. Und zwar, ohne alle Umschweife, als Besitzende. Wo man nicht besitzt, hat man nichts zu sagen. Wo man nichts zu sagen hat, wird einem das wichtigste aller Menschenrechte vorenthalten: das der Selbstbestimmung. Die Kapitaleigner wissen das sehr genau. Alle Diskussio-

<sup>961</sup> Martin Walser: Bemerkungen über unseren Dialekt. In: Ders.: Heimatkunde, S. 51-57 (54).

<sup>962</sup> Ebd., S. 55f.

<sup>963</sup> Martin Walser: Heimatkunde. Für Dr. Walter Münch, Landrat von Wangen. In: Ders.: Heimatkunde, S. 40-50 (40f.).

nen um die Mitbestimmung am Arbeitsplatz lassen sie an diesem Punkt auflaufen: wer das Kapital investiert, darf nicht überstimbar sein, der muß zu sagen haben, was gemacht wird und was nicht. Ein kapitalistischer Staat ist schon Heimat für die Besitzer der Produktionsmittel. Dieser Staat sorgt für sie. Sie selber haben auf diesen Staat mehr Einfluß als die Lohnabhängigen. Ihnen gehören auch die Produktionsmittel, mit denen die Meinung produziert wird, daß dieser Staat der beste ist, den es je gegeben hat.“<sup>964</sup>

„Es war einmal“, schrieb er, in den 60er Jahren, da sei durch den Protest der Studenten die ganze westliche Gesellschaft in Bewegung geraten in einem scheinbar unabweisbaren Bedürfnis nach mehr Demokratie. Inzwischen aber sei man wieder zur Tagesordnung übergegangen. Niemand wolle mehr mit der Bewegung sympathisiert haben. Walser bezeichnete die von der sozialliberalen Koalition regierte Bundesrepublik als eine „gestoppte Demokratie“, als einen „Klassenstaat“, in Justiz, Steuerrecht, in der „Züchtung einer Gewissenlosigkeit gegenüber dem Gemeinwohl. In seiner Einschränkung des Ethischen auf das Individuelle.“ Es werde vor allem an den Intellektuellen liegen, „ob dieser Staat Heimat nur für eine Minderheit bleiben“ solle. „Da wir Arbeiter in der Meinungsproduktion sind, also Abhängige, also ‚Heimatlose‘, haben wir die Aufgabe“, so forderte er, „andauernd das demokratische Manko auszurufen.“ Das Manko sei immer noch „groß und grundsätzlich“.<sup>965</sup>

„Gibt es etwas Verrückteres als den Versuch, das Gegenwärtige zum Zukünftigen zu machen? Heimat ist ein Zeitwort, ein Prozeßbegriff, denkbar nur als vergangene oder als zukünftige. Daß jemand sich mit dem jetzt Angebotenen auch für die Zukunft abfindet, beweist nur, daß er einen zu bescheidenen Begriff von Heimat hat. Den hat man ihm beigebracht.

Aber was wäre das für eine Heimat, in die nicht alle aufgenommen werden könnten?“<sup>966</sup>

Anstelle von Aufklärung über das Fehlende und Mögliche leisteten die Intellektuellen „Verdunkelungsarbeit“, indem sie sich einer Lust an der Verzweiflung hingäben. „Trotzdem“, so Walsers Fazit, „hat ein Begriff von Heimat bisher alle Verdun-

<sup>964</sup> Martin Walser: Heimatbedingungen. In: Ders.: Wie und wovon handelt Literatur, S. 89-99 (89).

<sup>965</sup> Ebd., S. 91, 95, 96f.

<sup>966</sup> Ebd., S. 97.



kelungs- und alle Abspeisungsversuche überlebt: Sozialismus und Demokratie sind zwei Wörter für diesen denkbaren Heimatzustand.“<sup>967</sup> Sozialismus als Heimat, das trug seine in das „Hiesige“ gesetzten Erwartungen nicht mehr lange. Die zunehmende Ermattung gesellschaftskritischer Emphase und die sich vollziehende Auflösung marxistischer Begriffe, die er Anfang der 70er Jahre zuerst an ehemals linken, nunmehr wieder liberalen Journalisten und Literaturkritikern bemerkte, die „Tendenzwende“, sie erfasste auch ihn selbst. Er gab Signale des Ermüdens. In einem Beitrag für einen deutsch-sowjetischen Dialog schrieb er 1975 von seiner Angst, endgültig zu unterliegen: „Es ist nicht ganz leicht, in diesen siebziger Jahren in der BRD die Hoffnung auf Geschichte aufrechtzuerhalten.“<sup>968</sup> Mit seiner politischen Position zwischen DKP und SPD fühle er sich isoliert. „Zwischen der anfallartig auftretenden Sucht, mich nur noch um mich zu kümmern, und der Sehnsucht, teilzunehmen und teilzuhaben an einer glücklich verlaufenden Geschichte, werde ich älter und bin immer noch gespannt auf das, was ich heute in einem Jahr denken muß.“<sup>969</sup> Im Jahr darauf dann rühmte er Robert Walser in einer Rede zu dessen 100. Geburtstag für einen Stil, der die Schwierigkeiten der Person mit der Gesellschaft im Bewusstsein der Person zu einer Ästhetisierung bringt, die als befreiendes „Identitätsrauschen“ sich erleben lasse.<sup>970</sup> Das waren zum Beispiel die Naturbetrachtungen und Walderlebnisse. Martin Walser zog sich aus seinem Engagement zurück. Sein „Bedürfnis nach Gebirge“ nehme arg zu, gestand er ironisierend das ganz ernste Heimatgefühl, aus dem der Sozialismus verschwunden war. Das Alpenidyll, er habe es sich seit Jahr und Tag in Selbstzensur verboten, hielt er nun der Gesellschaft mit ihrer einer Million Arbeitslosen entgegen. Das sei kein Grund zur Scham. Sollten die doch fünf Wochen jährlich Urlaub in den Bergen verbringen.<sup>971</sup> So klang Ratlosigkeit, die sich gegen die aufdringlich faktischen Irritationen der sozialen Frage wappnet, indem sie zum Spaßverderber erklärt, wer sich noch immer durch üble Verhältnisse bedrücken lässt.

Indes zog Walser sich nicht auf sich selbst zurück. Die verbliebene „Sehnsucht“ nach einer glücklich verlaufenden Geschichte war stark in ihm. Die Vorstellung, es

---

<sup>967</sup> Ebd., S. 98.

<sup>968</sup> Martin Walser: Wie geht es Ihnen, Jury Trifonow? In: Ders.: Wer ist ein Schriftsteller? Aufsätze und Reden. Frankfurt a.M. 1979, S. 25-35 (27, 30).

<sup>969</sup> Ebd., S. 35.

<sup>970</sup> Martin Walser: Über den Unerbittlichkeitsstil. Zum 100. Geburtstag von Robert Walser. In: Ders.: Wer ist ein Schriftsteller?, S. 67-91 (90).

<sup>971</sup> Martin Walser: Alpen-Laokoon oder Über die Grenze zwischen Literatur und Gebirge. In: Ders.: Wer ist ein Schriftsteller?, S. 55-66 (56, 60).

müsse etwas an der Bundesrepublik Fehlendes wettgemacht, es müsse ein Manko grundlegend beseitigt werden, vermochte er nicht mehr mit der Zukunft eines demokratischen Sozialismus zu verbinden.

Am 30. August 1978 hielt er die Bergen-Enkenheimer Rede. Sie handelte eigentlich von der Erfahrung des Lesens, dem Wünschen und Hoffen, das im Lesen sich bildet, und sprach von Jugenderinnerungen, „lesen, beten, schreiben“, Erinnerungen an Karl May und die Bibel. Dann, sehr abrupt, wurde er politisch:

„Ich meine Deutschland. Wir sind, nach meiner Meinung, aus den Epochen heraus, in denen Katastrophen ausschlaggebend sein dürfen. Wir können schon den Versuch machen, uns zu wehren. Wir müssen nicht hinnehmen, was passiert ist. Aber gelingen kann uns die Gegensteuerung gegen etwas, das aussieht wie Schicksal, nur, wenn wir fähig werden, uns mit dem Gang der Geschichte selbst zu verbünden; wenn wir fähig werden, den historischen Prozeß für uns arbeiten zu lassen. Dazu müssen wir uns ihm fügen, ihm dabei aber unser Interesse einflößen. [...]

Inzwischen spricht man von zwei Deutschländern. Auf beiden Seiten. Daß es diese zwei Länder gibt, ist das Produkt einer Katastrophe, deren Ursachen man kennen kann. Ich halte es für unerträglich, die deutsche Geschichte – so schlimm sie zuletzt verlief – in einem Katastrophenprodukt enden zu lassen.“<sup>972</sup>

Er nahm seinen Leser, „wenn es ihn gibt“, in die Pflicht, nicht „als narkotisierter Pragmatiker um die offene Wunde herauszutänzeln“, sondern die Existenz von BRD und DDR aus historischem Bewusstsein heraus für unerträglich zu halten.

„Wenn es den Machern des Aktuellen gelingt, in uns das Bedürfnis nach Deutschland zum Erlöschen zu bringen, oder wenn es ihnen gelänge, dieses Bedürfnis auf ein Deutschland wie gehabt zu dressieren, dann werden BRD und DDR tatsächlich unsere Geschichte beschließen. Aber ich glaube, es existiere ein historisches Bedürfnis, das Katastrophenprodukt zu überwinden. Und ich glaube, dieses Bedürfnis kann tradiert werden. Ich könnte keinen einzigen praktischen Schritt nennen zur Überwindung des tragikomischen Un-Verhältnisses zwischen den beiden Deutschländern. Aber ich spüre ein elementares Bedürfnis, nach

Sachsen und Thüringen reisen zu dürfen unter ganz anderen Umständen als denen, die jetzt herrschen. Und das kommt aus Traditionen, an denen ich als Leser teilgenommen habe. Sachsen und Thüringen sind für mich weit zurück und tief hinunter hallende Namen, die ich nicht unter ‚Verlust‘ buchen kann. Nietzsche ist kein Ausländer. Leipzig ist momentan nicht unser. Aber Leipzig ist mein. Und ich war noch nie in meinem Leben in Leipzig. Aus meinem historischen Bewußtsein ist Deutschland nicht zu tilgen. Sie können neue Landkarten drucken, aber sie können mein Bewußtsein nicht neu herstellen.“<sup>973</sup>

Er weigere sich, an der „Liquidierung von Geschichte“ teilzunehmen. Und doch sei alles das nur Utopie.

„Mein deutsches Wort für Utopie ist ‚Wunschdenken‘. Aber wir sind verantwortlich dafür, daß es Wunschdenken bleibt und dann eine wirkliche Chance hat im Jahre 1999 oder 2099. [...]“

Wir alle haben auf dem Rücken den Vaterlandsleichnam, den schönen, den schmutzigen, den sie zerschnitten haben, daß wir jetzt in zwei Abkürzungen leben sollen. In denen dürfen wir nicht leben wollen. Wir dürften, sage ich vor Kühnheit zitternd, die BRD sowenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offen halten.“<sup>974</sup>

Es träfe nicht zu, wollte man diese Rede als eine schlagartige Drehung in Martin Walsers Weltbild interpretieren. Was er zuvor geschrieben und gesagt hatte, die Art, wie er auf kollektive Identifikation bestand, deutete auf seine nationale Leidenschaft hin, die Ende der 70er Jahre zu seinem politisch ausschlaggebenden Motiv wurde. Dennoch hatte sich etwas geändert. Er hatte sich aus den Positionen der neuen Linken zurückgezogen. Er ersetzte „Gesellschaft“ durch „Nation“. Und das öffentliche Umfeld bot Raum und Anklang für einen Appell an nationale Tradition. Vor diesem Hintergrund wird nun klarer, was 1978 das Zusammentreffen mit Améry erschwerte. Dabei war die Verständigung zwischen beiden alles andere als unmöglich: Zwei Intellektuelle, die beide zu verstehen versucht hatten, wie Auschwitz die Opfer versehr-

---

<sup>972</sup> Martin Walser: Über den Leser – soviel man in einem Festzelt darüber sagen soll. In: Ders.: Wer ist ein Schriftsteller?, S. 94-101 (99).

<sup>973</sup> Ebd., S. 100.

<sup>974</sup> Ebd., S. 101.

te, die beide das Bewusstsein dafür schärfen wollten, dass schlichte „Bewältigung“ unmöglich sei, zwei Kritiker eines opportunistischen westdeutschen Ausweichens vor der Vergangenheit, die beide forderten, dass die Deutschen Auschwitz als ihre ureigene Tat annehmen sollten – diese zwei mochten wie Geistesverwandte erscheinen. Jedoch gab inzwischen das Trennende den Ausschlag. Améry widersprach Walser's Verallgemeinerung des faschistischen Potenzials. Dieser Punkt war empfindlich. Walser war gegen Améry, weil der an der alles andere in den Schatten stellenden Bedeutung des Dritten Reiches festhielt. Améry gemahnte an genau jene Katastrophe, gegen deren unverrückbare Geschichtsmächtigkeit Walser sich wehrte. Die Bergen-Enkenheimer Rede mit ihrem archaischen Pathos von der Last des „Vaterlandsleichnams“, den „sie“ – äußere Mächte – „zerschnitten“ hätten, war insofern ein Wendepunkt, als Walser den von ihm konstruierten Opferstatus der Deutschen deutlich über die Erinnerung an die Täter stellte. Die „Wunde“, die ihn interessierte, war Deutschland. In seinem Wunsch nach Überwindung der deutsch-deutschen Grenze argumentierte er im übrigen nicht mit der Freiheit von Menschen, die unter einer Diktatur lebten. BRD und DDR galten ihm gleichwenig, beide nicht der Anerkennung wert. Nicht Demokratie war das Stichwort, sondern Nation. In seinen Worten: Die Wiedererweckung eines Leichnams.

An entlegener Stelle publizierte Martin Walser 1978 eine Sammlung von Aphorismen, unter denen sich der folgende „Grund zur Freude“ findet: „Daß man meint wunder was. Daß man aufschreit. Daß man glaubt, jetzt. Daß man keine Zeit hat. Daß man, um weiterzukommen, wenden muß.“<sup>975</sup> Er wendete nicht nur, er stellte offen in Frage und erklärte ex post für ungültig, was er bisher als „gesellschaftliche Ausdrucksweise“ an „Meinungen“ veröffentlicht hatte. „Mich wundert die moralische Ermüdbarkeit“, schrieb er für die von Jürgen Habermas 1979 herausgegebenen „Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘“. Er bekannte: „Auch wenn ich, als ich mich noch frischer fühlte, ein Heuchler gewesen sein sollte, so halte ich es nicht für eine angenehme Entwicklung, daß ich jetzt immer weniger Lust und Kraft zur Heuchelei habe.“<sup>976</sup>

Das Projekt der „Stichworte“ wurde von Habermas gemeinsam mit Günther Busch konzipiert, dem Herausgeber jener „edition suhrkamp“, in der etwa Adornos

---

<sup>975</sup> Martin Walser: Der Grund zur Freude. 99 Sprüche zur Erbauung des Bewußtseins. Düsseldorf 1978, Nr. 96.

<sup>976</sup> Martin Walser: Händedruck mit Gespenstern. In: Jürgen Habermas (Hg.): Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“. Bd. 1, Nation und Republik. Frankfurt a.M. 1979, S. 39-50 (39).

Aufsatz „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?“ oder dessen Kritik an Heideggers „Jargon der Eigentlichkeit“ neben Schriften von Brecht, Walter Benjamin, Ernst Bloch und anderen erschienen waren. Martin Walser selbst war 1962 an den ersten Planungen beteiligt gewesen und hatte Siegfried Unseld nachdrücklich unterstützt, diese Taschenbuchreihe einzurichten.<sup>977</sup> Auch Walsers Aufsätze und Vorträge hatte Busch in der „edition suhrkamp“ herausgegeben. Die „e.s.“ bezeichnete Habermas nun als das „Sittendokument“ einer kritischen Intellektualität, die „dezidierten Anschluß an Aufklärung, Humanismus, bürgerlich radikales Denken, an die Avantgarden des 19. Jahrhunderts“ gesucht habe, um das kulturelle Milieu der Bundesrepublik seit den 50er Jahren zu prägen. Mit der Selbstverständlichkeit dieses Einflusses sei es nun vorbei. „Das, womit wir uns, wenn ich das so pauschal sagen darf, identifiziert haben und noch identifizieren können, wird seit einem halben Jahrzehnt militant in Frage gestellt“, schrieb er in einem Brief an 50 westdeutsche Kritiker, Schriftsteller, Sozialwissenschaftlicher. „Die Linke“, so Habermas weiter, „reagiert, alles in allem, kleinlaut auf eine Neue Rechte“, und er forderte die Adressaten auf, sich mit eigenen Aufsätzen an einem zeitdiagnostischen Gemeinschaftsunternehmen zu beteiligen, das als 1000. Band der „edition suhrkamp“ erscheinen sollte. Dieses Unterfangen sollte der Herausforderung durch eine „Tendenzwende“ begegnen, die der Herausgeber als gegeben nahm, es solle, mahnte Habermas, „unsere Reaktionsfähigkeit“ testen. Er sprach vom „Denunziantenstreich“, von der „Ordinarienpamphletistik der Neuen Rechten“, welche die kritische Theorie für Terrorismus haftbar machte. Seinen Aufruf zur Abwehr richtete er an Intellektuelle, die ihre „Identität“ in der Bundesrepublik „ausgebildet haben“ und die „für jene Traditionen einstehen, gegen die 1933 ein deutsches Regime angetreten ist.“<sup>978</sup>

Walser unterließ diese Ratio. In einem Forum, das den Ernst der sozialkritischen Denkbewegung erneuern sollte, erklärte er die Kritik an sich zur heuchlerischen Attitüde. Bei ihm jedenfalls sei es so. Und die Tatsache vor Augen, dass er mit einunddreißig weiteren bundesdeutschen Intellektuellen auftrat, die der Linken als zugehörig galten, fragte er: „Geht es vielen so? Ergibt die Summe das, was man Tendenzwende nennt? Wie erkläre ich mir meine neueste Neigung?“ Er könne seine einmal öffentlich geäußerten Meinungen nicht zurücknehmen, aber er könne sie auch nicht

---

<sup>977</sup> Zum so genannten „Wasserburger Treffen“ von Unseld, Walser, Enzensberger, Johnson und den Lektoren Karl Markus Michel und Walter Boehlich als der Geburtsstunde der edition suhrkamp vgl. Magenu: Martin Walser, S. 184ff.

<sup>978</sup> Jürgen Habermas: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Stichworte, S. 7-35 (7ff., 17).

mehr wie 1968 vortragen. Er sei empfindlicher geworden für die Schwierigkeiten, in die seine politischen Hoffnungen geraten seien. „Seine Ansichten“, schrieb er, in die distanzierte dritte Person wechselnd, „müssen sozusagen ohne ihn auskommen.“ Er könne sich nicht mehr aufraffen, als Meinungsvertreter die Demokratie zu befördern.

„Ohne daß er seine oft genug veröffentlichten Meinungen widerrufen oder auch nur korrigieren möchte oder könnte – also den Drang, sich jetzt lustig zu machen über das, was er vor zehn Jahren dachte, und über die, die ihn damals ernst nahmen, hat er nicht, da steht er einem bedeutenden Kollegen bedeutend nach –, er muß doch zugeben, daß seine veröffentlichten Meinungen ihn nicht ganz enthalten. Also stimmen sie nicht. Viel von seinem Bewußtsein ist in diese veröffentlichten Meinungen nie eingegangen. Ein selbstverschuldeter Samisdat ist entstanden in ihm. Das ist inzwischen so deutlich geworden, daß er seit langem das Gefühl hat, er verschweige etwas.“<sup>979</sup>

Aus der mit Koketterie begonnenen Selbstbezeichnung als Heuchler, aus der Halb-und-Halb-Infragestellung seiner Positionen von ehemals wurde ein Widerruf zur Gänze. Nicht nur er sei in seinen öffentlichen Meinungen nicht ehrlich gewesen. Walser mutmaßte, die Öffentlichkeit der Bundesrepublik sei möglicherweise insgesamt ein „Kunstgebilde“. Das Verschwiegene wachse an. „Bei uns hat jeder, wenn mein Fall typisch ist, seinen eigenen Samisdat“, schrieb er und erklärte, wie er sich manchmal noch wehre gegen das, was ihn schon eingenommen habe. Sein Bekenntnis stilisierte er zum Ausbruch von lange unterdrückten Affekten.

„Endlich keine Kritik mehr der eigenen Neigung, sondern Zustimmung zur bisher ununterbrochen bekämpften Neigung. Zulassung des Widerspruchs, endlich! Ein plötzliches Einlassen jahrelang bekämpfter, immer auf Einlaß drängender Gedankengespenster und Meinungsmonster. Das hieße aber, verschwiegen sein. Er dürfte bald keinem mehr sagen, was er ‚wirklich‘ meint. Hat er das je getan? Er hat die Teufel vor seinen Fenstern und Türen und Schlüssellöchern und Türritzen doch immer gesehen, hat sie immer bekämpft, abgewehrt. Aber er hat nie erwähnt, daß sie ihn belagern, bedrohen. Er hat getan, als wäre er schon fein heraus! Als enthielte er nicht selbst noch alle Übel, die er bekämpfte! Er wollte

---

<sup>979</sup> Walser: Händedruck mit Gespenstern, S. 40f.

ein Posten des Fortschritts sein, der Annäherung an Humanität. Er lebte in gespanntem Zustand. Zwischen niederziehenden Atavismen und dem zeitgenössischen Bedürfnis, das schlimme Erb- und Traditionserbe loszuwerden. Jetzt, müde und kapitulierend, wäre er im Handumdrehen besetzt von jeder Barbarei der Vergangenheit? Der Handschlag mit Gespenstern fände statt? Jetzt sagt er sich schon – und nennt das, um sich zu verfühlen, ein Geständnis –, er sei nie frei gewesen von den Vergangenheitsbelastungen; er hätte nur weiterkommen wollen, aber er sei eben nicht weiter gekommen; das sei doch nicht seine Schuld. [...]

Die Gespenster sind tabuisiert. Durch seine Mitwirkung. Er hat Angst. Er tut einmal probeweise so, als schäme er sich für das, was ihm vielleicht bevorsteht. Ist es überhaupt noch Scham? Oder schon Koketterie?<sup>980</sup>

Walser spielte mit einer Revision von historischen Verbindlichkeiten, indem er sie als Spuk bebilderte, der ihn heimsuche. Dieses Motiv des Verführtwerdens verwendete er zuvor schon, als er in den 60er Jahren die Unschuld der Deutschen unter Hitler erklärte oder SS-Schergen als „Chargen“ und „arme Teufel“ bezeichnete. Nun diente es ihm als ironische Antwort auf den Nationalismusvorwurf, der ihn selbst treffen könnte. Es war, als wolle er sich, durch ausgiebiges Bekennen, Erklären, Selbstbefragen, alle Auswege offen halten. Er besah sich selbst als dritte Person. Er zitierte sich selbst. In einem Tagebucheintrag von 1975 habe er notiert: „Ich glaube nicht, daß man als Deutscher meines Jahrgangs ein ungestörtes Verhältnis zur Realität haben kann. Unsere nationale Realität selbst ist gestört. Und wenn ein so Ausschlaggebendes gestört ist, ist es möglich, daß man zu allem davon Abgeleiteten kein rechtes Vertrauen gewinnen kann.“ Die Verhältnisse erlaubten kein Vertrauen. Die gesplante Nation sei „eine andauernde Quelle von Vertrauensvernichtung“. „Jeder sozusagen natürliche Identifikationsprozeß – der möchte ja jeden Tag vor sich gehen und zu immer größeren Zugehörigkeitsempfindungen führen – wird andauernd durch den anderen Teil der Nation gestört.“ Walser suchte nach seiner nationalen Identität. Er versuchte, die Irritationen, die von der deutschen Vergangenheit ausgingen, zu überwinden.

„Ich vermute, daß unsere nationale und gesellschaftliche Ratlosigkeit eine Folge unserer Entfernung von unserer Geschichte ist.“

---

<sup>980</sup> Ebd., S. 43.

Mir kommt es so vor, als hätten sich unsere Intellektuellen 1918 vom Volk getrennt und hätten seitdem die Erfahrung, die man im Volk, mit ihm oder durch es hatte, verdrängt. Schon das Wort ruft vielfältiges Schaudern hervor. *Volk* – ist das überhaupt ein Begriff? Ist das nicht ein total *obsoletes* Wort? Macht der Ausdruck Klassengesellschaft das überflüssig, was sich historisch unter dem Wort Volk angesammelt hat? [...]

Den Ersten Weltkrieg hat das deutsche Volk verloren. Aber das deutsche Volk war an diesem Krieg kein bißchen schuldiger als das englische, russische, französische, italienische, österreichische. Die bürgerlich-feudalen Cliques der beteiligten Länder dürften noch am ehesten als Verursacher dieser ausschlaggebenden Katastrophe namhaft zu machen sein. Zu erleiden hatte die Folgen fast ausschließlich das deutsche *Volk*. Nicht die Gesellschaft. Kein Kollektiv. Das Volk als deutsches Volk wurde gedemütigt und ausgeplündert. Von den bürgerlich-feudalen Cliques der Siegermächte.<sup>981</sup>

Er griff hier zurück auf Kategorien politischer Mobilisierung, die vor 1945 gebraucht wurden. Die völkischen Lehrmuster, denen er als Schüler in den 30er und 40er Jahren begegnet war, blieben abrufbar. Er fiel zurück auch auf altvertraute Resentiments: die Entfremdung der Intellektuellen vom deutschen Volk mit Einführung der liberalen Demokratie von Weimar, die relative Schuldlosigkeit am Ersten Weltkrieg, das Leiden unter den Folgen des verlorenen Krieges, die Demütigung und Ausplünderung der Deutschen durch die Siegermächte von 1918. Vom „Ausland“ fühlte Walser selbst sich gedemütigt und in seiner nationalen Identität verunsichert. In Moskau oder New York dürfe er „nicht so rückhaltlos deutsch sein, wie die dort russisch oder amerikanisch sind. Man erwartet von mir geradezu, daß ich mein Deutschsein mit einer Art Fassung trage, wie man ein Leiden erträgt, für das man nichts kann, das man aber auch nicht mehr loswerden kann.“<sup>982</sup> Der Grund, den er angab, war Auschwitz. Auschwitz störte.

„Auschwitz. Und damit hat sich's. Verwirkt. Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden. Aber ich muß zugeben, eine rein weltliche, eine liberale, eine vom Religiösen, eine überhaupt von allem Ich-Überschreitenden fliehende Gesellschaft kann Auschwitz nur ver-

---

<sup>981</sup> Ebd., S. 46.



drängen. Wo das Ich das Höchste ist, kann man Auschwitz nur verdrängen. Aufnehmen, behalten und tragen kann man nur miteinander. Aber jede Tendenz zum Miteinander reizt bei uns den Verdacht auf Obsoletes. Wo Miteinander, Solidarität und Nation aufscheinen, da sieht das bundesrepublikanisch-liberale Weltkind Kirche oder Kommunismus oder Faschismus. Geschichtsabweisend ist der aktuelle Intellektuelle.<sup>983</sup>

Hieß das: Wenn Auschwitz nicht mehr wäre, könnte die Nation wieder leben? Walser leugnete nicht, was geschehen war. Er lehnte vielmehr die Art ab, wie Intellektuelle damit umgingen. Er entledigte sich der Vergangenheit nicht durch die Lüge. Er gab aber Ungeduld darüber zu erkennen, dass diese Vergangenheit fortgesetzt in aller Öffentlichkeit das Bild von Deutschland negativ prägte. Warum nahm das kein Ende? Wo blieb das Positive? Nun kehrte er den Vorwurf um: Nicht der Nationalismus war Schuld daran, dass die „Bewältigung“ der Vergangenheit misslang. Walser machte die liberale Gesellschaft dafür haftbar. Sie könne nur verdrängen. Individualismus und Liberalismus hätten den Deutschen das Mittel geraubt, mit ihrer Vergangenheit zurecht zu kommen: die nationale Solidarität.

## **5. Selbstbehauptungsnationalismus**

Die 70er Jahre sind die Formierungsphase eines modernen deutschen Nationalismus, der sich als Reaktion auf 1968 und auf den sozialliberalen Machtwechsel konstituierte. Das Jahrzehnt hatte begonnen mit einer Politik der Anerkennung. Die erste Bundesregierung ohne konservativen Kanzler verstand sich als historisches

---

<sup>982</sup> Ebd., S. 47.

Bündnis zwischen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und liberalem Bürgertum, jenen Kräften, die in der deutschen Geschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts auseinander getreten waren, die erst als Weimarer Koalition die erste deutsche Demokratie trugen, Kräfte, die der Nationalsozialismus schließlich verboten und verfolgt hatte.<sup>984</sup> Unterstützt durch Bundespräsident Heinemann unternahmen es Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel, die Gebietsverluste im Osten und die Nachkriegsgrenzen mit Polen und der Sowjetunion rechtsförmlich anzuerkennen. Sie anerkannten die DDR als den zweiten deutschen Staat. Sie schufen die Voraussetzung für die Trennung von alten Reichstraditionen und für die Selbstanerkennung der Bundesrepublik. Diese Ergebnisse blieben als neue Normalität und als Grundlage deutscher Politik über die sozialliberale Regierungszeit hinaus bestehen. Jedoch endete das Jahrzehnt mit einer Rechtsverschiebung historischer Legitimierungsmuster, mit der Wiederbelebung autoritärer Leitbilder und der Retraditionalisierung des kulturpolitischen Milieus.

Die Impulse der Revision kamen nur zu einem geringeren Teil noch aus dem überkommenen, vormals reserviert herrschenden Konservatismus. Dessen Eliten waren noch in den 50er Jahren unangefochten. Sie wurden aber durch die lebensweltliche Liberalisierung Westdeutschlands, durch populärkulturelle angelsächsische Einflüsse wie der Beat- und Rockmusik und durch die fortschreitende Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, durch Sozialkritik und Protestbewegung im Verlauf der 60er Jahre an den Rand gedrängt.

Kulminationspunkt dieser lang anlaufenden Entwicklung war 1968. Hier brach die Welle und setzte, sichtbar etwa an studentischen Forderungen nach „revolutionärer“ Gewalt und an der Einschüchterung widerstrebender Hochschullehrer, ihre destruktiven Kräfte frei. Der neue Konservatismus ging von den Universitäten aus, wo eine Vielzahl von Lehrkräften sich in die Enge getrieben fühlte, war allerdings von Anfang an eng verzahnt mit Wirtschaftsverbänden und Regierungen in Bund und Ländern. Man trat wirksam an gegen die gesellschaftliche Fundamentaldemokratisierung, für die „1968“, ob zu Recht oder nicht, Reizwort und Symbol wurde. Man fand weithin Anklang und erhielt Zufluss von Sozialdemokraten und Liberalen. Enttäuschte Reformer, Professoren, die an bürgerlicher Tradition, an habitueller Mäßigung, an der Achtung vor dem Persönlich-Privaten festhielten, und nicht zuletzt at-

---

<sup>983</sup> Ebd., S. 48.

<sup>984</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt? In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 1-37 (4f.).

lantisch orientierte und für Israel Partei ergreifende Intellektuelle schlossen sich an. Die erneuerte konservative Denkrichtung wurde stark, weil sie einen geistigen Führungsanspruch unter all denen durchsetzen konnte, denen 1968 aus sehr unterschiedlichen Gründen zu weit ging.

Zunächst war die gemeinsame Plattform der Ruf nach dem Staat als Ordnungsin-  
stanz. Zehn Jahre nach dem Scheitelpunkt der Protestbewegung war aber unter dem  
Eindruck des RAF-Terrorismus klar geworden, dass jenes Staatsbewusstsein nur eine  
erste Etappe der konservativen Erneuerung gewesen war. Die Dosis an Observanz-  
mitteln wurde gesteigert. Staatszentrierter Institutionalismus genügte nicht. Er mobi-  
lisierte in der breiten Bevölkerung nicht genügend Gefühlsbindung, um eine Ord-  
nung zu garantieren, die ihre „Feinde“ mit strafender und abschreckender „Härte“  
und „Stärke“ würde bekämpfen, ihre Jugend mit verpflichtenden Sinnlektionen wür-  
de kontrollieren können. Die Renaissance Deutschlands als Nation wurde in dem  
Maße zum leitenden Wunschbild, als sich in Wissenschaft und Publizistik die An-  
sicht durchsetzte, dass die Bundesrepublik in der Außen- und in der Innenpolitik zu  
schwach sei. Die nunmehr konservativ *und* national auftretende Gegenbewegung sah  
sich noch immer als Opposition. Man glaubte oder gab vor, aus äußerster Defensive  
zu agieren, obwohl sich die Gewichte spätestens seit der Wirtschaftskrise 1973 um-  
gekehrt hatten. Unterlegt mit der Empörung über die Terroranschläge machten bis in  
die Bundesregierung hinein Begriffe wie Staatsnotwehr, Notstand und Notgemein-  
schaft die Runde. In der vielfach angeheizten Atmosphäre dieses Schwäche- und  
Notbewusstseins erhielten Stimmen Gehör, die den Deutschen einen Mangel an Stolz  
auf ihre Geschichte vorwarfen. Es entstand, was als gegenideologisches Signum des  
Jahrzehnts zu betrachten ist: ein aus den Konflikten der Bundesrepublik geborener  
neuer deutscher *Selbstbehauptungsnationalismus*.<sup>985</sup>

---

<sup>985</sup> Hermann Lübke verwendete 1988 den Begriff eines „liberalen Selbstbehauptungs-  
konservativismus“ in Bezug auf seinen Lehrstuhlvorläufer in Zürich, Hans Barth. Diese auch als  
Selbstverortung gewählte Bezeichnung gründet auf der Vorstellung, es sei zur Verteidigung realer  
Alltagsfreiheit eine überzogene revolutionäre Emanzipationsrhetorik in die Schranken zu weisen. Das  
liberale Selbstverständnis wäre also in Auseinandersetzung mit ungezügelter Fortschrittsideologie  
zum Konservativismus übergegangen, nicht um die schon erreichten Freiheitsstandards zu verraten,  
sondern um sie zu bewahren. Allerdings zeigt der Strom einer auf Abwehr einschwenkenden Geistes-  
haltung in den 70er Jahren, zu deren Exponenten Lübke zählte, vor allem die Forderung nach Frei-  
heitsbeschränkung zur Sicherung von Staat und Nation. Insofern erscheint der Begriff eines konserva-  
tiven Selbstbehauptungsnationalismus angemessener. Vgl. Hermann Lübke: Einleitung. In: Hans  
Barth: Denken in der Zeit. Philosophisch-politische Beiträge in der Neuen Zürcher Zeitung 1932-  
1964. Zürich 1988, S. 7-13 (11), und Norbert Hilger: Deutscher Neokonservatismus – das Beispiel  
Hermann Lübke. Baden-Baden 1995, S. 23ff.

Selbstbehauptung war anfangs das durchaus sehr individuelle Bedürfnis von Hochschullehrern, der Schockwelle der Studentenbewegung zu begegnen. Charakteristisch indes wurde, dass die betroffenen Sozialwissenschaftler und Historiker unmittelbar nach historischen und politischen Analogien suchten, um die eigene Verletztheit und Sprachlosigkeit zu überwinden. Von liberaler Seite der im Bund Freiheit der Wissenschaft organisierten Sammlungsbewegung wurde an die Hetzjagd auf jüdische Professoren durch nationalsozialistische Studentengruppen gemahnt. Auf rechter Seite verwies man auf die kommunistischen Regime in Osteuropa. Die persönlich empfundene Schwäche wurde hochgerechnet auf die vermeintliche Staatschwäche der Bundesrepublik. Während es dabei etwa Richard Löwenthal um innenpolitische Probleme der Radikalenabwehr ging, verbanden Andreas Hillgruber oder Ernst Nolte den Studentenprotest mit äußeren Bedrohungen und warnten vor den Rückwirkungen der neuen Ostpolitik. Nachgiebigkeit im Inneren im Umgang mit der neuen Linken und Verständigung nach außen mit kommunistischen Regimen galten als Doppelverlust von Souveränität.

Für den konservativsten Teil der westdeutschen Historiker war die Ostpolitik Willy Brandts ein Ausweis von Schwäche und ein Motiv, der Bundesrepublik zu misstrauen. Denn was blieb noch übrig, wenn der westdeutsche Staat mit dem Alleinvertretungsanspruch und dem Grenzvorbehalt sein Potenzial aufgab, Kern eines künftig wieder größeren Deutschland zu sein? Das Restgebilde erschien denen, die in imperialen Vorstellungen zu denken gewohnt waren, nur noch eine armselige Republik, die begeisterten Zuspruch nicht verdiente. Die Ostpolitik war keine Frage der Verhandlungsratio allein. Es liefen Geschichtsbilder mit, die bei Befürwortern wie bei Gegnern der Ostverträge starke Emotionen mobilisierten. Der Osten war äußerst sensibles Terrain – für die einen Wiege Preußens und damit Herzland der Reichsnation von 1871, Erinnerungsbild von Niederlage, Flucht und Vertreibung, für die anderen ein Raum verhängnisvoller deutscher Hegemonialpolitik, Tatort eines rassistischen Vernichtungskrieges und eines industriell perfektionierten Völkermordes, an denen zahllose Deutsche ihren wissenden und wollenden Anteil hatten. Der Konflikt um die Ostverträge führte beiderseits zur Nationalisierung der westdeutschen Außenpolitik.

Willy Brandt selbst verband seine Initiative mit der Erwartung, die Beziehungen Deutschlands zu den Kriegsgegnern zu „normalisieren“ und den „Mühlstein“ der Geschichte los zu werden. Seine akademischen Unterstützer nahmen das Motiv auf,

indem sie in ihrer „Erklärung zur Ostpolitik“ hofften, es sei die „Last der Geschichte“ abzustreifen. Brandt stand entschieden gegen das konventionelle Übergehen und das Beschweigen der nationalsozialistischen Verbrechen. *Ihr* Auschwitz, *ihren* Völkermord, *ihren* Angriffskrieg wollte er von den Deutschen erkannt und verstanden wissen. Von dieser Anerkennung der Geschichte, die er außenpolitisch als Anerkennung der östlichen Grenzen ins Werk setzte, versprach er sich die ersehnte historische Entlastung für sein Land. Je endgültiger also der Verlust der Ostgebiete bestätigt war, desto abschließender konnte der am Osten haftende Schuldkomplex bewältigt sein. In ihrer Mehrdeutigkeit war die neue Ostpolitik nicht nur Gegenpol, sie war auch Teil der nationalen Renaissance, die während der 70er Jahre die Bundesrepublik veränderte. Willy Brandt, Walter Scheel und Egon Bahr boten erhebliche Kräfte auf, um die Republik dem rechtskonservativen Verständnis deutscher Nation zu entwinden. Nicht immer aber wirken die Kräfte nur dort, wo man sie anzusetzen gedenkt. Die sozialliberale Wiedererweckung eines demokratisch geläuterten Nationalbewusstseins half wohl auch dem machtstaatlich verfassten Nationalismus, der seine Bewegungskräfte aus der Tradition bezieht. Denn weil nationale Legitimität nicht wie rationale aus der Vernunft neu zu schöpfen ist, sondern ihren ebenso bewegenden wie betäubenden Zauber aus der langen Dauer der Überlieferungen gewinnt, hatten die konservativen Opponenten Brandts weniger zu fürchten als sie dachten. „Zeitverlust ist Aktionsverlust für die Regierung“, hatte Bahr gewarnt. Es stimmte. Aber nicht nur was die kurzfristige Durchsetzung der Ostverträge betraf, die man, wie er meinte, bloß schnell abzuschließen habe, um zu gewinnen. Die Zeit arbeitete vor allem über das Jahr hinaus für die Gegenseite. Politische Legitimität aus der nationalen Sache zu beziehen, hieß auf längere Sicht allzuleicht dem Traditionalismus zu unterliegen. Das nationale Geschichtsempfinden, das die Regierung Brandt beschwor, gravitierte gegen sie, weil die Macht einer Tradition durch die traditionellen Mächte bestimmt ist und weil diese Mächte in Deutschland der Sozialdemokratie feindlich gesonnen waren.

Für den deutschen Konservatismus andererseits war die Ostpolitik eine Belastungsprobe, die einen einschneidenden Wandel zur Folge hatte. Im Sommer 1970, als das Bahr-Papier mit den Verhandlungsergebnissen von Moskau öffentlich bekannt wurde, reagierten die Zeitungen Axel Springers mit Vorwürfen, dass der Emissär zu weit gegangen sei und dass die „Heimat auf den Müllhaufen“ der Geschichte geworfen werde. Springer selbst kommentierte die Verleihung des Friedensnobelpreises an

Willy Brandt im Oktober 1971 mit den Worten, der Kanzler diene nicht dem Frieden. Als die Nachricht der Ehrung Brandts im Bundestag bekannt gegeben wurde, verharrte ein Großteil der Abgeordneten von CDU/CSU regungslos auf den Sitzen. In der FDP spitzte sich die Frage der Ostpolitik zur Spaltung zu. Erich Mende gründete für den alten rechtsliberalen Parteiflügel die „Nationalliberale Aktion“, die gegen den eigenen Außenminister eine offene Front bildete. Im Bundestag machte das Wort der „Fraktionsbildung von rechts“ gegen Brandt und Scheel die Runde. Der parlamentarische Kampf der Rechten gegen die Ostverträge aber ging verloren. Längst gab es Befürworter der Regierungslinie auch in der CDU, so den Abgeordneten Richard von Weizsäcker. Vergeblich versuchte der Fraktionsvorsitzende Barzel, eine Kompromissformel zustande zu bekommen, die bei aller Widersprüchlichkeit den Schein des Zusammenhalts gewahrt hätte. Die Enthaltung der Opposition bei den entscheidenden Abstimmungen verdeutlichte, dass der parteipolitisch organisierte Konservatismus in der Frage der Grenzankennung uneinig, wenn nicht orientierungslos geworden war. Das Ringen um Neuorientierung war zur *Conditio existentiae* eines in deutscher Tradition wurzelnden und kollektiv kontinuierbaren Nationalgefühls geworden.

Nationale Neuorientierung war ein seit 1945 ungelöstes Problem. Es wurde aus Anlass der neuen Ostpolitik zur offenen Herausforderung konservativer Historiker. Theodor Schieder, Werner Conze und Karl-Dietrich Erdmann sträubten sich gegen den Zwang zum Offenbarungseid, der die Historiker, ihrer Ansicht nach, in Gut und Böse zu trennen bezweckte und Zwist in die Fachgemeinschaft tragen müsste. Der Vorwurf der Politisierung wissenschaftlicher Diskussion diente als Argument gegen die Unterstützer Willy Brandts. Es überspielte gleichwohl, dass politisches Engagement in nationalen Fragen seit langem zum Selbstverständnis der Nationalkonservativen gehörte, die nun nur deshalb indigniert reagierten, weil die politischen Interventionen von links kamen. Ablehnung der Politik schlechthin war eine Reaktion darauf, dass man mit der eigenen Politik in die Defensive geraten war. Theodor Schieder, vor 1945 ein ausgesprochen kämpferischer Historiker, der die deutsche Hegemonialpolitik im Osten bis hin zu rassistischen Säuberungen gutachterlich unterstützt hatte, setzte sich in der Bundesrepublik ab vom völkischen Gedankengut. Hoch oben auf seiner Werteskala standen Anfang der 70er Jahre akademische Loyalität und wissenschaftliche Toleranz. Die intakte Fachgemeinschaft einer Vielzahl einflussreicher und dankbarer Schüler bot Schutz im Stillschweigen über die Vergangenheit. Offene

Auseinandersetzungen über die Ostpolitik drohten gerade daran zu rühren. Aktiver als Schieder griff Werner Conze in der Bundesrepublik nationale Grundfragen auf. Auch Conze, wie Schieder dem Königsberger Kreis zugehörig, hatte im Dritten Reich die Hegemonie des „deutschen Volkstums“ in Osteuropa gerechtfertigt. Nach 1945 blieben Elemente seiner Russland- und Polenfeindschaft dort abrufbar, wo er die imperialen deutschen Kriegsziele von 1914 verteidigte und die kulturelle Mission Deutschlands im Osten unterstrich. Die Existenz zweier deutscher Staaten bezeichnete er als Basis für den „Sprung“ Russlands nach Westen und warnte, dass mangelnde Bereitschaft zur Bewaffnung Selbstaufgabe sei. Conze blieb dem imperialen Bewusstsein verbunden, das Deutschland an den Traditionen des Bismarckreiches maß. Allerdings erkannte er sehr genau das existenzielle Problem, das einer solchen Orientierung durch die Verbrechen des Dritten Reiches drohte.

Werner Conze und Karl-Dietrich Erdmann schlugen schon in den 50er und 60er Jahren einen Eingriff vor, der deutsche Historiker fortan noch mehrere Jahrzehnte lang beschäftigte. Es sollte ein Infarkt der nationalen Sinnzirkulation, den das Grauen der NS-Verbrechen zu verursachen drohte, durch Einhegung der Jahre von 1933 bis 1945 abgewendet werden. Die Leugnung der Taten war unmöglich geworden. Um aber den Schaden zu begrenzen, sollten sie weder mit ihrer nationalen Vorgeschichte, noch mit ihren bundesdeutschen Nachwirkungen verknüpft werden. Conze und Erdmann nahmen vorweg, was in den 80er Jahren mit dem Begriff „Historisierung“ vermittelt werden würde. Sie beabsichtigten, den Anschluss an die emphatische Rückerinnerung dessen, was vor Hitler war, wieder frei zu machen. Diese Operation, gewissermaßen ein Bypass der durch Auschwitz zu befürchtenden Traditionsblockade, erschien ihnen als Bedingung der Möglichkeit eines postnazistischen Nationalgefühls. Damit war vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Aufklärung über die Dimensionen des Völkermords ein Gegenmittel zur Bewahrung von Geschichtsstolz gefunden. Es zeigte sich die Anatomie des Konservatismus, der, in kurzer Definition, ein politisches Sinnerleben durch intakte Kontinuität ist, in dem Bedürfnis, deutsche Geschichte bruchlos herzuleiten und fortzuschreiben.

Die Thesen Fritz Fischers zur deutschen Kriegsschuld 1914 waren genau deshalb von so großer Brisanz, weil sie die historiografische Einkapselung des Dritten Reiches sprengten und die unheilvolle Eskalation aggressiver Großmachtpolitik bis auf das Bismarckreich zurückverfolgten. Die Widerlegung Fischers war darum für Karl-Dietrich Erdmann auch eine Verteidigung der deutschen Nation. Der Erste Weltkrieg

war in seinem Verständnis kein Hegemonial-, sondern ein Selbstbehauptungskrieg der Deutschen, und der Versailler Vertrag ein Versuch der Sieger, die fälschlich behauptete Kriegsschuld der Deutschen in eine Amputation des Reiches umzumünzen. Erdmanns Geschichtsbild war noch stark geprägt durch den „Verlust an Siedlungsraum“ im Osten. Er lehnte aber eine Revision der Oder-Neiße-Grenze ab: Hitlerdeutschland selbst habe den Untergang des Reiches verschuldet. Erdmann opponierte nicht gegen die politische Anerkennung der Nachkriegsrealität, sah aber darin immer wieder vor allem Verlust. Er hielt daran fest, die deutsche Geschichte vor 1933 als moralisch intakt zu verteidigen, und stellte in resignierendem Ton die Frage nach dem Ende der Nation. Die Deutschen könnten sich nicht mehr ihrer Geschichte anvertrauen. Alles nationale Dasein sei verloren, ein neues noch nicht gewonnen.

Schieder wurde 1908 geboren, Conze und Erdmann 1910. Andreas Hillgruber und Ernst Nolte hingegen gehörten dem Jahrgang der um 1925 Geborenen an, die an die Zeit vor 1945 prägende Jugenderinnerungen bewahrten, ihre intellektuelle Reife und Wirkung aber erst in der Bundesrepublik erreichten. Hillgrubers Blick auf die Vergangenheit ging zunächst aus von einer distanzlos-emphatischen Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkrieges in der Perspektive der Wehrmacht. Anfangs kontinierte er sowohl antisemitische Begrifflichkeit als auch das Propagandabild vom „Präventivkrieg“ gegen Russland. Jedoch entwickelte er sich zu einem Neuerer der deutschen Militärgeschichtsforschung, indem er zu dem klaren Urteil eines rassenideologischen Vernichtungskrieges im Osten kam. Er griff die Probleme, mit denen Erdmann rang, unbefangener auf und führte die negative Kontinuität militaristischen Denkens in der deutschen Führung bis vor 1871 zurück. Dabei bekämpfte er jedoch zunehmend die Infragestellung der Kategorien „Staatsträson“ und „Großmacht“ durch die ökonomischen Analysen der kritischen Sozialgeschichtsschreibung. Er hielt an der Vorstellung fest, es habe ein geopolitischer Zwang zur Militarisierung des Deutschen Reiches bestanden, bei dem es um die Behauptung der Großmachtposition gegen die angelsächsischen Seemächte und die russische Kontinentalmacht gegangen sei. Der nationale Machtstaat galt diesem Denken als autonomes historisches Subjekt und blieb Hillgrubers Orientierungsrahmen. Die Niederlage des „Ostheeres“ 1944/45, die seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten bestimmt hatte, löste ungebrochen auch Ende der 60er Jahre bei ihm Empfindungen des Untergangs, der Demütigung und des Mitgeföhls aus. Die neue Ostpolitik griff er schließlich an als eine unfassbare nationale Selbstaufgabe, einen gewollten Machtverlust,



den er für historisch beispiellos erachtete und der ihm nur durch eine historisch-kulturelle Grundlagenkrise erklärbar schien.

Die aufgezwungene Auseinandersetzung mit der Ostpolitik führte beim bestimmenden Teil des deutschen Konservatismus dazu, den an der alten Reichsnation orientierten Legimitätsglauben aufzugeben. Die Rechtsfiktion vom Fortbestand des Bismarckreiches, die mit den Ostverträgen aufgehoben wurde, endete nun auch in ihrer Gestalt als historiografische Normalitätsfiktion. Zugleich aber war dies die Geburt des oppositionellen konservativen Selbstbehauptungsnationalismus. Die Realität vom Ende deutscher Großmachtstellung wurde zerknirscht akzeptiert, die NS-Vergangenheit als unhintergebares Faktum anerkannt. Ernst Nolte erklärte warnend, der deutsche Nationalismus sei heimatlos geworden; er dramatisierte den internationalen Bedeutungsverlust, indem er schrieb, Deutschland sei zum „Gemeinbesitz“ der Siegermächte geworden, und er bezeichnete die Bundesrepublik herabsetzend als einen „Halb-Staat“, „Nicht-Staat“, der sich selbst nicht wolle und die Fähigkeit zur bewaffneten Selbstbehauptung eingebüßt habe. Umso mehr verfolgten Hillgruber und Nolte das Ziel, die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit zu neutralisieren, in der man das maßgebliche Ferment kultureller Selbstauflösung sah und die nationale Schwäche begründet glaubte. Dieses Motiv war nicht neu, aber es fand in der Studentenbewegung und in der neuen Ostpolitik fassbare Gegner, gegen die zu polemisieren breiteres gesellschaftliches Gehör versprach.

Nolte erneuerte 1974 den nationalistischen Vorkriegsmythos, es seien mit dem Liberalismus und dem Marxismus zwei in ihrem revolutionären Ursprung verwandte Universalismen, die das partikulare Interesse Amerikas und der Sowjetunion kaschierten und Deutschland zangenartig als eigenständige Macht niederhielten. Im Windschatten der auf den Vietnamkrieg folgenden Amerikakritik forderte er, die USA vom „Thron der Selbstverherrlichung“ zu stoßen und ein historisch unterbautes Verständnis von Deutschland als einem Subjekt der Weltgeschichte wiederzugewinnen. In einem unverkennbaren Echo von NS-Ideologemen beschrieb er die ewige Linke als widergeschichtliche, zivilisationsfeindliche Kraft und konstruierte einen idealen Faschismus, der militant antimarxistisch und mit Deutschland an der Spitze die Selbstbehauptung europäischer Kultur hätte ermöglichen können. Marxismus und Judentum verschmolz Nolte zum Bild einer „sozialrevolutionären Mentalität“, mit dem er, nicht ohne beiläufig auf den Anteil jüdischer Intellektueller an 1968 hinzuweisen, die antisemitische Weltanschauung aktualisierte. Ernst Nolte belebte die „I-

deen“ des Nationalsozialismus neu, indem er sie rationalisierte. Er stellte die Juden an den Pranger, um die jüdische Anklage Deutschlands zu entkräften.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre, als die Ausschreitungen an den Universitäten wieder auflebten, fiel im Bund Freiheit der Wissenschaft offenbar nicht auf, wie abgrundtief der Gegensatz zwischen Ernst Nolte und einem bürgerlich-liberalen Historiker wie Thomas Nipperdey geworden war. Nipperdey richtete vielmehr seine Aufmerksamkeit auf die Verteidigung des Geschichtsunterrichts an den Schulen und wandte sich wie auch Richard Löwenthal gegen die „Atrophierung des Geschichtsbewusstseins“. Auflösung historischer Leitbilder, „Identitätsverlust“, „Hass auf unsere Lebensform“, „Demoralisierung“ – das brachten sie in Zusammenhang mit persönlichen Übergriffen, Drohungen und Streikaktionen der Studenten. Unter dem Druck des RAF-Terrors machte Nipperdey Hochschulreform und Mitbestimmung mitverantwortlich für die Gewalt in der Bundesrepublik. Gegen ein vermeintliches Übermaß an Demokratisierung forderte der BFW den Kampf um Selbstbehauptung. Dem Begriff der Emanzipation wurde die nationale Identität als Erziehungsauftrag entgegengesetzt.<sup>986</sup>

Die Terroranschläge des Jahres 1977 waren ein Einschnitt. Bei aller Abscheu atmeten konservative Hochschullehrer und Publizisten auf. Es war das Jahr, in dem sich der gegen 1968 gerichtete Diskurs der „Inneren Sicherheit“ weithin durchsetzte. Hans Maier sagte, man befinde sich in einem Kriegszustand. Was die staatliche Gegenwehr hemme, seien die psychischen Hypotheken der deutschen Vergangenheit. Er rief dazu auf, diese Hemmungen abzubauen und insbesondere den „antideutschen Klischees“ im Ausland zu widersprechen.

Wie kaum ein anderer Intellektueller hatte Jean Améry von den Deutschen jene selbstkritische „Moralisierung der Geschichte“ eingefordert, die nunmehr für Ernst Nolte eine fromme Lüge und für Hans Maier ein innenpolitisches Ärgernis war. Améry hatte in seinen Essays die „moralische Wahrheit“ der Opfer von Auschwitz zu vermitteln unternommen und seine Ressentiments gegen die Bundesrepublik begründet als den Versuch, das Land der Täter zurückzureißen in die schonungslose Erinnerung an die Tat. Täter und Opfer sollten sich treffen in dem Wunsch nach Widerruf der Geschichte und nach einem Neuanfang im Zeichen uneingeschränkter Humani-

---

<sup>986</sup> Vgl. Karl-Ernst Jeismann: „Identität“ statt „Emanzipation“? Jeismann lehnt zwar in Bezug auf die Geschichtswissenschaft die einfache Alternative der Orientierung ab, erläutert aber, wie die beiden Begriffe „unterschiedliche Dispositionen der Mentalität“ bezeichnen, die als „Prägekräfte“ bis in die „wissenschaftliche Produktion“ hineinwirkten. (Ebd., S. 8)

tät. Dieser zu Unruhe und Zweifel anstiftende Dialog war für jene deutschen Konservativen, die in ordnungspolitischer Absicht nationale Tradition rekonstruierten, niemals wirklich akzeptabel. Doch auch die linken Kritiker deutscher Vergangenheit taten sich schwer. Zum Panorama der 70er Jahre gehört der auf Seiten der politischen Linken gescheiterte deutsch-jüdische Dialog. Jüdische Intellektuelle wie Améry zogen sich zurück und übernahmen Teile der konservativen Polemik gegen 1968. Bitterste Enttäuschung brachte Sympathien für den neuen Konservatismus hervor. Dabei spielte der erregende Streitfall Israel nicht die geringste Rolle. Deutsche Gesprächspartner wiederum äußerten eine fortschreitende gekränkte Ungeduld. Sie ermüdeten am kritischen historischen Denken und an der deutsch-jüdischen Kontroverse. Der Schlüssel zu dieser Entfremdung ist das vielfach artikulierte Bedürfnis nach einer sicheren „Identität“.

Der politische Begriff der Identität entlehnt seine Sogwirkung aus jener elastischen Allgemeinheit und Unschärfe, an die sich vielfache Sinn- und Orientierungsbedürfnisse anlagern lassen. Er birgt freilich fragwürdige Implikationen und innere Widersprüche. Wo er im Individuellen gerade etwas charakterlich Besonderes zum Ausdruck zu bringen scheint, geht er im Kollektiven darauf aus, etwas Gleichartiges zu behaupten, das Millionen Menschen vereinheitlichen und zusammenfassen soll.<sup>987</sup>

Eine Unterscheidung ist hier geboten: „Identität“ kann individuell bis auf das Äußerste der körperlichen und geistigen Existenz empfunden werden. Jean Améry schrieb in einem subjektiven Sinne von seiner explizit gewählten jüdischen Identität. Diese war keiner Tradition entnommen, sondern drängte als die einzige Möglichkeit sich auf, vor dem Zwang des Antisemitismus nicht auszuweichen, sondern frontal und offen gegen ihn zu revoltieren. Wenn das Ich spricht und dem physischen Schmerz, der seelischen Not des bedrängten, bedrohten, verletzten Menschen Ausdruck gibt, wird der Verweis des Sprechers auf seine Identität zur wahrhaftigen Aussage. Das Versehrtsein der malträtierten Person und ihre mit anderen Verfolgten geteilte Erlebnislust bilden dominierende Erfahrungen, die sich in einer gefühlten Gruppenidentität verdichten. Als Leidenserfahrung einer Minderheit – und hier liegt

---

<sup>987</sup> Amin Maalouf, der aus der Erfahrung eines Schriftstellers und Emigranten spricht und die vielfältig sich überlagernden Zugehörigkeiten eines Menschen gegen die eindimensionale integrationspolitische Zuordnung verteidigt, schreibt: „A life spent writing has taught me to be wary of words. Those that seem clearest are often the most treacherous. ‚Identity‘ is one of those false friends. We all think we know what the word means and go on trusting it, even when it’s slyly starting to say the opposite.“ Amin Maalouf: *In the Name of Identity. Violence and the Need to Belong*. New York, London 2000, p. 9.

meines Erachtens der Grenzfall zwischen Realität und Verklärung bewusst ertragener Geschichte – kann die gemeinsame Verfolgung zum Ankergrund eines politischen Wollens werden, das im alles durchdringenden Streben nach Sicherheit eine „Opferidentität“ ausweist. Sie erhebt keinen Anspruch auf universelle, sondern auf partikuläre Gerechtigkeit. Sie verschmäht den Zuspruch derer, die, so das alarmierte Denken, schon bald erneut Verfolger sein können. Sie will scheinbar nicht überzeugen. Sie warnt vor Geduld, Dialog und Kompromiss, weil solches Entgegenkommen das Misstrauen einschläfert und die Wehrbereitschaft mindert. Das Emblem der Schicksalsgemeinschaft wird ihr ultimativer Rechtsfertigungsgrund für Gebote des Zusammenhalts und der sozialen Konformität. An dieser Stelle geschieht der Einschlag fremdbestimmter Zuschreibungen. Nationalismus macht sich breit. Denn die idealistische Behauptung einer kollektiven Identität verschließt sich gegen die tatsächlichen mannigfaltigen Brüche und Zusammensetzungen im Leben eines jeden Menschen und gegen die Offenheit seiner Entwicklung. Als politischer Terminus bezweckt diese Behauptung die Begradigung des krumm gewachsenen Menschseins im Sinne einer massendisziplinierenden Maßnahme. Identität im Singular ist demnach ein Produkt der *Identitätspolitik*, die Loyalität zu einer bestimmten Gruppe herstellen will, um einen sozialen Sinn- und Ordnungsanspruch durchzusetzen. Der Verweis auf die Leidens- und Verlustgeschichte eines Ethnos ist dabei das moderne Äquivalent zur religiösen Dogmatik. Im einen wie im anderen Falle gibt es keine eigenwüchsige Gruppenidentität, sondern eine Soziogenese von Glaubensinhalten, in deren Verlauf die politische Intervention von Eliten eine entscheidende Bedeutung hat. Absichten also, nicht Eigenschaften stehen dann im Mittelpunkt. Wo eine nationale Identität auf die Agenda gesetzt wird, ist vor allem der Machtzuwachs der so angesprochenen Gruppe das herbeigesehnte Ziel. Wo zwei solche Identitätsdiskurse aufeinander treffen, ist Entfremdung das wahrscheinlichste Resultat. Im Falle der deutsch-jüdischen Auseinandersetzung nach Auschwitz bedeutete die ethnisch kollektivierende und das Individuum vereinnahmende Kontraststellung von deutscher Täter- und jüdischer Opferidentität beinahe zwangsläufig die Entfernung von gemeinsamen humanistischen Positionen. Identitätsbeziehungen solcher Art tendieren dazu, sich gegenseitig in den je eigenen Ressentiments zu bestätigen und die Identitätsbehauptungen der einander fremd werdenden Gruppen zu stabilisieren. Fortgeschrieben wird die nützliche Herrschaft des Vorurteils.

Martin Walser lag mit seinen Versuchen, den Deutschen die Perspektive der Opfer zu Bewusstsein zu bringen, sehr nah an den Reflexionen Jean Améry's. In dem Essay „Unser Auschwitz“ forderte er, die historische Wahrheit der Vernichtungslager in ihrer Eigenschaft als „deutsche Anstalten“ zu erkennen; sie seien, verwurzelt in schlechter Tradition, dem Staat und dem Volk der Deutschen zuzurechnen. Er folgerte, es sei die Schuld nicht auf wenige vor Gericht ausgestellte Täter abzuladen, sondern es müsse die gemeinschaftliche Ermöglichung solcher Verbrechen vor Augen treten. Im Rückblick auf die geschichtskritische Konstellation zum Zeitpunkt des Frankfurter Auschwitz-Prozesses erscheint Walser als einer der prädestinierten Gesprächspartner Améry's. Jedoch hatte die radikal identifizierende Rede, die Walser mit seinem „Wir Täter“ übte, von Anfang an einen Haken. Es war eine ambivalente Abstraktion, die sich in der radikalen Aneignung der negativen Vergangenheit schon wieder von der Wirklichkeit der Taten entfernte. Wenn es so etwas wie „negativen Nationalismus“ gibt, so findet man ihn beim frühen Walser. Wo alle sich allgemein schuldig bekannten, war es schließlich keiner im Besonderen, schrieb dazu Hannah Arendt. Die Frage nach der Verantwortung machte keinen Sinn mehr. Es blieb dann nur noch die Anonymität der sozialen Verhältnisse, des übergewaltigen Systems, denen Täter wie Opfer erlegen seien. Walsers überdehntes „Wir“, das Geschichte und Gegenwart der Deutschen umfassen wollte, trug auch dazu bei, ein Denken in nationalen Schicksalszugehörigkeiten fortzusetzen. Nationales Empfinden stellte er als Norm und Wert niemals in Frage. Eine nur negative Identifizierung mit allem Deutschen war aber nicht durchzuhalten. Er bezeichnete Auschwitz schon 1965 als „unsere nationale Schwierigkeit“, und je größer im Zuge des allgemeinen Kräfteschwunds marxistisch inspirierter Zukunftsentwürfe sein Bedürfnis nach einer positiven deutschen Identität wurde, die durch kein Selbst- und Fremdmisstrauen mehr infrage gestellt wurde, desto mehr wehrte die Kritik ab. Er wehrte sich wie Hans Maier gegen „antideutsche Klischees“. Er wollte das Katastrophische aus dem deutschen Geschichtsbild entfernen. Er wollte den „Zustand Bundesrepublik“ überwinden, der ihm zur nationalen Erhebung nicht taugte, weil die deutsche Teilstaatlichkeit für sich schon die unglückliche Geschichte eines eingeschüchterten Volkes repräsentiere. Am Ende der 70er Jahre hatte Walser sich dem Selbstbehauptungsnationalismus angeschlossen, der Deutschland am Boden sah und seine Wiederaufrichtung als geistige Möglichkeit beschwor.